

Jörg Pawelletz

**Die Geschichte des
Marburger Universitätsbundes 1920 – 1957**

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	1
II.	Die Entwicklung der privaten Hochschul- und Wissenschaftsförderung im Kaiserreich bis zur Gründung von Hochschulfördervereinen	10
1.	Stationen der privaten Wissenschaftsfinanzierung bis 1914: Von den Anfängen bis zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft	10
2.	Die Folgen des 1. Weltkrieges für die deutschen Hochschulen und die Universität Marburg	19
3.	Die Bildung der ersten Hochschulfördervereine in Deutschland	24
III.	Die Gründung des Marburger Universitätsbundes	29
1.	Die Ziele des Bundes im Spiegel seiner Satzung von 1920	29
2.	Die Gründung des Marburger Universitätsbundes unter besonderer Berücksichtigung der Motive seiner Entstehung	31
IV.	Der Universitätsbund: Satzung, Mandatsträger und Entwicklungslinien	43
1.	Die wichtigsten Paragraphen der Satzung	43
2.	Die Aufgaben und die Zusammensetzung des Vorstands	46
3.	Die Mitgliederzahlen und die Bundesgruppen 1920-1957	51
4.	Die Finanzen 1921-1957	54
5.	Die Förderung der Universität Marburg 1921-1957	60
6.	Das Vortragswesen 1924-1957	67
7.	Die „Mitteilungen“ des Universitätsbundes 1921-1957	72
V.	Der Marburger Universitätsbund in der Weimarer Republik (1920-1933)	76
1.	Die allgemeine Entwicklung des Universitätsbundes bis 1932/33	76
2.	Die finanzielle Unterstützung der Universität durch den Universitätsbund	86
2.1.	Beispiele für die Bewilligungspolitik des Universitätsbundes	86
2.2.	Das Universitätsjubiläum 1927	92
2.3.	Der Universitätsbund und der „Marburger Schlossplan“	95
3.	Das Verhältnis zwischen dem Universitätsbund und der Universität	101
4.	Die Versuche zur Verbesserung der Außenwirkung des Universitätsbundes	104
5.	Die Haltung des Universitätsbundes zur demokratischen Staatsform unter besonderer Berücksichtigung des Vorsitzenden Haeuser	108
VI.	Anpassung oder Erhalt der Selbständigkeit? Der Universitätsbund im nationalsozialistischen Deutschland (1933-1945)	123
1.	Die Entwicklung des Universitätsbundes bis 1945	124
2.	Die Konkurrenz des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ für die Außenwirkung des Universitätsbundes	128
3.	Der Vorstand des Universitätsbundes und seine Mitgliedschaften in NS-Organisationen	131
4.	Die Anpassungsbestrebungen des Universitätsbundes an den Nationalsozialismus	135
4.1.	Anpassung durch Personal- und Mitgliederentscheidungen: Neue Mitglieder des Verwaltungsrats, die „Absetzung“ des Vorsitzenden	135

	der Marburger Bundesgruppe und der Umgang mit den jüdischen Mitgliedern	
4.2.	Öffentliche Anpassung: Die Hauptversammlungen 1933-1939	140
4.2.1.	Die Hauptversammlung 1933: Ein Bekenntnis zum „neuen“ Deutschland	140
4.2.2.	Die Hauptversammlung 1934: Die Rede des Vizekanzlers Franz von Papen	144
4.2.3.	Die Hauptversammlungen 1935-1939	151
4.3.	Anpassung durch Veröffentlichung: Das Sonderheft der Mitteilungen „Marburg und die Universität in der Gegenwart“	155
4.4.	Anpassungen im Bereich der finanziellen Förderung der Universität Marburg	161
4.4.1.	Neue Wege in der Finanzpolitik?	161
4.4.2.	Die Förderung der Universität und der Studierenden	163
4.4.3.	Die Finanzhilfe zum „Kameradschaftsheim“	169
4.4.4.	Der Bau der SA-Sportschule in den Neuhöfen	171
4.5.	Anpassung und Kooperation mit NS-Organisationen: Das Vortragswesen 1933-1945	177
5.	Der Kampf um den Erhalt der Selbständigkeit	184
5.1.	Die Eingliederungsbemühungen von NS-Organisationen im Jahre 1934	184
5.2.	Die Auseinandersetzungen um die Herausgabe der „Mitteilungen“	187
5.2.1.	Die Konfrontation mit der „Westdeutschen Akademischen Rundschau“ (WAR)	187
5.2.2.	Die Eingliederungsversuche seitens der Reichskulturkammer	193
6.	Bilanz	197
VII.	Der Universitätsbund nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1957)	199
1.	Die Bemühungen um die Wiederezulassung 1946-1948	200
2.	Die veränderten rechtlichen und personellen Rahmenbedingungen	205
3.	Die Entwicklung des Universitätsbundes 1948-1957	214
3.1.	Die Mitgliederwerbung	214
3.2.	Die Neugründung von Ortsgruppen	218
3.3.	Die Entwicklung des Vortragswesens	224
3.4.	Die finanzielle Entwicklung	229
4.	Die Förderung der Universität Marburg	232
4.1.	Die Bewilligungspolitik	232
4.2.	Die Soforthilfeprogramme des Universitätsbundes zur Förderung der Universität im Jahre 1950 („Aktion Pinkerneil“)	235
4.3.	Das Universitätsjubiläum 1952	239
5.	Die veränderte Rolle des Universitätsbundes innerhalb der Universität	243
6.	Die Haltung des Vorstandes zur Vergangenheit des Universitätsbundes im Nationalsozialismus und zur politischen Lage nach 1945	248
VIII.	Das Wirken des Marburger Universitätsbundes im Kontext der privaten Wissenschaftsförderung und der Marburger Universitätsgeschichte 1920-1957: Zusammenfassung und Ausblick	256
IX.	Bibliographie	266

I. Einleitung

I.

In Zeiten leerer öffentlicher Kassen und nach einer langen Phase der Kürzungen und Stagnation¹ in ihren Etats, die ihnen durch die jeweiligen Landesregierungen zur Verfügung gestellt werden, sind auch Universitäten² gezwungen, sich neue Einnahmequellen zu erschließen.³ Zu diesen zählen zunächst die sogenannten Drittmittel, die für verschiedene Forschungsprojekte eingeworben werden können. Diese Art der Zusatzfinanzierung existiert bereits sehr lange und ist eine eher kurz- bis mittelfristige Einnahmequelle, die zumeist eben projektgebunden ist. Als weitere, in der Verwendung ungebundene finanzielle Ergänzung sind die geplanten und seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Januar 2005 auch verfassungsgemäßen Studiengebühren zu sehen. Durch diese erhoffen sich die Universitäten regelmäßige Einnahmen, über die sie dann frei verfügen und Schwerpunkte im Fächerangebot und in der personellen oder materiellen Ausstattung setzen können. Dies wird freilich nur dann der Fall sein, wenn die Studiengebühren auch tatsächlich vollständig den Hochschulen zu Gute kommen und wenn im Gegenzug nicht die staatlichen Gelder gekürzt werden. Deshalb bleibt hier die weitere Entwicklung abzuwarten.⁴

Vor dem Hintergrund der oftmals nicht ausreichenden Finanzierung von Forschung und Lehre rückt darüber hinaus seit einiger Zeit die Gruppe der Ehemaligen einer Hochschule immer stärker in den Mittelpunkt diverser Überlegungen. Das Schlagwort „fund

¹ Rainer Christoph Schwinges hat die Frage nach der Finanzierung von Universität und Wissenschaft als „Dauerthema“ bezeichnet, dessen Kernfrage sei: „Wie viel Universität und Wissenschaft können und wollen sich Staat, Gesellschaft und Volkswirtschaft bei stets mehr oder weniger knappen öffentlichen Mitteln leisten? Kosten-Nutzen-Fragen und selbst die Existenzfrage werden immer wieder gestellt, [...]“ SCHWINGES, Rainer Christoph: Finanzierung von Universität und Wissenschaft. Eine Einführung, in: Ders. (Hrsg.): Finanzierung von Universität und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart, Basel 2005 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 6), S. 1-12, hier S. 1.

² Die Bezeichnungen Universitäten und Hochschulen werden in dieser Arbeit synonym verwendet.

³ So berichtete die Süddeutsche Zeitung ausführlich über die Jahrestagung der deutschen Hochschulrektoren und überschrieb ihre Berichte mit der Zeile: „Universitäten und Fachhochschulen suchen nach Wegen aus der immer dramatischeren Finanznot“. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG Nr. 100 vom 2. Mai 2005, S. 10. Hinzu kommen marktwirtschaftliche Anforderungen, die von außen an die Hochschulen herangetragen werden: „Unbestreitbar herrscht seit geraumer Zeit der Trend zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Für die moderne Universität bestehen Vorstellungen, in denen die Kernaufgaben von Forschung und Lehre mit ökonomischen Interessen verbunden werden. [...] Die Universität erhält im Rahmen von Reformbestrebungen als neue Aufgabe, den Eigenfinanzierungsgrad wesentlich zu erhöhen und Strukturen zu schaffen, die einen schnelleren Wissensfluß zwischen Hochschule und Wirtschaft ermöglichen.“ GÄBLER, Ulrich: Universität als Unternehmen?, in: Sieg, Ulrich/Korsch, Dietrich (Hrsg.): Die Idee der Universität heute, München 2005 (Academia Marburgensis, Bd. 11), S. 151-158, hier S. 154.

⁴ Eine problemorientierte Darstellung der aktuell diskutierten Reformvorschläge zur Verbesserung der finanziellen Situation der deutschen Hochschulen liefert BROCKE, Bernhard vom: Universitäts- und Wissenschaftsfinanzierung im 19./20. Jahrhundert. Zugleich ein Kommentar zu Teil II, in: Schwinges, Rainer Christoph (Hrsg.): Finanzierung von Universität und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart, Basel 2005 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 6), S. 343-462, hier S. 438-459.

raising“⁵ bestimmt bei diesen Planungen die Absichten, wobei die Hochschulen dadurch ähnliche Erfolge zu erzielen versuchen wie amerikanische Universitäten, die seit Jahrzehnten teilweise sehr hohe Spenden seitens ihrer früheren Absolventinnen und Absolventen erhalten.⁶ In Deutschland beginnen die Hochschulen nun, wie ein Artikel aus der Süddeutschen Zeitung aufzeigt,⁷ sogenannte „Alumni-Vereinigungen“⁸ zu gründen, mittels derer die Kontakte der Ehemaligen zur früheren Ausbildungsstätte erhalten und Spenden eingeworben werden sollen. Als Beispiele nennt der Autor⁹ die Universitäten in Oldenburg, Münster und Freiburg und vergleicht deren Bemühungen um ihre Ehemaligen mit denen amerikanischer Hochschulen.

Bei dieser Gegenüberstellung thematisiert er allerdings nicht, dass es solche „Alumni-Vereinigungen“, wenn auch unter anderem Namen und mit weitergehender Zielsetzung, bereits seit dem Ende des Ersten Weltkrieges gibt: die sogenannten Fördergesellschaften der jeweiligen Universitäten, die sich unter verschiedenen Bezeichnungen ab 1917 an fast allen deutschen Hochschulen bildeten und die bis auf wenige Ausnahmen noch bis heute bestehen. Erst in einem zweiten Beitrag erwähnt Dyck diese Vereinigungen und geht hart mit ihnen und den jeweiligen Hochschulen ins Gericht: „Fundraising ist ein Problem der Entscheidung, des Willens und der Planung. Sollten Stiftungsuniversitäten wie Göttingen sich dazu durchringen, einen Prozentsatz ihrer Ausgaben durch private Spenden aufzubringen, dann kann es nicht bei der dilettantischen Gründung von so genannten Alumni-Vereinigungen, Freundeskreisen und Universitätsgesellschaften bleiben [...]“¹⁰ Der Autor hat sicher recht, wenn er im Fundraising, wie er auch in seinen weiteren Ausführungen darlegt, eine Aufgabe sieht, die mit Nachdruck und Ausdauer angegangen und verfolgt werden muss. Dabei ist jedoch zu hinterfragen, ob er den Anteil und die Bedeutung der teilweise schon seit Jahrzehnten bestehenden Hochschulfördervereine nicht als zu gering einstuft und eventuell leichtfertig darüber hinweg sieht, dass diese Vereinigungen seitdem eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Infrastruktur und der Forschungen an der jeweiligen Hochschule gespielt haben. Nicht zu-

⁵ Damit ist die Akquisition von Geldern, vor allem von Spenden, gemeint, um die Finanzierungsgrundlage einer Organisation, Institution oder eines Vereins zu verbessern.

⁶ Vgl. das Interview mit der für das Sponsoring und Fundraising zuständigen Vizepräsidentin der Harvard University, Donella M. Rapier, in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG Nr. 100 vom 2. Mai 2005, S. 10.

⁷ DYCK, Joachim: Tübingen ist kein Campus. Warum sich deutsche Unis mit dem „fund raising“ schwer tun, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 268 vom 18. November 2004, S. 15.

⁸ Zu den „Alumni“ (lat. für Schüler oder Zöglinge) werden unterschiedliche Personengruppen gezählt. Auf jeden Fall gehören die Absolventinnen und Absolventen einer Universität dazu. Bisweilen ergänzen die deutschen Hochschulen diese durch diejenigen Personen, die irgendwann einmal an der Hochschule studiert haben oder beschäftigt waren. EBD.

⁹ Joachim Dyck ist „emeritierter Lehrstuhlinhaber für Literaturtheorie an der Universität Oldenburg und Direktor der Arbeitsstelle Rhetorik.“ SÜDDEUTSCHE ZEITUNG Nr. 114 vom 20. Mai 2005, S. 15.

letzt in diesem Kontext sollen anhand des Marburger Universitätsbundes exemplarisch der Einfluss und die Wirkungsmöglichkeiten eines Hochschulfördervereins untersucht werden.¹¹

Ziel der Arbeit ist dabei eine umfassende Darstellung der Geschichte des Marburger Universitätsbundes vor dem Hintergrund der privaten Wissenschaftsförderung und im Kontext der Marburger Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert. Da der Universitätsbund bei vielen wichtigen Ereignissen der Marburger Universitätsgeschichte eine bedeutende oder sogar entscheidende Rolle spielte, lassen sich diese und andere Begebenheiten ohne eine Berücksichtigung des Universitätsbundes nicht umfassend bewerten. Der Marburger Universitätsbund ist jedoch in den bisherigen Werken über die Marburger Universitätsgeschichte kaum erwähnt worden.¹² Ebenso wird auch in der Quellensammlung zur Marburger Universität im Nationalsozialismus der Universitätsbund nur vereinzelt berücksichtigt.¹³ Über die Geschichte des Marburger Universitätsbundes selbst existieren nur wenige Darstellungen, die zumeist im Zusammenhang mit den Jubiläen des Fördervereins entstanden sind. Hier ist neben der Darstellung von Richard Kaufmann¹⁴ vor allem die von Ingeborg Schnack verfasste „Chronik des Universitätsbundes 1920-1995“¹⁵ zu nennen, welche einen ersten Einstieg in die Geschichte des Universitätsbundes und seine Entwicklung bietet. Die vorliegende Arbeit soll dazu dienen, diese vorhandenen Lücken zu schließen.

¹⁰ DYCK, Joachim: Auf zur Witwenverführung. Fundraising an deutschen Universitäten – schwache Motivation, zu wenig Erfahrung, in: Ebd.

¹¹ Für Bernhard vom Brocke zählt die Untersuchung der Hochschulfördervereine zu den 13 Forschungskomplexen, mit denen dem aus seiner Sicht „desolaten“ Forschungsstand zur Geschichte der Universitäts- und Wissenschaftsfinanzierung im 19./20. Jahrhundert abgeholfen werden könnte. BROCKE, Universitäts- und Wissenschaftsfinanzierung, S. 374-376.

¹² So auch nicht in den jüngsten Veröffentlichungen zur Geschichte der Universität Marburg im Nationalsozialismus: AUMÜLLER, Gerhard u.a. (Hrsg.): Die Marburger Medizinische Fakultät im „Dritten Reich“, München 2001. (Academia Marburgensis, Bd. 8), LIPPMANN, Andreas: Marburger Theologie im Nationalsozialismus, Diss. Marburg 1999, München 2003. (Academia Marburgensis, Bd. 9), sowie KÖHLER, Kai/DEDNER, Burghard/STRICKHAUSEN, Waltraud (Hrsg.): Germanistik und Kunstwissenschaften im „Dritten Reich“. Marburger Entwicklungen 1920-1950, München 2005. (Academia Marburgensis, Bd. 10). Ebenso findet der Universitätsbund in dem Band DIE PHILIPPS-UNIVERSITÄT Marburg zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, hrsg. vom Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V., Kassel 2006. (Hessische Forschungen zur geschichtlichen Landes- und Volkskunde, Bd. 45) nur im Kontext des Marburger Universitätsjubiläums 1927 Berücksichtigung. Die beiden zuletzt erschienenen Werke veröffentlichen Beiträge, die zu Beginn dieses Jahrzehnts entstanden und vor der Drucklegung nicht mehr aktualisiert worden sind. Deshalb geben sie bedauerlicherweise nicht immer den aktuellen Forschungsstand zur Marburger Universitätsgeschichte wieder.

¹³ NAGEL, Anne Christine (Hrsg.): Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte, Stuttgart 2000. (Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 1).

¹⁴ KAUFMANN, Richard: Der Marburger Universitätsbund 1921-1971. Geschichte und Aufgabe eines Fördervereins und seiner Universität, Sonderheft der Alma mater philippina, Gladenbach 1971. Das Werk wird seinem Titel aber nicht gerecht, denn die „Geschichte“ wird sehr verkürzt und zum Teil fehlerhaft dargestellt.

¹⁵ SCHNACK, Ingeborg: Chronik des Marburger Universitätsbundes 1920-1995, Gladenbach 1996.

Der Untersuchungszeitraum für die Analyse des Marburger Universitätsbundes erstreckt sich vom Wintersemester 1917/18, in welchem erste Überlegungen und Planungen bezüglich der Gründung des späteren Fördervereins unternommen wurden, bis zum Jahre 1957. Zu diesem Zeitpunkt war der Wiederaufbau des Bundes nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen und zudem verstarben im Jahre 1956 zwei Vorstandsmitglieder, die den Neubeginn und die Entwicklung des Universitätsbundes stark beeinflusst hatten. Somit trat im Sommer 1957 eine neue Generation in den Vorstand ein, die wiederum andere Akzente setzte.

Zur fundierten historischen Einordnung des Marburger Universitätsbundes ist zunächst eine ausführliche Untersuchung der Entstehung der frühen Fördergesellschaften notwendig. Diese verorten sich im Bereich der privaten Wissenschaftsförderung, welche sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausbildete und zunehmend an Bedeutung gewann. Bis zu diesem Zeitpunkt oblag die Finanzierung der Wissenschaft und der Universitäten ausschließlich dem Staat. In Konkurrenz zu diesem begannen Industrielle und Privatpersonen, in die wissenschaftliche Forschung zu investieren und Gelder für Einrichtungen oder Stiftungen zur Verfügung zu stellen.¹⁶ Wie die jeweiligen Entwicklungsschritte im Bereich der privaten Wissenschaftsförderung bis zur Gründung der Fördergesellschaften aussahen und wie sich diese in das bestehende System einpassten, wird in einem ersten Schritt für die Zeit des Kaiserreichs betrachtet. Im Rahmen dieses allgemeinen Teils der Untersuchung soll erörtert werden, welche Motive die Industriellen und die Privatpersonen bewegten, in den wissenschaftlichen Fortschritt zu investieren und wie sie ihr Engagement begründeten. Während dabei zum einen beleuchtet wird, wie der Staat auf diese Konkurrenz und die Gefahr, sein Monopol zu verlieren, reagierte, soll zum anderen untersucht werden, welche Organisationsformen gewählt wurden, um die Mitspracherechte der privaten Stifter zu gewährleisten. Interessant ist hierbei die Frage, in welche wissenschaftlichen Bereiche die Privatpersonen investierten und ob sich dabei eine Entwicklung bezüglich der Fachrichtungen oder der Organisationsformen ablesen lässt. Durch die Beantwortung dieser Fragen soll also das Umfeld umrissen werden, in dem die Fördergesellschaften und damit auch der Marburger Universitätsbund entstanden sind. Denn es ist zu klären, ob sie eine konsequente Weiterentwicklung der privaten Wissenschaftsförderung darstellten, somit auf die Erfahrungen aus der Kaiserzeit zurückgriffen und sich gar auf Vorläuferorganisationen beriefen oder ob sie einen neuen Zweig der privaten Wissenschaftsförderung darstellten. Innerhalb dieser Thematik ist zu überprüfen, wer zu den Initiatoren der ersten Gesellschaften ge-

hörte, genauer gesagt, ob sich weiterhin Privatleute engagierten oder ob auch Anregungen aus den Hochschulen selbst kamen.

Diese letzten Fragen leiten über zum zweiten und exemplarischen Teil der Studie, in dem am Beispiel des 1920 gegründeten Marburger Universitätsbundes die konkrete Ausgestaltung und Wirkungskraft eines Fördervereins bis Mitte der 1950er Jahre analysiert wird.¹⁷

Hinsichtlich der Gründungsphase sollen Motive aufgezeigt werden, die zur Bildung des Universitätsbundes führten, wobei zu fragen sein wird, ob sich in diesem Zusammenhang Parallelen zu den anderen Fördergesellschaften ziehen lassen oder ob es spezielle Anlässe gab, die den Universitätsbund entstehen ließen. Weiter werden die entscheidenden Persönlichkeiten im Gründungsprozess vorgestellt und die lange Dauer der Gründungsphase bis zum 5. Dezember 1920 erklärt.

Hier schließt sich dann die zentrale Frage an, ob sich aus den Leitmotiven und Zielsetzungen im Gründungsprozess, welche in der Satzung festgeschrieben wurden, das Selbstverständnis für die spätere Arbeit und das Handeln des Universitätsbundes entwickelte. In dieser Studie wird also unter dem Begriff Selbstverständnis untersucht, inwieweit die ursprünglichen Leitmotive und Zielsetzungen während des Untersuchungszeitraums gleich blieben oder sich veränderten und nach welchen Handlungsgrundsätzen die Gremien und die darin vertretenen Personen agierten, wie sie ihre Entscheidungen begründeten und welche Aktivitäten sie als vorteilhaft für den Bund einschätzten.

Im Anschluss an die Analyse der Leitmotive werden die wichtigsten Bestimmungen der Satzung, die handelnden Personen¹⁸ und wichtige Aufgabenfelder des Universitätsbundes vorgestellt und in ihrer Entwicklung über den Untersuchungszeitraum hinweg dargestellt. Unter diesen Aspekt fallen neben den quantitativen Elementen wie Mitgliederzahlen, Vermögen und jährlichen Zuschüssen an die Universität Marburg auch ideelle Faktoren wie Vortragsveranstaltungen in Orten der Marburger Umgebung, Verbesse-

¹⁶ Siehe hierzu Kapitel II.1.

¹⁷ Die Einflussmöglichkeiten der Fördervereine und ihre Organisationsstruktur zeigen einige Parallelen zu politischen Interessengruppen oder Verbänden auf und könnten damit auch anhand der Kriterien der Verbandsforschung analysiert werden. Vgl. hierzu das Kapitel 2.2. Organisationsstrukturen und Typologien, in: SCHMID, Josef: Verbände. Interessenvermittlung und Interessenorganisationen. Lehr- und Arbeitsbuch, München, Wien 1998, S. 16-20, in dem die möglichen Strukturen von Interessenverbänden aufgezeigt werden. Zu den Strukturen des Universitätsbundes siehe Kapitel IV.1.

¹⁸ Die im Universitätsbund verantwortlich agierenden Personen und der Universitätsbund werden in dieser Studie synonym behandelt, das heißt, es wird davon ausgegangen, dass die Personen als seine Repräsentanten stets im Sinne des Universitätsbundes handelten. Daher werden auch Aussagen und Ansprachen der Vorstandsmitglieder als Äußerungen des Universitätsbundes gesehen, ohne dass dieses Vorgehen jeweils explizit thematisiert wird.

rung der Beziehungen zur interessierten Öffentlichkeit¹⁹ und zur Praxis und der Kontakt zu den Mitgliedern. Liefert dieses Überblickskapitel damit wichtige Hintergrundinformationen für die weiterführende Analyse, so sollen diese durch die anschließende ausführliche Untersuchung vertieft werden.

Diese gliedert sich in die drei großen Abschnitte der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit bis 1957. In diesen Kapiteln werden die allgemeinen Aspekte des Überblickskapitels aufgegriffen und die Gründe für die jeweils skizzierte Entwicklung analysiert. Mit dem Analysekriterium Selbstverständnis können darüber hinaus die Entwicklung und die Tätigkeiten des Bundes und seiner Gremien beurteilt werden. Zudem werden in Bezug auf das Selbstverständnis des Universitätsbundes bestimmte Aspekte der politischen Einstellung des Universitätsbundes, wie die Haltung zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus und der Umgang mit der eigenen NS-Vergangenheit nach 1945 sowie einmalige Ereignisse, in die der Universitätsbund maßgeblich involviert war, wie zum Beispiel die zwei Universitätsjubiläen 1927 und 1952 oder die Unterstützung für den „Marburger Schlossplan“ ab 1930, analysiert. Hierzu zählen aber auch Differenzen innerhalb des Vorstandes, die Reaktionen auf wirtschaftliche Rahmenbedingungen oder die Förderung prestigeträchtiger Projekte während der NS-Zeit. Im Rückschluss dieser Betrachtungen kann so immer wieder Bezug auf die Entstehung und die Rolle des Universitätsbundes (und damit der Fördergesellschaften) innerhalb der privaten Wissenschaftsförderung genommen werden.

Im abschließenden Kapitel der Studie werden die hier aufgeworfenen Fragen beantwortet und zudem ein Ausblick auf die weitere Entwicklung des Universitätsbundes gegeben. Mit der abschließenden Bewertung des Erfolgs des Universitätsbundes in seinen verschiedenen Aufgaben- und Tätigkeitsfeldern wird es möglich sein, die Geschichte des Universitätsbundes im Kontext der Marburger Universitätsgeschichte zu beurteilen. Zudem soll ein Bogen zu der eingangs formulierten Frage, ob Fördergesellschaften eine Basis für den Ausbau der Alumni-Aktivitäten der Hochschulen sein können, geschlagen werden.

II.

Der Klärung der oben skizzierten Fragestellungen diene als hauptsächliche Quellengrundlage der Bestand des Universitätsbundes, der vor allem Schriftverkehr innerhalb des Vorstandes, aber auch Protokolle der Gremiensitzungen und Aufstellungen und

¹⁹ Als interessierte Öffentlichkeit gelten in dieser Arbeit diejenigen, die außerhalb der Universität Marburg tätig, jedoch trotzdem an Wissenschaft und Forschung interessiert waren.

Unterlagen zu den Aufgabengebieten des Bundes enthält.²⁰ Darüber hinaus ermöglichte der Universitätsbund dankenswerter Weise den Zugang zu Akten, die noch nicht an das Staatsarchiv Marburg abgegeben wurden und die sich besonders für die Zeit des Nationalsozialismus als sehr aufschlussreich erwiesen.²¹ Denn nur auf diesem Wege konnte das Fehlen einiger zentraler Quellen, wie beispielsweise von Protokollbüchern über die Vorstandssitzungen oder die Hauptversammlungen, ausgeglichen werden. Zusätzlich zu diesen Akten wurden Überlieferungen der jeweiligen Rektoren und des Kurators der Universität Marburg herangezogen, die zu einzelnen Vorgängen wertvolle und zum Verständnis notwendige Ergänzungen liefern konnten. Die Bestände der einzelnen Fakultäten hingegen brachten nur wenig neue Erkenntnisse, da lediglich in den Erfahrungsberichten von Dozenten hinsichtlich des Vortragswesens Bezüge zum Universitätsbund gefunden werden konnten. Zur Klärung offener Fragen halfen auch die „Mitteilungen des Universitätsbundes Marburg“, die im Untersuchungszeitraum von 1921 bis 1941 und dann wieder ab 1951 erschienen,²² sowie die „Oberhessische Zeitung“ (OZ) beziehungsweise nach 1945 die „Oberhessische Presse“ (OP), die über die jährlichen Hauptversammlungen berichtete.²³

Die zusätzlich zu den Marburger Beständen herangezogenen Überlieferungen der für die Wissenschaft zuständigen Ministerien²⁴ führte ebenfalls zur Erhellung bestimmter Sachverhalte, wie zum Beispiel der Entstehung eines Kameradschaftsheims für die Marburger Studentenschaft im Herbst 1933, dessen Ausstattung der Universitätsbund zum Teil finanzierte. Bei der Beurteilung der Hintergründe der Rede des Vizekanzlers von Papen half der entsprechende Bestand seiner Vizekanzlei im Bundesarchiv.²⁵ In diesem lagern auch die Bestände des ehemaligen Berlin Document Center,²⁶ die wichtige Informationen über die Mitgliedschaften der Vorstandsmitglieder in NS-Organisationen liefern konnten. Zudem brachte die Sichtung von Akten der Farbwerke

²⁰ Der Bestand wird im Hessischen Staatsarchiv Marburg aufbewahrt und in der Folge zitiert als: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund.

²¹ Dieser Bestand wird in der Folge als „DEPOT LAHNBERGE“ zitiert.

²² Die „Mitteilungen“ waren die Mitgliederzeitschrift des Universitätsbundes, die allen Mitgliedern kostenlos zur Verfügung gestellt wurde. Nähere Informationen über die Ziele, die der Universitätsbund mit den „Mitteilungen“ verfolgte, finden sich in Kapitel IV.7.

²³ Bei beiden Quellengattungen ist jedoch zu berücksichtigen, dass ihnen jeweils eine subjektive Berichterstattung zugrunde liegt und sie deshalb oftmals nur als Ergänzung herangezogen werden. In einigen Fällen stellen sie jedoch die einzigen Quellen dar.

²⁴ Der Bestand des preußischen Kultusministeriums im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin, zitiert als GSTA PK I. HA Rep. 76 Kultusministerium. Der Bestand des preußischen und später reichsweiten Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, zitiert als BARCH R 4901.

²⁵ Im Folgenden zitiert als BARCH R 53.

²⁶ Im Folgenden zitiert als BARCH (ehemals BDC), anschließend folgen die jeweiligen Bestände.

Höchst in Bezug auf die Person des langjährigen Vorsitzenden, Geheimrat Adolf Haeuser, aufschlussreiche Erkenntnisse.²⁷

Hingegen brachte für die Analyse der Entwicklung des Bundes in der unmittelbaren Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges der Einblick in die Bestände der amerikanischen Besatzungsbehörden im Hessischen Staatsarchiv Marburg²⁸ keinen weiteren Aufschluss über die Wiederm Zulassung des Bundes durch die Militärregierung. Auch die Nachlässe des von 1951 bis zu seinem Tode amtierenden Vorsitzenden Dr. Robert Lehr, der im Bundesarchiv Koblenz und im Stadtarchiv Düsseldorf aufbewahrt wird, sowie des zeitgleich mit Lehr agierenden Schriftführers Prof. Dr. Emil Balla, der in der Universitätsbibliothek Marburg zugänglich ist, enthielten keine ergänzenden Informationen zum Universitätsbund.

Neben den genannten Quellenbeständen ermöglichten einige Arbeiten über die Fördergesellschaften seit dem Ersten Weltkrieg einen ersten Zugang in die Thematik und schufen Vergleichsmöglichkeiten zu anderen Vereinen, die an geeigneter Stelle mit in diese Studie einfließen. Einen allgemeinen Überblick über alle Fördergesellschaften bietet die Dissertation von Dieter P. Herrmann,²⁹ die aber aufgrund ihres Schwerpunktes auf die finanziellen Leistungen der Fördergesellschaften einseitig angelegt ist und dabei die übrigen Funktionen und Aufgaben der Fördervereine, wie zum Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit oder die Organisation von Vorträgen in umliegenden Städten, vernachlässigt. Während der Autor zwar nur in wenigen Fällen zu allgemeinen Schlussfolgerungen gelangt, vermittelt seine Arbeit trotzdem einen guten Eindruck von der Vielfalt der Fördervereine und vor allem deren finanziellen Wirkungsmöglichkeiten. Herrmann benutzte kaum Archivalien, sondern stützte seine Arbeit vor allem auf Fragebögen, die ihm die einzelnen Gesellschaften beantworteten. Für eine differenzierte Analyse und Bewertung des Erfolgs der einzelnen Fördergesellschaften ist aber eine genaue Untersuchung der dazugehörigen Quellen unerlässlich.

Für einige wenige Fördervereine liegt eine auf eine breitere Quellenbasis gestützte Abhandlung bereits vor. Die ausführlichste Darstellung stammt von Dieter Schäfer und befasst sich mit dem Förderverein der Universität Würzburg.³⁰ Die übrigen Veröffentlichungen besitzen unterschiedliche Schwerpunkte und behandeln die Zeit der Weimarer

²⁷ ARCHIV DER HISTOCOM GMBH FRANKFURT A.M.

²⁸ Dabei handelt sich um die Bestände der Higher Education Branch beim OMGHE.

²⁹ HERRMANN, Dieter P.: Freunde und Förderer. Ein Beitrag zur Geschichte der privaten Hochschul- und Wissenschaftsförderung in Deutschland, Diss. Bonn 1989, Bonn 1990.

³⁰ SCHÄFER, Dieter: Freunde und Förderer der Universität Würzburg. 80 Jahre Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften bei der Universität Würzburg, Stuttgart 2001.

Republik und des Nationalsozialismus zumeist nur sehr knapp.³¹ Diese Forschungslücke wurde auch durch die in den letzten Jahren verstärkt entstandenen Sammelbände über die Hochschulen im Dritten Reich nicht geschlossen. Denn im Widerspruch zu der von Seiten der jeweiligen Universität sehr oft betonten Bedeutung des entsprechenden Fördervereins fehlen bei der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit Darstellungen über die Geschichte der örtlichen Gesellschaft.³² Die Gründe hierfür sind sicher vielschichtig, wobei an einigen Universitäten die schwierige Quellenlage für das Ausbleiben einer derartigen Untersuchung verantwortlich sein mag.

³¹ Eine Ausnahme bildet die Arbeit von Manfred Jessen-Klingenberg über den Förderverein der Universität Kiel, der sehr ausführlich den genannten Zeitraum untersucht hat. JESSEN-KLINGENBERG, Manfred: Universität und Land. Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft von 1918 bis 1968, Kiel 1971 (Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, Neue Folge Nr. 54). Eine sehr ausführliche Arbeit über die ersten Jahre des Universitätsbundes Breslau ist hier ebenfalls positiv hervorzuheben: MALTEN, Ludolf: Zehn Jahre Universitätsbund Breslau (1921-1931), Breslau 1931. Als Beispiel für eine sehr kurze und damit oberflächliche Darstellung der Zeit des Nationalsozialismus kann folgende Untersuchung über die erste Universitätsgesellschaft in Deutschland dienen: BÜCHEL, Karl Heinz: 80 Jahre Gesellschaft der Freunde und Förderer der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn (GEFFRUB). Ein Blick durch ihre Geschichte, Bonn 1997. In die gleiche Kategorie können die Arbeiten über den Göttinger Universitätsbund: EBEL, Wilhelm: Kleine Geschichte des Göttinger Universitätsbundes, in: Georgia Augusta 9, Mai 1968, S. 3-20; und LOHSE, Eduard: 75 Jahre Universitätsbund Göttingen e.V. - Ansprache in der Aula der Universität am 11. November 1993, in: Georgia Augusta 60, Mai 1994, S. 13-17, genauso eingeordnet werden wie die Abhandlung von Valentin Horn über die Gesellschaft in Gießen: HORN, Valentin: Aus Vergangenheit und Gegenwart der Giessener Hochschulgesellschaft, Gießen 1987. (Berichte und Arbeiten aus der Universitätsbibliothek Gießen, Nr. 41); HERMANN, Armin/SCHAAF, Michael: 75 Jahre Vereinigung von Freunden der Universität Stuttgart 1923-1998, Stuttgart 1998.

³² ADAM, Uwe Dietrich: Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1977. (Contubernium, Bd. 23); PALETSCHEK, Sylvia: Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Stuttgart 2001. (Contubernium, Bd. 53); BECKER, Heinrich/DAHMS, Hans-Joachim/WEGELER, Cornelia (Hrsg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus, 2. erw. Ausgabe, München 1998; Böhm, Helmut: Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933-1936), Berlin 1995. (Ludovico Maximiliana: Forschungen, Bd. 15); HÖPFNER, Hans-Paul: Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999. (Academica Bonnensia, Bd. 12); JOHN, Eckard u.a. (Hrsg.): Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus, Freiburg 1991; KRAUSE, Eckart/HUBER, Ludwig/FISCHER, Holger (Hrsg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933-1945, 3 Bde., Hamburg 1991. (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 3); HOFFMANN, Waldemar: Geburtstagskind Universitätsbund: Sechzig Jahre im Dienst der FAU, in: Uni Kurier 3, 1977, Nr. 15, S. 6-18; LIERMANN, Hans: Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen 1910-1920, Neustadt an der Aisch 1977.

II. Die Entwicklung der privaten Hochschul- und Wissenschaftsförderung im Kaiserreich bis zur Gründung von Hochschulfördervereinen

1. Stationen der privaten Wissenschaftsfinanzierung bis 1914: Von den Anfängen bis zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

Die Hochschulen waren bis zur Gründung des Kaiserreichs die „Zentren wissenschaftlicher Arbeit“³³ in den deutschen Staaten und waren deshalb auch „hauptsächliche Nutznießer der staatlichen Wissenschaftsförderung.“³⁴ Damit lag bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts das Monopol für die Finanzierung, Ausstattung und Ausgestaltung der Hochschulen und Universitäten beim Staat,³⁵ wobei auch an den Universitäten und Hochschulen die Überzeugung vorherrschte, dass der Staat ausschließlich für die Finanzierung von Lehre und Forschung zuständig sei. Als Ergänzung zu den staatlichen Finanzmitteln standen den Hochschulen vereinzelt kleinere Stiftungen und Schenkungen seitens privater Gönner zur Verfügung. Der Staat behielt sich jedoch das Recht vor, jede Stiftung oder Schenkung zu genehmigen oder abzulehnen.³⁶ Ein weitergehendes System einer privaten Unterstützung und finanziellen Förderung für die universitäre Wissenschaft bestand bis 1871 demzufolge noch nicht.

Erst in der Folgezeit entwickelte sich vor allem durch Vertreter der Wirtschaft und der Industrie eine private Wissenschaftsförderung, die das existierende System aufweichte und stetig an Einfluss gewann. Die Gründe für die Überlegungen zur Hinzuziehung von privaten Geldern zur Finanzierung der Hochschulen hing eng mit der Industrialisierung und den damit verbundenen Folgen für die Universitäten und die Professoren zusammen.³⁷ Durch den industriellen Fortschritt und den steigenden Wohlstand stiegen die

³³ BURCHARDT, Lothar: Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Vorgeschichte, Gründung und Aufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Göttingen 1975. (Studien zur Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 1), S. 11. Siehe hierzu auch die zusammenfassende Charakterisierung der deutschen Hochschulen im Kaiserreich bei ELLWEIN, Thomas: Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 2. verbesserte und ergänzte Auflage, Frankfurt a.M. 1992, S. 227.

³⁴ BURCHARDT, Wissenschaftspolitik, S. 11.

³⁵ Das staatliche Bildungsmonopol war seit der Einführung des Allgemeinen Landrechts von Preußen aus dem Jahre 1794 festgeschrieben. BROCKE, Bernhard vom: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 17-162, hier S. 117. Siehe auch die etwas ausführlichere Darstellung von VOM BROCKE in seinem Aufsatz Preußische Hochschulpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Kaiserreich und Weimarer Republik, in: Buchholz, Werner (Hrsg.): Die Universität Greifswald und die deutsche Hochschullandschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2004 (Pallas Athene – Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 10), S. 27-56, hier S. 29-31. Vgl. auch HERRMANN, Dieter P.: Wirtschaft, Staat und Wissenschaft. Der Ausbau der privaten Hochschul- und Wissenschaftsförderung im Kaiserreich, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 77 (1990), S. 350-368, hier S. 350.

³⁶ EBD., S. 351; BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, S. 24f.

³⁷ HERRMANN, Wirtschaft, Staat und Wissenschaft, S. 353.

Studentenzahlen stark an,³⁸ was für die Professoren einen erhöhten Aufwand für die Lehre, der die Zeit für Forschungstätigkeiten dementsprechend begrenzte, bedeutete. Zudem sorgte die Industrialisierung vor allem im Bereich der Naturwissenschaften für eine starke Differenzierung und Spezialisierung der Fachgebiete, die sich aber im deutschen Hochschulsystem nicht entfalten konnte.³⁹ Der Wunsch nach einem Ausbau des Wissenschaftssystems kollidierte dabei zunehmend mit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates, die trotz deutlicher Steigerungsraten im Wissenschaftsetat nicht ausreichte, um die vielen Reformvorschläge realisieren zu können.

Diese Entwicklung ließ bei Politikern und Wirtschaftsführern Sorgen um die internationale Konkurrenzfähigkeit Deutschlands aufkommen, womit die Diskussionen über die Leistungsfähigkeit der Universitäten deutlich zunahmen. Dabei wurden fast alle Forderungen nach Verbesserungen und Reformen mit diesem nationalen Argument begründet: „Die wirkliche oder vermeintliche Bedrohung durch das Ausland gehörte bald zu den ständigen Topoi der Reformdiskussion. Wer Änderungen im deutschen Wissenschaftsbetrieb forderte, begründete diese mit wirtschaftlichen und/oder nationalen Erwägungen.“⁴⁰ Hierin zeigte sich also ein sich wiederholendes Argumentationsmuster, mit dem schlaglichtartig und verkürzt auf die Probleme der deutschen Wissenschaft und deren Konsequenzen für die deutsche Nation hingewiesen werden konnte. Ob diese Argumentation auch in sich schlüssig und überzeugend war, bleibt unklar, fest steht nur, dass sie sich als fester Bestandteil der Reformdiskussion durchsetzte. Interessant ist in diesem Zusammenhang weiter, dass sich viele Vorschläge für Neuerungen im Forschungs- und Wissenschaftsbereich, auch von Wissenschaftlern, sowohl auf Beispiele im In- als auch im Ausland bezogen.⁴¹ Die internationale Perspektive erweiterte also auch den Rahmen möglicher Lösungsmöglichkeiten.

Auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten dieser neuen Wege im Wissenschaftsbereich bewegten sich die drei Parteien Staat, Hochschullehrer und private Förderer nur langsam aufeinander zu, da sie lange Zeit an ihren jeweiligen grundsätzlichen Überzeugungen festhielten, bevor sie bereit waren, neue Wege einzuschlagen. Der im Folgenden

³⁸ So stiegen die Studierendenzahlen in Preußen auf das Vierfache an und die Hochschulen entwickelten sich zu Großbetrieben. BROCKE, Preußische Hochschulpolitik, S. 32.

³⁹ Denn ein Fachgebiet oder Institut an einer Universität war oftmals nur mit einem Ordinarius besetzt, der das wissenschaftliche Fach in der ganzen Breite vertreten und lehren musste. BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, S. 22f. Vgl. auch WETTMANN, Andrea: Heimatfront Universität. Preußische Hochschulpolitik und die Universität Marburg im Ersten Weltkrieg, Diss. Marburg 1997, Köln 2000, S. 22.

⁴⁰ BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, S. 23.

⁴¹ EBD., S. 24; BURCHARDT, Wissenschaftspolitik, S. 18.

skizzierte Prozess zog sich daher über mehrere Jahrzehnte bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts hin.⁴²

Der Staat wollte zunächst nicht auf sein uneingeschränktes Monopol verzichten und private Gelder als Ergänzung zu seiner Finanzierung zulassen, ehe er feststellte, dass Deutschland seine internationale Konkurrenzfähigkeit nur mit neuen Wegen im Universitäts- und Forschungsbetrieb erhalten konnte. Große Widerstände mussten auch auf Seiten der Hochschulen überwunden werden, bevor diese die privaten Mittel als Ergänzung zur staatlichen Finanzierung annahmen. Denn obwohl im Ausland bereits eine starke private Wissenschaftsfinanzierung eingesetzt hatte,⁴³ wehrten sich die Wissenschaftler lange Zeit gegen diese aus ihrer Sicht „Amerikanisierung der Wissenschaft“.⁴⁴ Die Hochschullehrer sahen nämlich durch die privaten Gelder die Freiheit von Forschung und Lehre gefährdet und akzeptierten daher nur solche Finanzmittel, die ihnen zur freien und ungebundenen Nutzung zur Verfügung gestellt wurden.⁴⁵ Erst allmählich setzte sich die Erkenntnis durch, dass der Staat die Wissenschaft nicht mehr alleine finanzieren konnte und statt dessen Hilfe von privater Seite erforderlich wurde. Auch die Industrie hatte ähnlich wie der Staat zwar frühzeitig erkannt, inwieweit die wissenschaftliche Forschung in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung wettbewerbsfähiger Produkte stand und daher eine Unterstützung der Wissenschaft insgesamt sehr wichtig war. Demgegenüber stand jedoch die Ablehnung, Gelder für die Lehre und die langfristige Grundlagenforschung zur Verfügung zu stellen. Als Erste erfassten die neuen Industrien, wie die Chemie oder die Optik, die Abhängigkeit von der Grundlagenforschung und reagierten entsprechend.

Bei dieser Entwicklung stellt sich natürlich die Frage, aus welchen Motiven heraus die industriellen und privaten Spender bereit waren, Gelder für die Wissenschaft zur Verfügung zu stellen. Vom Brocke nennt folgende Beweggründe: „Industrielles Verwertungsinteresse und Philanthropie, soziales Verantwortungsgefühl, Wissenschaftsbegeisterung, Lokalpatriotismus, das Streben einzelner nach gesellschaftlicher Anerkennung

⁴² In einem anderen Zusammenhang hat Gerhard A. Ritter auf diese Entwicklung hingewiesen: „Kennzeichnend für die moderne Großforschung ist vielmehr unter anderem das zunehmend engere Zusammenspiel von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat, das sich in Deutschland in ersten Ansätzen im Laufe des 19. Jahrhunderts herausbildete.“ RITTER, Gerhard A.: Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick, München 1992, S. 13f.

⁴³ BURCHARDT, Wissenschaftspolitik, S. 13.

⁴⁴ HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 37-39; DERS., Wirtschaft, Staat und Wissenschaft, S. 357f.

⁴⁵ EBD.

und ganzer Gruppen und Körperschaften nach einem Zugewinn an Prestige waren vielfältig verflochten und lassen sich selten klar trennen.“⁴⁶

Insgesamt ermöglichte die skizzierte Annäherung von Staat, Hochschulen und Wirtschaft privaten Wissenschaftsförderern im Kaiserreich neue Möglichkeiten der Betätigung, die sich sowohl auf ganze Hochschulen als auch auf Teilbereiche innerhalb dieser und auf Forschungsinstitute außerhalb der Universitäten beziehen konnten.⁴⁷ So manifestierten sich die ersten Ergebnisse der Reformdiskussionen in der Gründung von Forschungsinstituten, die auf Initiativen der Industrie zurückgingen. Gleichzeitig waren diese Forschungsinstitute auch diejenigen Projekte, bei denen in der Folgezeit erstmals eine sogenannte Mischfinanzierung aus staatlichen und privaten beziehungsweise industriellen Geldern realisiert wurde. Dabei handelte es sich um das „Institut für Zuckerindustrie“, gegründet 1866, und das „Institut für Gärungsgewerbe“ aus dem Jahre 1874. Diese wurden später in die Landwirtschaftliche Hochschule integriert, wobei der Staat das Grundstück und das Gebäude stellte, während der tragende Verein die Einrichtung und die laufenden Kosten, unterstützt durch kleine staatliche Zuschüsse, übernahm: „In beiden Fällen war also der Staat bereit, auf industrielle Initiative entstandene Versuchsanstalten in eine Hochschule zu integrieren und dabei einer gemischten Finanzierung zuzustimmen.“⁴⁸

In anderer Beziehung ist die Physikalisch - Technische Reichsanstalt (PTR) aus dem Jahre 1887 als eine Neuerung zu bezeichnen.⁴⁹ Die PTR war „technische Prüfanstalt und Zentrum physikalischer Grundlagenforschung“⁵⁰ und damit das erste Institut, das unabhängig von einer Universität oder Hochschule gegründet, aber dennoch vollständig vom Staat finanziert wurde.⁵¹ Trotzdem gab es bei der Realisierung dieses Projektes „[...] erstmals [eine] Wechselbeziehung von Wissenschaft, Industrie und Staat [...],“⁵² da an der Planung und Entstehung der PTR vor allem der Unternehmer Werner von Siemens und der Physiker Hermann von Helmholtz maßgeblich beteiligt gewesen wa-

⁴⁶ BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, S. 115. Wie aber im weiteren Verlauf deutlich werden wird, gehörte die eigene Überzeugung vom (finanziellen) Nutzen der Spende ebenfalls dazu, wie sich im Vorfeld der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zeigte.

⁴⁷ HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 39f.

⁴⁸ BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, S. 90.

⁴⁹ Zur Gründung der PTR siehe CAHAN, David: Meister der Messung. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt im Kaiserreich, Weinheim u.a. 1992, S. 74-106. Vgl. auch den Aufsatz von CAHAN über die Gründung und Entwicklung der PTR bis 1918 in: Bortfeldt, J./Hauser, W./Rechenberg, H. (Hrsg.): Forschen – Messen – Prüfen. 100 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt/Bundesanstalt 1887-1987, Weinheim 1987, S. 27-67.

⁵⁰ BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, S. 90.

⁵¹ BURCHARDT, Wissenschaftspolitik, S. 12.

⁵² BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, S. 90f.

ren.⁵³ Da die PTR zudem als Vorbild für eine Chemische Reichsanstalt diente, wirkte sie direkt auf die Gründung der späteren Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein⁵⁴ und nimmt somit eine wichtige Position innerhalb der Entstehung und Ausweitung der privaten Wissenschaftsfinanzierung ein.⁵⁵

Die Entwicklung hin zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Staat, Wirtschaft und Wissenschaft setzte sich in der Bildung von fünf medizinischen und biologischen Forschungsinstituten fort, welche im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in Preußen gegründet wurden. Hierzu zählten unter anderem das seit 1891 bestehende Königliche Preußische Institut für Infektionskrankheiten in Berlin, das von Robert Koch geleitet wurde, und das im Jahre 1896 entstandene Forschungs-Institut für experimentelle Therapie „Emil von Behring“ in Marburg.⁵⁶ Bei der Entstehung der einzelnen Institute arbeiteten führende Wissenschaftler jeweils mit einem Unternehmen zusammen. Diese Kooperation wurde von Seiten des Staates insbesondere durch Friedrich Althoff, den Leiter der Hochschulabteilung im preußischen Kultusministerium,⁵⁷ maßgeblich unterstützt und gefördert.⁵⁸

Einen weiteren Entwicklungsschritt stellte die Gründung der „Göttinger Vereinigung für angewandte Mathematik und Physik“ im Jahre 1898 dar, die laut Burchardt der „erste ernsthafte Versuch [war], wissenschaftspolitische Konsequenzen aus dem Erstarken der deutschen Industrie zu ziehen [...]“. ⁵⁹ Auf diese Weise „entstand [...] zum ersten Mal in Deutschland eine Organisation, in welcher Männer aus verschiedenen Zweigen der Wirtschaft mit führenden Gelehrten einer Universität unter tatkräftiger Förderung des Staates zusammenwirkten.“⁶⁰ Während die Industrie finanzielle Mittel und die Vereini-

⁵³ EBD., S. 90.

⁵⁴ EBD., S. 91.

⁵⁵ Rüdiger vom Bruch fasst die Entwicklung bis zur Gründung der PTR wie folgt zusammen: „Schon lange vor der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (KWG) im Jahre 1911 ist die deutsche Universitätsforschung also in eine hoch differenzierte Forschungslandschaft mit unterschiedlichen Finanzierungsmodellen eingebettet.“ Bruch, Rüdiger vom: *Ausseruniversitäre Wissenschafts- und Forschungsfinanzierung, 17.-20. Jahrhundert*. Zugleich ein Kommentar zu Teil III, in: Schwinges, Rainer Christoph (Hrsg.): *Finanzierung von Universität und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart*, Basel 2005 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 6), S. 549-563, hier S. 557.

⁵⁶ BROCKE, *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich*, S. 94f.

⁵⁷ Zu Friedrich Althoff siehe BROCKE, Bernhard vom (Hrsg.): *Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das „System Althoff“ in historischer Perspektive*, Hildesheim 1991, und Lischke, Ralph-Jürgen: *Friedrich Althoff und sein Beitrag zur Entwicklung des Berliner Wissenschaftssystems an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert*, Berlin 1990. (Berliner Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik, Nr. 11)

⁵⁸ BROCKE, *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich*, S. 94f.

⁵⁹ BURCHARDT, *Wissenschaftspolitik*, S. 13f.

⁶⁰ BROCKE, *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich*, S. 95.

gung das Gebäude und die Einrichtung stellte, richtete der Staat ordentliche Professuren ein, besoldete den Institutsleiter und gab Zuschüsse zum Unterhalt.⁶¹

Die bisher aufgeführten Institutionen wurden in Preußen gegründet, was aber nicht bedeutete, dass es nicht auch in den übrigen deutschen Staaten einen deutlichen Trend zur Einbeziehung privater Gelder in den Forschungsbetrieb gegeben hat. So wurde beispielsweise in Heidelberg das Institut für experimentelle Krebsforschung gegründet.⁶²

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich in den ersten Jahrzehnten des Kaiserreichs die Einsicht durchgesetzt hatte, der wissenschaftliche Fortschritt sei ausschließlich mit staatlicher Finanzierung nicht zu gewährleisten. Da aber die Spender und Stifter in den von ihnen unterstützten Organisationen immer mehr Einfluss gewannen, musste der Staat reagieren, wollte er seine steuernde Funktion nicht einbüßen. Deshalb wurde innerhalb der staatlichen Kulturbedörden die Idee einer großen Gesellschaft, der späteren Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, geboren, die die finanziellen Mittel von privater Seite konzentrieren und dadurch eine bessere Kontrolle durch den Staat ermöglichen sollte.⁶³

Deren Entstehungs- und Gründungsphase wird im Folgenden skizziert, da, auch wenn die Initiative, wie erwähnt, vom Staat ausging, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) den vorläufigen Höhepunkt des Vordringens privater Wissenschaftsförderung in das ehemalige staatliche Monopol der Wissenschaftsfinanzierung darstellte. Um die Bedeutung der KWG für die weitere private Wissenschaftsförderung in Form der Hochschulfördervereine kritisch würdigen zu können, und um im weiteren Verlauf Vergleichsmöglichkeiten zur Entstehung des Marburger Universitätsbundes zu haben, liegt der Schwerpunkt der Ausführungen dabei auf den Motiven der Beteiligten und der Resonanz der angesprochenen potentiellen Geldgeber.

Der Verkündung der Gründung einer Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften durch den Kaiser im Rahmen des 100jährigen Jubiläums der Berliner Universität am 11. Oktober 1910⁶⁴ war eine lange Vorbereitungszeit voraus gegangen, in der verschiedene Persönlichkeiten eine bedeutende Rolle gespielt hatten. Neben dem bereits genannten Althoff waren dies vor allem Friedrich Schmidt-Ott,⁶⁵ der Chemiker Emil Fischer,⁶⁶ der

⁶¹ EBD., S. 96.

⁶² Zu dieser Einrichtung und anderen neu aufgebauten Institutionen in den nicht - preußischen Staaten siehe EBD., S. 105-111.

⁶³ EBD., S. 25.

⁶⁴ EBD., S. 26f.

⁶⁵ Brocke hebt nach dem ausgiebigen Studium der Quellen „die geistige Urheberschaft und den organisatorischen Anteil“ von Althoff und Schmidt-Ott bei der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hervor. EBD., S. 74.

⁶⁶ Zum Einfluss Fischers auf die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft siehe JOHNSON, Jeffrey A.: Vom Plan einer Chemischen Reichsanstalt zum ersten Kaiser-Wilhelm-Institut: Emil Fischer, in: Vier-

Theologe und spätere erste Präsident der KWG Adolf von Harnack⁶⁷ und Kaiser Wilhelm II.⁶⁸

Ausgangspunkt der Überlegungen, die in die Gründung der KWG mündeten, waren die Ambitionen von Chemikern, eine ähnliche Organisation wie die PTR für ihre Wissenschaft zu erhalten.⁶⁹ Deren Pläne für eine Chemische Reichsanstalt, die sich im Oktober 1905 konkretisiert hatten,⁷⁰ ließen sich aber in Verhandlungen mit dem Staat, der durch eine Rezession in den Jahren 1907/08 finanziell so geschwächt war, dass er die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stellen konnte,⁷¹ nicht realisieren. Damit war das Projekt aber nicht zum Scheitern verurteilt, sondern ging dank des Engagements von Emil Fischer in die Planungen zur KWG ein.⁷²

Parallel zu dieser Entwicklung hatte Althoff aufgrund der zunehmenden Raumnot der Berliner Universität den Plan entworfen, Grundstücke innerhalb der Königlichen Domäne Dahlem für die Belange der Hochschule zu sichern.⁷³ Dabei verfolgte er das Ziel, ein „deutsche[s] Oxford“ zu errichten.⁷⁴ Zur erfolgreichen Umsetzung des Vorhabens benötigte er aber die Zustimmung des Kaisers, die er mit Hilfe des Leiters des Zivilkabinetts, Rudolf von Valentini, und seines Mitarbeiters, Friedrich Schmidt-Ott, im Februar 1908 auch erlangte.⁷⁵ Da die Berliner Universität aber ihrerseits zögerte, dem geplanten Umzug zuzustimmen, strebte Althoff, und nach seinem Tod im Jahre 1908 im Auftrag des Kaisers Schmidt-Ott,⁷⁶ daraufhin die Gründung unabhängiger Forschungsinstitute an.⁷⁷ Schmidt-Ott bündelte die bisherigen Eingaben, die an das preußische Kultusministerium gestellt worden waren, fasste sie in einer Denkschrift an das preußische Staatsministerium zusammen und forderte darin mindestens 100 Hektar des Ge-

haus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 486-515.

⁶⁷ Zur Person von Harnack und seinem Wirken für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft siehe VIERHAUS, Rudolf: Adolf von Harnack, in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 473-485. Die Bedeutung von Harnack resultiert vor allem aus seiner Denkschrift aus dem Jahre 1909, aus der er selbst seine Vorreiterrolle bei der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ableitete. BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, S. 70f. Zur Bedeutung der Denkschrift siehe unten.

⁶⁸ Der Kaiser, der nach der offiziellen Propaganda der Urheber der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gewesen war, hatte vor allem die Funktion, bürokratische Hindernisse und Misstrauen bei Wissenschaftlern und potentiellen Geldgebern zu überwinden beziehungsweise zu zerstreuen. EBD., S. 65f.

⁶⁹ BURCHARDT, Wissenschaftspolitik, S. 18.

⁷⁰ EBD., S. 25.

⁷¹ EBD., S. 27.

⁷² BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, S. 125f.

⁷³ EBD., S. 130.

⁷⁴ EBD., S. 134.

⁷⁵ EBD., S. 135.

⁷⁶ EBD., S. 136.

⁷⁷ EBD., S. 135.

bietes in Dahlem für wissenschaftliche Zwecke.⁷⁸ Mittlerweile hatte Schmidt-Ott bereits dem Kaiser von dem Vorschlag berichtet, die Gründung der späteren Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Berliner Universitätsjubiläum zu verkünden.⁷⁹ Um diese Idee zu konkretisieren, sollte Harnack eine Denkschrift verfassen, auf deren Grundlage dann die Spendenwerbung beginnen sollte. Da Harnack aber zunächst zögerte, diese Aufgabe zu übernehmen, fasste der Mitarbeiter von Schmidt-Ott, Hugo A. Krüss, die bisherigen Planungen zusammen und überreichte diese am 8. August 1909 an Valentini. Letztendlich konnte Harnack von der Bedeutung einer von ihm verfassten Denkschrift überzeugt werden und so wurde er am 2. September 1909 offiziell von Valentini damit beauftragt. Über die von Harnack entworfene Denkschrift vom 21. November 1909 ist innerhalb der Forschung bereits viel diskutiert worden. Burchardt fasst die Schrift so zusammen, dass sie „wiederholt als Grundstein der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und als wissenschaftspolitische Großtat ersten Ranges gewürdigt“⁸⁰ worden sei. Dabei beruhten die Ausführungen von Harnack zum großen Teil auf den Vorarbeiten von Krüss, wenn er sie auch mit anderen Akzentuierungen versah. Denn Harnack legte einen Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die enorme Bedeutung des Projektes für die deutsche Wissenschaft im internationalen Kampf um die Spitzenposition: „So bot sich Wissenschaftsförderung als ein Akt nationaler Selbstbehauptung an, der manches mit militärischer Rüstung gemein hatte.“⁸¹ Deshalb kann die Denkschrift von Harnack laut Burchardt weder als Ausgangspunkt der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft noch als Zäsur angesehen werden, sondern als eine Zusammenfassung bekannter Positionen, die formuliert wurde, um sowohl den Kaiser als auch die Industrie von der Bedeutung des Projektes zu überzeugen.⁸²

Um bei den potentiellen Geldgebern den Eindruck zu vermeiden, die geplanten Forschungsinstitute seien eine preußische Angelegenheit und um den nationalen Charakter zu verdeutlichen, einigte man sich auf den Namen „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“.⁸³ Es schloss sich eine lange Verhandlungsphase zwischen den beteiligten Ministerien, insbesondere des Kultur- sowie des Finanzministeriums, an, in der es um die Finanzierungs-

⁷⁸ EBD., S. 136f.

⁷⁹ SCHMIDT-OTT, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes 1860-1950, Wiesbaden 1952, S. 117; BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, S. 138f.

⁸⁰ BURCHARDT, Wissenschaftspolitik, S. 33. So beispielsweise auch Schmidt-Ott, der die Denkschrift in seinen Erinnerungen als „Großtat“ bezeichnet. SCHMIDT-OTT, Erlebtes, S. 117.

⁸¹ BURCHARDT, Wissenschaftspolitik, S. 33.

⁸² EBD., S. 34. Vierhaus kommt zu dem selben Urteil, wenn er schreibt: „Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wäre gewiß auch ohne den Anteil zustande gekommen, den Adolf Harnack an ihrer Gründung hatte; zweifellos aber haben seine Mitwirkung, sein wissenschaftspolitischer und gesellschaftlicher Einfluß und die Wirksamkeit seiner Formulierung der Notwendigkeit und der Ziele der Gründung erheblich zum Gelingen beigetragen.“ VIERHAUS, Adolf von Harnack, S. 477.

modalitäten der geplanten KWG ging. Letztlich einigten sich die Minister auf eine staatliche Beteiligung in Höhe eines Drittels des jeweiligen Etats für die KWG sowie die staatliche Besoldung der Institutsdirektoren.⁸⁴

Nach dieser Absicherung konnte die Spendenwerbung in vollem Umfang beginnen. Die Hauptzielgruppe waren reiche Industrielle, die vor allem durch den nationalen Charakter des Projektes, dessen Bedeutung für die Wissenschaft und das starke Interesse des Kaisers zu einer Spende bewegt werden sollten. Falls sich die potentiellen Geldgeber nicht sofort zu einem Beitrag bereit erklärten, gingen die staatlichen Vertreter dazu über, entweder Druck auszuüben oder sie mit Gegenleistungen zu locken.⁸⁵ Dabei spielte vor allem Wilhelm II. eine wichtige Rolle, denn „[...] es [war] für die hohe Bürokratie und Hochfinanz nicht leicht, sich dem explizit geäußerten Wunsch des Kaisers zu entziehen.“⁸⁶ Und daher gaben viele Spender tatsächlich ihr Geld nur mit direktem Bezug auf den Kaiser. Andere wiederum verbanden ihre Spenden mit Auflagen für die spätere Verwendung und waren nur unter dieser Voraussetzung bereit, Mittel zur Verfügung zu stellen.⁸⁷ Weiter spielte vor allem der hervorgehobene nationale Charakter eine wichtige Rolle und wirkte am überzeugendsten auf die potentiellen Geldgeber. Dieser war häufig mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Naturwissenschaften und deren Grundlagenforschung für den industriellen Fortschritt in Deutschland verbunden.⁸⁸ Diese Betonung des nationalen Charakters der KWG behinderte auch die Akquisition von ausländischen Spenden, weshalb ihr Anteil am Spendenaufkommen sehr gering war.⁸⁹ Dem standen aber auch viele Personen gegenüber, die aus grundsätzlichen oder finanziellen Gesichtspunkten nicht bereit waren, Mittel für die KWG zur Verfügung zu stellen.⁹⁰ Sie vertraten die Auffassung, der Staat sei für die Finanzierung der Wissenschaft zuständig, an den geplanten Instituten bestünde kein Bedarf oder die geforderten Beiträge seien zu hoch beziehungsweise die grundsätzlich von ihnen für Spenden einkalkulierten Gelder wären bereits für andere, vor allem karitative Zwecke, verplant.⁹¹

⁸³ BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, S. 141.

⁸⁴ BURCHARDT, Wissenschaftspolitik, S. 45-47.

⁸⁵ „Es bedurfte schon erheblichen Drucks, um die für die Erstausrüstung der KWG erforderlichen Mittel aufzutreiben.“ WITT, Peter Christian: Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/19 bis 1934/35, in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 579-656, hier S. 583.

⁸⁶ BURCHARDT, Wissenschaftspolitik, S. 56.

⁸⁷ EBD., S. 60f. Vgl. auch WITT, Wissenschaftsfinanzierung, S. 583.

⁸⁸ BURCHARDT, Wissenschaftspolitik, S. 56f.

⁸⁹ EBD., S. 71.

⁹⁰ WITT, Wissenschaftsfinanzierung, S. 583.

⁹¹ BURCHARDT, Wissenschaftspolitik, S. 58-60.

Da jedoch die Spendenkalkulation weit übertroffen wurde, war die Bilanz der Bemühungen trotzdem sehr positiv. Insgesamt standen am Gründungstag statt der vom Staat geforderten sechs Millionen bereits über zehn Millionen Mark zur Verfügung, die sich bis zum Ersten Weltkrieg auf gut 13,7 Millionen erhöhten.⁹² Auch unter Berücksichtigung der Herkunft der Zuwendungen, die in weniger als vier Prozent der Spenden aus nicht-preußischen Staaten kamen,⁹³ womit deutlich wird, dass die KWG verbreitet als preußisches Projekt angesehen wurde, kann festgehalten werden, dass der Staat zunächst sein Ziel erreicht und einen Großteil der privaten Spendengelder für die Wissenschaft in der KWG zentralisiert hatte. Zudem hatte die KWG eine große Bedeutung für die private Wissenschaftsförderung, denn „[e]rstmalig war die Wirtschaft auf ein Gebiet vorgedrungen, das bislang fast uneingeschränkt als staatliche Domäne gegolten hatte.“⁹⁴ Des weiteren hatte die Einwerbung der Spenden Einfluss auf die Entstehung der Hochschulfördervereine, und damit auch auf die Gründung des Marburger Universitätsbundes, da sie gezeigt hatte, welcher Erfolg bei der gezielten Bitte um Unterstützung für die Wissenschaft möglich war. Bei der Analyse des Gründungsprozesses des Marburger Universitätsbundes werden sich zudem einige der bereits erwähnten Argumentationsmuster für ein privates Engagement in der Wissenschaftsfinanzierung wiederfinden. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges änderte die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation grundlegend, wovon auch die Universitäten und Hochschulen nicht ausgeschlossen blieben. Diese sich im Verlauf des Krieges zunehmend verschlechternde Lage trug zur Gründung der Hochschulfördervereine bei und verdeutlicht damit den Hintergrund, vor dem ihre Entstehung zu betrachten ist.

2. Die Folgen des 1. Weltkrieges für die deutschen Hochschulen und die Universität Marburg

Während des Ersten Weltkrieges verschärfte sich der Eindruck von der Krise der deutschen Universitäten, der bereits in den letzten Jahrzehnten immer stärker zum Ausdruck gekommen war. Zudem verbreitete sich die Befürchtung, dass der Staat nach Beendigung des Krieges seine aus der Vorkriegszeit bekannten finanziellen Leistungen nicht mehr im gewohnten Rahmen würde erfüllen können.

Die ersten Anzeichen hierfür zeigten sich darin, dass der Staat seine Ausgaben für die Universitäten durch die Streichung aller Sonderzahlungen um etwa 20 Prozent verrin-

⁹² EBD., S. 67-70.

⁹³ EBD., S. 70.

⁹⁴ EBD., S. 140.

gerte.⁹⁵ Als zusätzliche Belastung für die Etats der Hochschulen wirkte sich die bereits in Kriegszeiten einsetzende Inflation aus, wodurch sich der Wert der zur Verfügung stehenden Mittel halbierte.⁹⁶ Dieser negative Trend setzte sich durch die voranschreitende Geldentwertung und die neuen Belastungen fort, die nach Kriegsende auf die Etats des Reiches und der Einzelstaaten zukamen,⁹⁷ und die sich „[g]eradezu katastrophal [...] seit 1919 [auf] die finanzielle Lage der wissenschaftlichen Institute in Deutschland [auswirkten].“⁹⁸ Denn da die Haushalte der Hochschulen und ihrer Institute im Vergleich zur steigenden Geldentwertung nur unmerklich angehoben und dadurch die den einzelnen Instituten zur Verfügung stehenden Gelder sehr oft bereits durch die laufenden Betriebskosten aufgebraucht wurden, führten diese schwierigen Rahmenbedingungen zu großen Einschränkungen im Lehr- und Forschungsbetrieb.⁹⁹ Eine weitere Belastung stellte der enorme Kostenanstieg für Instrumente und Materialien dar,¹⁰⁰ weswegen beispielsweise die Mittel für die Veröffentlichung der neuesten Forschungsergebnisse, für die Anschaffung der wichtigsten Literatur und für notwendige Reparaturen fehlten.¹⁰¹ Die Einschränkungen gingen so weit, dass die wissenschaftliche Forschung in Deutschland allgemein als in ihrer Existenz bedroht angesehen wurde: „Die Durchführung wissenschaftlicher Arbeit mit Institutsmitteln wurde nahezu unmöglich.“¹⁰² Diese weitreichende Befürchtung bezog sich auch auf das Nachrücken des wissenschaftlichen Nachwuchses, der aufgrund der schlechten Perspektiven seine Zukunft

⁹⁵ WETTMANN, Heimatfront, S. 150.

⁹⁶ EBD., S. 151. Des weiteren minderten die Universitäten ihre finanziellen Spielräume durch die Zeichnung von Kriegsanleihen. Ebd.

⁹⁷ HAMMERSTEIN, Notker: Die deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945, München 1999, S. 31; MARSCH, Ulrich: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Gründung und frühe Geschichte 1920-1925, Frankfurt a.M. 1994. (Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Bd. 10), S. 29.

⁹⁸ BROCKE, Bernhard vom: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918-1933), in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 197-355, hier S. 200.

⁹⁹ WILDHAGEN, Eduard/SCHMIDT-OTT, Friedrich: Die Not der deutschen Wissenschaft, in: Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik, 15. Jahrgang, Heft 1, Oktober 1920, S. 1-36, hier S. 6.

¹⁰⁰ BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik, S. 200.

¹⁰¹ WILDHAGEN/SCHMIDT-OTT, Not der deutschen Wissenschaft, S. 6f. Zur Veranschaulichung sei nur auf das Problemfeld der Bibliotheken etwas genauer hingewiesen. Diese konnten aufgrund der Folgen der Geldentwertung ihren Bestand an Zeitschriften, insbesondere der ausländischen, nicht halten, so dass beispielsweise die Berliner Staatsbibliothek nur noch etwa 150 jener 2300 ausländischer Zeitschriften, die sie vor dem Krieg abonniert hatte, beziehen konnte. EBD., S. 18. Vgl. dazu auch RIMMELE, Dietmar: Die Universitätsreform in Preußen 1918-1924. Ein Beitrag zur Geschichte der Bildungspolitik der Weimarer Zeit, Hamburg 1978. (Geistes- und Sozialwissenschaftliche Dissertationen, Bd. 47), S. 69f.

¹⁰² GRIEWANK, Karl: Staat und Wissenschaft im Deutschen Reich. Zur Geschichte und Organisation der Wissenschaftspflege in Deutschland, Freiburg i. Br. 1927. (Schriften zur deutschen Politik, Heft 17 u. 18), S. 43. Vgl. dazu WILDHAGEN/SCHMIDT-OTT, Not der deutschen Wissenschaft, S. 8, die darauf hinweisen, dass „auf allen Gebieten der geregelte Fortgang der Wissenschaft in Frage gestellt“ war.

verstärkt in der Wirtschaft sah.¹⁰³ Zudem wurden die Schwierigkeiten der deutschen Wissenschaft durch die internationale Isolation Deutschlands verstärkt, die bereits im Weltkrieg begonnen hatte und nach Kriegsende fortwirkte, wodurch die deutsche Wissenschaft Gefahr lief, den Anschluss an die internationale Forschung zu verlieren.¹⁰⁴ Hierzu trug insbesondere der „*Beschluß des ‚Internationalen Rates‘ der neugegründeten internationalen wissenschaftlichen Organisationen der Verbandsmächte [...], wonach Deutschland von allen internationalen wissenschaftlichen Unternehmungen ausgeschlossen bleiben soll*“ bei.¹⁰⁵

Die bisher eher allgemein gehaltenen Ausführungen sollen nun anhand einiger Beispiele aus dem Bereich der Universität Marburg konkretisiert werden.¹⁰⁶ Wie alle deutschen Universitäten war auch die Marburger Hochschule von der Kürzung der staatlichen Zuschüsse betroffen. Direkt nach Kriegsbeginn musste die Universitätsverwaltung Einsparungen in Höhe von 20% der staatlichen Gelder nach dem Stand von 1913 vornehmen, was sie vor allem durch Einschränkungen beim Kauf von Büchern, Apparaten und Instrumenten sowie durch Rückstellung von Bauvorhaben erreichte.¹⁰⁷ Den langfristig gesehen größten Schaden erlitt die Hochschule allerdings durch die Zeichnung von Kriegsanleihen in Höhe von insgesamt 300.000 Mark, die nach dem Krieg durch die Inflation und die hohen Schulden des Staates verloren waren.¹⁰⁸ Diese finanziellen Belastungen führten dazu, dass die Marburger Universität „von der Substanz“ leben musste, was Verkäufe von Wertgegenständen sowie Umtauschaktionen von verschiedensten Gegenständen in dringend benötigte Artikel, wie zum Beispiel Rohstoffe, nach sich zog: „Derartige Einbußen bedeuteten einen um so größeren Verlust, als Neuanschaffungen während des Krieges nahezu unmöglich wurden. Ganz besonders litten die Bibliotheken unter dem Anstieg der Preise für Bücher und Zeitschriften.“¹⁰⁹ Als Beleg für die Auswirkungen auf die Marburger Universitätsbibliothek seien nur die Anzahl der Neuerwerbungen von 1913 und 1918 miteinander verglichen. Die Neuanschaffungen hatten sich von über 21.000 auf 7946 reduziert. Zudem musste die Zahl der auslän-

¹⁰³ WILDHAGEN/SCHMIDT-OTT, Not der deutschen Wissenschaft, S. 8f.; GRIEWANK, Staat und Wissenschaft, S. 43.

¹⁰⁴ SCHROEDER-GUDEHUS, Brigitte: Internationale Wissenschaftsbeziehungen und auswärtige Kulturpolitik 1919-1933. Vom Boykott und Gegen-Boykott zu ihrer Wiederaufnahme, in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 858-885, hier S. 858-862.

¹⁰⁵ SCHREIBER, Georg: Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches, Leipzig 1923, S. 70. Vgl. auch RIMMELE, Universitätsreform, S. 68f.

¹⁰⁶ Die genauen Ausmaße der negativen Auswirkungen des Krieges auf die Forschung in Marburg sind jedoch nicht zu erfassen. WETTMANN, Heimatfront, S. 287.

¹⁰⁷ EBD., S. 222.

¹⁰⁸ EBD., S. 223f.

dischen Zeitschriften von über 90 im Jahre 1913 auf 10 im Jahre 1920 gesenkt werden.¹¹⁰

Besonders stark von diesen Mängeln waren diejenigen Institute betroffen, die für ihre wissenschaftliche Arbeit Verbrauchsmaterialien benötigten, wie zum Beispiel die Naturwissenschaften. Hier sei nur der Bereich der Chemie erwähnt, der neben der allgemeinen Knappheit von Brennstoffen wie Gas vor allem unter dem rasanten Preisanstieg zu leiden hatte. So verteuerten sich die Kosten für einen Liter Alkohol bis November 1922 auf 2087 Mark im Vergleich zu 0,80 Mark im letzten Friedensjahr 1913.¹¹¹ Zudem verbrauchten Heizung und Gas bereits die Hälfte des Etats, so dass für notwendige Anschaffungen kein Spielraum mehr gegeben war.¹¹²

Neben den finanziellen Schwierigkeiten beeinträchtigte auch der Mangel an Verbrauchsgütern und Brennstoffen den Universitäts- und Unterrichtsbetrieb. Gravierende Folgen hatte dies aber nur im Wintersemester 1916/17, als die Universitätsbibliothek wegen fehlender Heizmöglichkeiten geschlossen und der Beginn des Sommersemesters 1917 verschoben werden musste.¹¹³ Eine gewisse Normalität im Tagesablauf trat erst wieder im Verlauf des Jahres 1920 ein.¹¹⁴

Die anhand des Beispiels der Marburger Universität skizzierte Gefährdung der wissenschaftlichen Forschung in Deutschland stand allerdings im Widerspruch zu ihrer gestiegenen Bedeutung für die Gesellschaft, die vor allem auf den Erfahrungen des Krieges beruhte. Hierbei handelte es sich besonders um die Leistungen der Wissenschaft im Krieg, die einmal in der engen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und zum anderen auf der „*Verwaltung fremder Gebiete*“ lagen.¹¹⁵ In diesem Zusammenhang ist jedoch hervorzuheben, dass diese Fortschritte fast ausschließlich an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen erzielt wurden und demnach die Universitäten kaum einen ent-

¹⁰⁹ EBD., S. 314.

¹¹⁰ EBD., S. 314f.

¹¹¹ SCHMITZ, Rudolf: Die Naturwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg 1527-1977, unter Mitarbeit von Armin Geus u.a., Marburg 1978, S. 299.

¹¹² EBD., S. 300.

¹¹³ WETTMANN, Heimatfront, S. 230.

¹¹⁴ EBD., S. 239.

¹¹⁵ GRIEWANK, Staat und Wissenschaft, S. 42; WILDHAGEN/SCHMIDT-OTT, Not der deutschen Wissenschaft, S. 1. Allerdings weist Wettmann in ihrer Untersuchung darauf hin, dass die tatsächlichen wissenschaftlichen Fortschritte nicht überbewertet werden dürfen: „Sind die innovativen Einflüsse des Krieges von den Zeitgenossen auch überschätzt worden, so besteht doch kein Zweifel daran, dass der Krieg zumindest in einigen Teilbereichen der wissenschaftlichen Entwicklung eine katalytische Wirkung gehabt hat. Die militärischen ebenso wie die wirtschaftlichen Anforderungen des Krieges haben dazu geführt, dass bereits in Friedenszeiten nur in Ansätzen vorhandene wissenschaftliche Bestrebungen beschleunigt und gefördert oder in eine neue, auf die Notwendigkeit des Krieges abgestimmte Richtung gelenkt worden sind.“ WETTMANN, Heimatfront, S. 95.

sprechenden Beitrag geleistet haben.¹¹⁶ Trotzdem erfuhren auch die Hochschulen einen Aufschwung im öffentlichen Ansehen, der später bei der Gründung der Hochschulfördervereine werbewirksam eingesetzt wurde:¹¹⁷ „Dennoch schien der Krieg vielen Zeitgenossen, allen voran den Gelehrten selbst, eine erfolgreich bestandene ‘Feuerprobe’ für die zunehmend kriselnde Universität zu sein, durch die nicht nur der ‘vielverspottete deutsche Professor, der Juxblätterttypus Pedanterie und unpraktisches Wesen’, sondern mit ihm auch die ganze alma mater in das ‘wirkliche Leben’, in die Gemeinschaft des ganzen Volkes zurückgekehrt zu sein schien.“¹¹⁸

Unter diesen Voraussetzungen begann in Deutschland bei den betroffenen Wissenschaftlern, Politikern und Institutionen eine Diskussion über die zukünftige Hochschulfinanzierung, wobei alle Beteiligten darin übereinstimmten, dass der Staat nicht mehr alleiniger Geldgeber für die Universitäten sein könne: „Da die allgemeine Notsituation des Reichs und seiner Länder nur ein zögerliches Vorgehen gestattete, fanden zusehends Überlegungen Resonanz, es müsse versucht werden, auch nichtstaatliche Geldgeber an diesen Aufgaben zu beteiligen.“¹¹⁹ Damit knüpfte die Debatte unmittelbar an die Diskussionsbeiträge zur Wissenschaftsfinanzierung aus der Vorkriegszeit an. Die nicht ausreichenden finanziellen Möglichkeiten des Staates hatten, wie erwähnt, im Kaiserreich zur Einführung und späteren Ausdehnung der privaten Wissenschaftsförderung geführt. Da sich diese aber nahezu in allen Fällen lediglich auf außeruniversitäre Forschungseinrichtungen beschränkt hatte, versuchte man nun, diese Überlegungen und Erfahrungen auf die Hochschulen zu übertragen.¹²⁰

Auf nationaler Ebene führte dieser Prozess unter anderem zur Gründung der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ am 30. Oktober 1920¹²¹ und des „Stifterverbandes der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft e.V.“. Jeder Wissenschaftler konnte Anträge an die Notgemeinschaft stellen, über die anschließend ein Ausschuss,

¹¹⁶ EBD., S. 96f. und S. 143: „Der Entwicklungstrend der Vorkriegszeit, im Zuge dessen die Universitäten ihre Bedeutung als Forschungseinrichtungen verloren, wurde während des Krieges noch verstärkt.“

¹¹⁷ Siehe dazu Kapitel II.3.

¹¹⁸ WETTMANN, Heimatfront, S. 97f.

¹¹⁹ HAMMERSTEIN, Deutsche Forschungsgemeinschaft, S. 35.

¹²⁰ Eine gute, wenn auch teilweise ideologisch überspitzte Zusammenfassung dieser Diskussion aus sozialistischer Perspektive liefert SCHLICKER, Wolfgang: Konzeptionen und Aktionen bürgerlicher deutscher Wissenschaftspolitik. Zum gesellschaftlichen Stellenwert der Forschung nach 1918 und zur Gründung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 27 (1979), S. 423-438.

¹²¹ „Ein relativ offenes, demokratischen Grundvorstellungen folgendes und in dieser Weise in keinem Land existierendes Förderprogramm für Wissenschaft und Forschung war damit installiert.“ HAMMERSTEIN, Deutsche Forschungsgemeinschaft, S. 39. Zur Gründung der Notgemeinschaft aus der Sicht eines maßgeblich Beteiligten siehe SCHMIDT-OTT, Erlebtes, S. 174-177. Darüber hinaus wurden weitere Förderorganisationen im Bereich der Naturwissenschaften, wie beispielsweise die Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der physikalisch-technischen Forschung e.V., gegründet. BROCKE, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik, S. 231.

bestehend aus Vertretern der Notgemeinschaft und des Stifterverbandes, entschied.¹²² Denn der am 14. Dezember 1920 errichtete Stifterverband sicherte den privaten Geldgebern Mitspracherecht bei der Bewilligung von Unterstützungen zu, womit ein neuartiges System der Forschungsförderung in Deutschland eingeführt wurde. Damit boten sich neue Möglichkeiten, die jeweiligen Forschungsprojekte zu verfolgen und finanzielle Unterstützung zu bekommen.¹²³

Auf universitärer Ebene gründeten sich als Resultat der Diskussionen um die zukünftige Finanzierung der wissenschaftlichen Forschung erste Hochschulfördervereine.

3. Die Bildung der ersten Hochschulfördervereine in Deutschland

Die neuen Wege der Forschungsfinanzierung, die vor dem Ersten Weltkrieg auf nationaler beziehungsweise wissenschaftsspezifischer Ebene beschränkt worden waren, führten bereits während des Krieges an den einzelnen Hochschulen und Universitäten zu Überlegungen, wie der jeweiligen Einrichtung neue finanzielle Quellen erschlossen werden könnten. Den Hintergrund dieser Überlegungen bildete die beschriebene Situation der Universitäten und Hochschulen gegen Ende des Ersten Weltkrieges, in die auch die ideellen Aspekte einer besseren Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis hinein spielten. Die Initiatoren der Gedankenspiele waren Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft, die sich mit der betreffenden Lehranstalt mehr oder weniger eng verbunden fühlten. Ihre Anregungen mündeten ab dem Sommer 1917 in der Gründung von Hochschulfördervereinen. Die Entstehung dieser ersten Fördergesellschaften soll im Folgenden vor allem in Bezug auf die Gründungsmotive und die Argumentationsstruktur hinsichtlich ihrer Ziele gegenüber der Öffentlichkeit dargestellt und analysiert werden, bevor im nächsten Schritt die Gründung des Marburger Universitätsbundes genauer betrachtet wird.

Den Anfang machte dabei die „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn“,¹²⁴ die im Juli 1917 auf Initiative des Indu-

¹²² MARSCH, Notgemeinschaft, S. 88-90.

¹²³ HAMMERSTEIN, Deutsche Forschungsgemeinschaft, S. 49. Zur konkreten Arbeitsweise der Notgemeinschaft siehe ihre Satzung vom 30. Oktober 1920, abgedruckt in: ZIEROLD, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte - Arbeitsweise - Kommentar, Wiesbaden 1968, S. 543-547. Zu einem Beispiel der Kooperation zwischen der Notgemeinschaft, der KWG und der Preußischen Akademie siehe FLACHOWSKY, Sören/NÖTZOLDT, Peter: Von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zur Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die „Gemeinschaftsarbeiten“ 1924-1933, in: Schalenberg, Marc/Walther, Peter Th. (Hrsg.): „... immer im Forschen bleiben.“ Rüdiger vom Bruch zum 60. Geburtstag, Stuttgart 2004, S. 157-177.

¹²⁴ Zur Gründung der Gesellschaft in Bonn siehe HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 77-86, und BÜCHEL, 80 Jahre, S. 3ff., sowie die Darstellung von Max BRAUBACH: Fünfzig Jahre Gesellschaft der Freunde und Förderer der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, in: Bonner Universitätsblätter 1967, S. III-XIII, hier S. III-VI.

striellen Carl Duisberg ins Leben gerufen wurde und auf reges Interesse beim Kaiser stieß:

*„[...] Seine Majestät der Kaiser und König haben die Meldung von der Begründung der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich Wilhelms Universität mit Befriedigung entgegengenommen und wünschen der Gesellschaft eine erfolgreiche Entwicklung und Tätigkeit zum Segen der Bonner Universität und deutscher Wissenschaft und Forschung.“*¹²⁵

Damit kann auch die Entstehung der Hochschulgesellschaften in direktem Zusammenhang mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gesehen werden. Denn der Kaiser zeigte ein vitales Interesse am Ausbau der privaten Wissenschaftsförderung, welches er durch die Übernahme des Protektorats über die Bonner Gesellschaft im November 1917 weiter untermauerte.¹²⁶

In der Folgezeit entstanden innerhalb weniger Monate, unter anderem in Erlangen,¹²⁷ Göttingen,¹²⁸ Kiel¹²⁹ und Gießen¹³⁰ weitere Gesellschaften, deren Entstehung von der Bonner Gründung beschleunigt worden sein mag.¹³¹ Zudem könnte die diesbezügliche Berichterstattung in den „Hochschulnachrichten“ den Trend zu ähnlichen Fördergesellschaften verstärkt haben:

„Es hielte nicht schwer, solche Vereinigungen systematisch in allen Hochschulstädten des Reiches ins Leben zu rufen. Erhebliche Mittel und Beihilfen könnten dadurch unseren Hochschulen zugeführt, zugleich aber wirksame Berührungspunkte zwischen ihnen und weiteren Volkskreisen geschaffen werden, welche nicht nur der Volkshochschulbewegung, sondern auch einer zweckmässigen Bearbeitung der sozialen Fragen und Bedürfnisse der Studentenschaft allenthalben zu statten kämen. [...] Wie im letzten Hefte in Bezug auf die Förderung des studentischen Zusammenschlusses bereits betont wurde, sollte namentlich die Studentenschaft diese Fühlung suchen und im Vereine mit ihren Lehrern, Freunden, Gönnern und Alten Herren an allen Hochschulorten auf die Gründung sol-

¹²⁵ Antworttelegramm von Excellenz von Valentini an Duisberg vom 8. Juli 1917, in: GSTA PK I. HA Geh. Zivilkabinett, jüngere Periode Rep. 89 Nr. 21566, Bl. 3. Duisberg hatte von Valentini am Vortag per Telegramm über die Gründung der Bonner Gesellschaft informiert. EBD., Bl. 1.

¹²⁶ „Vermerk zu den Akten: [...] Durch Kabinettschreiben vom 9. November 1917 hat Seine Majestät d. K. u. K. das Protektorat über die aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Universität Bonn begründete „Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich Wilhelms – Universität zu Bonn“ übernommen.“ EBD., Bl. 4.

¹²⁷ Zu den Hintergründen der Erlanger Gründung siehe HOFFMANN, Geburtstagskind Universitätsbund, LIERMANN, Friedrich-Alexander-Universität, S. 41, und WENDHORST, Alfred: Geschichte der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1743-1993, München 1993, S. 148f.

¹²⁸ Zur Gründung des Göttinger Universitätsbundes siehe EBEL, Kleine Geschichte des Göttinger Universitätsbundes, und LOHSE, 75 Jahre Universitätsbund Göttingen e.V.

¹²⁹ JESSEN-KLINGENBERG, Universität und Land, S. 9-17.

¹³⁰ HORN, Aus Vergangenheit und Gegenwart, S. 5-13; ANDERHUB, Andreas: Das Antoniterkreuz in Eisen. Zur Geschichte der Universität Gießen während des Ersten Weltkrieges, Gießen 1979, S. 52-56.

¹³¹ Inwieweit die folgenden Worte des damaligen Vorsitzenden der Bonner Gesellschaft, Carl Duisberg, anlässlich des 10jährigen Jubiläums zutrafen, kann ohne einen direkten Vergleich der Satzungen nicht gesagt werden: „Fast an allen Hochschulen Deutschlands ist man dann unserem Vorbild gefolgt und hat überall nach unserem Muster, meist ohne wesentliche Änderung der Satzungen, Hochschulgesellschaften gegründet.“ DUISBERG, Carl: Abhandlungen, Vorträge und Reden, Berlin 1933, S. 484.

cher Vereinigungen hinwirken. Der sachliche und soziale Gewinn einer solchen Bewegung ist dauernd und unbegrenzt.“¹³²

Dieser Appell wurde offenbar an vielen deutschen Universitäten erhört, wenn auch nicht von der Studentenschaft, sondern von Dozenten und/oder einflussreichen Kreisen, die der jeweiligen Hochschule verbunden waren. Insgesamt wurde in dem Zeitraum von der Gründung der Bonner Gesellschaft bis zum Jahresende 1918 an zwölf Universitäten eine vergleichbare Vereinigung gegründet.¹³³

Dabei stand zunächst die Sorge um die zukünftige finanzielle Ausstattung der jeweiligen Hochschule im Vordergrund. In Bonn wurde zu diesem Zweck das hundertjährige Jubiläum der Universität zur Einwerbung von Spenden und Stiftungen genutzt.¹³⁴ Durch den energischen Einsatz von Carl Duisberg entwickelten sich diese Pläne jedoch sehr rasch weiter, so dass am Ende die Gründung einer Vereinigung zur Förderung der Universität Bonn beschlossen und verwirklicht wurde.¹³⁵ Weitere Ziele, die mit der Gründung der Gesellschaft erreicht werden sollten, waren die Verbesserung und die Pflege der Kontakte zwischen Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sowie eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis.¹³⁶

Die Erfahrungen des Weltkrieges für die Wissenschaft und die Hochschulen betonte besonders der Rektor der Göttinger Universität, als er am 26. Juni 1918 die Gründung des Universitätsbundes Göttingen ankündigte:

„Von all den Lehren, die uns der Krieg für unsere Zukunft mitgibt, hat sich die von der entscheidenden Bedeutung der Wissenschaft für das Leben, des einzelnen wie des Staates, vielleicht am unmittelbarsten ins Bewußtsein gedrängt. [...] Nicht ohne Grund habe ich es mir heute zur Aufgabe gemacht, diese Zusammenhänge vor Ihnen darzulegen und zu zeigen, wie sehr Wissenschaft und Leben allezeit aufeinander angewiesen sind. Denn am heutigen Nachmittag soll ein Plan zur Ausführung gelangen, der für den Bereich unserer Universität die Idee dieser Zusammengehörigkeit zu einer kraftvollen Wirklichkeit werden lassen will. Am heutigen Nachmittag um 4 Uhr wird in diesem Saale der Universitätsbund Göttingen gegründet, der es sich zur Aufgabe setzt, die gegenseitigen Beziehungen zwischen Leben und Wissenschaft dauernd zu pflegen, der es sich zur Aufgabe setzt, für die Erfüllung der gegenseitigen Pflichten des Lebens gegen die Wissenschaft, der Wissenschaft gegen das Leben dauernd zu wirken.“¹³⁷

Die Betonung der anscheinend überragenden Bedeutung der Wissenschaft und der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen der Wissenschaft und der Praxis

¹³² HOCHSCHULNACHRICHTEN, XXVII. Jahrgang, Nr. 12, Heft 324 (1916/17), S. 659. Nach Angaben des Artikels bestanden bis dahin außer in Bonn noch ähnliche Gesellschaften in Halle und Erlangen. EBD.

¹³³ Neben den bereits im Bericht der Hochschulnachrichten erwähnten Universitäten Erlangen und Halle waren dies Tübingen, Kiel, Gießen, Stuttgart-Hohenheim, Göttingen, Darmstadt, Aachen, Frankfurt, Düsseldorf und Karlsruhe. HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 87-91.

¹³⁴ BRAUBACH, Fünfzig Jahre, S. III.

¹³⁵ EBD., S. IVf.

¹³⁶ BÜCHEL, 80 Jahre, S. 3.

fürte teilweise dazu, dass der finanzielle Aspekt in den Beitrittsaufrufen und Satzungen der verschiedenen Gesellschaften eine nachrangige Rolle spielte. Als ein Beispiel für die Gewichtung der Ziele in den Satzungen kann diejenige der „Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Gießen“ genannt werden, in der in § 2 der Zweck der Gesellschaft in folgender Reihenfolge erläutert wird: *„1. Pflege der Beziehungen zwischen Wissenschaft und dem praktischen Leben 2. Vertiefung der wissenschaftlichen Bildung 3. Förderung der Universität Gießen.“*¹³⁸ Dabei war das ursprüngliche Gründungsmotiv die Not der Gießener Universität gewesen, für deren Linderung die Universität die heimischen Wirtschaftsunternehmen gewinnen wollte.¹³⁹

In Kiel wiederum, wo im Juli 1918 eine Fördergesellschaft gegründet wurde, wandte man sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, in dem vor allem das Ziel herausgestrichen wurde, die Beziehung zwischen der Universität und dem Umland zu festigen.¹⁴⁰ Der Anlass für die Bemühungen, die in die Bildung der Kieler Universitätsgesellschaft mündeten, war jedoch die unsichere Finanzierung eines neuen Seminargebäudes. Deshalb wurden vom Senat der Universität neben öffentlichen Geldern auch private Mittel ins Auge gefasst.¹⁴¹

Ähnliche Zielsetzungen wie in Gießen und Kiel hatte auch der Universitätsbund Erlangen übernommen, der auf Betreiben des Erlanger Oberbürgermeisters entstand und am 21. Juli 1917 offiziell gegründet wurde:

*„Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt, die während des großen Weltkrieges gewonnene Erkenntnis von der Bedeutung der Wissenschaft für die Pflege der idealen Güter und für die Pflege der wissenschaftlichen und technischen Fortschritte in der Bevölkerung festzuhalten, zu verbreiten und zu vertiefen und durch innige Zusammenarbeit von Vertretern der Universität mit den Organen und Mitgliedern des Vereins die Wissenschaft zu fördern.“*¹⁴²

Die neu gegründeten Gesellschaften versuchten also, die durch den Krieg entstandenen Vorteile für die universitäre Wissenschaft zu instrumentalisieren und dadurch den finanziellen Aspekt zu überdecken. Mit dieser Werbestrategie gelang es den Gesellschaften teilweise sehr erfolgreich, Mitglieder und damit auch Beiträge und Spenden zu gewinnen. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass sowohl die finanziellen als auch die ideellen Ziele zur Entstehung der Hochschulfördervereine beitrug. Die Form der Darstellung in der Öffentlichkeit und in den Satzungen stellte zwar oftmals die ide-

¹³⁷ Zitiert nach EBEL, Kleine Geschichte des Göttinger Universitätsbundes, S. 3.

¹³⁸ Zitiert nach HORN, Aus Vergangenheit und Gegenwart, S. 10. Zu den Hintergründen der Gießener Gründung siehe auch ANDERHUB, Das Antoniterkreuz in Eisen, S. 52-56.

¹³⁹ HORN, Aus Vergangenheit und Gegenwart, S. 7f. Siehe auch ANDERHUB, Das Antoniterkreuz, S. 52f.

¹⁴⁰ JESSEN-KLINGENBERG, Universität und Land, S. 9.

¹⁴¹ EBD., S. 11.

ellen Motive in den Vordergrund, aber die finanziellen Gesichtspunkte spielten bei allen Gründungen eine entscheidende Rolle.¹⁴³

Auch an vielen anderen Hochschulen waren Planungen zur Gründung eines Fördervereins teilweise bereits sehr weit fortgeschritten, aber sie konnten wegen der unmittelbaren Auswirkungen des Kriegsendes und der Revolution nicht realisiert werden und wurden erst einige Zeit später wieder aufgegriffen und vollendet: „Ende 1918 war die erste Gründungswelle von Hochschulfördervereinen abgeschlossen, ehe ab Ende 1920 eine zweite Welle von Neugründungen einsetzte.“¹⁴⁴ Zu dieser „zweiten Welle“ gehörte auch die Universität Marburg,¹⁴⁵ an der im Dezember 1920 eine den anderen Hochschulen entsprechende Vereinigung ins Leben gerufen werden konnte: der „Marburger Universitätsbund“.

¹⁴² Erlanger Tagblatt, Jg. 61, Nr. 261 vom 6. November 1918, zitiert nach: LIERMANN, Friedrich-Alexander-Universität, S. 41.

¹⁴³ Siehe auch POHL, Hans: Die Förderung schulischer Ausbildung und wissenschaftlicher Forschung durch die deutsche Wirtschaft von 1918 bis 1945, in: Ders. (Hrsg.): Wirtschaft, Schule und Universität. Die Förderung von schulischer Ausbildung und wissenschaftlicher Forschung durch deutsche Unternehmen seit dem 19. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge des 7. wissenschaftlichen Symposiums der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. am 19.11.1982 in Leverkusen, Wiesbaden 1983 (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 29), S. 42-77, hier S. 66ff.

¹⁴⁴ HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 91.

¹⁴⁵ Des weiteren wurden Fördergesellschaften in Heidelberg, Hannover, Clausthal, Dresden sowie an der Universität München und der TH München gegründet. EBEL, Kleine Geschichte des Göttinger Universitätsbundes, S. 6.

III. Die Gründung des Marburger Universitätsbundes

1. Die Ziele des Bundes im Spiegel seiner Satzung von 1920

„In einer Zeit der Not und der Schmach unseres Vaterlandes ist der Universitätsbund Marburg ins Leben getreten. [...] War schon vor dem Kriege der Staat kaum noch im Stande, den Universitäten ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, so ist es unter den derzeitigen Verhältnissen ganz unmöglich, daß mit staatlichen Mitteln allein die Hochschulen ihren Betrieb in ausreichendem Umfange aufrecht erhalten können. Es müssen also von privater Seite Mittel gewährt werden, wenn die Universitäten nicht schweren Schaden erleiden sollen. Ein unersetzlicher Verlust für unsere Kultur und für unser nationales Leben wäre es, wenn der schon aufgeworfene Gedanke, aus Ersparnisgründen einzelne, namentlich kleinere Universitäten aufzulösen, zur Tat werden sollte. Auch unsere Marburger Universität ist notleidend und braucht Hilfe. Diese zu bringen ist der erste Zweck unseres Universitätsbundes. [...] Neben dieser materiellen Hilfe hat sich der Universitätsbund aber noch ein anderes Ziel gesetzt. Durch seine enge Verbindung mit dem Lehrkörper der Universität will er Gelegenheit zu einer besseren Annäherung von Wissenschaft und Praxis geben und verspricht sich hiervon eine gegenseitige Förderung und Befruchtung. [...].“¹⁴⁶

Der Vorsitzende des Vereins, Geheimrat Dr. Adolf Haeuser, knüpfte in seinem Artikel über die Marburger Fördergesellschaft, der in der Einladung zur ersten Hauptversammlung des neuen Universitätsbundes erschien, an die nationale Dimension der Diskussion um die private Wissenschaftsförderung an. Dabei benutzte er mit den Worten *„In einer Zeit der Not und der Schmach unseres Vaterlandes“* bestimmte Formulierungen zur Identitätsbildung des Bundes und zur veranschaulichenden Werbung für diesen. Dieses sprachliche Mittel, mit dem er die Situation des Bundes und der deutschen Wissenschaft verdeutlichen wollte, setzte Haeuser des öfteren in seinen Ansprachen bei den Hauptversammlungen ein, wie noch zu zeigen sein wird.¹⁴⁷

Der Universitätsbund Marburg verfolgte nach den Worten seines Vorsitzenden Haeuser vor allem zwei Ziele: Zum einen sollte er die Universität Marburg finanziell unterstützen, indem er private Gelder sammelte und sie der Universität zur Verfügung stellte, zum anderen wollte er für eine engere Verbindung der Wissenschaft zur Praxis sorgen. Damit schloss sich der Universitätsbund den Zielen der anderen Universitätsgesellschaften an. Wer aber waren in Marburg die treibenden Kräfte bei der Gründung und

¹⁴⁶ Dies sind Auszüge aus dem Artikel „Der Universitätsbund Marburg“ vom Vorsitzenden des Bundes, Geheimrat Haeuser, in: Einladung zur ersten Hauptversammlung des Universitätsbundes, zugleich MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 1, 1921, S. 1-2, hier S. 1.

¹⁴⁷ Mit solchen Stilmitteln beschäftigt sich die Historische Stereotypenforschung, die sich vor allem auf drei Themenbereiche, und zwar der Korrelation von Stereotypenbildung und „nation-building“- Prozessen, dem Einsatz von Stereotypen als politisches Instrument und der Rolle von Stereotypen im Kulturtransfer, d.h. als identitätsstiftender Faktor, konzentriert. HAHN, Hans-Hennig: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Historische Stereotypen. Methodische Überlegungen und empirische Befunde, Oldenburg 1995. (Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft, Heft 2), S. 7-13. Haeuser bediente vor diesem Hintergrund durch seine Argumentation sowohl die nationale als auch die identitätsstiftende Dimension von Stereotypen.

bestanden die genannten Ziele und Motive von Anfang an oder gab es weitere Gründungsmotive? Um diese Frage zu beantworten, werden ausgehend von den Zielen der ersten Satzung des Bundes die Leitmotive skizziert, die zu seiner Gründung führten. Die Gründungsphase des späteren Universitätsbundes erstreckte sich dabei auf den Zeitraum vom Ende des Wintersemesters 1917/18¹⁴⁸ bis zur Gründungsversammlung am 5. Dezember 1920, in deren Verlauf mit der Verabschiedung und Unterzeichnung der Satzung die Gründung des Bundes formell abgeschlossen wurde.¹⁴⁹

Die Satzung¹⁵⁰ des Marburger Universitätsbundes enthielt die Richtlinien und Vorgaben für die Gremien und Mandatsträger des Bundes. Ebenso bestimmte sie beispielsweise die Zusammensetzung des Vorstandes und des Verwaltungsrates sowie deren Aufgaben und legte fest, wie die Einnahmen des Bundes aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden verwaltet werden mussten.¹⁵¹ Am Anfang der Satzung standen jedoch die vier Ziele beziehungsweise Aufgaben des Bundes.¹⁵² An erster Position wurde der Erhalt der Universität Marburg aufgeführt. Des weiteren sollte eine enge Verbindung der Universität zur Provinz und der Zusammenschluss von Freunden, Dozenten und Ehemaligen der Universität erreicht werden. An vierter Stelle der Aufzählung stand die Förderung der „*wissenschaftlichen und erzieherischen Aufgaben der Universität*“.¹⁵³ Unter diesem Punkt wurde zudem die Absicht aufgenommen, bei ausreichend vorhandenen Mitteln auch „*allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen für Studierende*“¹⁵⁴ unterstützen zu können.¹⁵⁵

¹⁴⁸ Dies geht aus dem „Summarische[n] Bericht über die bisherige Entwicklung des U.B.M.“ des Marburger Professors W. Heitmüller vom 20. Oktober 1920 hervor. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung.

¹⁴⁹ Die Legitimität der Gremien dagegen wurde erst während der ersten Hauptversammlung bestätigt. Denn im Verlauf dieser wurde der Verwaltungsrat besetzt und der vorläufig amtierende Vorstand durch die Gremien des Bundes ersetzt. Dieses Verfahren sah die Satzung des Universitätsbundes vor, in der es in § 37 heißt: „*In der Gründungsversammlung wird ein vorläufiger Vorstand von sieben Personen gewählt, der die sämtlichen Bundesgeschäfte führt, bis nach der ersten Hauptversammlung die sämtlichen satzungsgemäß gewählten Bundesorgane in Tätigkeit treten. Diese treten nach ihrer Wahl an die Stelle des vorläufigen Vorstandes.*“ Satzung des Universitätsbundes von 1921, in der „SAMMELMAPPE UNIVERSITÄTSBUND MARBURG“, in: Universitätsbibliothek Marburg.

¹⁵⁰ Als Grundlage dient die bereits erwähnte Satzung in der Sammelmappe zum Universitätsbund, welche in der Universitätsbibliothek Marburg zu finden ist. Darüber hinaus liegt noch der Abdruck der Satzung in den MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 5, August 1924, S. 16-19, vor.

¹⁵¹ Die genauen Regelungen und Vorgaben werden im nächsten Kapitel analysiert.

¹⁵² Satzung des Universitätsbundes von 1921, in: SAMMELMAPPE, S. 1 der Satzung.

¹⁵³ EBD.

¹⁵⁴ EBD.

¹⁵⁵ Warum letztendlich diese Reihenfolge bei den Zielen des Bundes gewählt wurde, konnte nicht geklärt werden. Sie scheint sich aber in den vielen Verhandlungen über die Satzung, die bis Ende November 1920 andauerten, herauskristallisiert zu haben. So berichteten sowohl Pfeiffer in einem Brief an Rektor Hoffmann vom 11. November 1920 als auch Leonhard in einem Schreiben an Haeuser vom 22. November 1920 von letzten Korrekturen an der Satzung. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung. Ein Hinweis auf die Ziele des Bundes ist in beiden Briefen nicht enthalten.

Durch diese Auflistung ist deutlich geworden, dass die Ziele des Bundes vielschichtiger waren als diejenigen, die der Vorsitzende des Bundes in seiner eingangs zitierten Aussage aufgeführt hatte. Deshalb ist nun zu fragen, welche der in der Satzung genannten Ziele und Aufgaben des Bundes sich aus den ursprünglichen Leitmotiven ergaben und welche eine weniger bedeutende Rolle spielten. Diese Fragestellung ermöglicht dabei auch die Schilderung der Evolution des Bundes.

2. Die Gründung des Marburger Universitätsbundes unter besonderer Berücksichtigung der Motive seiner Entstehung

Den Anstoß, einen Verein zur Förderung der Universität Marburg zu gründen, kam in Marburg, anders als von dem Autor der „Hochschulnachrichten“ gefordert,¹⁵⁶ nicht von der Studentenschaft, sondern vom amtierenden Rektor der Universität des Jahres 1917/18, dem Theologen Prof. Dr. Wilhelm Heitmüller.¹⁵⁷ In seinem Bericht über die Entwicklung des Projektes macht Heitmüller keine Angaben darüber, auf welchen Wegen er selbst zu diesem Gedanken inspiriert worden war. Deshalb ist zu vermuten, aber nicht zu belegen, dass Heitmüller über die bereits erfolgten Gründungen an den übrigen Hochschulen informiert und dadurch zu seinem Engagement angeregt worden war. Heitmüllers Beweggründe für die geplante Gründung einer Fördergesellschaft gehen aus einem Brief vom August 1918 hervor:

*„[...] den Zusammenhang der Universität mit ihren früheren Schülern zu festigen u. eine engere Verbindung zwischen Universität u. Provinz, zwischen Universität u. Praxis herbeizuführen. Die pekuniäre Förderung der Universität kam dann erst in zweiter Linie hinzu, ist aber höchst wichtig.“*¹⁵⁸

Ob die Reihenfolge der Motive tatsächlich der Einstellung des Rektors entsprach, kann zumindest angezweifelt werden, da er bei anderen Gelegenheiten, wie noch zu zeigen sein wird, den finanziellen Faktor vor dem ideellen nannte. Unabhängig von der Gewichtung waren dies jedenfalls die beiden Ziele, welche Heitmüller mit einer Fördergesellschaft verfolgte.

¹⁵⁶ Siehe hierzu Kapitel II.3.

¹⁵⁷ CATALOGUS PROFESSORUM ACADEMIAE MARBURGENSIS. Die akademischen Lehrer der Philipps-Universität Marburg. Bd. 2: Von 1911 bis 1971, bearb. von Inge Auerbach, Marburg 1979 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 15,2), S. 24.

¹⁵⁸ So Heitmüller in einem Brief an Dr. Ludwig Scheffer aus Frankfurt vom 22. August 1918. Dieser hatte kurz zuvor ebenfalls Anregungen für die Gründung einer Fördergesellschaft für die Universität Marburg gegeben, da er die Sorge hatte, dass Marburg die Entwicklung verpassen könnte und damit keine Unterstützung seitens der Industrie und Wirtschaft erhalten würde. HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung. Dr. Scheffer engagierte sich in der Folgezeit für das Projekt und arbeitete in der späteren Frankfurter Bundesgruppe mit. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte er dem Universitätsbund zu helfen. Scheffer konnte noch zum 50jährigen Jubiläum des Universitätsbundes als Ehrengast begrüßt werden, wobei seine Rolle bei der Gründung hervorgehoben wurde. 50 JAHRE MARBURGER UNIVERSITÄTSBUND, in: Alma mater philippina WS 1971/72, S. 57-60, hier S. 58.

Im Wintersemester 1917/18 stellte Heitmüller in der Deputation¹⁵⁹ seine Idee einer Gesellschaft von Freunden und Förderern für die Universität Marburg vor, allerdings ohne Erfolg. Die übrigen Mitglieder der Deputation hielten den Zeitpunkt für ungünstig und bezweifelten, dass Hessen-Nassau der geeignete Ort für ein solches Unternehmen sei.¹⁶⁰ Heitmüller jedoch ließ sich durch den Rückschlag in der Deputation nicht beirren und arbeitete weiter an der Verwirklichung seines Plans. Ein wichtiger Impuls für ihn sowie eine wichtige Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung des späteren Marburger Universitätsbundes ergab sich mit der Kontaktaufnahme zu Geheimrat Dr. Adolf Haeuser durch den Marburger Professor Walter Troeltsch.¹⁶¹ Haeuser, der unter anderem in Marburg Chemie studiert hatte, war zum damaligen Zeitpunkt Generaldirektor der Farbwerke Hoechst. Seine Verbindung zur Universität Marburg war bereits vor dem Ersten Weltkrieg wieder aufgebaut worden, wobei die Initiative von Troeltsch ausging, der nach eigener Aussage der Philosophischen Fakultät vorschlug, Haeuser die Ehrendoktorwürde zu verleihen, um die Universität und die industriellen Kreise der Umgebung enger zu verbinden.¹⁶² Diesen Kontakt nutzte Troeltsch, um im Vorfeld der Gründung des Universitätsbundes auf die Person von Haeuser zurückzukommen und ihm, wie geschildert, das geplante Projekt vorzustellen. Durch die Unterstützung desselben und die spätere Übernahme des Amtes des Vorsitzenden hat Haeuser eine entscheidende Rolle bei der Gründung des Bundes gespielt, zudem übte er großen Einfluss auf die Endredaktion der Satzung aus.¹⁶³ Haeuser antwortete am 13. Juni 1918 auf ein Schreiben von Troeltsch, dass er sich mit der Universität Marburg sehr verbunden fühle und schon seit längerem Anregungen für die Gründung einer Vereinigung von Freunden der

¹⁵⁹ „Zur Wahrnehmung und Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten der Universität, welche nicht zum Geschäftskreise des akademischen Senats gehören, sowie zur Beaufsichtigung der Studirenden und zur Ausübung der Disciplinargewalt über dieselben innerhalb der gesetzlichen Grenzen ist die Universitäts-Deputation eingesetzt.“ § 5 der STATUTEN der Königlichen Universität zu Marburg 1885, Marburg 1886, S. 6. Die genauen Aufgaben der Deputation werden in § 51 aufgeführt. EBD., S. 19. Der Deputation gehörten neben dem Rektor und Prorektor jeweils ein ordentlicher Professor jeder Fakultät an. § 49 der Statuten, EBD., S. 18.

¹⁶⁰ Konkrete Angaben zur ablehnenden Haltung der Mitglieder der Deputation macht Heitmüller in seinem bereits zitierten Bericht über die Entwicklung des Bundes nicht. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung.

¹⁶¹ Die Vorstellung von Troeltsch, der später Schriftführer des Bundes wurde, erfolgt in Kapitel IV.2.

¹⁶² Dies geht aus einem Entwurf eines Schreibens von Troeltsch an Haeuser vom 10. Juni 1930 hervor. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 13, ohne Blattzählung. Später bekam Haeuser noch weitere Ehrungen von Seiten der Marburger Universität und ihrer Fakultäten verliehen, so unter anderem die Ehrenbürgerwürde der Universität im Jahre 1921. Siehe hierzu den kurzen Lebenslauf in den MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 18, November 1927, S. 2 und den Artikel „Marburgs Ehrenbürger Geheimrat Haeuser †“, in: OZ vom 15. März 1938, S. 4.

¹⁶³ Dies geht aus einem Schreiben des späteren Schriftführers Leonhard an Haeuser vom 22. November 1920 hervor, in dem Leonhard Satzungsänderungen nach dem Wunsch von Haeuser bestätigt. Dabei ging es vor allem um das Mitspracherecht der großen Förderer. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung. Die weitere Vorstellung von Haeuser erfolgt in Kapitel IV.2.

Universität geben wollte, seine große berufliche Beanspruchung ihn jedoch daran gehindert habe.¹⁶⁴

Durch diese positive Reaktion aus der Industrie ermuntert, startete Heitmüller wenig später am 1. Juli 1918, diesmal in einem Kollegenkreis, in dem Professoren aus allen Fakultäten vertreten waren, einen neuen Versuch. Dort fand Heitmüller allgemeine Zustimmung für seine Pläne, die er wiederum mit der *„Notwendigkeit, engere Beziehungen zwischen Universität und Provinz herzustellen [und mit der] Notwendigkeit, Mittel für die Zwecke der Universität zu gewinnen“* begründete.¹⁶⁵ Aus diesem Kreis heraus bildete sich ein kleiner Ausschuss, der die Pläne weiter vorantreiben sollte. In diesem frühen Stadium der Planungen konnte für das Projekt die Zustimmung des Senats der Universität, die dieser am 27. Juli 1918 aussprach, nur förderlich sein:

*„Der Plan, vom Rektor in längeren Ausführungen entwickelt, setzt sich zum Ziele, 1) durch die Begründung einer derartigen Gesellschaft grössere Mittel zu gewinnen für die wissenschaftlichen Aufgaben der Universität und zwar, durch Stiftung grosser Kapitalien, Zahlung einmaliger grösserer oder regelmässiger Beiträge. Diese Mittel sind nötig im Blick auf die geschwächte Finanzkraft des Staates, der nach dem Kriege nicht mehr in der Lage sein wird, die zweifellos noch steigenden Bedürfnisse der Universität in der bisherigen Weise zu bestreiten. Der Plan verfolgt aber 2) noch einen anderen nicht minder wichtigen Zweck, nämlich die Brücke zu schlagen zwischen Praxis und Wissenschaft. [...] Wie vom Rektor weiter mitgeteilt wird, ist mit den Vorbereitungen bereits begonnen worden. Es hat sich ein kleiner Kreis gebildet, der mit Bank- und Industriekreisen schon jetzt mit gutem Erfolge in Fühlung getreten ist. Der Rektor richtet an den Senat die Frage, ob irgendwelche Bedenken zu erheben sind. [...] Ein Widerspruch gegen den Plan erhebt sich im Senat nicht.“*¹⁶⁶

Im Senatsprotokoll werden im Gegensatz zu der ursprünglichen Gewichtung der Motive Heitmüllers zunächst die finanziellen Hintergründe genannt, ehe dann auch die Verbindung zur Provinz als gleichwertiges Motiv für die Aktivitäten angeführt wurde. Warum diese Verschiebung erfolgte, kann nicht eindeutig erklärt werden. Es ist aber möglich, dass sich Heitmüller durch die Betonung der finanziellen Absichten eine breitere Zustimmung im Senat sichern wollte und deshalb die Reihenfolge der Motive vertauscht hat.

Ende Juli 1918 begann zudem die jahrzehntelange Kooperation mit dem Bankhaus Pfeiffer in Kassel, dessen Mitinhaber Dr. Ludwig Pfeiffer, ebenfalls ein ehemaliger Marburger Student, später das Amt des Schatzmeisters übernahm. Zu diesem frühen Zeitpunkt leistete das Bankhaus mit der Eröffnung eines Kontos über 1000 Mark eine

¹⁶⁴ Haeuser an Troeltsch am 13. Juni 1918, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung.

¹⁶⁵ Bericht von Heitmüller, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹⁶⁶ Protokoll der Senatssitzung vom 27. Juli 1918, in: HSTAM Bestand 305a, Acc. 1975/79, Nr. 1337, Senatssitzungen 1903-1920.

wichtige Aufbauhilfe für Werbetätigkeiten, die zur Bekanntmachung des Projektes unerlässlich waren.¹⁶⁷ Die daraufhin durchgeführten Werbemaßnahmen schienen auf Interesse bei den angesprochenen Kreisen gestoßen zu sein, denn am 12. Oktober 1918 konnte im Senatsprotokoll festgehalten werden, dass „*einige erfolgreiche Schritte hinsichtlich der Finanzierung*“ gemacht werden konnten.¹⁶⁸

Parallel zu den vielversprechenden Finanzplanungen hatte auch die vorläufige Satzung immer konkretere Formen angenommen, wie aus einem Brief von Heitmüller an Pfeiffer hervorgeht. Dabei griff der Arbeitsausschuss auf die Richtlinien bereits bestehender Gesellschaften zurück, denn Heitmüller sandte Pfeiffer die Satzungen anderer Universitätsgesellschaften in Bonn, Greifswald, Gießen und Göttingen zu.¹⁶⁹ Insofern zeigt sich, dass die Marburger Entwicklung auf keinen Fall losgelöst von den Gründungen der Fördervereine in den Jahren 1917/18 betrachtet werden kann, da zumindest eine gewisse Anlehnung an die Satzung anderer Universitätsgesellschaften bestand.

Insgesamt gesehen waren damit die grundlegenden Vorbereitungen für die Gründung eines Marburger Universitätsfördervereins bis zum Herbst 1918 sehr weit vorangekommen. Folgerichtig beabsichtigte Heitmüller nun, eine größere Werbeaktion mit einer von ihm selbst verfassten Denkschrift zu starten. Diese Planungen konnten aber nicht mehr verwirklicht werden, weil der „Zusammenbruch“ des Deutschen Reiches die Arbeit der beteiligten Personen zunächst beendete.¹⁷⁰ In der Folgezeit geriet das Projekt aber nicht in Vergessenheit, wie einzelne Anstöße und Vorschläge zur Fortführung der Pläne belegen. So regte Prof. Dr. Franz Richarz vom Physikalischen Institut am 1. März 1919 in einem Brief an Rektor Prof. Dr. August Gürber an, die Alten Herren der Korporationen als Ansprechpartner für die Bildung einer Fördergesellschaft hinzuzuziehen.¹⁷¹ Auch Dr. Scheffer zeigte weiterhin Interesse und schlug am 14. März 1919 vor, zunächst eine Gesellschaft zu gründen und dann offensiv auf der Basis derselben zu wer-

¹⁶⁷ Die Mitteilung des Bankhauses Pfeiffer über den Beitrag zur Gründung ist auf den 30. Juli 1918 datiert. Diese befindet sich wie das Dankschreiben von Rektor Heitmüller vom 5. August 1918 in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 49, ohne Blattzählung.

¹⁶⁸ Protokoll der Senatssitzung vom 12. Oktober 1918. Ebd. Einzelheiten über zugesagte Spenden sind in dem bereits erwähnten Bericht von Heitmüller zu finden, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung.

¹⁶⁹ Über die Kontakte zur Universität Göttingen existiert ein Briefwechsel vom Juli 1918, bei dem der Rektor der Universität Göttingen seinem Marburger Kollegen Heitmüller unter anderem die Satzung der Göttinger Vereinigung zuschickte. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 32, ohne Blattzählung. Zur Marburger Satzung schrieb Heitmüller: „*Die Grundlinien unserer Satzungen haben wir, mit unseren Besonderheiten, bereits vorläufig festgelegt.*“ Brief von Heitmüller an Pfeiffer vom 22. August 1918, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung.

¹⁷⁰ Bericht von Heitmüller, in: EBD., ohne Blattzählung. Zur politischen Situation in Marburg siehe MAI, Gunther: Der Marburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/20, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 26 (1976), S. 149-199.

¹⁷¹ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung.

ben.¹⁷² Diese Impulse reichten jedoch nicht aus, um das Vorhaben wieder entscheidend voran zu bringen,¹⁷³ so dass es bis zum März des Jahres 1920 dauerte, ehe der Arbeitsausschuss entschied, die Arbeit an dem Projekt trotz der unsicheren und ungünstigen Verhältnisse wieder aufzunehmen. Damit setzte die letzte Phase der Gründungsvorbereitungen ein, die in die bereits erwähnte Gründungsversammlung vom 5. Dezember 1920 mündete. In diesem Zusammenhang ist nun danach zu fragen, ob sich durch die Unterbrechung und die neue politische und wirtschaftliche Situation die Motive für die Gründung eines Universitätsbundes in Marburg verändert oder verschoben hatten.

Bei der Klärung dieser Frage hilft zunächst die vorläufige Satzung, die der Ausschuss, in den mittlerweile auch der spätere erste Schriftführer des Universitätsbundes, Prof. Dr. Franz Leonhard,¹⁷⁴ aufgenommen worden war, bis Anfang Mai 1920 fertiggestellt hatte.¹⁷⁵ Dementsprechend teilte Heitmüller Dr. Scheffer am 6. Mai 1920 mit, dass es nun eine vorläufige Satzung in Anlehnung an schon bestehende Universitätsbünde gebe. Außerdem beabsichtigten die Ausschussmitglieder, neben dem Hauptsitz der Gesellschaft in Marburg „Zweigvereine oder Propagandaherde“ in anderen Städten und Orten der Umgebung aufzubauen.¹⁷⁶ Die geplante Ausdehnung innerhalb Hessens zeigt, dass das Motiv der engeren Verbindung zwischen der Universität und der Gesellschaft weiterhin eine führende Rolle in den Überlegungen der beteiligten Personen spielte. Durch diesen Brief bestätigt sich aber noch mal ganz deutlich, dass sich die Mitglieder des Marburger Ausschusses an der Arbeit bereits existierender Hochschulfördervereine orientierten und der spätere Universitätsbund damit keine von der Gesamtentwicklung getrennte Erscheinung darstellte.

Bei der Frage nach einer eventuellen Veränderung der Leitmotive und Ziele bringt zudem ein Blick auf einen geplanten, aber letztlich nicht veröffentlichten Aufruf des Ausschusses vom Juni 1920 weitere Erkenntnisse. Das Ziel des Appells bestand ursprünglich darin, zahlungskräftige Personen und Firmen für das Projekt des Universitätsbundes zu gewinnen, um durch deren Spenden ein Startkapital für die künftige Arbeit zu erhalten. In dem hauptsächlich von Heitmüller verfassten Aufruf heißt es in Bezug auf die Gründungsmotive:

„Die Idee eines ‚Universitätsbundes Marburg‘ ist aus einer zweifachen Wurzel erwachsen; [...]. 1. In ungeahnter Weise hat der Krieg die große Bedeutung der Wissenschaft und ihrer Pflegstätten, der Hochschulen, für die Kraft und Leistungsfähigkeit unseres Volkes erkennen lassen. Ohne die deutsche Wissenschaft

¹⁷² EBD., ohne Blattzählung.

¹⁷³ Bericht von Heitmüller. EBD., ohne Blattzählung.

¹⁷⁴ Zu Leonhard siehe das Kapitel IV.2. über den Vorstand des Universitätsbundes.

¹⁷⁵ Bericht von Heitmüller, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung.

¹⁷⁶ Brief von Heitmüller an Scheffer vom 6. Mai 1920. EBD., ohne Blattzählung.

wären die gewaltigen Leistungen nicht möglich gewesen, welche unser Volk in diesem Ringen mit einer ganzen Welt vollbracht hat. [...] Die gefürchtete Waffe unseres Heeres ist uns zerschlagen. Geblieben ist nur die Waffe des deutschen Geistes. [...] Aber das ist die Sorge, die uns beschleichen will: ist diese Waffe nicht in Gefahr, stumpf und schartig zu werden? [...] Ganz gewiß wird der Staat nach wie vor es für eine wichtige Aufgabe halten, seinen Universitäten die Existenzmittel zu gewähren. Aber es ist leider ebenso gewiß, daß seinem Können in dieser Hinsicht für lange Zeit die allerengsten Grenzen gezogen sein werden. Schon jetzt macht sich die Not in der Ausstattung der Hochschulen, im Bibliothekswesen, in den Instituten und Laboratorien in geradezu katastrophaler Weise bemerkbar. Gehören die Wissenschaft und ihre Pflegestätten, die Universitäten, noch mehr als früher zu den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, so bleibt nichts anderes übrig, als in großem Stil private Mittel für sie mobil zu machen und die leistungsfähigen Kreise in Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zur Hilfe aufzurufen - um ihrer selbst und des ganzen Volkes willen. [...] Ganz neu ist dieser Weg in Deutschland nicht. [...] 2. [...] Gerade auch der Krieg hat eine andere - alte - Erkenntnis in helles Licht gerückt: daß Wissenschaft und Praxis den engsten Bund mit einander schließen müssen. [...] Eben dahin drängt noch ein anderer Mangel, den wir lebhaft empfinden. Die Philipps-Universität hat in den letzten 30 Jahren einen großen, vorher nicht geahnten Aufschwung genommen. [...] Um so auffallender ist es, daß es unserer Hochschule an einer lebendigen, bewußt gepflegten Beziehung zu der engeren Heimat fast völlig fehlt. [...] Aber das ist sicher, daß es nicht so sein sollte und nicht so bleiben darf. Das Band zwischen beiden muß enger geknüpft werden.“¹⁷⁷

Durch diesen Appell sollte neben dem Wunsch nach finanzieller Unterstützung vor allem die Absicht verdeutlicht werden, die Universität enger an die Provinz und die dort lebenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kreise zu binden.¹⁷⁸ Damit zeigte sich die Argumentation des Ausschusses identisch mit der Heitmüllers vor dem Senat im Juli 1918. Dies unterstreicht die Bedeutung der zwei genannten Leitmotive für das beabsichtigte Projekt und ist eine weitere Bestätigung, dass sie die Phase der Unterbrechung unbeschadet überstanden hatten. Dabei ist keine eindeutige Reihenfolge oder Gewichtung der beiden Leitmotive auszumachen, sondern beide wurden als gleichberechtigt angesehen.

Die Argumentation des Ausschusses knüpfte zudem an eine Nachkriegsdiskussion in Deutschland an, die besonders intensiv in den Jahren von 1918 bis 1921 geführt wurde und sich ab 1919 vor allem mit den Folgen des Versailler Vertrages für die Zukunft der deutschen Nation beschäftigte.¹⁷⁹ Inwieweit die Wissenschaft dabei eine herausgehobe-

¹⁷⁷ Aufruf des Arbeitsausschusses vom Juni 1920. EBD., ohne Blattzählung.

¹⁷⁸ Andrea Wettmann hat den Aufruf vom Juni folgendermaßen bewertet: „Denn während in diesem Aufruf auf der einen Seite die großen Leistungen auch der nicht direkt mit Praxis und Technik verbundenen Wissenschaften betont werden, muß auf der anderen Seite zumindest implizit eingestanden werden, daß die im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis vorhandenen Defizite durch den Krieg erst in ihrer Gänze aufgedeckt worden sind.“ WETTMANN, Heimatfront, S. 433f.

¹⁷⁹ Zur allgemeinen Situation in den Anfangsjahren der Weimarer Republik siehe WINKLER, Heinrich August: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000. (Der lange Weg nach Westen, Bd. 1), S. 378-422. Zur Diskussion über den Versailler

ne Rolle spielte, wird auch in dem Aufruf für den Marburger Universitätsbund deutlich. Denn als neues Argument führten die Ausschussmitglieder das Bild von der „*Waffe des deutschen Geistes*“, welches die Argumentation von der lokalen/regionalen Ebene auf die nationale Ebene erweiterte, an. Den angesprochenen Personen sollte die Einsicht vermittelt werden, dass sie durch eine Unterstützung des Universitätsbundes nicht nur der Marburger Universität, sondern der deutschen Wissenschaft insgesamt und damit Deutschland helfen würden. Darüber hinaus knüpfte der Arbeitsausschuss an die Argumentationsstrukturen bei den privat geförderten Projekten des Kaiserreichs und der unmittelbaren Nachkriegszeit an, obwohl diese Sichtweise bis zum Sommer 1920 in den Beratungen oder Briefwechseln für die Initiatoren des späteren Universitätsbundes keine Rolle gespielt hatte. Warum die Bedeutung der Wissenschaft für die deutsche Zukunft und die nationale Tragweite der privaten Wissenschaftsförderung verhältnismäßig spät vom Marburger Ausschuss übernommen wurde, obwohl darüber in der Öffentlichkeit stark diskutiert wurde,¹⁸⁰ bleibt wegen fehlender Quellen unklar.

In diesem Aufruf war, ebenso wie in den übrigen Quellen aus der Zeit vor der Gründung des Bundes, kein Hinweis darauf zu finden, dass der Fortbestand der Marburger Universität bedroht gewesen wäre und dass der angestrebte Universitätsbund die drohende Schließung verhindern sollte. Der Erhalt der Universität Marburg wurde dann aber, wie eingangs erwähnt, als erster Punkt in die Satzung aufgenommen. Dies geschah jedoch erst kurz vor der Gründungsversammlung, denn ein undatierter Entwurf der Satzung, in welchem vor der endgültigen Beschlussfassung noch einige Änderungen und Streichungen vorgenommen wurden, enthält als wichtigste Ergänzung die handschriftliche Einfügung des Ziels, die Universität Marburg erhalten zu wollen.¹⁸¹

Damit stellt sich die Frage, warum dieses Ziel an exponierter Stelle aufgeführt wurde, obwohl es bis kurz vor der offiziellen Gründung keine Rolle bei den Beteiligten spielte. Einen möglichen Erklärungsansatz liefert ein weiterer Aufruf des Universitätsbundes vom Dezember 1920, in dem er an die interessierte Öffentlichkeit appellierte, dem neuen Förderverein beizutreten. Darin heißt es:

Vertrag und die Kriegsschuldfrage siehe HEINEMANN, Ulrich: Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 59). Zur Reaktion der Wissenschaft und der Industrie auf die Niederlage und die Folgen des Ersten Weltkrieges siehe FELDMAN, Gerald D.: Industrie und Wissenschaft in Deutschland 1918-1933. in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 657-672, hier S. 659ff.

¹⁸⁰ HAMMERSTEIN, Deutsche Forschungsgemeinschaft, S. 32-35. Siehe auch die Ausführungen in Kapitel II.2. dieser Abhandlung.

¹⁸¹ Der Entwurf der Satzung befindet sich in einem Umschlag in HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr.631, der als Bl. 1 gezählt wird.

„Ja, es ist sogar der Plan aufgetaucht, einige Universitäten zu schließen. Für alle, die ihre Studententage an der ehrwürdigen alma mater Philippina verbracht haben, ist es ein unerträglicher Gedanke, daß der materiellen Not der Zeit so hohe Kulturwerte geopfert werden sollen.“¹⁸²

In einem Entwurf zu diesem Aufruf wird die Bedrohung noch greifbarer: *„Sie werden gelesen haben, daß von einflußreicher Seite der Plan vorgelegt worden ist, einige Universitäten zu schließen. Unsere Landesuniversität ist sowohl von dieser Gefahr bedroht [...].“¹⁸³* Damit schien Punkt eins der Satzung unter dem Eindruck der allgemeinen hochschulpolitischen Entwicklung in Deutschland im unmittelbaren Vorfeld, das heißt in den letzten ein bis zwei Monaten vor der Gründungsversammlung in die Satzung aufgenommen worden zu sein. Für diese These spricht auch eine Passage im Bericht des scheidenden Rektors Prof. Dr. Wilhelm Busch vom 24. Oktober 1920 im Rahmen der Amtsübergabe an seinen Nachfolger Prof. Dr. Franz Hofmann:

„Ganz besonderen Dank schulden wir Marburger unserer Staatsregierung, für die bei den jetzigen Zeiten ganz ausserordentlichen Aufwendungen, denen gegenüber es höchst sonderbar anmutet, wenn das Gerücht von einer geplanten Aufhebung von Universitäten, und zwar grade von unserem Marburg in der Öffentlichkeit umging. Der Plan hat im allgemeinen bestanden und zwar von politischen Gesichtspunkten noch mehr geleitet als von wirtschaftlichen, aber er fand schon den schärfsten Widerspruch im Kultusministerium und wäre, das hoffen wir sicher, bei weiterer Verfolgung vor allen massgebenden Instanzen gescheitert [...].“¹⁸⁴

Inwieweit der von Busch angesprochene Plan tatsächlich bestanden hat, konnte nicht abschließend geklärt werden. Es gab aber so starke Gerüchte, dass die preußische Staatsregierung bereits im Mai 1920 Stellung beziehen musste, denn zwei Abgeordnete der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung fragten am 21. April 1920 wie folgt an:

„Nach Zeitungsmeldungen hat das Mitglied der Nationalversammlung Röhle aus Frankfurt am Main in einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei zu Marburg mitgeteilt, dass die Schließung oder Verlegung der Universität Marburg wegen der „reaktionären“ Haltung der Studentenschaft und eines Teils der Einwohnerschaft von der Regierung in Erwägung gezogen werde. Ist die Staatsregierung in der Lage und bereit, derartige Behauptungen, die größte Beunruhigung in der Bevölkerung hervorzurufen geeignet sind, richtig zu stellen.“¹⁸⁵

¹⁸² Aufruf des Universitätsbundes Marburg vom Dezember 1920, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung. Vor dem Ersten Weltkrieg fühlte sich die Stadt und die Universität Marburg durch die drohende Konkurrenz einer neuen Universität in Frankfurt am Main bedroht. Diese Entwicklungen beschreibt MESSERSCHMIDT, Rolf: Stadterweiterung und Universitätsentwicklung in Marburg 1866-1933, Mag.-Arbeit Marburg 1986, S. 115f. Demnach könnten die Gerüchte um die Schließung der Universität Marburg die bis zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Sorgen verstärkt haben.

¹⁸³ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung.

¹⁸⁴ HSTAM Bestand 305a Acc. 1950/9 Nr. 528, ohne Blattzählung.

¹⁸⁵ BARCH R 4901/1946, Bl. 35f.

In ihrer Antwort versicherte die Staatsregierung, dass diese Gerüchte „*jeder Grundlage*“ entbehrten. Dies geschah sowohl schriftlich bereits Anfang Mai sowie mündlich in der Sitzung der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung vom 6. Juli 1920.¹⁸⁶ Trotz dieses Dementis können die Gerüchte nicht verstummt sein, denn es gab offensichtlich weitere Überlegungen hinsichtlich einer Zusammenlegung oder zumindest einer stärkeren Kooperation der Universitäten in Marburg und Gießen.¹⁸⁷ Zwar sollten die Überlegungen erst ernsthaft verfolgt werden, falls äußere Zwänge dies erforderten, die Pläne waren aber dennoch bereits recht konkret und erinnern teilweise an die heutige Diskussion der Kooperation zwischen Marburg und Gießen.¹⁸⁸

Diesen Vorhaben widersprachen allerdings die umfangreichen Investitionen, die seit Kriegsende in die Universität Marburg getätigt wurden. Ähnlich wie der scheidende Rektor Busch argumentierte deshalb Karl Wenck in einer Situationsbeschreibung der Marburger Hochschule im Januar 1921: „Durch diese und noch andere Neu- und Umbauten wurde dem früher empfundenen Raummangel in schwerster Zeit abgeholfen. Man darf darin [...] sehen, daß an maßgebender Stelle nicht an eine Aufhebung unserer Hochschule gedacht wird.“¹⁸⁹

Dass der Erhalt der Universität Marburg, unabhängig von der damaligen Situation, für den Bund eine sehr bedeutende Rolle gespielt haben muss, zeigt sich auch daran, dass in einigen bisher erschienenen Abhandlungen über die Geschichte des Universitätsbundes die Angst vor einer möglichen Schließung der Marburger Universität als Hauptmotiv für die Gründung des Bundes genannt worden ist. So schreibt Kaufmann in seiner Arbeit, die Angst sei der „*primum movens*“¹⁹⁰ gewesen und untermauert dies mit den Erinnerungen von Landesrat Dr. Schellmann aus Kassel, der zum Gründungsvorstand gehörte und lange Jahre Vorstandsmitglied des Universitätsbundes war:

„Bereits in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg hatte ich die Gelegenheit gefunden, mich für die Interessen unserer alten hessischen Landesuniversität persönlich einzusetzen. Man sprach damals ernstlich davon, daß die Regierung die Absicht hatte, dieses „reaktionäre Unternehmen“ eingehen zu lassen. Die geringfügigen Mittel, die den wissenschaftlichen Instituten der Universität damals

¹⁸⁶ EBD., Bl. 38 und Bl. 40.

¹⁸⁷ Siehe die Aufzeichnungen über eine Besprechung zwischen Ministerialrat Wende vom Preußischen Kultusministerium mit Oberregierungsrat Löhlein vom Hessischen Landesamt für das Bildungswesen in Darmstadt am 13. Februar 1921. EBD., Bl. 45 (Bericht von Wende) und Bl. 47-51 (Bericht von Löhlein).

¹⁸⁸ So ist im Bericht von Wende zu lesen, dass Marburg eher geisteswissenschaftlich und Gießen eher naturwissenschaftlich auszurichten wäre. EBD., Blatt 45.

¹⁸⁹ WENCK, Karl: Die Universität Marburg in den Jahren 1866-1916. Nachwort über die Jahre 1916-1920, in: Nach Feierabend. Wöchentliche Unterhaltungs-Beilage der Oberhessischen Zeitung Nr. 5 vom 19. Januar 1921.

¹⁹⁰ KAUFMANN, Marburger Universitätsbund, S. 45. An anderer Stelle relativiert Kaufmann diese Aussage, indem er schreibt, dass es „*ganz verschiedenartige Gründe*“ gab, die zur Gründung des Universitätsbundes führten. EBD., S. 5.

*zugewiesen wurden ... gaben schliesslich Veranlassung, daß Marburger Professoren sich mit Freunden der Universität in Verbindung setzten, um eine Organisation zu schaffen, deren Aufgabe es sein sollte, durch Bereitstellung von Mitteln die ... Universität zu fördern...*¹⁹¹

Auch der Marburger Universitätsbund selbst hat den Erhalt der Universität als Hauptmotiv für die eigene Gründung angeführt.¹⁹²

Obwohl nicht auszuschließen ist, dass die Gerüchte um die Schließung der Universität den Gründungsprozess beschleunigt haben, ist nach der Darstellung der Vorgeschichte des Bundes deutlich geworden, dass die Motive, die zur Entstehung des Universitätsbundes führten, vielschichtiger waren und zunächst andere Absichten, wie die Herstellung einer engeren Verbindung zur umliegenden Bevölkerung und die finanzielle Hilfe für die Universität, im Vordergrund standen. Diese Einschätzung wird zudem dadurch unterstützt, dass die Bedrohung für den Fortbestand der Universität auf der ersten Hauptversammlung des Universitätsbundes 1921 nicht erwähnt wurde.¹⁹³ Zweifellos konnten jedoch Gerüchte um eine Schließung, ob sie nun verstärkt auf finanziellen oder politischen Aspekten beruhten, werbewirksam eingesetzt werden, wie dies auch bei dem erwähnten Aufruf geschehen ist. Denn in ihrer Entschlussfähigkeit Schwankende konnten auf diese Weise schneller zum Beitritt bewegt werden.

Neben der Beschlussfassung über eine Satzung mussten noch weitere Vorbereitungen getroffen werden, ehe die Gründungsversammlung am 5. Dezember 1920 stattfinden konnte. Ab dem Mai 1920 nahm der Ausschuss, wie bereits am Schreiben an Dr. Scheffer verdeutlicht, wieder Kontakt zu den Personen auf, die bereits zwei Jahre zuvor starkes Interesse an der Gründung eines Fördervereins für die Universität Marburg gezeigt hatten. Auf diese Weise versicherte sich zum Beispiel Troeltsch des fortbestehenden Interesses von Geheimrat Haeuser am Marburger Projekt.¹⁹⁴ Daneben kam es nun vor allem darauf an, neben einflussreichen Personen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft besonders die Alt-Herren-Verbände der Korporationen für den zu gründenden Bund zu gewinnen.¹⁹⁵ Diese Gruppierungen und deren Mitglieder stellten als ehemalige Absolventen der Marburger Universität eine ideale Zielgruppe dar, um die Verbindung der Universität zur Gesellschaft zu erneuern und zu verbessern. Zudem schrieben die Ver-

¹⁹¹ Landesrat Dr. Schellmann, zitiert nach EBD., S. 45.

¹⁹² HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 372. Als weiteres Beispiel können die Grußworte des damaligen Universitätsbundvorsitzenden Karl Winnacker zum 60jährigen Bestehen des Universitätsbundes angeführt werden: „Als er 1921 gegründet wurde, galt es, die älteste protestantische Universität vor der Schließung gemäß preußischer Planung zu bewahren.“ WINNACKER, Karl: 60 Jahre Marburger Universitätsbund, in: Alma mater philippina SoSe 1981, S. 1.

¹⁹³ Siehe hierzu auch das Kapitel V.1.

¹⁹⁴ Bericht von Heitmüller, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung.

¹⁹⁵ Dementsprechend beschrieb Heitmüller am Ende seines Berichtes vom Oktober 1920 die nächsten Aufgaben, die angegangen werden müssten. EBD.

antwortlichen dieser Zielgruppe ein besonderes Interesse an einer positiven Entwicklung ihrer ehemaligen Hochschule zu. Aus diesen Überlegungen heraus versuchte der Universitätsbund, wie später noch zu zeigen sein wird, in mehreren Aktionen, die Alten Herren der Korporationen zur Mitgliedschaft im Universitätsbund zu bewegen.¹⁹⁶

Auch nachdem der bisherige Hauptakteur Heitmüller kurze Zeit später zum 1. Oktober 1920 nach Bonn versetzt worden war,¹⁹⁷ schritten die Planungen weiter zügig voran. Währenddessen trat Rektor Professor Dr. Franz Hofmann an seinen Kollegen von der Universität Göttingen mit der Bitte heran, Mitgliedern des Marburger Ausschusses Einblick in die tägliche Arbeit eines bereits existierenden Universitätsbundes zu gewähren und Erfahrungen mitzuteilen.¹⁹⁸ Auch wenn aus dem vorliegenden Quellenmaterial nicht zu ersehen ist, ob der Einladung aus Göttingen, die bereits auf den 11. November datiert ist,¹⁹⁹ auch ein Besuch folgte, zeigt sich in diesem Briefwechsel erneut, in welchem Maße die Marburger Organisatoren über die Entwicklung an anderen Hochschulen und Universitäten informiert waren.

Nachdem der Arbeitsausschuss die Bestimmungen der Satzung nochmals überarbeitet hatte,²⁰⁰ trat er mit der Bitte an Geheimrat Haeuser heran, den Vorsitz des zu gründenden Universitätsbundes zu übernehmen:

*„Wir richten an Sie die dringende Bitte, dass Sie, dessen Anregung der Bund entsprungen ist, den Vorsitz des Bundes übernehmen möchten. Diese Bitte wird besonders auch von Seiner Magnificenz dem Herrn Rektor und von den Herren des Casseler Ausschusses unterstützt. Die Kasse wird Herr Bankier Pfeiffer in Cassel führen. Ferner wollen wir Herrn Fabrikant Alfred Dyckerhoff in Biebrich bitten, in den Vorstand einzutreten.“*²⁰¹

Warum in diesem Brief Haeuser als der Urheber aller Planungen genannt wird, kann nicht geklärt werden. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass Leonhard Haeuser mit dieser Formulierung schmeicheln wollte, denn Haeuser hatte schließlich in einem Brief vom Juni 1918 bekannt, dass er zwar die Absicht hatte, einen Universitätsbund für Marburg

¹⁹⁶ Siehe hierzu die Kapitel VI.1. und VII.3.1.

¹⁹⁷ CATALOGUS PROFESSORUM Bd. 2, S. 24; SCHNACK, Chronik, S. 11.

¹⁹⁸ Schreiben vom 8. November 1920 von Rektor Hofmann an Rektor Geheimrat Mirbt von der Universität Göttingen, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 32, ohne Blattzählung.

¹⁹⁹ Laut der Antwort aus Göttingen war es ihnen eine Freude, „den genannte Herren jede Unterstützung bei ihrem Hierherkommen zu gewähren.“ EBD., ohne Blattzählung.

²⁰⁰ Dies geht aus einem Brief von Pfeiffer an den Rektor Hofmann vom 11. November 1920 hervor. Demnach wurden vor allem Nachbesserungen beim Verwaltungsrat und dem Bundesvermögen vorgenommen. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung.

²⁰¹ Schreiben von Leonhard an Haeuser vom 22. November 1920. EBD., ohne Blattzählung. Haeuser sagte zu und wurde dann auch zum Vorsitzenden gewählt. Ein direkter Nachweis über seine Zusage konnte jedoch nicht gefunden werden.

anzuregen, er aber aufgrund vieler Belastungen nicht dazu gekommen sei, diese Absicht in die Tat umzusetzen.²⁰²

Nachdem Einladungen an die wichtigsten Persönlichkeiten sowie den AStA der Universität Marburg versandt worden waren, konnte die Gründungssitzung wie vorgesehen am 5. Dezember 1920 stattfinden.²⁰³ Während der Sitzung wurde neben der endgültigen Festsetzung der Satzung²⁰⁴ auch der Vorstand gewählt, wie aus der Benachrichtigung des nicht anwesenden Herrn Dyckerhoff²⁰⁵ erkennbar wird:

*„Hochverehrter Herr Dyckerhoff! Am 5. Dezember hat die Gründungsversammlung stattgefunden, und Sie sind in den Vorstand gewählt worden, dem ausserdem noch die Herren Geheimrat Haeuser, Dr. Pfeiffer, Landesrat Dr. Schellmann und von der Universität die Herren Professoren Hofmann (Rektor), Troeltsch und der Unterzeichnete angehören.“*²⁰⁶

Zwei Tage später wurde der Universitätsbund beim Amtsgericht Marburg in das Vereinsregister eingetragen,²⁰⁷ womit die formale Gründung des Universitätsbundes Marburg vollzogen war.

Bevor die weitere Entwicklung des Universitätsbundes untersucht wird, müssen zunächst die Grundlagen seiner Arbeit näher betrachtet werden. Unter anderem werden deshalb die Satzung analysiert, die Mitglieder des Vorstandes vorgestellt und die wichtigsten Arbeitsfelder des Bundes skizziert.

²⁰² Haeuser an Troeltsch am 13. Juni 1918, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung.

²⁰³ Diesen Termin hatte Leonhard in seinem Brief an Haeuser vom 22. November 1920 genannt. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung.

²⁰⁴ SCHNACK, Chronik, S. 11. Die Satzung wurde vom Rektor, drei Professoren (Leonhard, Troeltsch und Thiel), Haeuser und Frau von Behring unterzeichnet. EBD.; 50 JAHRE MARBURGER UNIVERSITÄTSBUND, S. 59.

²⁰⁵ Dr. Alfred Dyckerhoff war Besitzer der Zementfabrik Biebrich. SCHNACK, Chronik, S. 13.

²⁰⁶ Leonhard an Dyckerhoff am 6. Dezember 1920, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung.

²⁰⁷ SCHNACK, Chronik, S. 12. Zur Definition eines Vereins siehe REICHERT, Bernhard: Handbuch des Vereins- und Verbandsrechts, 9., vollständig überarbeitete Auflage, München 2003, S. 1ff. Zu den Bestimmungen des Vereinsrechts bezüglich der Hochschulfördervereine siehe HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 142-144.

IV. Der Universitätsbund: Satzung, Mandatsträger und Entwicklungslinien

Was machte den Universitätsbund im Untersuchungszeitraum aus und wie funktionierte er? Dies sind die Leitfragen für die überblicksartige Darstellung seiner wichtigsten Weisenszüge und seiner groben Entwicklungslinien zwischen 1920/21 und 1957. Hierzu werden zunächst die entscheidenden Paragraphen der Satzung und die verantwortlichen Personen im Vorstand vorgestellt. Anschließend werden die Funktionen, Entwicklungen und Veränderungen der Aufgaben und Themengebiete, die über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg eine wichtige Rolle für den Universitätsbund gespielt haben, erläutert und nachgezeichnet. Hierzu zählen die Mitglieder- und Finanzentwicklung, die jährlichen Bewilligungen für die Marburger Dozenten, die Vortragsveranstaltungen und die „Mitteilungen des Universitätsbundes“.²⁰⁸ Vor der Kenntnis dieses Hintergrundes werden dann in den folgenden Hauptabschnitten über die Weimarer Zeit, die Jahre des Nationalsozialismus und die Anfangsphase nach dem Zweiten Weltkrieg bis Mitte der 1950er Jahre die Ursachen für die jeweils skizzierten Veränderungen und Neuerungen analysiert und verdeutlicht.

1. Die wichtigsten Paragraphen der Satzung

Nachdem die Ziele und Motive, die zur Gründung des Universitätsbundes führten, bereits ausführlich analysiert worden sind, werden nun weitere bedeutende Regelungen und Vorgaben der Satzung erläutert. Diese bildeten die Grundlage für die Tätigkeiten der Organe des Bundes, und zwar Vorstand, Verwaltungsrat und Hauptversammlung, und sind daher für das weitere Verständnis besonders wichtig. Die Satzung war durch Anlehnung an bereits bestehende Satzungen ähnlicher Universitätsgesellschaften offensichtlich so gut ausgearbeitet worden, dass es bis 1945 kaum zu Veränderungen kam.²⁰⁹ Erst nach dem Zweiten Weltkrieg und unter der Führung eines neuen Vorstandes wurde die Satzung in wesentlichen Teilen umgestaltet.

Gleich nach den Zielen des Universitätsbundes werden in der Satzung die Maßnahmen aufgezählt, mit denen der Bund diese erreichen wollte. Dabei entspricht die Reihenfolge der Maßnahmen in § 3 denen der dazugehörenden Ziele in § 2. So werden zunächst die Wege benannt, durch die eine engere Verbindung mit der Umgebung und unter den

²⁰⁸ Zu einigen Teilbereichen veranschaulichen Diagramme und Statistiken die Darstellung, die sich jedoch auf unterschiedliche Zeiträume beziehen. Dies liegt zum einen am vorhandenen Quellen- und Datenmaterial und zum anderen an den wechselhaften politischen Rahmenbedingungen, die differenziert berücksichtigt werden müssen. Zudem nahm der Universitätsbund einige Aufgaben erst ein paar Jahre nach seiner Gründung in Angriff, so dass für diese Bereiche keine den gesamten Untersuchungszeitraum abdeckenden Daten vorliegen.

²⁰⁹ Selbst in der NS-Zeit wurde die Satzung nicht grundlegend verändert. Die wenigen Neuerungen oder Anpassungen werden an den entsprechenden Stellen erläutert.

Mitgliedern erreicht werden sollte. Hierzu sollten neben Versammlungen des Bundes auch wissenschaftliche Vorträge in der Provinz, Mitteilungen und Veröffentlichungen dienen. Die Aufgabe, Gelder zu sammeln und diese zur finanziellen Förderung der Universität einzusetzen, wurde zum Abschluss des Paragraphen genannt.²¹⁰

Die Personenkreise, die der Bund mit seiner Arbeit besonders ansprechen wollte, gehen aus der Auflistung der potentiellen Mitgliedergruppen klar hervor. Demnach konnten neben Angehörigen und Ehemaligen der Universität auch Behörden, Firmen oder Körperschaften Mitglied des Universitätsbundes werden, letztere allerdings nur als Förderer, nicht als ordentliches Mitglied.²¹¹ Damit wurden indirekt all diejenigen genannt, die ein Interesse an der Marburger Universität hatten beziehungsweise haben konnten.

Wichtige Funktionen als Bindeglied zwischen dem Universitätsbund und der Provinz sollten die geplanten Bundesgruppen²¹² wahrnehmen. Um alle potentiellen Mitglieder organisatorisch erfassen zu können, waren Gründungen von Bundesgruppen nicht nur innerhalb Hessens möglich, sondern auch über die Grenzen Hessens hinweg.²¹³ Die Bundesgruppen übernahmen später wichtige Aufgaben bei der Mitgliederwerbung und bei den wissenschaftlichen Vorträgen.²¹⁴

Die Satzung regelte weiter den Umgang mit dem Vermögen des Bundes. Sie legte fest, dass jeweils ein Viertel der Mitgliedsbeiträge und der Zinsen dem Kapitalvermögen zugeführt werden musste. Von einmaligen Spenden oder Ablösungen, mit denen Förderer jährliche Beiträge ersetzen konnten, mussten sogar drei Viertel für den Vermögensaufbau verwendet werden. Indem Bewilligungen aus dem Vermögen nur mit 2/3-Mehrheit im Vorstand und Verwaltungsrat möglich waren, war der Zugriff auf diesen Geldbestand erschwert.²¹⁵ Durch diese Regelungen war sichergestellt, dass der Universitätsbund Rücklagen bilden konnte und Planungssicherheit gewann, da er nicht von den jährlichen Beiträgen abhängig war, sondern ein stetig wachsendes Vermögen besaß.

Wichtig für die tägliche Arbeit des Universitätsbundes im Hinblick auf die Bewilligungen war § 34, der Vorgaben für die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel machte:

²¹⁰ § 3 der Satzung des Universitätsbundes von 1921, in: SAMMELMAPPE, S. 1f. der Satzung.

²¹¹ Zu den Unterschieden bei den Mitgliedergruppen siehe die § 5-11 der Satzung des Universitätsbundes von 1921. EBD., S. 2f.

²¹² In den ersten Jahren des Bestehens wurden die Bundesgruppen vereinzelt auch als Ortsgruppen bezeichnet. Diese Benennung setzte sich dann vor allem nach 1945 durch. Mit beiden Namen ist aber ein- und dieselbe Organisationsform gemeint.

²¹³ Damit sollten die potentiellen Mitglieder außerhalb der hessischen Provinz organisiert werden. § 13-15 der Satzung, in: EBD., S. 3f.

²¹⁴ Zur Organisation des Vortragswesens siehe Kapitel IV.6.

²¹⁵ § 33 der Satzung des Universitätsbundes von 1921, in: SAMMELMAPPE, S. 9 der Satzung.

*„Bei der Verwendung der verfügbaren Mittel sollen alle an der Universität Marburg vertretenen Wissenschaftsgebiete entsprechend ihren Bedürfnissen möglichst gleichmäßig berücksichtigt werden.“*²¹⁶

Hier wird im weiteren Verlauf der Arbeit zu prüfen sein, ob diese Bestimmung auch umgesetzt wurde beziehungsweise überhaupt umgesetzt werden konnte.

Als Organe des Universitätsbundes fungierten, wie bereits erwähnt, der Vorstand, der Verwaltungsrat sowie die Hauptversammlung. Durch die Zusammensetzung des Vorstandes und des Verwaltungsrates wird die enge personelle Verzahnung mit der Universität deutlich, wobei jedoch auf die ausreichende Repräsentation der Interessen der übrigen „Mitgliedergruppen“ geachtet wurde. Demzufolge legte § 17 fest, dass zwar drei der sieben zu wählenden Vorstandsmitglieder dem Lehrkörper der Universität Marburg angehören, die übrigen vier aber auf jeden Fall von außerhalb der Universität kommen mussten.²¹⁷ Sichtbarster Ausdruck der engen Verbindung von Universitätsbund und Universität war, dass der amtierende Rektor der Universität zugleich auch stellvertretender Vorsitzender des Bundes war.²¹⁸ Während der Vorstand nicht von der Hauptversammlung, sondern vom Verwaltungsrat des Universitätsbundes gewählt wurde,²¹⁹ waren seine Hauptaufgaben die Führung der laufenden Geschäfte sowie die Vorbereitung der Sitzungen von Verwaltungsrat und Hauptversammlung. Darüber hinaus verwirklichte er die Beschlüsse der beiden anderen Gremien.²²⁰

Der Verwaltungsrat setzte sich aus insgesamt 30 Mitgliedern zusammen, unter denen 18 Personen sein mussten, die der Marburger Universität nie angehört hatten. Zudem waren in diesem Gremium neben Vertretern der Studentenschaft, der außerordentlichen Honorarprofessoren, der Privatdozenten²²¹ und der Fakultäten auch die Vorsitzenden der acht größten Bundesgruppen vertreten.²²² Der Verwaltungsrat nahm unter anderem Aufgaben bei der Vorbereitung der Hauptversammlungen wahr und entschied über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel des Bundes.²²³

Die höchste Instanz des Bundes war die Hauptversammlung, welche mindestens einmal im Jahr tagen sollte. Ihr oblag neben der Annahme des Jahresberichtes die Wahl der

²¹⁶ EBD.

²¹⁷ EBD., S. 4.

²¹⁸ § 20 der Satzung des Universitätsbundes von 1921. EBD., S. 5.

²¹⁹ § 17 der Satzung des Universitätsbundes von 1921. EBD., S. 4.

²²⁰ § 18 der Satzung des Universitätsbundes von 1921. EBD.

²²¹ „Im übrigen werden die Mitglieder des Verwaltungsrates von der Hauptversammlung mit der Maßgabe frei gewählt, daß unter den Vertretern des Lehrkörpers der Universität sich mindestens ein außerordentlicher Honorar-Professor und mindestens ein Privatdozent befindet.“ § 25 der Satzung des Universitätsbundes von 1921. EBD., S. 7.

²²² Zur Zusammensetzung des Verwaltungsrates siehe die § 23-25 der Satzung des Universitätsbundes von 1921. EBD., S. 6f.

²²³ Zur Zuständigkeit und Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrates siehe § 27f. der Satzung des Universitätsbundes von 1921, EBD., S. 7f.

Mitglieder des Verwaltungsrates, die Entscheidung über Satzungsänderungen, die Diskussion von Angelegenheiten des Bundes und die Entscheidung über eine eventuelle Auflösung desselben. Stimmberechtigt waren alle genannten Mitgliedergruppen des Bundes mit Ausnahme der Studierenden, deren Interessen im Verwaltungsrat des Universitätsbundes durch den AStA vertreten wurden.²²⁴

Die Inhalte und Vorgaben der Satzung²²⁵ wurden, wie dargelegt, vor allem vom Vorstand ausgefüllt beziehungsweise umgesetzt. Um dessen Beschlüsse später richtig einordnen zu können, ist es wichtig, die Arbeitsweise und die Mitglieder des Vorstandes sowie deren Aufgabenverteilung zu kennen.

2. Die Aufgaben und die Zusammensetzung des Vorstands

Der Vorstand bestand, wie bereits erwähnt, aus sieben Mitgliedern. Neben dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, dem jeweiligen Rektor der Universität Marburg, wurden die Funktionen des Schatzmeisters und des Schriftführers innerhalb des Vorstandes besetzt. Während der Schatzmeister für die ordnungsgemäße Verwaltung der Finanzen zuständig war²²⁶ und darüber auch bei den Hauptversammlungen Rechenschaft ablegen musste,²²⁷ lag die „Geschäftsführung“ sowie die Verantwortung für die Veröffentlichungen des Universitätsbundes im Zuständigkeitsbereich des Schriftführers.²²⁸ Die übrigen drei Vorstandsmitglieder könnte man nach heutigem Verständnis als „Beisitzer“ bezeichnen.

Der Vorsitzende repräsentierte „den Bund nach innen und außen“²²⁹ und leitete die Sitzungen der Gremien des Universitätsbundes.²³⁰ Sein Stellvertreter übernahm die Funktionen des Vorsitzenden bei dessen Abwesenheit und war zusätzlich für die Annahme von Unterstützungsgesuchen zuständig.²³¹ Aufgrund der jährlichen Neuwahl des Rektors wechselte auch in diesem Turnus der stellvertretende Vorsitzende des Universitätsbundes.²³² Während bei Abstimmungen innerhalb des Vorstandes die Satzung vor-

²²⁴ § 29f. der Satzung des Universitätsbundes von 1921. EBD., S. 8f.

²²⁵ Die dargelegten Strukturen sind Merkmale von Verbänden, die sich vor allem über eine Satzung definieren, über Mitgliedsbeiträge und Spenden finanzieren und ihre Ziele mit Selbstdarstellungen und Öffentlichkeitsarbeit verfolgen. Siehe hierzu SCHMID, Verbände, S. 16-20.

²²⁶ § 21 der Satzung des Universitätsbundes von 1921, in: SAMMELMAPPE, S. 9 der Satzung.

²²⁷ Siehe § 30 der Satzung des Universitätsbundes von 1921. EBD., S. 8.

²²⁸ § 21 der Satzung des Universitätsbundes von 1921. EBD., S. 5.

²²⁹ § 19 der Satzung des Universitätsbundes von 1921. EBD.

²³⁰ EBD.

²³¹ § 20 der Satzung des Universitätsbundes von 1921. EBD.

²³² Diese Praxis blieb bis zur Einführung des „Führerprinzips“ an der Universität Marburg durch die Nationalsozialisten bestehen. Zum Amt des Rektors an der Universität Marburg im Untersuchungszeitraum siehe SEIER, Hellmut: Wahl und Amt des Rektors der Universität Marburg 1918-1935, in: Aus Geschichte und ihren Hilfswissenschaften. Festschrift für Walter Heinemeyer zum 65. Geburtstag, Marburg 1979 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 40), S. 757-779.

sah, dass mindestens fünf Vorstandsmitglieder an dieser teilnahmen, erfuhr die Person des Vorsitzenden bei Entscheidungen dadurch eine Aufwertung, dass seine Stimme bei Stimmengleichheit den Ausschlag gab.²³³

Der Vorstand erledigte seine Arbeit zumeist durch das Abhalten von Vorstandssitzungen, die, je nach Notwendigkeit, mehrmals pro Jahr stattfanden. Eine dieser Sitzungen hatte immer ihren Platz im unmittelbaren Vorfeld der jährlichen Hauptversammlung. Mussten jedoch wichtige Beschlüsse in der Zeit zwischen den Vorstandssitzungen gefasst werden, konnte durch schriftliche Befragung der Vorstandsmitglieder eine Entscheidung herbeigeführt werden.²³⁴ Diese Regelung war nicht der Ausdruck fehlenden Engagements, sondern erleichterte die Arbeit des Vorstandes, da einige seiner Mitglieder nicht in Marburg wohnten und zudem dienstlich sehr beschäftigt waren, so dass nicht immer binnen kürzester Zeit ein Treffen anberaumt werden konnte.

Das Amt des Vorsitzenden hatte lange Zeit Geheimrat Dr. h.c. mult. Adolf Haeuser (1857-1938) inne, ein ehemaliger Marburger Student und Mitglied der Korporation Alemannia, der als Vorstandsmitglied sowie späterer Generaldirektor der Höchster Farbwerke und nach der Fusion zu den IG-Farben als deren stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates ein einflussreicher Mann war.²³⁵ Seine Verbindung zur Universität Marburg war schon vor dem Ersten Weltkrieg, wie bereits erwähnt, durch den späteren Schriftführer Troeltsch wieder aufgebaut worden. Haeuser bestimmte bis zu seinem Tode im Jahre 1938 als Vorsitzender entscheidend die Politik des Universitätsbundes, wie noch zu zeigen sein wird. Auch in seinem Testament förderte Haeuser den Universitätsbund²³⁶ und bedachte zudem durch die Gründung einer „Adolf-Haeuser-Stiftung für Naturwissenschaften“ die Universität Marburg.²³⁷

Die Machtposition Haeusers und die durch ihn entstandene enge Verbindung der Höchster Farbwerke mit dem Universitätsbund spiegelte sich auch in den Geschehnissen um seinen Nachfolger wider. Denn zu diesem wählte der Verwaltungsrat auf schriftlichem Wege Prof. Dr. Paul Duden (1868-1954), wobei Haeuser ihn zuvor selbst als seinen

²³³ § 18 der Satzung des Universitätsbundes von 1921, in: SAMMELMAPPE, S. 4f. der Satzung.

²³⁴ EBD.

²³⁵ Kurzer Lebenslauf von Haeuser in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 18, November 1927, S. 2. Siehe auch HEINE, Jens Ulrich: Verstand & Schicksal. Die Männer der IG Farbenindustrie AG (1925-1945) in 161 Kurzbiographien, Weinheim u.a. 1990, S. 202ff. Die Darstellung des Bayer AG-Mitarbeiters Heine ist jedoch in vielen Bereichen sehr undifferenziert und beschönigt die Geschichte der IG-Farben. Deshalb ist das Werk nur als Ergänzung für die Schilderung der Lebensläufe zu verstehen.

²³⁶ Siehe hierzu Kapitel VII.3.4.

²³⁷ Eine Abschrift des „Gemeinschaftlichen Testaments der Eheleute [...] Adolf Haeuser und Luisa Haeuser [...]“ vom 5. März 1934 befindet sich in folgender Akte: UNIVERSITÄT MARBURG: Der Präsident der Philipps-Universität Marburg, 493/51 (40/0) Adolf Haeuser Stiftung für Naturwissenschaften - Testament und Genehmigung der Stiftung - AZ neu: 05.45.04.01, Bl. 11-17. Zur Adolf Haeuser Stiftung für Natur-

Wunschnachfolger bezeichnet hatte.²³⁸ Duden war ebenfalls ein Mitglied der Höchster Farbwerke bzw. der IG-Farben²³⁹ und wirkte ab 1929 als Vorsitzender des Vereins Deutscher Chemiker.²⁴⁰ Die Universität Marburg hatte ihn bereits 1928 zum Ehrensensator der Universität ernannt und 1936 wurde er dann in den Vorstand des Universitätsbundes gewählt.²⁴¹

Obwohl Duden bereits Ende des Jahres 1949 gebeten hatte, einen Nachfolger zu suchen, da er aus dem Amt ausscheiden wollte, gab er den Posten erst 1951 an seinen Nachfolger, den damaligen Bundesinnenminister und ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf Dr. Robert Lehr (1883-1956), ab.²⁴² Während Dr. Lehr anlässlich der Hauptversammlung im Juni 1951 zum Vorsitzenden gewählt wurde, bekam gleichzeitig sein Vorgänger die Würde des Ehrenvorsitzenden des Universitätsbundes verliehen.²⁴³ Lehr hatte einen Teil seines Jura-Studiums in Marburg verbracht²⁴⁴ und war 1927 im Zuge des Universitätsjubiläums zum Ehrensensator der Universität Marburg ernannt worden.²⁴⁵ Im Jahre 1935 hatte die Universität Marburg Erkundigungen über Lehr eingezogen, welcher sich in Düsseldorf mit einem Strafverfahren wegen Untreue und erschwerter passiver Bestechung konfrontiert sah. Doch sowohl das Straf- als auch ein Disziplinarverfahren wurden eingestellt, wodurch die Universität Marburg keine Veranlassung sah, Lehr die Ehrensensatorwürde zu entziehen.²⁴⁶ Nach dem Tode von Lehr im Jahre 1956 wurde die Tradition der Vorkriegszeit fortgesetzt und der Chemiker Prof. Dr. Karl Winnacker (1903-1989), der bis 1984 im Amt blieb, von den Höchster Farbwerken zum neuen Vorsitzenden gewählt.²⁴⁷

wissenschaften siehe DIMROTH, Karl: Die Adolf-Haeuser-Stiftung für Naturwissenschaften der Philipps-Universität, in: Alma mater philippina SoSe 1989, S. 23-25.

²³⁸ „Der Vorstand schlägt vor, das schon von Herrn Geheimrat Haeuser selbst für die Nachfolge in Aussicht genommene Vorstandsmitglied, Herrn Professor Duden zu wählen, den früheren langjährigen Leiter des Werkes Hoechst der I.G. Farbenindustrie A.G. und jetzigen Vorsitzenden des Vereins Deutscher Chemiker und der Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie.“ Rektor Zimmerl und Versé an die Mitglieder des Verwaltungsrates am 5. April 1938, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 9, ohne Blattzählung. Am 28. April 1938 konnte Versé Duden mitteilen, dass der Verwaltungsrat seiner Wahl zugestimmt hatte. EBD., ohne Blattzählung.

²³⁹ Lebenslauf von Duden, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 39, ohne Blattzählung. Siehe auch HEINE, Verstand, S. 82f.

²⁴⁰ Diesen gliederte er im Zuge der Gleichschaltung „als Hauptverein in die Fachgruppe Chemie des NSBDI“ ein. VERSÉ, Max: Paul Duden zum 70. Geburtstag, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1938, S. 41f., hier S. 42.

²⁴¹ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1936, S. 59.

²⁴² Zu der langwierigen Suche siehe das entsprechende Kapitel VII.2.

²⁴³ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Neue Folge Blatt 3 (1951), S. 5.

²⁴⁴ Zum Lebenslauf von Lehr und seinem Wirken als Oberbürgermeister siehe FÖRST, Walter: Robert Lehr als Oberbürgermeister. Ein Kapitel deutscher Kommunalpolitik, Düsseldorf/Wien 1962.

²⁴⁵ Auszug aus dem Verzeichnis der Ehrensensatoren der Universität Marburg vom 23. November 1933, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 48, Bl. 22f.

²⁴⁶ HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 3263, Bl. 5-7. Zu den genauen Hintergründen der Verfahren siehe das Werk von FÖRST, Robert Lehr als Oberbürgermeister, insbes. S. 264-268 und S. 273-287.

²⁴⁷ SCHNACK, Chronik, S. 90.

Eine ähnliche personelle Kontinuität kann auch für das Amt des Schatzmeisters festgehalten werden. Als erster übte diese Aufgabe lange Zeit Dr. Ludwig Pfeiffer (1881-1948) vom gleichnamigen Bankhaus Pfeiffer in Kassel aus. Er übernahm die Position bei der Gründung des Bundes und führte sie bis zu seinem Tode aus. Ihm folgte sehr schnell der Wirtschaftsfachmann Dr. Friedrich August Pinkerneil (1890-1967) nach, der bis 1965 als Schatzmeister fungierte.²⁴⁸ Pinkerneil, der vom ehemaligen Kurator von Hülsen vorgeschlagen worden war,²⁴⁹ hatte in Marburg studiert und promoviert und gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Universitätsbundes.²⁵⁰ Neben seiner Berufstätigkeit in Wirtschaftsorganisationen, vor allem im Bergbau (bis 1944), war er in der Weimarer Republik als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei im Preußischen Landtag politisch und publizistisch aktiv.²⁵¹

Mehrere Wechsel gab es hingegen im Amt des Schriftführers, denn während des Untersuchungszeitraums bekleideten insgesamt fünf Professoren der Marburger Universität diesen Posten, wobei ihn zunächst Prof. Dr. Franz Leonhard (1870-1950)²⁵² von 1920 bis 1924 inne hatte. Der Ordinarius für Römisches und Deutsches Bürgerliches Recht legte im Frühjahr 1924 sein Amt nieder, wobei über die Hintergründe seines Rücktritts in den Mitteilungen keine Informationen enthalten sind.²⁵³ Der Ordinarius für Staatswissenschaften, Prof. Dr. Walter Troeltsch (1866-1933),²⁵⁴ übernahm das Amt zunächst kommissarisch und wurde dann während der Hauptversammlung am 22. Juni 1924 offiziell zum Nachfolger von Leonhard gewählt. Den Posten des Schriftführers hatte Troeltsch bis zu seinem Tod am 23. Februar 1933 inne. Sein Nachfolger wurde der ordentliche Professor für Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie und Direktor des Pathologisch-Anatomischen Instituts Prof. Dr. Max Versé (1877-1947),²⁵⁵ welcher ebenfalls bis zu seinem Tod als Schriftführer des Universitätsbundes wirkte. Seine Nachfolge trat dann Anfang des Jahres 1948 der Ordinarius für alttestamentliche Wissenschaft Prof. Dr. Emil Balla (1885-1956) an, welcher die Wiederezulassung des Bundes und den Wiederaufbau vorantrieb, wobei er das Amt zunächst kommissarisch aus-

²⁴⁸ SCHNACK, Chronik, S. 55.

²⁴⁹ Balla an Duden am 19. März 1948 und am 3. April 1948, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung.

²⁵⁰ Todesanzeige der Universität und des Universitätsbundes, in: OP vom 23. Mai 1967, S. 15.

²⁵¹ Siehe Lebenslauf in der Akte, die im Zuge seiner Ernennung zum Ehrensensator der Universität Marburg im Jahre 1950 angelegt wurde. HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 2175, ohne Blattzählung.

²⁵² CATALOGUS PROFESSORUM Bd. 2, S. 117.

²⁵³ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 5, August 1924, S. 10.

²⁵⁴ CATALOGUS PROFESSORUM Bd. 2, S. 145f. Zu Troeltsch siehe auch den sehr positiven Beitrag von Walter BRAEUER über Walter Troeltsch in: Schnack, Ingeborg (Hrsg.): Marburger Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Marburg 1977 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 35), S. 553-568.

²⁵⁵ CATALOGUS PROFESSORUM Bd. 2, S. 407.

füllte und erst 1951 offiziell bestätigt wurde. Nach Ballas Tod übernahm Prof. Dr. Ludwig Erich Schmitt (1908-1994), Ordinarius für Germanische und Deutsche Philologie, den Posten des Schriftführers und wirkte in dieser Position bis zu seinem Rücktritt Anfang des Jahres 1964.²⁵⁶

Auch wenn diese Sichtweise bei den Neuwahlen des Schriftführers innerhalb des Universitätsbundes nicht thematisiert wurde, war durch diese Männer aus den verschiedensten Fachrichtungen, welche die Tätigkeiten des Universitätsbundes maßgeblich bestimmten, ein gewisser Ausgleich zur naturwissenschaftlichen Ausrichtung der Vorsitzenden gegeben.

Neben den bisher genannten Personen gab es weitere Vorstandsmitglieder, die Einfluss auf die Politik des Bundes hatten. Hierzu zählten der bereits erwähnte Biebricher Fabrikant Dyckerhoff und dessen Nachfolger im Vorstand, der Chemie-Fabrikant und Politiker Dr. Wilhelm Kalle.²⁵⁷ Zudem gehörten dem Vorstand insbesondere Landesrat Dr. Otto Schellmann aus Kassel, der bis nach dem Zweiten Weltkrieg im Vorstand des Universitätsbundes vertreten war, und ein weiteres Mitglied aus den Reihen der IG-Farben, Carl Friedrich Lautenschläger, an. Die beiden letztgenannten werden an einer späteren Stelle genauer vorgestellt, um ihre Bedeutung für den Universitätsbund darzulegen.

Auf der Grundlage der Satzung und der vorgestellten personellen Besetzung des Vorstandes nahm der Universitätsbund seine Tätigkeiten in Angriff, wobei zwischen zwei Arten von Arbeitsbereichen unterschieden werden muss. Einerseits handelte es sich um Aufgaben, denen der Universitätsbund während des gesamten Untersuchungszeitraumes nachging. Hierzu zählten beispielsweise die Mitgliederwerbung, die Förderung der Universität oder die Organisation von wissenschaftlichen Vorträgen in Städten und Gemeinden außerhalb Marburgs. Die genaue Beschreibung und die grobe Entwicklung dieser Aufgabenbereiche folgt in den nächsten Abschnitten. Andererseits übernahm der Universitätsbund Sonderaufgaben oder handelte aufgrund von politischen Rahmenbedingungen. Diese Bereiche werden im Anschluss an das Überblickskapitel in drei Hauptabschnitten analysiert und bewertet. Dabei werden auch die Daten aus den folgenden Überblickskapiteln aufgegriffen und erläutert.

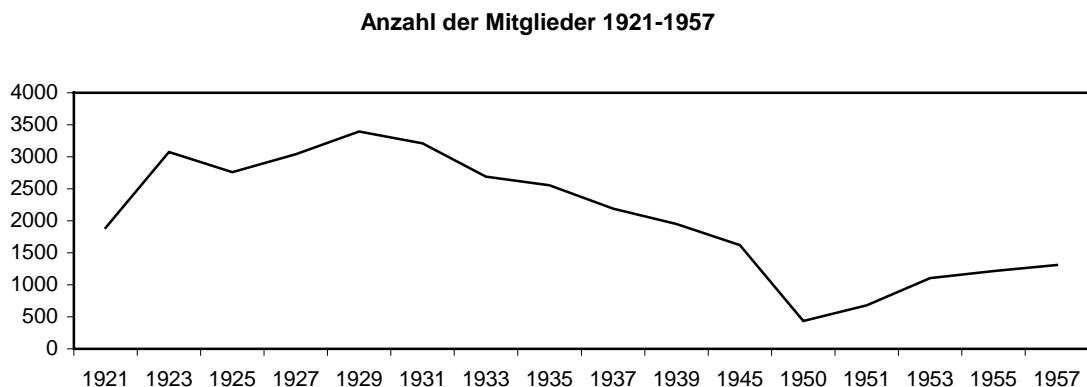
²⁵⁶ SCHNACK, Chronik, S. 54.

²⁵⁷ Kalle war Direktor der Kalle & Co. Fabrik zu Biebrich, die 1926 ebenfalls in die IG-Farben eintrat. Anschließend war er dort Mitglied des Verwaltungsrates. Zudem war er als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei 1919/1920 Mitglied der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung, von 1921-1924 Mitglied des Preußischen Landtags und von 1924-1932 war er im Reichstag vertreten. Zu diesen und weiteren Daten zum Lebenslauf von Kalle siehe REICHSTAGS-HANDBUCH V. Wahlperiode 1930, Berlin 1930, S. 384. Zum wirtschaftlichen Werdegang von Kalle siehe HEINE, Vorstand, S. 208ff.

3. Die Mitgliederzahlen und die Bundesgruppen 1920-1957

Dass der Erfolg des Universitätsbundes maßgeblich von der Zahl seiner Mitglieder abhing, lag nicht nur an den damit verbundenen finanziellen Einnahmen. Damit korrespondierte auch das Interesse des potentiellen Mitgliederkreises am Universitätsbund und seinen Zielen. Zudem konnte mit jedem Mitglied die Reichweite des Bundes vergrößert werden, was beispielweise bei der Werbung für den Universitätsbund und die Universität Marburg eine wichtige Rolle spielte.

Die folgende Tabelle²⁵⁸ zeichnet die Mitgliederentwicklung im Untersuchungszeitraum nach:



Die Kurve beginnt mit der ersten Hauptversammlung im Juni 1921²⁵⁹ und endet Anfang des Jahres 1957. Sie zeigt eine steile Aufwärtsentwicklung bis 1923, ehe ein fast ebenso starker Abfall einsetzte, der aber sofort wieder durch einen kontinuierlichen Anstieg abgelöst wurde, der dann bis 1929 andauerte, ehe dann eine fast konstante Abwärtsentwicklung (lediglich im Jahre 1934 stieg die Mitgliederzahl leicht an)²⁶⁰ einsetzte. Bei Kriegsende 1945 hatte der Bund offiziell noch über 1600 Mitglieder,²⁶¹ nach der Bereinigung der Mitgliederkartei durch den Vorstand und nach der Wiederezulassung sank die Zahl noch weiter ab,²⁶² ehe in den 1950er Jahren wieder eine Steigerung zu verzeichnen war, die aber nicht so stark war wie in den 1920er Jahren. Auch den absoluten Höchststand, der im Jahre 1929 mit 3396 Mitgliedern erreicht wurde,²⁶³ konnte der Universi-

²⁵⁸ Die Daten stammen aus internen Aufstellungen des Universitätsbundes und aus den Mitteilungen des Universitätsbundes, in denen der Mitgliederstand regelmäßig veröffentlicht wurde.

²⁵⁹ Ende Januar 1921, also nur einen Monat nach der Gründungsversammlung, hatte der Universitätsbund 853 Mitglieder. Richtlinien für die Gründung von Bundesgruppen des Universitätsbundes Marburg vom Februar 1921, in: SAMMELMAPPE der Universitätsbibliothek.

²⁶⁰ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 34, ohne Blatzzählung.

²⁶¹ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 33, ohne Blatzzählung.

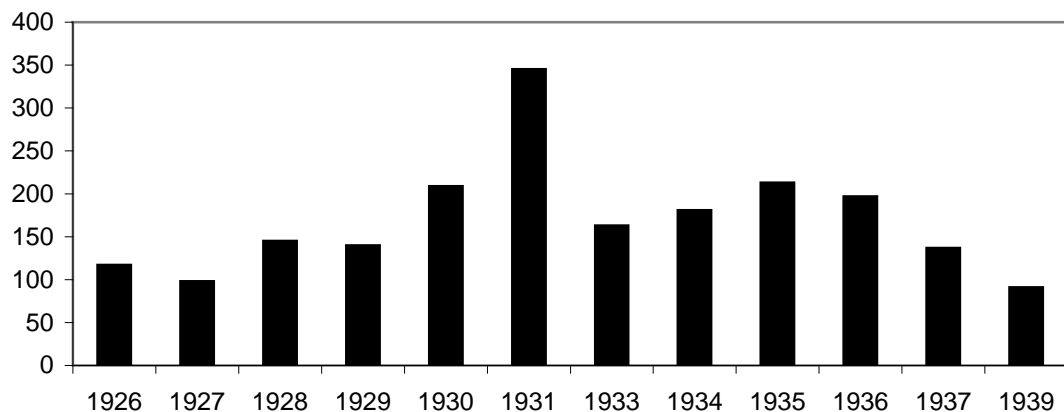
²⁶² Zu Jahresbeginn 1950 betrug der Mitgliederstand noch 436 Mitglieder, von denen 158 als „neue“ Mitglieder, d.h. ohne Mitgliedschaft vor 1945, bezeichnet wurden. MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 1 (1950), S. 2.

²⁶³ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 34, ohne Blatzzählung.

tätsbund bis 1957 nicht annähernd erreichen. Zum Ende des Untersuchungszeitraums hatte der Universitätsbund 1311 Mitglieder.²⁶⁴

Dabei war der Mitgliederbestand des Universitätsbundes vor dem Zweiten Weltkrieg einer in ihrem Ausmaß schwankenden Fluktuation unterworfen.²⁶⁵

Zahl der Austritte 1926-1939



Zu denjenigen, die von sich aus den Universitätsbund verließen, kamen jährlich noch verstorbene Mitglieder und diejenigen hinzu, die vom Universitätsbund ausgeschlossen wurden, weil sie ihren Jahresbeitrag nicht bezahlt hatten. Diese fallen aber mit Ausnahme des Jahres 1927, als 103 Mitglieder gestrichen wurden, nicht entscheidend ins Gewicht. Der Höhepunkt der Austritte fällt mit demjenigen der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1931 zusammen, als 345 Mitglieder aus dem Universitätsbund austraten.

Viele Mitglieder des Universitätsbundes gehörten einer seiner Bundesgruppen an, wobei der Universitätsbund daran interessiert war, möglichst viele Bundesgruppen innerhalb Hessens, aber auch darüber hinaus zu gründen. Damit wollte er einerseits den Zusammenhalt unter den Mitgliedern fördern und andererseits durch Vortragsabende mit Marburger Dozenten neue Mitglieder werben und den Kontakt zwischen der Universität und der Öffentlichkeit intensivieren. Innerhalb des Marburger Universitätsbundes gab es deutlich mehr Bundesgruppen als bei anderen Universitätsgesellschaften.²⁶⁶ Die

²⁶⁴ MITTEILUNGEN Universitätsbund Marburg Heft 2/3 (1957), S. 96.

²⁶⁵ Die folgende Tabelle ist eine Zusammenstellung aus den jährlichen Übersichten des Universitätsbundes über die Austritte aus dem Verein. Für die Jahre 1932 und 1938 waren keine konkreten Zahlen angegeben. Die Aufstellungen des Universitätsbundes sind zu finden in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund, Nr. 34, ohne Blattzählung.

²⁶⁶ Bundes- oder Ortsgruppen oder Außenstellen waren keine Marburger Besonderheit, sondern waren auch in anderen Fördervereinen vorgesehen. Allerdings scheint die Umsetzung nicht immer sofort erfolgt zu sein, wie das Göttinger Beispiel zeigt: „Im Jahre 1928 hatte der Universitätsbund mit einer schon bei der Gründung gefaßten Absicht einen ersten (leider nicht dauerhaften) Erfolg: sowohl in Bremen wie in Magdeburg wurden eigene, selbständige Ortsgruppen des Bundes gebildet.“ EBEL, Kleine Geschichte des Göttinger Universitätsbundes, S. 14. Auch in Kiel und Gießen entstanden Ortsgruppen erst in großem zeitlichen Abstand zur Gründung. So bildete sich 1922 in Flensburg die erste Ortsgruppe der Kieler Ge-

nachfolgende Tabelle über die Anzahl der Bundesgruppen des Universitätsbundes²⁶⁷ zeigt dabei ein ähnliches Bild wie das der Mitgliederzahlen, wobei die Abwärtsentwicklung bei den Mitgliedern ab 1930 durch eine Phase der Stagnation ersetzt wurde.²⁶⁸ Denn dem Universitätsbund gelang es, die bestehenden Bundesgruppen bis zum Kriegsende zumindest offiziell zu erhalten,²⁶⁹ ehe in den 1950er Jahren große Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der Bundesgruppen auftraten. Daher übernahmen an vielen Orten Vereine oder Institutionen wie die Volkshochschule die Funktion der früheren Bundesgruppen, indem sie als korporative Mitglieder²⁷⁰ in den Universitätsbund eintraten und mit dem Universitätsbund gemeinsam Vortragsveranstaltungen veranstalteten.²⁷¹

sellschaft, der dann weitere in Schleswig, Niebüll und Husum folgten. JESSEN-KLINGENBERG, Universität und Land, S. 21. In Gießen entstanden die „Außenstellen“ erst allmählich und bis 1930 existierten Sektionen in Worms, Alsfeld, Darmstadt und Mainz. HORN, Aus Vergangenheit und Gegenwart, S. 24f.

²⁶⁷ Die Tabelle wurde erstellt auf der Grundlage von Daten aus internen Aufstellungen des Universitätsbundes und aus den Mitteilungen des Universitätsbundes.

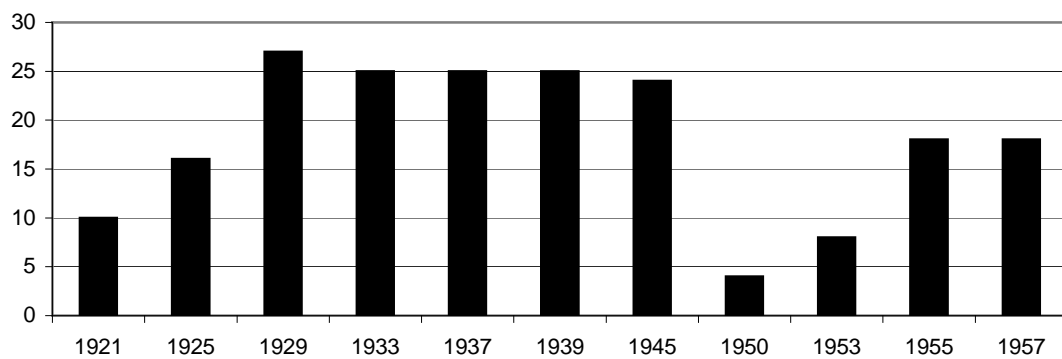
²⁶⁸ Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre bestanden Bundesgruppen in folgenden Orten: Marburg, Kassel, Essen, Biedenkopf, Berlin, Hanau, Hoechst, Fritzlar, Hamburg, Wiesbaden, Rotenburg, Laasphe, Frankenberg, Korbach, Frankfurt, Fulda, Hannover, Homberg, Melsungen, Wildungen, Hersfeld, Hofgeismar, Eschwege, Dillenburg, Schmalkalden, Wilhelmshaven, Ziegenhain. Einige der kleinen Bundesgruppen, wie Ziegenhain oder Schmalkalden, hatten zeitweise keine aktiven Mitglieder und bestanden somit nur auf dem Papier. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 34, ohne Blattzählung.

²⁶⁹ 1945 existierten nach einer internen Aufstellung des Universitätsbundes noch 24 Bundesgruppen in folgenden Orten: Marburg, Kassel, Essen, Biedenkopf, Berlin, Hanau, Hoechst, Hamburg, Wiesbaden, Rotenburg, Frankenberg, Korbach, Frankfurt, Fulda, Hannover, Homberg, Melsungen, Wildungen, Hersfeld, Hofgeismar, Dillenburg, Wolfhagen, Bremen, Weilburg. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 33, ohne Blattzählung. Hinzugekommen waren die letzten drei, während sich die Bundesgruppen in Fritzlar, Laasphe, Eschwege, Schmalkalden, Wilhelmshaven und Ziegenhain aufgelöst hatten.

²⁷⁰ Volkshochschulen, Bildungsvereine oder ähnliche Institutionen konnten dem Universitätsbund als Förderer beitreten. Damit erwarben sie den gleichen Status wie Orts- oder Bundesgruppen. Dies geht aus einem Antwortschreiben der Sekretärin des Universitätsbundes, Frau Patzer, an Herrn Hippenstiel aus Laasphe hervor, der angefragt hatte, unter welchen Bedingungen der Verein Laasphe Kulturfreunde in den Universitätsbund eintreten könne: „[...] 1. Der Verein der Laasphe Kulturfreunde kann dem Universitätsbund Marburg als Förderer beitreten. [...] 3. Wenn der Laasphe Kulturverein Förderer des Marburger Universitätsbundes geworden ist, kann man ihn als eine Ortsgruppe des Universitätsbundes in Laasphe ansehen. Die Dozenten sind gern bereit, den Ortsgruppen des Universitätsbundes Vorträge zu halten.“ Frau Patzer im Auftrag des Schriftführers Balla an Hippenstiel am 11. Juni 1949, in: DEPOT LAHNBERGE, Vortragstätigkeit ab 1948/49, ohne Blattzählung.

²⁷¹ Zur Vereinfachung der Darstellung sind diese korporativen Mitgliedschaften mit in die folgende Statistik eingegangen. Bundesgruppen wie vor 1945 existierten bis 1957 maximal an vier Orten, während an den anderen korporative Mitgliedschaften bestanden. Bundesgruppen oder Ortsgruppen bestanden 1955 in Kassel, Siegen, Frankenberg und Treysa, korporative Mitglieder waren unter anderem die Volkshochschulen oder ähnliche Institutionen aus Arolsen, Bad Wildungen, Biedenkopf, Eschwege, Hanau, Korbach, Laasphe, Melsungen und Schlüchtern. Hinzu kamen örtliche Kulturvereine in Bad Hersfeld und Schweinsberg. MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 9 (1955), S. 9. Siehe hierzu auch das entsprechende Kapitel VII.3.2.

Anzahl der Bundesgruppen 1920-1957



Die Schwierigkeiten bei der Neugründung von Bundesgruppen werden auch deutlich, wenn man sich deren regionale Verbreitung vor Augen führt. So existierten vor 1945 zahlreiche Bundesgruppen auch außerhalb Hessens, während nach dem Zweiten Weltkrieg lediglich in Siegen eine Bundesgruppe des Universitätsbundes bestand, die nicht in Hessen lag. Zwar unternahm der Vorstand vor allem im Ruhrgebiet weitere Anstrengungen, wobei jedoch der Erfolg ausblieb.

Die in diesem Kapitel skizzierte Entwicklung der Mitglieder und Bundesgruppen hatte direkte Auswirkungen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Universitätsbundes, weswegen im Folgenden zu prüfen ist, welchen Handlungsspielraum der Universitätsbund auf diesem Gebiete besaß.

4. Die Finanzen 1921-1957

Eine übersichtliche Darstellung der finanziellen Entwicklung des Marburger Universitätsbundes wird durch die politischen und wirtschaftlichen Zäsuren innerhalb des Untersuchungszeitraums, wie zum Beispiel die zwei Währungsreformen 1923/24 und 1948, erschwert. Daher wird im Folgenden nur eine grobe Zusammenfassung der Finanzpolitik und der finanziellen Handlungsspielräume gegeben, während für die Einzelheiten und die konkreten Auswirkungen auf die nachfolgenden Kapitel verwiesen wird.

Während bereits vor der eigentlichen Gründung des Bundes einige zum Teil beträchtliche Geldbeträge an den Universitätsbund gespendet worden waren,²⁷² gelang es dem

²⁷² So hatte beispielsweise der Geheime Kommerzienrat Dr. Henschel aus Kassel schon 1918 zugesagt, einen jährlichen Beitrag von 20.000 bis 25.000 Mark zu leisten. Durch die unsichere Finanzlage sah sich Henschel ein Jahr später zwar nicht mehr in der Lage, den genannten Betrag jährlich zu erbringen, stellte aber zunächst immerhin 25.000 Mark zur Verfügung. Briefwechsel von Prorektor Heitmüller und Henschel zwischen März und September 1919, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 49, ohne Blattzählung. Weitere finanzielle Hilfe kam von Dr. Scheffer, der mit seinen verschiedenen Anregungen nicht nur ideelle Unterstützung leistete, sondern auch Geldmittel für die Werbearbeit im Sommer 1920 bereitstellte. Dr. Scheffer zahlte am 10. Mai 1920 1000 Mark für „Propagandazwecke“ und kündigte an, nach

Universitätsbund nach der Gründungsversammlung sehr schnell, größere Spender und Förderer für sich zu gewinnen. Denn viele der potentiellen Spender und Förderer hatten die Gründung des Universitätsbundes abgewartet, um dann einer handlungsfähigen und rechtlich abgesicherten Organisation Unterstützung leisten zu können. So traten bis zum Jahreswechsel 1920/21 neben der Stadt und dem Kreis Marburg bereits einige Firmen dem Universitätsbund als Förderer bei.²⁷³ Dazu gehörten vor allem die Farbwerke vorm. Meister Lucius und Brüning in Höchst, dessen Generaldirektor, wie erwähnt, der Vorsitzende Haeuser war, die zunächst 250.000 Mark spendeten.²⁷⁴ Dies war der Beginn einer regelmäßigen Spendentätigkeit der Farbwerke Höchst und ihrer Rechtsnachfolger für den Universitätsbund.²⁷⁵

Aufgrund dieser erfreulichen Entwicklung konnte der Universitätsbund in seinen Mitteilungen im November 1921 bereits einen Vermögensstand von 730.000 Mark sowie jährliche Einnahmen von 86.000 Mark verkünden,²⁷⁶ während er zudem satzungsgemäß begann, das Vermögen des Bundes zu vergrößern, indem er Wertpapiere ankaufte.²⁷⁷ Die sich in der Folgezeit verschlimmernde Inflation,²⁷⁸ welche erst durch die Währungsumstellung im Herbst 1923 beendet wurde,²⁷⁹ hatte auch für den Universitätsbund gravierende Auswirkungen, wobei der Vorstand versuchte, der Geldentwertung durch diverse Erhöhungen der Mitgliedsbeiträge entgegen zu wirken.²⁸⁰ Nach der Währungs-

der Gründung noch einmal den selben Betrag spenden zu wollen, um die Voraussetzungen eines Förderers zu erfüllen. EBD., ohne Blattzählung.

²⁷³ Die jeweiligen Schreiben befinden sich in: EBD., ohne Blattzählung.

²⁷⁴ Der Beitrag wurde am 31. Dezember 1920 angekündigt. EBD., ohne Blattzählung.

²⁷⁵ Siehe hierzu die entsprechenden Kapitel über die finanzielle Entwicklung des Bundes im weiteren Verlauf der Arbeit.

²⁷⁶ Mitteilungen des Universitätsbundes Nr. 2, November 1921, S. 1. Eine Aufstellung über alle Spenden, die höher als 2000 Mark waren, findet sich in HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 34, ohne Blattzählung.

²⁷⁷ Die ersten Wertpapiere erwarb der Universitätsbund offenbar schon im Januar 1921, wie aus einem Briefwechsel von Haeuser und vermutlich Schriftführer Leonhard hervorgeht. Wahrscheinlich erwarb er Schuldverschreibungen der Firma Krupp. Siehe die Schreiben an Haeuser vom 18. Januar 1921 und dessen Antwort vom 20. Januar 1921 in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung.

²⁷⁸ Zur Entwicklung der Inflation siehe die Phaseneinteilung von Feldman, der den Beginn der letzten Phase der Inflation im Frühjahr 1921 sieht, innerhalb der ab Juni 1922 die „*Endphase der Inflation*“ einsetzte. FELDMAN, Gerald D.: Der Historiker und die deutsche Inflation, in: Ders.: Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932, Göttingen 1984 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 60), S. 55-66, hier S. 59.

²⁷⁹ Siehe hierzu MOMMSEN, Hans: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918-1933, Berlin 1989 (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 8), S. 156f., sowie WINKLER, Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches, S. 445f.

²⁸⁰ So wurden die Mitglieder im Dezember 1922 gebeten, einen Mindestbeitrag von M 100 zu zahlen, nachdem die Mitgliederversammlung im Juni 1922 den Mindestbeitrag schon auf M 30 erhöht hatte. Mitteilungen des Universitätsbundes Nr. 4, Dezember 1922, S. 1. Der in der Satzung festgesetzte und vermutlich bis dahin geltende Mindestbeitrag betrug 10 Mark. § 5 der Satzung des Universitätsbundes von 1921, in: SAMMELMAPPE, S. 2 der Satzung. Aus den wenigen überlieferten Quellen für das Jahr 1923 geht hervor, dass der Universitätsbund die Mitgliedsbeiträge erneut anpasste und weiterhin Spenden erhielt. Bericht des Universitätsbundes an Haeuser vom 27. Juni 1923, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung.

umstellung im Herbst 1923 wurde der Mitgliedsbeitrag erneut festgelegt, diesmal in Goldmark.²⁸¹ Das seit der Gründung vor allem in Wertpapieren angelegte Vermögen war jedoch durch die Inflation zerstört worden, so dass der Universitätsbund letztlich zu einem in finanzieller Hinsicht fast völligen Neubeginn gezwungen war. Dieses „Schicksal“ teilte er dabei mit den meisten Fördervereinen in Deutschland.²⁸²

Einen Eindruck des Umfangs der finanziellen Verluste erhält man bei der Betrachtung der Planungen zur Hauptversammlung des Jahres 1924:

*„Einen Ueberblick über die Finanzlage besitze ich zur Zeit noch nicht. Der Uebergang zur Goldmarkbewertung dürfte auch hier Schwierigkeiten ergeben. Sämtliche Stiftungen dürften, soweit nicht Aufwertung durch die Bank erfolgt, wertlos geworden sein. Kann der Universitätsbund aber überhaupt Aufwertung verlangen? Jedenfalls werden wir vorerst nur auf die laufenden Mitgliederbeiträge rechnen können und daraus unter möglichster Beschränkung der Vergabungen wieder neues Kapital bilden müssen.“*²⁸³

Das Kapital des Bundes, welches vor allem in Wertpapieren angelegt war, war demnach genauso verloren wie die Stiftungen, deren Verwaltung dem Universitätsbund zur Förderung spezieller Gebiete übertragen worden war.²⁸⁴ Hierzu zählte auch die Verwaltung einer Stiftung des letzten deutschen Kaisers, Wilhelm II., mit der der Universitätsbund im Jahre 1922 von diesem beauftragt wurde, und die später eine große Bedeutung für die finanzielle Entwicklung des Bundes hatte.²⁸⁵ Mit den Zinsen des ursprünglichen Kapitals von einer Million Mark sollten bedürftige Söhne von Beamten, Offizieren und des gebildeten Mittelstandes, die in Marburg studierten und vor allem aus Kurhessen stammten, unterstützt werden.²⁸⁶

Um neues Vermögen zu erhalten, ergriff der Universitätsbund vielfältige Maßnahmen. Hierzu zählte beispielsweise die Aufforderung an diejenigen Mitglieder und Förderer, die ihren jährlichen Beitrag durch einen einmaligen Beitrag abgelöst hatten, diesen einmaligen Betrag aufzustocken oder wieder einen jährlichen Beitrag zu leisten.²⁸⁷ Eine entscheidende Besserung der finanziellen Lage trat erst 1927 ein, als dem Universitäts-

²⁸¹ Schreiben des Universitätsbundes an die Vorstandsmitglieder Haeuser, Dyckerhoff und Schellmann vom 24. November 1923, in: EBD., ohne Blattzählung. Zum Jahresbeginn 1925 wurde der normale Mitgliedsbeitrag auf fünf Goldmark festgesetzt. MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 5, August 1924, S. 10. Langjährigen Mitgliedern konnte der Beitrag ermäßigt werden. EBD.

²⁸² HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 97.

²⁸³ Schreiben von Troeltsch an Haeuser vom 26. Mai 1924, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 11, ohne Blattzählung.

²⁸⁴ Zum Vermögensverlust des Universitätsbundes siehe auch die Zusammenfassung des Berichts des Schatzmeisters Pfeiffer auf der Hauptversammlung am 22. Juni 1924. MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 5, August 1924, S. 10.

²⁸⁵ Die Entscheidung Wilhelms sowie eine Satzung der zukünftigen „Kaiser-Wilhelm-Stiftung“ befinden sich in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 75, ohne Blattzählung.

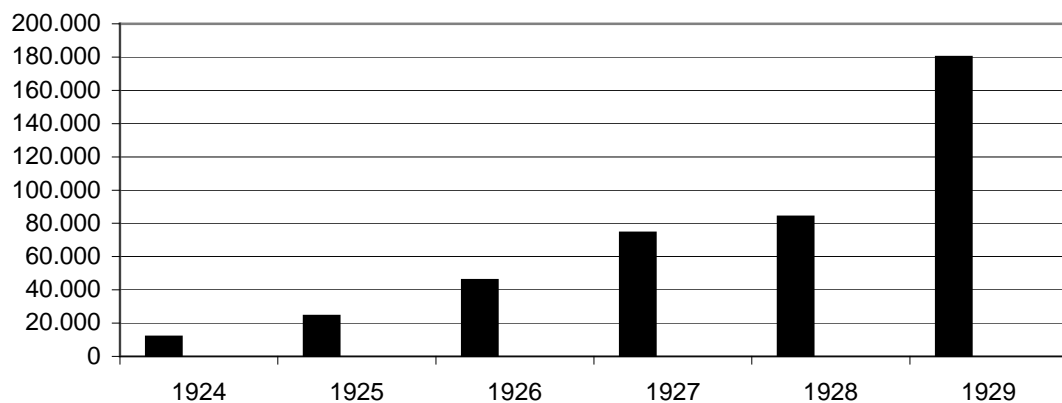
²⁸⁶ Satzung der zukünftigen „Kaiser-Wilhelm-Stiftung“ in: EBD., ohne Blattzählung.

²⁸⁷ Zu den genauen Hintergründen dieser und anderer Maßnahmen und deren Erfolge siehe Kapitel V.1.

bund im Oktober die Gemeinnützigkeit bescheinigt²⁸⁸ und als vor allem die Stiftung Kaiser Wilhelms in eine jährliche Wohlfahrtsrente umgewandelt wurde, die dann ab 1929 zwischen der Stiftung und dem Universitätsbund im Verhältnis eins zu zwei aufgeteilt wurde.²⁸⁹ Schriftführer Troeltsch sprach daraufhin von einer „neuen Epoche“ für den Marburger Universitätsbund.²⁹⁰

Bilanzierend kann festgehalten werden, dass es dem Universitätsbund gelungen ist, die verheerenden Folgen der inflationären Geldentwertung relativ rasch zu überwinden²⁹¹ und über die verschiedensten Wege neue und alte finanzielle Quellen zu erschließen. Innerhalb von fünf Jahren war das Vermögen des Universitätsbundes von knapp 12.000 RM Ende 1924 auf 180.000 RM am 31. Dezember 1929 angestiegen.²⁹² Das folgende Diagramm veranschaulicht die Entwicklung in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre:

Vermögensentwicklung 1924-1929 (jeweils 31.12.)



Mit der Weltwirtschaftskrise und dem einsetzenden Mitgliederrückgang verschlechterte sich die finanzielle Situation des Bundes dann wieder, ohne dass sie auch nur annähernd kritisch wurde. Dabei konnte der Universitätsbund die jährlichen Mindereinnahmen bei

²⁸⁸ Dieser Sachverhalt ergibt sich aus einem Schreiben von A. Becker an Pfeiffer vom 13. Dezember 1927. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 75, ohne Blattzählung. Somit war der Universitätsbund von der „Körperschafts-, Gewerbe-, Vermögens-, Grund-, Grunderwerbs- und Erbschaftssteuer“ befreit. Auch die Mitglieder konnten ihre Beiträge und Spenden von diesem Zeitpunkt an von der Steuer absetzen. HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 143. Zu den genauen Bestimmungen für die Gemeinnützigkeit im Bereich Wissenschaft und Forschung siehe REICHERT, Handbuch, S. 1352f.

²⁸⁹ Dies geht aus einem Schreiben von Haeuser an den Rektor, Troeltsch und Pfeiffer vom 17. Juni 1929 hervor. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 75, ohne Blattzählung. Der Stiftungsausschuss stimmte im Juli 1929 zu. EBD., ohne Blattzählung. Am 29. März 1934 teilte die Reichsschuldenverwaltung dem Universitätsbund mit, dass der Finanzminister die Höhe der Wohlfahrtsrente nun jährlich neu festsetzen würde und dass die Rente letztmalig 1937 gezahlt würde. EBD., ohne Blattzählung.

²⁹⁰ Troeltsch an Haeuser am 19. Juni 1929, in: EBD., ohne Blattzählung.

²⁹¹ Hierzu passt der Bericht von Troeltsch auf der Hauptversammlung 1926, auf der er mitteilen konnte, „daß sich die Finanzen nach den schweren Verlusten der Inflation allmählich wieder erholen [...]“. OZ vom 10. Mai 1926, S. 3.

²⁹² Statistik über die Vermögensentwicklung des Universitätsbundes, die Geschäftsführer Fricke im Vorfeld der Hauptversammlung 1930 am 4. Juni 1930 an Haeuser sandte. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 13, ohne Blattzählung. Auf diesen Daten basiert das anschließende Diagramm.

Beiträgen und Spenden vor allem durch Zinseinnahmen aus dem Wertpapierhandel ausgleichen.²⁹³ Hierzu gehörten vor allem fest verzinsliche Pfandbriefe, Anleihen und Obligationen, die der Universitätsbund erworben hatte.²⁹⁴ Auf diese Weise konnte Schatzmeister Pfeiffer in den Jahren 1935/36 die Finanzlage des Bundes als „gesund“²⁹⁵ beziehungsweise „befriedigend“²⁹⁶ bezeichnen. Insgesamt jedoch verschlechterte sich die finanzielle Lage des Universitätsbundes in den 1930er Jahren im Vergleich zur zweiten Hälfte der 1920er Jahre.

Der Zweite Weltkrieg hatte keine negativen Auswirkungen auf die Finanzen und das Vermögen des Universitätsbundes, da er durchschnittlich 10.000 RM an Mitgliedsbeiträgen auf seinem Konto verbuchte und es ihm gelang, die erwirtschafteten Erträge aus Zinsen und Spenden in weitere Wertpapiere zu investieren. Im Jahre 1942 erwarb der Universitätsbund Wertpapiere, vor allem IG-Farben-Aktien, im Gesamtwert von über 131.000 RM,²⁹⁷ verkaufte aber auch Papiere für über 61.000 RM.²⁹⁸ Zudem sparte der Universitätsbund, wie später noch deutlich werden wird, an Bewilligungen für die Universität.

Die unübersichtliche Lage nach dem Zweiten Weltkrieg, das Verbot des Universitätsbundes und die Beschlagnahmung seines Vermögens durch die amerikanischen Besatzungsbehörden verhindern einen konkreten Überblick über die finanzielle Entwicklung des Bundes nach 1945. Erschwerend kommt hinzu, dass seit Ende des Jahres 1944 keine detaillierte Aufstellung der Finanzen gemacht worden war, und deswegen bis 1948 kein genauer Überblick über das Gesamtvermögen des Universitätsbundes gegeben werden kann.²⁹⁹ Laut einer Mitteilung der Sekretärin des Universitätsbundes, Frau Patzer, an Schatzmeister Pfeiffer vom 8. Februar 1948 verfügte der Universitätsbund zu diesem Zeitpunkt über ca. 14.800 RM.³⁰⁰ Die unklare Finanzlage des Bundes dauerte bis weit in die 1950er Jahre hinein an, was vor allem an der Umwandlung der Aktien, insbesondere

²⁹³ So lag die Summe aller Einnahmen, mit denen kalkuliert wurde, sowohl 1937 als auch 1938 bei 32.000 RM. Voranschläge für die Jahre 1937 und 1938, in: Protokolle der Vorstandssitzungen vom 28. April 1937 beziehungsweise vom 17. Mai 1938. HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

²⁹⁴ Eine Übersicht über den Effektenbestand des Universitätsbundes mit Stand vom 12. Januar 1934 ist vorhanden in: HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 47, ohne Blattzählung.

²⁹⁵ Siehe den Bericht über die Hauptversammlung am 22. und 23. Juni 1935, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1935, S. 53-57, hier S. 54.

²⁹⁶ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1936, S. 59.

²⁹⁷ 1941 und 1942 erwarb der Universitätsbund hauptsächlich IG Farben Aktien im Gesamtwert von über 130.000 RM. Dies geht aus einer Aufstellung vom März 1942 hervor. HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 47, ohne Blattzählung.

²⁹⁸ Aufstellungen zum Bilanzbuch 1939-1944, in: DEPOT LAHNBERGE, ohne Blattzählung.

²⁹⁹ Frau Patzer an Pfeiffer am 17. Februar 1948, in: HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung.

³⁰⁰ EBD., ohne Blattzählung.

der der IG-Farben AG lag, die im Besitz des Universitätsbundes waren.³⁰¹ Erste konkrete Zahlen zur Finanzsituation nannte Schatzmeister Pinkerneil auf der Hauptversammlung 1952:

*„Das Vermögen [...] besteht hauptsächlich aus Effekten, und zwar aus Aktien im Nominalwert von 277 000 RM und aus Anleihen sowie Hypothekendarlehen im Nominalbetrag von 257 000 RM. Die Anleihen repräsentieren zur Zeit noch einen ziemlich geringen Wert, da die Kurse für Anleihen zwischen 1% und 9% stehen. Bei den Aktien handelt es sich im wesentlichen um IG.-Farben-Aktien, deren Kurs zur Zeit (28. Juni) noch nicht feststeht. Eine genaue Vermögensübersicht kann daher im Augenblick nicht gegeben werden.“*³⁰²

Diese holte Pinkerneil im Februar 1954 nach, als er den Vorstand informierte, dass „[sich] die Werte am 1.2.54 [...] auf DM 446.271,-- belaufen [haben].“³⁰³ Im Jahr 1955 gab der Schatzmeister dem Verwaltungsrat erstmals genauen Aufschluss über die Vermögenswerte des Bundes. Das Effektenkonto des Bundes belief sich demnach am 31. Mai 1955 auf rund 996.000 DM. Zwar seien durch festverzinsliche Anleihen, die vor 1945 erworben worden seien und erheblich an Wert verloren hätten, einige Verluste entstanden, die aber durch die übrigen Anlagen fast ausgeglichen worden seien. Pinkerneil zog für den Universitätsbund das erfreuliche Fazit, dass es gelungen sei, *„das Vermögen des Universitätsbundes über die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges hinüberzuretten.“*³⁰⁴ Weiter versuchte der Vorstand in diesen Jahren, über Sammlungen in der Industrie seine finanziellen Handlungsspielräume zu erweitern.³⁰⁵ Hilfreich war sicherlich die Bestätigung der Finanzbehörden, dass der Universitätsbund auch zukünftig von der Körperschaftssteuer befreit sei.³⁰⁶

Bis 1957 änderte sich dieser Zustand nur geringfügig und der Schatzmeister konnte berichten, dass jährlich Einnahmen zur Erhöhung des Effektenbestandes verwendet werden konnten. Insgesamt stand der Universitätsbund also nach Jahren der finanziellen Ungewissheit auf einer soliden Basis, mit der er beruhigt in die Zukunft sehen konnte.

³⁰¹ Siehe hierzu Kapitel VII.3.4.

³⁰² Bericht des Schatzmeisters des Marburger Universitätsbundes in: MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 5 (1952), S. 7.

³⁰³ Protokoll der Vorstandssitzung vom 5. Februar 1954, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 5, ohne Blattzählung.

³⁰⁴ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 11 (1956), S. 6.

³⁰⁵ Duden an Balla am 10. August 1949, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 57, ohne Blattzählung, sowie eine Sammlung des designierten und späteren Vorsitzenden Dr. Lehr im Jahre 1951: „Dr. Pinkerneil gab ferner bekannt, dass dem Bunde durch die von Bundesinnenminister Dr. Lehr eingeleitete Sammlung bisher DM 6000 zugeflossen seien. Rund weitere DM 9000 würden erwartet.“ Protokoll der Vorstandssitzung vom 9. Juni 1951, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 24, ohne Blattzählung.

³⁰⁶ Verwaltungsdirektor der Universität Marburg an Schriftführer Balla am 17. Februar 1950: Abschrift des Schreibens des Ministers für Erziehung und Volksbildung in Wiesbaden an den Rektor der Universität Marburg vom 10. Februar 1950, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 24.

Vor dem Hintergrund der geschilderten wechselhaften finanziellen Situation des Universitätsbundes ist nun zu fragen, wie der Bund die zur Verfügung stehenden Mittel an die Universität weitergab.

5. Die Förderung der Universität Marburg 1921-1957

Eines der Hauptziele und damit auch eine der wichtigsten Aufgaben des Universitätsbundes war die finanzielle Unterstützung der Marburger Universität. Hierzu gehörte vor allem die Bereitstellung eines jährlichen Betrags, der in Form von Bewilligungen an Marburger Dozenten verteilt wurde. Wie diese Vergabe im Detail aussah und wie viel der Universitätsbund jeweils zur Verfügung stellen konnte, wird im Folgenden dargestellt. Zudem gab es besondere Anlässe oder Sonderaktivitäten, wie zum Beispiel im Rahmen der zwei Universitätsjubiläen 1927 und 1952, während der NS-Zeit oder in Form von Sofortprogrammen Anfang der 1950er Jahre, die über die jährlichen Bewilligungen hinausgingen. Deren Hintergründe werden im weiteren Verlauf der Arbeit ausführlich untersucht.

Erste Bewilligungen in einer Gesamthöhe von knapp 50.000 Mark sprach der Universitätsbund bereits 1921 aus. Dabei wurden sowohl Arbeiten einzelner Dozenten und Institute als auch die Bedürfnisse der Studierenden berücksichtigt, indem das Studentenheim Marburg 10.000 Mark erhielt.³⁰⁷ Auch in den beiden Folgejahren unterstützte der Bund trotz der Inflation weitere Projekte, wobei die Höhe der Beihilfen von bis zu 150.000 Mark die steigende Geldentwertung widerspiegelt.³⁰⁸ Nach der Inflation konnte der Vorstand mit neu erzielten Einnahmen und trotz des zerstörten Vermögens wieder einige wenige Projekte fördern.³⁰⁹ In den folgenden Jahren stieg dann nicht nur die Gesamtsumme der Unterstützungsleistungen, sondern auch die Zahl der entsprechenden Anträge. Dadurch sah sich der Vorstand gezwungen, das Bewilligungsverfahren zu reglementieren.

Zunächst stellten die Dozenten ihre Anträge auf Unterstützung durch den Universitätsbund über den Rektor an den Vorstand des Universitätsbundes.³¹⁰ Darin mussten sie ihr Forschungsprojekt beziehungsweise den Hintergrund ihres Unterstützungswunsches beschreiben und erläutern sowie den konkreten Betrag, den sie sich erhofften, benennen.

³⁰⁷ Über die einzelnen Bewilligungen berichteten die MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 2, November 1921, S. 1.

³⁰⁸ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 4, Dezember 1922, S. 1. Aus Dankesschreiben lässt sich schließen, dass der Bund auch 1923 noch Bewilligungen aussprach. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 53, ohne Blattzählung.

³⁰⁹ Dies geht aus dem Brief von Troeltsch an Haeuser vom 26. Mai 1924 über die Finanzlage des Bundes hervor. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 11, ohne Blattzählung.

³¹⁰ § 20 der Satzung des Universitätsbundes von 1921, in: SAMMELMAPPE, S. 5 der Satzung.

Bis 1928 wurden Anträge nur aus satzungsrechtlichen Gründen und nicht aus finanziellen abgelehnt.³¹¹ Ab 1929 jedoch überstieg die Zahl der Anträge und deren Gesamtsumme die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, und der Vorstand führte als Reaktion darauf den folgenden Ablauf im Bewilligungsverfahren ein: Zunächst beriet er in einer Vorstandssitzung über die eingegangenen Anträge und schlug dem Verwaltungsrat unter Berücksichtigung der finanziellen Situation vor, dem Antragsteller entweder die volle Höhe zuzusprechen, eine andere Summe festzusetzen oder das Gesuch abzulehnen.³¹² Der Verwaltungsrat entschied nach Beratungen dann in seiner jährlichen Sitzung unmittelbar vor der Hauptversammlung über die Gesuche und setzte die jeweiligen Unterstützungsbeträge fest.³¹³ Für Nachfragen zur Bedeutung des jeweiligen Projektes standen üblicherweise die Vertreter der Fakultäten im Verwaltungsrat zur Verfügung, während bei starken Unstimmigkeiten über finanziell sehr hohe Anträge auch auswärtige Gutachter eingeschaltet werden konnten.³¹⁴ Für dringende Unterstützungsgesuche in den Monaten nach der Hauptversammlung stand dem Vorstand ein Dispositionsfonds zur Verfügung, über den er unabhängig vom Verwaltungsrat entscheiden konnte.³¹⁵ Sobald dieser Betrag ausgeschöpft war, mussten die beantragenden Dozenten bis zur nächsten Hauptversammlung warten.

Weiter führte der Universitätsbund einige Kriterien für die Annahme von Anträgen und die Abgrenzung zu anderen Förderungseinrichtungen ein. So beschloss der Vorstand am 6. Mai 1928, „die Unterstützung von Habilitationen grundsätzlich auszuschliessen, weil bei der grossen Zahl der jährlich eintretenden Fälle die Tragweite solcher Unterstützung unübersehbar wäre.“³¹⁶ Und bei den Bewilligungen für die habilitierten Dozenten achtete der Universitätsbund darauf, dass er nur solche Projekte förderte, für die nicht der Staat zuständig war³¹⁷ oder für die andere Organisationen, wie beispielsweise die

³¹¹ Dies geht aus den Übersichten über die jährlichen Bewilligungen und Ablehnungen hervor. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 53 und Nr. 54, ohne Blattzählung.

³¹² HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 55 und Nr. 56. Während es bis 1931 keinen Stichtag für die Abgabe von Unterstützungsanträgen gab, legte der Vorstand in dem Jahr den 1. Mai als denjenigen Tag fest, bis zu dem die Gesuche eingereicht werden mussten. Schreiben des Universitätsbundes an alle Dozenten der Universität vom 27. Februar 1931, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 8, ohne Blattzählung.

³¹³ Siehe beispielsweise die Übersicht über die Bewilligungen in der Verwaltungsratssitzung vom 30. Juni 1928, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 54, ohne Blattzählung. Für 1928 siehe auch die MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 21, September 1928, S. 29f.

³¹⁴ Siehe hierzu Kapitel V.2.1., in dem der Entscheidungsprozess über einen Antrag des Historikers Prof. Dr. Edmund E. Stengel ausführlich dargelegt wird.

³¹⁵ Als Beispiel siehe die Veröffentlichung über die Vergabe des Dispositionsfonds für den Zeitraum 1925/26, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 10, März 1926, S. 7.

³¹⁶ Auszug aus dem Protokoll der Vorstandssitzung, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 52, ohne Blattzählung.

³¹⁷ Nach den Richtlinien der Notgemeinschaft, an die sich diesbezüglich auch der Universitätsbund anpasste, waren damit „Zwecke des akademischen Unterrichts, für den der Staat zu sorgen hat“ gemeint.

Notgemeinschaft, keine Gelder zur Verfügung gestellt hatten. So erhielt beispielsweise Prof. Dr. Ernst Göppert vom Anatomischen Institut eine Beihilfe nur unter der Voraussetzung, dass sein Antrag bei der Notgemeinschaft erfolglos sein sollte.³¹⁸ In einem anderen Falle wurde Prof. Dr. Hermann Jacobsohn als Direktor des Indogermanischen Seminars 1925 aufgefordert, sich erst beim Staat um Mittel für die Ausstattung der Bibliothek zu bemühen. Nachdem dieser Versuch scheiterte, erhielt Jacobsohn dann eine Unterstützung durch den Universitätsbund.³¹⁹ Im Zuge der Weltwirtschaftskrise wurden die Maßstäbe für eine Bewilligung noch einmal konkretisiert:

*„Darüber besteht vollständige Klarheit, dass nur jene Anträge bewilligt werden dürfen, für die der Staat nicht zuständig ist oder vom Staate z.Zt. nichts getan werden kann; dass ferner erst dann bewilligt werden soll, wenn seitens der Bittsteller alle anderen Möglichkeiten erschöpft worden sind, und schliesslich dass neue wissenschaftliche Untersuchungen, die dauernder Unterstützung bedürfen, jetzt nicht vom Bunde gestützt werden sollen.“*³²⁰

Zusätzlich zu den oben genannten Kriterien sollten die erweiterten Richtlinien verhindern, dass der Bund neue Projekte förderte, die Investitionen über einen längeren Zeitraum zur Folge gehabt hätten. Die hier beschriebenen Grundsätze der Bewilligungspolitik sind Ausdruck des Selbstverständnisses des Universitätsbundes. Ziel der Förderungstätigkeit des Universitätsbundes war es, die Universität Marburg und ihre Wissenschaftler so gut wie möglich zu unterstützen und eine wichtige Ergänzung zu den staatlichen Mitteln sowie zu den Forschungsgeldern der Notgemeinschaft und anderer Fördergesellschaften zu liefern. Daher achtete der Universitätsbund genauestens darauf, diesen letztgenannten Geldgebern keine Aufgaben abzunehmen und die Dozenten der Universität Marburg im konkreten Fall auch auf deren Zuständigkeiten hinzuweisen. Damit sollten die dem Universitätsbund zur Verfügung stehenden Gelder so zielgerichtet wie möglich eingesetzt werden und nur diejenigen Dozenten unterstützen, die für ihre Forschungen keine Hilfe von anderen Einrichtungen erhielten oder erhalten konnten.

Davon abgegrenzt wurden die Forschungszwecke, für die sowohl der Universitätsbund als auch die Notgemeinschaft finanzielle Unterstützungen geben konnten. Diese Unterscheidung geht aus einem Brief des Vertrauensmanns der Notgemeinschaft an der Universität Marburg, Prof. Dr. Thiel, an alle Dozenten der Marburger Universität vom März 1928 hervor. EBD., ohne Blattzählung.

³¹⁸ Universitätsbund an Prof. Göppert am 23. Juni 1924, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 53, ohne Blattzählung.

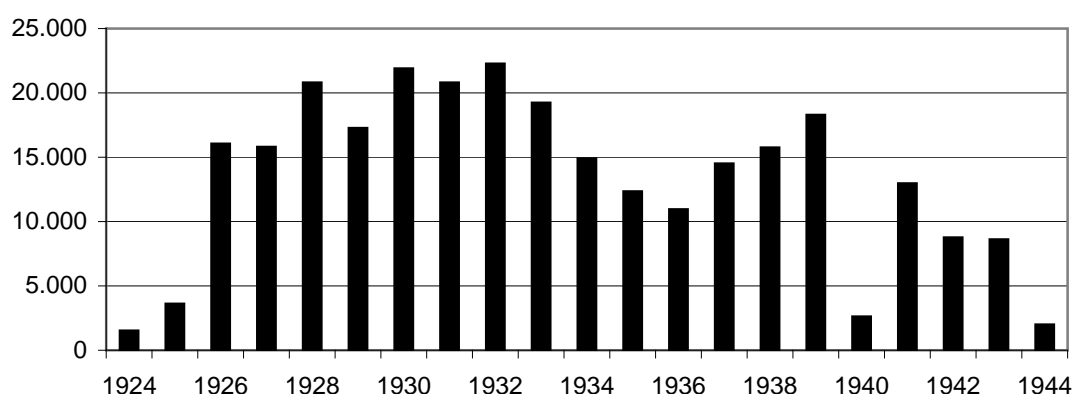
³¹⁹ Universitätsbund an Prof. Jacobsohn am 30. Juni 1925, in: EBD., ohne Blattzählung. Diese Handlungsmaxime wurde in den folgenden Jahren beibehalten und in dem bereits zitierten Vorstandsbeschluss vom 6. Mai 1928 festgeschrieben: „Mittel sollen nur dann bewilligt werden, wenn der betreffende Zweck vom Staat nicht oder nur unzureichend finanziert wird.“ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 52, ohne Blattzählung.

³²⁰ Auszug aus dem Protokoll der Vorstandssitzung vom 8. Mai 1932. EBD., ohne Blattzählung.

Mit seinen Geldern unterstützte der Universitätsbund die verschiedensten Projekte, wobei die Wissenschaftler zumeist Beihilfen für Veröffentlichungen ihrer Forschungsergebnisse, für Forschungsreisen im In- und Ausland, für den Ankauf von notwendigen Materialien, Geräten oder wissenschaftlicher Literatur oder für die Fortsetzung einzelner Forschungen beantragten. Für Druckkostenzuschüsse beispielsweise stellte der Universitätsbund zwischen 1924 und 1941 insgesamt 70.623 RM zur Verfügung und unterstützte damit die Veröffentlichung von 85 wissenschaftlichen Werken.³²¹ Gegenleistungen für diese Beihilfen verlangte der Vorstand in der Regel nicht, lediglich bei Druckkostenzuschüssen zur Veröffentlichung von Monographien erwartete der Universitätsbund eine sichtbare Erwähnung der Zuwendung des Bundes und forderte ein Belegexemplar an.³²²

In welchem finanziellen Rahmen bewegten sich nun jedoch die Möglichkeiten des Universitätsbundes bei der Förderung der Universität? Ein Überblick über die jährlichen Bewilligungen von 1924 bis 1944³²³ zeigt eine ähnliche Verlaufskurve wie die Vermögensentwicklung:

Höhe der jährlichen Bewilligungen 1924-1944



Der Universitätsbund konnte also seinen finanziellen Aufschwung in der zweiten Hälfte der 20er Jahre an die Universität weitergeben. In den 30er Jahren hingegen sanken die Bewilligungen zunächst, bevor sie wieder leicht anstiegen, ohne jedoch das Niveau der Hochphase wieder zu erreichen. Auch nach Ausbruch des Krieges unterstützte der Bund

³²¹ Dies ergibt einen durchschnittlichen Förderbetrag pro Werk von ca. 830 RM. Siehe die Aufstellung über die jährlichen Druckkostenzuschüsse von 1924 bis 1941 in: EBD., ohne Blattzählung.

³²² Diese Regelung bestand seit der Gründung des Bundes und wurde dann in den „*Richtlinien, die von den Herren Dozenten bei Unterstützungsanträgen zu beachten sind*“ festgeschrieben. Die Richtlinien sind undatiert, stammen aber sehr wahrscheinlich aus dem Jahr 1931. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 8, ohne Blattzählung.

³²³ „Übersicht über die Bewilligungen von 1924 bis 1938, [...]“ in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 98, ohne Blattzählung. Aus dieser Akte und aus HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 97 stammen die Ergänzungen für die Zeit 1939-1944.

die Universität weiter, wobei die Entscheidung über die Bewilligungen nach Kriegsbeginn aufgrund der mit dem Krieg verbundenen Umstände beim Vorstand lag, der bei einer entsprechenden Gelegenheit nachträglich vom Verwaltungsrat entlastet werden sollte.³²⁴ Im Jahr 1940 gingen nur einzelne Anträge ein, so dass der Universitätsbund dementsprechend wenige Gelder zur Verfügung stellen musste. Insgesamt bewilligte der Vorstand nach einer Mitteilung in der Vorstandssitzung vom 25. November 1942 im Zeitraum vom Beginn des Krieges bis zum Jahresende 1942 mehr als 28.000 RM und ermöglichte damit unter anderem zwölf Neuerscheinungen.³²⁵ Auch im folgenden Jahr stellte der Vorstand Gelder für die Dozenten zur Verfügung, bevor 1944 nur noch das Preußische Kunsthistorische Institut einen Antrag stellte, der vom Universitätsbund auch bewilligt wurde.³²⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Universitätsbund nach dem zwischenzeitlichen Verbot und der sich anschließenden Wiederezulassung im Frühjahr 1948 durch die amerikanischen Militärbehörden im Jahre 1949 wieder mit der regelmäßigen finanziellen Unterstützung der Universität.³²⁷ Zwar standen in den Anfangsjahren sehr geringe Beträge zur Verfügung, aber immerhin konnten von den Geldern Reisen und Druckkosten bezuschusst sowie Materialien gekauft werden. In den 1950er Jahren stieg dann die Gesamtsumme der Bewilligungen wieder deutlich an:

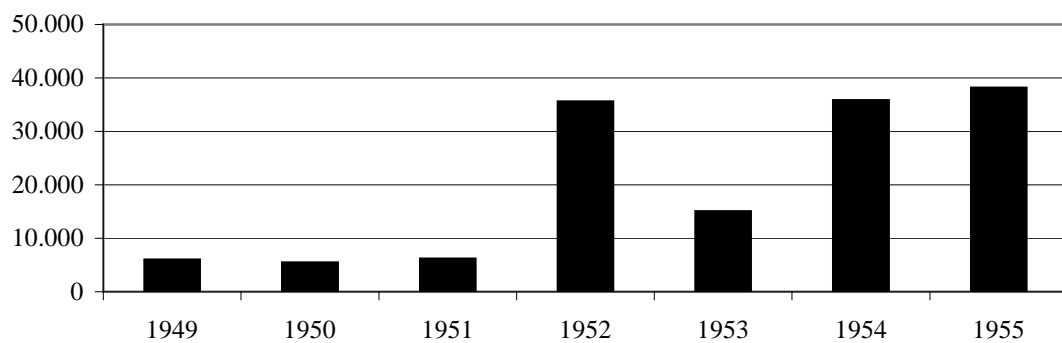
³²⁴ „Die weitere Aufgabe des Verwaltungsrates, über die Unterstützungsgesuche für wissenschaftliche Arbeiten zu entscheiden, wäre in diesem Jahre auch nur in beschränktem Umfange zu lösen, da gegenwärtig nur ganz wenige Gesuche vorliegen, die der Vorstand nach bestem Wissen und Gewissen vorbehaltlich der nachträglich einzuholenden Genehmigung des Verwaltungsrates erledigen kann.“ Auszug aus einem Schreiben von Duden und Versé an die Mitglieder des Verwaltungsrates vom 10. Juni 1940, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 10, ohne Blattzählung.

³²⁵ Dies ist die einzige offizielle Vorstandssitzung während der Kriegszeit, über die Unterlagen vorliegen. Protokoll der Vorstandssitzung vom 25. November 1942, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung. Darüber hinaus fand noch eine Besprechung am Rande der Langemarckfeier am 10. November 1939 statt. EBD., ohne Blattzählung.

³²⁶ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 98, ohne Blattzählung.

³²⁷ Für die Jahre 1945 bis 1949 ist lediglich eine Bewilligung aus dem Jahre 1947 für den damaligen Rektor Prof. Matz belegt. Dieser erhielt 300 RM für eine Reise seines Assistenten, der Photos für eine Veröffentlichung von Matz auswählen sollte, nach München. Ansonsten wurde im gleichen Jahr ein Antrag des Kunsthistorischen Instituts über eine Bewilligung von 2000 RM abgelehnt. EBD., ohne Blattzählung.

Höhe der jährlichen Bewilligungen 1949-1955



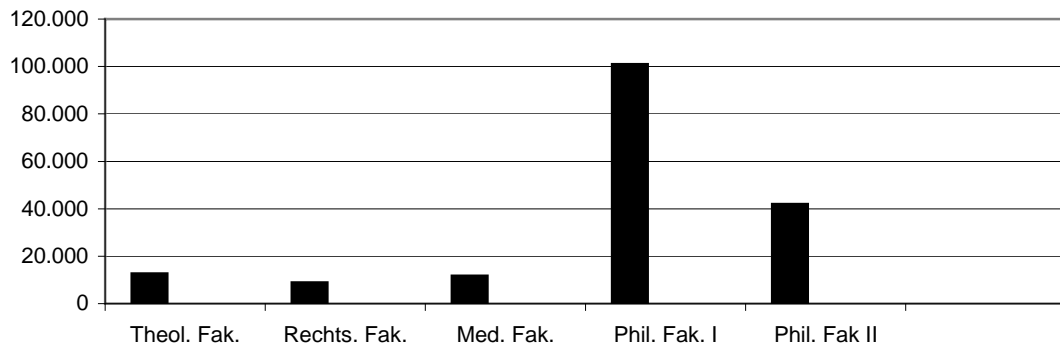
Zu den in der Tabelle³²⁸ aufgeführten Bewilligungen kamen zweckgebundene Spenden von Firmen im Gesamtvolumen von über 60.000 DM hinzu, die über den Universitätsbund an die vorgesehenen Institute weitergegeben wurden. Zusammen mit den gut 145.000 DM, die der Universitätsbund seit 1949 zur Verfügung gestellt hatte, leitete der Universitätsbund mehr als 205.000 DM in die Universität Marburg weiter. Ab 1955 ging der Universitätsbund zudem dazu über, jährlich Gelder für die Drucklegung hervorragender Dissertationen bereitzustellen,³²⁹ und leistete auf diese Weise eine wichtige Hilfe für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Abschließend ist im Zusammenhang mit der Bewilligungspolitik die Verteilung der Gelder auf die Fachbereiche der Universität interessant, zumal die Satzung vorschrieb, die einzelnen Fakultäten etwa gleichmäßig zu berücksichtigen. Ein Vergleich der Fakultäten in Bezug auf die erhaltenen Unterstützungen gestaltet sich allerdings sehr schwierig, da die Abteilungen einerseits unterschiedlich groß waren und andererseits die Bewilligungen natürlich von den gestellten Anträgen abhingen. Die folgende Übersicht zeigt diese Problematik deutlich auf:

³²⁸ Der hohe Betrag des Jahres 1952 hängt mit dem Universitätsjubiläum zusammen, für das der Universitätsbund besondere Anstrengungen unternahm. Siehe hierzu Kapitel VII.4.3.

³²⁹ Die 10.000 DM für 1955 wurden auf die Theologische, Philosophische und die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät verteilt, die Medizinische Fakultät hatte verzichtet, weil sie genügend Publikationsmöglichkeiten in Medizinischen Zeitschriften sah. MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 11 (1956), S. 9. Auch 1956 stellte der Bund die gleiche Summe zur Verfügung, ein Jahr später sank sie auf 8.000 DM ab, was auf die vielen Gesuche von Dozenten an den Bund zurückzuführen ist. Dieser wollte möglichst viele dieser Anträge unterstützen und kürzte zu deren Gunsten die Höhe des Betrags für die Dissertationen. MITTEILUNGEN Universitätsbund Marburg Heft 1 (1957), S. 32 und MITTEILUNGEN Universitätsbund Marburg Heft 2/3 (1957), S. 98.

Bewilligungen pro Fakultät 1924-1938



Die Philosophische Fakultät erhielt mit ihren beiden Unterabteilungen, der philosophisch-historischen und der mathematisch-naturwissenschaftlichen, die meisten Gelder, während die übrigen drei Fakultäten in etwa auf einem Niveau lagen.³³⁰ Genaue Hinweise auf die Gründe für die ungleiche Verteilung zwischen der Philosophischen Fakultät und den anderen Fakultäten sind in den Unterlagen des Universitätsbundes nicht zu finden. Es könnte aber neben der unterschiedlichen Größe der Fakultäten daran gelegen haben, dass vor allem die Theologische und die Medizinische Fakultät andere Finanzquellen besaßen, die sie unterstützten. Darauf deutet eine Bemerkung des Schriftführers hin, der 1936 in seinem Bericht vor der Hauptversammlung erläuterte, dass die Medizinische Fakultät nur Bewilligungen in geringer Höhe bekommen habe, weil sie andere Stiftungen erhalte und sich deshalb zu Gunsten der anderen Fakultäten zurückgehalten habe.³³¹ Darauf deuten auch die Unterstützungen der Dissertationen ab 1955 hin, bei denen die Medizinische Fakultät ebenfalls verzichtete.

Trotz dieser ungleichen Verteilung achteten der Vorstand und der Verwaltungsrat auch in den 1950er Jahren darauf, möglichst alle Institute gleichmäßig und gerecht zu berücksichtigen. So bat der Universitätsbund im Frühjahr des Jahres 1954 diejenigen Einrichtungen, die im Rahmen der Jubiläumsspende berücksichtigt worden waren, auf Anträge zu verzichten.³³² Insgesamt erfüllte der Universitätsbund also im Untersuchungszeitraum diese Hauptaufgabe und unterstützte die Universität im Rahmen seiner Möglichkeiten, die unter anderem von den politischen und wirtschaftlichen Begleitumstän-

³³⁰ Die genauen Zahlen für die einzelnen Jahre sind der „Übersicht über die Bewilligungen von 1924 bis 1938 [...]“ zu entnehmen, die enthalten ist in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 98, ohne Blattzählung.

³³¹ Bericht des Schriftführers während der Hauptversammlung am 20. Juni 1936, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 15, ohne Blattzählung.

³³² Universitätsbund an die Lehrenden der Universität Marburg am 20. April 1954, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 19, ohne Blattzählung.

den abhingen.³³³ Aber der Universitätsbund hatte nicht nur Ziele in finanzieller Hinsicht, sondern wollte die Verbindung zur Gesellschaft verbessern. Als ein Mittel hierzu sollten Vortragsabende dienen, in denen über aktuelle wissenschaftliche Themen berichtet werden sollte. Wie der Vorstand diesen Aufgabenbereich anging und ob er dabei erfolgreich war, soll im Folgenden dargelegt werden.

6. Das Vortragswesen 1924-1957

Die kontinuierliche Organisation von Vorträgen³³⁴ durch den Universitätsbund begann im Jahre 1924, wobei zuvor bereits für Bundesgruppen die Möglichkeit bestand, Vorträge mit Marburger Dozenten zu veranstalten. Dabei musste die Initiative aber direkt von den Bundesgruppen ausgehen: *„Ortsgruppen, die Vorträge wünschen, mögen sich unter möglichst genauer Angabe des Dozenten oder des Faches an die Geschäftsstelle wenden. Der Bund trägt die Kosten der Fahrt.“*³³⁵

Ab 1924 bat der Rektor in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Universitätsbundes jeweils im Verlauf des Sommersemesters die Dozenten der Universität, sich für Vorträge in den Orten der Bundesgruppen zur Verfügung zu stellen.³³⁶ Daraufhin gaben die Dozenten, die zu Vorträgen im folgenden Wintersemester bereit waren, mögliche Vortragsthemen beim Universitätsbund ab. Dieser legte über die Vorschläge ein Verzeichnis an, welches er an die Bundesgruppen sandte.³³⁷ Diese wählten dann, je nach Interesse, die Angebote aus und sprachen mit dem Universitätsbund und dem Redner die genauen Termine für die Vortragsabende ab.³³⁸ Auf besonderes Interesse bei den Bundesgruppen stießen Vorträge aus den Bereichen der Kunstgeschichte, der Theologie, der Medizin und der Wirtschaftswissenschaften.³³⁹

³³³ Pohl bewertet die Leistungsfähigkeit der Hochschulgesellschaften und weist zunächst darauf hin, dass die finanziellen Mittel, die den Universitäten zur Verfügung gestellt wurden, im Vergleich zwar relativ gering waren, aber unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden konnten: „Produktivität und Effizienz dieser Mittel waren daher hoch.“ POHL, Die Förderung, S. 77. Dieses Urteil trifft, trotz der beschriebenen organisatorischen Abläufe, auch für den Universitätsbund zu, wie auch im Verlauf der Studie noch deutlich werden wird.

³³⁴ Vortragsveranstaltungen gab es auch bei den anderen Universitätsgesellschaften, wobei in Würzburg nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Vertreter der Industrie Vorträge für den Förderverein hielten. SCHÄFER, Freunde und Förderer der Universität Würzburg, S. 72f.

³³⁵ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Nr. 3, Mai 1922, S. 2.

³³⁶ Siehe als Beispiel das weiter unten zitierte Schreiben von Rektor Lommatzsch an die Dozenten im Sommersemester 1926, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 36, ohne Blattzählung.

³³⁷ Die Verzeichnisse für die Jahre 1924 bis 1944 befinden sich in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 36-38.

³³⁸ Eine Auflistung der von den Bundesgruppen organisierten Vorträge veröffentlichte der Universitätsbund in seinen Mitteilungen. So beispielsweise die Berichterstattung über die Vorträge im Wintersemester 1925/26, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 10, März 1926, S. 7.

³³⁹ Statistik über die Vorträge des Universitätsbundes in den Jahren 1924 bis 1930, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 29, August 1930, S. 20.

Die Bundesgruppen trugen die Unkosten für die Vortragsabende,³⁴⁰ die jedoch gering waren, da die vortragenden Dozenten kein Honorar erhielten, sondern lediglich ihre Reisekosten und eventuelle weitere Auslagen erstattet bekamen. Auf diese Weise stellten die Vorträge der Dozenten eine Gegenleistung für die Förderung der Universität durch den Universitätsbund dar. Auf diesen Zusammenhang wies Schriftführer Troeltsch hin, als er am 20. Mai 1924 an den Dekan der Juristischen Fakultät mit der Bitte schrieb, Redner für Vorträge in den Bundesgruppen zu benennen. Dabei handelte es sich nach den Worten von Troeltsch um *„eine schon beim Entstehen des Universitätsbundes in Aussicht gestellte Gegengabe der Universität für die Leistungen ihrer Freunde [...]“*. Troeltsch vertrat weiterhin die Ansicht, dass es durch die Vorträge für die *„Universität als Ganzes [einen] immateriellen und materiellen Vorteil“* geben werde.³⁴¹ Der ehemalige Marburger Professor Wilhelm Röpke äußerte sich diesbezüglich und zu seinen Erfahrungen bei den Vorträgen wie folgt:

*„Es gehörte sozusagen zu den Amtspflichten, als Redner des Universitäts-Bundes in Korbach, in Biedenkopf, in Arolsen und anderen Nachbarorten wissenschaftliche Vorträge zu halten. Ich erinnerte mich dabei an den weisen Rat eines Jenaer Rektors, den er mir erteilte, als er mich zum ersten Male auf eine solche Vortragsreise schickte: man solle in einem solchen Falle so sprechen, daß ein Drittel des Vortrages alle verstünden, ein weiteres Drittel nur wenige und ein letztes Drittel nicht einmal diese, dann würde man den Ruf eines verständlichen Redners mit demjenigen eines tiefen aufs glücklichste verbinden. Aber ich habe mich nie entschließen können, danach zu handeln, sondern die Anschaulichkeit zuweilen so weit getrieben, daß es Hörer gab, die mir das übelnahmen. Daß Klarheit schwerer ist als Dunkelheit, wird selten begriffen.“*³⁴²

Interessant ist die Beschreibung des zu erwartenden Publikums, denn sie deutet darauf hin, dass bei diesen Vorträgen nicht nur akademische Kreise zuhörten. Zudem war die Einstellung, die Röpke in seinen Erinnerungen vertritt, aus Sicht des Universitätsbundes vorbildhaft, denn er bezeichnete es als *„Amtspflicht“*, sich für Vorträge zur Verfügung zu stellen. Allerdings zeigten nicht alle Dozenten eine ähnliche Bereitschaft wie Röpke, denn in einem Schreiben an die Dekane der Marburger Fakultäten im Juni 1928 verwies Schriftführer Troeltsch auf das wesentlich umfangreichere Vortragsprogramm an der Universität Frankfurt und stellte fest:

³⁴⁰ Zur Deckung der Unkosten konnten die Bundesgruppen geringe Eintrittsgelder für ihre Veranstaltungen verlangen, wobei den Mitgliedern des Universitätsbundes aber Ermäßigungen gewährt werden sollten. *„Richtlinien für Vorträge innerhalb der Bundesgruppen des Universitätsbundes Marburg e.V.“*, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 36, ohne Blattzählung.

³⁴¹ Der Brief befindet sich in der Akte Nr. 156 im ZWISCHENARCHIV DER PHILIPPS-UNIVERSITÄT MARBURG, ohne Blattzählung.

³⁴² RÖPKE, Wilhelm: Marburger Dozenten- und Professorenjahre 1922-1933, in: Alma mater philippina WS 1965/66, S. 18-23, hier S. 21.

„Es ergibt sich aus dieser Liste für jeden einzelnen Dozenten die Pflicht erneuter Überlegung, ob sie sich schon bisher für die Zwecke des Universitätsbundes in genügendem Umfange zur Verfügung gestellt haben.“³⁴³

Die Ziele, die der Bund mit den Vorträgen erreichen wollte, waren vielfältig. Zunächst sollten die Dozenten durch Berichte über ihre aktuellen Forschungen das Interesse der Bevölkerung an der Wissenschaft wecken, erhalten und fördern.³⁴⁴ Des weiteren dienten die Vortragsabende der Festigung des Zusammenhalts unter den Mitgliedern, da die Veranstaltungen durch ein *„geselliges Zusammensein der Bundesmitglieder nach den Vorträgen“* abgerundet werden sollten.³⁴⁵ Und letztendlich wollte der Universitätsbund durch die Vortragsabende auch neue Mitglieder gewinnen:

„Jegliche Veranstaltung ist nach allen Kräften zur Werbung von neuen Mitgliedern zu benutzen. Insbesondere sind vor Beginn der Vorträge Einschreibelisten in Umlauf zu setzen.“³⁴⁶

Den Erfolg der Vorträge und den gegenseitigen Nutzen für Universität und Universitätsbund dokumentiert die auf den 6. Juli 1926 datierte, an alle Dozenten gerichtete Aufforderung des damaligen Rektors, sich für Vorträge in den Bundesgruppen bereitzuhalten:

„Die Interessen des Universitätsbundes bedeuten die Interessen der Universität und der Dozentenschaft selbst. Durch die Vortragstätigkeit im vergangenen Winter hat der Universitätsbund einen bedeutenden Zuwachs an Mitgliedern und eine beträchtliche finanzielle Stärkung erfahren. [...] Aber auch abgesehen von diesen willkommenen äusseren Früchten, die der Universitätsbund zeitigt, besitzt die Vortragstätigkeit unserer Dozenten innerhalb und ausserhalb unserer Provinz einen bedeutenden Wert. Durch sie wird die Verbindung zwischen der Universität und dem platten Lande geschaffen und aufrecht erhalten, durch sie werden die Beziehungen zwischen Wissenschaft und praktischem Leben enger geknüpft.“³⁴⁷

³⁴³ Troeltsch bat die Dekane, das Frankfurter Programm vertraulich an die Dozenten in Umlauf zu geben. Schreiben von Troeltsch vom 19. Juni 1928, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 36, ohne Blattzählung. Auch der Rektor forderte die Dozenten wenige Tage später auf, sich verstärkt für Vorträge des Universitätsbundes zur Verfügung zu stellen. In Marburg böten 40 Dozenten insgesamt 131 Themen an, während in Frankfurt 97 Dozenten mit 374 Themen aufgeführt seien. *„In Anbetracht dieser Tatsachen darf ich die Hoffnung aussprechen, dass keiner unserer Dozenten sich von dieser Ehrenpflicht ausschliessen wird.“* Rektor von Soden an alle Dozenten der Universität Marburg am 22. Juni 1928, in: EBD., ohne Blattzählung.

³⁴⁴ Dies geht aus dem Bericht „Unsere künftigen Aufgaben“ von Schriftführer Troeltsch hervor, der sich auch mit dem Vortragswesen beschäftigte. MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 5, August 1924, S. 12-14, hier S. 13.

³⁴⁵ Richtlinien für Vorträge, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 36, ohne Blattzählung.

³⁴⁶ EBD. Dieses Ziel wurde auch von den Dozenten durchaus verinnerlicht. So schrieb beispielsweise der Direktor des Instituts für Leibesübungen, Prof. Jaeck, an die Bundesgruppe Laasphe: *„[...] Wir hoffen, damit der Ortsgruppe Laasphe eine besondere Freundlichkeit zu erweisen und sie dadurch in der Werbung neuer Mitglieder zu unterstützen.[...]“* Jaeck an Studienrat Weiershausen, Laasphe, am 16. Februar 1931, in: INSTITUT FÜR LEIBESÜBUNGEN DER PHILIPPS-UNIVERSITÄT MARBURG: V I 3: Vorträge Univ. Bund ab Okt. 1930, ohne Blattzählung.

³⁴⁷ Rektor Lommatzsch an die Dozenten der Universität vom 6. Juli 1926. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 36, ohne Blattzählung.

Ab 1926 stieg allmählich nicht nur die Bereitschaft der Dozenten, Vorträge für die Zwecke des Universitätsbundes zu halten, sondern auch die tatsächliche Anzahl der Vortragsabende in den Bundesgruppen:³⁴⁸



Der Höhepunkt dieser Entwicklung war im Wintersemester 1928/29 mit 73 Veranstaltungen erreicht. Auf ähnlichem Niveau blieb die Anzahl der Vorträge bis zur „Machtübernahme“ durch die Nationalsozialisten, nach der ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war, ehe die Zahl der Vorträge konstant um 40 pro Jahr pendelte. Die Übersicht endet im Wintersemester 1938/39, da der Universitätsbund nach Kriegsbeginn seine Vortragstätigkeit zunächst vollständig einstellte. Zwar hatte der Vorstand in seiner Besprechung am 10. November 1939 noch beschlossen, die Vorträge an den Orten, wo dies möglich wäre, durchzuführen,³⁴⁹ allerdings konnte dies nicht umgesetzt werden, was neben den allgemein schwierigen Verhältnissen³⁵⁰ auch an den Bundesgruppen lag, die keine Vorträge veranstalten wollten.³⁵¹ Die zurückhaltende Einstellung der Bundesgruppen änderte sich dann im Sommer 1941, als Rektor Mayer in einem Aufruf die Dozenten der Universität aufforderte, sich wieder für Vorträge zur Verfügung zu stellen:

„Infolge der durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten hat der Universitätsbund in den letzten 2 Jahren von der allgemeinen Vortragsveranstaltung abgesehen und nur auf ausdrücklichen Wunsch einzelner Bundesgruppen wenige Sondervorträge halten lassen. Inzwischen sind doch mehrfach Wünsche nach weiteren Vorträgen

³⁴⁸ Die Übersicht basiert auf den Veröffentlichungen des Schriftführers in den Mitteilungen des Universitätsbundes. MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 29, August 1930, S. 20; Heft 2, 1931, S. 29f.; Heft 2, 1932, S. 37f. und Heft 2, 1933, S. 30f.; Heft 3, 1934, S. 57; Heft 3, 1935, S. 43; Heft 3, 1936, S. 58f.; Heft 3, 1937, S. 65; Heft 3, 1938, S. 52f. und Heft 3, 1939, S. 64.

³⁴⁹ Protokoll der Besprechung am 10. November 1939 im Anschluss an die Langemarckfeier, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

³⁵⁰ So schrieb Versé in dem Begleitschreiben, mit dem er die Vortragsverzeichnisse an die Bundesgruppen schickte, dass etliche Dozenten eingezogen worden waren und darüber hinaus die erschwerten Reismöglichkeiten die Vorträge nicht sicher stellen würden. Versé an die Bundesgruppen am 4. Dezember 1939, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 38, ohne Blattzählung.

³⁵¹ Dies geht aus einem Schreiben von Duden und Versé an den Verwaltungsrat vom 10. Juni 1940 hervor. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 10, ohne Blattzählung.

*laut geworden. Da diese auch den Universitätsbelangen im hohen Masse dienen und die Beziehungen zu anderen Volkskreisen, besonders auch im Hessenland, festigen, so nehme ich diese Anregungen gerne auf und bitte die Herren Kollegen, mir eine Auswahl geeigneter Themen auf beiliegendem Fragebogen anzugeben, die möglichst auch den besonderen Zeitumständen Rechnung tragen und allgemeines Interesse erwecken können.*³⁵²

Für das Wintersemester 1941/42 liegen keine Zahlen über die tatsächlich gehaltenen Vorträge vor, die Zahl dürfte aber nicht sehr hoch gewesen sein, denn auf der Vorstandssitzung am 25. November 1942 wurde von nur drei Bundesgruppen berichtet, die im folgenden Winter an Vorträgen interessiert waren.³⁵³ Ein Jahr später, im Oktober 1943, verzichtete der Bund, die Bundesgruppen zur Organisation von Vorträgen aufzurufen, war aber im Einzelfall bereit, Redner zu vermitteln.³⁵⁴

Nach der Wiedenzulassung des Bundes begann der Vorstand gegen Ende des Jahres 1948 wieder mit der Vorbereitung von Vortragsveranstaltungen und bat die Dozenten über den Rektor, sich zur Verfügung zu stellen und Themenvorschläge einzureichen.³⁵⁵

Die Bundesgruppen waren allerdings mit den angebotenen Themen nicht zufrieden, da sie zu speziell seien und somit kein breiteres Publikum zu erreichen sei, so dass Anfang des folgenden Jahres ein Erinnerungsschreiben an die Dozenten mit der Bitte erging, eher allgemeinere Vorträge anzubieten.³⁵⁶

Da es, wie bereits erwähnt, kaum noch Bundesgruppen gab, fanden die Vorträge in den folgenden Jahren oft in Zusammenarbeit mit Volkshochschulen oder ähnlichen Einrichtungen statt. Da der Vorstand in den Mitteilungen lediglich darüber informierte, an welchen Orten Vortragsveranstaltungen stattfanden, gibt es für die Anfangszeit nur wenige Zahlen über die Anzahl der Vorträge.³⁵⁷ So fanden zum Beispiel in Allendorf in Zusammenarbeit mit der dortigen Volkshochschule, die korporatives Mitglied des Universitätsbundes war, zwischen Oktober 1949 und Mai 1950 insgesamt acht Vortragsveranstaltungen statt.³⁵⁸ Zudem gab es in der Ortsgruppe Kassel regelmäßige Vorträge, die

³⁵² Rektor Mayer an alle Dozenten der Universität Marburg am 30. Juni 1941, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 38, ohne Blattzählung. Die Liste der angebotenen Vorträge befindet sich ebd., ohne Blattzählung.

³⁵³ Protokoll der Vorstandssitzung, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

³⁵⁴ Versé an die Vorsitzenden der Bundesgruppen am 22. Oktober 1943. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 38, ohne Blattzählung. Die Bundesgruppen in Fulda, Wildungen und Wolfhagen veranstalteten im Winter 1943/44 insgesamt acht Vorträge. EBD., ohne Blattzählung.

³⁵⁵ Rektor an alle Mitglieder des Lehrkörpers am 27. November 1948, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 11.

³⁵⁶ Rektor der Universität an alle Mitglieder des Lehrkörpers am 16. März 1949, in: EBD., Bl. 14.

³⁵⁷ Die Listen mit den vorgeschlagenen Themen befinden sich in: DEPOT LAHNBERGE, Vortragstätigkeit ab 1948/49, ohne Blattzählung. Die Anzahl der von den Dozenten zur Verfügung gestellten Themen schwankte zwischen 40 und 100 pro Jahr.

³⁵⁸ Die Übersicht der einzelnen Vorträge und der jeweilige Schriftverkehr finden sich in: EBD., ohne Blattzählung.

frühzeitig festgelegt wurden.³⁵⁹ Erst ab dem Wintersemester 1954/55 können Aussagen über den Umfang der Vortragsveranstaltungen getroffen werden, wobei in diesem Zeitraum 40 Vorträge stattfanden, während in den beiden kommenden Wintersemestern 68 und 45 Vortragsabende veranstaltet wurden.³⁶⁰

Wie die Vorträge dienten auch die Mitteilungen des Universitätsbundes dazu, die idealen Zielsetzungen des Bundes umzusetzen. Vor allem mit diesen beiden Instrumenten sollten ausgehend von den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges die Wissenschaft und Forschung an der Universität Marburg mit der Praxis und der interessierten Öffentlichkeit verbunden werden. Wie sich die Mitteilungen inhaltlich und redaktionell entwickelten, wird im folgenden Abschnitt dargestellt.

7. Die „Mitteilungen“ des Universitätsbundes 1921-1957

Die Zeitschrift „Mitteilungen“ diente dazu, die Mitglieder des Universitätsbundes über die Geschehnisse an der Universität Marburg im Allgemeinen und über die Entwicklung des Universitätsbundes im Speziellen auf dem Laufenden zu halten. In der Anfangszeit des Bundes erschienen die Mitteilungen unregelmäßig und beinhalteten zum Beispiel zusammengefasste Vorträge Marburger Dozenten, welche diese auf den Hauptversammlungen gehalten hatten.³⁶¹ Da die Mitteilungen im Jahr 1923 aus ungeklärten Gründen nicht erschienen, war es deshalb nach der Inflation ein wichtiges Ziel der Verantwortlichen, die Mitteilungen auf eine solide Grundlage zu stellen, zumal auch die Satzung eine regelmäßige Herausgabe eines Mitteilungsblattes verlangte.³⁶²

Im Verlauf des Jahres 1924 führten Planungen schließlich zu einer Neuredaktion, die mit der Nummer fünf der Mitteilungen im August 1924 begann. Ein kleiner Absatz in diesen Mitteilungen weist darauf hin, dass die diesbezügliche Initiative vermutlich auf die zur Zeit der Hauptversammlung im Jahre 1924 durchgeführte Verwaltungsratsitzung zurückging.³⁶³ Eine aus dem Sommer 1924 stammende Aktennotiz gibt detaillierter über die Planungen des Verwaltungsrats Auskunft:

„In der Verwaltungsratsitzung wurde der Vorschlag gemacht, wieder Mitteilungen zu versenden. Es soll im Herbst ein umfangreicher Bericht erscheinen, der

³⁵⁹ So konnte Balla in Blatt 6 der Mitteilungen berichten, dass die Ortsgruppe Kassel auf ihrer jährlichen Mitgliederversammlung im Mai 1953 das Vortragsprogramm für 1953/54 beschlossen hatte. MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 6 (1953), S. 6.

³⁶⁰ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 11 (1956), S. 4; MITTEILUNGEN Universitätsbund Marburg 1957 Heft 1, S. 28, und Heft 2/3, S. 96.

³⁶¹ Siehe beispielsweise die Zusammenfassung der Vorträge von Prof. Dr. Schaefer und Prof. Dr. Jung während der zweiten Hauptversammlung im Juni 1922 in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 4, Dezember 1922, S. 3f.

³⁶² § 3 der Satzung des Universitätsbundes von 1921, in: SAMMELMAPPE, S. 1f. der Satzung.

³⁶³ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 5, August 1924, S. 10.

*gleichzeitig als Werbematerial dienen soll. Dieser Bericht soll einen kurzen Auszug aus dem Statut enthalten, die bei der diesjährigen Hauptversammlung gehaltenen Vorträge; der Herr Kurator soll um einen Artikel über das Kunsthistorische Institut, das zum Universitäts-Jubiläum erbaut werden wird, gebeten werden. Dieser Bericht soll, um zugleich Werbeschrift sein zu können, in die Mitglieder weit übersteigender Zahl erscheinen. So sind 2000,- M zu Werbezwecken veranschlagt worden.*³⁶⁴

Die Neuredaktion der Zeitschrift sollte demnach sowohl zur Werbung für den Universitätsbund als auch für das Universitätsjubiläum genutzt werden, wobei die Mitteilungen vom August 1924 die Verwirklichung der dargelegten Überlegungen belegen, da neben der Satzung auch die Ansprache des Kurators und die während der Hauptversammlung gehaltenen wissenschaftlichen Vorträge abgedruckt wurden.³⁶⁵

Ab dem Jahr 1925 erschienen die Mitteilungen dann regelmäßig viermal pro Jahr. Sie berichteten über die Entwicklung der Universität Marburg, wobei die Schwerpunkte zunächst auf der Verbreitung der Reden, die aus Anlass der Hauptversammlungen des Universitätsbundes oder anderer Universitätsfeiern gehalten wurden, und auf den Nachrichten über den Universitätsbund lagen. Ab 1931 erweiterte der Universitätsbund seine Mitteilungen durch die Veröffentlichungen wissenschaftlicher Vorträge.³⁶⁶ Damit gelang es dem Universitätsbund im fünften Jahr seines Bestehens, seine satzungsgemäße Absicht, durch Mitteilungen und Veröffentlichungen den Zusammenhalt unter den Mitgliedern zu fördern und die Bindung der Hochschule an die Provinz zu verbessern, auf eine solide Grundlage zu stellen. Auf diese Weise wurde er auch seinem Selbstverständnis gerecht, welches durch diese Aufgabe besonders bestimmt wurde. Der tatsächliche Erfolg, das heißt die Wirkung der Mitteilungen auf die Mitglieder beziehungsweise die Öffentlichkeit in der Provinz, lässt sich aus den dieser Studie zugrunde liegenden Quellen nicht bestimmen. Allerdings ist davon auszugehen, dass durch die Mitteilungen das Interesse der Mitglieder an der Universität Marburg und deren wissenschaftlichen Leistungen wach gehalten wurde und die Mitteilungen auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Mitgliederzahlen geleistet haben. Ob die Mitteilungen darüber hinaus noch Impulse, zum Beispiel für die Mitgliederwerbung, setzen konnten, lässt sich nicht konkret nachweisen.

In der Zeit des Nationalsozialismus konnten die Mitteilungen ab 1938 nur noch dreimal pro Jahr erscheinen. Ab 1942 verhinderte die Papierknappheit die Auflage der Mitteilungen, womit das Doppelheft 2/3 des Jahres 1941 die letzte Ausgabe der Mitteilungen

³⁶⁴ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 8, ohne Blattzählung.

³⁶⁵ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 5, August 1924.

in der NS-Zeit war. Bereits für diese Doppelausgabe hatte der Universitätsbund die notwendige Papiermenge für den Druck nur nach schwierigen Verhandlungen und zahlreichen Bemühungen genehmigt bekommen.³⁶⁷

Nach dem Krieg dauerte es sehr lange, bis die Mitteilungen wieder erscheinen konnten. Zwar kündigten der Rektor und der Vorsitzende Duden die Wiederaufnahme der Herausgabe der Mitteilungen in einem Werbeaufruf Anfang des Jahres 1949 an,³⁶⁸ doch bis zum Jahresbeginn 1950 war diese Neuredaktion noch nicht in Angriff genommen worden. Die Hintergründe für diese Verzögerung bleiben wegen der lückenhaften Quellenüberlieferung unklar. Das erste Heft der Neuen Folge der Mitteilungen erschien dann im Frühjahr 1950, während das Folgeheft erst im Frühjahr 1951 versandt wurde, weil

„[d]ie über die Neuwahl eines Vorsitzenden des Universitätsbundes geführten schwierigen Verhandlungen [...] es jedoch angebracht erscheinen [ließen], mit der Herausgabe des zweiten Mitteilungsblattes solange zu warten, bis sich die Verhältnisse geklärt hatten. Dieser Zeitpunkt ist erst jetzt eingetreten.“³⁶⁹

Ab diesem Zeitpunkt erschienen die Mitteilungen immer zweimal jährlich außer im Jahr 1953, in welchem es nur eine Ausgabe gab. Bis 1956 einschließlich bestanden die einzelnen Blätter, wie die Ausgaben der Zeitschrift zunächst genannt wurden, hauptsächlich aus Berichten von der Universität einerseits und des Universitätsbundes andererseits. Bei letzterem lag ein Schwerpunkt auf den Einladungen zur jeweiligen Hauptversammlung und den Berichten über deren Ablauf und Ergebnisse. Zudem informierte der Schriftführer die Mitglieder über aktuelle Entwicklungen des Bundes. Aus Sicht des Vorstandes hatten sich die Mitteilungen gut entwickelt und spiegelten die Fortschritte des Bundes in den 50er Jahren wieder:

„Erst das Jahr 1950 brachte eine neue Folge mit 4 ½ Seiten Text im Format DIN A 5. Sie nannte sich schlicht Blätter. Im vergangenen Jahr waren sie auf 25 Seiten Text angewachsen. In Papiersorte, Umfang und Inhalt zeigen sie die erfreuliche Entwicklung des Universitätsbundes.“³⁷⁰

Der alte Standard der Mitteilungen wurde erst 1957 wieder erreicht, wobei die Mitteilungen auch wieder wissenschaftliche Beiträge von Dozenten der Universität Marburg enthalten sollten.³⁷¹ Und da die Berichte aus der Universität und aus dem Universitätsbund weiterhin veröffentlicht wurden, erhöhte sich der Seitenumfang der einzelnen

³⁶⁶ Siehe hierzu die Ausgaben der Mitteilungen sowie SCHNACK, Ingeborg: Die Vorläufer der „Alma Mater Philippina“. Ein Rückblick bei Erscheinen ihres 50. Heftes, in: Alma mater philippina SoSe 1987, S. 18-20, hier S. 18f.

³⁶⁷ Die genauen Hintergründe dieser Entwicklung werden in Kapitel VI.1. geschildert.

³⁶⁸ „Der Marburger Universitätsbund“, unterzeichnet vom Rektor und von Duden als Vorsitzendem des Universitätsbundes, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, zwischen Bl. 12 und 13 eingelegt.

³⁶⁹ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 2 (1951), S. 1.

³⁷⁰ MITTEILUNGEN Universitätsbund Marburg Heft 1 (1957), S. 28.

³⁷¹ Bericht des Schriftführers in der Verwaltungsratssitzung vom 31. Mai 1957, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 23, ohne Blattzählung.

Hefte deutlich. Warum es nicht schon vorher Bestrebungen zum Ausbau der Mitteilungen gegeben hat, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Es könnte an den verschiedenen Problemen liegen, mit denen der Universitätsbund zu kämpfen hatte und die dafür sorgten, dass die bestehenden Mitteilungen als ausreichend betrachtet wurden. Zu diesen Problemen könnte auch die finanzielle Unsicherheit gehört haben, die höhere Ausgaben für Druckkosten nicht zuließ. Denn die Erhöhung des Umfangs der Mitteilungen wurde beschlossen, als die finanzielle Konsolidierung des Bundes abgeschlossen war. Letztlich sind die Mitteilungen bis in die heutige Zeit ein wichtiges Element der Kontaktpflege zu den Mitgliedern geblieben, auch wenn sich der Titel und die Struktur der Veröffentlichungen des Universitätsbundes mehrfach gewandelt haben.

In diesem Überblickskapitel ist die wechselvolle Entwicklung des Universitätsbundes beschrieben worden. Insgesamt ist es dem Universitätsbund im Untersuchungszeitraum gelungen, seinen satzungsgemäßen Aufgaben nachzukommen und in einigen Bereichen zeitweise auch sehr erfolgreich zu sein, wobei vor allem die zweite Hälfte der 1920er Jahre durch einen kontinuierlichen Aufschwung gekennzeichnet war. Auch die Zeit der Weltwirtschaftskrise, des Nationalsozialismus und die Anfangsjahre des Zweiten Weltkrieges überstand der Universitätsbund ohne große strukturelle Veränderungen und Schwierigkeiten. Erst die erschwerten Umstände im weiteren Kriegsverlauf und die Probleme beim Wiederaufbau nach dem Krieg behinderten teilweise die Arbeit des Vorstandes, bevor es in den 1950er Jahren wieder einen stetigen Aufwärtstrend gab.

Im Anschluss an diesen Überblick über die wichtigsten Aufgabenbereiche des Bundes folgt nun eine detaillierte Analyse der Tätigkeiten des Universitätsbundes in den drei Epochen Weimarer Republik, Nationalsozialismus und der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei wird teilweise auf die bisher geschilderten Entwicklungen zurückgegriffen und darüber hinaus werden die Hintergründe und Zusammenhänge von bereits erwähnten Ereignissen verdeutlicht.

V. Der Universitätsbund in der Weimarer Republik (1920-1933)

„Wir haben uns hier festlich vereinigt, um das 10jährige Bestehen des Universitätsbundes Marburg zu feiern. [...] Das bei und nach der Gründung angesammelte Vermögen des Universitätsbundes ist im wesentlichen in der Inflationszeit verloren gegangen. Von 1924 ab setzte aber eine neue Vermögensbildung ein, und ich darf die erfreuliche Mitteilung machen, daß das Vermögen unseres Universitätsbundes sich heute auf rund RM 200. 000 beläuft.

Ein besonderes Ruhmesblatt errang sich der Universitätsbund, als er es auf sich nahm, die Mittel für den Bau des Kunstinstituts der Universität zu beschaffen. [...] Man darf wohl sagen, daß es ohne den Universitätsbund nie gelungen wäre, ein solch wundervolles Institut unserer Universität als Jubiläumsgabe darzubringen und damit die kühne Anregung unseres hochverdienten Kurators von Hülsen in die Tat umzusetzen. [...] Für unseren Universitätsbund aber gebe ich dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck, daß er auch in den kommenden Jahren sich als treuer Freund und Helfer unserer Universität in ihren wissenschaftlichen und erzieherischen Aufgaben erweisen möge. Möge er sich immer kräftiger und stärker entwickeln zum Heile unserer Alma mater Philippina, zum Besten unseres deutschen Volkes.“³⁷²

Die Ausführungen von Haeuser aus dem Jahre 1930 vermitteln einen ersten Eindruck von der Arbeit des Universitätsbundes in der Zeit nach der Inflation. Haeuser setzte dabei die Schwerpunkte auf die erneute Vermögensbildung seit 1924 und das Engagement des Bundes im Rahmen des Universitätsjubiläums 1927.

Im Folgenden wird die angedeutete Entwicklung genauer analysiert und dargelegt, wie sich der Universitätsbund vor der Inflation entwickelte und warum die Jahre nach derselben als eine Phase des Wachstums bezeichnet werden können. Dabei wird aber auch das Verhältnis des Universitätsbundes und seiner Repräsentanten zum politischen System der Weimarer Republik kritisch beleuchtet, wodurch Vergleichsmöglichkeiten zur Zeit des Nationalsozialismus geschaffen werden können.

1. Die allgemeine Entwicklung des Universitätsbundes bis 1932/1933

Die eigentliche Arbeit des Universitätsbundes und seiner Mandatsträger begann bereits kurz nach der Gründungsversammlung, wobei das Ziel der ersten Aktivitäten in der Steigerung des Bekanntheitsgrades und der damit verbundenen Hoffnung auf neue Mitglieder bestand. In einem im Dezember 1920 vom Vorstand an wichtige Persönlichkeiten der Provinz versandten Aufruf forderte er diese auf, dem Universitätsbund beizutreten und somit der Universität Marburg und der Wissenschaft überhaupt zu helfen. Dabei schlugen die Unterzeichner des Aufrufs, der Vorsitzende Haeuser und sein Stellvertreter, Rektor Hofmann, eine Brücke von den Leistungen der Wissenschaft im Krieg über

³⁷² Auszüge aus der Festrede des Vorsitzenden Haeuser vom 15. Juni 1930 anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Universitätsbundes, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 29, August 1930, S. 27f.

die Bedeutung der Wissenschaft für das deutsche Volk bis hin zur Finanznot der Wissenschaft im Allgemeinen und der Not der Universität Marburg im Speziellen.³⁷³ Sie argumentierten also in ähnlicher Weise wie im Aufruf vom Juni 1920 und setzten somit die in der Gründungszeit entwickelten Konzepte fort.³⁷⁴

Den Erfolg dieser Strategie hat die bereits geschilderte Mitgliederentwicklung bestätigt. Etliche Mitglieder waren dabei schon frühzeitig in Bundesgruppen organisiert, die sich, wie dargelegt, in verschiedenen Städten Hessens und anderen Teilen Deutschlands gebildet hatten. So gab es zum Zeitpunkt der Hauptversammlung im Juni 1921 bereits Bundesgruppen in Kassel, Marburg, Wiesbaden, Berlin, Frankfurt/Main, Höchst/Main, Hamburg, Hanau und Ziegenhain.³⁷⁵ Zur besseren Koordination bei der Gründung der einzelnen Bundesgruppen versandte der Universitätsbund im Februar 1921 *„Richtlinien für die Gründung von Bundesgruppen des Universitätsbundes Marburg e.V.“*³⁷⁶ Das Hauptaugenmerk der Bundesgruppen sollte den Vorgaben zufolge darauf liegen, so viele Mitglieder wie möglich mit idealerweise hohen Beiträgen und Spenden für den Bund zu gewinnen. Nach dem Beginn der Werbetätigkeit durch den Dezemberaufruf müsse diese Aufgabe nun satzungsgemäß den Bundesgruppen übertragen werden. Dabei solle nach Gründung einer Bundesgruppe vor allem *„von Person zu Person geworben [werden], denn die Erfahrung lehrt, daß nur eine solche Werbetätigkeit wirklichen Erfolg bringt.“*³⁷⁷ Am Ende der Richtlinien benannte der Universitätsbund als weitere Aufgabe der Bundesgruppen die Schaffung und Erhaltung einer Gemeinschaft zwischen der Universität und den Mitgliedern des Universitätsbundes. Zur Erreichung dieses Zieles sollten Vortragsabende mit Marburger Dozenten oder andere abendliche Zusammenkünfte organisiert werden.³⁷⁸

³⁷³ Aufruf des Universitätsbundes im Dezember 1920, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 25, ohne Blattzählung. Der Aufruf endet mit der Aufforderung, dem Bund beizutreten: *„Deshalb ist es eine Ehrenpflicht aller ehemaligen Marburger Studenten und Angehörigen der Universität Marburg sowie aller Freunde und Förderer der Pflege der Wissenschaft im Hessenlande, die Zwecke des Bundes durch ihren Beitritt zu fördern. Was die Freunde anderer Universitäten geleistet haben, muß auch für die Universität Marburg getan werden können. Wir fügen einen Auszug aus den Satzungen bei und bitten Sie, in einer der dort vorgesehenen Formen beizutreten, wofür eine Postkarte und eine Zahlkarte beiliegt.“*

³⁷⁴ Siehe hierzu Kapitel III.2. über die Gründungsphase des Bundes.

³⁷⁵ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 2, November 1921, S. 1. Laut einer Statistik in HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 34, ohne Blattzählung, in der auch die jeweiligen Mitgliederzahlen aufgeführt sind, bestand am 18. Juni 1921 ebenfalls schon eine Bundesgruppe in Hannover. Allerdings fehlt Hannover in der nächsten Statistik vom 1. Oktober 1921, so dass davon auszugehen ist, dass in Hannover, wenn überhaupt, nur kurzzeitig eine Bundesgruppe existierte.

³⁷⁶ Richtlinien für die Gründung von Bundesgruppen des Universitätsbundes Marburg vom Februar 1921, in: SAMMELMAPPE der Universitätsbibliothek.

³⁷⁷ EBD.

³⁷⁸ EBD.

Aber der Bund warb nicht nur in der Provinz um neue Mitglieder, sondern auch an der Universität selbst. So rief der Rektor bereits drei Tage nach der Gründung die Studentenschaft durch Aushänge auf, den neuen Verein zu unterstützen:

„Kommilitonen! Zur Förderung und zum Ausbau unserer Universität ist ein „Universitätsbund Marburg“ gegründet worden, den jeder, dem seine alma mater Philippina am Herzen liegt, gern unterstützen wird. Ich bitte darum, dem Bunde beizutreten (geringster Jahresbeitrag 5 M), für ihn zu werben und uns die Anschriften von früheren Angehörigen der Universität zu nennen, die dem Bunde beitreten könnten. Anmeldungen nimmt der Geschäftsführer des Bundes entgegen [...]. Marburg 6.12.20. der Rektor Hofmann“³⁷⁹

Während über den konkreten Erfolg dieser Aushänge und die Resonanz unter den Studenten nichts bekannt ist, forderte Rektor Hofmann Ende Dezember 1920 alle Dozenten der Universität auf, dem Universitätsbund beizutreten:

„Den Herren Kollegen lege ich den Aufruf des Universitätsbundes Marburg mit der herzlichen Bitte vor, dass sie alle ohne Ausnahme dem für unsere Universität so bedeutsamen Bunde beitreten und dass jeder, der durch Vermögen und Einnahmen dazu imstande ist, sich mit einem höheren Beitrag beteiligen möchte.“³⁸⁰

Die positive Resonanz auf diese Bitte war sehr groß, wie folgender Brief des Rektors Gadamer vom 6. Mai 1922 belegt:

„Den neu [in die Universität, Anm. d. Verf.] eingetretenen Herren Dozenten lege ich den Aufruf und die Satzungen des Universitätsbundes Marburg mit der Bitte vor, dass sie wie alle anderen Kollegen diesem für unsere Universität so bedeutsamen Bunde beitreten möchten.“³⁸¹

Da zudem der Vermögensaufbau nicht nur durch neue Mitglieder, sondern auch durch Firmen, die als Förderer in den Bund eintraten,³⁸² gesichert war, lässt sich eine positive Entwicklung bis zur ersten Hauptversammlung am 18./19. Juni 1921 konstatieren. Diese Hauptversammlung schloss mit der Bestätigung des vorläufigen Vorstandes und der Besetzung des Verwaltungsrates den organisatorischen Aufbau des Universitätsbundes ab.³⁸³ Zugleich sollte auf der Hauptversammlung die Grundlage für das weitere Vorgehen und für die Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung gelegt werden. Deshalb wurde in den verschiedenen Ansprachen während der Hauptversammlung nicht nur auf die Gründung des Bundes zurückgeblickt, sondern auch die Zielsetzungen für die fol-

³⁷⁹ HStAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 631, Bl. 9. Auf dem Entwurf des Aushangs ist notiert: „6 Aushänge ausgeführt am 8.12.1920!“

³⁸⁰ Schreiben von Rektor Hofmann an Dozenten der Universität Marburg vom 29. Dezember 1920, in: HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 46, ohne Blattzählung.

³⁸¹ EBD., ohne Blattzählung. Nicht so erfolgreich war eine Werbung unter den Beamten der Universität, denn es trugen sich nur wenige in die Listen ein. EBD., ohne Blattzählung.

³⁸² Für einen Überblick über die Beitrittserklärungen und die damit verbundenen Beiträge siehe HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 49, ohne Blattzählung.

³⁸³ Siehe den Bericht in der OZ vom 21. Juni 1921, S. 2f. und SCHNACK, Chronik, S. 13. Eine undatierte Auflistung der Verwaltungsratsmitglieder, die vermutlich aus dem Jahr 1921 stammt und auf der hand-

genden Jahre genannt. Zudem ermöglichen die Ansprachen des Vorsitzenden einen Einblick in das Selbstverständnis des Universitätsbundes.

Der Vorsitzende Haeuser eröffnete die Festsitzung und umriss neben der Vorgeschichte des Universitätsbundes dessen Ziele. Dabei erwähnte er den Erhalt der Universität Marburg mit keinem Wort und auch in den anderen Reden spielte dieses Thema keine Rolle. Damit war die vermeintliche Gefahr bis zur Jahresmitte 1921 also endgültig gebannt. Als bedeutende Ziele hingegen benannte Haeuser die Sammlung von Geldern zur Förderung der Wissenschaften an der Universität sowie die Schaffung einer Gemeinschaft zwischen Angehörigen, Ehemaligen und Freunden der Universität, um so Wissenschaft und Praxis einander näher bringen zu können.³⁸⁴ Der Vorsitzende setzte damit die Zielsetzungen und Leitmotive der Gründungsphase fort und führte sie im Selbstverständnis des Bundes weiter, indem er sowohl die finanzielle als auch die ideelle Förderung der Universität Marburg hervorhob.

Die weiteren Redner, Rektor Hofmann und Kurator Ernst von Hülsen als Leiter der Universitätsverwaltung, betonten die Freude und Dankbarkeit über die erfolgte Gründung des Universitätsbundes und drückten die Hoffnung aus, durch viele Mitglieder und Beiträge finanzielle Unterstützung für die Belange der Universität zu erhalten. Stellvertretend sei hier der Kurator zitiert, der darüber hinaus mit seinen Worten die enge Verbindung des Universitätsbundes zur Universität ausdrückte:

*„Und da kommen Sie als Helfer in der Not und reichen uns Ihre helfende Hand. Die Unterrichts-Verwaltung schlägt gern und dankbar in diese Hand ein. Mit vereinter Kraft wollen wir gemeinsam zu dem einen Ziel hinstreben, unserer alten Philipps-Universität, die eine der schönsten Perlen der Preussischen Universitäten ist, zu helfen, damit sie ihren alten Glanz erhalte und mehre, zum Nutzen der Wissenschaft, zum Nutzen dieser Stadt, zum Nutzen der Provinz und des ganzen Vaterlandes.“*³⁸⁵

Zum Abschluss der Sitzung skizzierte der Vorsitzende die Aufgaben des Universitätsbundes für die folgenden Monate. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, müsse die Mitgliederzahl vervielfacht werden, woraufhin die Gründung neuer Bundesgruppen möglich wäre, die dann wiederum in größeren Kreisen werben könnten. Damit eng verbunden war die Aufforderung, Spenden und Beiträge zu sammeln, die möglichst deutlich über den Mindestbeiträgen lagen.³⁸⁶ Der Universitätsbund versuchte also über das Fo-

schriftlich die Änderungen des Jahres 1922 notiert sind, findet sich in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 8, ohne Blattzählung.

³⁸⁴ Ansprache von Haeuser, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 11, ohne Blattzählung.

³⁸⁵ Ansprache von Kurator Ernst von Hülsen. EBD., ohne Blattzählung.

³⁸⁶ Schlussworte von Haeuser. EBD., ohne Blattzählung. Zum Abschluss seiner Rede appellierte Haeuser noch mal eindringlich an die versammelten Mitglieder und Gäste: *„Also werben Sie tüchtig, meine Damen und Herren, damit unser Universitäts-Bund wächst, daß wir im nächsten Jahre schon auf eine viel größere Anzahl von Mitgliedern sehen, und daß wir hoffen dürfen, daß dieser Saal voll gefüllt sein wird.“*

rum der Hauptversammlung eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und damit einen größeren Bekanntheitsgrad zu erwerben, der dann wiederum für die weitere Auftätigkeit genutzt werden sollte.

In den Monaten nach der Hauptversammlung gelang es dem Bund wie erhofft trotz der zunehmenden Erschwernisse durch die Inflation, neue Mitglieder und Förderer zu gewinnen, weitere Bundesgruppen zu bilden und damit auch höhere Einnahmen zu erzielen. Darüber hinaus begann die Unterstützung der Universität durch Beihilfen an die Dozenten. Zunächst stand jedoch weiterhin die Erhöhung der Mitgliederzahlen im Mittelpunkt der Arbeit des Vorstandes, weshalb die folgenden Monate von einer intensiven Korrespondenz mit potentiellen Mitgliedern gekennzeichnet waren. Die Strategie des Universitätsbundes sah vor, in größeren Städten wichtige Persönlichkeiten anzuschreiben, um sie für den Universitätsbund und seine Ziele zu interessieren. Fiel die Reaktion der Adressaten positiv aus, bat der Vorstand sie, nicht nur Werbung für den Universitätsbund zu machen, sondern auch eine Bundesgruppe zu gründen.³⁸⁷ Während dieser Bitte zwar nur selten entsprochen wurde,³⁸⁸ verdoppelte sich dennoch die Mitgliederzahl des Bundes in den folgenden zwei Jahren.³⁸⁹

Obwohl der Bund damit durchaus auf einen erfolgreichen Start zurückblicken konnte,³⁹⁰ war der Vorstand mit der Resonanz der ehemaligen Marburger Studierenden nicht zufrieden. Daher beklagte Schriftführer Leonhard in einem Dankschreiben an den Geh. Hofrat Prof. Dr. A. Krazer aus Karlsruhe, dass im Verhältnis zur Zahl der ehemaligen Studierenden nur sehr wenige von ihnen Mitglieder seien, während es viele Mitglieder gäbe, die nie in Marburg studiert hätten.³⁹¹ Dennoch blieben die ehemaligen Marburger Studierenden eine der Hauptzielgruppen des Universitätsbundes, die er vor allem über die Altherrenschaften der Korporationen zu erreichen versuchte.³⁹²

Trotzdem war die Anfangszeit des Universitätsbundes durch eine positive Mitgliederentwicklung und damit verbundene steigende Einnahmen gekennzeichnet. Der Bund konnte viele Firmen zu seinen Förderern zählen und versuchte, eine enge Verbindung

³⁸⁷ Für das Jahr 1921 sind Briefwechsel mit Persönlichkeiten aus Dortmund, Koblenz, Korbach, Hamburg und Bochum überliefert. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 27, ohne Blattzählung.

³⁸⁸ Bis Mitte Juni 1923 kam nur eine Bundesgruppe in Homberg hinzu. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 34, ohne Blattzählung.

³⁸⁹ Am 23. Juni 1923 hatte der Universitätsbund 3076 Mitglieder. Im Juni 1922 waren es bereits 2225 gewesen. EBD., ohne Blattzählung.

³⁹⁰ Haeuser bemerkte zur Mitgliederzahl auf der zweiten Hauptversammlung am 25. Juni 1922, dass man mit 2225 Mitgliedern „eine Zahl [erreicht habe], die die ähnlicher Vereinigungen um mehr als das Doppelte übertrifft.“ OZ vom 28. Juni 1922, S. 3.

³⁹¹ Brief von Leonhard an Krazer vom 17. Oktober 1922, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 27, ohne Blattzählung.

³⁹² Dies geschah beispielsweise bei der Spendenwerbung für den Jubiläumsbau oder bei einer groß angelegten Werbeaktion unter den Alten Herren im Jahre 1934. Siehe hierzu Kapitel V.2.2. und VI.1.

mit der Universität aufbauen. Diese war damit nicht nur in der Satzung festgelegt, sondern wurde durch die Hauptversammlungen und die Beihilfen an Marburger Dozenten auch in die Tat umgesetzt. Zudem war der Universitätsbund bemüht, das vielfach verwendete Argument der notwendigen engeren Verbindung zwischen der Wissenschaft und der Praxis durch die Gründung von Bundesgruppen und damit verbundener gesellschaftlicher Aktivitäten mit Leben zu füllen. Eine systematische Zusammenarbeit mit den Bundesgruppen und eine kontinuierliche Kontaktpflege mit den Mitgliedern entstand jedoch erst in den folgenden Jahren, denn zunächst ging es für den Vorstand darum, die gravierenden Auswirkungen der Inflation zu bekämpfen.³⁹³

Einen ersten Lichtblick nach der Währungsreform und einen weiteren Beleg für die enge Verbindung der Höchster Farbwerke zum Universitätsbund bildete die Zuwendung dieses Unternehmens in Höhe von 1.000 Goldmark vom November 1923.³⁹⁴ Schriftführer Leonhard dankte dem Vorsitzenden Haeuser und bezeichnete die Spende als „*einen sehr wertvollen Grundstock für unsere Weiterarbeit und [sie] ermutigt uns zu weiterem Ausbau des Bundes.*“³⁹⁵ Die Spenden der Höchster Farbwerke waren auch weiterhin ein fester Bestandteil beim Vermögensaufbau, denn ihr jährlicher Beitrag war stets der größte aller Förderer und Mitglieder.³⁹⁶ Diese Tatsache wirft Fragen nach eventuellen Gegenleistungen der Marburger Universität auf, die es jedoch nach Quellenlage nicht gegeben hat. Auch waren die Spenden des Chemiekonzerns nie zweckgebunden, so dass der Universitätsbund frei entscheiden konnte, für welches Projekt die Gelder verwendet werden sollten.³⁹⁷

Der Universitätsbund wartete nach der Inflation jedoch nicht nur auf Spenden von Unternehmen, sondern trat auch von sich aus an bisherige Förderer und Mitglieder heran. Dabei appellierte er an bereits als Förderer des Bundes anerkannte Persönlichkeiten und Institutionen, ihre geleisteten Beiträge aufzustocken. Zusätzlich bot der Universitätsbund verschiedenen Firmen und Gewerkschaften, von welchen er Obligationen besaß, diese zum Rückkauf an. Da jedoch fast alle Firmen mit Hinweis auf die wirtschaftliche

³⁹³ Denn das seit der Gründung angelegte Vermögen war durch die Inflation zerstört worden. Bis zum Jahresende 1929 gelang es dem Universitätsbund dann, wie erwähnt, ein Vermögen von über 180.000 RM anzuhäufen.

³⁹⁴ Haeuser teilte diese Summe Schriftführer Leonhard in einem Brief vom 27. November 1923 mit. Er versprach zudem, dass das Geld dem Universitätsbund „*wertbeständig*“ zur Verfügung gestellt werde. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 49, ohne Blattzählung.

³⁹⁵ Leonhard an Haeuser in einem Schreiben vom 30. November 1923. EBD., ohne Blattzählung.

³⁹⁶ Lediglich 1927, dem Jahr des Universitätsjubiläums, gab es höhere Spenden von anderen Firmen oder Personen. „Bücherabschluß II. Mappe 1927-1937“ im DEPOT LAHNBERGE.

³⁹⁷ So gaben die IG-Farben beispielsweise in den Jahren 1928 und 1929 insgesamt 12.500 RM als Spenden zur Förderung des Universitätsbundes. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 49, ohne Blattzählung.

Situation einen Rückkauf ihrer eigenen Wertpapiere ablehnten, war diese Aktion nicht sehr erfolgreich.³⁹⁸

Positiver gestaltete sich das Ergebnis bei der Aufforderung des Bundes an seine Förderer, ihren einmaligen Mitgliedsbeitrag, auch Ablösungsbeitrag genannt, den neuen Währungsbedingungen anzupassen.³⁹⁹ Von insgesamt 116 aufgeführten Briefen wurden 80 beantwortet, von denen wiederum 60 in der Weise positiv ausfielen, dass die Absender bereit waren, entweder wieder regelmäßig Beiträge zu zahlen oder ihre damaligen Ablösungen aufzustocken.⁴⁰⁰ Insgesamt kann damit diese Aktion als Erfolg gewertet werden, da sich die finanziellen Handlungsmöglichkeiten des Bundes durch die Mehreinnahmen verbesserten.

Der Vorstand war aber in den ersten Jahren nach der Inflation nicht nur daran interessiert, höhere Beiträge von Förderern zu erhalten, sondern versuchte auch, langjährige Mitglieder, die sich in einer finanziellen Notlage befanden, den jährlichen Beitrag für den Universitätsbund daher nicht aufbringen konnten und folgerichtig die Mitgliedschaft kündigen wollten, zu behalten. So erteilte die Hauptversammlung im Jahre 1924 dem Vorstand die Ermächtigung, langjährigen Mitgliedern ihren Mitgliedsbeitrag zu ermäßigen.⁴⁰¹ Zwar ging die Anzahl der Mitglieder zunächst trotzdem um etwa 500 auf 2503 zurück,⁴⁰² doch Befürchtungen, die Zahl könne durch Mitglieder, die ihre Beiträge noch nicht entrichtet hatten und nun austreten würden, noch weiter sinken,⁴⁰³ traten nicht ein. Dementsprechend konnte Schriftführer Troeltsch Ende 1925 berichten, dass

³⁹⁸ Die Angebote und Reaktionen sind zu finden in HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 45, ohne Blattzählung.

³⁹⁹ Haeuser schrieb hierzu im August 1926 einen Rundbrief an die Förderer, in dem er sie bat, ihre gezahlten Leistungen, die damals durch die Inflation geprägt waren, zu überdenken und dem 1926 bestehenden Ablösungsbeitrag von 2000 RM anzupassen: „*Es entsteht daher bei zahlreichen Mitgliedern, welche den Beitrag abgelöst haben bzw. den Beitrag als Förderer geleistet haben, das Missverhältnis, dass sie sich mit einem relativ unbedeutenden Geldbetrag von ihrer Verpflichtung zur Zahlung eines regelmässigen Beitrages befreit haben. Ich bin der Auffassung, dass hier ein gewisser Ausgleich erfolgen sollte durch Nachzahlung eines angemessenen Betrages, oder durch gänzlichen oder teilweisen Verzicht auf die durch die Ablösung erwirkte Befreiung vom Jahresbeitrag.*“ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 44, ohne Blattzählung.

⁴⁰⁰ Ihren Förderbeitrag passten lediglich drei Personen gänzlich den neuen Maßstäben an, und zwar der Vorsitzende Haeuser, das spätere Vorstandsmitglied Dr. Kalle und Prof. Dr. Sehte aus Kassel. 21 Mitglieder ergänzten ihre damaligen Ablösebetrag als normales Mitglied, während die übrigen es bevorzugten, wieder einen jährlichen Beitrag zu zahlen. Die Auflistung der Antworten nach Kategorien und die einzelnen Antworten finden sich in EBD., ohne Blattzählung.

⁴⁰¹ „*Dem Bund sollen die alten Mitglieder unter keinen Umständen wegen der notwendig gewordenen Beitragserhöhung verloren gehen. Die neuen Beiträge gelten erst von 1925 an.*“ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 5, August 1924, S. 10.

⁴⁰² HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 34, ohne Blattzählung. Vgl. auch MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 5, August 1924, S. 10.

⁴⁰³ Diese Befürchtung äußerte der neue Schriftführer Troeltsch in seinem ersten Bericht vor dem Verwaltungsrat im Juni 1924. EBD.

der Bund nach „seiner genau revidierten Kartothek“ wieder knapp 2800 Mitglieder hatte.⁴⁰⁴

Den mit Abstand größten finanziellen Erfolg erreichte der Universitätsbund jedoch vor allem mit der Aufwertung⁴⁰⁵ der Kaiser-Wilhelm-Stiftung⁴⁰⁶ und der sich daran anschließenden Umwandlung des Stiftungsvermögens in eine jährliche Wohlfahrtsrente. Denn der Vorstand hatte 1926 bei den zuständigen Finanzbehörden versucht, die Aufwertung der Stiftungen und Vermögen, die er vor Eintreten der Hyperinflation verwaltet hatte, zu erreichen. Dabei entstand allerdings das Problem, dass als Stichtag für die Anerkennung der Aufwertung der 1. Juli 1920 galt, demnach ein Datum, an dem der Universitätsbund noch gar nicht gegründet worden war. Im Falle der Kaiser-Wilhelm-Stiftung gelang es den Vorstandsmitgliedern jedoch, die zuständigen Finanzbehörden zu überzeugen, dass der Zweck der Stiftung bereits bestanden hatte und erst später seinem endgültigen Verwalter zugeführt worden sei.⁴⁰⁷ Ein wichtiger Aspekt bei diesem Vorgang scheint die Anerkennung der Gemeinnützigkeit gewesen zu sein, die, wie bereits erwähnt, dem Universitätsbund im Oktober 1927 bescheinigt wurde.⁴⁰⁸ Der genaue Zusammenhang konnte jedoch nicht rekonstruiert werden. Eine Entscheidung über die Aufwertung aller Stiftungen fiel dann erst Ende des Jahres 1927, und der Universitätsbund beantragte im Februar 1928 eine Wohlfahrtsrente über 22.625 RM, da der Gegenwert aller Stiftungen auf 23.000 RM festgelegt worden war.⁴⁰⁹ Im August des gleichen Jahres erging der Bescheid von der Reichsschuldenverwaltung, die dem Universitätsbund rückwirkend ab dem 1. April 1926 eine jährliche Wohlfahrtsrente von 39.593,75 RM gewährte.⁴¹⁰

⁴⁰⁴ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 9, Weihnachten 1925, S. 16. Am 1. Juni 1925 führte die Statistik des Bundes 2761 Mitglieder auf. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 34, ohne Blattzählung.

⁴⁰⁵ Aufwertung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der durch die Inflation vernichtete Wert der Stiftungen an die neuen Verhältnisse angepasst wurde. Die Aufwertung musste bei den Finanzbehörden beantragt werden und dabei musste nachgewiesen werden, dass in diesem Fall der Universitätsbund der Altbesitzer war. Dabei galten bestimmte Stichtage, die für den Universitätsbund die Anerkennung der Aufwertung erschwerten, wie im Folgenden deutlich wird.

⁴⁰⁶ Der Universitätsbund hatte, wie bereits im Überblickskapitel erwähnt, 1922 die Verwaltung einer Stiftung des letzten Kaisers, Wilhelm II., übernommen. Siehe Kapitel IV.4.

⁴⁰⁷ Diese Taktik geht aus einem Schreiben des Geschäftsführers des Universitätsbundes, Dr. Lehr, an Schatzmeister Pfeiffer vom 22. Oktober 1926 hervor. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 75, ohne Blattzählung.

⁴⁰⁸ Siehe hierzu Kapitel IV.4.

⁴⁰⁹ Die unterschiedlichen Summen lassen sich aus den Quellen nicht erklären. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 75, ohne Blattzählung.

⁴¹⁰ Siehe den Bescheid vom 4. August 1928. EBD., ohne Blattzählung. Ein Hinweis auf den Grund für die deutliche Anhebung des Betrages konnte nicht gefunden werden.

In der Folgezeit versuchte der Universitätsbund insbesondere auf Betreiben des Schatzmeisters, den eigentlichen Stiftungszweck⁴¹¹ der Kaiser-Wilhelm-Spende aufzugeben und das gesamte Vermögen dem Universitätsbund zu überschreiben. Hierzu war allerdings die Zustimmung des Kurators der Stiftung, von Trott zu Solz, und des Stiftungsausschusses notwendig. Im Juni 1929 gelang es Haeuser, sich mit dem Kurator über eine Aufteilung des Vermögens zu einigen, wonach der Universitätsbund für den Zeitraum von 1926 bis 1928 die Hälfte der Wohlfahrtsrente und ab 1929 2/3 der jährlichen Rente erhielt, während der Rest für die Stiftung verblieb.⁴¹² In seiner Antwort an Haeuser stimmte Troeltsch dem Verhandlungsergebnis zu und gab seiner Freude über das Erreichte mit folgenden Worten Ausdruck: *„Ich sage wohl nicht zu viel, wenn ich von jetzt eine neue Epoche in der Geschichte unseres Universitätsbundes datiere.“*⁴¹³

Während also eine entscheidende Beruhigung der finanziellen Situation erst nach der Bewilligung der Wohlfahrtsrente und der Aufteilung der Einnahmen zwischen Universitätsbund und Kaiser-Wilhelm-Stiftung eintrat, währte diese Zeit der finanziellen Sicherheit jedoch nicht sehr lange, denn die Weltwirtschaftskrise behinderte ab 1931 zunehmend die Arbeit des Universitätsbundes. Neben dem Rückgang der Mitgliederzahlen hatte er zusätzlich abnehmende Beiträge der Förderer zu verkraften.⁴¹⁴ Der Vorstand versuchte diesem Prozess dadurch entgegen zu wirken, dass er im Einzelfall die Mitgliedsbeiträge ermäßigte oder gar vollständig erließ,⁴¹⁵ trotzdem gingen die Mitgliederzahlen weiter zurück:

*„Aus den letzten Wochen ist lediglich zu berichten, dass täglich neue Austrittsge-
suche kommen. Soweit es sich um irgend wertvollere Mitglieder handelt, suche
ich sie dem Bund zu erhalten, sei es unter völliger, sei es unter teilweiser Befrei-
ung der Jahresbeiträge. Dieses Verfahren wird auch von den Mitgliedern in vie-
len Fällen als grosses Entgegenkommen empfunden.“*⁴¹⁶

⁴¹¹ Siehe hierzu Kapitel IV.4.

⁴¹² Dies geht aus einem Schreiben von Haeuser an den Rektor, Troeltsch und Pfeiffer vom 17. Juni 1929 hervor. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 75, ohne Blattzählung. Der Stiftungsausschuss stimmte im Juli 1929 zu. EBD., ohne Blattzählung.

⁴¹³ Troeltsch an Haeuser am 19. Juni 1929. EBD., ohne Blattzählung. Aber auch für die Stiftung war die Anerkennung der Wohlfahrtsrente und die daraus resultierenden Einnahmen ein Erfolg, denn so konnte die seit 1923 unterbrochene Unterstützung bedürftiger Studenten fortgesetzt werden.

⁴¹⁴ Brief von Troeltsch an Haeuser vom 9. Dezember 1931, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 2, ohne Blattzählung.

⁴¹⁵ Siehe Protokoll der Vorstandssitzung vom 6. Dezember 1931, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁴¹⁶ Schreiben von Troeltsch an Haeuser am 17. September 1932, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 72, ohne Blattzählung. In seinem Bericht vor der Hauptversammlung am 4. Juni 1932 hatte Troeltsch erläutert, wie er „wertvolle Mitglieder“ definierte: *„[...] und daß es durch individuelles Entgegenkommen in einer größeren Zahl von Fällen gelungen sei, dem Bunde seit nahezu einem Jahrzehnt angehörende oder sonst wertvolle Mitglieder und Freunde zu erhalten.“* Bericht über die 12. Hauptversammlung des Universitätsbundes, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1932, S. 57-61, hier S. 57.

Damit zeigte der Universitätsbund, dass auch die ideelle Seite des Bundes durchaus Gewicht im Vorstand hatte. Allerdings wurde das Verfahren nicht bei jedem Mitglied angewandt, wie die Worte von Troeltsch belegen. Damit verbunden war natürlich auch die Hoffnung, dass die „wertvolleren“ Mitglieder zukünftig wieder ihre Beiträge würden zahlen können.

Aufgrund der skizzierten Entwicklung rechnete der Vorstand im Mai 1932 nur noch mit Mitglieds- und Fördererbeiträgen von 20.000 RM, nachdem er 1931 immerhin noch 25.000 RM aus diesen Quellen eingenommen hatte,⁴¹⁷ wobei dieser Rückgang von 5000 RM bei einem Gesamthaushalt zwischen 60.000 und 70.000 RM erheblich war.

Die dargelegte Entwicklung zeigt deutliche Parallelen mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands in der Weimarer Republik. Denn der Universitätsbund profitierte vom wirtschaftlichen Aufschwung zum Ende der 20er Jahre, bevor die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auch seine Situation verschlechterten. Dies wirkte sich wiederum, wie im Überblickskapitel skizziert, auch auf die Unterstützungsleistungen des Bundes für die Universität aus. Anderen forschungsfördernden Organisationen erging es aufgrund dieser Zusammenhänge ähnlich, und so musste zum Beispiel die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ihre Hilfeleistungen deutlich reduzieren, wie aus einem internen Schreiben des Vorsitzenden Schmidt-Ott an den Hauptausschuss vom Juli 1931 hervorgeht:

*„Der Notgemeinschaft liegen eine große Anzahl von Anträgen vor, die bei der Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage bisher leider nicht erledigt werden konnten. Auch heute lässt sich nicht ermessen, ob und in welcher Höhe uns in den nächsten Monaten Mittel zur Verfügung stehen werden. Es wirft sich deshalb die Frage auf, ob es bei der jetzigen Wirtschaftslage sachgemäß ist, dem Hauptausschuß Listen über die vorliegenden, durch die Fachausschüsse bereits begutachteten Anträge vorzulegen. Wir haben uns zur Bejahung dieser Frage entschlossen, um ein völliges Stocken der Arbeiten der Notgemeinschaft und damit eine schwere Schädigung der deutschen Forschung zu verhüten. Allerdings können wir zur Zeit nur einen geringen Teil der von den Fachausschüssen befürworteten Anträge und hier nur in beschränkter Höhe zur Bewilligung vorschlagen; wir müssen uns auf die dringendsten Fälle beschränken; auch diese Vorschläge haben nur bedingten Wert; ob die Bereitstellung der Mittel erfolgen kann, entzieht sich heute noch unserem Urteil, zumal auch noch aus den letzten Hauptausschußlisten befürwortete Anträge in der Höhe von etwa RM 160.000,- unerledigt vorliegen. Zahlreiche andere Fälle müssen im Hinblick auf den Mangel an Mitteln zurückgestellt werden.“*⁴¹⁸

Auch die anderen Hochschulfördervereine hatten mit finanziellen Schwierigkeiten und Einbußen aufgrund der Weltwirtschaftskrise zu kämpfen. So mussten diese wegen der

⁴¹⁷ Statistik über die Bilanz des Jahres 1931 und den Voranschlag für 1932, die in der Vorstandssitzung vom 8. Mai 1932 besprochen wurde. HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

fehlenden Einnahmen, die unter anderem durch den Mitgliederrückgang entstanden waren, teilweise auf ihr Vermögen zurückgreifen, um die Höhe der Bewilligungen in etwa stabil halten zu können.⁴¹⁹

Trotz dieser finanziellen Unsicherheiten zu Beginn und zu Ende der Weimarer Republik förderte der Universitätsbund die Marburger Universität regelmäßig und in unterschiedlichen Bereichen. Wie die Beihilfen im Einzelnen aussahen, wird im folgenden Kapitel untersucht.

2. Die finanzielle Unterstützung der Universität durch den Universitätsbund

Eine allgemeine Darstellung der Leistungen des Universitätsbundes zur finanziellen Förderung der Marburger Universität ist bereits im Überblickskapitel erfolgt. In diesem Abschnitt werden nun zur Veranschaulichung der Unterstützungspolitik des Bundes exemplarisch besondere Bewilligungen an Dozenten der Universität präsentiert und analysiert. Anschließend werden die beiden Großprojekte, die der Universitätsbund in der Weimarer Zeit förderte, nämlich der Jubiläumsbau als Gabe des Bundes zum 400jährigen Universitätsjubiläum 1927 und der „Marburger Schlossplan“, beschrieben und die Leistungen des Bundes kritisch gewürdigt. Weiter werden insbesondere an diesen beiden letztgenannten Beispielen die Zusammenhänge zwischen der Geschichte des Universitätsbundes und der Universität deutlich und geben einen konkreten Eindruck, bei welchen zum Teil bis heute bestehenden Einrichtungen und Gebäuden der Universitätsbund eine maßgebliche Rolle gespielt hat.

In einem zweiten Schritt ist dann die Frage interessant, wie die Universität diese Verdienste des Universitätsbundes würdigte. Wie wichtig war der Universitätsbund wirklich für die Universität, welche Wertschätzung brachte sie ihm und seinen Vorstandsmitgliedern entgegen und welches Verhältnis hatten die beiden Institutionen zueinander?

2.1. Beispiele für die Bewilligungspolitik des Universitätsbundes

Der Universitätsbund unterstützte, wie bereits erwähnt, im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten verschiedenste Projekte und stellte nach der Inflation zwischen 1924 und 1932 rund 140.000 RM für die diversen wissenschaftlichen Arbeiten der Marburger Dozenten zur Verfügung.⁴²⁰ Neben diesen Gesuchen und Bewilligungen griff der Uni-

⁴¹⁸ Schmidt-Ott an den Hauptausschuss der Notgemeinschaft am 22. Juli 1931, in: GSTA PK I. HA Rep. 76 Kultusministerium Vc Sekt. 1 Titel XI Teil 1 Nr. 67 Band VI, Bl. 238f.

⁴¹⁹ HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 100f.

⁴²⁰ Siehe hierzu die Tabelle über die Bewilligungen zwischen 1924 und 1944 in Kapitel IV.5.

versitätsbund auch in Berufungsverhandlungen ein. Prof. Dr. Oskar Weigel, Ordinarius für Mineralogie und Petrographie,⁴²¹ hatte einen Ruf nach Göttingen erhalten und sein Verbleib in Marburg war nicht gesichert. Dennoch hatte Weigel 1926 beim Universitätsbund einen Antrag auf eine Unterstützung von bis zu 6000 Mark für eine Studienreise nach Asien gestellt. In der Verwaltungsratssitzung vom 8. Mai 1926 bewilligte das Gremium Weigel insgesamt 6000 Mark für seine Reise unter den Voraussetzungen, dass er erstens der Universität erhalten bleiben und zweitens keine Beihilfen von anderen Institutionen bekommen würde. Außerdem wurde von einer öffentlichen Bekanntgabe dieser Mittel abgesehen:

*„Es wurde beschlossen, die Bewilligung des Gesuches, das der Herr Rektor und ich für Professor Weigel einreichen, nicht öffentlich bekannt zu geben, damit nicht die von anderen Stellen insbesondere der Notgemeinschaft erbetenen Beträge verkürzt werden.“*⁴²²

In diesem Zusammenhang bleibt unklar, auf welche Beträge der Notgemeinschaft sich Troeltsch bezieht, denn Weigel sollte die Bewilligung des Universitätsbundes nur dann bekommen, wenn er keine Beihilfen von anderen Institutionen erhalten sollte. Von daher könnte Troeltsch auch Anträge anderer Marburger Dozenten an die Notgemeinschaft gemeint haben, deren Bewilligung der Universitätsbund nicht gefährden wollte. Anscheinend befürchtete der Universitätsbund, die Notgemeinschaft könnte Anträge von Marburger Dozenten mit dem Hinweis auf die hohe Bewilligung für Weigel ablehnen, da sie vermuten könnte, der Universitätsbund sei in der finanziellen Lage, weitere Projekte zu unterstützen.

Weigel wurde in einem Schreiben vom 12. Mai 1926 über die erfolgte Bewilligung informiert:

*„Aus naheliegenden Gründen ist von einer Veröffentlichung dieses Beschlusses abgesehen worden. Auch der Universitätsbund hofft sehr, dass dieser Beschluss zu seinem Teil mitwirken wird, Ihre hochgeschätzte Kraft unserer alma mater zu erhalten.“*⁴²³

Letztendlich blieb Weigel tatsächlich in Marburg und der Universitätsbund könnte durch seine Bewilligung einen Anteil daran gehabt haben. Auch wenn diese Art der Personalpolitik eine Ausnahme darstellte, vermittelt sie trotzdem einen Einblick in die Möglichkeiten des Universitätsbundes und die Bedeutung, die er für die Marburger Universität hatte.

⁴²¹ CATALOGUS PROFESSORUM Bd. 2, S. 927.

⁴²² Dies geht aus einem Brief von Troeltsch an Haeuser vom 12. Mai 1926 hervor, in dem der Schriftführer den Vorsitzenden über die Verwaltungsratssitzung informierte. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung. Das Protokoll der Verwaltungsratssitzung ist nicht überliefert.

⁴²³ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 53, ohne Blattzählung.

Aus einem anderen Blickwinkel aufschlussreich für die Bewilligungspolitik des Universitätsbundes ist sein Verhalten bei der Anfrage nach hohen Summen oder wenn die Aussicht bestand, sich längerfristig bei der Finanzierung von Projekten engagieren zu müssen und damit die Handlungsfähigkeit des Bundes einzuschränken. Als exponiertes Beispiel in diesem Kontext soll im Folgenden ein Gesuch des Professors für Mittelalterliche Geschichte, Prof. Dr. Edmund Ernst Stengel,⁴²⁴ genauer dargestellt und das Vorgehen des Vorstandes analysiert werden.

Stengel beantragte im Sommer des Jahres 1930 Gelder für die Umsetzung seines Plans, alle ältesten Urkunden Deutschlands in natürlicher Größe zu photographieren.⁴²⁵ Um eine entsprechende finanzielle Absicherung zu haben, erbat sich Stengel eine mehrjährige Bewilligung in Höhe von rund 4.600 RM. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 14. Juni 1930 zunächst vertagt,⁴²⁶ wobei über die Hintergründe dieser Entscheidung ein Brief von Troeltsch an Haeuser gut ein Monat nach der Verwaltungsratssitzung Aufschluss gibt. Troeltsch zitiert darin den Wortlaut der Entscheidung des Verwaltungsrates, die nach der Zustimmung von Haeuser offiziell zu Protokoll genommen werden sollte:

*„Nach eingehender Debatte über den Antrag Stengel auf Gewährung einer Unterstützung seines Plans, alle ältesten Urkunden Deutschlands in natürlicher Grösse zu photographieren, wurde der Vorstand zur Entscheidung ermächtigt, falls er einstimmig zu dem Beschluss kommt, dass es sich um ein wissenschaftlich wertvolles Unternehmen handelt und die finanziellen Grundlagen für die Zukunft gesichert sind. In der Erörterung wurde namentlich von Herrn Schellmann betont, dass die Gefahr besteht, dass der Universitätsbund auch in den folgenden Jahren mit einer im Verhältnis zu seinen Mitteln viel zu hohen Summe belastet wird. In erster Linie müssen die Archivverwaltungen die Finanzierung des Unternehmens übernehmen.“*⁴²⁷

Weiter äußerte nicht nur Schellmann Bedenken, dem Antrag zuzustimmen, sondern auch Troeltsch zweifelte stark und fürchtete die finanzielle Belastung des Bundes und die Nachteile für andere Fachgebiete, wenn sich der Universitätsbund in seinem finan-

⁴²⁴ CATALOGUS PROFESSORUM Bd. 2, S. 615f. Zu wissenschaftlichen Werdegang Stengels ausführlicher REULING, Ulrich: Mittelalterforschung und Landesgeschichte auf neuen Wegen. Der Historiker Edmund E. Stengel als Wissenschaftler und Wissenschaftsorganisator in den zwanziger Jahren, in: Die Philipps-Universität Marburg zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, hrsg. vom Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V., Kassel 2006. (Hessische Forschungen zur geschichtlichen Landes- und Volkskunde, Bd. 45), S. 143-164.

⁴²⁵ Zur Entstehungsgeschichte des Projektes siehe EBD., S. 157. Reuling schreibt allerdings nichts über die schwierige Finanzierung, sondern lediglich allgemein über die „[...] permante[...] Finanznot“ der von Stengel betreuten Einrichtungen. EBD., S. 158.

⁴²⁶ Der Antrag von Stengel und die Übersicht über die abgelehnten Gesuche finden sich in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 55, ohne Blattzählung.

⁴²⁷ Troeltsch an Haeuser am 12. Juli 1930, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 56, ohne Blattzählung.

ziellen Handlungsspielraum zu sehr einenge.⁴²⁸ Troeltsch und Pfeiffer misstrauten zudem dem wissenschaftlichen Wert des Projekts und forderten deshalb eine objektive und einwandfreie Bestätigung desselben.⁴²⁹ In dem gleichen Schreiben skizzierte Pfeiffer zudem die zu erwartende finanzielle Belastung für den Universitätsbund:

*„Hätten wir sehr viele Mittel zur Verfügung, so würden Herr Troeltsch und ich zweifellos grosszügiger und bedenkenloser sein. Wir sind aber skeptisch, ob uns die bisherigen Einnahmen verbleiben, denn einerseits gehen die Mitgliedsbeiträge zurück, andererseits kann man nicht wissen, ob nicht eines Tages die Wohlfahrtsrente mit Rücksicht auf die Finanznot des Reichs gestrichen wird. Der Betrag, den Stengel für die nächsten Jahre jährlich fordert, stellt bei Aufrechterhaltung der Rente ca. 8% unserer Einnahmen und für den Fall des Ausbleibens ca. 15% dar. Dieser letztere Satz scheint uns unter allen Umständen mit Rücksicht darauf zu hoch zu sein, dass er nur einer Disziplin zugute kommt. Aber auch schon 8% sind reichlich hoch, um auf eine Karte gesetzt zu werden, solange man deren Bedeutung nicht einwandfrei klären kann. Besonders ungünstig wird das Ersuchen Stengels dadurch, dass man es schlecht einmal zu- und das andere Mal absagen kann. Man wird vielmehr bei der Stange bleiben und dem einmal gesagten A das B folgen lassen müssen.“*⁴³⁰

Um eine Entscheidung im Vorstand herbeizuführen, wurde dessen Sitzung für den 16. August 1930 angesetzt. In der Zwischenzeit hatte Stengel seinen Antrag nachgebessert und weitergehend begründet. Zudem hatte er zwei auswärtige Gutachten eingeholt und sie dem Universitätsbund übergeben.⁴³¹ Trotz dieser neuen Belege für den wissenschaftlichen Nutzen lehnte der Vorstand in seiner Sitzung vom 16. August 1930 die Bewilligung ab, was er damit begründete, dass der wissenschaftliche Wert nicht zweifelsfrei feststehe, da sich unter anderem die Archivverwaltungen passiv verhielten und die finanzielle Belastung für den Universitätsbund unerträglich hoch wäre.⁴³² Schriftführer Troeltsch teilte seinem Kollegen zwei Tage später die Ablehnung mit, da der Vorstand *„aus finanziellen Erwägungen nicht in der Lage ist, Ihrem Antrag stattzugeben.“*⁴³³ Der Vorstand würde aber seine Entscheidung noch mal überdenken, falls sich auch andere Einrichtungen, wie zum Beispiel die Archivverwaltungen, bereit erklärten, das Projekt mit Geldern zu unterstützen. Hierauf antwortete Stengel, er habe bei staatlicher Mitfinanzierung die Sorge, dass die Sammlung später nach Berlin abgezogen werden könnte. Mit nichtstaatlicher Unterstützung wiederum sei nicht zu rechnen.⁴³⁴ Eventuell unter dem Eindruck dieses Briefes beschloss der Vorstand in einer weiteren

⁴²⁸ Troeltsch an Pfeiffer am 11. Juli 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁴²⁹ Pfeiffer an Haeuser am 16. Juli 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁴³⁰ Pfeiffer an Haeuser am 16. Juli 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁴³¹ Der zweite Antrag von Stengel vom 9. Juli 1930 und die Mitteilung über die zwei neuen Gutachten von Troeltsch an Haeuser vom 21. Juli 1930 finden sich in: EBD., ohne Blattzählung.

⁴³² Auszug aus dem Protokoll der Vorstandssitzung vom 16. August 1930 in: EBD., ohne Blattzählung.

⁴³³ Troeltsch an Stengel am 18. August 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁴³⁴ Stengel an Troeltsch am 8. November 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

Sitzung am 11. November, den Antrag von Stengel noch einmal dem Verwaltungsrat vorzulegen.⁴³⁵

Allerdings war diese Entscheidung bereits rund einen Monat später obsolet, da Stengel Anfang Dezember einen erneuten Antrag an den Universitätsbund stellte. Darin machte der Wissenschaftler finanzielle Abstriche, da er den Eindruck hatte, der Vorstand des Bundes sei mittlerweile vom wissenschaftlichen Nutzen des Projektes überzeugt und es stünden der Bewilligung nur noch finanzielle Bedenken entgegen. Stengel äußerte Verständnis für die finanziellen Einwände des Vorstandes und erklärte, er wolle sich zunächst auf die älteste Periode der Urkunden beschränken, von deren Auswertung er sich geistesgeschichtliche und soziologische Aufschlüsse erhoffe. Um kontinuierlich arbeiten zu können, brauche er aber drei Jahre lang jeweils rund 4.000 RM. Er hoffte aber nach dem Start des Projekts weitere Förderer zu finden. Er erbat nun vom Universitätsbund für die Anfangsphase 2.000 RM und kündigte an, im folgenden Jahr erneut die gleiche Summe beantragen zu wollen.⁴³⁶

Troeltsch erklärte daraufhin in einem Brief an Haeuser, seine grundsätzlichen und finanziellen Bedenken zurückstellen zu wollen, falls sich im Vorstand eine Mehrheit für die Bewilligung des neuen Antrags fände. Allerdings müssten dann Gelder aus dem Vermögen genommen werden, was eine Schwächung des Kapitals darstellen würde.⁴³⁷

Haeuser sprach sich in seiner Antwort dafür aus, Stengel zweimal, und zwar sofort und im folgenden Jahr, jeweils 2.000 RM Geld zu bewilligen, da auch mit einer Sonder-spende der IG-Farben in Höhe von 5.000 RM zu rechnen sei und die erste Rate für Stengel davon bezahlt werden könnte.⁴³⁸ Diese Ankündigung der Zuwendung seitens der IG-Farben löste letztendlich die finanziellen Sorgen von Stengel und führte zur erhofften Bewilligung, aber innerhalb des Vorstandes traten einige Differenzen hervor, wie folgender Ausschnitt eines Briefes von Pfeiffer an Troeltsch belegt:

„Mir selbst ist die Zustimmung nicht angenehm, obwohl ich fürchte, dass, wenn wir durch eine Ablehnung Haeuser verstimmen, er dafür sorgt, dass wir im nächsten Jahr die RM 5000 der Farbenindustrie nicht bekommen. [...] Wir sitzen also wieder zwischen zwei Stühlen und müssen uns wahrscheinlich der Ansicht von Haeuser wie in fast allen Fällen anschliessen, da er durch die Spenden seiner Firma das Heft in der Hand hat.“⁴³⁹

⁴³⁵ Protokoll der Vorstandssitzung vom 11. November 1930 in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 2, ohne Blattzählung.

⁴³⁶ Stengel an Rektor Versé und den Universitätsbund am 8. Dezember 1930 in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 56, ohne Blattzählung.

⁴³⁷ Troeltsch an Haeuser am 11. Dezember 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁴³⁸ Haeuser an Troeltsch am 12. Dezember 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁴³⁹ Vor dieser Passage berichtet Pfeiffer von der weiterhin ablehnenden Haltung von Schellmann, der Probleme mit dem Kommunallandtag fürchtete, der seine Unterstützung beenden könnte, falls er von dieser Bewilligung erfahre. Pfeiffer an Troeltsch am 31. Dezember 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

Pfeiffer vermittelt in diesem Brief den Eindruck, dass der Universitätsbund im Prinzip diktatorisch geführt wurde, da Haeuser mit seinem Einfluss bei den IG-Farben und der gewissen Abhängigkeit des Bundes von Spenden seitens dieser Firma die Beschlüsse des Vorstandes bestimmen könnte und die anderen diese akzeptieren müssten.⁴⁴⁰ Der Ablauf der Vorstandssitzung vom 17. Januar 1931, in der die Bewilligung an Stengel formal beschlossen wurde, bestätigte die Befürchtungen des Schatzmeisters. Denn den Zweifeln von Pfeiffer und Schellmann hinsichtlich des wissenschaftlichen Nutzens des Projekts gegenüber standen Rektor Versé, Haeuser und Troeltsch, die Stengel Gelegenheit geben wollten, die wissenschaftliche Verwertbarkeit seines Vorhabens zu demonstrieren. Letztlich beschloss der Vorstand

*„[...] einstimmig in Rücksicht auf die zur Verfügung stehende besondere Zuwendung durch die I.G. Farbenindustrie von Rm. 5000.- und im Sinne der Spender Herrn Prof. Stengel den am 6. Dezember 1930 erbetenen Betrag von Rm. 2000.- zu bewilligen. Herr Schellmann soll gebeten werden, seine Bedenken wenigstens vorerst zurückzustellen. Im Vorstand bestand auch darüber Einigkeit, dass Prof. Stengel zum Ingangsetzen seiner Pläne höchstens noch einmal ein Betrag von Rm. 2000.- vom U.B. bewilligt werden könne.“*⁴⁴¹

Diese Abstimmung wirft natürlich Fragen in Bezug auf das Vorgehen beziehungsweise die Führungsmethoden von Haeuser und auch das Verhalten Pfeiffers auf. Trotz seiner Bedenken, die nicht nur finanzieller Art, sondern auch prinzipieller Natur waren, stimmte er am Ende zu. Schellmann hingegen hat seine Position zumindest insoweit vertreten, dass sie im Protokoll vermerkt wurde.

Stengel aber bekam nicht nur am Jahresbeginn und in der Jahresmitte 1931 die beantragten Mittel, sondern erhielt, entgegen dem Beschluss vom Januar 1931, ein Jahr später noch einmal 1.500 RM für dieses Projekt.⁴⁴² Warum diese Entscheidung aufgehoben wurde, konnte nicht geklärt werden. Der Universitätsbund leistete mit seinen insgesamt 5.500 RM eine wichtige Start- und Folgefinanzierung und war damit ursächlich am Erfolg des späteren Lichtbildarchivs beteiligt.⁴⁴³

Stengel genoss auch in den Folgejahren das Wohlwollen des Bundes und erhielt bis 1937 jährlich relativ hohe Summen für diverse weitere Forschungsprojekte.⁴⁴⁴ Die verhältnismäßig hohe finanzielle Unterstützung für Stengel könnte ein Entgegenkommen

⁴⁴⁰ Weitere Ausführungen zur Amtsführung des Vorsitzenden Haeuser folgen in Kapitel V.5.

⁴⁴¹ Protokoll der Vorstandssitzung vom 17. Januar 1931 in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 2, ohne Blattzählung.

⁴⁴² HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 56 und 92, ohne Blattzählung.

⁴⁴³ Zur Geschichte und zu den Beständen des Lichtbildarchivs siehe ROBERG, Francesco: Einblicke ins „dunkle“ Mittelalter. 75 Jahre Marburger Lichtbildarchiv älterer Originalurkunden, in: Marburger Uni-Journal 14 (Januar 2003), S. 24-28.

⁴⁴⁴ Siehe zu den Bewilligungen für Stengel die Übersichten aus den jeweiligen Verwaltungsratssitzungen in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 93-95, ohne Blattzählung, sowie in den MITTEILUNGEN des Universitätsbundes.

des Bundes für die jährliche Bereitschaft des Historikers, Vorträge für den Universitätsbund bei den Bundesgruppen zu halten, darstellen.⁴⁴⁵ Zwar lässt sich in den Akten kein diesbezüglicher Hinweis finden, aber hinsichtlich Prof. Dr. Erich Jaensch wurde dessen Bereitschaft, Vorträge zu halten, bereits 1928 lobend erwähnt⁴⁴⁶ und so könnte sich dies auch für Stengel ausgezahlt haben.

Die zwei Beispiele haben zum einen die Einflussmöglichkeiten des Universitätsbundes gezeigt und zum anderen die Entscheidungsprozesse innerhalb der Gremien veranschaulicht. Der Universitätsbund war demnach daran interessiert, seine Gelder zum größtmöglichen Nutzen für die Universität einzusetzen. Daher achtete er darauf, nur in Ausnahmefällen hohe Bewilligungen zu gewähren und keine Projekte zu unterstützen, für die fortlaufend Gelder benötigt wurden.⁴⁴⁷ Dadurch ist es ihm gelungen, auf vielfältige Weise die Infrastruktur und die Forschungsmöglichkeiten an der Marburger Universität mitzugestalten. Dies gilt auch für das Engagement des Universitätsbundes im Vorfeld des Universitätsjubiläums im Jahr 1927.

2.2. Das Universitätsjubiläum 1927

Im Jahre 1927 feierte die Universität Marburg das 400jährige Jubiläum ihrer Gründung.⁴⁴⁸ Nachdem Haeuser schon während der ersten Hauptversammlung des Universitätsbundes die Hoffnung geäußert hatte, dieses Jubiläum in einem würdigen Rahmen begehen zu können, griff der Kurator der Universität, Ernst von Hülsen, diesen Aspekt auf der Hauptversammlung des Bundes am 21. und 22. Juni 1924 wieder auf. Zunächst dankte er in seiner Rede⁴⁴⁹ dem Universitätsbund für seine bisherigen Hilfen und hob die baulichen Fortschritte, die an der Marburger Universität durch die preußische Regierung ermöglicht worden waren, hervor, ehe er an die Hoffnungen Haeusers und des

⁴⁴⁵ Stengel hatte sich seit dem Wintersemester 1924/25 jedes Jahr für Vorträge zur Verfügung gestellt. Dies geht aus den jährlichen Aufstellungen in den Akten des Universitätsbundes hervor. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 36 und 37, ohne Blattzählung.

⁴⁴⁶ So bezeichnete Schriftführer Troeltsch seinen Kollegen Jaensch in einem Brief vom 24. September 1928 als „eine[n] der fruchtbarsten unter den Marburger Forschern [...], der sich auch immer, wenn er gesund war, für Vorträge bereitwilligst zur Verfügung gestellt hat.“ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 54, ohne Blattzählung.

⁴⁴⁷ Deshalb vermied der Universitätsbund beispielsweise im Zuge der Gründung des Preußischen Kunstinstituts im Jahre 1929 eine Festlegung auf einen festen, jährlichen zu leistenden finanziellen Beitrag: Frh. Becker im Auftrag von Troeltsch an Pfeiffer am 4. November 1929, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 8, ohne Blattzählung. Zudem holte der Universitätsbund des öfteren Gutachten ein, um sich den wissenschaftlichen Wert eines Projektes belegen zu lassen. Siehe hierzu einige Beispiele in HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 53, ohne Blattzählung.

⁴⁴⁸ Zu den Vorbereitungen für das Universitätsjubiläum und seinen Ablauf siehe KAISER, Jochen-Christoph: Das Universitätsjubiläum von 1927, in: Die Philipps-Universität Marburg zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, hrsg. vom Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V., Kassel 2006. (Hessische Forschungen zur geschichtlichen Landes- und Volkskunde, Bd. 45), S. 293-311.

Universitätsbundes auf einen würdigen Rahmen für das Universitätsjubiläum anknüpfte. Dabei bestand sein Wunsch darin, die einzelnen zu erwartenden Festgaben nicht nebeneinander, sondern als ein ganzes, zusammenhängendes Projekt der Universität zu überreichen. Hierfür schlug er einen „*Tempel [...] der Kunst*“ vor, der die verschiedenen kunsthistorischen Bestände in Marburg in einem Gebäude vereinen sollte. Er plane ein „*Kulturzentrum*“ in Marburg nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Bevölkerung, durch welches die Bindung zwischen Universität und Provinz weiter gestärkt werden sollte.⁴⁵⁰ Damit würde auch die Liebe zur Heimat dokumentiert, die besonders in Hessen immer sehr stark gewesen sei. Als Beleg konnte Hülsen darauf verweisen, dass sich bereits etliche Behörden und Institutionen zur Mitarbeit bereit erklärt hatten. Er schloss seine Ansprache mit der Hoffnung und der Aufforderung, der Universitätsbund möge seine Fähigkeiten ebenfalls diesem Projekt zur Verfügung stellen. Diese Pläne des Kurators nahmen, wie sowohl die Mitteilungen als auch die Oberhessische Zeitung berichteten, die Gäste der Versammlung mit „*großem Beifall*“ auf.⁴⁵¹

Der Verwaltungsrat des Universitätsbundes tagte daraufhin am 16. November 1924, um über die weitere Vorgehensweise in Bezug auf das Universitätsjubiläum und das vorgeschlagene Kunstinstitut zu beraten. Zunächst beschloss der Verwaltungsrat die uneingeschränkte Unterstützung des vorliegenden Plans und die aktive Beteiligung an der erforderlichen Spendensammlung, auch wenn damit der Verzicht auf ein eigenes Geschenk seitens des Universitätsbundes an die Universität verbunden war. In einem weiteren Schritt entschied der Verwaltungsrat, für die Durchführung des Projekts einen eigenen Ausschuss zu bilden, dem folgende Personen angehören sollten: Rektor Bornhäuser, Landesrat Dr. Schellmann (zudem auch Vertreter des Herrn Landeshauptmanns in Hessen), Schatzmeister Pfeiffer und Schriftführer Troeltsch sowie Dr. Scheffer und Prof. Schwenkenbecher. Zu den Sitzungen des Ausschusses sollten der Universitätskurator und der Herr Landeshauptmann in Hessen eingeladen werden.⁴⁵²

Ende Dezember 1924 fand dann die erste Sitzung *des „Ausschusses für die Jubiläumsgabe zur 400-Jahrfeier der Universität Marburg“* statt, in der zunächst eine Bestands-

⁴⁴⁹ Die im folgenden teilweise zitierte Rede des Kurators ist abgedruckt in den MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 5, August 1924, S. 1-3.

⁴⁵⁰ Die ursprüngliche Idee für den späteren Jubiläumsbau ging von Überlegungen des Marburger Kunsthistorikers Prof. Richard Hamann aus. KAISER, Universitätsjubiläum, S. 299f. Vgl. auch KUNST, Hans-Joachim u.a.: Die Geschichte des Kunstgeschichtlichen Seminars 1933-1945, in: Köhler, Kai/Dedner, Burghard/Strickhausen, Waltraud (Hrsg.): Germanistik und Kunstwissenschaften im „Dritten Reich“. Marburger Entwicklungen 1920-1950, München 2005 (Academia Marburgensis, Bd. 10), S. 27-82, hier S. 31.

⁴⁵¹ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 5, August 1924, S. 3; OZ vom 24. Juni 1924, S. 3.

⁴⁵² Bericht über die Verwaltungsratssitzung vom 16. November 1924 in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 7, Februar 1925, S. 7.

aufnahme der von öffentlicher Hand zu erwartenden Mittel vorgenommen wurde. So war zum Beispiel die preußische Regierung bereit, die laufenden Betriebskosten in ihren Etat zu übernehmen, womit der Fortbestand des neu zu gründenden Kunstinstituts dauerhaft gesichert schien. Die Stadt Marburg wiederum teilte durch den anwesenden Oberbürgermeister mit, der Universität ein 7000 qm großes Grundstück am Ufer der Lahn unentgeltlich zur Verfügung stellen und damit ihren Beitrag zum Universitätsjubiläum leisten zu wollen.⁴⁵³ Als weiteres positives Signal konnte die Ankündigung der Provinz Hessen-Nassau und des Landes Hessen registriert werden, mit insgesamt bis zu 450.000 RM den Bau des Instituts unterstützen zu wollen.⁴⁵⁴ Zudem legte der Ausschuss die weiteren Schritte zur Spendenwerbung fest,⁴⁵⁵ wobei der Ausschuss die Gesamtkosten für die Errichtung des Instituts auf etwa 900.000 RM schätzte.⁴⁵⁶ In der Folgezeit berichtete der Universitätsbund in seinen Mitteilungen über den Stand der Vorbereitungen und rief seine Mitglieder auf, für die Jubiläumsgabe zu spenden.⁴⁵⁷

Sein Engagement für das Projekt belegte der Bund weiter dadurch, dass er seine Hauptversammlung 1926 am 9. Mai, an dem zugleich die Grundsteinlegung des Kunstinstituts, später auch „Jubiläumsbau“ genannt, stattfand, abhielt. Die Bedeutung des Universitätsbundes für die Entwicklung des Jubiläumsbaus zeigte sich, als Schriftführer Troeltsch als Vorsitzender des Arbeitsausschusses die anwesenden Gäste begrüßen konnte. In seiner Ansprache führte er aus, der Universitätsbund habe sich die Vorschläge des Kurators⁴⁵⁸ zu eigen gemacht und habe die Hoffnung, der Universität das Institut rechtzeitig zum Jubiläum übergeben zu können.⁴⁵⁹

Da noch ungefähr 130.000 RM zur Deckung des Etats fehlten, wurde auch im folgenden Jahr die Werbetätigkeit für den Jubiläumsbau fortgesetzt.⁴⁶⁰ Letztlich gelang es, die

⁴⁵³ Siehe Protokoll der Sitzung des Ausschusses in den Akten des Universitätsbundes, HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung, und den Bericht über die Sitzung und deren Resultate in den MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 6, Februar 1925, S. 6f.

⁴⁵⁴ Protokoll der Sitzung des Ausschusses in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung. Hieraus ein wesentliches Geschenk des preußischen Staates zu konstruieren, ohne das Engagement des Universitätsbundes zu erwähnen, wie es Hans-Joachim Kunst und seine Co-Autoren darlegen, geht deutlich zu weit. KUNST, Geschichte des Kunstgeschichtlichen Seminars, S. 31. Siehe dazu die differenzierende Darstellung von Kaiser, der die Finanzierung „mit Hilfe eines neuartigen fundraising-Modells“ zutreffend beschreibt. KAISER, Universitätsjubiläum, S. 299.

⁴⁵⁵ Es sollten vor allem die Altherrenschaften der Korporationen, hessische Vereine und frühere Marburger Professoren angeschrieben werden. EBD.

⁴⁵⁶ Diese Summe wurde im Bericht in den Mitteilungen genannt. MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 6, Februar 1925, S. 6.

⁴⁵⁷ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 7, Juni 1925, S. 1 und S. 3; MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 8, September 1925, S. 6f.

⁴⁵⁸ Damit meinte Troeltsch die oben skizzierte Rede des Kurators auf der Hauptversammlung im Jahre 1924.

⁴⁵⁹ Begrüßungsansprache von Troeltsch, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 11/12, Juni 1926, S. 5-7.

⁴⁶⁰ Mitteilungen des Schriftführers Troeltsch. EBD., S. 17.

notwendigen Gelder zu sammeln und den Bau rechtzeitig zum Universitätsjubiläum fertig zu stellen. Am 30. Juli 1927 konnte Geheimrat Haeuser als Vorsitzender des Universitätsbundes die erschienenen Gäste begrüßen und die offizielle Übergabe des Gebäudes einleiten.⁴⁶¹ Das große Engagement des Universitätsbundes für den Jubiläumsbau wird noch einmal besonders durch die Endabrechnung deutlich: Insgesamt wurden mehr als 1,2 Millionen RM von ihm und durch Stifter aufgebracht. Hinzu kamen noch einmal Spenden in Höhe von etwa 300.000 RM, die sich beispielsweise aus dem gestifteten Bauplatz der Stadt Marburg oder den gespendeten Baumaterialien errechneten.⁴⁶² Das Engagement des Universitätsbundes war nicht völlig selbstlos, da er durch die Bewältigung dieser Aufgabe große Aufmerksamkeit auf sich zog, was natürlich einen großen Werbeeffect und einen gestiegenen Bekanntheitsgrad, der spätestens nach dem Jubiläum über die Grenzen Hessens hinausging, mit sich brachte. Dies wird zunächst durch die bei der Eröffnung anwesenden Personen, zu denen mehrere Minister aus Preußen, Reichsvizekanzler und Justizminister Dr. Hergt sowie etliche internationale Gäste gehörten, verdeutlicht.⁴⁶³ Zudem hebt der Adressatenkreis einer Sondergabe zum Jubiläumsbau aus dem Jahre 1930 die Werbepotentiale hervor, die der Universitätsbund durch die Errichtung des Jubiläumsbaus erschlossen hatte. Denn diese sollte über die Zahl der Mitglieder des Universitätsbundes hinaus an 770 Stifter, jeweils 24 Universitätsrektoren und Universitätsgesellschaften sowie an hessische Behörden, Bibliotheken und Ministerien versandt werden.⁴⁶⁴

2.3. Der Universitätsbund und der „Marburger Schlossplan“

Nachdem das Projekt des Jubiläumsbaus abgeschlossen war, engagierte sich der Universitätsbund mit dem Schlossplan⁴⁶⁵ bei einem weiteren Unternehmen, dass ebenfalls

⁴⁶¹ Ansprache von Haeuser beim Festakt am 30. Juli 1927, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 17, September 1927, S. 8f.

⁴⁶² Abrechnung des Jubiläumsbaus, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 42, ohne Blattzählung.

⁴⁶³ Die Gästeliste zum Universitätsjubiläum und zur Eröffnung des Instituts ist teilweise veröffentlicht in den MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 17, September 1927, S. 8. In dieser Ausgabe finden sich weitere Berichte über den Ablauf des Jubiläums.

⁴⁶⁴ Die genaue Auflistung findet sich in HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 42, ohne Blattzählung. Am 23. April 1930 gab der Universitätsbund durch Schriftführer Troeltsch eine Druckauflage von 5000 Exemplaren in Auftrag. EBD., ohne Blattzählung.

⁴⁶⁵ Die Geschichte des Marburger Schlossplanes ist bereits mehrfach aufgearbeitet worden, zuletzt von LIPPMANN, Marburger Theologie, S. 368-378. Zuvor hatte schon Volker Losemann den Schlossplan beleuchtet: LOSEMAN, Volker: Der Marburger Schloßplan 1927-1945. Zeitgeschichtliche Wandlungen eines Forschungsprojekts, in: Academia Marburgensis. Beiträge zur Geschichte der Philipps-Universität Marburg, Bd. 1, Marburg 1977, S. 353-405. Deshalb soll an dieser Stelle nicht die gesamte Geschichte des Schlossplanes dargelegt werden, sondern nur die Motive des Universitätsbundes analysiert werden.

durch den Universitätskurator öffentlich verkündet wurde.⁴⁶⁶ Grundsätzlich ging es beim Schlossplan darum, das Marburger Schloss für die Universität nutzbar zu machen. Diese Absicht wurde daraufhin von den Marburger Theologen Prof. Dr. Rudolf Otto und dessen Nachfolger, Prof. Dr. Heinrich Frick,⁴⁶⁷ mit dem konkreten Ziel verknüpft, im Marburger Schloss eine Religionskundliche Sammlung unterzubringen. Diese sollte zu einem Forschungszentrum ausgebaut und durch ein Tagungszentrum für die ganze Universität ergänzt werden. Um die Zugehörigkeit der geplanten Einrichtung zur Theologischen Fakultät zu dokumentieren, war auch ein Sprachenkonvikt für Theologiestudierende geplant. Um das Schloss jedoch für die Universität nutzbar machen zu können, musste eine Lösung für das bis dahin im Schloss untergebrachte Staatsarchiv gefunden werden. Dieses sollte einen Neubau erhalten, für dessen Realisierung allerdings die Finanzierung völlig unklar war.⁴⁶⁸

Das Projekt wurde Haeuser und Troeltsch als Vertreter des Universitätsbundes in einer Besprechung, an der neben Rektor Helm und Kurator von Hülsen auch noch Prof. Frick teilnahm, am 3. Mai 1930 durch den Kurator vorgestellt. Dabei sollte der Universitätsbund keine finanziellen Mittel bereitstellen, denn diese hoffte der Kurator durch Sammlungen in Hessen und Amerika zu bekommen, sondern sollte vielmehr die Trägerschaft der Religionskundlichen Sammlung übernehmen, weil der Staat und die Universität dafür nicht geeignet seien.⁴⁶⁹ Haeuser und Troeltsch als Vertreter des Universitätsbundes stimmten dem Vorhaben zunächst grundsätzlich zu, da „*das erstrebte Ziel durchaus in der Linie des Universitätsbundes liege.*“⁴⁷⁰ Troeltsch führte weiter aus, dass der Universitätsbund durch die Mithilfe zwar wie bei der Spendensammlung für den Jubiläumsbau erneut auf eigene Werbemittel verzichten müsste, dies aber hinzunehmen sei, da der Bund eine „*moralische Verpflichtung*“ hätte, dem Projekt zu helfen.⁴⁷¹ Der Schriftführer maß dem Schlossplan also eine große Bedeutung für die Universität zu und sah ihn in Übereinstimmung mit dem Selbstverständnis des Universitätsbundes, so dass es aus seiner Sicht gerechtfertigt sei, die Werbung auf das beabsichtigte Projekt zu

⁴⁶⁶ Ansprache des Kurators von Hülsen in der Festsitzung im Rahmen der Hauptversammlung des Universitätsbundes am 15. Juni 1930, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 29, August 1930, S. 28-30.

⁴⁶⁷ Frick (1893-1952) war seit dem Wintersemester 1927/28 Direktor der Religionskundlichen Sammlung und ab 1929 ordentlicher Professor für Systematische Theologie, Religionswissenschaft und Missionskunde an der Universität Marburg. Er war mehrere Jahre Dekan der Theologischen Fakultät und nach dem Zweiten Weltkrieg Rektor und Prorektor der Universität Marburg. CATALOGUS PROFESSORUM Bd. 2, S. 18f. Zur Rolle von Frick bei der Entstehung und Entwicklung des Schlossplans siehe LIPPMANN, Marburger Theologie, S. 370-378.

⁴⁶⁸ EBD., S. 370f.

⁴⁶⁹ Einführende Worte des Kurators in der genannten Besprechung. Das Protokoll findet sich in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 68, ohne Blattzählung.

⁴⁷⁰ Zitat von Haeuser, in: EBD.

konzentrieren. Haeuser knüpfte seine Zustimmung jedoch an die Bedingung, dass das Schloss der Universität vom Staat übertragen werde, da die Amerikaner nie einem Staat etwas spenden würden.⁴⁷²

Mit der prinzipiellen Zustimmung der Vorstandsmitglieder Haeuser und Troeltsch konnte nicht nur weiter mit dem Ministerium verhandelt, sondern auch die Öffentlichkeit über das Projekt informiert werden. Dies geschah auf der zehnten Hauptversammlung des Bundes am 15. Juni 1930 durch den Kurator, der ähnlich wie beim Jubiläumsbau den Universitätsbund zur Mitarbeit aufforderte.⁴⁷³ Dabei hatte der Kurator Haeuser bereits vor der Hauptversammlung über die positiven Reaktionen des Kultusministeriums informiert, wobei es allerdings eine Übertragung des Schlosses an die Universität ablehnte, sondern lediglich bereit war, es der Universität für die Religionskundliche Sammlung dauerhaft zur Verfügung zu stellen.⁴⁷⁴ Zwar stand damit die endgültige Entscheidung der Regierung noch aus, aber eine prinzipielle Zustimmung zu dem Projekt war gegeben. Volker Losemann hat in seinem Aufsatz argumentiert, von Hülsen habe durch seine Rede vor der Hauptversammlung vollendete Tatsachen in Marburg schaffen und damit das Ministerium unter Druck setzen wollen.⁴⁷⁵ Diese Schlussfolgerung ist nach Durchsicht der Universitätsbundsakten nicht mehr aufrechtzuerhalten. So mag von Hülsen vor allem beabsichtigt haben, die Unterstützung des Universitätsbundes sicherzustellen, was ihm auch gelang. Zwar wurde weder in der Oberhessischen Zeitung noch in den Mitteilungen über die Reaktion der Versammlung auf die Rede des Kurators berichtet. Doch in der nächsten Vorstandssitzung nach der Hauptversammlung wurde über den Schlossplan beraten und ein Ausschuss gebildet, um bei endgültiger Zustimmung des Ministeriums gleich aktionsfähig zu sein.⁴⁷⁶

Frick entwarf zudem eine Werbeschrift, die besonders auf die geplante Spenden-Sammlung in Amerika abgestimmt war, ehe es am 8. November 1930 den ersten Rückschlag für den Schlossplan nach dem Einstieg des Universitätsbundes in die Planungen

⁴⁷¹ Eingaben von Troeltsch, in: EBD.

⁴⁷² EBD. Die Umsetzung dieser Bedingung wurde von allen Teilnehmern als Voraussetzung für eine erfolgreiche Werbung angesehen und es wurde beschlossen, die Regierung um die Übereignung zu bitten. EBD.

⁴⁷³ Die Ansprache des Kurators ist in den MITTEILUNGEN des Universitätsbund Nr. 29, August 1930, abgedruckt. In Auszügen berichtete auch die OZ über die Rede von Hülsens. OZ vom 16. Juni 1930, S. 4.

⁴⁷⁴ Der Kurator berichtete Haeuser in zwei Briefen vom 8. Mai 1930 und 11. Juni 1930 über die Positionen des Ministeriums. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 68, ohne Blatzzählung.

⁴⁷⁵ LOSEMAN, Marburger Schloßplan, S. 358.

⁴⁷⁶ „Für später wird ein engerer Aktionsausschuss in Aussicht genommen.“ In den Ausschuss wurden vom Universitätsbund Haeuser, Pfeiffer, Schellmann, Troeltsch, von der Universität der jeweilige Rektor sowie Prof. Thiel und von der Theologischen Fakultät die Professoren Frick und Otto gewählt. Außerdem stellte der Universitätsbund vorerst 500 RM für die Werbearbeit zur Verfügung. Auszug aus Protokoll der Vorstandssitzung vom 16. August 1930, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 68, ohne Blatzzählung.

gab. Denn das preußische Finanzministerium hatte das Vorhaben zunächst aufgrund der finanziellen Situation abgelehnt, das preußische Wissenschaftsministerium stellte dann jedoch eine Überprüfung und neue Verhandlungen in Aussicht, falls die Werbearbeit erfolgreich verlaufen sollte.⁴⁷⁷ Der Vorstand des Universitätsbundes entschied sich daraufhin in einer Sitzung am 11. November, das Projekt auf der Grundlage des Erlasses weiter zu verfolgen und die Religionskundliche Sammlung in den Mittelpunkt des Vorhabens und der Werbeaktionen zu stellen. Außerdem sollte die Universität während der Werbung für den Schlossplan auf eventuelle andere Werbeaktionen in Amerika verzichten,⁴⁷⁸ um die Maßnahmen für den Schlossplan nicht durch parallele Aktivitäten zu behindern. Frick plante zudem, während einer Vortragsreise in Amerika einen Arbeitsausschuss zu bilden, welcher zwei Jahre Gelder sammeln sollte, und auf der Grundlage dieses Ergebnisses sollte dann wieder mit dem Ministerium verhandelt werden.⁴⁷⁹ In der Zwischenzeit ruhte das weitere Engagement des Universitätsbundes für den Schlossplan.

Der Bund hatte nach dem Jubiläumsbau erneut bewiesen, Großprojekten zum Wohle und Ansehen der Universität gegenüber sehr aufgeschlossen zu sein. Allerdings zeigte sich auch hier wieder seine strikte Position, keine Anstrengungen für den Staat zu übernehmen. Erst nachdem sichergestellt war, dass die Universität die Verfügungsgewalt über die Religionskundliche Sammlung im Schloss erhalten würde, war der Vorstand bereit, die Trägerschaft für das Projekt zu übernehmen. In diesem Zusammenhang spielte jedoch auch die Einschätzung eine wichtige Rolle, die Übertragung des Schlosses an die Universitätsverwaltung würde die Sammlung von Spendengeldern verbessern.

Als nach den zwei Jahren eine Bilanz der bisherigen Bemühungen gezogen wurde, fiel das Ergebnis sehr ernüchternd aus, da Frick berichtete, dass die Anstrengungen in Amerika finanziell nicht belohnt, sondern nur Kontakte und Verbindungen geknüpft worden waren.⁴⁸⁰ Dennoch war der Universitätsbund bereit, das Projekt weiter zu unterstützen: *„Der Universitätsbund wird sich der neuen Aufgabe nicht entziehen, sobald die Stunde gekommen ist, aktiv werbend einzugreifen.“*⁴⁸¹ Knapp vier Wochen später ging Haeuser in der Hauptversammlung sogar noch weiter und erklärte, nachdem die letzten Arbeiten

⁴⁷⁷ Erlass des Wissenschaftsministeriums vom 8. November 1930 in: EBD., ohne Blattzählung.

⁴⁷⁸ Sitzung des Vorstandes am 11. November 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁴⁷⁹ Zu der geplanten Zusammensetzung des Arbeitsausschusses machte Frick keine Angaben. Protokoll der Vorstandssitzung am 11. November 1930, in: HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 2, ohne Blattzählung.

⁴⁸⁰ Frick nannte dabei erneut keine konkreten Kontakte. Protokoll der Vorstandssitzung vom 8. Mai 1932, in: HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 68, ohne Blattzählung.

⁴⁸¹ Auszug aus Protokoll der Vorstandssitzung vom 8. Mai 1932, in: EBD.

am Jubiläumsbau endgültig beendet worden waren, den Schlossplan öffentlich zum neuen Großprojekt des Universitätsbundes. Haeuser betonte in seiner Ansprache, dass das Schloss auch als Forschungsheim genutzt werden sollte, um den Austausch der Wissenschaften zu fördern. Haeuser, der sich der fehlenden Erfolgsaussichten einer finanziellen Sammlung bewusst war, beschwor also die ideelle Werbung, die die materielle vorbereiten sollte.⁴⁸²

Die folgende Ausführung des Vorsitzenden wirft im Rückblick die Frage auf, mit welchem Mandat der Vorstand die bisherigen Aktivitäten durchgeführt hatte: „*Vorstand und Verwaltungsrat des Universitätsbundes haben gestern einstimmig beschlossen, sich zum Träger dieses Planes zu machen und für seine Durchführung mit allen Kräften einzutreten.*“⁴⁸³ Wieso beschlossen der Vorstand und der Verwaltungsrat des Bundes im Jahre 1932, den Universitätsbund zum Träger dieses Planes zu machen, da dieser doch bereits zwei Jahre zuvor durch die Bereitschaft, die Trägerschaft der Religionskundlichen Sammlung zu übernehmen, den Schlossplan überhaupt weiter vorangetrieben hatte? Es liegt der Verdacht nahe, dass 1930 gar kein formeller Beschluss gefasst wurde, sondern die beteiligten Vorstandsmitglieder eigenständig gehandelt haben, ohne die übrigen Gremien, Verwaltungsrat und Mitgliederversammlung, darüber zu informieren. Dieser Eindruck wird durch das Protokoll der Verwaltungsratssitzung bestärkt. Laut des Protokolls hatte Haeuser den Verwaltungsrat erst jetzt und selbst dann sogar nur unter „Sonstiges“ über das Projekt informiert und bat nun, „*diese neue Aufgabe sich zu eigen zu machen*“, was der Verwaltungsrat auch tat, indem er den Vorstand einstimmig ermächtigte, „*den Plan weiter zu verfolgen.*“⁴⁸⁴ Diese Art der Beschlussfassung und der Informationspolitik verstieß gegen die Bestimmungen der Satzung und spricht für ein mangelndes Verständnis der Handelnden für die Bedeutung der Richtlinien und der Mitbestimmungsrechte, vielleicht auch der Demokratie. Darüber hinaus wirft die Vorgehensweise ein negatives Schlaglicht auf das Amtsverständnis und die Amtsführung des Vorsitzenden Haeuser. Eine zusammenfassende Analyse und Bewertung der politischen Einstellung des Universitätsbundes und der Rolle Haeusers soll jedoch erst an anderer Stelle erfolgen.⁴⁸⁵ Zwar hielten sich die Anstrengungen des Universitätsbundes

⁴⁸² „Der Bund zeigt damit, daß wir trotz aller gegenwärtigen Bedrängnisse und Wirnisse nicht verzweifeln an der Zukunft unseres Volkes, daß wir fest vertrauen auf den Wiederaufbau und Wiederaufstieg unseres geliebten Vaterlandes und daß wir überzeugt sind, daß auch unsere Alma mater alle Stürme überdauern und auch in Zukunft blühen und gedeihen wird.“ Das Ende der Rede von Haeuser, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1932, S. 59f., hier S. 60.

⁴⁸³ EBD.

⁴⁸⁴ Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 4. Juni 1932, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 9, ohne Blattzählung.

⁴⁸⁵ Siehe Kapitel V.5.

im Vergleich zum Jubiläumsbau in Grenzen, aber gerade diese geringe Tätigkeit hätte sicher schon früher die Zustimmung der Mitglieder gefunden. Von daher ist eine solche Handlungsweise unverständlich und wenig nachvollziehbar. Sie fügt sich allerdings in die Reihe der bereits beschriebenen Abwicklung der Bewilligung für Prof. Weigel und den noch zu schildernden Konflikt mit der Bundesgruppe Hamburg ein.⁴⁸⁶ Der Vorstand hat demnach seine Pflicht zur Rechenschaftslegung vor den Mitgliedern teilweise von der Bedeutsamkeit der Thematik abhängig gemacht.

Mit der Rede von Haeuser endete vorerst das Engagement des Bundes für den Schlossplan, denn 1932 wurde zwar ein Sonderheft der Mitteilungen entworfen, welches besonders auf den Schlossplan abgestimmt war,⁴⁸⁷ jedoch scheint dieses nicht weiter ausgearbeitet worden zu sein. Das Projekt wurde erst im „Dritten Reich“ wieder aufgegriffen. Um die Entwicklung zusammenhängend und vollständig darstellen zu können, wird an dieser Stelle die Weimarer Zeit kurz verlassen. Im September 1933 versuchte der Universitätsbund, die veränderten politischen Bedingungen für sich und die Universität zu nutzen und startete eine Initiative zur Verwirklichung des Schlossplans. Dabei war beabsichtigt, den Plan in das Arbeitsbeschaffungsprogramm einzubauen und auf diesem Wege seine Umsetzung zu erreichen. Zu diesem Zweck hatte Frick ein Memorandum verfasst, welches Haeuser unterschreiben sollte. Versé teilte Haeuser die Absichten von Frick und dem Kurator mit und meinte:

*„Der Zeitpunkt scheint auch mir besonders günstig, da das Archiv hier jetzt bald an Raumnot leiden wird, weil möglichst alle bei den Behörden vorhandenen Urkunden zentral gesammelt und betreut werden sollen. So wird auch von dieser Stelle aus der Plan sachgemässe Förderung finden.“*⁴⁸⁸

Haeuser unterschrieb das Memorandum⁴⁸⁹ und förderte auch in der Folgezeit das Projekt mit der Bereitschaft, privat Mittel für den Schlossplan zu spenden. Der Universitätsbund selbst verhielt sich in den folgenden Jahren abwartend, ohne von sich aus die Initiative zu ergreifen.⁴⁹⁰ Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden dann Teile

⁴⁸⁶ Siehe hierzu Kapitel V.5.

⁴⁸⁷ Siehe die Aufzeichnungen über zwei Besprechungen vom 21. Juni 1932 und 6. September 1932, an denen Versé, Troeltsch und Wiskemann als Leiter der Pressestelle teilnahmen. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 27, ohne Blattzählung.

⁴⁸⁸ Versé an Haeuser am 9. September 1933, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 68, ohne Blattzählung.

⁴⁸⁹ LOSEMANN, Schloßplan, S. 363, Anm. Nr. 30.

⁴⁹⁰ Zur weiteren Entwicklung des Schlossplans siehe EBD., S. 365-405, und LIPPMANN, Marburger Theologie, S. 371-378.

des Schlossplans ohne eine abschließende Mitwirkung des Universitätsbundes verwirklicht.⁴⁹¹

Das Engagement des Universitätsbundes in diesem Projekt verdeutlicht dessen Selbstverständnis auf eindeutige Weise. Der Bund war, um das prestigeträchtige Marburger Schloss in den Dienst der Universität zu bringen, bereit, zu deren Gunsten auf wichtige Spenden und Werbemaßnahmen zu verzichten. Über dies hinaus erklärte er sich mit der Übernahme der Trägerschaft einverstanden, obwohl seine geforderten Bedingungen nicht vollständig erfüllt worden waren. Zwar waren die Bemühungen letztlich nicht in der Weise erfolgreich wie bei der Realisierung des Jubiläumsbaus, aber das Eintreten für den Schlossplan verdeutlicht auch die symbolhafte Politik, die der Vorstand des Universitätsbundes zeitweise verfolgte. So wie er sich für prestigeträchtige Projekte einsetzte, so erwartete er jedoch auch Gegenleistungen seitens der Universität, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

3. Das Verhältnis zwischen dem Universitätsbund und der Universität

Bei der Analyse des Verhältnisses zwischen Universitätsbund und Universität fallen zunächst organisatorische Verzahnungen und öffentliche Meinungsäußerungen auf. Aus diesem Blickwinkel ließe sich ein kontinuierlich gutes Verhältnis der beiden Institutionen ableiten. Denn der Rektor der Universität war als stellvertretender Vorsitzender im Vorstand des Universitätsbundes vertreten, während die Vertreter der Fakultäten, der Dozenten- und der Studentenschaft ein Mitsprache- und Stimmrecht im Verwaltungsrat besaßen. Hinzu kamen die Danksagungen von Seiten der Universität auf den jährlichen Hauptversammlungen für die Arbeit des Universitätsbundes, wie beispielsweise die Ansprache des Kurators 1924. Eine abschließende und konkrete Bewertung des tatsächlichen Verhältnisses ist allerdings erst nach einer Betrachtung der internen Vorgänge zwischen Universitätsbund und Universität möglich, wozu die Abläufe im Umfeld des 400jährigen Universitätsjubiläums einen passenden Zugang bieten.

Aus Anlass des Jubiläums ehrte die Universität zahlreiche Personen, die sich um die Marburger Universität verdient gemacht hatten. Dabei ernannte sie nicht nur neue Ehrensensoren, sondern wandelte die bisher gewürdigten Ehrenbürger in ebensolche um. Davon waren sowohl Haeuser als Vorsitzender als auch Pfeiffer als Schatzmeister des Universitätsbundes betroffen, denn sie zählten zu den nur vier Ehrenbürgern der Uni-

⁴⁹¹ Zwar wurden das Wohnheim der Hessischen Stipendiatenanstalt und die Religionskundliche Sammlung innerhalb der Schlossgebäude untergebracht, aber die Gründung eines Forschungszentrums wurde nicht realisiert. LOSEMAN, Schloßplan, S. 402f.

versität und damit zu einem exklusiven Kreis von Persönlichkeiten.⁴⁹² Beide fühlten sich durch die Umwandlung ihrer Ehrenbürger- in eine Ehrenszenatorwürde herabgesetzt, weil sie ihre Verdienste um die Marburger Universität und ihr Engagement im Universitätsbund, für die sie ursprünglich in hervorgehobener Weise geehrt worden waren,⁴⁹³ nicht ausreichend gewürdigt sahen.⁴⁹⁴

Auf den Versuch des noch amtierenden Rektors, Professor Dr. Wilhelm Busch, den Streit dadurch beizulegen, indem er versicherte, die Abgrenzung zu den neuen Ehrenszenatoren bestünde darin, dass es neben der Aufführung der früher Geehrten an der Spitze der Ehrenliste auch noch einen „geistigen Trennstrich“ gebe,⁴⁹⁵ antwortete Haeuser mit harschen Worten. Er betonte erneut, durch die Umwandlung seien die langjährigen Verdienste des Universitätsbundes nicht gewürdigt worden, zumal dieser sehr viel mehr für die Universität getan habe als die neu Geehrten. Zudem fühle er sich persönlich getroffen, da er stolz gewesen sei, zu den vier Ehrenbürgern der Universität zu gehören. Nach der Umwandlung sei er jedoch nur noch einer unter vielen. Außerdem kritisierte Haeuser, andere verdiente Personen aus dem Universitätsbund seien bei den neuen Ehrungen nicht berücksichtigt worden. Sein Vorwurf an Rektor Busch gipfelte in dem Satz: „*Es ist eine schlechte Politik der Universität, die besten Freunde zu kränken.*“⁴⁹⁶ Ähnlich argumentierte Pfeiffer, der in der Zwischenzeit einen Rückzug vom Amt des Schatzmeisters erwogen hatte,⁴⁹⁷ in seiner Erwiderung an Busch. Dabei forderte er durch eine spezielle Auszeichnung der Universität oder ähnliches eine öffentliche Abgrenzung von den übrigen Geehrten.⁴⁹⁸

⁴⁹² Die im Folgenden benutzten Quellen befinden sich am Ende der Akte HSTAM Bestand 305a Acc. 1976/19, Nr. 3498 in einem Briefumschlag mit der Aufschrift „Beschwerde Haeuser“.

⁴⁹³ „Rektor und Senat der Philipps-Universität ernennen Herrn Banker Dr. Ludwig Pfeiffer in Cassel zum Ehrenbürger der Universität in Anerkennung seiner langjährigen, mit Hingebung geleisteten Arbeit zum Nutzen der Universität, insbesondere seiner wertvollen und erfolgreichen Hilfe bei Begründung und Verwaltung des Universitätsbundes. Marburg, den 6. März 1923 [...]“. Entwurf des Briefes zur Ehrung von Pfeiffer zum Ehrenbürger, in: HSTAM Bestand 305a, Acc. 1976/19, Nr. 3598, Bl. 7. Haeuser hatte die Ehrung bereits 1921 erhalten: „Verleihung des Titels „Ehrenbürger der Universität“ Die Deputation schlägt dem Senat vor, an besonders verdiente Männer und Frauen den Titel „Ehrenbürger der Universität Marburg“ zu verleihen. Der Senat ist mit dem Vorschlag einverstanden [...]. Nachdem mit diesem Beschluss die neue Würde geschaffen war, wurde vom Rektor mitgeteilt, dass die Universitäts-Deputation den Antrag stelle, den Vorsitzenden des Universitätsbundes Geheimrat Dr. Haeuser in Höchst a.M. und Kunstmaler Professor Dr. Ubbelohde in Gossfelden, zwei um die Universität sehr verdiente Männer, zu Ehrenbürgern zu ernennen.“ Abschrift aus dem Senats-Protokoll vom 16. Juli 1921, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1950/9, Nr. 538, Bl. 6.

⁴⁹⁴ So Pfeiffer in einem Brief an Geschäftsführer Lehr Anfang August 1927. HSTAM Bestand 305a Acc. 1976/19, Nr. 3498, Briefumschlag am Ende.

⁴⁹⁵ Rektor Busch an Haeuser am 10. August 1927. EBD.

⁴⁹⁶ Antwort von Haeuser an Rektor Busch am 15. August 1927. EBD.

⁴⁹⁷ Haeuser drückte in seinem Brief an Rektor Busch die Hoffnung aus, dass Pfeiffer trotz des Vorfalls im Amt bleibe. Antwort von Haeuser an Rektor Busch am 15. August 1927. EBD.

⁴⁹⁸ Pfeiffer an Rektor Busch am 17. August 1927. EBD.

Diese Reaktionen offenbarten deutlich das Selbstverständnis der beiden Männer. Sicherlich handelten sie vor allem aus Verbundenheit zu ihrer Universität so engagiert im Universitätsbund und wussten auch, dass sie nur ideelle Gegenleistungen und Anerkennung als Dank erhalten würden. Wenn aber diese wenigen Möglichkeiten von der Universität nicht genutzt beziehungsweise Verdienste nicht ausreichend herausgestellt wurden, erwies sich die nach außen so enge Beziehung als sehr zerbrechlich. Letztlich gelang es erst dem neuen Rektor, dem Theologen Prof. Dr. Hans Freiherr von Soden,⁴⁹⁹ den Streit beizulegen, indem er zusagte, die früheren Ehrenbürger mit einer Ehrenkette von den neuen Ehrensensoren abzuheben.⁵⁰⁰ Zudem war von Soden in der Folgezeit bemüht, dem Universitätsbund mehr Wertschätzung entgegen zu bringen. Dies geschah auf zweierlei Weise.

Zum einen bekam der Universitätsbund Gelegenheit, in der Universitätschronik des Jahres 1927 erstmals seit seinem Bestehen in einem eigenen Kapitel seine Arbeit darzustellen.⁵⁰¹ In den vorangegangenen Ausgaben der Chronik wurde über die Aktivitäten des Bundes nicht berichtet, was sicher ein weiterer Beleg der fehlenden Wertschätzung von Seiten der Universität für die Arbeit des Bundes ist. Zum anderen wertete der Senat der Universität die Hauptversammlungen des Bundes durch einen Beschluss vom 16. Juni 1928 auf, in welchem er auf eine eigene Feierstunde zur Verleihung von Ehrentiteln verzichtete und dies nun im Rahmen der Hauptversammlung stattfinden ließ:

„Die Jahresversammlung des Universitätsbundes soll künftig immer als eine Veranstaltung der Universität gelten. Der Rektor bittet dringend, dass alle Dozenten, die noch nicht Mitglieder des Universitätsbundes sind, diesem bald beitreten und dass sich alle Dozenten bei den Feierlichkeiten der Jahresversammlung beteiligen und nicht nur die, die Anträge auf Bewilligung von Unterstützungen gestellt haben. [...] Die Hauptversammlung des Universitätsbundes soll auch dadurch feierlich gestaltet werden, dass den 4 ältesten Ehrensensoren Haeuser, Horst, Pfeiffer und Sardemann die jetzt gefertigte Medaille am Bande durch den Rektor überreicht wird. Ferner werden vom Kleinen Senat die Professoren Dr. Duden und Dr. Mengel zur Ernennung zu Ehrensensoren präsentiert.“⁵⁰²

Die beiden letztgenannten Herren erhielten ihre Ehrungen aufgrund ihrer Verdienste um den Universitätsbund, wie Rektor von Soden in der Hauptversammlung am 1. Juli 1928 erklärte.⁵⁰³ Dort führte er auch aus, was unter einer „Veranstaltung der Universität“ zu verstehen war: „[...] daß von nun an die Hauptversammlung des Universitätsbundes für

⁴⁹⁹ CATALOGUS PROFESSORUM Bd. 2, S. 47f.

⁵⁰⁰ Briefwechsel von Rektor Soden mit Haeuser im November 1927, in: HStAM Bestand 305a Acc. 1976/19, Nr. 3498, Briefumschlag am Ende.

⁵⁰¹ CHRONIK der Preussischen Universität Marburg für das Rechnungsjahr 1927, XXXIII. Jahrgang, S. 86f.

⁵⁰² Protokoll der Sitzung des Großen Senats vom 16. Juni 1928, in: HStAM Bestand 305a Acc. 1975/79, Nr. 1338.

⁵⁰³ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 21, September 1928, S. 27.

*die Universität die Gelegenheit sein sollte, die um die alma mater besonders verdienten Männer zu ehren.*⁵⁰⁴ Außerdem forderte der zitierte Senatsbeschluss die Dozenten der Universität auf, verstärkt an den Veranstaltungen im Rahmen der Hauptversammlung teilzunehmen. Dabei sprach der Senat explizit auch diejenigen an, die bisher vom Universitätsbund nicht gefördert worden waren. Die Tatsache, dass eine solche Formulierung gewählt wurde, lässt ebenfalls auf das mäßige Interesse der Universität an der Arbeit des Universitätsbundes schließen. Nur die Dozenten, die dem Bund eine Unterstützung zu verdanken hatten, waren anscheinend bereit, an der Hauptversammlung teilzunehmen.

Dem Rektor und dem Senat war es also wichtig, die Auseinandersetzungen nach dem Jubiläum nicht nur durch die geforderte Ehrung zu beenden, sondern durch weitere Maßnahmen dem Vorstand des Bundes zu zeigen, wie sehr seine Arbeit anerkannt und honoriert wurde. Deshalb ist davon auszugehen, dass die finanziellen und ideellen Leistungen des Bundes eine große Bedeutung für die Universität hatten.⁵⁰⁵

Der Universitätsbund war nicht nur für die Universität von Bedeutung, sondern wirkte auch sehr stark nach außen, das heißt aus dem direkten Umfeld der Marburger Hochschule hinaus. Er tat dies nicht nur bei größeren Projekten wie dem Jubiläumsbau, sondern vor allem auch in seiner satzungsgemäßen alltäglichen Arbeit.

4. Die Versuche zur Verbesserung der Außenwirkung des Universitätsbundes

Der Universitätsbund verfügte über mehrere Möglichkeiten, sich nach außen hin darzustellen und damit gleichzeitig auch seinem satzungsgemäßen Auftrag, den Kontakt zwischen der Wissenschaft und der Praxis beziehungsweise der Bevölkerung zu verbessern und zu intensivieren, näher zu kommen. Dazu bemühte sich der Universitätsbund unter anderem um den Transfer der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in Marburg zur interessierten Öffentlichkeit. Hierzu dienten neben den Mitteilungen auch die Vortragsveranstaltungen, die in der zweiten Phase der 1920er Jahre, wie bereits erwähnt, einen starken Aufschwung erlebten. Allerdings sagt diese Tendenz, ähnlich wie die steigenden Mitgliederzahlen und Vermögenswerte, nichts über eine auch tatsächlich erfolgte Verbesserung des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Praxis aus. Auch

⁵⁰⁴ EBD.

⁵⁰⁵ Im weiteren Verlauf des Untersuchungszeitraums gab es keine Auseinandersetzungen dieses Ausmaßes mehr. Dies geschah selbst dann nicht, als ein auf den ersten Blick als Konkurrenzorganisation zu bewertendes Gremium wie der Universitätsbeirat eingerichtet werden sollte. Siehe hierzu Kapitel VII.5. Dass es auch zu heftigeren Auseinandersetzungen zwischen Universität und Förderverein kommen konnte, belegt das Beispiel Würzburg, das Schäfer ausführlich untersucht. SCHÄFER, Freunde und Förderer der Universität Würzburg, S. 85-96.

die steigende Zahl der Vortragsveranstaltungen belegt nicht, dass eine Verbindung zu weiteren Kreisen der Öffentlichkeit geschaffen wurde, denn verlässliche Angaben über die Besucherstruktur liegen in den Quellen nicht vor. Diese wären aber für die Feststellung notwendig, wie viele Nicht-Mitglieder zu den Vorträgen kamen und auf diese Weise ihr Interesse für die Wissenschaft (wieder)entdeckt haben. Auch die Mitteilungen belegen letztlich nur, dass die circa 3.000 Mitglieder des Universitätsbundes zahlreiche Informationen über die universitäre Forschung in Marburg erhalten haben. Ob die Mitglieder sie aber auch gelesen und die Informationen weiter getragen haben, lässt sich nicht ermitteln und wird sehr unterschiedlich geschehen sein.

Des Weiteren versuchte der Universitätsbund im Rahmen der jährlichen Hauptversammlungen, Vertreter der Wissenschaft und der Praxis einander näher zu bringen. Denn zum Programm gehörten nicht nur die Gremiensitzungen, sondern auch Festakte, zu denen der Vorstand regelmäßig Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einlud. Die Reaktionen dieser Personen auf die Einladungen könnten ein weiterer Indikator für die Außenwirkung des Universitätsbundes sein und werden daher im Folgenden genauer betrachtet.

Der Universitätsbund startete ab dem Jahr 1928 den Versuch, die Hauptversammlung für eine verbesserte Außendarstellung zu nutzen. Hierzu lud Schriftführer Troeltsch im Namen des Universitätsbundes unter anderem Industrielle aus Hessen und anderen Ländern, alle hessischen Landräte, weitere Politiker, Justizbeamte sowie bedeutende Wissenschaftsförderer wie Friedrich Schmidt-Ott oder Carl Duisberg⁵⁰⁶ ein und formulierte das Ziel des Bundes wie folgt:

*„Mehr als in früheren Jahren soll diese Veranstaltung diesmal die enge Verbundenheit von Heimat und Universität zum Ausdruck bringen. Ich würde es daher gerne begrüßen, wenn Sie uns die Freude machen würden, diesen Veranstaltungen beizuwohnen.“*⁵⁰⁷

Besonderes Augenmerk richtete der Universitätsbund auf die Stadt Kassel, aus der er über 75 Personen, wie zum Beispiel Rechtsanwälte, Bankdirektoren, Mediziner und Industrielle, einlud. Im Anschluss an die Bitte, an der Hauptversammlung teilzunehmen, führte Troeltsch in seinem Anschreiben die Gründe für die Einladung aus:

„Unsere Bitte gründet sich auf den Zweck des Bundes, die Universität mit unserer Provinz in engste Fühlung zu bringen. Der Bund hat durch seine Vorträge und Bundesgruppen grossen Anklang bei der Bevölkerung des Landes gefunden. Leider fehlt aber noch eine ausreichende aktive Beteiligung weiter Kreise an den Veranstaltungen des Bundes. Wir legen deshalb besonderen Wert darauf, dass Sie durch Ihre Teilnahme einen Einblick in die Tätigkeit und Wichtigkeit des Univer-

⁵⁰⁶ Die Listen sind abgeheftet in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 12, ohne Blattzählung.

⁵⁰⁷ Die verschiedenen Einladungen von Mitte Juni 1928 sind zu finden in: EBD., ohne Blattzählung.

*sitätsbundes gewinnen und einen Eindruck davon bekommen, was der Bund bisher geleistet hat, und welche Bedeutung er für die Universität und das Land besitzt. Wir möchten ferner die führenden Persönlichkeiten von Handel und Industrie nicht nur mit den Dozenten der Universität, sondern auch mit den Spitzen der Behörden und allen anderen Kreisen, die für unseren Bund in Frage kommen, in engste Berührung bringen und dadurch die Versammlungen des Universitätsbundes zu einem Treffen aller der Kreise machen, deren Zusammenfassung von besonderer Bedeutung für unseren Bezirk ist.*⁵⁰⁸

Die „Bilanz“ des Schriftführers fällt durchaus selbstkritisch aus. Zwar hob er zu Recht den Erfolg der Bundesgruppen und der Vortragsveranstaltungen hervor, zugleich gestand er aber ein, es sei dem Bund bisher nicht in ausreichendem Maße gelungen, weite Kreise für den Universitätsbund zu interessieren. Demnach kann die Wirkung des Universitätsbundes auch an der Resonanz der eingeladenen Personen eingeschätzt werden, wobei das Urteil für den Universitätsbund zunächst nicht positiv ausfällt. In den Akten finden sich, wenn überhaupt Antworten vorliegen, nur Absagen. Diese wurden sehr oft mit Terminschwierigkeiten begründet.⁵⁰⁹ Zu den eingeladenen Ehrengästen und ihrer Resonanz ist weder im Bericht in den Mitteilungen noch in dem Artikel über die Hauptversammlung in der Oberhessischen Zeitung ein Kommentar zu finden. Dies deutet sehr stark darauf hin, dass das geplante Treffen von Vertretern aller relevanten gesellschaftlichen Kreise nicht so stattgefunden hat, wie es sich der Vorstand ursprünglich vorgestellt hat, was aber vor allem auch am späten Versand der Einladungen gelegen haben dürfte. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Versuche in den folgenden Jahren entwickelten, denn erst dann kann eine abschließende Beurteilung vorgenommen werden.

In den Jahren 1929 und 1930 setzte der Vorstand seine Bemühungen innerhalb des gleichen Personenkreises fort, wobei er sich 1929 explizit auf die bereits im Vorjahr ergangene Einladung bezog. Wiederum zeigen die in den Akten enthaltenen Antworten ein deutliches Bild. 1929 war mit 95% der Antworten eine Absage verbunden, im darauffolgenden Jahr blieben zwar etliche Antworten aus, jedoch erhielt der Vorstand zehn Zusagen gegenüber 35 Absagen.⁵¹⁰ Keinen weiteren Aufschluss über den Erfolg der Einladungen bringt die Festrede des Vorsitzenden Haeuser, die in den Mitteilungen abgedruckt ist. Darin begrüßte er zwar zu Beginn „eine stattliche Zahl hochansehnlicher, lieber und werter Ehrengäste“, benannte aber im Folgenden als konkrete Teilnehmer

⁵⁰⁸ Das Schreiben und die Liste der eingeladenen Personen finden sich in: EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁰⁹ EBD., ohne Blattzählung. Zudem musste der Schriftführer in seinem Bericht über die Hauptversammlung, den er in den Mitteilungen veröffentlichte, auch konstatieren, dass „[...] besonders die auswärtigen Mitglieder nach ihrer starken Beteiligung am vorjährigen Universitätsjubiläum diesmal nur schwach vertreten waren.“ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 21, September 1928, S. 26.

⁵¹⁰ Die jeweiligen Aufstellungen mit Vermerk der eingegangenen Reaktionen sind in folgenden Akten überliefert: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 12 und 13, ohne Blattzählung.

nur den Lehrkörper der Universität und die Vertreter der Studentenschaft.⁵¹¹ Somit bleibt offen, wie viele der eingeladenen Persönlichkeiten tatsächlich nach Marburg gekommen waren.

Aus dieser offensichtlich sehr ernüchternden Resonanz zog der Vorstand in der Form Konsequenzen, dass er im Jahre 1931 deutlich weniger Persönlichkeiten zu seiner Hauptversammlung einlud. Er konzentrierte sich dabei auf Politiker und Behördenleiter sowie Industrielle und Bankdirektoren, die vor allem aus Kassel stammten. Die Landräte hingegen wurden nicht mehr eingeladen. Die positiven Reaktionen blieben allerdings sowohl absolut als auch in Relation gesehen aus.⁵¹² Dies hatte zur Folge, dass der Vorstand wiederum ein Jahr später komplett auf besondere Einladungen zur Hauptversammlung verzichtete. Lediglich Schatzmeister Pfeiffer lud sechs Kasseler Persönlichkeiten, darunter den Oberbürgermeister und den Präsidenten des Oberlandesgerichts, direkt ein, von welchen dann immerhin die Hälfte auch tatsächlich teilnahm.⁵¹³

Insgesamt gesehen scheiterte der Universitätsbund also mit seinen Bemühungen, die Veranstaltungen rund um die jährliche Hauptversammlung zu einem großen gesellschaftlichen Treffpunkt über seine Mitglieder hinaus werden zu lassen. Warum die diversen Persönlichkeiten den Einladungen nicht folgten oder sie ignorierten, bleibt unklar. Es ist, abgesehen von terminlichen Schwierigkeiten bei einigen Eingeladenen, zu vermuten, dass sie ein solches Forum nicht benötigten, da es andere Kontaktmöglichkeiten gab. Viele könnten aber dem Universitätsbund einfach keine große Bedeutung beigemessen haben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, ob der Universitätsbund während der Zeit des Nationalsozialismus einen weiteren Anlauf unternahm, die Hauptversammlung als einen Treffpunkt des öffentlichen Lebens herauszustellen und wie dann gegebenenfalls die Reaktionen der Angeschriebenen ausfielen. Bevor jedoch die Entwicklung der Außenwirkung in der Zeit des Nationalsozialismus eingehender untersucht wird, ist nach der politischen Einstellung des Universitätsbundes in der Weimarer Zeit zu fragen. Diese Analyse bietet dann auch Vergleichs- und Interpretationsmöglichkeiten für das Handeln des Bundes unter der nationalsozialistischen Herrschaft.

⁵¹¹ Festrede von Haeuser im Bericht über die Hauptversammlung am 14. und 15. Juni 1930, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 29, August 1930, S. 27.

⁵¹² So sagten lediglich drei Personen zu, aber 18 ab. Handschriftlich wurde vermerkt, dass noch vier weitere auswärtige Gäste teilgenommen hätten. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 13, ohne Blattzählung.

⁵¹³ EBD., ohne Blattzählung.

5. Die Haltung des Universitätsbundes zur demokratischen Staatsform unter besonderer Berücksichtigung des Vorsitzenden Haeuser

Die Haltung des Universitätsbundes zur demokratischen Staatsform und zur Weimarer Republik lässt sich an mehreren Indikatoren ablesen. Hierzu zählen zum einen die öffentliche Ausgestaltung der jährlichen Hauptversammlung und zum anderen interne Vorgänge innerhalb des Vorstandes und bezüglich des Umgangs mit Bundesgruppen. Dabei werfen vor allem die Abläufe im Vorstand Fragen nach der Amtsführung des Vorsitzenden Haeuser auf.

Ein Vorkommnis belegt zunächst, dass im Universitätsbund auch demokratische Handlungsweisen möglich waren. Die Zahl, aber auch die Größe der Bundesgruppen war in den 1920er Jahren stets gewachsen, wodurch sich *„ein Missverhältnis zwischen der Zahl der Ortsgruppen und ihrer Vertretung im Verwaltungsrat herausgebildet“*⁵¹⁴ hatte. Dieser Entwicklung trug der Universitätsbund durch eine Satzungsänderung von 1929 Rechnung, in welcher er auf Initiative von Schriftführer Troeltsch⁵¹⁵ die Zahl der Vertreter der Bundesgruppen im Verwaltungsrat erhöhte,⁵¹⁶ womit in diesem Gremium dann zunächst zwölf statt bis dahin acht Bundesgruppen vertreten waren. Während damit einerseits mehr Mitgliedern ein Mitspracherecht gegeben wurde, versprach sich Troeltsch von dieser Satzungsänderung eine erhöhte Motivation der Bundesgruppen für die Mitgliederwerbung und eine engere Verknüpfung des Bundes mit seinen Ortsgruppen.⁵¹⁷ Allerdings blieb dieses demokratische Grundverständnis ein Einzelfall, wie die folgenden Ausführungen zeigen.

⁵¹⁴ So Troeltsch in einem Brief an Haeuser am 16. Februar 1929, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung.

⁵¹⁵ Dieser schlug in seinem Brief an Haeuser vom 16. Februar 1929 als mögliche Satzungsänderung vor, mindestens die Hälfte der Bundesgruppen zu berücksichtigen, wenn sie mindestens 75 bis 80 Mitglieder hätten. Allerdings gab er zu Bedenken, *„[...] dass durch eine erhebliche Vermehrung der Ortsgruppen-Vertreter im Verwaltungsrat eine Verlagerung des Abstimmungsgewichtes zu Ungunsten der Universität eintritt. Dieser Entwicklung liesse sich an sich durch eine entsprechende Vermehrung auf der Marburger Seite leicht entgegenreten. Doch möchte ich ihr nicht das Wort reden, da nach den bisherigen Erfahrungen in den Verwaltungsratssitzungen kaum mit einer besonderen dem Bunde nachteiligen Aktivität der Ortsgruppenvertreter zu rechnen sein wird und der Verwaltungsrat dann zu gross werden würde.“* EBD., ohne Blattzählung. Haeuser stimmte dem Vorschlag wenige Tage später zu und nahm auch zu den Bedenken von Troeltsch Stellung: *„Die Vermehrung der Vertreter der Ortsgruppen im Verwaltungsausschuss scheint mir in jeder Hinsicht harmlos. Dagegen würde ich Bedenken haben, wenn mit dieser Vermehrung gleichzeitig entsprechend dem bisherigen Verhältnis eine Vermehrung der Vertreter der Dozentenschaft erfolgen sollte. Es würde hier zu weit führen, die Gründe für meine Bedenken näher darzulegen. Ich möchte daher bitten, falls in letzterer Hinsicht Wünsche hervortreten sollten, die ganze Frage der Statutenänderung in der Schwebe zu lassen.“* Haeuser an Troeltsch am 19. Februar 1929, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁵¹⁶ Die Mitgliederversammlung stimmte dem Vorschlag des Vorstandes zu, künftig der Hälfte der Bundesgruppen einen Sitz im Verwaltungsrat zu geben, sofern sie mindestens 70 Mitglieder hatten. Zum Beschluss des Vorstandes: Protokoll der Vorstandssitzung vom 1. März 1929. EBD., ohne Blattzählung. Über die Satzungsänderung berichtete die OZ am 13. Mai 1929, S. 5 und der Universitätsbund in seinen MITTEILUNGEN Nr. 25, August 1929, S. 26.

⁵¹⁷ So begründete Troeltsch seine Initiative in dem erwähnten Schreiben an Haeuser. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung.

Einen ersten Anhaltspunkt für die politische Einstellung des Universitätsbundes vermittelt bereits die Hauptversammlung im Jahre 1921. Haeuser übertrug in seiner Ansprache das Bild der Gemeinschaft des Universitätsbundes auf das deutsche Volk, welches seiner Meinung nach keine „Einheitsfront“ bildete:

*„Auch in dieser Hinsicht soll unser Univ.-Bd. durch sein Beispiel aufklärend wirken, ein Beispiel, das auch hoffentlich auf die Studentenschaft hier in Marburg einen guten Einfluß haben wird. Wir wollen hinwegsehen über die Gegnerschaften, die uns in politischer, religiöser und wirtschaftlicher Richtung trennen; wir wollen uns auf den gemeinschaftlichen Boden unserer gemeinsamen deutschen Kultur stellen und auf den Boden der gemeinsamen Arbeit für unser Volk. Jeder gute Deutsche soll uns willkommen sein.“*⁵¹⁸

Diese versteckte Kritik am Parteiensystem der Weimarer Republik und der Ruf nach mehr Patriotismus wurde durch Haeuser noch verstärkt, indem er auf die Sonnenwendfeier, die am Vorabend am Bismarckturm stattgefunden hatte, Bezug nahm:

*„Meine Damen und Herren, wer gestern diese erhebende Feier oben am Bismarckturm mitgemacht hat, der wird gehobenen Geistes von dannen ziehen. Der erfrischende Eindruck der kräftigen Jugend, die patriotischen Töne, die dort erklangen, erfüllen uns alle mit frohem Mut. Und namentlich unsere Freunde, die aus dem besetzten Gebiet kommen, denen es ja weder gestattet ist, deutsche Fahnen herauszuhängen, noch patriotische Lieder zu singen, für sie war das, was sie gehört und gesehen, eine wahre Herzenserquickung.“*⁵¹⁹

Diese Besinnung auf Bismarck und das Kaiserreich wurde in den folgenden Jahren als fester Programmpunkt der jährlichen Feierlichkeiten des Bundes installiert, was seine konservative Gesinnung und seine ablehnende Haltung zur Weimarer Republik frühzeitig verdeutlichte. Haeusers Haltung entsprach dabei der vieler Universitätsangehöriger während der Weimarer Zeit, die das Kaiserreich mit der Gegenwart verglichen und zugleich den Wunsch nach einem Wiedererstarken Deutschlands äußerten.⁵²⁰ In diesem Sinne sind auch seine abschließenden Worte, in denen er seine Wünsche für das Universitätsjubiläum äußerte und damit die Argumentationslinie des Dezember-Aufrufes fortsetzte, zu verstehen:

⁵¹⁸ Ansprache von Haeuser, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 11, ohne Blattzählung.

⁵¹⁹ EBD.

⁵²⁰ SONTHEIMER, Kurt: Die Haltung der deutschen Universitäten zur Weimarer Republik, in: Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966, S. 24-42, hier S. 30f. Siehe auch LIT, Theodor: Hochschule und öffentliches Leben in der Weimarer Republik, in: Grimme, Adolf/Zilius, Wilhelm (Hrsg.): Kulturverwaltung der zwanziger Jahre. Alte Dokumente und neue Beiträge, Stuttgart 1961, S. 49-59, S. 51: „Es blieb bei der ablehnenden, wo nicht feindseligen Haltung, die die Vertreter der Wissenschaft gegenüber dem neuen Staate meinten einnehmen zu sollen.“ Heiber erklärt diese Haltung durch die Aussage, dass der Alltag der Weimarer Republik nur durch die Rückschau auf die deutsche Vergangenheit zu ertragen gewesen sei. HEIBER, Helmut: Universität unterm Hakenkreuz. Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München u.a. 1991, S. 32. Siehe hierzu auch die Einschätzung von Bracher, der in der Nicht-Anerkennung des Scheiterns des Kaiserreichs die Ursache für die oppositionelle Haltung der Universitäten sieht. BRACHER, Karl Dietrich: Die Gleichschaltung der deutschen Universität, in: Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966, S. 126-142, hier S. 128.

*„So wollen wir denn hoffen, daß es uns mit Unterstützung unseres Bundes gelingt, unsere liebe Universität Marburg durch die Drängnisse der Zeit hindurchzuführen, daß es uns vergönnt sein wird, in einem neuen, besseren, schöneren Deutschland im Jahre 1927 in vollem Glanz die 400jährige Jubelfeier unserer Universität zu begehen.“*⁵²¹

Zwar ist unklar, was er mit einem „neuen, besseren, schöneren Deutschland“ verband, aber es ist wohl unzweifelhaft, dass er damit kein Bekenntnis zur Weimarer Republik abgegeben hat. Dieser Eindruck verstärkt sich bei einer Betrachtung der folgenden Jahre.

1922 übernahm der Universitätsbund, wie bereits ausführlich untersucht,⁵²² die Verwaltung der Kaiser-Wilhelm-Stiftung. Am 8. Mai 1922 dankte der Universitätsbund sowohl dem Staatsminister und späterem ersten Kurator der Stiftung, Trott zu Solz, als auch Wilhelm II. für deren Vertrauen:

*„Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehrt sich der Universitätsbund Marburg für Deren hochherzige und grosse Spende seinen ehrerbietigsten und aufrichtigsten Dank auszusprechen. [...] Besonders aber auch dafür, dass Eure Majestät unserem Universitätsbund das Vertrauen geschenkt haben, ihm die Verwaltung der Stiftung zu übertragen. Wir werden mit allen Kräften bemüht sein, dies Vertrauen zu rechtfertigen. Zugleich kann ich nicht unterlassen, auch im Namen der Universität Marburg und ihrer Studenten den ehrerbietigsten Dank dafür auszusprechen, dass Eure Majestät einen Weg gefunden haben, das der Universität zugedachte Vermögen zu erhalten. In höchster Ehrerbietung Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät gehorsamster Universitätsbund Marburg.“*⁵²³

Der tiefe Respekt gegenüber Wilhelm, der dem Brief zu entnehmen ist, sowie die Beflissenheit, mit der Wilhelm weiterhin als Kaiser angesprochen wird, vermitteln den Eindruck eines der Monarchie nachtrauernden Universitätsbundes und damit mangelnder Identifizierung mit der demokratischen Staatsform der Weimarer Republik. Mag diese Haltung in der Korrespondenz mit dem abgetretenen Kaiser noch eher der Höflichkeit und der Dankbarkeit geschuldet sein, so wird der Eindruck von der Haltung des Universitätsbundes zum Kaiserreich beziehungsweise zur Weimarer Republik durch die Terminierung der Hauptversammlungen bestärkt. Denn der Universitätsbund versuchte seine Tagungen möglichst weiterhin zur Zeit der Sonnenwende abzuhalten, um seinen Mitgliedern und Gästen die Teilnahme an der Sonnwendfeier der Studentenschaft zu ermöglichen.⁵²⁴ Die große Bedeutung der Sonnwendfeier für die Hauptversammlungen

⁵²¹ Ansprache von Haeuser, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 11, ohne Blattzählung.

⁵²² Siehe hierzu Kapitel IV.4. und Kapitel V.1.

⁵²³ Beide Schreiben in HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 75, ohne Blattzählung.

⁵²⁴ Zur Wirkung solcher Symbole, die sich auch bei den Reichsgründungsfeiern der Universitäten zeigten, siehe REIMANN, Bruno W.: Hochschule zwischen Kaiserreich und Diktatur, in: Knigge-Tesche, Renate (Hrsg.): Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat, Frankfurt a.M. 1999, S. 11-25, hier S. 16. Für die Marburger Universität betonte bereits Seier die Beliebtheit dieser Feste.

und damit für den Universitätsbund als Ganzem zeigte sich auch im Jahre 1923: „*Der eindrucksvollste Teil war auch diesmal die Feier an der Bismarcksäule, wo der Rektor und ein Student schöne vaterländische Ansprachen hielten.*“⁵²⁵ Über die Sonnenwendfeiern in der Weimarer Republik urteilt Ulrich Hussong wie folgt: „Nicht unbedingt republikfeindlich, aber auch nicht zur Identifikation mit dem bestehenden Staat beitragend.“⁵²⁶ Damit nahm der Universitätsbund auch an der Verehrung des ehemaligen Reichskanzlers Bismarck teil, die sich laut Hedinger in der Weimarer Republik von der statischen zu einer revisionistischen Funktion mit dem Ziel gewandelt hatte, die durch den Krieg erlittenen Verluste zurückzugewinnen.⁵²⁷

Eine besondere politische Ausrichtung über die Sonnenwendfeiern hinaus bekam die Hauptversammlung im Jahre 1925 durch die Verbindung mit den Rheinlandfeiern⁵²⁸ der Universität, der Stadt und der Studentenschaft, wobei letztere ihre Veranstaltung gleichzeitig auch als Sonnenwendfeier deklariert hatte. Daher verzichtete der Universitätsbund auf einen eigenen Festredner und nahm stattdessen am akademischen Festakt der Universität teil, bei dem Prof. Stengel den Vortrag über das Thema „Rheinland und Reich“ hielt.⁵²⁹ Daran schlossen sich die Feiern der Stadt und der Studentenschaft an. In den Mitteilungen wurden die Erlebnisse wie folgt zusammengefasst:

*„Es muß hier genügen, aus der Fülle der trefflichen zu Herzen gehenden Reden bei beiden Gelegenheiten diejenige des Vorsitzenden unserer Essener Bundesgruppe, Herrn Rechtsanwalt Dr. Grimm, herauszuheben, der als einer der Festredner auf dem Stadion [dort fand die Feier der Stadt statt, JP] es vorzüglich verstand, die Tausend-Jahrfeier der Rheinlande den unzähligen begeisterten Zuhörern als Gedenktag des ganzen deutschen Volkes nahe zu bringen [...]“*⁵³⁰

SEIER, Hellmut: Radikalisierung und Reform als Probleme der Universität Marburg 1918-1933, in: *Academia Marburgensis. Beiträge zur Geschichte der Philipps-Universität Marburg*, Bd. 1, Marburg 1977, S. 303-352, hier S. 319.

⁵²⁵ Bericht des Universitätsbundes an Haeuser vom 27. Juni 1923, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung.

⁵²⁶ HUSSONG, Ulrich: *Der Bismarckturm in Marburg*, Marburg 1993. (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur, Bd. 47), S. 70.

⁵²⁷ HEDINGER, Hans-Walter: *Bismarck-Denkmäler und Bismarck-Verehrung*, in: Mai, Ekkehard/Waetzoldt, Stephan (Hrsg.): *Kunstverwaltung, Bau- und Denkmalpolitik im Kaiserreich*, Berlin 1981 (Kunst, Kultur und Politik im Kaiserreich, Bd. 1), S. 277-314, hier S. 301. Der Universitätsbund bediente mit der Teilnahme an den Sonnenwendfeiern diese Bewegung und grenzte sich nicht von ihr ab, sondern genoss die damit verbundenen Erinnerungen und Stimmungen.

⁵²⁸ Die Feiern fanden anlässlich der 1000jährigen Zugehörigkeit des Rheinlandes zum deutschen Staatsgebiet statt. WEIN, Franziska: *Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919-1930*, Essen 1992. (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 33), S. 123-134.

⁵²⁹ Der Vortrag ist abgedruckt in den MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 8, September 1925, S. 1ff.

⁵³⁰ EBD., S. 5. Grimm hatte bereits beim Begrüßungsabend den Mitgliedern des Universitätsbundes „*ein eindrucksvolles Bild von der Zeit der Ruhrbesetzung und aus seiner aufopfernden Tätigkeit als Verteidiger entworfen.*“ Ebd.

Der Universitätsbund reihte sich in die Folge der Festveranstaltungen ein, in deren Zusammenhang Franziska Wein wie folgt über die Einstellung der Deutschen urteilt: „1925 zeigte sich, daß es den Deutschen – und gewiß nicht nur ihnen – an der notwendigen inneren Abrüstung fehlte, die ein erfolgreicher Friedens- und Entspannungskurs ihrer Regierung erforderte.“⁵³¹ Der Universitätsbund förderte und unterstützte diese Tendenzen durch die Teilnahme an den Marburger Kundgebungen, wodurch er gleichzeitig erneut seine eigene politische Einstellung demonstrierte.

In den folgenden Jahren verhinderten die Ereignisse im Vorfeld des Universitätsjubiläums, wie zum Beispiel die Grundsteinlegung für den Jubiläumsbau im Jahre 1926, eine Verbindung der Hauptversammlung mit der Sonnenwendfeier. Nach dem Abschluss der Jubiläumsfeierlichkeiten jedoch versuchte Schatzmeister Pfeiffer, wieder an den bewährten Ablauf der Hauptversammlungen anzuknüpfen:

*„Ich bin aber sehr dafür, die Hauptversammlung wieder mit der Sonnenwendfeier zu verbinden, denn die letztere hat nach meinen Beobachtungen stets in besonderem Mass auf die Teilnehmer gewirkt.“*⁵³²

Trotzdem fand die Hauptversammlung in den Jahren zwischen 1928 und 1933 nicht zur Sonnenwendfeier statt, da die Termine entweder mit dem geplanten Programm der Hauptversammlung kollidierten oder einige Vorstandsmitglieder an den entsprechenden Wochenenden verhindert waren. Trotzdem nutzte Haeuser seine Ansprachen bei den Hauptversammlungen weiterhin, um seine Hoffnung auf ein wiedererstarktes Deutschland auszudrücken, wie der folgende Auszug aus seiner Rede zum 10jährigen Bestehen belegt:

„Unser Volk, in inneren Kämpfen zerklüftet und zersplittert, stöhnt unter dem Druck geistiger und wirtschaftlicher Not. Wie es aber unserem Universitätsbunde auf seinen wenn auch kleinen Gebiete [sic!] nur durch einiges Zusammenarbeiten möglich gewesen ist, unserer deutschen Wirtschaft und unserer deutschen Kultur zu dienen, so mögen auch alle Deutschen endlich erkennen, daß über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg es die Pflicht eines Jeden ist, mitzuarbeiten für das Wohl des deutschen Volkes. Nur durch gemeinschaftliche Arbeit im Dienste unseres Volkes können wir zu einer Gesundung gelangen. [...] Ein Lichtstrahl allerdings fällt in das Dunkel dieser Zeit. Noch wenige Tage, und der letzte Feind verläßt den deutschen Boden! Am 1. Juli ist Deutschland wieder frei! Möge die

⁵³¹ WEIN, Deutschlands Strom, S. 141. Gravierende Auswirkungen auf das deutsch-französische Verhältnis haben die Rheinlandfeiern aber nicht gehabt: „Die Sorgen, welche das Spektakel des rheinischen Millenniums dem Auswärtigen Amt bereiteten, waren letztlich ephemere. [...] Überhaupt haben die Ereignisse am Rhein die Verhandlungen offenbar nicht beeinträchtigt, die im Oktober 1925 nach Locarno und zu spürbaren Erleichterungen für die besetzten Gebiete führten.“ EBD., S. 142.

⁵³² Brief von Pfeiffer an Troeltsch vom 18. April 1928, in: HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 1, ohne Blattzählung.

*Morgenröte dieses Freiheitstages dem deutschen Volke neue Kraft und neuen Mut verleihen, sein Geschick zum Besten wenden.*⁵³³

In diesem Auszug ist die Abneigung gegenüber dem Parteiensystem der Republik deutlich zu erkennen, da Haeuser dazu aufruft, sich zum Wohle und zum Aufstieg Deutschlands zu vereinigen und die Gegensätze zu überwinden. Hierzu bot ihm die bevorstehende Räumung des Rheinlandes, in deren Zusammenhang er von „Feinden“ spricht, eine passende Gelegenheit.

Im Vorfeld dieser Hauptversammlung kam es zu einer Auseinandersetzung im Vorstand, die Amtsverständnis und Amtsführung von Haeuser verdeutlicht.⁵³⁴ Der Vorstand des Universitätsbundes hatte im Februar 1930 auf einer Vorstandssitzung die genaue Ausgestaltung der 10. Hauptversammlung beraten, in deren Rahmen gleichzeitig das 10jährige Bestehen des Bundes gefeiert werden sollte. Damit hatten die geplanten Veranstaltungen eine besondere Bedeutung für den Universitätsbund und sollten sich von daher auch von den bisherigen Hauptversammlungen unterscheiden. Aus diesem Grund war der Vorstand bereit, mehr finanzielle Mittel in die Gestaltung der Veranstaltungen zu investieren. Und neben einer Festgabe für die Mitglieder des Bundes⁵³⁵ organisierte der Vorstand einen Festakt mit einem auswärtigem Wissenschaftler. Als mögliche Redner waren Geheimrat Aschoff aus Freiburg, der über die Bedeutung der Sportbewegung oder die Bekämpfung der Volkskrankheiten sprechen sollte, oder als Ersatz Prof. Sauerbruch aus Berlin im Gespräch. Nach der Absage von Aschoff konnte die Zusage von Sauerbruch, der beabsichtigte, am 15. Juni 1930 über die „Hand“ zu sprechen, eingeholt werden.⁵³⁶ Zum geplanten Abendessen im Rahmen der Veranstaltungen sollte, um der Bedeutung der Korporationen, „denen der Universitätsbund durch ihre Alten Herren so viel zu verdanken hat“, gerecht zu werden, jeweils ein Vertreter derselben zum Abendessen eingeladen werden. Die Gesamtkosten der Veranstaltung sollten dabei nicht mehr als 5.000 RM betragen und aus den Beträgen der Wohlfahrtsrente gedeckt werden.⁵³⁷

Diese Planungen wurden dann jedoch Ende Mai durcheinander gebracht, da Sauerbruch am Sonntag, dem 15. Juni verhindert war, sich aber bereit erklärte, einen Tag früher seinen Vortrag zu halten. Troeltsch besprach sich mit Pfeiffer und dem Rektor und än-

⁵³³ Festrede von Haeuser am 15. Juni 1930, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 29, August 1930, S. 27f.

⁵³⁴ In diesem Zusammenhang werden auch die bisher erwähnten Spannungen im Vorstand in Bezug auf die Person des Vorsitzenden Haeuser wieder aufgegriffen und bewertet.

⁵³⁵ Damit ist der Aufsatz über den Jubiläumsbau gemeint, der bereits im Kapitel über das Universitätsjubiläum erwähnt worden ist. Siehe Kapitel V.2.2.

⁵³⁶ Der Termin, der schon in der erwähnten Vorstandssitzung ins Auge gefasst worden war, wurde nach einem Briefwechsel zwischen Troeltsch und Haeuser am 24. April 1930 endgültig festgelegt. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 13, ohne Blattzählung.

derte das Programm, so dass Sauerbruch am Samstag referieren sollte und während des Festaktes am Sonntag neben Gesangseinlagen Ansprachen des Rektors, Kurators und des Vorsitzenden gehalten werden sollten. Zudem sollte am Samstag Abend wie geplant ein Konzert stattfinden.⁵³⁸ Haeuser war jedoch mit der Neugestaltung gänzlich unzufrieden, nannte den Ablauf des Sonntags „*unmöglich*“ und forderte einen Verzicht auf Sauerbruch und damit die Organisation eines neuen Redners für den Festakt am Sonntag.⁵³⁹ Obwohl Troeltsch den Klagen von Haeuser insofern entsprach, dass er Prof. Frick als neuen Redner für den Festakt gewinnen konnte und Haeuser die Umstände der Programmänderung erläuterte,⁵⁴⁰ und auch Rektor Helm für das Verständnis des Vorsitzenden für das Vorgehen warb,⁵⁴¹ gab sich Haeuser damit nicht zufrieden und äußerte starke Kritik am Vorgehen der involvierten Vorstandsmitglieder:

*„Wenn auch kein formeller Vorstandsbeschluss am 3. Mai zustande gekommen war, so stand ich doch unter dem Eindruck, dass an diesem Tage das Programm definitiv festgelegt wurde und ich vermag nicht einzusehen, weshalb bei aller notwendigen Beschleunigung Sie sich nicht telephonisch oder telegraphisch mit mir in Verbindung gesetzt haben, ehe Sie eine solche grundsätzliche Aenderung des Programms vornahmen.“*⁵⁴²

Zwar stimmte Haeuser im Laufe des Briefes den Änderungen zu,⁵⁴³ aber damit war die Angelegenheit für ihn noch nicht erledigt, wie aus einem Schreiben von ihm an Pfeiffer hervorgeht. Troeltsch bekam über den Kurator Kenntnis von Haeusers Brief an Pfeiffer und reagierte wie folgt auf den Inhalt dieses Schreibens:

*„Herr von Hülsen hatte die grosse Freundlichkeit, mir Kenntnis von dem Brief zu geben, den Herr Geheimrat Haeuser am 5. Juni an Sie über mich geschrieben hat. Was ich sachlich darauf zu antworten habe, mögen Sie in den hier beiliegenden Blättern lesen, die ich gleichzeitig dem Herrn Kurator und dem Herrn Rektor vorlege, dem letzteren, wenn er aus seinem Urlaub hierher zurückgekehrt ist. Es gibt auf diesen Brief für mich nur eine Antwort, Herr Dr. Fricke wird die noch unerledigten Vorbereitungen der Hauptversammlung zusammen mit Fräulein Becker zu treffen haben. Auch er ist aber bis Mittwoch Nacht verreist. Es wird sehr gut sein, wenn Sie ihn unterstützen. Bitte bemühen Sie sich nicht um mich, es wird vergeblich sein.“*⁵⁴⁴

⁵³⁷ Protokoll der Vorstandssitzung vom 23. Februar 1930, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 2, ohne Blattzählung.

⁵³⁸ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 13, ohne Blattzählung.

⁵³⁹ Haeuser an Troeltsch am 25. Mai 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁴⁰ Troeltsch an Haeuser am 28. Mai 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁴¹ Rektor Helm an Haeuser am 28. Mai 1930, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 631, Blatt 92-94.

⁵⁴² Haeuser an Troeltsch am 31. Mai 1930, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 13, ohne Blattzählung.

⁵⁴³ Haeuser an Troeltsch am 31. Mai 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁴⁴ Troeltsch an Pfeiffer am 10. Juni 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

Troeltsch fühlte sich also von den Vorwürfen Haeusers zutiefst verletzt und teilte Pfeiffer⁵⁴⁵ seinen unumstößlichen Entschluss mit, von seinem Amt als Schriftführer zurückzutreten. Er musste umso mehr getroffen sein, weil er in den Tagen zuvor wieder normale geschäftliche Korrespondenz mit Haeuser getätigt hatte und wohl davon ausgegangen war, die Unstimmigkeiten seien beseitigt worden.⁵⁴⁶

In den im obigen Brief an Pfeiffer erwähnten „beiliegenden Blättern“ nahm Troeltsch zu den Vorwürfen Stellung und informierte Haeuser über seinen Entschluss. Zwar hat Troeltsch den Brief an Haeuser, von dem es zwei sich in der Schärfe unterscheidende Entwürfe gibt, auf Intervention von Pfeiffer und des Kurators nicht abgesandt,⁵⁴⁷ aber die Worte des Entwurfs zeigen deutlich die Verärgerung des Schriftführers:

*„Sehr geehrter Herr Geheimrat! Hiermit beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, dass ich eine Wiederwahl in den Verwaltungsrat des Universitätsbundes ablehne, meine Ämter in diesem und im Vorstand sofort niederlege und an der kommenden Hauptversammlung nicht mehr teilnehmen werde. Die Vorwürfe, die Sie gegen mich in den letzten Wochen für angezeigt hielten, und die Sie wiederholten, obwohl ich und andere bemüht waren, Sie von der Irrigkeit Ihrer Auffassung zu überzeugen, scheinen mir zu meinem lebhaften Bedauern keine andere Lösung zu gestatten. gez. Professor Dr. W. Troeltsch Geheimer Regierungsrat“*⁵⁴⁸

In seiner Rechtfertigung betonte Troeltsch, er habe nicht die Absicht gehabt, Haeuser bei den Planungen zu übergehen, sondern im Gegenteil dafür zu sorgen, dass dieser in den Mittelpunkt der Feierlichkeiten gestellt würde. Weiter forderte er jedoch für den Schriftführer und den Schatzmeister eine gewisse Selbständigkeit in der Entscheidungsfindung, denn ohne diese wären ihre Ämter nicht sinnvoll auszufüllen. Hieran anschließend folgte im ersten Entwurf eine Passage, die einerseits die Gefühlslage von Troeltsch gut widerspiegelt, andererseits aber auch einen Eindruck von der Amtsführung des Vorsitzenden vermittelt. Diesen Abschnitt hat Troeltsch dann aus dem zweiten Entwurf gestrichen:

„Ich fühle mich daher weit erhaben über den Vorwurf der Rücksichtslosigkeit, den Herr Haeuser auf Grund eines Gott weiss aus welchem Grund über ihn ge-

⁵⁴⁵ Auch Pfeiffer hatte zuvor erste Vorbehalte gegenüber Haeuser geäußert, wie aus einem Schreiben von ihm an Troeltsch hervorgeht: „Erst heute bin ich dazu gekommen, an Herrn Geheimrat Haeuser zu schreiben. Ich habe vorher den Brief Herrn Landesrat Dr. Schellmann vorgelesen, der ihn gebilligt hat. Man muss Leuten wie Haeuser gegenüber vorsichtig sein.“ Pfeiffer an Troeltsch am 4. Juni 1930, in: EBD., ohne Blattzählung. Diese Form der Kritik wiederholte Pfeiffer ein halbes Jahr später bei der Vergabe der Bewilligung an Stengel. Siehe Kapitel V.2.1.

⁵⁴⁶ In diesen Briefen ging es um die Nachfolge des Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieds Dyckerhoff, der durch den Industriellen Dr. Kalle ersetzt werden sollte. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 13, ohne Blattzählung.

⁵⁴⁷ Dies belegt eine handschriftliche Notiz von Troeltsch auf seinen Schreiben: „Auf Wunsch von Herrn Dr. Pfeiffer + Herrn Kurator v. Hülsen nicht abgeschickt, sondern dem letzteren überantwortet, ihn Herrn Geheimrat Haeuser vorzulegen, falls er an seinem Vorwurf auch bei der mündlichen Aussprache festhalten sollte. T“ EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁴⁸ Entwurf des Schreibens von Troeltsch an Haeuser, datiert auf den 10. Juni 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

kommenen Misstrauens gegen mich erhebt. Aber Herr Haeuser müsste auch seinerseits verstehen, dass wir übrigen Vorstandsmitglieder nicht seine Untergebenen sind, sondern aus eigenem Entschluss seine Mitarbeiter wurden, und dass diese Mitarbeiter nur dann ihre Kraft voll einsetzen können, wenn Sie bei Abwesenheit des Vorsitzenden in dringenden Fällen selbständig handeln können.“⁵⁴⁹

Troeltsch war nach einem Gespräch mit Pfeiffer, der dafür nach Marburg kam, bereit, die Niederlegung seiner Ämter zunächst zurückzustellen und willigte in eine Aussprache im Vorfeld der bevorstehenden Hauptversammlung und Vorstandssitzung ein.⁵⁵⁰

Pfeiffer teilte dies dem Vorsitzenden Haeuser mit und bat um die Aussprache,

„[...] denn es ist m.E. ausgeschlossen, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe gegen letzteren ungeklärt bleiben, und dass Herr Geheimrat Troeltsch absichtlich Sie in irgend einer Form oder auf irgend eine Weise hat nicht berücksichtigen wollen. [...] dass für Beseitigung Ihres Urteils über Herrn Troeltsch gesorgt werden muss, der sich ausserordentlich tief verletzt fühlt.“⁵⁵¹

Über das Gespräch an sich liegen keine Aufzeichnungen vor, aber die Tatsache, dass Troeltsch nach der Hauptversammlung weiterhin als Schriftführer amtierte und dieses Amt auch noch mehr als zweieinhalb Jahre inne hatte, belegt, dass die Angelegenheit geklärt werden konnte.

Dieser Streit offenbart aber unter Berücksichtigung der Äußerungen von Pfeiffer im Zusammenhang mit der Bewilligung des Antrags von Prof. Stengel und der Beschlussfassungen zum Schlossplan aufschlussreiches über die Amtsführung und das Amtsverständnis von Haeuser. Dieser konnte offenbar keine Beschlüsse akzeptieren, bei denen er nicht um Zustimmung gebeten wurde, obwohl die Entscheidung im geschilderten Fall von drei Vorstandsmitgliedern getroffen worden und demnach keineswegs der Alleingang eines Einzelnen war. Warum dann auch nur Troeltsch den Ärger und die Vorwürfe von Haeuser zu spüren bekam, ist nicht zu klären, wahrscheinlich machte er ihn wegen seines Amtes als Schriftführer dafür verantwortlich. Dieser Machtanspruch Haeusers wurde durch dessen gute Verbindung zu den IG-Farben, die er auch einzusetzen wusste, denn sonst hätte Pfeiffer im Fall Stengel nicht um die jährliche Spende der IG-Farben gebangt, gestärkt. Damit zeigte die Amtsführung von Haeuser durchaus diktatorische Züge, da er die Meinungs- und Entscheidungsfreiheit der übrigen Vorstandsmitglieder teilweise sehr stark einschränkte.

⁵⁴⁹ Troeltsch an Haeuser am 10. Juni 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁵⁰ Pfeiffer dankte Troeltsch einen Tag nach dem Gespräch ausdrücklich für sein Entgegenkommen: „[...] das zu einer Ueberwindung Ihrer durchaus begreiflichen inneren Widerstände und Einstellung geführt hat. Ich möchte nur nochmals betonen, dass ich mit meinen Bitten und Hinweisen nicht im entferntesten die Würde Ihrer Persönlichkeit habe vernachlässigen wollen. Mein ganzes Streben ging und geht darauf hinaus, neben dem erforderlichen und zu suchenden Ausgleich Ihre Interessen zu schützen.“ Pfeiffer an Troeltsch am 11. Juni 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁵¹ Pfeiffer an Haeuser am 11. Juni 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

Wie schon ausgeführt, überwog im Vorstand des Universitätsbundes eine abweisende Haltung zu demokratischem Handeln. Ein Ereignis zur Jahreswende 1930/31 belegt, dass die Vorstandsmitglieder die ablehnende Einstellung zur Weimarer Republik teilten. Auslöser des Vorfalles war die Rede des Juristen Professor Dr. Alfred Manigk zur Verfassungsfeier der Universität⁵⁵² am 27. Juli 1930, die unter anderem in den Mitteilungen des Universitätsbundes abgedruckt wurde.⁵⁵³ In seinem Vortrag mit dem Titel *„Revolution und Aufbau des Staates“* rief Manigk dazu auf, die Weimarer Republik und die Demokratie zu akzeptieren.⁵⁵⁴ Dieses Bekenntnis verärgerte insbesondere die Bundesgruppe Hamburg,⁵⁵⁵ die scharfe Angriffe gegen Manigk und den Vorstand des Universitätsbundes richtete, da dieser den Redetext abgedruckt hatte.

Am 30. Dezember 1930 schrieb der Vorsitzende der Hamburger Bundesgruppe, Dr. Paul Blunk, an Schriftführer Troeltsch, dass die Veröffentlichung der Rede von Manigk *„in weiteren Kreisen der Hamburger Ortsgruppe äusserste Befremdung hervorgerufen [habe], die ich in jeder Hinsicht teile“*.⁵⁵⁶ Blunk kündigte an, im darauffolgenden Monat eine Mitgliederversammlung der Bundesgruppe einzuberufen, die über den Verbleib der Gruppe in einem Universitätsbund entscheiden solle, *„der durch Abdruck eines derartigen Elaborates fast alle Mitglieder einer Ortsgruppe anekelt.“*⁵⁵⁷ Des Weiteren warf Blunk dem Vorstand vor, er habe durch *„einseitige politische Stellungnahme“* die Satzung gebrochen und daher nehme er sich das Recht heraus, den vorsorglichen Austritt der gesamten Bundesgruppe zu erklären, damit die Mitglieder aus Hamburg nicht zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages herangezogen würden. Zum Abschluss seines Briefes stellte Blunk insgesamt neun Fragen, die sich nicht nur auf das „Volkstum“ und die Parteizugehörigkeit von Manigk bezogen, sondern auch Auskünfte über den Standpunkt des Universitätsbundes forderten. Dabei erfragte Blunk beispielsweise, ob der Abdruck auf *„direkten Wunsch der Parteiregierung Braun, Severing, Grimme“* geschehen sei oder ob der Bund von genannter Regierung Gelder erhalte unter der Bedingung, für de-

⁵⁵² Die Universität gedachte mit diesem Festakt der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung im Jahre 1919. Zu den Vorbereitungen zur Verfassungsfeier im Jahre 1930 siehe HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79, Nr. 477.

⁵⁵³ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 30, November 1930, S. 38-47.

⁵⁵⁴ Zur Interpretation und zur Wirkung der Rede siehe KÜHN, Oskar: *„Revolution und Aufbau des Staates“*. Zur Erinnerung an Alfred Manigks Rede zur Verfassungsfeier der Universität Marburg am 27. Juli 1930, in: Alma mater philippina SoSe 1990, S. 7f.

⁵⁵⁵ Vor dem Protest des Vorsitzenden der Hamburger Bundesgruppe hatten bereits vier nationalsozialistische Mitglieder ihren Austritt aus dem Universitätsbund erklärt, wie aus einem Brief von Troeltsch an Pfeiffer und Schellmann vom 30. Dezember 1930 hervorgeht. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 2, ohne Blattzählung.

⁵⁵⁶ Abschrift des Schreibens von Blunk an den Universitätsbund, zu Händen von Troeltsch, vom 30. Dezember 1930, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁵⁷ EBD.

ren Ideen zu werben. Letztlich forderte Blunk durch seine Ausführungen eine direkte und öffentliche Distanzierung des Universitätsbundes vom Inhalt der Rede.⁵⁵⁸

Interessant ist nun die Reaktion des Vorstandes, die eindeutige Belege für das Selbstverständnis des Bundes und seine Haltung zur Weimarer Republik liefert. Hierzu liegt als Quelle neben dem Protokoll einer Vorstandssitzung, die sich ausführlich mit dem Thema befasste, ein Schriftwechsel innerhalb des Vorstandes vor, aus dem die Haltung einzelner Vorstandsmitglieder deutlich hervorgeht. Rektor Versé beispielsweise sorgte sich um die Folgen für die Universität, wenn der Eindruck entstünde, der Universitätsbund sei von Spendern aus Politik oder Wirtschaft abhängig. Denn dies würde die Freiheit von Forschung und Lehre berühren und deshalb zu einer Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Universität und Universitätsbund führen müssen. Die Universität habe inzwischen durch einen Senatsbeschluss diesem Eindruck vorgebeugt, denn in Zukunft dürften bei akademischen Feiern nur noch rein wissenschaftliche Vorträge gehalten werden.⁵⁵⁹ Weder verteidigte Versé in diesem Zusammenhang seinen Kollegen Manigk noch stellte er sich gegen ihn, sondern erwähnte lediglich, dieser sei für den Inhalt seiner Rede selbst verantwortlich.

Der Vorsitzende Haeuser jedoch distanzierte sich von Manigk und sorgte sich ausschließlich um das Ansehen des Universitätsbundes:

*„Der Vortrag des Herrn Manigk hat auch bei mir starkes Befremden erregt. Wenn auch für den Universitätsbund und insbesondere auch seinen Vorstand jede parteipolitische Stellungnahme selbstverständlich auszuschneiden hat, so ist doch eine andere Frage, ob er schliesslich nicht Stellung zu nehmen hätte zu Kundgebungen, die, wie die Rede des Herrn Professor Manigk geeignet sind, starke Mißstimmungen in weiten Kreisen der Mitglieder des Universitätsbundes hervorzurufen und damit die Beziehungen des Universitätsbundes zur Universität und der Dozentenschaft zu trüben. Auch kann es schliesslich dem Universitätsbunde doch nicht gleichgültig sein, wenn durch derartige Reden das gute Einverständnis zwischen Dozentenschaft und Studentenschaft in Frage gestellt wird.“*⁵⁶⁰

⁵⁵⁸ Dies wurde auch durch die letzten Fragen deutlich: „8. Ist der U.B.M. bereit, von sich aus in einem Rundschreiben von der Rede eindeutig abzurücken und die Versicherung abzugeben, dass in Zukunft derartige Entgleisungen nie wieder vorkommen werden? 9. Ist der U.B.M. bereit, gegebenenfalls eine scharfe Erwiderung gegen den Festredner der Republik aufzunehmen?“ EBD.

⁵⁵⁹ Rektor Versé teilte Haeuser mit, die Rektorenkonferenz in Würzburg habe Ende Oktober beschlossen, „darauf hinzuwirken, dass die Hochschule als geistige Lehrstätte freigehalten werden müsse von allen praktischen Betätigungen des politischen Lebens. Dem entsprechend habe ich seit meinem Rektoratsantritt Mitte Oktober auch meine Politik eingestellt und in ihrem Verfolg den Senat am 10.12.1930 den nachstehend abschriftlich mitgeteilten Beschluss fassen lassen. Senatsbeschluss vom 10.12.30 Künftige Gestaltung der akademischen Feiern. In Erweiterung des Senatsbeschlusses vom 1.8.30 wird heute einstimmig beschlossen. Bei allen akademischen Feiern, besonders auch der Verfassungsfeier, sollen künftig rein wissenschaftliche Vorträge gehalten werden unter strenger Vermeidung von Ausführungen jeder Art, die als parteipolitisch gedeutet werden können.“ Rektor Versé an Haeuser am 10. Januar 1931, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79, Nr. 631, Blatt 105f.

⁵⁶⁰ Haeuser an Troeltsch am 16. Januar 1931, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 2, ohne Blattzählung.

Haeuser trat also prinzipiell für die Überparteilichkeit des Universitätsbundes ein, die allerdings nur so weit gehen sollte, wie das Verhältnis zur Universität nicht beeinträchtigt wurde. Anders formuliert verlangte er somit eine Abgrenzung von allen politischen Stellungnahmen, die nicht im Einvernehmen mit der Haltung der Universität und ihrer Angehörigen standen. Da diese sicherlich, wie auch an den anderen deutschen Hochschulen, nicht bejahend zur Weimarer Staatsform war und dies darüber hinaus auch Haeusers persönlicher Einstellung entsprach, wie aus seinen zitierten Worten eindeutig hervorgeht,⁵⁶¹ kann daraus auf eine republikfeindliche Haltung des Vorsitzenden geschlossen werden, die bereits in Zusammenhang mit den Hauptversammlungen belegt wurde.

Lediglich Schriftführer Troeltsch distanzierte sich in einem Schreiben an Pfeiffer in gewissem Maße von den Vorwürfen Blunks:

*„Ich hoffe, Sie verstehen, daß wir als Beamte mit etwas stärkerem Maße die Angriffe des Herrn Dr. Blunk zurückgewiesen zu sehen wünschen, auch auf die Gefahr hin, dass uns dadurch politische Fanatiker verloren gehen.“*⁵⁶²

Die Position von Troeltsch scheint zwar eher in der Loyalität zum Staate, dem er als Beamter verpflichtet war, als in persönlicher Überzeugung zu bestehen, aber er bringt als einziger die Möglichkeit vor, der Universitätsbund könne durchaus auf die „*politischen Fanatiker*“ verzichten.

Unter diesen Vorzeichen fand die bereits oben erwähnte Vorstandssitzung vom 17. Januar 1931 statt, in der ein Antwortentwurf von Rektor Versé mit einigen Änderungen, „*selbst auf die Gefahr, dass dieser Brief einige Austritte nach sich ziehen sollte*“,⁵⁶³ beschlossen wurde. Sämtliche Mitglieder der Bundesgruppe Hamburg sollten über den Brief ihres Vorsitzenden und die Reaktionen aus Marburg unterrichtet werden, wobei die Schriftstücke mit dem Stempel „*Nur zur persönlichen Information. Weitergabe und Veröffentlichung verboten.*“ versehen wurden.⁵⁶⁴ Dahinter schien vor allem das Motiv der Geheimhaltung zu stehen, denn der Vorstand war auch in der Folgezeit bemüht, den Vorfall herunterzuspielen, beziehungsweise nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu las-

⁵⁶¹ Diese Haltung wird durch einen weiteren Brief von Haeuser an Troeltsch vom 26. Januar noch verdeutlicht: „*Ihrem Wunsche entsprechend habe ich auch geeignete Schritte getan, um in den Kreisen meiner Burschenschaft für Aufklärung zu sorgen. Gewiss kann und muss man gegen die Nationalsozialisten Stellung nehmen, aber man darf dabei nicht, wie das von Herrn Manigk geschehen ist, das gegenwärtige Regierungs-System in Preussen mit dem Staate identifizieren, ein System, das glaubt, mit dem Gummi-knüppel und mit der Unterdrückung aller studentischer Rechte die Studenten zu überzeugten Republikanern machen zu können. Die neuerlichen Vorgänge in Heidelberg, bei denen schliesslich ganz unverblümt sich der Rektor und die ganz überwiegende Mehrheit der Professoren gegen die Regierung stellen, sind auch nicht geeignet, die sozialistischen Machthaber im Staate und das von ihnen vertretene Staats-System bei der Studentenschaft beliebter zu machen.*“ EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁶² Troeltsch an Pfeiffer am 15. Januar 1931. EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁶³ Protokoll der Vorstandssitzung vom 17. Januar 1931. EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁶⁴ EBD., ohne Blattzählung.

sen. So beschloss er in seiner Sitzung vom 2. Mai 1931, „*die Hamburger Angelegenheit in der Verwaltungsratsitzung mit Stillschweigen zu übergehen.*“⁵⁶⁵ Über die Hintergründe dieses Verhaltens kann nur gemutmaßt werden, allerdings scheint es so, dass der Vorstand das Bild der „heilen Welt“ im Universitätsbund nach außen hin wahren wollte, um keine potentiellen Förderer oder Mitglieder abzuschrecken und um alle politischen Richtungen innerhalb des Universitätsbundes zu behalten. Diese These wird von der Reaktion auf den Vorschlag des Schatzmeisters, der in der Vorstandssitzung im Januar anbot, sich in Hamburg persönlich um die Beilegung der Differenzen zu bemühen, gestützt. Dieser wurde laut Protokoll „*allseitig dankbar begrüßt.*“⁵⁶⁶

Zunächst aber wurde am 20. Januar die Antwort, in der Haeuser als Vorsitzender im Namen des Vorstandes Stellung zu den Vorwürfen aus Hamburg nahm, an die Mitglieder der Bundesgruppe Hamburg versandt. Hierin äußerte er sich, nachdem er jeden Vorwurf der Einflussnahme von Politik oder Wirtschaft sowie der Parteilichkeit entschieden zurückgewiesen hatte, zur Person von Manigk. Dem Vorstand schien es dabei wichtig zu sein, das „Deutschtum“ des Redners nicht in Frage zu stellen. Darüber hinaus wurde lediglich auf die Überparteilichkeit des Bundes und die Verantwortlichkeit des Redners hingewiesen, so dass sich Vorwürfe, der Bund mache sich die Gedankengänge von Manigk zu eigen, wohl erledigt hätten. In der Hoffnung, durch diese Stellungnahmen seien die Differenzen beigelegt, schloss die Antwort des Vorstandes.⁵⁶⁷

Während die Formulierung des Briefes in keinem Verhältnis zu der Schärfe der Worte von Blunk stand, distanzierte sich der Universitätsbund zwar einerseits nicht deutlich von Manigk, andererseits verteidigte er aber weder die Inhalte der Rede, was nach den ersten internen Äußerungen aber auch nicht zu erwarten gewesen wäre, noch forderte er eine deutliche Entschuldigung oder gar einen Amtsverzicht von Blunk. Der Aufbau und der Stil des Briefes liefen anscheinend nur darauf hinaus, den Konflikt nicht zu verschärfen und die Gemüter in Hamburg zu beruhigen. Personelle Konsequenzen wurden überhaupt nicht angedacht, wenn auch der Besuch von Pfeiffer etwas anderes zumindest vermuten lässt.

Denn Pfeiffer sprach in seinem Bericht über seine Reise nach Hamburg von der Möglichkeit, einen neuen Vorsitzenden für die Bundesgruppe zu finden. Allerdings gebe es keine geeigneten Personen, die diese Aufgabe übernehmen könnten. Im übrigen war der Bericht von Pfeiffer eher eine Verteidigungsschrift für Blunk als ein Beleg einer Maßregelung, die stattgefunden hätte:

⁵⁶⁵ Protokoll der Vorstandssitzung vom 2. Mai 1931. EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁶⁶ Protokoll der Vorstandssitzung vom 17. Januar 1931. EBD., ohne Blattzählung.

*„Vorige Nacht bin ich von Hamburg zurückgekehrt, wo ich erfreulicherweise das, was ich gewünscht habe, erreicht habe. Die Bundesgruppe bleibt bestehen und wird auch weiter von Herrn Dr. Blunk geleitet werden. Ich habe in diesem einen zwar etwas heftigen, aber sonst scheinbar recht gutmütigen Menschen kennen gelernt, der seinen Brief scheinbar aus innerer Erregung heraus geschrieben, aber nicht so gemeint hat, als er aufzufassen war und auf uns gewirkt hat.“*⁵⁶⁸

Die Erleichterung über die Beilegung der Differenzen ist in diesen Formulierungen deutlich zu erkennen. Pfeiffer äußerte seine Zufriedenheit und schien keinerlei Problem damit zu haben, dass die Hamburger Bundesgruppe weiter von Blunk geführt wurde, der eine eindeutige republikfeindliche Einstellung hatte und von Troeltsch wenig später als Nationalsozialist bezeichnet wurde.⁵⁶⁹ Der Schriftführer gab sich in seiner Antwort auf den Bericht von Pfeiffer ebenfalls erleichtert, denn er begrüßte das Verbleiben von Blunk im Vorstand, weil dadurch weitere Erschütterungen verhindert würden. Zwar bliebe ein *„fatale[r] Beigeschmack“*, da sich Blunk nicht ausdrücklich beim Vorstand entschuldigen wollte, aber dies schien Troeltsch nicht so bedeutsam wie die Hoffnung, dass nun wieder Ruhe eintreten könne.⁵⁷⁰ Endgültig beigelegt wurde die Angelegenheit Ende Februar, nachdem die Hamburger Bundesgruppe in einer Sitzung zunächst das Vorgehen ihres Vorsitzenden gebilligt hatte und anschließend ihre Zufriedenheit über den Senatsbeschluss ausdrückte, durch welchen verhindert werden würde, *„dass die Mitteilungen Reden abdrucken, durch die sich Mitglieder des Bundes verletzt fühlen müssen.“*⁵⁷¹

Insgesamt hat dieser interne Vorfall gezeigt, wie sehr der Vorstand am Wohl des Universitätsbundes interessiert war und dafür auch in Kauf nahm, dass bekennende Nationalsozialisten ihre Bundesgruppen anführten. Zudem entsprachen einige Kritikpunkte von Blunk auch der politischen Auffassung einiger Vorstandsmitglieder. Von daher war die Beibehaltung des Vorsitzenden Blunk den Vorstandsmitgliedern lieber als ein möglicher Zusammenbruch der Bundesgruppe, wenn der Vorstand auf einem Rücktritt von Blunk beharrt hätte. So blieben als einzige Konsequenzen aus diesen Differenzen der Senatsbeschluss sowie die Entscheidung des Vorstandes des Universitätsbundes, künftig

⁵⁶⁷ EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁶⁸ Brief von Pfeiffer an Troeltsch am 24. Januar 1931. EBD..

⁵⁶⁹ Troeltsch schrieb am 27. Januar 1931 an Pfeiffer, dass bisher nur ein weiteres Mitglied aus Hamburg seinen Austritt erklärt habe und nun zu hoffen sei, *„dass sich die Aufgeregtheit der Herren Nationalsozialisten allmählich wieder legen wird.“* EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁷⁰ Troeltsch an Pfeiffer am 26. Januar 1931. EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁷¹ Blunk in einem Schreiben an Haeuser vom 23. Februar 1931. EBD., ohne Blattzählung.

in den Mitteilungen einen Hinweis zu drucken, dass der Vorstand für keine Artikel in den Mitteilungen verantwortlich war, sofern sie nicht von ihm geschrieben waren.⁵⁷² Mit seinen Reaktionen gab der Universitätsbund somit kein Bekenntnis zur Weimarer Republik ab. Zwei Jahre später hingegen bekannte er sich zum Staat: zum nationalsozialistischen Regime.

⁵⁷² „Der Vorstand übernimmt keinerlei Verantwortung für den Inhalt von Veröffentlichungen, die nicht von ihm selbst gezeichnet sind.“ Protokoll der Vorstandssitzung vom 17. Januar 1931. EBD., ohne Blattzählung.

VI. Anpassung oder Erhalt der Selbständigkeit? Der Universitätsbund im nationalsozialistischen Deutschland (1933-1945)

„Herr Vizerektor, Sie kommen, wenn auch als Gast des Universitätsbundes, zu einer Universität, die es sich schon lange zur Aufgabe gestellt hat, die Kräfte des bodengebundenen Volkstums, die Beziehung zum engeren Raume der Landschaft zu pflegen. Das große Unternehmen des deutschen Sprachatlases, die Mundartenforschung, [...] ist ja Arbeit im Sinne unserer völkischen Selbstbestimmung.

Der Universitätsbund hat neben anderen Zielen gerade hierbei seine besondere Aufgabe gefunden. Er bietet uns einmal die Möglichkeit, durch finanzielle Unterstützung die wissenschaftlichen Forschungen zu verstärken und zu vertiefen, aber weit wichtiger ist, daß er uns eine breite Grundlage gibt, das von uns Erarbeitete der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Diese Grundziele des Universitätsbundes kennzeichnen die Sonderstellung; sie zeigen, daß er als lebensnotwendiges Glied der Universität in sich seine Existenzberechtigung hat, und daß keine andere Organisation imstande ist, ihn zu ersetzen. Ja noch mehr, die neuen Aufgaben, die heute der Hochschule zugewiesen sind, haben gezeigt, daß der Universitätsbund geradezu der Garant sein kann, für die Erfordernisse einer neuen Hohen Schule. Ich erinnere nur an die großzügigen Unterstützungen des Studentenwerks, also der gesamten Wohlfahrtseinrichtungen und erinnere auch an die Hilfeleistung bei dem Aufbau eines in jeder Beziehung mustergültigen SA-Hochschullagers.“⁵⁷³

Dieses Zitat von Rektor Baur⁵⁷⁴ aus dem Jahr 1934 gibt erste Hinweise auf die Rolle, Funktion und das Selbstverständnis des Bundes nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten. Der Universitätsbund wird gelobt für die Unterstützung der Arbeit der Universität „im Sinne unserer völkischen Selbstbestimmung“ und es wird angedeutet, für welche Projekte er tatkräftige Hilfestellung geboten hat.⁵⁷⁵ In diesem Zusammenhang deutet sich eine Verschiebung im Selbstverständnis des Universitätsbundes an. Bis zur „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten war der Bund bemüht gewesen, seine finanziellen Mittel ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken zur Verfügung zu stellen. Rektor Baur als stellvertretender Vorsitzender des Universitätsbundes bedankte sich nun, wenn er zum Beispiel das SA-Hochschullager anspricht, für die Unterstützung des Bundes in Angelegenheiten der politischen Erziehung.

Im Folgenden soll untersucht werden, wie weit diese Verschiebung im Selbstverständnis ging und ob der Universitätsbund seine bisherige Eigenständigkeit aufgab und eventuell auch Satzungsänderungen, wie beispielsweise die Einführung des Führerprin-

⁵⁷³ Ausschnitt aus der Rede des Rektors der Universität, Prof. Baur, während der Hauptversammlung des Universitätsbundes am 17. Juni 1934, die in der Deutschen Studenten-Zeitung München, Nr. 13 vom 28. Juni 1934 abgedruckt wurde. Der Zeitungsausschnitt ist vorhanden in: HSTAM Bestand 305a, Acc. 1975/19, Nr. 632, Blatt Nr. 18.

⁵⁷⁴ Zu seinen biographischen Daten siehe GRÜTTNER, Michael: Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004. (Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, Bd. 6), S. 19.

⁵⁷⁵ Diese werden im weiteren Verlauf der Untersuchung noch genauer analysiert.

zips, für notwendig erachtete. Am Ende dieses Kapitels sollen in einer kurzen Bilanz die Ausmaße des veränderten Selbstverständnisses des Bundes beurteilt werden.

Zur Verdeutlichung der Hintergründe für die Politik des Bundes werden jedoch zunächst die allgemeinen Rahmenbedingungen des Universitätsbundes in der NS-Zeit skizziert.

1. Die Entwicklung des Universitätsbundes bis 1945

Bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen lassen sich die zwölf Jahre des nationalsozialistischen Regimes in zwei große Abschnitte unterteilen. Zunächst setzte sich der Trend der letzten Jahre der Weimarer Republik fort, bevor dann der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges für eine erneute Zäsur sorgte. Der Universitätsbund versuchte auf verschiedenen Wegen, diesen Entwicklungen, auf die auch die nationalsozialistische „Rassenpolitik“ Auswirkungen hatte,⁵⁷⁶ entgegenzuwirken.

Nachdem die Mitgliederzahlen, wie dargelegt, bereits seit 1931 gesunken waren, entwickelte sich der Abwärtstrend auch 1933 weiter, ehe 1934 eine Konsolidierung eintrat.⁵⁷⁷ In den folgenden Jahren setzte sich der Rückgang jedoch fort, so dass die Zahl der Mitglieder bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges unter die 2000er Marke sank.⁵⁷⁸ Während des Krieges gelang es dem Universitätsbund, die Zahl der Austritte in Grenzen zu halten, da er bis zum Jahresbeginn 1945 nur gut 300 Vereinsangehörige verlor und demzufolge noch 1618 Mitglieder hatte.⁵⁷⁹

Um den Abwärtstrend bei den Mitgliederzahlen aufzuhalten, initiierte der Vorstand bereits in der zweiten Jahreshälfte 1933 eine gezielte Werbekampagne unter den Alten Herren der Korporationen, bei der er eng mit dem Marburger Korporationsausschuss (M.K.A.)⁵⁸⁰ zusammenarbeitete. Der M.K.A. befürwortete den Beitritt der Alten Herren zum Universitätsbund, um auf diese Weise einen Zusammenschluss der Altherrenschaft zu erreichen und durch die Mitteilungen dem Fehlen eines eigenen Nachrichtenorgans abzuhelpfen.⁵⁸¹ Bevor der Vorstand des Universitätsbundes im Februar 1934 die Werbebriefe verschickte, holte er die Erlaubnis der Führer der Altherrenschaften der Marbur-

⁵⁷⁶ Siehe hierzu Kapitel VII.4.1.

⁵⁷⁷ Am 1. Januar 1935 zählte der Universitätsbund 2555 Mitglieder. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 34, ohne Blattzählung.

⁵⁷⁸ Am 1. Januar 1939 betrug die exakte Mitgliederzahl 1950. OZ vom 17. Juli 1939, S. 7; MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1939, S. 63.

⁵⁷⁹ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 33, ohne Blattzählung.

⁵⁸⁰ Zur Funktion und zu den Aufgaben des M.K.A. siehe ZINN, Holger: Zwischen Republik und Diktatur. Die Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg in den Jahren 1925-1945, Diss. Marburg, Köln 2002, S. 79f.

⁵⁸¹ Entwurf für den ersten Werbebrief an die Alten Herren, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 27, ohne Blattzählung.

ger Korporationen ein, in den jeweiligen Verbindungen werben zu dürfen.⁵⁸² Letztlich stand der Erfolg der Werbeaktion in keinem Verhältnis zu den Anstrengungen des Vorstandes, der beschlossen hatte, bis zu 7000 Werbebriefe zu verschicken.⁵⁸³ Denn in der Vorstandssitzung vom 29. April 1934 wurde berichtet, dass erst etwa 70 Alte Herren ihren Beitritt erklärt hätten.⁵⁸⁴ Auch ein zweiter Aufruf im Mai 1934, in dem der Universitätsbund den geforderten Mitgliedsbeitrag von 5 RM auf 3 RM senkte,⁵⁸⁵ verbesserte das Ergebnis nur geringfügig. In einer undatierten Auflistung sind 163 Personen genannt, die aufgrund der Werbung dem Universitätsbund beigetreten waren.⁵⁸⁶

Zwar konnte durch diese Neueintritte die Zahl der Austritte ausgeglichen und der Mitgliederbestand gehalten werden, aber sein erklärtes und das vom M.K.A. unterstützte Vorhaben, die Altherrenschaft im Universitätsbund zu vereinigen, verfehlte der Bund deutlich. Auch andere Versuche des Vorstandes, neue Mitglieder zu gewinnen, wie beispielsweise durch die Belebung des Vortragswesens,⁵⁸⁷ welche mit einer engen Zusammenarbeit mit der Dozentenschaft einhergehen sollte,⁵⁸⁸ konnten den Abwärtstrend nur kurzzeitig aufhalten oder abfedern.

Nach Ausbruch des 2. Weltkrieges sah es der Universitätsbund dann als seine wichtigste Aufgabe an, den Mitgliederbestand weitestgehend zu halten, was ihm, wie bereits erwähnt, auch gelang. Um „*auch auf wissenschaftlichem Gebiete die Rüstung des Vaterlandes zu stärken*,“ appellierte er bereits kurz nach Kriegsbeginn an seine Mitglieder, den Bund auch weiterhin zu unterstützen.⁵⁸⁹ Dieser Aufforderung folgten in den

⁵⁸² Versé an die Führer der Alten Herren am 9. November 1933, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁸³ Diese Zahl nannte Versé in einem Brief an Pfeiffer am 8. Februar 1934. EBD., ohne Blattzählung. Nach Abschluss der Werbeaktion teilte Versé dem Kurator mit, dass 6550 Briefe versandt worden seien. EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁸⁴ Protokoll der Vorstandssitzung vom 29. April 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

⁵⁸⁵ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 27, ohne Blattzählung.

⁵⁸⁶ EBD., ohne Blattzählung.

⁵⁸⁷ Insgesamt fanden, wie im Überblickskapitel geschildert, während der NS-Zeit durchschnittlich deutlich weniger Vorträge pro Wintersemester statt als vor 1933. Versé appellierte daher an die Bundesgruppen, ihre Tätigkeiten wieder zu verstärken. MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1935, S. 43.

⁵⁸⁸ Im Herbst 1933 wurde an den preußischen Hochschulen die Dozentenstruktur in der Weise verändert, dass die Dozenten in der Dozentenschaft vereinigt wurden. Zur Gründung der Dozentenschaft in Preußen siehe STAETS, Andreas: Die „Dozentenschaft der Universität Marburg“ in der Phase nationalsozialistischer Machtdurchsetzung an der Philipps-Universität, Mag.-Arbeit Marburg 1999, S. 23-27. Im Wintersemester 1935/1936 trat auf Betreiben des Marburger Dozentenschaftsführers PD Dr. Kurt Düring die gesamte Dozentenschaft in den Universitätsbund ein: „*Dass der Mitgliederstand noch diese Höhe behalten hat, ist zum Teil dem auf Anregung des Herrn Dozentenschaftsführers Dozenten Dr. Düring erfolgten Beitritt der gesamten Dozentenschaft zu danken, die ja auch alle Assistenten umfasst und dem Universitätsbund 60 neue Mitglieder zuführt, die hoffentlich auch Dauermitglieder bleiben werden.*“ Bericht des Schriftführers in der Verwaltungsratssitzung vom 20. Juni 1936, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 9, ohne Blattzählung. Zu Düring und seinem Wirken als Dozentenschaftsführer siehe STAETS, Dozentenschaft, S. 75ff. Zu den Hintergründen und den Auswirkungen auf das Vortragswesen siehe Kapitel VI.4.5.

⁵⁸⁹ „An die Mitglieder des Universitätsbundes“, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1939, S. 82.

Kriegsjahren jährliche Aufrufe an die Mitglieder des Bundes, in denen er den Blick bereits auf die nach Kriegsende auf ihn zukommenden Aufgaben richtete:

*„Wir bitten die Mitglieder dringend, nach wie vor Förderer- und Stammbeiträge unverkürzt zu leisten und neue Freunde oder Mitglieder zu werben, da die erweiterten Aufgaben von Wissenschaft und Forschung nach Kriegsende erhöhte Anforderungen an den Bund stellen werden.“*⁵⁹⁰

Diese Appelle waren von besonderer Bedeutung, da die Herausgabe der Mitteilungen durch den Zweiten Weltkrieg erschwert wurde und der Universitätsbund nur bis zum Ende des Jahres 1940 eine problemlose Erscheinung garantieren konnte. Während die Veröffentlichung der Mitteilungen 1941 trotz langer Ungewissheit noch gelang, erschienen die Mitteilungen ab 1942 nicht mehr.

Die größte Hürde bei der Herausgabe der Mitteilungen bestand ab Sommer 1941 darin, die erforderliche Papiermenge für den Druck zu erhalten. Bei der Beschaffung der gewünschten Papiermenge setzte der Universitätsbund mit Hilfe der Universität in Person des Kurators und Rektors alle ihm offenstehenden Möglichkeiten ein. Anfang Juli 1941 schrieb Versé an die Wirtschaftsstelle des deutschen Buchhandels in Berlin und bat um die Überprüfung des abgelehnten Gesuchs, durch welches der Universitätsbund über die beauftragte Druckerei die erforderliche Papiermenge für die Mitteilungen zugeteilt bekommen wollte. Versé argumentierte dabei nicht nur mit den Interessen des Bundes, sondern auch mit denen der Öffentlichkeit, die durch die Veröffentlichung der Mitteilungen bedient würden. Denn durch sie würden beispielsweise Forschungsergebnisse einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Die Bedeutung des Universitätsbundes für die Wissenschaft versuchte Versé dadurch zu unterstreichen, dass er den Bund als „*lokale Ergänzung für die deutsche Forschungsgemeinschaft*“ bezeichnete, deren Bestand gefährdet wäre, würde der Zusammenhalt unter den Mitgliedern durch das Entfallen der Mitteilungen geschwächt.⁵⁹¹ Der Kurator unterstützte die Bemühungen des Universitätsbundes durch die Aussage, die Mitteilungen seien auch für die Aufgaben der Universität „*schlechterdings unentbehrlich*.“⁵⁹² Rektor Mayer⁵⁹³ argumentierte in einem eigenen Brief an die Wirtschaftsstelle besonders mit der Nähe der Wissenschaft zum

⁵⁹⁰ Schreiben des Vorsitzenden Duden und von Versé an die Mitglieder des Universitätsbundes im Juli 1942, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 33, ohne Blattzählung. Die übrigen Appelle richtete der Vorstand im April 1943 und im Mai 1944 an seine Mitglieder. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung, sowie HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 33, ohne Blattzählung.

⁵⁹¹ Versé an die Wirtschaftsstelle des deutschen Buchhandels in Berlin am 3. Juli 1941, in: DEPOT LAHNBERGE, Blattsammlung ohne Titel, ohne Blattzählung.

⁵⁹² Zusatz des Kurators auf dem Schreiben von Versé an die Wirtschaftsstelle vom 3. Juli 1941. EBD.

⁵⁹³ Zum Lebenslauf von Mayer siehe GRÜTTNER, Biographisches Lexikon, S. 116. Zu Mayers Wirken als Rektor siehe NAGEL, Anne Christine: Zwischen Führertum und Selbstverwaltung. Theodor Mayer als Rektor der Marburger Universität 1939-1942, in: Speitkamp, Winfried (Hrsg.): Staat, Gesellschaft, Wis-

Volk, die unter anderem durch die Mitteilungen des Universitätsbundes erreicht werden würde. Demnach ließe sich die Aufgabe, dem Volk die Wissenschaft näher zu bringen beziehungsweise „*die Universität unmittelbar in das Leben des Volkes hineinzustellen*“, ohne die Mitteilungen durch die Marburger Universität nicht mehr erfüllen.⁵⁹⁴

Obwohl diese Eingaben des Bundes und der Universität keinen Erfolg hatten, da am 28. Juli 1941 die Wirtschaftsstelle das Gesuch erneut ablehnte,⁵⁹⁵ gab der Universitätsbund nicht auf, sondern trat auf Vorschlag des Kurators mit der Bitte um Unterstützung an den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Staatsminister a.D. Dr. Schmidt-Ott, in Berlin heran.⁵⁹⁶ Die Gespräche, die Schmidt-Ott daraufhin mit dem Reichsamt für Wirtschaftsaufbau führte, führten letztlich zu einem positiven Ergebnis, so dass der Universitätsbund im Oktober 1941 Papier für die Mitteilungen zugewiesen bekam.⁵⁹⁷ Damit waren die Bemühungen des Bundes jedoch ein letztes Mal erfolgreich, denn in den folgenden Jahren wurde dem Universitätsbund trotz verstärkter und kontinuierlicher Anstrengungen kein Papier mehr für die Herausgabe der Mitteilungen genehmigt.

Insgesamt gelang es dem Universitätsbund, seinen satzungsgemäßen Aufträgen auch während der nationalsozialistischen Zeit nachzukommen. Lediglich von 1939 bis 1945 erschwerten die Umstände des Krieges die Durchführung von Vorträgen⁵⁹⁸ und verhinderten ab 1942 die Herausgabe der Mitteilungen. Zudem ist eine kontinuierliche Abnahme der Mitgliederzahlen festzuhalten. Neben den in diesem Kapitel dargelegten Entwicklungen belastete die Beanspruchung der Bevölkerung durch die NS-Organisationen die Arbeit des Universitätsbundes und seiner Bundesgruppen. Inwiefern sich diese Konkurrenz auf die Tätigkeit des Bundes auswirkte, soll im folgenden Kapitel untersucht werden.

senschaft. Beiträge zur modernen hessischen Geschichte, Marburg 1994 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 55), S. 343-364.

⁵⁹⁴ Außerdem hob Mayer die Bedeutung der Mitteilungen als „*das wissenschaftliche Organ der Philipps-Universität selbst*“ hervor. Mayer an die Wirtschaftsstelle des deutschen Buchhandels am 1. Juli 1941, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 632, Bl. 176.

⁵⁹⁵ DEPOT LAHNBERGE, Blattsammlung ohne Titel, ohne Blatzzählung.

⁵⁹⁶ Versé wandte sich in zwei Schreiben an Schmidt-Ott, in welchen er jeweils die Bedeutung des Universitätsbundes und die der Mitteilungen für den Universitätsbund herausstellte und letztere als „*lebenswichtig*“ für den Bund bezeichnete. Versé an Schmidt-Ott am 7. und 14. August 1941. EBD., ohne Blatzzählung.

⁵⁹⁷ Nachdem Schmidt-Ott den Kurator bereits Anfang September über seinen Erfolg informiert hatte (Abschrift für den Universitätsbund vom 10. September 1941 in EBD., ohne Blatzzählung), kam am 18. Oktober die Bestätigung der Wirtschaftsstelle des deutschen Buchhandels an Verleger Hitzeroth, in dem „*Papier der Stoffklasse Fe. II*“ genehmigt wurde. Abschrift des Schreibens in EBD., ohne Blatzzählung. Die Qualität des Papiers war demnach zwar nicht sehr gut, ermöglichte aber immerhin die Herausgabe des Doppelheftes Heft 2/3 1941 der Mitteilungen.

⁵⁹⁸ Siehe Kapitel IV.6.

2. Die Konkurrenz des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ für die Außenwirkung des Universitätsbundes

Der Universitätsbund achtete auch während der nationalsozialistischen Zeit darauf, sich gut nach außen zu präsentieren. Hierzu nutzte er, wie schon in der Weimarer Zeit, die Vorträge von Marburger Dozenten, die Hauptversammlungen und die Mitteilungen. Hinzu kamen besondere Aktivitäten des Bundes, mit denen er seine Offenheit für die nationalsozialistischen Ideen demonstrierte.⁵⁹⁹ Bei der Außenwirkung und der Öffentlichkeitsarbeit konkurrierten der Universitätsbund und seine Bundesgruppen allerdings mit örtlichen NS-Organisationen. So berichtete Schriftführer Versé in der Verwaltungsratssitzung am 16. Juni 1934, dass *„[sich] die starke Inanspruchnahme seitens der politischen Organisationen [...] in unseren Bundesgruppen sehr fühlbar gemacht [haben].“*⁶⁰⁰ Dabei wurde die Arbeit der Bundesgruppen vor allem vom „Kampfbund für deutsche Kultur“ und dessen Nachfolgeorganisation, der NS-Kulturgemeinde,⁶⁰¹ erschwert, wie aus einer Besprechung des Vorstandes mit Vertretern von Bundesgruppen im Vorfeld der Verwaltungsratssitzung vom 16. Juni 1934 hervorgeht.⁶⁰²

Die Aufgabe des 1928 gegründeten Kampfbundes „bestand [...] darin, die kommunikative Reichweite nationalsozialistischer Propaganda auf die Angehörigen des gebildeten Bürgertums auszudehnen.“⁶⁰³ Als Mittel zur Umsetzung dieser Aufgabe wählte der Kampfbund eine ähnliche Struktur wie der Universitätsbund. Er gründete Ortsgruppen, die vor allem durch Vortragsabende, aber auch durch kleinere Veranstaltungen wirken sollten. Zudem gab er Mitteilungsblätter heraus, die für die Mitglieder, aber auch für Werbezwecke gedacht waren.⁶⁰⁴ Die Bedeutung des Kampfbundes stieg mit dem Erstarken der NSDAP und erreichte 1933 ihren Höhepunkt, ehe er dann seinen Einfluss an die neu gegründeten Kulturkammern, die Goebbels unterstanden, verlor.⁶⁰⁵ Im Verlauf

⁵⁹⁹ Siehe hierzu das Kapitel VI.4. über die Anpassungsbestrebungen des Universitätsbundes.

⁶⁰⁰ Protokoll der Verwaltungsratssitzung, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 9, ohne Blattzählung.

⁶⁰¹ Einen groben Überblick über die Geschichte des Kampfbundes bietet der Artikel von GIERSCHE, Reinhard: Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK) (1928) 1929-1934, in: Fricke, Dieter u.a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden, Band 3, Leipzig/Köln 1985, S. 169-171.

⁶⁰² Protokoll einer kurzen Besprechung mit den Vertretern der Bundesgruppen am 16. Juni 1934 vor der Verwaltungsratssitzung, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 9, ohne Blattzählung.

⁶⁰³ GIMMEL, Jürgen: Die politische Organisation kulturellen Ressentiments. Der „Kampfbund für deutsche Kultur“ und das bildungsbürgerliche Unbehagen an der Moderne. Diss. Siegen 1999, Münster 2001. (Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 10), S. 17.

⁶⁰⁴ Zur Organisationsstruktur des Kampfbundes siehe EBD., S. 23ff. Zur Vorgehensweise des Kampfbundes siehe auch BOLLMUS, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970, S. 47.

⁶⁰⁵ „In the spring and summer of 1933, the Kampfbund played an instrumental role in the process of Nazi coordination of the arts. But in later 1933, Kampfbund influence declined dramatically.“ STEINWEIS, Alan E.: Art, Ideology, & Economics in Nazi Germany. The Reich Chambers of Music, Theater, And Visual

des Jahres 1934 wurde der Kampfbund aufgelöst und in eine neue Organisation, die NS-Kulturgemeinde, überführt, die dann wiederum sofort als Körperschaft in die Organisation „Kraft durch Freude“ eintrat.⁶⁰⁶ Der Kampfbund beziehungsweise die NS-Kulturgemeinde bedrohten also durch ihre Struktur und ihre Arbeitsweise die Arbeit des Universitätsbundes vor allem in der Zeit nach 1933. Es ist also an dieser Stelle zu untersuchen, wie der Universitätsbund und seine Bundesgruppen auf diese Herausforderung reagierten.

Die protokollierten Äußerungen einiger Bundesgruppenvertreter in der bereits erwähnten Besprechung vom Juni 1934⁶⁰⁷ vermitteln einen Eindruck von den Schwierigkeiten, vor die die Bundesgruppen zum Teil gestellt waren. Diese betrafen vor allem die Vortragsveranstaltungen, aber auch die Existenz der Bundesgruppe. Am ausführlichsten äußerte sich der Vorsitzende der Hersfelder Bundesgruppe, Schoof, der erklärte, in Hersfeld herrsche die Meinung vor, die Bundesgruppe sei überflüssig und könne im „Kampfbund für deutsche Kultur“ aufgehen. Zudem wolle er den Vorsitz nach schlechten Erfahrungen, die sich offensichtlich auf Veranstaltungen der Bundesgruppe in der Weimarer Zeit bezogen, niederlegen: *„Man mache ihm noch heute Vorwürfe, dass er Mommsen und Löwith als Redner verpflichtet habe.“*⁶⁰⁸ Als sein Nachfolger komme seiner Meinung nach nur ein NSDAP-Mitglied in Frage. Der Universitätsbund, der durch Rektor Baur und Schriftführer Versé an der Sitzung teilnahm, gab den Hersfeldern den Rat, die Vorträge zunächst auszusetzen und deutlich zu machen, dass die Bundesgruppen nicht selbständig, sondern Teil der Organisation des Universitätsbundes seien.

Die übrigen Vertreter der Bundesgruppen konnten die Erfahrungen des Hersfelder Vorsitzenden nur teilweise bestätigen, was aber daran lag, dass sich die jeweilige Bundesgruppe angepasst hatte oder mit dem Kampfbund kooperierte. So erklärte der Vorsitzende der Weilburger Bundesgruppe, dass sie sich bei Vorträgen zurückgehalten und

Arts, Chapel Hill/London 1993, S. 27. Vgl. auch DERS.: Weimar Culture and the Rise of National Socialism: The Kampfbund für deutsche Kultur, in: Central European History 24 (1991), S. 402-423.

⁶⁰⁶ Ein Teil des Kampfbundes ging zudem im „Amt Rosenberg“ auf. Siehe hierzu GIMMEL, Organisation kulturellen Ressentiments, S. 108-111. Vgl. STEINWEIS, Art, Ideology, & Economics in Nazi Germany, S. 32-49. Zum „Amt Rosenberg“ siehe BOLLMUS, Das Amt Rosenberg.

⁶⁰⁷ Protokoll einer kurzen Besprechung mit den Vertretern der Bundesgruppen am 16. Juni 1934 vor der Verwaltungsratsitzung, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 9, ohne Blatzzählung. Wie viele Vertreter anwesend waren, wird nicht aufgeführt. Daher stellen die folgenden Ausführungen nur einen Ausschnitt ohne Anspruch auf Vollständigkeit dar. Sie vermitteln aber trotzdem einen Eindruck der Probleme, mit denen die Bundesgruppen und damit auch der Universitätsbund konfrontiert waren.

⁶⁰⁸ Der Vorsitzende der Bundesgruppe Hersfeld, Schoof, in der Besprechung am 16. Juni 1934. EBD. Die Probleme, die Schoof wegen der Vorträge in den vorangegangenen Jahren hatte, dürften vermutlich auf die politische Haltung von Prof. Mommsen und die jüdische Glaubensrichtung von Löwith zurückgehen. Siehe hierzu auch Kapitel VI.4.5. über das Vortragswesen in der NS-Zeit beziehungsweise Kapitel VI.4.4.2. über die Bewilligungen seit 1933.

daher auch keine Schwierigkeiten hätten. In Homberg gebe es ebenfalls keine Probleme mit dem Kampfbund, da der Vorsitzende der Bundesgruppe auch die örtliche Abteilung des Kampfbundes anführte. In Korbach hatte man die Erfahrung gemacht, dass gemeinsame Vorträge mit Parteiorganisationen sehr gut besucht seien. Um die Konkurrenzsituation zum Kampfbund dennoch insgesamt zu entschärfen, kündigte Rektor Baur an, er wolle mit Gauleiter Weinrich über den Kampfbund sprechen.⁶⁰⁹

Zwei Jahre später fand erneut eine Besprechung mit den Bundesgruppen statt, in der aus anderen Orten vergleichbare Probleme wie in Hersfeld geschildert wurden.⁶¹⁰ So gab es in Frankenberg, Hanau, Weilburg und Homberg große Schwierigkeiten, weil die Mitglieder der NS-Kulturgemeinde nicht gleichzeitig Mitglied im Universitätsbund sein wollten. Dem gegenüber konnte der Vertreter der Bundesgruppe aus Wildungen verkünden, dass es dort keine Konkurrenz gebe und die Vorträge des Universitätsbundes den einzigen geistigen Mittelpunkt bildeten. Positiv war auch das Statement der Rotenburger Bundesgruppe, deren Vortragsreihe gut besucht war: *„Die Neuaufziehung war möglich, dadurch, dass sich alle Vereine (politische etc.) für die Interessen des Bundes einsetzen.“*⁶¹¹

Die Schwierigkeiten und die Handlungsspielräume der Bundesgruppen hingen also maßgeblich von den örtlichen Bedingungen ab, die vor allem das Verhältnis und die Kooperation der Bundesgruppen mit den Ortsgruppen des Kampfbundes beziehungsweise der NS-Kulturgemeinde betrafen. Da der Vorstand darauf wenig Einflussmöglichkeiten hatte, konnte er die Bundesgruppen nur ermuntern, Lösungen vor Ort zu suchen und durch Werbung Aufmerksamkeit und Akzeptanz zu erzielen. Zudem suchte er das Gespräch mit regionalen Parteigrößen, wie im Jahre 1934 mit dem Gauleiter. Zudem versuchte der Vorstand mit seiner Bereitschaft, bei der Vermittlung von Dozenten für Vorträge des Gauschulungsamtes zu helfen, die in Zusammenarbeit mit den Bundesgruppen organisiert werden sollten, die Bundesgruppen zu unterstützen.⁶¹² Diese Strategien scheinen aber in dem heterogenen Gefüge des nationalsozialistischen Staates und der NSDAP-Strukturen nicht immer erfolgreich gewesen zu sein. Letztlich entschieden die Verhältnisse vor Ort über die Freiräume oder die Einschränkungen für die

⁶⁰⁹ Protokoll einer kurzen Besprechung mit den Vertretern der Bundesgruppen am 16. Juni 1934 vor der Verwaltungsratsitzung, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 9, ohne Blatzzählung.

⁶¹⁰ Anwesend waren Vertreter aus folgenden Bundesgruppen: Fulda, Rotenburg, Hanau, Wildungen, Weilburg (2x), Hofgeismar, Wiesbaden, Dillenburg, Frankenberg, Homberg, Biedenkopf, Bremen, womit immerhin die Hälfte der Bundesgruppen an der Sitzung teilnahm. Protokoll der Besprechung mit den Bundesgruppenleitern am 20. Juni 1936, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 15, ohne Blatzzählung.

⁶¹¹ EBD. Das gleiche Bild ergab sich auch ein Jahr später. Besprechung mit den Bundesgruppen am 26. Juni 1937, in: EBD., ohne Blatzzählung.

Bundesgruppen. Insgesamt war damit die Öffentlichkeitsarbeit für den Universitätsbund erschwert worden, aber sie war weiterhin möglich. Auf diese Weise war bis in den Zweiten Weltkrieg hinein eine wichtige Grundlage für die Arbeit und das Wirken des Universitätsbundes gegeben. Gravierende Einschnitte musste der Vorstand erst während des Krieges hinnehmen, was auch, wie erwähnt, Auswirkungen auf die Herausgabe der Mitteilungen des Bundes hatte.

Durch die Problematik bezüglich des Umgangs mit den NS-Organisationen ist ein weiterer und für die Gesamteinschätzung des Universitätsbundes in der NS-Zeit entscheidender Bereich tangiert worden, nämlich die Frage, ob die Vorstandsmitglieder selbst in die NSDAP oder andere nationalsozialistische Organisationen eintraten oder bereits eingetreten waren.

3. Der Vorstand des Universitätsbundes und seine Mitgliedschaften in NS-Organisationen

Zudem ist es von großer Bedeutung, die persönliche Beziehung der Vorstandsmitglieder zum Nationalsozialismus zu untersuchen, um die Tätigkeiten und Handlungen des Vorstandes während der nationalsozialistischen Zeit besser einschätzen und beurteilen zu können. Als Indikator hierfür dienen die persönlichen Mitgliedschaften in nationalsozialistischen Organisationen und Verbänden. Diese sagen einerseits deutlich mehr über die Einstellung der Personen aus als ihre Reden und Briefe, die stets zum Wohle des Universitätsbundes gehalten oder verfasst und bei denen persönliche Überzeugungen oftmals zurückstanden. Andererseits sind etliche deutsche Bürgerinnen und Bürger aus opportunistischen Gründen in die NSDAP und andere Organisationen eingetreten, was bei der Bewertung der politischen Einstellung des Vorstandes nicht unberücksichtigt bleiben darf.

Der langjährige Vorsitzende Haeuser war nach Auflistungen, die zu Ehren seines 80. Geburtstags im Jahre 1937 erstellt wurden, jeweils Mitglied in der „SS – Ffm und Freunde der SA – Ffm“.⁶¹³ Auch wenn in den Akten des Universitätsbundes ansonsten keine Hinweise auf weitere Mitgliedschaften zu finden waren, war Haeuser dennoch Mitglied der NSDAP. Laut deren Reichskartei beantragte Haeuser am 24. April 1937 die Aufnahme in die Partei und wurde zum 1. Mai 1937 mit der Mitgliedsnummer 5146673 aufgenommen. Als Beruf gab Haeuser Rentner an.⁶¹⁴ Diese Angaben werfen diverse Fragen auf, die nicht eindeutig beantwortet werden können. Warum trat Haeuser

⁶¹² Zu den Hintergründen siehe Kapitel VI.4.5.

⁶¹³ Übersicht über die Mitgliedschaften von Haeuser, in: ARCHIV DER HISTOCOM GMBH FRANKFURT A. M., Personenakten C/1/3/g, ohne Blattzählung.

gut ein halbes Jahr vor seinem 80. Geburtstag in die Partei ein und was versprach er sich von diesem Schritt? Berufliches Fortkommen konnte er nicht erwarten, da er sich als Rentner bezeichnete. Auch seinen Freunden und Bekannten schien er nichts erzählt zu haben oder sie maßen der Erwähnung keinen Wert bei, denn in den Trauerreden bei der Gedenkfeier zu Ehren Haeusers wurde diese NSDAP-Mitgliedschaft nicht erwähnt und es sprach auch kein Parteifunktionär. Vermutlich liegt der Grund für den späten Parteibeitritt im persönlichen Bereich, was durch die politischen Verlautbarungen von Haeuser aus der Weimarer Zeit und nach 1933⁶¹⁵ nicht überrascht, auch wenn der Eintritt sehr spät erfolgte.⁶¹⁶ Offensichtlich war Haeuser mit der Politik Hitlers zufrieden, denn vor allem die Expansionsbestrebungen und das Ziel, aus Deutschland wieder eine Großmacht entstehen zu lassen, müssen Haeuser gefallen haben. Allerdings ist dann wiederum zu fragen, warum ihn die NSDAP nach einem Beitritt aus Überzeugung nach seinem Tode nicht entsprechend würdigte. Insgesamt fällt es vor dem Hintergrund dieser Überlegungen schwer, diesen Parteieintritt einzuordnen und vor diesem unklaren Hintergrund die Entscheidungen von Haeuser in seiner Funktion als Vorsitzender des Universitätsbundes angemessen zu bewerten.

Da auch Prof. Carl Ludwig Lautenschläger von den IG-Farben, welcher Duden im Vorstand folgte, als dieser zum Vorsitzenden gewählt wurde, wie Haeuser am 1. Mai 1937 in die NSDAP eintrat,⁶¹⁷ war der bis Kriegsende amtierende Landesrat Schellmann, der auch bis 1945 dem Vorstand angehörte und zudem ein Gründungsmitglied des Universitätsbundes war, derjenige, der am frühesten in die Partei eintrat. Er wurde zum 1. Mai 1933 in die NSDAP aufgenommen und erhielt die Mitgliedsnummer 3217490.⁶¹⁸ Zudem scheint Schellmann auch Parteiämter innegehabt zu haben, worauf ein Eintrag in einem Personalblatt hindeutet: „*Partieverhältnis: [...] c) Ämter in der Partei: zur Zeit nicht mehr.*“⁶¹⁹ Um welche Ämter es sich dabei gehandelt hatte, konnte nicht geklärt werden.

Diesen NSDAP-Mitgliedern standen die Angehörigen des Vorstandes gegenüber, die „nur“ in NS-Organisationen und NS-Verbände eintraten. Hierzu gehören der Nachfolger von Haeuser, Duden, und der Schriftführer Versé, während über Schatzmeister Pfeiffer

⁶¹⁴ BARCH (ehemals BDC), NSDAP Reichskartei, Haeuser Adolf, 26.11.1857.

⁶¹⁵ Siehe hierzu die Ausführungen in Kapitel VI.4.

⁶¹⁶ Hierbei ist jedoch der Aufnahmestopp zu bedenken, den die NSDAP zum 1. Mai 1933 verhängte und der trotz vieler Ausnahmeregelungen erst am 1. Mai 1939 endgültig aufgehoben wurde. BRECHTKEN, Magnus: Die nationalsozialistische Herrschaft 1933-1939, Darmstadt 2004, S. 32f.

⁶¹⁷ Die Aufnahme in die Partei soll er aber laut Karteikarte erst am 29. April 1938 beantragt haben. BARCH (ehemals BDC), NSDAP Ortsgruppenkartei, Lautenschläger Carl Ludwig, 27.2.1888.

⁶¹⁸ BARCH (ehemals BDC), NSDAP Reichskartei, Schellmann Otto, 19.11.1880.

keinerlei Angaben über Mitgliedschaften in NS-Gruppierungen vorliegen. Duden wurde zwar als Mitglied im nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) geführt,⁶²⁰ ansonsten zeigen die Gutachten, die Parteifunktionäre über Duden einholten, keine politischen Auffälligkeiten.⁶²¹ Er scheint also weder besonders engagiert gewesen zu sein noch irgendwelche Konflikte mit NS-Organisationen ausgetragen zu haben, vielmehr passte er sich den Gegebenheiten im nationalsozialistischen Staat an, indem er als Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Chemiker diese Organisation nach den Vorgaben des Führerprinzips umstrukturierte.⁶²² Ob Duden damit opportunistisch handelte oder er den Ideen des Nationalsozialismus nicht abgeneigt war, kann nicht beantwortet werden. Er hat sich aber offensichtlich sehr schnell den neuen Bedingungen angepasst.

Schriftführer Versé wird ebenfalls als Mitglied des NSLB geführt⁶²³ und gab selbst in einem Fragebogen aus dem Jahre 1937 an, er sei kein NSDAP-Mitglied, gehöre aber der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV)⁶²⁴ und dem Reichsluftschutzbund an und sei förderndes Mitglied der SS.⁶²⁵ Die fördernden Mitglieder der SS, die nicht als Mitglied der SS geführt wurden, konnten bei einem Mindestjahresbeitrag von 1.- RM ihren Obolus selbst festlegen.⁶²⁶ Nach den Angaben der amerikanischen Besatzungsbehörden nach dem Zweiten Weltkrieg zahlte Versé „[...] 2 RM monthly to SS“⁶²⁷ und damit

⁶¹⁹ BARCH (ehemals BDC), NSDAP PK, Schellmann Otto, 19.11.1880. Das Personalblatt ist undatiert, der letzte Eintrag ist aus dem Jahr 1942.

⁶²⁰ BARCH (ehemals BDC), NSLB-Kartei, Duden Paul, 30.10.1868. Zur Geschichte des NSLB siehe FEITEN, Willi: Der Nationalsozialistische Lehrerbund. Entwicklung und Organisation. Ein Beitrag zum Aufbau und zur Organisationsstruktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, Weinheim/Basel 1981. (Studien und Dokumentation zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 19).

⁶²¹ BARCH (ehemals BDC), NSDAP PK, Duden Paul, 30.10.1868.

⁶²² Dies geht aus einem Glückwunschartikel von Schriftführer Versé zum 70. Geburtstag von Duden hervor: „Haben Sie doch weiterhin von 1929 an fast neun Jahre den großen Reichtum Ihres Wissens, Ihrer Erfahrung, Ihrer Tatkraft als Vorsitzender selbstlos in den Dienst des Vereins Deutscher Chemiker gestellt. Sie lenkten diesen Berufsstand durch Krisenjahre und Umbruch, um ihn schließlich nach Vollen- dung der Neuorganisation und Ausrichtung auf die Aufgaben des Dritten Reiches als Hauptverein in die Fachgruppe Chemie des NSBDI einzugliedern [...]“. Versé, Max: Paul Duden zum 70. Geburtstag, in: MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Heft 3, 1938, S. 41f., hier S. 42.

⁶²³ BARCH (ehemals BDC), NSLB-Kartei, Versé, Max, 15.3.1877.

⁶²⁴ „Daneben war eine Mitgliedschaft in der NSV aber auch ein beliebter Weg, die Mitgliedschaft in der Partei oder einer ihrer sonstigen Organisationen zu umgehen. Die NSV bot sich hier in geradezu idealer Weise an. Man konnte sich von der ‚Politik‘ fernhalten, ohne sich dem Argwohn staatsbürgerlicher Unzuverlässigkeit auszusetzen; und man durfte dabei obendrein noch ein gutes soziales Gewissen haben.“ VORLÄNDER, Herwart: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard am Rhein 1988. (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 35), S. 179. Zum gleichen Urteil kommt auch HAMMERSCHMIDT, Peter: Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat. Die NSV und die konfessionellen Verbände Caritas und Innere Mission im Gefüge der Wohlfahrtspflege des Nationalsozialismus, Diss. Marburg 1997, Opladen 1999, S. 391.

⁶²⁵ Fragebogen der Landesstelle Kurhessen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, Kassel, an alle Schriftleiter im Gau Kurhessen, von Versé handschriftlich ausgefüllt am 14. Mai 1937, in: DEPOT LAHNBERGE, Blattsammlung ohne Titel, ohne Blattzählung.

⁶²⁶ KAIENBURG, Hermann: Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003, S. 71. Siehe auch HÖHNE, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967, S. 132.

⁶²⁷ NATIONAL ARCHIVES RG 260/OMGUS, OMGH 8/19-1/13.

deutlich mehr als den durchschnittlichen Beitrag im Jahr 1934.⁶²⁸ Eugen Kogon beurteilte die Fördernden Mitgliedschaften kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wie folgt: „[...] die ‚Fördernden Mitglieder‘ brauchten für das Recht, die schwarze SS-Nadel mit der Sigrune zu tragen, überhaupt nur einen Monatsbeitrag zu bezahlen. Von harter theoretischer und politischer Ausbildung zum ‚Orden‘ keine Spur. Diese Taktik kam vorhandenen Tendenzen geschickt entgegen: die ‚fördernden Mitglieder‘ sahen in dem Geldbetrag die billige Möglichkeit, sich von allen anderen nationalsozialistischen Organisationen und Zwangsformen zu drücken, gleichwohl aber, und zwar vornehm, ‚dabei zu sein‘ [...]“⁶²⁹ Auch wenn aufgrund fehlender Quellen nicht verifiziert werden konnte, ob die hier von der Sekundärliteratur genannten Einschätzungen auf Versé zutreffen, bezeichneten auch die Forschungen über die Marburger Medizinische Fakultät im Nationalsozialismus diesen als einen „der bekanntermaßen unpolitischen Mediziner“⁶³⁰ und urteilten über seine Mitgliedschaft im NSLB wie folgt: „Einige ältere Ordinarien benutzten die Mitgliedschaft im NSLB augenscheinlich als Ausweichmanöver, um direkt nach dem Machtwechsel nicht in die Partei oder andere Gliederungen eintreten zu müssen, andererseits aber auch nicht als Gegner zu erscheinen.“⁶³¹

Bei den Mitgliedschaften des Schriftführers Versé fällt jedoch auf, dass er gleich in drei der Organisationen beziehungsweise Verbänden vertreten war, die laut der historischen Forschung als „Alibi“ gesehen werden können. Daher stellt sich die Frage, ob die drei sogenannten „Alibi“-Mitgliedschaften, mit denen sich Versé angeblich gegen das fehlende NSDAP-Parteibuch absicherte, noch als solche zu bezeichnen sind oder ob doch gewisse Überzeugungen dahinter standen.⁶³² Auch wenn sich letztlich kein abschließendes Urteil treffen lässt, bleiben zumindest Zweifel an der bisherigen Darstellung von Versé als unpolitischer Persönlichkeit.

⁶²⁸ Im genannten Jahr zahlten die etwa 342.500 Fördernden Mitglieder ungefähr 581.000 RM und damit durchschnittlich 1,70 RM ein. KAIENBURG, Die Wirtschaft, S. 72. Gemessen an Versés durchschnittlichem Jahresgehalt im Zeitraum von 1923 bis 1945, das nach den OMGUS-Angaben zwischen 26.615 und 60.926 RM lag, war der Beitrag jedoch nicht sehr hoch. NATIONAL ARCHIVES RG 260/OMGUS, OMGH 8/19-1/13.

⁶²⁹ KOGON, Eugen: Der NS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, mit neuem Vorwort des Autors versehene Ausgabe, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 347f. Zu gleichen Urteilen kommen auch BUCHHEIM, Hans: SS und Polizei im NS-Staat, Duisdorf bei Bonn 1964, S. 165 und HÖHNE, Der Orden, S. 132.

⁶³⁰ AUMÜLLER, Die Marburger Medizinische Fakultät, S. 98.

⁶³¹ EBD., S. 196.

⁶³² Daher ist auch fraglich, ob auf Versé das folgende Urteil von Seier zutrifft: „Mochten viele der Nichtparteiengenossen sich dafür durch Mitgliedschaft in einer NS-Organisation, zumindest im NS-Dozentenbund abgesichert haben – gerade dies dürfte, ähnlich wie ein später Parteieintritt, vielfach im Sinne formaler Anpassung und nicht als echte Bekehrung zu deuten gewesen sein.“ SEIER, Hellmut: Die Hochschullehrerschaft im Dritten Reich, in: Schwabe, Klaus (Hrsg.): Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815-1945, Boppard 1988 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 17), S. 247-295, hier S. 265.

Insgesamt ergibt sich damit ein ambivalentes Bild, denn drei der Vorstandsmitglieder traten in die Partei und NS-Organisationen ein, während sich zwei andere „nur“ mit Mitgliedschaften in NS-Verbänden schmückten. Da also anhand der Partei- und Organisationsmitgliedschaften der Vorstandsmitglieder kein eindeutiges Ergebnis festzustellen ist, soll im Folgenden die Unterstützung von nationalsozialistischen Projekten und Ideen durch den Vorstand überprüft werden. Erst im Anschluss an diese Analyse kann versucht werden, ein abschließendes Urteil über die Haltung des Vorstandes zum Nationalsozialismus zu treffen.

4. Die Anpassungsbestrebungen des Universitätsbundes an den Nationalsozialismus

Die Bemühungen des Universitätsbundes, sich an die Vorstellungen der Nationalsozialisten anzupassen und deren Ziele zu unterstützen, lassen sich in fünf seiner Arbeitsgebiete feststellen, wobei sich innerhalb dieser fünf Bereiche Umfang und Intensität der Anpassungsbestrebungen unterscheiden. Dabei handelt es sich um Personalentscheidungen, die öffentliche Darstellung im Rahmen der Hauptversammlungen, eine Sonderveröffentlichung der Mitteilungen, die finanzielle Förderung der Universität sowie das Vortragswesen.

4.1. Anpassung durch Personal- und Mitgliederentscheidungen: Neue Mitglieder des Verwaltungsrats, die „Absetzung“ des Vorsitzenden der Marburger Bundesgruppe und der Umgang mit den jüdischen Mitgliedern

Neben den bereits geschilderten Neubesetzungen im Vorstand 1933 und 1938⁶³³ kam es in der Zeit des Nationalsozialismus zu einigen personellen Veränderungen im Verwaltungsrat. Dabei lassen sich für den Universitätsbund vor allem zwei Vorgehensweisen festmachen. Die eine stand in engem Zusammenhang mit der Gleichschaltung des Staates nach der „Machtergreifung“, denn der Oberbürgermeister der Stadt Marburg wurde, wie in vielen anderen Städten auch,⁶³⁴ von den Nationalsozialisten aus seinem Amt entfernt, was auch Auswirkungen auf die Besetzung des städtischen Vertreters im Verwaltungsrat des Universitätsbundes hatte. Die andere bestand in dem Bestreben, einflussreiche NS-Politiker für die Gremien des Universitätsbundes zu gewinnen.

⁶³³ Siehe hierzu Kapitel IV.2.

⁶³⁴ WINKLER, Heinrich August: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000 (Der lange Weg nach Westen, Bd. 2), S. 10.

Am 28. März 1933 wurde der Oberbürgermeister von Marburg, Johannes Müller,⁶³⁵ von örtlichen NSDAP-Führern gezwungen, sein Amt niederzulegen, da eine weitere Zusammenarbeit mit ihm für die Nationalsozialisten unmöglich war.⁶³⁶ Müller schied nicht sofort aus dem Amt aus, sondern nahm zunächst Urlaub und wurde dann später durch Dr. Ernst Scheller ersetzt.⁶³⁷ Als Oberbürgermeister war Müller auch der Vertreter der Stadt im Verwaltungsrat des Universitätsbundes, weswegen dieser auf die politische Entwicklung wie folgt reagierte:

*„Der Vorstand nimmt davon Kenntnis, dass Herrn Oberbürgermeister Müller aus politischen Gründen nahegelegt worden ist, sein Amt im Verwaltungsrat niederzulegen. Falls dieser Schritt erfolgt, soll die Stelle zunächst offengehalten werden für einen geeigneten Vertreter der Stadt ohne Festlegung darauf, dass es der Bürgermeister sein müsse.“*⁶³⁸

Es geht zwar aus den Quellen nicht hervor, wer Müller zu welchem Zeitpunkt zu dem angegebenen Schritt geraten hat, aber diese Handlungsweise zeigt entweder das Bemühen des Universitätsbundes, sich nicht den Unmut der Nationalsozialisten durch den Verbleib eines unliebsamen Politikers in den Gremien des Bundes zuzuziehen oder die Tatsache, dass auch der Vorstand Müller politisch für nicht mehr tragbar hielt. Aus einem dieser beiden Motive heraus könnte die Umschreibung *„aus politischen Gründen“* stammen, denn es sieht so aus, als ob Müller zum Zeitpunkt des erfolgten Ratschlags noch im Amt gewesen ist. Denn wenn er nicht mehr im Amt gewesen wäre, hätte man die Bitte damit begründen können, dass er im Verwaltungsrat nun nicht mehr die Interessen der Stadt wahrnehmen könne. Müller jedenfalls zog sich aus dem Verwaltungsrat zurück,⁶³⁹ und sein Sitz blieb zunächst vakant, bis der Vorstand am 29. April 1934 be-

⁶³⁵ Zum Lebenslauf von Müller siehe KLEIN, Thomas: Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867-1945, Darmstadt und Marburg 1988. (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Bd. 70), S.178f.

⁶³⁶ Seier kommentiert die Hintergründe der Absetzung von Müller wie folgt: „Sie [die Nationalsozialisten, Anm. d. Verf.] sahen in ihm den ‚typischen Vertreter liberalistisch-demokratischer Gedankengänge‘ und erzwangen im März 1933 seinen Rücktritt.“ SEIER, Hellmut: Marburg in der Weimarer Republik 1918-1933, in: Dettmering/Grenz, Marburger Geschichte, S. 559-592, hier S. 570. Siehe auch WILLERTZ, John R.: Marburg unter dem Nationalsozialismus (1933-1945), in: Dettmering, Erhart/Grenz, Rudolf (Hrsg.): Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen. Unveränderter Nachdruck mit ergänzendem Anhang, Marburg 1982, S. 593-653, hier S. 595.

⁶³⁷ Die Amtseinführung fand am 24. April 1934 statt. WILLERTZ, John R.: National Socialism in a German City and County. Marburg 1933-1945, Ann Arbor 1970, S. 143. Vgl. WILLERTZ, Marburg unter dem Nationalsozialismus, S. 595, und SEIER, Marburg in der Weimarer Republik, S. 570.

⁶³⁸ Protokoll der Vorstandssitzung vom 20. Mai 1933, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

⁶³⁹ So schrieb Prof. Thiel an Haeuser am 29. Mai 1933, dass Müller *„seinen Sitz im Verwaltungsrat dem Universitätsbund zur Verfügung gestellt“* habe. EBD., ohne Blattzählung. Im Protokoll der nächsten Vorstandssitzung am 17. Juni wurde festgehalten, dass Müller aus dem Verwaltungsrat zurückgetreten sei. EBD., ohne Blattzählung.

schloss, den neuen Oberbürgermeister Scheller⁶⁴⁰ im Verwaltungsrat als Nachfolger von Müller vorzuschlagen.⁶⁴¹

Daneben reagierte der Universitätsbund auch auf Veränderungen in der Universitätsstruktur⁶⁴² und wählte 1934 den Führer der Dozentenschaft, PD Dr. Otto Mattes,⁶⁴³ als Vertreter der Privatdozenten in den Verwaltungsrat.⁶⁴⁴ Ein Jahr später folgte ihm Düring als neuer Führer der Dozentenschaft und Mattes rückte zum Vertreter der außerordentlichen Professoren auf.⁶⁴⁵ 1938 rückte der neue Dozentenschaftsführer Dr. Hans Möckelmann⁶⁴⁶ an Stelle von Düring nach der Abstimmung in der Hauptversammlung in den Verwaltungsrat nach.⁶⁴⁷ Inwiefern sich der Universitätsbund von diesen Wahlen Vorteile für seine Stellung innerhalb der Universität versprach oder nur auf die Neubildung der Dozentenschaft reagierte und deren Führer als legitime Vertreter der Dozenten ansah, bleibt unklar.

Aussagekräftiger für die Politik des Bundes ist hingegen der Versuch des Vorstandes, wichtige Politiker der Region für die Übernahme von Ämtern in den Gremien des Bundes zu gewinnen. Grundlage dieses Vorgehens war ein Vorstandsbeschluss vom 13. April 1935, der auf Initiative des Rektors gefasst worden war:

*„Der Rektor ist für Hinzuwahl eines politisch massgebenden Herrn in den Verwaltungsrat. Es werden Oberpräsident Philipp von Hessen und Gauleiter Weinrich genannt. Der Rektor will wegen des Beitritts des Oberpräsidenten in den Universitätsbund als Mitglied bei ihm vorsprechen. Haeuser will ihn vielleicht in Kassel einmal aufsuchen.“*⁶⁴⁸

Der Grund für die Entscheidung, zunächst den Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau⁶⁴⁹ anzusprechen, mag an dessen großem Einflussbereich gelegen haben.⁶⁵⁰ Al-

⁶⁴⁰ Zum Lebenslauf von Scheller, der seit 1931 Mitglied der NSDAP war, siehe KLEIN, Leitende Beamte, S. 201f.

⁶⁴¹ Protokoll der Vorstandssitzung vom 29. April 1934. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung. Scheller wurde dann auch von der Hauptversammlung bestätigt. OZ vom 18. Juni 1934, S. 5.

⁶⁴² So wurde das Führerprinzip an den Universitäten eingeführt. SEIER, Hellmut: Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsministeriums 1934-1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12 (1964), S. 105-146. Zudem änderten sich die Strukturen durch die bereits erwähnte Bildung der Dozentenschaft: „Die Dozentenschaft übernahm [...] die Sitze in Senat und Fakultäten, die nach der jeweiligen Hochschulsatzung bisher von gewählten Nichtordinarienvertretern besetzt worden waren.“ STAETS, Dozentenschaft, S. 23.

⁶⁴³ Zu Mattes und seinen Tätigkeiten als Führer der Dozentenschaft siehe EBD., S. 47-52 und S. 73-76.

⁶⁴⁴ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1934, S. 58.

⁶⁴⁵ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1935, S. 54.

⁶⁴⁶ Zur Person von Möckelmann siehe STAETS, Dozentenschaft, S. 78.

⁶⁴⁷ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1938, S. 54.

⁶⁴⁸ Protokoll der Vorstandssitzung vom 13. April 1935, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

⁶⁴⁹ Zur Entwicklung der Aufgaben und Funktionen des Oberpräsidenten siehe KLEIN, Leitende Beamte, S. 14.

⁶⁵⁰ Versé an Pfeiffer am 13. Juni 1935, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 15, ohne Blattzählung. Seine Mitgliedschaft war bereits im September 1933 in Betracht gezogen worden. Versé an den Kurator am 11. September 1933, in: HSTAM Bestand 310 Acc. 1983/15 Nr. 4177, Bl. 74.

lerdings lehnte Philipp von Hessen⁶⁵¹ die Offerte ab⁶⁵² und so wurde die Wahl eines politischen Vertreters um ein Jahr verschoben. Da Dr. Kalle aus gesundheitlichen Gründen auf eine Wiederwahl verzichtet hatte, konnte der frei gewordene Platz im Verwaltungsrat Gauleiter Karl Weinrich⁶⁵³ aus Kassel angeboten werden.⁶⁵⁴ Über die Motive zur Wahl des Gauleiters liegen ebenfalls keine Unterlagen vor. Es ist aber aufgrund des zitierten Auszugs aus dem Protokoll und der angesprochenen Politiker davon auszugehen, dass sich der Vorstand durch dessen Einbindung in die Gremien des Universitätsbundes politische Vorteile versprach, denn mit der Wahl Weinrichs in den Verwaltungsrat 1936⁶⁵⁵ war es dem Bund gelungen, einen einflussreichen Politiker der NSDAP für die Interessen des Bundes zu vereinnahmen.

Dieser Eindruck wird in anderer Hinsicht durch einen Vorgang aus dem Jahr 1936 verstärkt, als der Vorstand den Vorsitzenden der Marburger Bundesgruppe zum Rücktritt aufforderte. Diese Handlungsweise des Vorstandes nach einem Vortragsabend der Marburger Bundesgruppe 1936 steht im Kontrast zu den Geschehnissen um die Hamburger Bundesgruppe 1930/31.⁶⁵⁶

Im Rahmen des Vortragsabends am 10. Februar 1936 richtete der langjährige Vorsitzende der Marburger Bundesgruppe, Prof. Dr. med. Karl Justi,⁶⁵⁷ einige Worte an die Gäste. Zwar sind diese nicht überliefert, aber sie müssen für einige Anwesende unangenehm gewesen sein, wie aus dem Schreiben von Versé an Justi vom 11. Februar 1936 hervorgeht:

„Die Art Ihrer gestrigen Ansprachen hat bei verschiedenen Zuhörern starkes Befremden ausgelöst und energische Ablehnung erfahren. Auch der Herr Vortragende war höchst peinlich berührt von Ihren Bemerkungen, soweit sie nicht wissenschaftlichen Charakters waren; sie mussten zu ganz falschen Auslegungen führen. Die Universität ist augenblicklich in einer Lage, in der sie alles vermeiden muss, was als Provokation ausgelegt werden kann, soll nicht Ihre Aufbauarbeit auf der einen und ihr Abwehrkampf auf der andern Seite empfindlich leiden. Dadurch, dass der Rektor 2. Vorsitzender des Universitätsbundes ist, besteht ein so

⁶⁵¹ Zum Lebenslauf des Prinzen, der bereits 1930 in die NSDAP eingetreten war, siehe KLEIN, Leitende Beamte, S. 142.

⁶⁵² Über die Hintergründe liegen keine Akten vor, so dass nur aus der Tatsache, dass der Prinz nicht zur Wahl vorgeschlagen wurde, auf seinen Verzicht geschlossen werden kann. Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 22. Juni 1935, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 9, ohne Blattzählung. Siehe auch die gewählten Vertreter des Verwaltungsrates in den MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1935, S. 54.

⁶⁵³ Zu Weinrich siehe HÖFFKES, Karl: Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches. Ein biographisches Nachschlagewerk, Tübingen 1986 (Veröffentlichungen des Institutes für Deutsche Nachkriegsgeschichte, Bd. 12), S. 383-385.

⁶⁵⁴ Protokoll der Vorstandssitzung vom 29. April 1936, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

⁶⁵⁵ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1936, S. 59; OZ vom 22. Juni 1936, S. 7.

⁶⁵⁶ Siehe hierzu Kapitel V.5.

⁶⁵⁷ Justi wurde bereits im Dezember 1922 als Vorsitzender geführt. MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Nr. 4, Dezember 1922, S. 2.

enger Zusammenhang zwischen Universität und Bund, dass die Verantwortung für die Geschehnisse im Bund auch die Universitätsleitung belasten. Für diese sind aber derartige Reden völlig untragbar. Um allen Weiterungen und Angriffen von vornherein die Spitze abubrechen, sehe ich mich genötigt, Sie in Übereinstimmung mit den übrigen hiesigen Vorstandsmitgliedern zu bitten, das Amt des Vorsitzenden der Ortsgruppe Marburg niederzulegen.“⁶⁵⁸

Justi entsprach dem Willen des Universitätsbundes, legte sein Amt nieder und trat konsequenterweise auch aus dem Bund aus.⁶⁵⁹ Wie aber ist das Verhalten des Bundes zu bewerten, der „zum Wohle“ der Universität den Vorsitzenden einer Bundesgruppe zum Rücktritt zwang, ehe überhaupt Proteste gegen diesen aufkamen?

Der Universitätsbund versuchte, wie Versé selbst schrieb, durch sein Handeln jegliche Unmutsäußerungen gegen den Bund und die Universität im Keim zu ersticken. Er zeigte dadurch erneut sein Bemühen, den Universitätsbund in der Öffentlichkeit als angepassten Verein darzustellen, der kritische Stimmen, gegen wen sie sich auch richteten, nicht zuließ. Insgesamt legte der Vorstand bei diesem Ereignis eine ganz andere Handlungsweise an den Tag als bei den Angriffen der Hamburger Bundesgruppe, als der Vorstand vor allem darauf gehofft hatte, dass die Angelegenheit im Sande verlaufen würde.

Die personelle Anpassung wirkte sich, wie bei anderen Universitätsfördervereinen auch,⁶⁶⁰ ebenfalls auf die jüdischen Mitglieder aus. Die einzige überlieferte Quelle, die Aufschluss über diese Entwicklungen gibt, stammt aus dem Jahre 1936, als der Rektor der Universität Königsberg eine Anfrage an alle Universitätsgesellschaften versandte, wie sie sich gegenüber „Nichtariern“ verhalten hätten.⁶⁶¹ Für den Universitätsbund beantwortete Versé die Anfrage folgendermaßen:

*„Soweit wir unterrichtet sind, haben die nichtarischen Mitglieder inzwischen ihren Austritt erklärt. Ehrenmitgliedschaft gibt es bei unserm Bunde nicht.“*⁶⁶²

⁶⁵⁸ Abschrift des Schreibens von Versé an Justi vom 11. Februar 1936, zur Kenntnis an den Rektor, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 632, Bl. 34.

⁶⁵⁹ Justi an Versé am 12. Februar 1936, Abschrift zur Kenntnis des Rektors. EBD., Bl. 35.

⁶⁶⁰ Für die Würzburger Gesellschaft zieht Schäfer im Zusammenhang mit dem „Ausscheiden“ der jüdischen Mitglieder und Förderer folgende Bilanz: „Eine Personengruppe [...], die sich als Förderer nicht versagt und durchaus als Freunde des Vaterlandes und der Wissenschaften betrachtet hatten, verschwand unter schändlichen Bedingungen sang- und klanglos. Niemand hat ihnen damals eine Träne nachgeweint. Das war eben so. Wann andere Mißliebige und politische Gegner der NSDAP von sich aus wegblieben oder wegzubleiben hatten, läßt sich heute nicht mehr feststellen.“ SCHÄFER, Freunde und Förderer der Universität Würzburg, S. 118.

⁶⁶¹ „Zur Klärung der Frage betreffend Mitgliedschaft von Nichtariern beim Königsberger Universitätsbund (Freunde und Förderer der Universität) bitte ich um Mitteilung, wie sich der dortige Universitätsbund oder die ihm ähnliche Institution gegenüber Mitgliedern und Ehrenmitgliedern verhält bzw. verhalten hat, soweit diese Herren nichtarischer Abstammung sind.“ Schreiben des Rektors der Universität Königsberg vom 28. November 1936, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 632, Bl. 91.

⁶⁶² Antwort von Versé an den Rektor der Universität Marburg vom 1. Dezember 1936 auf der Rückseite des Schreibens aus Königsberg. Der Marburger Rektor beantwortete die Frage am 2. Dezember in dem von Versé genannten Sinne. EBD., Bl. 91, Rückseite.

Aus diesen Zeilen ist nicht ersichtlich, ob der Universitätsbund seine „nichtarischen“ Mitglieder aktiv zum Ausscheiden aufgefordert hat. Jedenfalls bemühte er sich trotz des Mitgliederrückgangs auch nicht um deren Verbleib. Aufgrund fehlender Quellen ist der Schlussfolgerung Herrmanns, die meisten Gesellschaften hätten die Entfernung der Juden lautlos betrieben, indem sie ihnen beispielsweise keine Mitgliedsbeiträge mehr in Rechnung stellten, auch für den Universitätsbund wahrscheinlich.⁶⁶³ Jedenfalls gilt für den Marburger Universitätsbund als gesichert, dass er nicht wie die Freiburger Gesellschaft 1936 wegen der „Beibehaltung“ jüdischer Mitglieder unter öffentlichen Druck geriet,⁶⁶⁴ also sich rechtzeitig und ohne größeren Druck von außen an den Nationalsozialismus angepasst hatte.

Neben dieser Anpassung durch die verschiedenen personellen Entscheidungen agierte der Vorstand auch in anderen Bereichen aktiv, um den Universitätsbund positiv und in Übereinstimmung mit den Zielen des Nationalsozialismus zu präsentieren. Als sichtbarstes Instrument dienten ihm dabei die Hauptversammlungen, während derer Haeuser bereits in der Weimarer Zeit politische Aussagen und Einschätzungen abgegeben hatte.

4.2. Öffentliche Anpassung: Die Hauptversammlungen 1933-1939

4.2.1. Die Hauptversammlung 1933: Ein Bekenntnis zum „neuen“ Deutschland

Die erste Veranstaltung, bei der der Universitätsbund öffentlich Stellung zum Nationalsozialismus bezog, war die Hauptversammlung des Jahres 1933, die am 17. und 18. Juni stattfand.⁶⁶⁵ Die Vorbereitungen begannen bereits im Frühjahr mit der Auswahl des Festredners. Zunächst bemühte sich der Vorstand, General von Seeckt, den ehemaligen Oberbefehlshaber der Reichswehr, für die Hauptversammlung zu gewinnen. Am 20. April 1933 schrieb Thiel an Seeckt und erläuterte die Hintergründe der Anfrage:

„Wir haben den dringenden Wunsch, diesmal den Mitgliedern und Freunden unseres Bundes und insbesondere unserer akademischen Jugend den Genuss zu ermöglichen, aus dem berufensten Munde einen Vortrag über einen kriegswissen-

⁶⁶³ HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 107. Herrmann führt zudem aus, dass nur wenige Fördervereine den „Arierparagraphen“ in ihre Statuten aufgenommen hätten.

⁶⁶⁴ Die Freiburger Gesellschaft wurde attackiert, weil sie 1936 noch jüdische Mitglieder hatte. Letztlich wurde die Gesellschaft auch umgestaltet. EBD., S. 109. In diesem Zusammenhang nennt Herrmann auch Königsberg als Beispiel für eine späte Gleichschaltung. EBD.

⁶⁶⁵ Zu früheren Aktivitäten des Bundes sind keine Quellen überliefert. Auch die bisherigen Untersuchungen zur Marburger Lokal- und Universitätsgeschichte geben keine Hinweise auf Aktionen, an denen der Marburger Universitätsbund beteiligt gewesen sein könnte. So siehe die Darstellung von Margret Lemberg über die Bücherverbrennung in Marburg am 10. Mai 1933. LEMBERG, Margret: Die Universitätsbibliothek Marburg und ihre Bücher von 1933 bis 1946 (Verboten und nicht verbrannt I), Marburg 2001. (Schriftenreihe der Universitätsbibliothek Marburg, Bd. 110), S. 5-17.

schaftlichen oder militärpolitischen Gegenstand zu hören, der dem wiedererstarkenden Wehrwillen der Nation entspricht.“⁶⁶⁶

Der Universitätsbund wollte demnach das gestiegene Selbstwertgefühl der Deutschen durch einen militärischen, dadurch aber auch politischen Vortrag belegen. Dies stellte einen erstaunlichen Wechsel innerhalb der Thematik der Vorträge dar. Denn während der gesamten Dauer der Weimarer Republik wurden bei den Hauptversammlungen ausschließlich wissenschaftliche Vorträge gehalten und in der Vorjahresversammlung hatte in deutlichem Kontrast zu dem jetzt geplanten Thema der Reichsjustizminister a.D. Dr. Johann Viktor Bredt über die Entwicklung des Völkerrechts gesprochen.⁶⁶⁷

Da Seeckt aufgrund einer Reise nach Asien das Angebot allerdings nicht annehmen konnte,⁶⁶⁸ suchte der Vorstand nach einem neuen Redner, der die Wünsche des Universitätsbundes ebenso gut erfüllen konnte, und letztlich bat der Vorstand den ehemaligen Kurator von Hülse, der zu diesem Zeitpunkt als Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau amtierte, Kontakt zum „Befreier Finnlands, [...] Herrn General Grafen von der Goltz“ aufzunehmen.⁶⁶⁹ Dieser, mittlerweile Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands,⁶⁷⁰ sagte zu und beabsichtigte, neben einem Rückblick auf die Vergangenheit auch die sich für das deutsche Volk hinsichtlich der Wehrerziehung für die Zukunft ergebenden Konsequenzen aufzuzeigen:

„Kurz, ich gedenke an Hand von Beispielen die Notwendigkeit nicht nur des ‘wieder erstarkten Wehrwillens der Nation’, sondern auch die Folgerungen, die daraus zu ziehen sind, hervorzuheben, soweit man in einem öffentlichen Vortrag darüber sprechen kann.“⁶⁷¹

⁶⁶⁶ Brief von Thiel an Seeckt vom 20. April 1933, in: HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

⁶⁶⁷ Der Vortrag ist in den MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1932, S. 49-57 abgedruckt.

⁶⁶⁸ Dies geht aus der Antwort von Frau von Seeckt vom 6. Mai 1933 hervor. HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

⁶⁶⁹ „Der Universitätsbund Marburg hat den Wunsch, dass eine hervorragende Persönlichkeit des Weltkrieges die Festrede über einen Gegenstand der Kriegsgeschichte oder der Wehrpolitik hält, um dem wiedererstarkten Wehrwillen der Nation und insbesondere unserer akademischen Jugend Rechnung zu tragen.“ Schreiben von Thiel an Hülse vom 25. April 1933, EBD., ohne Blattzählung. Kurz darauf kehrte von Hülse in seine alte Funktion zurück und blieb bis zur Absetzung durch die Amerikaner 1945 Kurator der Universität. NAGEL, Die Philipps-Universität im Nationalsozialismus, S. 11f.

⁶⁷⁰ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 4, 1933, S. 1. Von der Goltz war seit 1925 Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VvVD). „Die VvVD waren eine kartellartige Dachorganisation konservativen, militaristisch-nationalistischen Charakters. [...] Die Führung der VvVD bestand fast ausschließlich aus reaktionären Angehörigen des alten kaiserlich-imperialistischen Offizierskorps und der Beamtenschaft. [...] In den letzten Jahren der Weimarer Republik unterstützten die VvVD aktiv die DNVP und die NSDAP bei der Errichtung der faschistischen Diktatur sowie der Vorbereitung eines Revanche- und Eroberungskrieges.“ FINKER, Kurt: Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands (VvVD) 1922-1933/34, in: Fricke, Dieter u.a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden, Band 4, Leipzig/Köln 1986, S. 314-321, hier S. 314.

⁶⁷¹ So von der Goltz in seiner Antwort an von Hülse vom 5. Mai 1933, in: HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

In seinem Vortrag *„Wehrhaftigkeit - unsere Schicksalsfrage“*⁶⁷² rief der General dazu auf, bereits im Frieden durch eine entsprechende Erziehung die Voraussetzungen für einen Krieg zu schaffen. Er begründete dies unter anderem mit den unsicheren Grenzen Deutschlands und dem daraus resultierenden ständigen Raumverlust für die deutsche Bevölkerung. Dass die Deutschen noch ein selbständiges Volk seien, hätten sie einzig und allein der Gründung Preußens zu verdanken. Denn daraus sei das zweite Kaiserreich entstanden, auf dessen Grundmauern nun das „Dritte Reich“ aufgebaut würde. Die Fehler der letzten 14 Jahre, in denen keine nationale Erziehung stattgefunden habe, müssten beseitigt werden, um die Wehrhaftigkeit zu erreichen. Hierzu gehörte nach der Ansicht von Goltz die körperliche und militärische Erziehung der Jugend, die Einführung der Wehrpflicht, sowie die materielle Aufrüstung. Zum Abschluss rief er die akademische Jugend auf, sich am Aufbau des Staates zu beteiligen und diesem zu dienen:

*„Dann, aber nur dann wird das erhoffte dritte Reich das erste und zweite an Größe und Kulturwert übertreffen. Aber vergiß nie; es gibt nur Wehrhaftigkeit, oder ewiger Tributstaat, oder Bolschewismus.“*⁶⁷³

Die Ausführungen des Generals beinhalten einige wichtige Aspekte der späteren Politik Hitlers, denn viele der erhobenen Forderungen wurden umgesetzt und mündeten in den Zweiten Weltkrieg, mit dem Hitler unter anderem die „Raumfrage“, die von der Goltz ebenfalls ansprach, „lösen“ wollte. Insgesamt stellte der Vortrag eine Verherrlichung des Kaiserreiches und der militärischen Leistungen des deutschen Heeres im 1. Weltkrieg dar, während er an der Weimarer Republik harte Kritik übte.

Diese etwas ausführlichere Wiedergabe und Bewertung der wichtigsten Inhalte der Rede rechtfertigt sich durch die Betrachtung der Reaktion des Universitätsbundes auf den Vortrag, die wiederum Rückschlüsse auf das Selbstverständnis des Bundes, genauer gesagt seine Einstellung zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus, zulassen. Denn Versé schrieb am 21. Juni 1933 an von der Goltz und gab den zufriedenen Eindruck der Hauptversammlung wieder und dankte ihm *„[...] für die so aufklärenden Ausführungen [...], die uns allen aus dem Herzen gesprochen waren.“*⁶⁷⁴ Darüber hinaus konnte Versé berichten, dass der Vortrag im Wortlaut in den Mitteilungen erscheinen, während die Akademische Rundschau nur einen Auszug veröffentlichen werde.⁶⁷⁵ Versé schien also nicht nur die Begeisterung der Hauptversammlung ausdrücken zu

⁶⁷² Dieser ist in den MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 4, 1933, S. 1-9 abgedruckt.

⁶⁷³ EBD., S. 9.

⁶⁷⁴ Versé an von der Goltz am 21. Juni 1933, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

⁶⁷⁵ EBD.

wollen, sondern er nahm auch an, dass bei den nicht anwesenden Mitgliedern ein Interesse am Vortrag des Generals bestünde.

Auch die Ansprache von Haeuser, die er vor dem Vortrag des Generals am 18. Juni gehalten hatte, sollte auf Wunsch Versés den abwesenden Mitgliedern im Wortlaut zur Verfügung gestellt werden, denn der Vorsitzende fand nach Meinung des Schriftführers

*„[...] wie auch Magnifizenz mir später gegenüber betonte, so treffende Worte für die Kennzeichnung des neuen Zeitgeistes, dass wir diese doch auch den nicht erschienenen Bundesmitgliedern bekannt geben möchten.“*⁶⁷⁶

Haeuser sprach in seiner Rede laut Bericht der Oberhessischen Zeitung von einem „*gewaltigen Umbruch der Zeit*“ und der Bereitschaft der Universität, „*zur Erreichung der Ziele des Reichskanzlers Hitler*“ beizutragen,⁶⁷⁷ welche im Einklang mit denen des Universitätsbundes ständen. Als Beispiel nannte Haeuser die Volksgemeinschaft und unterstrich deren Bedeutung für die Wissenschaft:

*„Wir wollen [...] die Volksgemeinschaft zwischen den Forschern und denen, die draußen stehen im Lande aufrecht erhalten, was durch die Vorträge des Universitätsbundes erreicht wird.“*⁶⁷⁸

Haeuser bediente sich der Sprache der Nationalsozialisten, um die Aufgaben des Bundes zu skizzieren und dessen Anpassungsfähigkeit an die Vorstellungen des Nationalsozialismus aufzuzeigen. Diese Stellungnahme überrascht nach der Haltung des Bundes in den Jahren zuvor nicht. Während er ein ähnliches Bekenntnis zur Programmatik des Staates zu Zeiten der Weimarer Republik nicht abgegeben hatte, bekannte er sich nun eindeutig zu Hitler und zur Aufbruchstimmung im „neuen“ Deutschland.⁶⁷⁹ Dieser Eindruck wird auch durch die Rede des Vizekanzlers Franz von Papen auf der folgenden Hauptversammlung im Jahre 1934 nicht geändert.

⁶⁷⁶ Versé an Haeuser, undatiert, in: EBD., ohne Blattzählung. Da Haeuser aber frei gesprochen hatte, existiert als Quelle seines Vortrages nur die Zusammenfassung in der Oberhessischen Zeitung, über die Haeuser selbst schrieb: „*Ich möchte Sie daher bitten, vielleicht mit einigen Worten den Inhalt meiner Ansprache zu skizzieren, der Bericht in dem „Oberhessen“ gibt wenn auch nicht den Inhalt so doch die Disposition der Ansprache im ganzen richtig wieder.*“ Antwort von Haeuser am 22. Juni 1933. EBD., ohne Blattzählung.

⁶⁷⁷ OZ vom 19. Juni 1933, S. 7.

⁶⁷⁸ EBD.

⁶⁷⁹ Durch die Hauptversammlung zeigte der Bund seine Teilnahme am Gefühl der nationalen Erhebung, das Deutschland spätestens seit dem „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 ergriffen hatte. Zum allgemeinen Aufbruch der Nation siehe JASPER, Gotthard: Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934, Frankfurt a.M. 1986, S. 172-177, sowie MOMMSEN, Hans: Die deutsche Elite und der Mythos des nationalen Aufbruchs von 1933, in: Merkur 38 (1984), S. 97-102. Zur Haltung der deutschen Universitäten nach der „Machtergreifung“ siehe BRACHER, Die Gleichschaltung, sowie KNIGGE-TESCHE, Renate: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat, Frankfurt a.M. 1999, S. 5-9, insbesondere S. 5ff.

4.2.2. Die Hauptversammlung 1934: Die Rede des Vizekanzlers Franz von Papen

Über die Vorgeschichte des Vortrags von Papens, den er am 17. Juni 1934 im Rahmen der Hauptversammlung des Marburger Universitätsbundes hielt, ist vor allem in Bezug auf die Urheberschaft der Rede bereits sehr viel geforscht und veröffentlicht worden. Die Rede,⁶⁸⁰ die Edgar Julius Jung für von Papen verfasst hatte,⁶⁸¹ wurde unter anderem als härteste öffentliche Kritik am Nationalsozialismus seit der Rede von Otto Wels zum Ermächtigungsgesetz bezeichnet.⁶⁸² Daher hat dieses Ereignis dem Marburger Universitätsbund bis heute einen Platz in der Literatur, insbesondere zur Frage des Widerstandes gegen das Hitlerregime, gesichert: „Marburg als Verbund von Universität und Stadt erlebte 1934 eine Sternstunde seiner Geschichte: als Schauplatz, ja als Kennwort einer Extremismus-Abwehr, zu der konfessionelle Überzeugungstreue, Verlangen nach Wissenschafts-Autonomie und Abkehr von Vulgär-Ideologien zusammentrafen und die in der hochdynamischen Situation des Sommers 1934 Signalbedeutung gewann.“⁶⁸³ Vor dem Hintergrund der Rolle des Universitätsbundes soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, inwieweit Marburg hier wirklich ein Ort des Widerstandes oder doch nur Spielball höherer Interessen und Institutionen war.

Bevor von Papen gefragt wurde, ob er bereit sei, die Rede auf der Hauptversammlung im Juni 1934 zu halten, wandte sich der Vorstand des Universitätsbundes im März 1934 an Dr. Hugo Eckener, einen Experten der Luftschifffahrt, der über ein Thema aus seinem Metier sprechen sollte.⁶⁸⁴ Nachdem dieser aber wegen einer Reise nach Brasilien absagen musste,⁶⁸⁵ kam die Frage des Festredners auf die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 29. April 1934, zu der sich dann laut Protokoll eine längere Diskussion

⁶⁸⁰ Rede von Vizekanzler Franz von Papen am 17. Juni 1934 in Marburg, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg. 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, Nürnberg 1949, Band XL, S. 543-558.

⁶⁸¹ FORSCHBACH, Edmund: Edgar J. Jung. Ein konservativer Revolutionär. 30. Juni 1934, Pfullingen 1984, S. 114f.; PETZOLD, Joachim: Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis, München/Berlin 1995, S. 218; TSCHIRSCHKY, Fritz Günther von: Erinnerungen eines Hochverrätters, Stuttgart 1972, S. 164. Papen hingegen behauptete in seinen Erinnerungen, selbst der Verfasser der Rede gewesen zu sein. PAPAN, Franz von: Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 346.

⁶⁸² WINKLER, Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“, S. 35. Vgl. auch die Einschätzung von Hans-Ulrich Thamer, der über die Rede schreibt: „*Sie war nichts weniger als eine frontale Kritik an Gewalt und Radikalismus des neuen Regimes und markierte deutlich den Gegensatz zwischen einem konservativ-autoritären Staatsbegriff und dem widernatürlichen Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus [...]*.“ THAMER, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Sonderausgabe, durchgesehene und auf den neuen Stand gebrachte Ausgabe Berlin 1994, S. 327.

⁶⁸³ SEIER, Hellmut: Zum Verhältnis von Universität und Stadt in Marburg 1785-1945, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 38 (1988), S. 171-201, hier S. 199. Zurückhaltender formulierte Heiber über das Ereignis in Marburg: „1934 wird dann Geschichte gemacht in Marburg.“ HEIBER, Helmut: Universität unterm Hakenkreuz. Teil II: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, Bd. 2, München 1994, S. 561.

⁶⁸⁴ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

⁶⁸⁵ Eckener an Haeuser am 12. April 1934. EBD., ohne Blattzählung.

entwickelte. Nachdem von Papen vorgeschlagen und angenommen wurde,⁶⁸⁶ wurde die Frage eines eventuellen Ersatzes für von Papen besprochen. Die dort gemachten Vorschläge zeigen erneut die Bereitschaft, sich den Zielen beziehungsweise Überzeugungen des Nationalsozialismus anzunähern und diesem auf der Hauptversammlung ein Forum für seine Ideologie zu liefern: „*Als etwaiger Ersatz wurden Kerrl, Wegener (Grönlandforschung), Darré, Rust, Freisler genannt.*“⁶⁸⁷ Letztendlich waren diese Vorschläge jedoch nicht mehrheitsfähig und der Vorstand traf die Entscheidung, gegebenenfalls wissenschaftliche Vorträge anzubieten: „*Es wird jedoch beschlossen, im Falle der Ablehnung von Papens die Professoren Stengel, v. Merhart und Mitzka über heimatkundliche Forschungen sprechen zu lassen.*“⁶⁸⁸ Dieser Beschluss musste jedoch nicht umgesetzt werden, denn der Adjudant des Vizekanzlers, von Tschirschky, beantwortete am 5. Mai 1934 eine entsprechende Anfrage von Haeuser positiv. Darüber hinaus machte er sogleich den Vorschlag, die Rede im Radio übertragen zu lassen, da dies sicher auch eine gute propagandistische Wirkung für den Universitätsbund hätte.⁶⁸⁹

In den folgenden vier Wochen entwickelte sich eine intensive Kommunikation zwischen dem Universitätsbund in Person des Schriftführers und von Tschirschky aus der Vizekanzlei. Aufschlussreich für die Absprachen zwischen dem Bund und der Vizekanzlei ist zunächst die Zusammenfassung eines Telefonats zwischen Versé und Tschirschky vom 12. Mai 1934, in dessen Verlauf verabredet wurde, dass von Papen eine politische Rede halten werde, die aber auch die Interessen des Universitätsbundes und die Stellung der Wissenschaft berücksichtigen solle. Das Thema der Rede wurde ebenso zurückgehalten wie das Manuskript, das dem Universitätsbund erst nach der Rede zur Veröffentlichung übergeben werden sollte.⁶⁹⁰

Der Universitätsbund bekam also keine Informationen über den Inhalt und den Aufbau des Vortrags. In der Vizekanzlei wiederum stand vermutlich schon zu diesem Zeitpunkt die Stoßrichtung der geplanten Rede fest, denn ihr Inhalt war bereits für einen Auftritt von Papens in Berlin vorgesehen. Es wurde dann aber Marburg ausgewählt, da dies

⁶⁸⁶ Thematische Vorschläge für den Vortrag des Vizekanzlers wurden nicht gemacht. Zudem gehen auch die Hintergründe und Motive für die Wahl von Papens nicht aus dem Protokoll der Vorstandssitzung und den anderen Akten hervor. Allerdings war von Papen bereits vor der Vorstandssitzung als möglicher Ersatz für Dr. Eckener im Gespräch. Denn am 20. April 1934 schrieb Haeuser an Pfeiffer: „*Mit dem Programm der Vers. bin ich einverstanden, an Herrn v. Papen kann ich erst schreiben, wenn der Tag der Vers. ungefähr feststeht.*“ Abschrift des Schreibens in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

⁶⁸⁷ Protokoll der Vorstandssitzung vom 29. April 1934, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁶⁸⁸ EBD.

⁶⁸⁹ Von Tschirschky an Haeuser am 5. Mai 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

⁶⁹⁰ Inhalt des Telefonats am 12. Mai 1934 zwischen Versé und von Tschirschky. EBD., ohne Blattzählung.

nicht nach einem Arrangement für den Vizekanzenler aussah⁶⁹¹ und ein direkter Zugriff von Seiten Goebbels' nicht möglich war.⁶⁹² Der Universitätsbund hatte also auf die Planungen der Vizekanzenlei keinen Einfluss und bemühte sich statt dessen lediglich, die Wünsche der Vizekanzenlei mit den Interessen des Bundes, insbesondere bezüglich des Werbeeffekts und der Außenwirkung, zu vereinigen. In diesem Sinne schrieb Versé am 14. Mai 1934 an den Südwestdeutschen Rundfunkdienst in Frankfurt und bat neben der Übertragung der Rede um eine Einbeziehung des gesamten Festaktes.⁶⁹³ Da er bis zum 25. Mai keine Rückmeldung erhalten hatte, wandte sich Versé erneut an den Frankfurter Sender,⁶⁹⁴ der ihn informierte, der Grund für die Verzögerung läge in Berlin, da die Reichssendeleitung die Übertragung noch nicht genehmigt hätte.⁶⁹⁵ Tschirschky hat in seinen Erinnerungen geschrieben, dass die Zustimmung erst nach vorheriger Begutachtung der Rede erteilt werden sollte. Dies konnte nur mit Mühe und mit dem Hinweis darauf verhindert werden, dass ein solches Vorgehen für den Vizekanzenler unzumutbar wäre und zudem der Reichspräsident die Rede hören wollte.⁶⁹⁶ Letztlich wurde die Genehmigung Ende Mai 1934 erteilt, wobei der Frankfurter Sender dem Universitätsbund mitteilte, dass er nur die Rede und keine anderen Programmpunkte der Versammlung übertragen werde.⁶⁹⁷

Offenbar aus Enttäuschung über die verpasste Werbemöglichkeit für den Universitätsbund versuchte Versé in den Tagen vor der Versammlung erneut, Einfluss auf den Inhalt der Rede auszuüben und dadurch doch noch Werbung für die Interessen der Universität und des Bundes zu machen. Vor diesem Hintergrund schrieb Versé am 1. Juni an Tschirschky und erläuterte ihm die Aufgabe, die Marburg für Studierende aus dem

⁶⁹¹ TSCHIRSCHKY, Erinnerungen, S. 164.

⁶⁹² PETZOLD, Franz von Papen, S. 218. Ob Marburg auch deshalb bewusst „als deutsch-nationale Hochschule“ ausgewählt wurde, wie Ulrich SCHNEIDER in seinem Aufsatz: Widerstand und Verfolgung an der Marburger Universität 1933-1934, in: Kramer, Dieter/Vanja, Christine (Hrsg.): Universität und demokratische Bewegung. Ein Lesebuch zur 450-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg, Marburg 1977 (Schriftenreihe der Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 5), S. 219-256, S. 239 geschrieben hat, ist schwer zu bestätigen. Die übrigen Gründe scheinen doch wichtiger gewesen sein, zumal die Initiative, Papen in Marburg sprechen zu lassen, vom Universitätsbund ausging und der Inhalt der Rede schon für eine andere Gelegenheit vorgesehen war.

⁶⁹³ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung. Ähnlich äußerte sich Versé am gleichen Tag in einem Brief an von Tschirschky: „Mir lag hauptsächlich daran, dem Frankfurter Rundfunkdienst eine Übersicht über das Programm zu geben, damit ihm die Möglichkeit geboten wird, vielleicht noch weitere Teile davon zur Übertragung zu übernehmen.“ EBD., ohne Blattzählung.

⁶⁹⁴ EBD., ohne Blattzählung.

⁶⁹⁵ „Aufgrund Ihres Briefes vom 14. Mai hatten wir uns an die Reichssendeleitung in Berlin gewandt, der die Genehmigungserteilung zur Uebertragung von politischen Reden vorbehalten ist. Einen diesbezüglichen Bescheid haben wir von Berlin noch nicht erhalten. Sobald uns Nachricht zugeht, werden wir uns mit Ihnen in Verbindung setzen. Heil Hitler!“ Reichssender Frankfurt an Versé am 26. Mai 1934. EBD., ohne Blattzählung.

⁶⁹⁶ TSCHIRSCHKY, Erinnerungen, S. 171.

⁶⁹⁷ Reichssender Frankfurt an Versé am 31. Mai 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

Saarland bereits seit Jahren übernommen und damit deren Bindung zu Deutschland gepflegt habe:

*„Den Herrn Vizekanzler dürfte es in seiner Eigenschaft als Kommissar für das Saargebiet wahrscheinlich besonders interessieren, dass für die gesamte Zeit der Besetzung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes die Universität Marburg die von der Preuss. Staatsregierung eingesetzte zentrale Betreuungsstelle für die ausgewiesenen Angehörigen der sämtlichen Hochschulen des besetzten Gebietes (Professoren, Dozenten, Beamte, Angestellte, Lohnempfänger und Studierende) war. [...] Ganz besonders aber hat sich die Universität bis auf den heutigen Tag der Studierenden aus dem Saargebiet angenommen. [...] Hier an dieser mehr denn 400 jährigen nationalen Universität inmitten alten deutschen Kulturlandes mit seinen kerndeutschen, mehrerer tausend Jahre auf ihrer Scholle sesshafter Bevölkerung ist diesen saarländischen Studierenden immer wieder die Liebe zum deutschen Vaterlande und die Kraft zum Durchhalten an der Saar erwachsen. Wenn der Herr Vizekanzler von dieser Spezialaufgabe Marburgs in seiner Rede etwas erwähnte, so würde dies hier sicher sehr begrüsst werden, da wir die Betreuung stets als eine ehrenvolle Aufgabe aufgefasst haben und sie zu seinen hohen Zielen in engster Beziehung steht.“*⁶⁹⁸

Doch auch diese Bemühungen scheiterten an der Geheimhaltung der Vizekanzlei, die Versé damit tröstete, dass die Rede erst kurzfristig fertig werden würde und deshalb keine Angaben über Thema und Inhalte gemacht werden könnten.⁶⁹⁹

Durch die Darstellung der Abläufe im Vorfeld der Hauptversammlung ist deutlich geworden, wie wenig Einfluss der Universitätsbund auf den Inhalt der Rede des Vizekanzenlers hatte. Das einzige Verdienst, welches er sich zu gute halten konnte, war die Anfrage an von Papen, ob er die Festrede halten möge. Denn dadurch bot er diesem und seinen Mitarbeitern die Möglichkeit, ihre Botschaft außerhalb von Berlin zu verkünden. Die für den Verlauf der Rede entscheidenden Prozesse liefen jedoch in der Vizekanzlei ab, die es verstand, den Inhalt der Rede geheim zu halten.⁷⁰⁰

Obwohl das Thema des Vortrags nicht bekannt war, gelang es dem Universitätsbund, viele Gäste zur Hauptversammlung nach Marburg zu locken.⁷⁰¹ So konnte Versé am 13. Juni an Haeuser und am 14. Juni an Tschirschky schreiben, dass die Aula bereits gefüllt

⁶⁹⁸ Versé an Tschirschky am 1. Juni 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

⁶⁹⁹ „[Tschirschky hat angerufen am 15. Juni gegen 12 Uhr] und erklärte, dass er mir leider weder das Thema der Rede noch die ersten Worte des letzten Absatzes mitteilen könne, da die Rede erst gegen Abend fertiggestellt sein würde. Er würde mir die nötigen Angaben auf der Fahrt von Giessen nach Marburg machen, damit ich den Pedellen noch das Stichwort rechtzeitig geben könne.“ Aktennotiz von Versé, ohne Datum, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁷⁰⁰ Selbst von Papen war nicht in die Absichten seiner engsten Mitarbeiter eingeweiht, denn er erfuhr erst am Vormittag des 17. Juni von der erfolgten Verteilung an in- und ausländische Zeitungen und den Vorabveröffentlichungen. PETZOLD, Franz von Papen, S. 218f.; TSCHIRSCHKY, Erinnerungen, S. 171f.

⁷⁰¹ Einladungen waren unter anderem an örtliche NSDAP- und SA-Vertreter ergangen, so zum Beispiel Gauleiter Weinrich oder Obersturmführer Hellwig als Leiter des SA-Hochschulamtes Marburg. Zudem waren etliche Landespolitiker und Persönlichkeiten aus Marburg und Umgebung eingeladen worden. Eine Auflistung der Einladungen findet sich in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

sei und Übertragungen in andere Hörsäle geplant seien.⁷⁰² Die Rede wurde von der Mehrheit der Anwesenden mit starkem Zuspruch bedacht,⁷⁰³ während Goebbels ihre Verbreitung sofort unterband.⁷⁰⁴ Auch von Papen selbst versuchte die Weitergabe der Rede zu verhindern:

*„Berlin, den 18. Juni 1934, 3 30 Uhr. Befehl an das Haus! Ich ordne hiermit an, dass meine im Druck vorliegende Marburger Rede an niemanden mehr ausser im Falle meiner ausdrücklichen Genehmigung ausgegeben werden darf. Papen“*⁷⁰⁵

Deshalb entfiel unter anderem eine für den 18. Juni geplante Wiederholung der Rede im Rundfunk,⁷⁰⁶ und auch die inländischen Zeitungen berichteten nicht über deren Inhalt.⁷⁰⁷ Auch die Oberhessische Zeitung erwähnte nur in einem Satz, dass von Papen eine Rede gehalten habe,⁷⁰⁸ ohne, wie in den Jahren zuvor, eine Zusammenfassung derselben zu veröffentlichen. In den folgenden Tagen und Wochen baten viele Personen den Vizekanzler, ihnen privat ein Exemplar der Rede zur Verfügung zu stellen, diese Bitten wurden aber alle mit dem Hinweis abgelehnt, dass von Papen Hitler die Zusage gegeben habe, keine Exemplare der Rede weiterzugeben. Deshalb wurde auch der folgende Wunsch des Universitätsbundsvorsitzenden Haeuser nicht erfüllt:

„Hochverehrter Herr von Tschirschky! Herr Staatssekretär a.D., Geheimrat Dr. Lewald in Berlin W 35, Kaiserin-Augusta-Strasse 58, bittet mich um einen Abdruck der Rede, die der Herr Vizekanzler in Marburg gehalten hat. Da ich selbst die Rede nicht besitze, ich aber höre, dass Sie über einige Exemplare verfügen, so darf ich Sie vielleicht bitten, Excellenz Lewald einen Abdruck der Rede zugehen zu lassen. Auch sonst werde ich von verschiedensten Seiten um Uebersendung der Rede gebeten, aber ich möchte Sie mit den übrigen Gesuchen nicht behelligen. Ich darf die Gelegenheit nutzen, um nochmals dem Herrn Vizekanzler und Ihnen den herzlichsten Dank auszusprechen. Hoffentlich bleibt der Tag in Marburg bei Ih-

⁷⁰² EBD., ohne Blattzählung. Dabei konnte Versé in seinem Brief an Haeuser vor allem die auswärtige Beteiligung hervorheben. EBD.

⁷⁰³ Tschirschky und von Papen sprechen beide von „*brausende[r] Zustimmung*“ im Anschluss an die Rede. TSCHIRSCHKY, *Erinnerungen*, S. 172; PAPEN, *Der Wahrheit*, S. 348. Der Universitätsbund fasste die Reaktionen in einem internen Bericht über den 17. Juni 1934 wie folgt zusammen: „[...] hielt unter starkem Beifall eine ausserordentlich eindrucksvolle einstündige Rede [...]“. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung. Siehe auch die Bewertung von Koshar: „Designed not to criticize nazism as such but to attack the more radical elements of the new regime, his speech was perfectly attuned to the efforts of the association and its allies.“ KOSHAR, Rudy: *Social Life, Local Politics, and Nazism. Marburg 1880-1935*, Chapel Hill/London 1986, S. 264. Siehe auch die Erinnerungen von Luise Berthold: „Zu erwähnen ist ferner die beifällige Aufnahme der Papen-Rede vom 17.6.34 durch die zur Feier des Universitätsgründungstags Versammelten. Was immer die erst später geklärten Hintergründe der Rede waren, jenes Gremium hörte ihre Kritik und nahm sie gerne an.“ BERTHOLD, Luise: *Erlebtes und Erämpftes. Ein Rückblick, Marburg 1969*, S. 51.

⁷⁰⁴ WINKLER, *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“*, S. 35.

⁷⁰⁵ BARCH R 53 / 49, Bl. 28.

⁷⁰⁶ PETZOLD, Franz von Papen, S. 217. Papen selbst schreibt in seinen Memoiren fälschlicherweise, die Übertragung der Rede habe überhaupt nicht stattgefunden. PAPEN, *Der Wahrheit*, S. 349.

⁷⁰⁷ FORSCHBACH, Edgar J. Jung, S. 121.

⁷⁰⁸ „Nach der meisterhaften Wiedergabe von Mozarts D-dur-Quartett durch die Dresdner, hielt Vizekanzler von Papen seine Festrede.“ OZ vom 18. Juni 1934, S. 5.

*nen in guter Erinnerung. In vorzüglicher Hochachtung und mit deutschem Gruss
Ihr sehr ergebener Haeuser*“⁷⁰⁹

Dieses Schreiben zeigt, dass Haeuser den Besuch und die Rede des Vizekanzlers positiv bewertete.⁷¹⁰ Die Parteimitglieder und SA-Vertreter jedoch, die während der Versammlung anwesend waren, reagierten zum Teil sehr heftig auf die Kritik des Vizekanzlers, was auch Auswirkungen auf den weiteren Verlauf der Hauptversammlung hatte:

*„Nach der Rede des Vizekanzlers verliessen der Führer der Brigade 48, Standartenführer Schütze, mit seinem Adjutanten sowie der Standartenführer der SA Wolf und einige andere Personen die Aula. Der Führer der Studentenschaft stud.jur. Todenhöfer teilte dem Vorsitzenden des Universitätsbundes vor dem gemeinsamen Essen fernmündlich mit, dass er und die fünf anderen eingeladenen Studenten nicht erscheinen könnten, da die Rede des Vizekanzlers ihnen ihre Arbeit sehr erschwert hätte. Er wünschte, dass der Vorsitzende dies offiziell bekannt gebe (was nicht geschehen ist). Ausserdem sagte Obersturmführer Hellwig aus dienstlichen Gründen seine Teilnahme am Essen ab.“*⁷¹¹

In den auf die Hauptversammlung folgenden Tagen blieb Marburg unter besonderer Beobachtung der Partei⁷¹² und der Gauleitung in Kassel. Dabei wurde in den Berichten der Geheimen Staatspolizei besonders auf die starke Zustimmung nach der Rede Bezug genommen: *„Der Beifall sei durch die besondere Zusammensetzung der Zuhörerschaft zu erklären. Der Geschäftsführer des Universitätsbundes habe früher dem Zentrum nahe gestanden.“*⁷¹³ Diese Einschätzung kann keiner Person zugeordnet werden, denn der Universitätsbund besaß, nachdem Dr. Fricke 1933 ausgeschieden war, keinen Geschäftsführer mehr.⁷¹⁴ Auch über das anwesende Publikum sind keine Hinweise überliefert, die eine Beurteilung dieser Einschätzung ermöglichen könnten.

⁷⁰⁹ Haeuser an den Adjutanten des Herrn Vizekanzlers, Herrn von Tschirschky am 29. Juni 1934, in: BARCH R 53 / 169, Bl. 164. Die dazugehörige Absage befindet sich EBD., Bl. 165.

⁷¹⁰ Damit stand er aus Marburger Perspektive nicht alleine, denn auch der Leiter des Universitätsmuseums, Dr. Albrecht Kippenberger, dankte von Papen für seinen Besuch und übersandte ihm eine Broschüre über das Marburger Universitätsmuseum. Dr. Kippenberger an von Papen am 18. Juni 1934, in: BARCH R 53 / 135, Bl. 87.

⁷¹¹ Bericht über den Verlauf des 17. Juni 1934, Überschrift: Vizekanzler von Papen in Marburg, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

⁷¹² So fand schon am nächsten Tag, also am 18. Juni 1934, auf dem Marktplatz in Marburg eine von der NSDAP organisierte *„Kundgebung gegen Miesmacher und Kritiker“* statt, über die die Oberhessische Zeitung ausführlich berichtete. OZ vom 19. Juni 1934, S. 5. Vgl. auch WILLERTZ, Marburg unter dem Nationalsozialismus, S. 612f.

⁷¹³ Tagesbericht der Geheimen Staatspolizeistelle Kassel vom 18. Juni 1934, in: HSTAM Bestand 165, Nr. 3949 [1934]. Vgl. auch KLEIN, Thomas: Marburg-Stadt und Marburg-Land in der amtlichen Berichterstattung 1933-1936, in: Malettke, Klaus (Hrsg.): Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Politik und Herrschaft, Göttingen 1984, S. 110-142, hier S. 134.

⁷¹⁴ DEPOT LAHNBERGE, Angestellten-Verträge 1925-1959, ohne Blattzählung.

Da jedoch die Hintergründe der Rede den Verantwortlichen bekannt waren, hatte diese von staatlicher Seite aus keine weiteren Folgen für den Universitätsbund.⁷¹⁵ Daher konnte Versé den Vorsitzenden am 30. Juni 1934 beruhigen:

*„Natürlich hat die Papenrede in dem kleinen Marburg starke Wellen erzeugt, die dem Bund aber nicht weiter berührt haben. Nur von ausserhalb ist eine Absage gekommen, nämlich von einem Prof. Dr. Joh. Georg Strengel, Frankfurt/M., [...]. Dann wurde am Sonntag in Anwesenheit des Gruppenführers Dr. Benecke, Leiter des Zentral-SA-Hochschulamts für das Reich in Berlin, feierlich die SA-Sportschule Neuhöfe übergeben, wobei ich als Bevollmächtigter des Universitätsbundes ihm ebenfalls mit einem Hinweis auf die Entstehungsgeschichte der Bundesbeteiligung die Schlüssel überreichte. Jedenfalls hat meiner Ansicht nach gerade die Politik des Bundes nach dieser Richtung hin seinen Unterbau gegen alle etwa geplanten Anstürme stark gefestigt, und es kam bei dieser Gelegenheit auch bei einem folgenden Frühstück beim Rektor von den zahlreichen Vertretern der SA keinerlei Missstimmung gegen den Bund irgend wie zum Ausdruck. Das zu tun, bleibt ein besonderes Vorrecht der ganz Unentwegten bzw. der 150prozentigen.“*⁷¹⁶

Der Universitätsbund hatte demnach seine Position während der vergangenen Monate fest genug abgesichert, so dass er von der Kritik der NSDAP-Mitglieder selbst kaum betroffen war und keine Konsequenzen fürchten musste,⁷¹⁷ so dass er keine öffentliche Stellungnahme zur Rede des Vizekanzlers beziehungsweise zur Haltung des Universitätsbundes abgeben musste, sondern vielmehr abwarten konnte, bis sich die Aufregung gelegt hatte.

Im internen Schriftverkehr jedoch äußerten sich die Vorstandsmitglieder zu der Papenrede, wie die Antwort von Haeuser auf das obige Schreiben von Versé belegt, worin er unter anderem auf die Ereignisse des „Röhm-Putsches“ Bezug nahm:

*„Der Vortrag von P. ist in weitesten Kreisen Deutschlands als eine befreiende Tat empfunden worden; dies hat sicherlich Marburg und dem Univ. Bund nicht geschadet. Auch 150%ge, wie der Bieber, werden vielleicht angesichts der ungeheuerlichen, erschütternden Vorgänge der letzten Tage ihre Ansicht revidieren. Diese Geschehnisse zeigen, wie notwendig es ist, daß alle Gutgesinnten und Arbeitsbereiten mit Hitler zusammen stehen, daß man ihnen aber auch Gelegenheit gibt, mitzuarbeiten und sie nicht als Heloten ins Dunkle stellt, und daß man ihnen gestattet, auf Mißstände hinzuweisen, nicht um zu nörgeln, sondern um zur Beseitigung der Mißstände beizutragen, ehe sie zur Katastrophe führen.“*⁷¹⁸

⁷¹⁵ Die Auswirkungen betrafen dann auch nur die Mitarbeiter des Vizekanzlers, die im Zusammenhang mit dem sogenannten „Röhm-Putsch“ ermordet wurden, während von Papen selbst verschont blieb. Zur Aktion gegen die SA siehe LONGERICH, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 213-219. Vgl. auch HERBST, Ludolf: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Entfesselung der Gewalt, Rassismus und Krieg, Frankfurt a.M. 1996, S. 113ff.

⁷¹⁶ Versé an Haeuser am 30. Juni 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

⁷¹⁷ Zu der in der Quelle angesprochenen SA-Sportschule in den Neuhöfen siehe Kapitel VI.4.4.4.

⁷¹⁸ Haeuser an Versé am 2. Juli 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

Haeuser verteidigte somit nicht nur die Geschehnisse Ende Juni im Zusammenhang mit der Ausschaltung der SA, sondern forderte gleichzeitig das Recht ein, konstruktive Verbesserungsvorschläge machen zu können, um die Zukunft Deutschlands zu sichern. Damit gab er zu, dass es auch aus seiner Sicht „*Mißstände*“ gebe, die aber nur mit Hitler beseitigt werden könnten, weshalb dieser unterstützt werden müsse.⁷¹⁹

Dieses klare Bekenntnis zu Hitler verdeutlicht die Entwicklung des Universitätsbundes seit dem 30. Januar 1933. Er betrieb eine konsequente Politik der Anpassung an die neuen Verhältnisse, wie auch der Blick auf die weiteren Hauptversammlungen zeigt.

4.2.3. Die Hauptversammlungen 1935-1939

Nach den Erfahrungen mit der Papenrede verhielt sich der Vorstand bei der Gestaltung der Hauptversammlungen ab 1935 vorsichtiger und kehrte von den politischen Festreden zu wissenschaftlichen Vorträgen zurück. In diesem Sinne schrieb Versé im Vorfeld der Hauptversammlung 1935 an Pfeiffer, dass die Musik diesmal besser zur Geltung kommen werde, „*da der Vortrag von Professor Schultze Jena die Gemüter nicht so erregen wird, wie im vorigen Jahr der des Vizekanzlers.*“⁷²⁰

Die Hauptversammlungen waren damit jedoch nicht vollkommen unpolitisch, denn der Vorsitzende Haeuser nutzte seine Ansprachen, um politische Bekenntnisse zur Stellung des Universitätsbundes und damit auch der Universität abzugeben. Dabei betonte er, dass die Universität fest im nationalsozialistischen Staat verankert sei:

„*Auch die Universitäten, die ja nicht über, sondern in dem Volke stehen, erhalten wieder die ihnen gebührende Stellung in dem Organismus unseres nationalsozialistischen Staates.*“⁷²¹

Er forderte zudem von den Hochschullehrern nicht nur fachliche Kompetenz, sondern auch die Verbundenheit zum Volk, die notwendig sei, um die Studenten zu „*charaktervolle[n] Menschen zu erziehen.*“⁷²²

⁷¹⁹ Viele Deutsche teilten die Auffassung von Haeuser, wie Longerich schreibt: „Alle Berichte über die Reaktion der Bevölkerung auf die Mordaktion vom 30. Juni bieten übereinstimmend ein Bild breiter Zustimmung. Die große Mehrheit der Deutschen sah in den Ereignissen dieses Tages in erster Linie die Beseitigung eines gefährlichen Unruhepotentials, durch das sie sich in den vergangenen Jahren bis in ihre Privatsphäre hinein belästigt gefühlt hatte.“ LONGERICH, Die braunen Bataillone, S. 220. Siehe auch BENZ, Wolfgang: Geschichte des Dritten Reiches, München 2000, S. 56f.

⁷²⁰ Versé an Pfeiffer am 27. Mai 1935, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 15, ohne Blattzählung. Schultze Jena sprach in seinem Vortrag über das Thema „Aus der Gedankenwelt der Indianer“. MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1935, S. 56f. Auch in den folgenden Jahren blieb man diesem Konzept treu, wie die einzelnen Berichte in den Mitteilungen belegen.

⁷²¹ Ansprache von Haeuser auf der Festversammlung am 23. Juni 1935, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1935, S. 55. Ein Jahr später bekräftigte er, dass die Universität keine „*weltferne Gelehrteninsel*“ sei, „*sondern aufs innigste mit dem gesamten Deutschen Volke sich verbunden fühle.*“ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1936, S. 60.

⁷²² MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1935, S. 55.

Auch Schriftführer Versé betonte die vorbildliche Rolle des Universitätsbundes und hob seine Bedeutung für die Universität hervor:

*„Es ist sicher kein Zufall, dass jetzt von verschiedenen Hochschulen die Gründung von Hochschulgesellschaften angestrebt wird, z.T. mit einem direkten Hinweis auf die erfolgreiche Marburger Einrichtung. Dass wir so beispielhaft wirken, kann uns mit besonderem Stolz erfüllen und ist, wie ich schon anfänglich auseinandergesetzt habe, in erster Linie der Treue unserer alten Mitglieder zu danken, die, wenn auch oft unter erheblichen Opfern, so lange als irgend möglich im Universitätsbund bleiben und zu ihm stehen. Dass allein schon mit den angeführten Leistungen der Bund seine Existenzberechtigung bewiesen hat, dürfte auch von den Kritikern, die sie in Unkenntnis der Verhältnisse gelegentlich bestreiten, nicht mehr zu leugnen sein.“*⁷²³

Vor dem Hintergrund der Förderleistungen des Bundes, in dessen Zusammenhang Versé auch die Finanzierung der SA-Baracke in den Neuhöfen erwähnte, schlussfolgerte der Schriftführer: *„Wer dem Bunde hilft, dient der Universität und damit Deutschland!“*⁷²⁴ Durch diese Positionen knüpfte der Universitätsbund an die Argumentation um die nationale Bedeutung der Wissenschaft an und setzte zugleich seine Politik der öffentlichen Bekenntnisse zum Nationalsozialismus fort, die er zudem durch Einladungen an NS-Politiker untermauerte.

So beschloss der Vorstand im Rahmen der Hauptversammlung von 1935, ab dem kommenden Jahr einen festen Personenkreis regelmäßig zur Hauptversammlung einzuladen:

*„Auf Anregung von Baur und Haeuser sollen in Zukunft zur Jahresversammlung eingeladen werden: Oberpräsident, Regierungspräsident, Gauleiter, Landeshauptmann (aus Kassel) und Kreisleiter, Landrat, Oberbürgermeister, Landgerichtspräsident, Reg.Rat vom Finanzamt, Kommandeur, Brigadeführer, Studentenschaftsführer und Amtsleiter (aus Marburg) [...] Studentenschaftsführer und eine Anzahl Amtsleiter (4) wurden noch nachträglich für dieses Jahr zum gemeinsamen Mittagessen nach dem Festakt eingeladen. (Die Einladung wurde angenommen. Es erschienen 2 Amtsleiter).“*⁷²⁵

Damit knüpfte der Vorstand an die Vorgehensweise an, die er Ende der 1920er Jahre erfolglos ausprobiert hatte und zeigte keine Berührungängste vor den Vertretern des Nationalsozialismus, vielmehr versuchte er, sie für die Zwecke des Universitätsbundes zu gewinnen. Im folgenden Jahr ging der Vorstand sogar noch einen Schritt weiter und lud nicht nur Anfang Juni 1936 die 32 Gauamtsleiter der NSDAP und die 17 Kreisleiter, die gleichzeitig in Marburg tagten, zur Hauptversammlung ein,⁷²⁶ sondern verband sein Programm mit dem gleichzeitig stattfindenden Kreisappell der NSDAP und dement-

⁷²³ Versé, Max: Aus dem Leben und Wirken des Universitätsbundes im letzten Berichtsjahr, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1935, S. 43-45, hier S. 45.

⁷²⁴ EBD.

⁷²⁵ Protokoll der Vorstandssitzung vom 22. Juni 1935, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 15, ohne Blattzählung.

⁷²⁶ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 15, ohne Blattzählung.

sprechend „nahm der Vorstand an der Führertagung des Kreisappells der NSDAP Marburg in der Universitätsaula teil [...].“⁷²⁷ Die Werbewirksamkeit, die sich der Vorstand davon versprach, wurde durch die Einleitung des Berichts über die Hauptversammlung in den Mitteilungen deutlich:

*„Die 16. Jahresversammlung des Universitätsbundes am 20. und 21. Juni war dieses Mal mit dem zehnjährigen Festspieljubiläum der Stadt und dem Kreisappell der NSDAP in ein gemeinsam aufgestelltes Programm eingebaut worden und erhielt dadurch ihr besonderes Gepräge.“*⁷²⁸

Der Universitätsbund war demnach bereit, bei der Organisation der Hauptversammlung direkt mit der NSDAP zusammenzuarbeiten, was aufzeigt, wie weit sich der Universitätsbund dem Nationalsozialismus angenähert hatte.

Im folgenden Jahr fand die Hauptversammlung wieder mit dem üblichen Programmpunkten statt. In seiner Ansprache im Rahmen des Festaktes kam Haeuser im Zusammenhang mit der sinkenden Mitgliederzahl auf die zukünftige Rolle der Universitäten zu sprechen und distanzierte sich dabei von nicht näher genannten Forderungen, die Universitäten wegen ihres Versagens durch Fachschulen zu ersetzen,⁷²⁹ und verteidigte mit Bezug auf den Vierjahresplan⁷³⁰ die Bedeutung der Universitäten:

*„Gewiß sind die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit in ihrer Tragweite oft nicht ohne weiteres erkennbar. [...] Aber gerade diese freie, nicht auf ein bestimmtes praktisches Ziel gerichtete Forschung, wie sie in erster Linie Aufgabe der Universitäten ist, bildet vielfach die Grundlage für die zweckgebundene Forschungstätigkeit, deren Nutzen für unsere Volksgemeinschaft jedermann erkennbar ist. Es gibt doch zu bedenken, daß aus den Kreisen, die berufen sind, durch eine zweckbestimmte Forschungstätigkeit die Durchführung des Vierjahresplans zu fördern und zu ermöglichen, also namentlich aus den Kreisen der Industrie [...] immer wieder darauf hingewiesen wird, von welcher großen Bedeutung die ungebundene Forschung [...] ist [...]. Ich bin überzeugt, daß gerade im Zusammenhang mit dem Vierjahresplan der Wert unserer Universitäten für Forschung und Lehre [...] wieder zu voller Würdigung gelangen wird.“*⁷³¹

Aus diesen Worten des Vorsitzenden spricht erneut die eindeutige Bereitschaft, die Ziele Hitlers und des Nationalsozialismus zu unterstützen. Diese Botschaft wird durch

⁷²⁷ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1936, S. 61.

⁷²⁸ EBD., S. 58.

⁷²⁹ Die Hintergründe dieser Debatte konnten nicht geklärt werden. Weder Michael Grüttner in seinem Artikel über die Wissenschaft in der Enzyklopädie des Nationalsozialismus noch Volker Losemann gehen auf diese Frage ein. GRÜTTNER, Michael: Wissenschaft, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 135-153; LOSEMAN, Volker: Reformprojekte nationalsozialistischer Hochschulpolitik, in: Strobel, Karl (Hrsg.): Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen, Vierow bei Greifswald 1994, S. 97-115. Ob die von Haeuser angesprochenen Forderungen mit dem Projekt der „Hohen Schule“ zusammenhängen, geht wiederum aus den Quellen nicht hervor.

⁷³⁰ Zum 1936 von Hitler verkündeten Vierjahresplan, mit dem die deutsche Wirtschaft in den Dienst der Aufrüstung gestellt wurde, siehe PETZINA, Dieter: Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 16).

die anschließende Rede des Rektors Prof. Dr. Leopold Zimmerl⁷³² noch verstärkt, der Haeuser für dessen Ausführungen dankte und sein Plädoyer für die unabhängige wissenschaftliche Forschung mit folgenden Worten beendete: „*Einigt uns doch alle der gemeinsame feste Wille, an dem großen Aufbauwerk des Führers nach Kräften mitzuarbeiten, zum Wohle des deutschen Volkes und des deutschen Reiches.*“⁷³³ Die Hauptversammlung wurde also weiterhin genutzt, um die politischen Übereinstimmungen mit dem Nationalsozialismus zu verbreiten.

Nachdem die Hauptversammlung im Jahre 1938 im Zeichen des Andenkens an den verstorbenen Vorsitzenden Haeuser gestanden hatte,⁷³⁴ fand die letzte Hauptversammlung und damit zugleich die letzte Verwaltungsratssitzung des Universitätsbundes in der Zeit des Nationalsozialismus am 15. und 16. Juli 1939 statt. Höhepunkt der Veranstaltungen war die Einweihung des Adolf-Haeuser-Saals im Universitätsmuseum.⁷³⁵ Zudem gewann die Hauptversammlung eine besondere Bedeutung durch den Beschluss des Rektors und des Senats, die jährliche Feier zur Universitätsgründung mit der Hauptversammlung des Universitätsbundes zu kombinieren.⁷³⁶ In den ersten Kriegsjahren verzichtete der Universitätsbund auf Beschluss des Vorstandes auf die Durchführung einer Hauptversammlung,⁷³⁷ ehe im späteren Kriegsverlauf das Versammlungsverbot die Einberufung derselben und des Verwaltungsrates verhinderte.⁷³⁸

Der Universitätsbund nutzte vor allem zu Beginn des „Dritten Reiches“ das Forum der Hauptversammlungen, um seine Identifikation mit den Zielen des Nationalsozialismus zu demonstrieren und damit auch für die Universität zu werben. Ähnliche Absichten

⁷³¹ Mitteilungen des Universitätsbundes Heft 3, 1937, S. 66f.

⁷³² Zum Rektorat des Strafrechtlers Zimmerl siehe NAGEL, Die Philipps-Universität im Nationalsozialismus, S. 22-27.

⁷³³ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1937, S. 68.

⁷³⁴ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1938, S. 52-59.

⁷³⁵ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1939, S. 65-69.

⁷³⁶ EBD., S. 69-78. An diesen Beschluss knüpfte die Universität zusammen mit dem Universitätsbund nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an. Siehe hierzu Kapitel VII.5.

⁷³⁷ Dabei ging die Initiative vom Vorstand aus: „*Mit Rücksicht auf die infolge des Krieges entstandenen besonderen Verhältnisse schlägt der Vorstand des Universitätsbundes dem Verwaltungsrat vor, die jährlich einzuberufende Verwaltungsratsitzung und die Mitgliederhauptversammlung ebenso wie die nach der Satzung erforderlichen Wahlen, sowie die Erstattung der Berichte um ein Jahr zurückzustellen.*“ Duden und Versé an Verwaltungsrat am 10. Juni 1940, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 10, ohne Blattzählung. Der Verwaltungsrat nahm die Vorschläge an, wie aus einem fast identischem Schreiben von Duden und Versé an den Verwaltungsrat vom 24. Mai 1941 indirekt hervorgeht. Denn die beiden Verfasser schlugen vor, die Verwaltungsratssitzung erneut um ein Jahr zu verschieben. EBD., ohne Blattzählung.

⁷³⁸ So schrieb der Vorstand im April 1943 an die Mitglieder des Bundes folgende Zeilen, nachdem zuvor im Reichsgesetzblatt eine „*Verordnung über die Einschränkung von Mitgliederversammlungen. Vom 19. April 1943*“ (RGBl. Teil I von 1943, Nr. 43) veröffentlicht worden war: „*Die Gründe, die für eine Verschiebung der Einberufung der geschäftsführenden Ausschüsse und der Mitgliederhauptversammlung im vergangenen Jahr bestimmend waren, bestehen in verstärktem Maße fort, sodaß von einer Abhaltung der Jahresversammlung bis auf weiteres Abstand genommen werden muß.*“ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung. Hieraus wird deutlich, dass ein Versammlungsverbot bereits 1942 bestand und somit auch keine Hauptversammlung stattfinden konnte.

verfolgte er mit dem Sonderheft „Marburg und die Universität in der Gegenwart“ vom Sommer 1933, welches vom Universitätsbund zusammen mit der Universität geplant und als Sondernummer der Mitteilungen herausgegeben wurde.

4.3. Anpassung durch Veröffentlichung: Das Sonderheft der Mitteilungen „Marburg und die Universität in der Gegenwart“

Im Universitätsbund gab es schon seit längerem die Überlegung, ein Sonderheft der Mitteilungen herauszugeben. So wurde bereits 1932 eine Sonderausgabe entworfen, welche besonders auf den Schlossplan abgestimmt war.⁷³⁹ Diese scheint aber nicht weiter ausgearbeitet worden zu sein, da sich in den Akten keine Hinweise auf ihre Fertigstellung finden. Statt dessen wies Wiskemann den Universitätsbund am Ende des Jahres 1932 auf eine Broschüre mit dem Titel „Marburg und seine Universität“ hin und fragte an, ob der Bund bereit sei, sich an der Verteilung derselben zu beteiligen. Jedoch ist auch in diesem Fall über eine Reaktion des Vorstandes nichts überliefert.⁷⁴⁰

Im ersten Halbjahr 1933 entstand dann ein neuer Vorschlag bezüglich eines Sonderheftes der Mitteilungen, mit dem für die Universität geworben werden sollte. Der designierte Schriftführer Versé stellte in der Vorstandssitzung vom 20. Mai den entsprechenden Plan vor:

„Versé setzt sich für die Herausgabe einer neuen Werbeschrift ein, die als Sonderheft des Universitätsbundes möglichst bis 15. Juli erscheinen soll, und für die er bei Rektor und Kurator einen Zuschuss erbeten hat. Die Anwesenden sind mit dem Vorschlag einverstanden, weil auch für die Universität eine angemessene Propaganda immer notwendiger wird.“⁷⁴¹

Nach diesem Beschluss gingen die Planungen rasch weiter, und der Entwurf eines Briefes von Wiskemann an den Volkskundler Prof. Dr. Kurt Wagner und den Kunsthistoriker und Leiter des Universitätsmuseums Dr. Albrecht Kippenberger gibt Hinweise auf den Inhalt des geplanten Heftes:

„Der Universitätsbund beabsichtigt, Mitte Juli ein Sonderheft seiner Mitteilungen herauszugeben, das im Inland für Marburg werben und Marburg als lebensnahe, „lebenswissenschaftliche“ und nationale Universität zur Darstellung bringen soll.

⁷³⁹ Siehe die Aufzeichnungen über zwei Besprechungen vom 21. Juni 1932 und 6. September 1932, an denen Versé, Troeltsch und der Leiter der Pressestelle der Universität, Erwin Wiskemann, teilnahmen. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 27, ohne Blattzählung. Zur Arbeit der Pressestelle der Universität vgl. MAAS, Tanja: Öffentliche Werbung für die Universität: Die Pressestelle und Öffentlichkeitsarbeit der Marburger Universität anfangs der 1930er Jahre, Mag.-Arbeit Marburg 1997.

⁷⁴⁰ Schreiben von Wiskemann an Troeltsch am 31. Dezember 1932, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 27, ohne Blattzählung. Ein Exemplar der Broschüre mit dem Titel „Marburg und seine Universität“, herausgegeben von Lehrer Johannes Trieschmann, Marburg 1933 im Selbstverlag des Herausgebers, befindet sich im ARCHIV DER HISTOCOM GMBH FRANKFURT A.M., Personenakten C/1/3/g. Sie enthielt unter anderem Beiträge von Wiskemann über Marburg als neuzeitliche Universität und von Frick über die Religionskundliche Sammlung.

⁷⁴¹ Protokoll der Vorstandssitzung vom 20. Mai 1933, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

*Die Gesamtreaktion liegt in den Händen der Herren Jaensch, von dem diese Idee im wesentlichen ausgeht, Versé, Dr. Kniesche und mir. Alle lebenswichtigen und lebendigen Zweige unserer Alma Mater sollen dem Leser nahegebracht werden, aber nicht in einer trockenen Aufreihung von Instituts- und Fachberichten, sondern in fachlich z.T. übergreifenden, zusammenfassenden Aufsätzen von je etwa 2 bis 3 Druckseiten.*⁷⁴²

In diesem Schreiben wird der Ordinarius für Philosophie und Psychologie Prof. Dr. Erich Jaensch⁷⁴³ als Urheber des Werbeheftes genannt. Demnach scheint Jaensch mit seiner Idee entweder an den Universitätsbund in Person von Versé oder die Pressestelle oder an beide Seiten herangetreten zu sein, welche dann beide seine Gedanken aufgegriffen und ihre logistischen Fähigkeiten zur Verfügung gestellt hatten. Der Bedeutung von Jaensch für das Projekt wurde anscheinend auch dadurch Rechnung getragen, dass er für zwei Aufsätze verantwortlich zeichnete.⁷⁴⁴

In dem Sonderheft sollte Marburg nach dem zitierten Schreiben der Pressestelle als „*lebensnahe*“ und „*nationale*“ Universität beschrieben werden. Eine genauere Betrachtung des Inhalts der einzelnen Beiträge verdeutlicht die praktische Umsetzung dieser Umschreibungen, denn die Universität nutzte das Heft als Beleg dafür, bereits seit Jahren die vom Nationalsozialismus geforderten Ideale verkörpert zu haben. Dies zeigte sich besonders deutlich im einführenden Aufsatz von Jaensch über „Marburg und die Gegenwartsaufgaben“,⁷⁴⁵ in welchem er ausführte, dass Marburg ein „*Erbhof des deutschen Geistes*“⁷⁴⁶ sei, in dem es keine „*zersetzenden*“ Elemente gebe,⁷⁴⁷ sondern vor allem eine einheitliche Studentenschaft, die sich durch ihre „*nationalen*“ Aktivitäten in der Weimarer Zeit große Verdienste erworben habe.⁷⁴⁸ Darüber hinaus sei Marburg „*immer eine Stätte der 'Bewegung'*“⁷⁴⁹ gewesen. Die bewusste Verwendung der natio-

⁷⁴² Entwurf vom 26. Mai 1933, in: HStAM Bestand 305a Acc. 1975/79, Nr. 764, eingeklebt zwischen Bl. 19 und 20.

⁷⁴³ CATALOGUS PROFESSORUM Bd. 2, S. 532. Zur Person von Jaensch und seinem Wissenschaftsverständnis siehe SIEG, Ulrich: Psychologie als „Wirklichkeitswissenschaft“: Erich Jaenschs Auseinandersetzung mit der Marburger Schule, in: Speitkamp, Winfried (Hrsg.): Staat, Gesellschaft, Wissenschaft. Beiträge zur modernen hessischen Geschichte, Marburg 1994 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 55), S. 313-342, besonders S. 326-342. Karl Löwith, ein Zeitgenosse von Jaensch, beurteilte ihn wie folgt: „*Er hatte sich mit Begeisterung in die Bewegung gestürzt, um sich am ‚Aufbruch der Jugend‘ mit zu erfrischen. Seine zahllosen Vorträge handelten alle von ‚deutschen Menschen‘.*“ LÖWITH, Karl: Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Ein Bericht. Mit einem Vorwort von Reinhart Koselleck und einer Nachbemerkung von Ada Löwith, Stuttgart 1986, S. 100.

⁷⁴⁴ Jaensch, Erich: Marburg und die Gegenwartsaufgaben, in: Marburg, die Universität in der Gegenwart, Sonderheft der MITTEILUNGEN des Universitätsbundes, Heft 3, 1933, S. 3-8, sowie: Jaensch, Erich: Marburger Philosophie und Geistesleben im Wandel der Zeiten, EBD., S. 21-25.

⁷⁴⁵ Jaensch, Erich: Marburg und die Gegenwartsaufgaben, in: EBD., S. 3-8.

⁷⁴⁶ EBD., S. 3.

⁷⁴⁷ EBD.

⁷⁴⁸ EBD., S. 3f.

⁷⁴⁹ EBD., S. 5. Der Nationalsozialismus verstand sich als „Bewegung“ und wollte sich mit dieser neuen politischen Organisationsform von den anderen politischen Parteien absetzen. Gleichzeitig drückte er damit eine Dynamik aus, die das bestehende System verändern wollte. Außerdem war durch die „Bewegung“, die nicht immer zielgerichtet ist, Platz für unterschiedliche Vorstellungen und Projekte gegeben,

nalsozialistischen Begriffe äußerte sich unter anderem auch in der sich wiederholenden Verwendung des Wortes „organisch“.⁷⁵⁰ In Marburg waren nach der Ansicht von Jaensch

*„alle Vorbedingungen erfüllt zur Erreichung des Zieles, Marburg immer mehr zu einer, im allgemeinsten Sinne verstanden, ‘lebenswissenschaftlichen’, auf das Leben orientierten Universität zu gestalten und damit unsere Hochschule in den Dienst der tieferen Ziele der deutschen Bewegung zu stellen.“*⁷⁵¹

Auch die weiteren Beiträge des Sonderheftes dienten vor allem dazu, die Vorzüge der Marburger Universität und Umgebung in Bezug auf die neue Zeit herauszuheben. Dabei betonte unter anderem Wiskemann, wie offen Marburg der Idee der „politischen Universität“ gegenüberstehe und welch glänzende Ausgangsposition Marburg für deren Verwirklichung besitze.⁷⁵²

Dem Leitgedanken entsprechend, die gesamte Universität positiv im Lichte des Nationalsozialismus darzustellen, war das Sonderheft das Produkt einer Zusammenarbeit von fast allen Einrichtungen der Universität. Der Universitätsbund übernahm zusammen mit den Fakultäten⁷⁵³ die Finanzierung des Heftes und war zudem für die Verbreitung des Sonderheftes und damit für die eigentliche Werbung verantwortlich. Um dieses Ziel zu erreichen, informierte Wiskemann verschiedene Zeitungen über das Werbeheft der Universität mit der Bitte, auf dieses hinzuweisen:

„In einem Augenblick, in dem bei der Durchführung der nationalen Revolution nunmehr auch die Hochschule ein neues Gesicht zu erhalten beginnt, kommt es den im Universitätsbund Marburg vereinigten Kreisen darauf an, die Universität Marburg mitten hinein zu stellen in den grossen Strom der Zeit und ihr darin den

die nicht immer erfolgreich waren. Siehe hierzu auch die zusammenfassende Darstellung über den Aufstieg der NSDAP in: KOLB, Eberhard: Die Weimarer Republik, 6., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2002. (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16), S. 112-129, insbesondere S. 112, S. 118 und S. 123.

⁷⁵⁰ Jaensch, Erich: Marburg und die Gegenwartsaufgaben, in: Marburg, die Universität in der Gegenwart, Sonderheft der MITTEILUNGEN des Universitätsbundes, Heft 3, 1933, S. 5ff.

⁷⁵¹ EBD., S. 8.

⁷⁵² Wiskemann, Erwin: Marburg als politische Universität, in: EBD., S. 9f. Die „politische Universität“ definierte Wiskemann wie folgt: „Unsere Zeit hat den Begriff der „politischen Universität“ geboren. In ihr soll Wissen nicht um des Wissens willen, sondern mit dem Ziel einer Entscheidung des Willens aus dem Wissen betrieben werden. [...] Die politische Universität setzt ferner Forschung und Lehre in ein notwendiges inneren Beziehungsverhältnis zum Leben in all seinen Erscheinungen. [...] Die abstrakte und isolierte Wissenschaft des 19. Jahrhunderts muß ihre Alleinherrschaft aufgeben. Endlich erzieht die politische Universität im Sittlichen und Geistigen wie im Körperlichen.“ EBD., S. 9. Anschließend führte er aus, warum Marburg seiner Ansicht nach besonders geeignet sei, eine „politische Universität“ zu werden. Als Beispiele für Einrichtungen, die politische Bildung betreiben würden, nannte er unter anderem das Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum sowie den Lehrauftrag für Arbeitsbeschaffung, Arbeitsdienst und Siedlung. EBD., S. 9f.

⁷⁵³ So bat Wiskemann am 31. Juli 1933 Prof. Dr. Felix Genzmer als Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät um einen Betrag von 100 RM, welchen bereits die Philosophische und die Medizinische Fakultät geleistet hätten. HSTAM Bestand 305a, Acc. 1975/79, Nr. 764, Bl. 21. Genzmer, beziehungsweise seine Fakultät haben sich der Bitte nicht verweigert, denn am 4. August 1933 bat Versé den Dekan, die „dem Universitätsbund für Werbezwecke zur Verfügung gestellten RM 100“ bald an den Bund zu überweisen. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 42, ohne Blattzählung.

*Platz zu sichern, den sie auf Grund ihrer steten Aufgeschlossenheit beanspruchen kann.*⁷⁵⁴

Als Zielgruppen der Werbeaktion wurden vor allem Schulen und die Altherrenschaften der Korporationen ins Auge gefasst.⁷⁵⁵ Zu diesem Zwecke richtete der Universitätsbund die Bitte, zur Weitergabe beizutragen, nicht nur an die Dozenten,⁷⁵⁶ sondern vor allem an die Korporationen. Dabei bemühte er sich besonders um die Studienräte unter den Alten Herren, da diese die Werbung in die Schulen tragen könnten, was wiederum bei erfolgreicher Tätigkeit ebenso den Interessen der Korporationen dienen würde. Diese wurden daher gebeten, die Versendung der Sonderhefte selbst vorzunehmen und entsprechende Bestellungen zu einem „*Ausnahmestückpreis*“ von acht Reichspfennig aufzugeben.⁷⁵⁷ Die Resonanz bei den Korporationen war sehr gut, und so konnte Versé bereits am 27. Juli die Universitätsbuchhandlung Elwert mit einer Gesamtbestellung von etwa 1500 Exemplaren beauftragen.⁷⁵⁸ Dieses Ergebnis belegt zum einen das gute Verhältnis zwischen Universitätsbund und den Korporationen und zeigt zum anderen das große Interesse der letztgenannten am angekündigten Inhalt des Sonderheftes.

Da dem Universitätsbund darüber hinaus auch daran gelegen war, politischen Nutzen aus der Werbeschrift zu ziehen, bemühte er sich besonders darum, die aus seiner Sicht wichtigsten Behörden, Parteigrößen und Minister über das Sonderheft zu informieren. Hierzu wurde den Personen nicht nur eine mit einem ausgemalten Wappen versehene Sonderanfertigung des Werbeheftes überreicht, sondern auch ein ausführliches Begleitschreiben zugesandt.⁷⁵⁹ Auf diese Weise versuchte Schriftführer Versé beispielsweise, den Gauleiter Weinrich zum Eintritt in den Universitätsbund zu bewegen:

⁷⁵⁴ Wiskemann an die Schriftleitungen verschiedener Zeitungen im August 1933. HSTAM Bestand 305a, Acc. 1975/79, Nr. 764, Bl. 22.

⁷⁵⁵ Wiskemann an Genzmer am 31. Juli 1933, in: EBD., Bl. 21.

⁷⁵⁶ Versé informierte in einem Rundschreiben vom 31. Juli 1933 die Dozenten der Universität über die momentane Schließung der Geschäftsstelle des Universitätsbundes. Daher seien Bestellungen für das Sonderheft an das Universitätssekretariat zu richten: „*Eine möglichst weite Verbreitung der Werbeschrift ist im Interesse der Universität dringend zu wünschen.*“ HSTAM Bestand 310, Acc. 1983/15, Nr. 4177, Bl. 153.

⁷⁵⁷ Versé an alle Korporationen der Universität Marburg am 17. Juli 1933, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 29, ohne Blattzählung.

⁷⁵⁸ „*Nachstehend gebe ich Ihnen die bisherigen Bestellungen des Heftes „Marburg, die Universität in der Gegenwart“ bekannt: Tuiskonia 10 Exemplare, Alemannia 40, Marburger Wingolf 250, A. T. V. 500, Hasso-Borussia 600, Askano-Silesia 100. Die Bestellung der Burschenschaft Askano-Silesia erhalten Sie zur Erledigung anbei.*“ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 42, ohne Blattzählung.

⁷⁵⁹ Aus einer undatierten Liste von 40 Personen, an die das Sonderheft bereits kurz nach seiner Fertigstellung geschickt wurde, seien exemplarisch die folgenden genannt: „*1. ReM Dr. Goebbels, Berlin 2. ReM Dr. Frick, Berlin 3. Kultusminister Rust, Berlin 4. Staatssekretär Dr. Freisler, Berlin 5. Ministerialdirektor Prof. Dr. Gerullis, Berlin 6. Ministerpräsident Göring 7. Ministerialrat Dr. Haupt, Berlin 8. Reg. Präsident von Monbart, Kassel 9. Reg. Präsident Zschintzsch, Wiesbaden [...] 13. Staatsrat und Gauleiter Weinrich, Kassel [...]* 15. Seine Königl. Hoheit Prinz Philipp von Hessen, Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, Kassel [...].“ EBD., ohne Blattzählung. Die besondere Bedeutung dieser Werbung wird dadurch unterstrichen, dass die jeweiligen Antworten dem Kurator von Seiten des Universitätsbundes

„Im Auftrage des Universitätsbundes erlaube ich mir, Ihnen beifolgende Aufklärungsschrift über Wesen, Wirken und Wollen der Philippsuniversität ergebenst zu überreichen und Sie zu bitten, die Bestrebungen der Marburger Hochschule gegebenenfalls gütigst unterstützen zu wollen. Der Universitätsbund würde sich ganz besonders freuen, wenn Sie als Zeichen Ihrer Verbundenheit mit der hessischen Landesuniversität ihn mit Ihrer Mitgliedschaft beehren und durch die Ihnen dann regelmässig zugehenden Mitteilungshefte an dem inneren Leben der Universität teilnehmen würden.“⁷⁶⁰

Zur Art und Weise, wie der Universitätsbund in Person seines Schriftführers Versé in den übrigen Schreiben das Sonderheft und die Universität Marburg anpries, seien nur zwei Beispiele herausgegriffen. Das erste ist das Begleitschreiben an Hermann Göring, den Ministerpräsidenten von Preußen. Nachdem Versé Bezug auf Görings Besuch in Marburg Anfang Juni genommen und sein Bedauern über die nicht statt gefundene Begrüßung seitens der Universität ausgedrückt hatte, bedankte er sich für die Ankündigung Görings, die Universität und die Stadt Marburg durch seine Arbeit unterstützen zu wollen. Daraufhin fuhr er fort:

„Dass Marburg dessen würdig ist, wollen Sie bitte aus unserer Darstellung ersehen. Sie zeigt, dass wir in grösstmöglicher Weise seit langen Jahren Pionierarbeit für die jetzt herrschenden Ideen geleistet, dass wir als erste Universität schon im Herbst 1932 ein Lehrfach für Arbeitsbeschaffung, Arbeitsdienst und Siedlung eingerichtet, dass wir, wie kaum anderswo, die nationale volksverbundene Tradition treu gepflegt haben.“⁷⁶¹

Versé schloss mit der Erkenntnis, Marburg könne als „westliche ‘Land’-Universität“ die „Grenzlanduniversitäten“ bei der Vermittlung von „echt deutsche[m] Wesen“ hervorragend unterstützen und ergänzen.⁷⁶² Diese Aussagen drücken wiederum die Bereitschaft aus, die Arbeit der Universität voll in den Dienst des Nationalsozialismus zu stellen und dies, da in Marburg die Voraussetzungen dafür gegeben seien, auch zu können. Dieser Wille wird noch deutlicher in einem zweiten Schreiben, welches Versé am gleichen Tag an den Wissenschaftsminister Bernhard Rust⁷⁶³ schrieb:

„Als die westliche ‘Land’-Universität, die mit weitausgebreiteten Wurzeln tief in der Bevölkerung des Hessenlandes verankert ist, war Marburg stets die beste Pflegestätte des nationalen Geistes und infolgedessen während des vergangenen anderthalb Jahrzehnts nur zu häufig schwersten Angriffen in Presse und Landtag ausgesetzt: Ihre bei der Einweihung der Lehrerakademie in Lauenburg erhobene Forderung nach Verbundenheit zwischen Volk, Landschaft und Kultur sehen Sie

vorgelegt wurden. So notierte Versé beispielsweise mit Bleistift auf die Antwort von Göring: „*Kurator am 7.9.33 vorgelegt. Versé*“. EBD., ohne Blattzählung.

⁷⁶⁰ Versé an Gauleiter Weinrich am 7. September 1933, in: EBD., ohne Blattzählung. Gleich lautende Schreiben gingen am selben Tag an den Oberbürgermeister der Stadt Kassel, Lahmeyer, an den Regierungspräsidenten in Kassel, von Monbart, an den Präsidenten des Kommunallandtages Herrn Patry in Kassel, an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden, Zschintzsch, und an den Landeshauptmann Rabe von Pappenheim in Kassel. EBD., ohne Blattzählung.

⁷⁶¹ Schreiben von Versé an Göring vom 22. August 1933. EBD., ohne Blattzählung.

⁷⁶² EBD.

⁷⁶³ Zum Lebenslauf von Rust siehe GRÜTTNER, Biographisches Lexikon, S. 143.

*hier verwirklicht. [...] An der Spitze der sämtlichen Arten von Leibesübungen dienenden Anstalten der Universität steht ein Dozent für das Sportwesen, der jetzt als SA-Mann in einem Arbeitslager Dienst tut, um diesen von Grund auf kennen zu lernen. Auch die politische Schulung der Studenten wie der Bevölkerung ist hier unter Leitung eines nationalsozialistisch eingestellten Professors schon lange in grossen Sammelvorlesungen über Staatsbürgerkunde gepflegt und jetzt entsprechend weiter ausgebaut worden.*⁷⁶⁴

Folgerichtig bestätigte Versé auch in diesem Schreiben die Bereitschaft der Universität, in diesem Sinne fortzufahren: *„Die Universität wird ihre Tätigkeit im Geiste der nationalen Erneuerung fortsetzen und mit allen Mitteln zu erweitern suchen.*“⁷⁶⁵ Dies sei aber nur möglich, wenn die unbesetzten Professuren schnell mit Personen besetzt würden, die nicht nur wissenschaftlich geeignet, sondern auch bereit sein sollten, die neuen nationalen Aufgaben der Universität zu übernehmen. Nur so könne Marburg *„als Hort wahrhaft deutscher Wissenschaft und nationalen Empfindens*“⁷⁶⁶ erhalten bleiben: *„Die innere Berechtigung dieses Wunsches bitten wir Sie aus unserem anliegenden ‘geschichtlichen Bekenntnis’ geneigtest entnehmen zu wollen.*“⁷⁶⁷

Das Sonderheft wurde demzufolge als Bekenntnis zu den Zielen des Nationalsozialismus verstanden, die Marburg bereits in der Weimarer Republik verinnerlicht habe und jetzt noch weiter ausbauen wolle. Zur Verwirklichung dieser Pläne forderte der Universitätsbund geradezu die Wiederbesetzung vakanter Lehrstühle mit neuen Professoren, die neben der wissenschaftlichen Befähigung auch die politische Zuverlässigkeit im Hinblick auf den Nationalsozialismus mit sich bringen sollten. Auch wenn dieser Zusammenhang aus taktischen Gründen konstruiert worden sein sollte, um die Chancen auf die Wiederbesetzungen zu verbessern, zeigen die Schreiben deutlich, inwieweit sich der Universitätsbund der Sprache und dem Gedankengut der Nationalsozialisten angepasst hatte, um sich und die Universität positiv darzustellen. Inwieweit die Briefe also aus Überzeugung oder aus opportunistischen Gründen verfasst wurden, ist deshalb nicht entscheidend und kann auch nicht mehr nachvollzogen werden.⁷⁶⁸

Abgesehen von dieser ideellen Unterstützung ist zu fragen, inwiefern der Universitätsbund auch durch finanzielle Mittel den Nationalsozialismus und seine Vorstellungen

⁷⁶⁴ Versé an Rust am 22. August 1933. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 42, ohne Blattzählung.

⁷⁶⁵ EBD.

⁷⁶⁶ EBD.

⁷⁶⁷ EBD.

⁷⁶⁸ Siehe auch die Bewertung von Koshar, der die Bemühungen des Universitätsbundes im Zusammenhang mit dem Sonderheft wie folgt zusammenfasst: „Unwilling to criticize the regime and insistent on portraying Marburg as a nationalist university, the University Association nevertheless struck a note of uncertainty in its remarks that contradicted both the aggressive style and supposedly clear intent of Nazi leadership.“ KOSHAR, Social Life, S. 264.

förderte beziehungsweise versuchte, die Bedingungen der nationalsozialistischen Politik zu seinem Vorteil zu nutzen.

4.4. Anpassungen im Bereich der finanziellen Förderung der Universität Marburg

4.4.1. Neue Wege in der Finanzpolitik?

Der eingangs des Kapitels über die Zeit des Nationalsozialismus geschilderte Abwärtstrend bei den Mitgliederzahlen beeinflusste auch die Finanzen des Universitätsbundes. Jedoch konnte in diesem Bereich die Negativentwicklung bereits ab 1935 gestoppt und in den folgenden Jahren auf diesem Niveau gehalten werden, was vor allem an den seit 1936 deutlich gestiegenen Erträgen aus dem Wertpapiervermögen lag, die den Verlust an Beiträgen und Spenden nahezu ausgleichen konnten.⁷⁶⁹ Weiteren entscheidenden Anteil an der von Schatzmeister Pfeiffer 1935 beziehungsweise 1936 als „gesund“⁷⁷⁰ und „befriedigend“⁷⁷¹ bezeichneten Finanzlage hatte neben der Wohlfahrtsrente die IG-Farben AG, die weiterhin einen jährlichen Beitrag von 4.000 RM spendete.⁷⁷² Während des Weltkrieges erhielt der Universitätsbund von dem Chemiekonzern sogar 8.000 RM im Jahr und erwarb als Gegenleistung vor allem Aktien dieses Unternehmens.⁷⁷³

Auch im Wertpapierhandel passte sich der Universitätsbund an die veränderten wirtschaftlichen Bedingungen an, indem der Schriftführer und der Schatzmeister versuchten, sowohl an der „Arisierung“⁷⁷⁴ als auch in den besetzten Gebieten Geld für den Bund zu verdienen. Ein Hinweis auf die Absicht, von der Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus dem Geschäftsleben zu profitieren, findet sich in den Zeilen, die Versé am 1. August 1939 an Pfeiffer schrieb:

„Ich lege Ihnen ein Verzeichnis unserer Wertpapiere einmal bei, da mich die hiesige Filiale der Deutschen Bank in einer Besprechung am Sonnabend darauf aufmerksam machte, dass nach Informationen von Berlin man nach Aufhören des jüdischen Kapitaldrucks voraussichtlich in einem Monat mit einem Steigen der Aktienkurse stark rechnen und dass man deshalb den Inhabern von Obligationen usw. die Frage vorlege, ob sie nicht durch Umwandlung in Aktien diese Gewinnchance mitnehmen wollten. [...] Ich schreibe Ihnen dies, damit Sie eventuell noch einmal

⁷⁶⁹ So betrug die Summe aller Einnahmen, mit denen kalkuliert wurde, sowohl 1937 als auch 1938 etwa 32.000 RM. Voranschläge für die Jahre 1937 und 1938, in: Protokolle der Vorstandssitzungen vom 28. April 1937 beziehungsweise vom 17. Mai 1938. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

⁷⁷⁰ Siehe den Bericht über die Hauptversammlung am 22. und 23. Juni 1935, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1935, S. 53-57, hier S. 54.

⁷⁷¹ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1936, S. 59.

⁷⁷² Die Spenden sind beim jeweiligen Bücherabschluss als Einzelposten aufgeführt. DEPOT LAHNBERGE, Bücherabschluß II. Mappe 1927-1937, ohne Blattzählung.

⁷⁷³ So beispielsweise 1941, in: DEPOT LAHNBERGE, Aufstellungen zum Bilanzbuch 1939-1944, S. 17f.

⁷⁷⁴ Zum Problem des Begriffs der „Arisierung“ siehe JAMES, Harold: Die deutsche Bank und die „Arisierung“, München 2001, S. 37-43.

*dort Auskünfte einholen können für den Fall, dass Sie für den Bund auf diese Anregungen eingehen wollen. [...] Alles weitere mündlich.*⁷⁷⁵

Aus diesen Worten spricht die Bereitschaft, auf die Kurserhöhung bei Aktiengeschäften nach dem „Abzug“ des jüdischen Kapitals zu spekulieren und dies für die Interessen des Bundes zu nutzen. Dabei ist zu beachten, dass mit der Formulierung „Aufhören des jüdischen Kapitaldrucks“ sehr komplexe Vorgänge nach dem Ausschalten der Juden aus der Wirtschaft zusammenhängen, die in dieser Studie nicht zuletzt aufgrund fehlender Hintergrundinformationen nicht analysiert werden können.⁷⁷⁶ Daher muss in diesem Kontext offen bleiben, auf welche „voraussichtlichen“ Abläufe am Aktienmarkt angespielt wird. Trotz dieser Unklarheit und trotz der Tatsache, dass letztlich keine Belege vorliegen, inwieweit Pfeiffer in diese Richtung tätig geworden war,⁷⁷⁷ bleibt prinzipiell festzustellen, dass Versé bereit war, von der „Arisierung“ zu profitieren.

Dass Pfeiffer für den Universitätsbund finanzielle Vorteile aus dem Zweiten Weltkrieg und den besetzten Gebieten ziehen wollte, belegt ein Brief vom 11. März 1942, in dem er sich nach erworbenen holländischen Obligationen erkundigte und fragte: „Was haben wir eigentlich an den Holländern verdient? Sind es einige tausend Mark?“⁷⁷⁸ Damit ist zwar nicht eindeutig belegt, dass der Universitätsbund von der Besatzungspolitik profitiert hat, denn er könnte die Wertpapiere auch im „normalen“ Geschäftsgang ohne eine Begünstigung durch die Okkupation erworben haben. Die Anzeichen deuten aber darauf hin, dass der Bund aus der Besatzung finanziellen Nutzen zog,⁷⁷⁹ zumal er bis dahin nie ausländische Wertpapiere gekauft hatte.⁷⁸⁰

Weitere Belege für eine veränderte Finanzpolitik des Universitätsbundes sind nicht überliefert, so dass nicht von einer umfassenden Veränderung der finanzpolitischen Handlungen des Universitätsbundes gesprochen werden kann. Dennoch deuten die beiden Vorgehensweisen an, dass der Vorstand bereit war, die sich durch die antisemiti-

⁷⁷⁵ Versé an Pfeiffer am 1. August 1939, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 47, ohne Blattzählung.

⁷⁷⁶ Auch Götz Aly erläutert in seinem neuen Buch über Hitlers Volksstaat diese Zusammenhänge nicht, stellt aber insbesondere die Vorgehensweisen der Banken beim Umgang mit dem jüdischen Vermögen und den daraus resultierenden Gewinnen auch für den NS-Staat dar, die demnach mit den geschilderten Geschehnissen in Bezug stehen könnten. Siehe dazu ALY, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a.M. 2005, S. 54-66.

⁷⁷⁷ Die nächste Aufstellung über die Wertpapiere des Bundes stammt aus dem Jahre 1942 und darin sind für den Zeitraum August bis Dezember 1939 keine Transaktionen aufgeführt. EBD., ohne Blattzählung.

⁷⁷⁸ Pfeiffer an Versé am 11. März 1942. EBD., ohne Blattzählung. Zum historischen Kontext der wirtschaftlichen Ausbeutung der Niederlande durch die nationalsozialistischen Besatzer siehe HIRSCHFELD, Gerhard: Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945, Stuttgart 1984. (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 25), S. 117-154.

⁷⁷⁹ Die Antwort der Angestellten Patzer an Pfeiffer vom 13. März 1942 berichtet von knapp 2.500 RM. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 47, ohne Blattzählung.

⁷⁸⁰ Eine vorliegende Aufstellung vom 12. Januar 1934 weist beispielsweise nur deutsche Wertpapiere in verschiedenen Formen auf. EBD., ohne Blattzählung.

schen und militärischen Maßnahmen der Nationalsozialisten ergebenden wirtschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen und daraus Vorteile für den Universitätsbund zu ziehen. Daher ist der Kauf ausländischer Wertpapiere und der Versuch, aus der „Arisierung“ Profit zu ziehen, für die Bewertung der Finanzpolitik des Universitätsbundes von ausschlaggebenderer Bedeutung als die Größenordnung des letztlich geringen finanziellen Vorteils für den Universitätsbund.

Insgesamt konsolidierten sich die Finanzen des Universitätsbundes ab 1935, ohne dass sie dem Bund den finanziellen Spielraum aus der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zurückgaben. Die geringeren Einnahmen aus den Beiträgen der Mitglieder und Förderer konnten durch andere Einnahmequellen teilweise ausgeglichen werden, so dass die Auswirkungen auf die finanzielle Gesamtlage nicht allzu gravierend waren. Wie sich die Finanzsituation auf die Förderung der Marburger Hochschule auswirkte, wird im folgenden Abschnitt untersucht. Im Zusammenhang mit den Bewilligungen ist zudem interessant, ob die politischen Umstände Konsequenzen für die Bewilligungspolitik des Universitätsbundes hatten.

4.4.2. Die Förderung der Universität und der Studierenden

Parallel zu den Finanzen entwickelte sich das Ausgabevolumen bei den jährlichen Bewilligungen, womit auch hier die Abwärtsentwicklung ab 1935 gestoppt werden konnte.⁷⁸¹ Der Universitätsbund konnte demnach sogar während des Krieges eine konstant hohe Summe für die Förderung der Universität bereitstellen. Zwar war der finanzielle Handlungsspielraum im Vergleich zur Hochphase in der Weimarer Zeit eingeschränkt, aber der Bund war keineswegs wie durch die Inflation 1922/23 in seiner finanziellen Existenz bedroht. Jedoch achtete er sehr genau auf die Bedeutung der einzelnen Anträge für die Wissenschaft und war gezwungen, etliche Gesuche abzulehnen. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Äußerung von Schriftführer Versé, der im Verlauf der Hauptversammlung des Jahres 1935 über die Arbeit des Universitätsbundes berichtete⁷⁸² und in diesem Zusammenhang auch zur Leistungsfähigkeit der Notgemeinschaft und deren Konsequenzen für die Bewilligungspolitik des Universitätsbundes Stellung nahm:

„Zu dieser Zusammenhaltung unserer Mittel verpflichtet uns auch weiterhin das zunehmende Versagen der Hilfeleistungen seitens der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft und die uns damit in noch stärkerem Maße zufallende Aufgabe, un-

⁷⁸¹ Die konkreten Zahlen sind im Überblickskapitel bereits genannt worden.

⁷⁸² Der Bericht ist, wie bereits erwähnt, in den Mitteilungen des Universitätsbundes abgedruckt: Versé, Max: Aus dem Leben und Wirken des Universitätsbundes im letzten Berichtsjahr, in: MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1935, S. 43-45

*seren wissenschaftlichen Nachwuchs bei seinen Arbeiten nach Kräften zu unterstützen.*⁷⁸³

Der Universitätsbund positionierte sich hiermit erstmals öffentlich gegenüber der Notgemeinschaft und kritisierte in Person des Schriftführers die Schwäche derselben und stellte dieser die Stärke des Universitätsbundes gegenüber. Dieser müsse praktisch die Notgemeinschaft ersetzen und seine Mittel noch optimaler für die Förderung der Marburger Dozenten einsetzen. Versé versuchte auf diese Weise, den Universitätsbund zu profilieren und die Krise der Notgemeinschaft dahingehend zu nutzen, die Bedeutung des Universitätsbundes für die Wissenschaft herauszustreichen.⁷⁸⁴

Neben der Frage des finanziellen Umfangs der Bewilligungen ist zudem interessant, ob die Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder die Anträge nun nach anderen Maßstäben bewerteten als vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten.⁷⁸⁵

Bei einer oberflächlichen Betrachtung der Bewilligungsvorgänge ist zunächst keine Veränderung festzustellen. Dies belegen einerseits die Zurückweisungen zweier Anträge von Prof. Dr. Wilhelm Pfannenstiel, Ordinarius für Hygiene und ausgewiesenem Nationalsozialisten.⁷⁸⁶ Die erste Ablehnung wurde damit begründet, dass sein Unternehmen zur Untersuchung von Auswirkungen des Klimas von Staat und Provinz zu fördern sei, deren Aufgaben der Universitätsbund nicht übernehmen könne.⁷⁸⁷ Ein Jahr später erklärte der Universitätsbund, er sei nicht in der Lage, Pfannenstiels zweites Projekt zur Wirkung von Vitamin C auf Tiere zu fördern und empfahl ihm stattdessen Fonds der Medizinischen Fakultät.⁷⁸⁸ Andererseits erhielt der jüdische Archäologe Prof. Dr. Paul Jacobsthal, dessen Dienste im übrigen für Vorträge nicht mehr in Anspruch genommen wurden,⁷⁸⁹ sowohl 1933 einen beträchtlichen Zuschuss für die Veröffentli-

⁷⁸³ EBD., S. 45. Zur finanziellen Situation der früheren Notgemeinschaft und jetzigen DFG um das Jahr 1935 herum siehe MERTENS, Lothar: „Nur politisch Würdige“. Die DFG-Forschungsförderung im Dritten Reich 1933-1937, Berlin 2004, S. 218-228.

⁷⁸⁴ „Es ist sicher kein Zufall, daß jetzt von verschiedenen Hochschulen die Gründung von Hochschulgesellschaften angestrebt wird, z.T. mit einem direkten Hinweis auf die erfolgreiche Marburger Einrichtung. Daß wir so beispielhaft wirken, kann uns mit besonderem Stolz erfüllen [...]“. EBD.

⁷⁸⁵ Lothar Mertens hat diese Frage für die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Dritten Reich untersucht und festgestellt, dass es dort eine Schwerpunktverlagerung in der Förderung hin zu „weltanschaulich relevante[n] Bereiche[n]“ gegeben hat. MERTENS, Lothar: Die Forschungsförderung der DFG im Dritten Reich 1933-1937, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 2 (1999), S. 58-74, hier S. 73. Siehe auch DERS.: Forschungsförderung im Dritten Reich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), S. 119-126.

⁷⁸⁶ HEIBER, Universität unterm Hakenkreuz. Teil 1: Der Professor im Dritten Reich, S. 371. Zum Lebenslauf von Pfannenstiel siehe auch GRÜTTNER, Biographisches Lexikon, S. 129.

⁷⁸⁷ Bewilligungen in der Verwaltungsratssitzung vom 16. Juni 1934 und der Ablehnungsbrief an Pfannenstiel in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 94, ohne Blattzählung.

⁷⁸⁸ Ablehnungsbrief an Pfannenstiel nach der Verwaltungsratsitzung vom 22. Juni 1935. EBD., ohne Blattzählung.

⁷⁸⁹ Siehe hierzu Kapitel VI.4.5.

chung eines Buches⁷⁹⁰ als auch 1935 eine Beihilfe für das Archäologische Seminar.⁷⁹¹ Der Universitätsbund hat also offensichtlich unabhängig von der politischen Gesinnung oder der Religionszugehörigkeit geurteilt und über die Anträge nach wissenschaftlichen und seinen grundsätzlichen Kriterien entschieden.

Dennoch gibt es aber auch Anzeichen, dass Entscheidungen politisch beeinflusst waren. Zunächst ist in diesem Zusammenhang die Unterstützung für den Dozentenschaftsführer Düring im Jahre 1936 anzuführen. Dieser hatte für die Drucklegung seiner Habilitationsschrift einen Zuschuss von 1.000 RM beantragt. Nachdem der Vorstand am 29. April 1936 vorgeschlagen hatte, Düring eine Summe von 800 RM zu bewilligen, schloss sich der Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 20. Juni 1936 dieser Empfehlung an.⁷⁹² Damit erhielt Düring trotz des Vorstandsbeschlusses von 1928, Habilitationen nicht zu unterstützen, eine Beihilfe für seine Habilitation. Der Vorstand könnte sich damit Vorteile für sein zukünftiges Handeln versprochen haben. Andererseits könnte die Bewilligung aber auch eine Gegenleistung des Bundes für die Arbeit von Düring gewesen sein, der unter anderem dafür gesorgt hatte, dass die gesamte Dozentenschaft dem Universitätsbund beigetreten war.⁷⁹³

Im Fall des jüdischen Dozenten Karl Löwith war der Vorstand jedoch nicht bereit, eine Ausnahme von seinen Grundsätzen zu machen. Dieser beantragte am 20. Juni 1934 eine Beihilfe von 200 RM für eine Reise nach Prag zu einem Philosophiekongress. Er sollte auf dem Kongress ein Referat halten und betonte, eine Teilnahme sei für ihn „*von grosser sachlicher und persönlicher Wichtigkeit*.“⁷⁹⁴ Löwith lebte zu diesem Zeitpunkt in Rom, wo er durch ein Stipendium der Rockefeller-Foundation unterstützt wurde.⁷⁹⁵ Löwith befand sich dennoch in einer Notsituation, da ihm sein Lehrauftrag entzogen

⁷⁹⁰ Bewilligungen in der Verwaltungsratssitzung vom 17. Juni 1933, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 93, ohne Blatzzählung.

⁷⁹¹ Bewilligung in der Verwaltungsratssitzung vom 22. Juni 1935, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 94, ohne Blatzzählung.

⁷⁹² HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 95, ohne Blatzzählung.

⁷⁹³ Siehe hierzu Kapitel VI.1. Ebenfalls nicht endgültig geklärt werden konnten die Hintergründe der Unterstützung von Günter Franz, der 1933 insgesamt 1000 RM als Druckkostenzuschuss für sein Werk über den Bauernkrieg zugesprochen bekam, wobei der Betrag zur Hälfte zu Lasten des Etats von 1934 geleistet wurde. Bewilligungen der Verwaltungsratssitzung vom 17. Juni 1933, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 93, ohne Blatzzählung. Da unklar bleibt, ob dem Universitätsbund die politische Einstellung von Franz bekannt war, kann nicht geklärt werden, ob der Historiker aus politischen Gründen gefördert wurde. Zur politischen Einstellung von Günter Franz vor der „Machtergreifung“ und zu seiner späteren Karriere im „Dritten Reich“ siehe BEHRINGER, Wolfgang: Bauern-Franz und Rassen-Günther. Die politische Geschichte des Agrarhistorikers Günther Franz (1902-1992), in: Schulze, Winfried/Oexle, Otto Gerhard (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1999, S. 114-141.

⁷⁹⁴ Gesuch von Löwith vom 20. Juni 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 94, ohne Blatzzählung.

⁷⁹⁵ LÖWITH, Mein Leben, S. 78.

worden war.⁷⁹⁶ Versé war die persönliche Situation von Löwith bekannt. So schrieb er an Haeuser, dass Löwith Nichtarier sei und ein Stipendium bekommen habe, um im Ausland „*Unterschlupf*“ zu finden: „*Hier kommt er jedenfalls nicht weiter.*“⁷⁹⁷ Versé stimmte sich nach Eingang des Antrags mit dem Rektor und dem Vorstandsmitglied Prof. Dr. Alfred Thiel ab, wie aus einem Brief von Versé an Haeuser hervorgeht.⁷⁹⁸ Sie kamen zu dem Schluss, für Löwith dürfe es keine Ausnahme davon geben, dass der Bund seit 1932 keine Mittel mehr für die Unterstützung von Kongressreisen ausgab. Haeuser antwortete zudem auf die Frage nach seiner Einschätzung des Antrags: „*Dem Antrage Löwith kann auch nach meiner Ansicht nicht stattgegeben werden, da die Reise wesentlich persönliche Interessen fördern soll.*“⁷⁹⁹ Letztlich teilte der Universitätsbund Löwith am 4. Juli 1934 mit, dass der Bund keine Reisen zu Kongressen mehr unterstütze und sein Antrag deswegen abgelehnt wurde.⁸⁰⁰

Es hätte allerdings die Möglichkeit gegeben, der Bewilligung für Löwith zuzustimmen, denn in dem der Entscheidung zugrunde liegenden Beschluss von 1932 heißt es:

„*Der Vorstand beschliesst als Richtlinie, dass Reiseunterstützungen für Kongresse, Tagungen etc. aus den Mitteln des Universitätsbundes nur in ganz besonderen Ausnahmefällen genehmigt werden sollen, wenn der Antragssteller ein besonderes wissenschaftliches Fachinteresse nachweisen kann.*“⁸⁰¹

Der Universitätsbund hätte also von Löwith eine ausführliche Begründung seines Anliegens und der Bedeutung des Kongresses einfordern und dann auf dieser Grundlage entscheiden können. Diese Mühe hat er sich aber nicht gemacht, sondern mit Bezug auf den Beschluss des Vorstandes die Bewilligung abgelehnt. Diese Entscheidung könnte auch politisch motiviert gewesen sein, um sich nicht gegen die Universität stellen zu müssen.

Diese zwei Fälle zeigen, dass sich der Universitätsbund über seine Vorstandsbeschlüsse hinwegsetzte, wenn er sich davon unter Umständen, wie beim Dozentenschaftsführer Düring, einen Vorteil versprechen konnte. Eine Unterstützung von Löwith hingegen hätte sehr wahrscheinlich keinen Nutzen gebracht und war zudem wegen dessen Zugehörigkeit zur jüdischen Religion nicht opportun. Obwohl es ansonsten kaum zu grundsätzlichen Veränderungen in der Bewilligungspolitik des Bundes kam, zeigt auch die

⁷⁹⁶ Gegen diese laut seinen Erinnerungen unerlaubte Vorgehensweise kämpfte er und erhielt unter anderem Unterstützung vom Kurator. Letztlich bekam er noch für ein halbes Jahr ein monatliches Gehalt von 200 RM ausbezahlt. EBD., S. 104f.

⁷⁹⁷ Versé an Haeuser am 30. Juni 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 94, ohne Blattzählung.

⁷⁹⁸ EBD.

⁷⁹⁹ Antwort von Haeuser an Versé vom 2. Juli 1934. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁰⁰ EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁰¹ Auszug aus dem Protokoll der Vorstandssitzung vom 8. Mai 1932, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 52, ohne Blattzählung.

einmalige Unterstützung eines Films über das Studentenleben in Marburg im Juni 1934 die Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte:

*„[...] verspricht sich der Universitätsbund viel mehr von der beabsichtigten Filmpropaganda, über deren Einzelheiten der Rektor berichtet. Es werden dafür Rm. 1000.- ausgeworfen unter der Voraussetzung, dass erstens der Film gut ist und von der Prüfstelle angenommen wird, und zweitens, dass der Kurator die Finanzierung des Antrags Stephani in Höhe von Rm. 500.- zur Vervollständigung der Institutsbibliothek aus Kuratoriumsmitteln deckt.“*⁸⁰²

Ein Jahr später konnte Versé in seinem Bericht in der Verwaltungsratssitzung vom 22. Juni 1935 folgendes feststellen:

*„Der mit einer Dotation von Rm. 1000.- vom Universitätsbund unterstützte Marburger Studentenfilm, zu dessen Herstellung die Stadt Marburg einen Betrag von Rm. 3000.- zu leisten hatte, wovon der U.Bd. also 1/3 übernommen hat, ist von der Reichsfilmkammer als „volksbildend“ anerkannt worden und läuft im Beiprogramm sämtlicher Filmtheater.“*⁸⁰³

Die finanzielle Beteiligung an diesem Film ist zunächst Ausdruck der Bereitschaft des Universitätsbundes, vielversprechende Werbemaßnahmen zu unterstützen, auch wenn die Ausrichtung nicht primär auf die Universität, sondern auf die Stadt Marburg gelegt war. Daneben zeigt sie aber auch das Interesse des Bundes, nur solche Projekte zu fördern, die den entscheidenden NS-Institutionen gefielen und von ihnen gebilligt wurden. Mit dem Abwarten der Zustimmung der Prüfstelle schloss der Bund von vornherein aus, dass er kritisch betrachtet werden könnte, wenn der Film nicht deren Erwartungen entsprochen, der Bund aber trotzdem gezahlt hätte. Diese Bewilligung ist ein Hinweis darauf, dass der Bund sehr vorsichtig und unter der Erwägung politischer Gesichtspunkte bei seinen Beschlüssen agierte, aber bei einem Erfolg des Projektes seine Beteiligung um so mehr herausstrich.⁸⁰⁴

Der Förderung der Dozenten und der Universität stand weiterhin die Unterstützung der Studierenden mit den Geldern der Kaiser-Wilhelm-Stiftung gegenüber. Die Vergabe dieser Beihilfen wurde durch den folgenden Erlass des preußischen Ministers für Wissenschaft und Kunst beeinflusst:

„Studierende, die in den letzten Jahren in der SA, SS oder Wehrverbänden im Kampf um die nationale Erhebung gestanden haben, sind gegen Vorlage eines Zeugnisses ihrer Dienstvorgesetzten bei der Vergebung von Vergünstigungen

⁸⁰² Protokoll der Vorstandssitzung vom 16. Juni 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

⁸⁰³ Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 22. Juni 1935, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 9, ohne Blattzählung. Der Rektor der Universität wurde im Februar 1935 über die Vergabe des Prädikats „volksbildend“ informiert. Schreiben des Verkehrsamtes beim Oberbürgermeister der Stadt Marburg an den Rektor der Universität Marburg vom 23. Februar 1935, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 678, Bl. 4.

⁸⁰⁴ Denn Versé hob nicht nur die Beteiligung des Bundes an den Kosten des Films hervor, sondern dieser wurde den Gästen während der Hauptversammlung im Juni 1935 auch vorgeführt. MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1935, S. 44 und S. 54.

(Gebührenerlass, Stipendien usw.) besonders zu berücksichtigen. Dagegen dürfen an jüdische oder marxistische Studierende Vergünstigungen nicht mehr gegeben werden. gez. B. Rust“⁸⁰⁵

Da die Listen der Bewilligungen für das Jahr 1932 nicht vorliegen, ist kein direkter Vergleich darüber möglich, welche Personen nach der „Machtergreifung“ nicht mehr gefördert wurden. Auch in den Aufzeichnungen über die ersten Bewilligungen nach Bekanntgabe dieses Erlasses sind keine Hinweise auf die direkte Anwendung der neuen Vorschriften zu finden.⁸⁰⁶ Die ersten Belege für die Anwendung der Bestimmungen sind für Mai 1934 überliefert, als bei drei Studenten die Förderung nur unter der Bedingung gewährt wurde, dass sie jeweils *„einem Wehrverbände angehört[en].“*⁸⁰⁷ Eine weitere Verschärfung der Förderungsvoraussetzungen fand im September 1936 statt, als ein Fragebogen entworfen wurde, auf dem die Antragsteller unter anderem angeben mussten, welchen Gliederungen der NSDAP sie angehörten.⁸⁰⁸

Damit hatte frühzeitig eine Veränderung der ursprünglichen Förderungsabsichten stattgefunden. Zwar ist die Anwendung des Erlasses bereits für das Jahr 1933 nicht direkt belegt, aber sie ist wahrscheinlich, zumal die Entscheidungen der Stiftung öffentlich bekannt wurden und es bei einer Förderung von jüdischen oder marxistischen Studenten sehr wahrscheinlich Schwierigkeiten gegeben hätte. Im Gegensatz zu den zuvor geschilderten Bewilligungen war der Universitätsbund bei der Kaiser-Wilhelm-Stiftung an den übergeordneten Erlass gebunden. Damit sind diese Vorgänge keine Belege für eine veränderte politische Einstellung des Universitätsbundes.

In diesem Zusammenhang ist jedoch in einem weiteren Schritt zu fragen, ob der Förderung von werbewirksamen Sonderprojekten, die der Universitätsbund wie in der Weimarer Republik auch in der NS-Zeit leistete, nun andere Kriterien zugrunde lagen. Dies wird zunächst anhand der Finanzierung eines Kameradschaftsheims für die Marburger Studentenschaft zu untersuchen sein, bevor anschließend die Mitwirkung des Universitätsbundes beim Bau einer SA-Sportschule in den Neuhöfen analysiert werden soll.

⁸⁰⁵ Schreiben des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 22. April 1933 als Abschrift in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 75, ohne Blattzählung. Dieses Schreiben wurde nach Erhalt durch den Kurator in der Universität verteilt und gelangte über den Rektor auch an Haeuser als Vorsitzenden des Stiftungsausschusses. EBD.

⁸⁰⁶ Auflistung der zu fördernden Studierenden und der abgelehnten Studierenden in der Sitzung vom 10. Mai 1935. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁰⁷ Bewilligungen der Kaiser Wilhelm Stiftung vom 18. Mai 1934. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁰⁸ Dieser Fragebogen wurde bei den darauf folgenden Entscheidungen am 21. November 1936 sogleich angewendet, denn bei den abgelehnten Gesuchen ist der Hinweis *„keine Zugehörigkeit zu einer Gliederung der Partei“* zu finden. EBD., ohne Blattzählung. Da die Stiftung im Sommer 1938 aufgelöst und ihr Vermögen dem Universitätsbund zugeschlagen wurde, können keine weiteren Aussagen über die Förderung der Studierenden gemacht werden. Die Folgen der Auflösung gehen aus einem Brief des Vorstandes des Universitätsbundes an Rektor Zimmerl und die übrigen Mitglieder im Stiftungsausschuss, Thiel und Schwenkenbecher, vom 5. Juli 1938 hervor. EBD., ohne Blattzählung.

4.4.3. Die Finanzhilfe zum „Kameradschaftsheim“

Seit dem Sommer des Jahres 1933 gab es in Marburg seitens des Studentenwerks und der Universität Bestrebungen, ein Kameradschaftsheim für einen Teil der Marburger Studierenden einzurichten. Um die Finanzierung eines Neubaus sicherzustellen, erbat der Kurator der Universität für das Marburger Studentenwerk beim preußischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst eine Unterstützung in Höhe von 35.000 RM.⁸⁰⁹ Der Minister teilte in seiner Antwort jedoch mit, dass ihm für ein Kameradschaftsheim keine Mittel im geforderten Umfang zur Verfügung stünden und stellte lediglich einen Zuschuss für die Innenausstattung in Aussicht.⁸¹⁰ Da nach dieser Absage keine Gelder für einen Neubau vorhanden waren, änderten die Studentenschaft und das Studentenwerk ihre Pläne und setzten auf den Umbau vorhandener Gebäude. Im Rahmen dieser Überlegungen wandte sich das Studentenwerk, dessen Vorsitzender zu diesem Zeitpunkt der Schriftführer des Universitätsbundes, Versé, war, am 9. Oktober 1933 mit einem Antrag an den Universitätsbund und informierte in diesem zunächst über die Bildung eines Kameradschaftsheims im Forstthof und über dessen Aufgaben:

*„Die Aufgabe des Kameradschaftsheims ist, die jungen Studenten in kameradschaftlichem Zusammenleben für die grossen Aufgaben, die der Studentenschaft in der Vollendung der nationalsozialistischen Revolution auf geistig-kulturellem Gebiet gesetzt sind, geistig und körperlich zu erziehen. Das Kameradschaftsheim soll in sich die Lebensform des Arbeitslagers und seinen sozialistischen Geist mit den soldatischen Tugenden der SA verbinden.“*⁸¹¹

Anschließend bat das Werk den Bund, Kosten in Höhe von etwa 500 RM für die Möbel im einem großen Raum des geplanten Heims zu übernehmen:

„Es ist uns bekannt, dass der Universitätsbund im allgemeinen nur streng wissenschaftliche Aufgaben fördert. Da die politische und die wehrsportliche Ausbildung der Studenten heute ebenfalls eine wichtige Aufgabe der Universität geworden ist, und das Kameradschaftsheim ferner nach dem Willen der Deutschen Studentenschaft mit das wichtigste Mittel sein soll, um in Zukunft den jungen Studenten zu

⁸⁰⁹ „Das Kameradschaftsheim soll den Zweck haben, vor allem etwa 50 aus dem Werklager der Abiturienten zur Universität kommende, für Kameradschaftsleben im nationalsozialistischen Geiste besonders geeignete Studierende noch einige Zeit auch während ihres Studiums zusammenzuhalten, damit sie später beispielgebend unter den übrigen Studierenden wirken können. [...] Bei der großen Bedeutung, welche das Kameradschaftsheim für die Studentenschaft besitzen würde, bitte ich, dem Studentenwerk e.V. Marburg zur Errichtung des Kameradschaftsheimes einmalig den Betrag von 35.000 RM aus Zentralfonds baldgeneigtest zu bewilligen.“ Kurator an den Minister für Wissenschaft und Kunst am 15. August 1933, in: GSTA PK I. HA Rep. 76 Kultusministerium Va Sekt. 12, Tit. XI Nr. 23, Bl. 1-2.

⁸¹⁰ Antwort des Ministers vom 26. September 1933 in: EBD., Bl. 6.

⁸¹¹ Antrag des Studentenwerks vom 9. Oktober 1933, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 93, ohne Blattzählung. Zur allgemeinen Konzeption des Kameradschaftsheims siehe GRÜTTNER, Michael: Studenten im Dritten Reich, Paderborn u.a. 1995, S. 261-270. Zur Entstehung des Kameradschaftsheims in Marburg siehe ZINN, Zwischen Republik und Diktatur, S. 340-344. Zum täglichen Leben im späteren Kameradschaftsheim siehe den „Bericht der Studentenschaft über die Entwicklung des Forstthofs im Wintersemester 1933/34“ in: NAGEL, Die Philipps-Universität im Nationalsozialismus, Dok. Nr. 62.

*tätigem Dienst und Einsatzbereitschaft für die Volksgemeinschaft zu erziehen, möchten wir der Hoffnung Ausdruck geben, dass der Universitätsbund sich zu einer Bewilligung entschliessen möge.*⁸¹²

Vor diesem offiziellen Antrag hatte es bereits diesbezügliche informelle Anfragen von Seiten der Marburger Studentenschaft gegeben, weswegen die Korrespondenz bezüglich des Heimes innerhalb des Vorstandes bereits vor dem 9. Oktober 1933 stattfand. Versé berichtete Pfeiffer am 26. September 1933 über Gespräche mit dem Rektor und dem Vorstandsmitglied Thiel. Die beiden „[...] würden es aus taktischen Gründen empfehlen, hier Mittel zur Verfügung zu stellen [...]“.⁸¹³ Pfeiffer schloss sich in seiner Antwort vom 28. September 1933 der Haltung der beiden übrigen Vorstandsmitglieder an:

*„Ich teile deshalb auf diesem Weg ergebenst mit, dass ich mit den Vorschlägen der Herren Dozenten durchaus einverstanden bin, denn ich halte für dringend erwünscht, dass der Bund gerade im Augenblick seine Stellung auch bei den Studenten festigt, denn er hat deren Hülfe bei der in Aussicht genommenen grossen Werbung dringend nötig. Auch ist es m. E. erwünscht, dass der Bund beweist, dass er den neuen Strömungen und Wünschen gegenüber positiv eingestellt ist. Neue Zeiten verlangen neue Wege. Ich bin fest überzeugt, dass wir auch bei dem Verwaltungsrat das nötige Verständnis für unser Handeln finden werden [...]“*⁸¹⁴

Nachdem auch Haeuser am 8. Oktober der Unterstützung zugestimmt hatte,⁸¹⁵ war die Bewilligung beschlossen und am 30. Oktober konnte der Universitätsbund dem Studentenwerk mitteilen, dass er die Kosten für Möbel im neuen Kameradschaftsheim in Höhe von 536 RM übernehmen werde.⁸¹⁶

In den Zitaten wird die Strategie des Vorstandes deutlich, der sich von einer Bewilligung die Unterstützung der Studenten für seine weitere Arbeit versprach. Zudem sollte die Beihilfe belegen, dass der Bund den neuen Verhältnissen nicht nur offen gegenüberstand, sondern auch bereit war, Projekte der NS-Organisationen aktiv zu unterstützen. Diese Haltung galt auch für andere Organisationen in der Wissenschaft.⁸¹⁷ Diese Strategie, verbunden mit den gleichen Argumenten und Motiven, bewegte den Vorstand zu Beginn des Jahres 1934 zur Unterstützung des Baus einer SA-Sportschule.

⁸¹² Antrag des Studentenwerks vom 9. Oktober 1933, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 93, ohne Blattzählung.

⁸¹³ Versé an Pfeiffer am 26. September 1933. EBD., ohne Blattzählung.

⁸¹⁴ Pfeiffer an den Vorstand des Universitätsbundes am 28. September 1933. EBD., ohne Blattzählung.

⁸¹⁵ EBD., ohne Blattzählung.

⁸¹⁶ EBD., ohne Blattzählung.

⁸¹⁷ So äußerte sich beispielsweise der Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Max Planck, „daß man sich verhalten müsse wie die Bäume im Wind.“ Zitiert nach ALBRECHT, Helmuth/HERMANN, Armin: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933-1945), in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 356-406, S. 372. Damit war nach Ansicht der Autoren eine Anpassung gemeint, wo sie zwingend erforderlich war, aber gleichzeitig auch eine Eigenständigkeit, wenn der Druck dies zuließ.

4.4.4. Der Bau der SA-Sportschule in den Neuhöfen

An den Planungen und Durchführungen des Baus der SA-Sportschule waren neben dem Universitätsbund die Universität, die Stadt und der Landkreis Marburg beteiligt. Des weiteren spielte neben der SA⁸¹⁸ und ihren späteren Rechtsnachfolgern die Eigentümerin des Geländes bei den Neuhöfen, die Hombergk-Schenklengfeld'sche Stiftung, eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen.⁸¹⁹ Die Partizipation des Universitätsbundes an dem Projekt erstreckte sich von Anfang Januar 1934 bis zum Oktober 1935.⁸²⁰ Ausgangspunkt der Planungen war der Wille der SA, auf dem Besitz der Stiftung bei den Neuhöfen eine SA-Sportschule mit Raum für 210 Personen zu erbauen. Diese Absicht, die Ende Oktober 1933 nach einer Ortsbesichtigung geäußert worden war, sollte mit bereits laufenden Arbeiten für eine ursprünglich geplante Führerschule für die SA-Jägerstandarte II in Marburg kombiniert werden. Diese konnten nur dann sinnvoll umgesetzt werden, wenn zu der bereits in Bau befindlichen Führerschule ein Ergänzungsbau errichtet werden würde.⁸²¹ Dieser sollte in Form einer Schlafbaracke entstehen, wie der Reichsführer des Reichs-SA-Hochschulamtes, Dr. Benecke, der Rektor und der Kurator der Universität in einer Besprechung in Berlin am 22. Dezember 1933 verabredet hatten.⁸²²

Zur Finanzierung dieser Baracke trat daraufhin der Rektor an den Universitätsbund heran und bat diesen, nach Übernahme der Rechtsträgerschaft den Bau durch Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 27.000 RM zu ermöglichen. Als Bindeglied zwischen dem Rektor und den übrigen Vorstandsmitgliedern fungierte Versé, der den Vorsitzenden Haeuser am 3. Januar 1934 über die Bitte des Rektors in Kenntnis setzte. Versé befürwortete dabei ein Engagement des Bundes, da sich dieser eine feste Basis auch dadurch

⁸¹⁸ Diese hatte sich im Herbst 1933 an den Hochschulen etabliert und gründete im Oktober 1933 die „SA-Hochschulämter“, die unter anderem für die physische und ideologische Ausbildung der Studenten zuständig waren. GRÜTTNER, Studenten, S. 251. Zur Situation in Marburg siehe NAGEL, Die Philipps-Universität im Nationalsozialismus, Dok. Nr. 146.

⁸¹⁹ Dies geht aus dem Briefwechsel zwischen der Stiftung, der SA und dem Kurator der Universität hervor. HSTAM Bestand 310 Acc. 1983/15, Nr. 4178. Zur Geschichte der Hombergk-Schenklengfeld'schen Stiftung siehe STIFTUNGSVERWALTUNG der Hombergk-Schenklengfeld-Seipp'schen Stiftung (Hrsg.): Hombergk-Schenklengfeld-Seipp'sche Stiftung 1780-1980. Festschrift zu ihrem zweihundertjährigen Bestehen am 26. Juni 1980, Marburg 1980. Darin heißt es, dass die Stiftung „[i]m Jahre 1934 [...] für die Erweiterung des Exerzierplatzes Cyriaxweimar wertvolles Gelände [abgeben musste]“. EBD., S. 23. Eine Bestätigung für diese Darstellung ist in den Akten der Universität und des Universitätsbundes nicht zu finden. Stattdessen scheint der Stiftungsverwalter, Kreisinspektor Ludwig Seuffer, das Gelände angeboten und das Projekt nachhaltig unterstützt zu haben, obwohl es gegen die Bestimmungen der Stiftung verstieß. Dies geht aus zwei Schreiben Seuffers vom 2. November 1933 und vom 14. Dezember 1933 hervor. HSTAM Bestand 310 Acc. 1983/15, Nr. 4178, Bl. 1-3 und Bl. 78-82.

⁸²⁰ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 71.

⁸²¹ Dies geht aus einem Schreiben des Stiftungsverwalters, Herrn Seuffer, an den „Beauftragten des Chefs des Ausbildungswesens der SA bei der Gruppe Hessen, z. Hd. des Herrn Major von Nida in Frankfurt a.M.“ hervor, welches dem Kurator der Universität Marburg zur Kenntnisnahme übersandt wurde. HSTAM Bestand 310 Acc. 1983/15, Nr. 4178, Bl. 1ff.

schaffen müsse, dass er den neuen Verhältnissen offen gegenüberstehe: „[...] *um so mehr, wenn er sich auf neue Aufgaben umstellt und dadurch sein Verständnis für die neuen Zeitbelange beweist.*“⁸²³ Ähnliche Argumente beinhaltete dann auch das Rundschreiben an die Vorstandsmitglieder, in dem Versé die Errichtung der Sportschule als Voraussetzung für die Zukunft der Universität ansah: „*Mit anderen Worten, es handelt sich hier um ein Problem, das die Frage des Seins oder Nichtseins der Universität sehr stark berührt.*“⁸²⁴ Damit bezog sich Versé auf die Ankündigung Beneckes während der bereits erwähnten Besprechung in Berlin, die geplante Sportschule an einen anderen Ort zu verlegen, falls Marburg die nötigen Unterbringungsmöglichkeiten für 120 Personen nicht bereitstellen könne. Damit dies nicht passierte und Marburg dadurch keine Nachteile im Vergleich mit den anderen preußischen Universitäten bekäme, schloss sich Versé der Ansicht des Rektors an, die Finanzierung der Schlafbaracke ginge „*auch den Universitätsbund als die Vereinigung der Freunde und Förderer der Universität sehr stark an[...] und dass die Übernahme dieser Aufgabe durchaus in den Rahmen seiner von ihm selbst zu bestimmenden Betätigung eingepasst werden könnte.*“⁸²⁵

Neben diesen hochschulpolitischen Überlegungen wies Versé auch daraufhin, dass das finanzielle Risiko für den Bund sehr gering sei. Denn es war geplant, dass der Universitätsbund nach Übernahme der Rechtsträgerschaft ein Darlehen über 27.000 RM mit 5% Zinsen übernehme, für das die Stadt bürgen und jährlich 2.500 RM tilgen sollte. Da daneben das SA-Hochschulamt insgesamt zehn Jahre lang jeweils 1.800 RM Miete an den Universitätsbund zahlen sollte, wäre das Darlehen nach circa acht Jahren getilgt gewesen.⁸²⁶

Auch wenn der Universitätsbund also keine finanziellen Risiken übernahm, da die Rückzahlungsmodalitäten eindeutig festgelegt worden waren, belegt diese Aktion dennoch, wie bereitwillig der Universitätsbund seine Fähigkeiten zur Verfügung stellte, wenn es darum ging, die Anforderungen der Nationalsozialisten an die Erziehung von Studenten und Dozenten im Interesse der Universität umzusetzen, beziehungsweise die Universität nach außen gut darzustellen. Zugleich konnte sich der Universitätsbund die Gunst der im Hochschulwesen bis dahin sehr einflussreichen SA sichern,⁸²⁷ was dann

⁸²² HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 71, ohne Blattzählung.

⁸²³ Versé an Haeuser am 3. Januar 1933. EBD., ohne Blattzählung.

⁸²⁴ Entwurf eines Rundschreibens von Versé an die Vorstandsmitglieder des Universitätsbundes. EBD., ohne Blattzählung.

⁸²⁵ EBD.

⁸²⁶ EBD.

⁸²⁷ „Kein Zweifel, im Frühjahr 1934 hatte sich die SA zur einflußreichsten Parteiformation an den Hochschulen entwickelt. Das preußische Kultusministerium trug dieser Entwicklung Rechnung, indem es an-

jedoch aufgrund des sogenannten „Röhm-Putsches“ und seiner Folgen nicht lange wertvoll war. Von Bedeutung in Bezug auf die Haltung der handelnden Personen zum Nationalsozialismus ist weiter die Betrachtung der Zeiträume, in denen in dieser Angelegenheit gedacht wurde. Das Projekt und seine Finanzierungsmodalitäten wurden auf zehn Jahre ausgelegt, denn für diesen Zeitraum sollte der Universitätsbund die Rechtsträgerschaft übernehmen. Hieraus geht hervor, dass der Vorstand bereits zum Jahreswechsel 1933/34 von der Langlebigkeit der nationalsozialistischen Herrschaft ausging und sich in soweit auch in Planungssicherheit wähnte.

Ganz im Sinne Versés antwortete dem Schriftführer dann auch der Vorsitzende Haeuser, bei dem das Vorhaben auf „volles Interesse“ stieß.⁸²⁸ Haeuser schlug über die bisherigen Planungen hinaus vor, die Kapazitäten der Baracke auf 200 Studenten auszulegen und auch vernünftige Hygienevorrichtungen zu installieren, denn:

„Ich bin der Meinung, dass, wenn wir einen derartigen Plan für unsere Universität in die Hand nehmen, wir auch etwas Mustergültiges und Ausreichendes schaffen müssen, auch wenn es einige tausend Mark mehr als vorgesehen kosten sollte.“⁸²⁹

Haeuser setzte sich daher dafür ein, notfalls nicht nur die Höhe des Darlehens auf 30.000 RM festzulegen, sondern auch vom Universitätsbund selbst einen Zuschuss von bis zu 5.000 RM zu leisten, wobei er diesen durch eine Spende der IG-Farben aufzubringen gedachte.⁸³⁰ Versé sprach sich gegen diesen Vorschlag des Vorsitzenden aus und vertrat die Position, einen eigenen Beitrag des Universitätsbundes nur eventuell in Aussicht zu stellen, da er fürchtete, der Universitätsbund müsse diesen später auch tatsächlich leisten. Außerdem sollte der Bund die Stadt nicht von ihren Kosten befreien.⁸³¹ Obwohl also Versé nicht bereit war, ohne weiteres eigene Mittel des Universitätsbundes zur Finanzierung der Schlafbaracke beizutragen, verteidigte Haeuser in seiner Antwort seinen Vorschlag. Dabei ist seine Begründung bezeichnend für die Einstellung des Vorsitzenden zum Nationalsozialismus, da er nicht nur bereit war, auf die damaligen Zeitverhältnisse einzugehen, sondern auch weitergehende Überlegungen anstellte:

„Aber neben den verwaltungstechnischen Gesichtspunkten kommen doch in vorliegendem Falle Imponderabilien in Frage, und ob diesen Imponderabilien genügend Rechnung getragen ist, gab mir zu Bedenken Anlass. Unter den heutigen Verhältnissen ist es nicht unter allen Umständen empfehlenswert, zunächst die

ordnete, die Leiter der SA-Hochschulämter in den Senat der preußischen Universitäten aufzunehmen.“ GRÜTTNER, Studenten, S. 253.

⁸²⁸ Antwort von Haeuser an Versé vom 4. Januar 1934. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 71, ohne Blattzählung.

⁸²⁹ EBD.

⁸³⁰ EBD.

⁸³¹ Versé an Haeuser am 5. Januar 1934. EBD., ohne Blattzählung.

weitere Entwicklung abzuwarten, sondern dieser Entwicklung unter Umständen vorausschauend entgegenzukommen.“⁸³²

Nach einigen weiteren Verhandlungen über die Ausgestaltung der Verträge, in denen sich Haeuser letztlich nicht durchsetzen konnte, konnten diese am 9. Februar unterzeichnet werden. Und so war in ihnen lediglich festgeschrieben, dass der Universitätsbund maximal 30.000 RM zum Bau der Schlafbaracke zur Verfügung stellen musste.⁸³³ In der Folgezeit trat der Universitätsbund als Bauherr der Schlafbaracke deutlich in Erscheinung, so zum Beispiel beim Richtfest am 3. Mai 1934, zu dem er nicht nur die maßgeblichen Vertreter von Partei und Universität einlud,⁸³⁴ sondern Versé auch eine entsprechende Ansprache hielt. Über diese Feier berichtete Versé in einem Brief an Pfeiffer wie folgt:

*„Herr von Hülsen und der Rektor hatten überlegt, dass der Universitätsbund sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen sollte, seine Vaterschaft bei dem Unternehmen auch äusserlich zu dokumentieren. Ich habe eine entsprechende Ansprache vor den im ganzen etwa 100 Teilnehmern gehalten. Eine direkte Einweihungsfeier will der Obersturmführer des SA-Hochschulamtes Hellwig nicht abhalten, sondern etwas später einmal den ganzen Betrieb in voller Tätigkeit vorführen. Die Hauptsache ist, dass das ganze Fest gut gelungen war, und dass die Tätigkeit des Universitätsbundes dabei einmal etwas in das Rampenlicht gerückt worden ist.“*⁸³⁵

Dem Universitätsbund war demnach also sehr daran gelegen, der Öffentlichkeit seine Beteiligung an dem Projekt deutlich und damit Werbung in eigener Sache zu machen. Nachdem Versé die wichtige Rolle des Universitätsbundes für die Fertigstellung des Baus vor den versammelten SA-Angehörigen betont hatte,⁸³⁶ erläuterte Dr. Benecke die Grundsätze der nationalsozialistischen Erziehung. Er führte aus,

*„wie wichtig es sei, dass der Student im Gegensatz zu seiner früheren Haltung auch ein politischer Soldat würde, und dass in der kameradschaftlichen Schulung der später zur Führung Berufenen die Verpflichtung zum Volke einen besonderen Ausdruck fände.“*⁸³⁷

⁸³² Haeuser an Versé am 6. Januar 1934. EBD., ohne Blattzählung.

⁸³³ Dies geht aus §1 des Vertrages zwischen der Stadt Marburg und dem Universitätsbund hervor. EBD., ohne Blattzählung.

⁸³⁴ Am 2. Mai 1934 ergingen Einladungen an „Herrn Priv. Doz. Dr. Mattes, Führer der Dozentenschaft Herrn Sturmbannführer Schäfer Herrn Oberbürgermeister Dr. Scheller Landrat Schwebel Standartenführer Wolff Kreisleiter Krawielitzki Kurator von Hülsen Rektor Baur [...]“ EBD., ohne Blattzählung.

⁸³⁵ Versé an Pfeiffer am 4. Mai 1934. EBD., Blattzählung. Fast mit selbem Wortlaut schrieb Versé am 8. Mai an Haeuser. EBD., ohne Blattzählung.

⁸³⁶ „Darauf übergab Reg.Baumeister Wächter die Schlüssel des Baues dem Bevollmächtigten des Universitätsbundes, Prof. Versé, der sie mit einem herzlichen Dank an alle, die am Bau beteiligt waren, entgegennahm und betonte, dass der Bund in engster Verbindung mit der Stadt und der Stiftungsverwaltung helfend eingesprungen sei und die Mittel zur Verfügung gestellt habe, damit in dem für den Geländesport wie geschaffenem Gebiet um die Neuhöfe herum ein zweckentsprechendes Schulungslager entstehen könne. Mit der Errichtung des Baus seien die Aufgaben des Bundes erfüllt.“ Entwurf eines Berichtes von Versé über die feierliche Übergabe der Sportschule am 24. Juni 1934. EBD., ohne Blattzählung.

⁸³⁷ EBD.

Diesem Ziel der politischen und charakterlichen Ausbildung, die zur wissenschaftlichen hinzu kam, hatte sich der Universitätsbund zur Verfügung gestellt, wobei Versé diese Aktivitäten auch den Mitgliedern des Bundes nicht vorenthalten wollte, wie aus einem Brief an Pfeiffer im Vorfeld der Hauptversammlung 1934 hervorgeht:

*„In Ihrem Bericht für Verwaltungsrat und Hauptversammlung werden Sie ja wohl die besonderen Ausgaben wie Herrichtung des Büros, Kauf des Osthausarchivs besonders hervorheben. Ebenso die Finanzierung der SA Sportschule. Diese macht in der Tat Schule. Wir haben heute mit dem Vertreter der Stadt den Status aufgenommen und das Protokoll betreffend der Übernahme unterzeichnet. Frankfurt, Darmstadt und Giessen wollen alle das Muster benutzen und bitten um Pläne. Wenn sie uns auch den Bau nachmachen können, das ideale Gelände sowohl in landschaftlicher wie in militärischer Beziehung - es grenzt direkt an den Exerzierplatz - ist unnachahmlich.“*⁸³⁸

Letztlich war es Versé selbst, der die Hauptversammlung über die Sportschule informierte und betonte, dass *„Stadt und Universität eine wichtige Ausbildungsstätte gesichert“*⁸³⁹ worden sei.

Als sich in Folge des „Röhm-Putsches“ und der Auflösung der SA-Hochschulämter im Herbst 1934⁸⁴⁰ der Nutzungsgedanke der „Ausbildungsstätte“ änderte, machte im Februar 1935 die Hombergk-Schenklengfeld'sche Stiftung den Vorschlag, die errichteten Gebäude auf den Neuhöfen in ein Landjahrheim für Kinder und eine Dozentenakademie umzuwandeln.⁸⁴¹ Der Universitätsbund war natürlich daran interessiert, seine geleisteten Ausgaben zurückerstattet zu bekommen, was ihm in einer Besprechung im Landratsamt Marburg am 5. März 1935 auch zugesichert wurde.⁸⁴² Pfeiffer zeigte sich erleichtert über den möglichen Ausstieg des Universitätsbundes aus dem Projekt:

„Mit der Dozenten-Akademie haben wir doch wohl nichts zu tun? Was sie eigentlich bezweckt, ist mir unklar. Ich habe bei all diesen Sachen immer den Eindruck, als ob es sich um Versuche handelt, die nach kurzer Zeit wieder aufgehoben wer-

⁸³⁸ Versé an Pfeiffer am 9. Juni 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 14, ohne Blattzählung.

⁸³⁹ OZ vom 18. Juni 1934, S. 5.

⁸⁴⁰ GRÜTTNER, Studenten, S. 260.

⁸⁴¹ In diesem Zusammenhang wurde die Sportschule dann aufgelöst: *„Die S.A.-Geländesportschule beim Stiftungsgut Neuhöfe wird zum 1. März d.Js. in ihrer jetzigen Form aufgehoben. Es ist beabsichtigt, das Gebäude der Schule nebst der in ihrer Nähe errichteten großen Schlafbaracke als Landjahrheim und Heim für die von der Universität Marburg geplante Dozentenakademie einzurichten.“* So das Regierungspräsidium Kassel in einem Brief an den Kurator vom 28. Februar 1935, mit dem eine Einladung zu einer Besprechung im Landratsamt Marburg über die Zukunft der Sportschule verbunden war. HSTAM Bestand 310 Acc. 1983/15 Nr. 4178, Bl. 128. Zum Hintergrund der „Dozentenakademie“ siehe LOSEMANN, Volker: Zur Konzeption der NS-Dozentenlager, in: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 2: Hochschule und Erwachsenenbildung, Stuttgart 1980 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Bd. 4,2), S. 87-109.

⁸⁴² Wie der Kurator in einem Entwurf eines Schreibens an Pfeiffer vom 16. März schrieb, war dies während der Besprechung einhellige Meinung. HSTAM Bestand 310 Acc. 1983/15 Nr. 4178, Bl. 129f.

den. Die Erfahrung lehrt, dass man sich aus solch vorübergehenden Einrichtungen am besten herauslöst.“⁸⁴³

Durch diese Einschätzung äußerte Pfeiffer neben der Kritik am unkoordinierten und wechselhaften Vorgehen der nationalsozialistischen Organisationen indirekt auch Kritik am „vorausseilenden Gehorsam“ von Haeuser, der den Vorschlägen für die Sportschule, wie erwähnt, ursprünglich noch weiter entgegenkommen wollte, und am Vorgehen des Universitätsbundes, der nach seiner Ansicht unausgereifte Projekte vorschnell unterstützte und dann zusehen musste, wie er unbeschadet wieder herauskam.

Da der Universitätsbund am 30. September 1935 seine Gelder von der Stadt zurückerhielt,⁸⁴⁴ gelang dies auch und am 1. Oktober dankte Haeuser Pfeiffer und Versé, dass der Bund aufgrund ihrer Aktivitäten *„aus der ganzen Angelegenheit so günstig“* herausgekommen sei.⁸⁴⁵ Bereits zuvor hatte Versé seine Genugtuung über das Ende der Verhandlungen ausgedrückt: *„Wir gehen ohne jeden Verlust aus der Sache hervor, dagegen mit einem Gewinn an Prestige.“*⁸⁴⁶

Mit dieser Einschätzung schloss sich der Kreis, der durch die Hoffnung von Versé, der Universitätsbund möge beweisen, dass er den neuen Verhältnissen ohne Vorbehalte gegenüberstehe, geöffnet worden war. In der Tat hatte der Universitätsbund durch dieses Engagement weiten Kreisen der NSDAP und der SA bewiesen, wie aufgeschlossen er den Neuerungen der Nationalsozialisten gegenüberstand, dass er der politischen Erziehung eine große Bedeutung zumaß und diese Aufgabe auch im eigenen Selbstverständnis verankert hatte. Während sich also bei der Unterstützung des politischen Systems im Vergleich zur Weimarer Republik eine große Diskrepanz feststellen ließ, war der Universitätsbund allerdings weiterhin nicht bereit, zuständige Stellen wie die Stadt Marburg von ihren Verpflichtungen zu entlasten.

Eine ähnliche Anpassungsfähigkeit wie bei der Finanzierung von nationalsozialistischen Projekten demonstrierte der Vorstand innerhalb seines Vortragswesens. Diesbezüglich ist jedoch zunächst zu fragen, ob die Dozenten sich weiterhin für Vorträge zur Verfügung stellten und ob es Änderungen bei den Vortragsthemen gab.

⁸⁴³ Pfeiffer an Versé am 8. März 1935, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 71, ohne Blattzählung.

⁸⁴⁴ Hierüber informierte Versé Haeuser am 28. September 1935 in einem Brief. Ebd., ohne Blattzählung. Am 3. Oktober konnte Versé Pfeiffer mitteilen, dass die Zahlung der Stadt auch erfolgt war. Ebd., ohne Blattzählung.

⁸⁴⁵ Ebd., ohne Blattzählung.

⁸⁴⁶ Versé an Haeuser am 28. September 1935. Ebd., ohne Blattzählung.

4.5. Anpassung und Kooperation mit NS-Organisationen: Das Vortragswesen 1933-1945

Neben der üblichen Fluktuation, die darin bestand, dass sich jedes Semester eine unterschiedliche Anzahl von Dozenten zu Vorträgen bereit erklärte, gab es Veränderungen, die nicht auf der Entscheidung der einzelnen Wissenschaftler beruhten. Die Ursache hierfür lag vielmehr im Umgang des Vorstandes mit der jüdischen Abstammung einiger Dozenten: *„Die Angebote von Löwith, Jacobsthal, und Homburger (Juden), und Götze wurden nicht aufgeführt, damit denselben keine Unannehmlichkeiten zustossen.“*⁸⁴⁷

Neben dieser auf den ersten Blick lobenswerten Entscheidung, die jüdischen Dozenten sowie Prof. Dr. Albrecht Götze⁸⁴⁸ vor möglichen Repressalien durch die Nationalsozialisten zu schützen, liegt noch ein anderer Beweggrund für den Verzicht auf die vier Dozenten sehr nahe. Der Universitätsbund war vermutlich ebenfalls sehr daran interessiert, keine Nachteile dadurch zu bekommen, 1933 noch jüdische Dozenten für sich hatte auftreten und Werbung machen zu lassen. Denn es gab beispielsweise 1934 Berichte aus den Bundesgruppen über Schwierigkeiten aufgrund der vor 1933 eingeladenen Redner.⁸⁴⁹ Zudem wäre es in höchstem Maße erklärungsbedürftig gewesen, wie man einerseits die „Volksgemeinschaft“ durch die Vorträge festigen, dies aber andererseits mit Personen erreichen wollte, die darin definitiv keinen Platz hatten. Denn Haeuser hatte die Bedeutung des Vortragswesens auf der Hauptversammlung 1933 als Mittel, die „Volksgemeinschaft“ zwischen Universität und Land zu erreichen, betont.⁸⁵⁰ Damit wurde zwar das Ziel der Vorträge, Universität und Provinz anzunähern, prinzipiell nicht geändert, aber neu war die Ausrichtung auf die „Volksgemeinschaft“ und dadurch auf nationalsozialistische Vorstellungen und Ideologien.

Weitere Veränderungen gingen von den Dozenten der Universität aus, denn sie passten ihre Vorträge den Titeln nach zu urteilen an die Verhältnisse unter dem Nationalsozialismus an. Neben etlichen neuen Themen zur „Rassenhygiene“, zum NS-Verfassungsbau, zur Haltung des Auslandes zu Deutschland oder zu Bismarck und Luther wurden auch Vortragsthemen nicht mehr angeboten oder umbenannt, um Offenheit zum neuen Staat zu demonstrieren.⁸⁵¹ Diese Anpassung setzte sich auch in der Folgezeit

⁸⁴⁷ Dieser Vermerk wurde nach einer Besprechung des ungenannten Verfassers mit Versé und Rektor Merk angelegt, die am 6. September 1933 stattfand. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 37, ohne Blattzählung.

⁸⁴⁸ Zur politischen Einstellung des Orientalisten Götze und seiner Entlassung aus dem Staatsdienst im Jahre 1933 siehe NAGEL, Die Philipps-Universität im Nationalsozialismus, S. 42f.

⁸⁴⁹ Siehe hierzu Kapitel VI.2.

⁸⁵⁰ OZ vom 19. Juni 1933, S. 7. Zur Hauptversammlung siehe Kapitel VI.4.2.1.

⁸⁵¹ Als einzelnes Beispiel kann der Historiker Prof. Dr. Wilhelm Mommsen angeführt werden, der statt über die „Gründung des Deutschen Reiches“ nun über „Bismarcks Reichsgründung“ sprach, während er seinen Vortrag über die Weimarer Verfassung nicht mehr anbot. Als Ersatz führte er nun Vorträge über

fort. Dabei fällt besonders auf, dass sich viele Vorträge mit den Veränderungen seit dem 30. Januar 1933 beschäftigten. Viele Titel beinhalteten die Passagen „*vor und nach 1933*“, „*im neuen Deutschland*“ oder „*neu[...]*“.⁸⁵²

Eine explizite Aufforderung des Universitätsbundes oder der Universität zu diesen Veränderungen gab es zunächst nicht. In ihrer jährlichen Bitte an die Dozenten, Vorträge für den Bund zu halten, hatten die jeweiligen Rektoren in der Weimarer Republik stets betont, die Vorträge müssten eine „*unmittelbare Beziehung zum Leben*“ haben und allgemein verständlich sein. Von dieser Formulierung wich auch Rektor Prof. Dr. Walther Merk⁸⁵³ in seinem Schreiben vom 5. Juli 1933 nicht ab.⁸⁵⁴ Wahrscheinlich ist stattdessen, dass die Dozenten ihre jeweiligen Themen „freiwillig“ so betitelt haben, denn sie hätten durchaus auch auf die Vorträge verzichten können. Aber die Dozenten zogen aus Überzeugung, Opportunismus, Dankbarkeit gegenüber dem Universitätsbund für erhaltene Beihilfen oder auch aus Angst vor Nachteilen die geschilderte Variante vor. Diese kam den Interessen des Universitätsbundes und seiner Bundesgruppen sicher entgegen, zumal die letztgenannten, wie bereits erwähnt und analysiert, sehr oft in Konflikt mit den Ortsgruppen des Kampfbundes für deutsche Kultur kamen.⁸⁵⁵

Direkten Einfluss auf die Titel und Inhalte der Vorträge versuchte der Universitätsbund im Jahr 1935 über den Dozentenschaftsführer Düring zu nehmen. In einem Schreiben an Düring erläuterte Schriftführer Versé, dass die Mitgliedsbeiträge an den Bund zurückgingen und deshalb auch die Bewilligungen an die Dozenten der Universität geringer ausfallen würden. Diesem Trend wolle der Universitätsbund unter anderem durch den Inhalt und eine publikumsbezogenere Ausgestaltung der Vorträge entgegenwirken, um über die Bundesgruppen neue Mitglieder und damit neue Beiträge zu gewinnen. Versé beklagte aber, dass unter den genannten Gesichtspunkten von den Themenvorschlägen der Dozenten nur zehn bis zwölf brauchbar seien. Deshalb bat er Düring, „*anlässlich*

„*Das grossdeutsche Problem in der deutschen Geschichte*“ und über „*Volk und Staat in der deutschen Geschichte*“ an. Die Listen mit allen Vortragsthemen, die die Dozenten im WS 32/33 und im WS 33/34 anboten, finden sich in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 37, ohne Blattzählung. Selbstverständlich ist durch die Titel der Vorträge noch nicht belegt, welche Inhalte letztlich vermittelt wurden, aber die Anpassungsbemühungen werden doch deutlich.

⁸⁵² Liste der Dozenten mit ihren vorgeschlagenen Themen für das Wintersemester 1934/35. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁵³ Zum Lebenslauf des Ordinarius für Deutsches Recht, Bürgerliches Recht, Handels- und Steuerrecht siehe CATALOGUS PROFESSORUM Bd. 2, S. 123f. Zu seiner Amtsführung als Rektor siehe NAGEL, Die Philipps-Universität im Nationalsozialismus, S. 15-17. Ausführlich zur Person von Walther Merk siehe KAHLENBERG, Harald: Leben und Werk des Rechtshistorikers Walther Merk. Ein Beispiel für das Verhältnis von Rechtsgeschichte und Nationalsozialismus, Diss. München 1994, Frankfurt a.M. u.a. 1995 (Rechtshistorische Reihe, Bd. 134).

⁸⁵⁴ Die zitierte Passage entstammt dem Brief von Rektor Thiel am 4. Juli 1932. Dieser befindet sich wie der seines Nachfolgers Merk in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 37, ohne Blattzählung.

⁸⁵⁵ Siehe hierzu Kapitel VI.2.

des Dozentenlagers und des Kameradschaftslagers am 29. und 30. einmal auf diese Dinge hin[zu]weisen.“⁸⁵⁶ Wenig später antwortete Düring, er habe die Probleme des Universitätsbundes dort angesprochen, und schlug eine persönliche Rücksprache vor, die am 22. Oktober 1935 stattfand.⁸⁵⁷ Im Anschluss an dieses Gespräch wurden „*Richtlinien für die vortragenden Herren Dozenten*“⁸⁵⁸ verfasst, die Versé am 4. November 1935 an Düring sandte.⁸⁵⁹ Neben formalen Anforderungen wie verständlicher Sprache und freier und lauter Redeführung wurden darin auch inhaltliche Vorgaben gemacht:

„Redner müssen die Bedeutung der Wissenschaft und damit der Universität für das Volksganze und für die kulturelle Sendung Deutschlands den breiteren Schichten der Bevölkerung näherbringen [...].“⁸⁶⁰

Da die Anzahl der Vorträge jedoch auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre verharrte⁸⁶¹ und somit von den verbesserten Vorträgen keine verstärkten Impulse für die Werbezwecke des Universitätsbundes ausgehen konnten, blieb als sichtbares Resultat der Zusammenarbeit mit Düring lediglich der bereits erwähnte Eintritt der Dozentschaft in den Universitätsbund.⁸⁶²

Bisher war bei der Organisation der Vorträge eine deutliche Anpassung des Universitätsbundes an die politischen Bedingungen unter dem Nationalsozialismus festzustellen. Daraus leitet sich die Frage ab, ob der Universitätsbund darüber hinaus auch bereit war, bei den Vorträgen mit nationalsozialistischen Vereinigungen und Verbänden zu kooperieren.

Am 13. März 1935 schrieb die Studentenschaft der Universität Marburg an den Universitätsbund und informierte diesen, die Gauschulungsleitung der NSDAP in Marburg plane eine „*nationalsozialistische Volksbildungsstätte*“⁸⁶³, deren Vorarbeiten die Stu-

⁸⁵⁶ Versé an Düring am 28. Juni 1935, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 37, ohne Blattzählung.

⁸⁵⁷ Düring an Versé am 12. Juli 1935. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁵⁸ „*Richtlinien für die vortragenden Herren Dozenten*“, gez. von Versé und Rektor Baur. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁵⁹ Versé an Düring am 4. November 1935. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁶⁰ „*Richtlinien für die vortragenden Herren Dozenten*“, EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁶¹ In der OZ vom 22. Juni 1936, S. 7, wurde von 42 Vorträgen berichtet.

⁸⁶² Siehe hierzu Kapitel VI.1.

⁸⁶³ Über den Charakter der Volksbildungsstätte klärt der Bericht in der Oberhessischen Zeitung über den Vortrag von Weibezahn mit dem Thema „*Aufbau, Organisation und Gestaltung der Volksbildungsstätte*“ auf, den dieser bei der im weiteren Verlauf der Darstellung erwähnten Konferenz hielt. Der Gauschulungsleiter führte demnach unter anderem aus: „*Demgegenüber [den früheren Volkshochschulen, Anm. d. Verf.] sei für die nationalsozialistische Volksbildungsstätte als einziger Ausgang die Vermittlung nationalsozialistischer Weltanschauung und darauf aufbauend nationalsozialistischen Wissens. [sic!] [...] Es ergäbe sich also folgendes Bild: Im Mittelpunkt steht die nationalsozialistische Weltanschauung, die Lehrer selbst sind überzeugte Nationalsozialisten, der Stoff wird dem Einzelnen anschaulich und klar verkündet und die Wissensgebiete umfassen heimatliche, heimatgebundene, völkische Kultur.*“ OZ vom 22. März 1935, S. 5. Zur organisatorischen Einbindung der Volksbildungsstätte und zu deren weiterer Entwicklung siehe BUCHHOLZ, Wolfhard: Die nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Freizeitgestaltung und Arbeiterschaft im Dritten Reich, Diss. München 1976, S. 235-247.

dentenschaft übernehmen müsse. Aus diesem Grund lud sie den Universitätsbund als eine der Organisationen, die nach der Vorstellung der Initiatoren an der Stätte mitarbeiten sollten, zu einer Besprechung ein.⁸⁶⁴ Quellen oder Hinweise auf den Verlauf des Treffens liegen nicht vor, so dass auch keine gesicherten Aussagen über das Verhalten des Universitätsbundes gemacht werden können. Der nächste Kontakt bezüglich der Volksbildungsstätte ist dann auch erst für den Herbst des Jahres 1935 belegt und die Reaktion des Universitätsbundes bei dieser zweiten Kontaktaufnahme lässt darauf schließen, dass er zunächst eine direkte Beteiligung an der Volksbildungsstätte abgelehnt und nur eine Vermittlertätigkeit angeboten hatte.

Daher kam Gauschulungsleiter Weibezahn Ende Oktober 1935 erneut auf den Universitätsbund zu und wünschte eine Begegnung mit Versé, um mit diesem über den Volksbildungsverein sprechen zu können.⁸⁶⁵ Da der Schriftführer zu dem gewünschten Termin nicht in Marburg anwesend war, vertrat der Rektor die Interessen des Universitätsbundes. Versé bat diesen am 28. Oktober, keine für den Universitätsbund verbindlichen Beschlüsse in der Besprechung mit Weibezahn einzugehen: *„Es ist ja das Beste, wenn man unter Umständen Entscheidungen hinausschiebt, die erst nach gemeinsamer Besprechung Spruchreife erhalten können.“*⁸⁶⁶

Ein Schreiben von Versé an Weibezahn vom 1. November klärt über die Unterredung und die dort erzielten prinzipiellen Übereinkünfte auf und verdeutlicht einmal mehr die Einstellung des Bundes, seine Handlungsmöglichkeiten den Nationalsozialisten zur Verfügung zu stellen:

*„Für den Universitätsbund erkläre ich mich prinzipiell bereit, auf der mit dem Herrn Rektor vereinbarten Basis die Vermittlung der Dozenten für Vorträge des Gauschulungsamtes in die Hand zu nehmen, sei es, dass es sich um besondere Veranstaltungen handelt, oder dass diese in Verbindung mit den Ortsgruppen des Universitätsbundes stattfinden sollen. In letzterem Falle müssten natürlich beide Veranstalter verantwortlich zeichnen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihrerseits die dortigen Wünsche schriftlich unterbreiten würden, um Missverständnisse von vorneherein auszuschalten. Ich lege ein Vortragsverzeichnis bei, das für die Ortsgruppen des Bundes aufgestellt war. Da die Bedürfnisse aber wahrscheinlich nicht in allen Punkten übereinstimmen werden, so werde ich auch gern versuchen, für andere von Ihnen benannte Themen geeignete Redner für Sie ausfindig zu machen. Was die Kostenfrage anlangt, so ist es natürlich für die Dozenten eine Ehrensache, die Interessen des Bundes wahrzunehmen.“*⁸⁶⁷

⁸⁶⁴ Schreiben der Studentenschaft an den Universitätsbund vom 13. März 1935, in: DEPOT LAHNBERGE, Blattsammlung ohne Titel, ohne Blattzählung.

⁸⁶⁵ EBD., ohne Blattzählung. Der fast gleichlautende Name legt nahe, dass es um die selbe Angelegenheit wie im Frühjahr ging, nur dass sich nun ein Verein gegründet hatte, der das Unternehmen organisieren sollte.

⁸⁶⁶ Abschrift des Schreibens von Versé an Rektor Baur am 28. Oktober 1935. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁶⁷ Versé an das Gauschulungsamt Kassel z.Hd. Gauabteilungsleiter Weibezahn. Ebd., ohne Blattzählung.

Versé war demnach nicht nur bereit, geeignete Redner für die Wünsche von Weibezahn zu suchen, sondern stellte auch die Möglichkeit in Aussicht, die Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Bundesgruppen stattfinden zu lassen. Damit lehnte sich Versé aber auch inhaltlich eng an die Ziele von Weibezahn und der Volksbildungsstätte an. Davon versprach er sich wahrscheinlich einen werbenden Effekt, denn der Universitätsbund hatte, wie bereits erwähnt, vorher beklagt, dass ihn die vielfältigen Aktivitäten der NS-Organisationen interessierte Gäste kosteten.⁸⁶⁸ Durch diese Vereinbarung war nun die Chance geboten, einen Teil dieser Zuhörer zurückzugewinnen. Insgesamt bezeichnete Versé die Vortragstätigkeit für Weibezahn als eine Sache, die im Interesse des Bundes läge und war deshalb der Auffassung, es sei eine Ehrensache für die Dozenten, auch bei solchen Gelegenheiten kostenlos für den Bund zu sprechen.

Weibezahn stimmte Versé zu und forderte den Bund auf, weitere Redner zu benennen.⁸⁶⁹ In Zusammenarbeit mit der Dozentenschaft der Universität Marburg übersandte Versé Weibezahn daraufhin eine weitere Liste mit Rednern, die den oben beschriebenen Anforderungen entsprachen, da sie bereits Vorträge in Arbeitslagern hielten oder zumindest dafür vorgesehen waren.⁸⁷⁰ Davon machte das Gauschulungsamt jedoch keinen Gebrauch, wie aus einem Schreiben von Versé aus dem Jahre 1940 hervorgeht: *„Wir haben ja schon früher dem Gauschulungsleiter in Kassel unsere Hilfe auf Wunsch zur Verfügung gestellt, doch wurde sie nicht in Anspruch genommen.“*⁸⁷¹

An die Kontakte aus den Jahren 1935/36 knüpfte die NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude im Zweiten Weltkrieg an und bat den Universitätsbund, Redner für Vorträge zum Zwecke der Volksbildung zu organisieren. Weiter wandte sie sich bei der Koordination von Vorträgen dieser Art am 29. August 1940 an den Universitätsbund. Die NS-Organisation wollte dabei eine Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung schaffen,

⁸⁶⁸ Siehe hierzu Kapitel VI.2.

⁸⁶⁹ Die Redner sollten am Volksbildungswerk des Gaues mitarbeiten und dabei interessante Themen dem einfachen deutschen Menschen näher bringen. Damit war auch eine weltanschauliche Schulung verbunden. Weibezahn an den Universitätsbund am 7. November 1935, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 37, ohne Blattzählung.

⁸⁷⁰ „[...] übermittle ich im Auftrag des Dozentenschaftsführers ergebenst die Namen der Herren, die im laufenden Semester für Vorträge in Arbeitslagern vorgesehen sind: 1. Prof. Boemighaus 2. Prof. Enke 3. Prof. Jaeck 4. Prof. Martin 5. Prof. Merhart v. Bernegg 6. Dr. Rust 7. Prof. Wachsmuth 8. Dozent Dr. Westphal 9. Prof. Schrader Im vergangenen Semester waren ausserdem noch folgende Herren eingesetzt: 1. Dozent Dr. Jusatz 2. Prof. Mattes 3. Dozent Dr. Reiff 4. Dozent Dr. Schedtler“ So Schrader aus dem Amt für Arbeitsdienst der Dozentenschaft Marburg an den Universitätsbund am 14. November 1935. EBD., ohne Blattzählung. Siehe hierzu auch STAETS, Dozentenschaft, S. 77 und S. 124f. Mit Erläuterungen leitete Versé die Liste der Dozentenschaft am 15. November 1935 an Weibezahn weiter. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 37, ohne Blattzählung. Auch im folgenden Jahr stellte der Universitätsbund nachweislich sein Vortragsverzeichnis dem Gauschulungsamt zur Verfügung. Versé an das Gauschulungsamt Kassel am 20. November 1936, in: DEPOT LAHNBERGE, Blattsammlung ohne Titel, ohne Blattzählung. Weitere Kontakte zwischen dem Amt und dem Universitätsbund sind nicht überliefert.

⁸⁷¹ Diktat von Versé am 2. September 1940. EBD., ohne Blattzählung.

an der alle wissenschaftlichen Vereinigungen teilnehmen sollten.⁸⁷² Das Begleitschreiben von Gauleiter Weinrich verdeutlicht indes den Zusammenhang des gesamten Vortragskomplexes mit dem „*Deutschen Volksbildungswerk*“, dem die angeschriebenen Vereine und Gesellschaften beitreten sollten. Ein Beitritt würde die „*finanzielle[...] und organisatorische[...] Selbständigkeit*“ der Organisationen nicht gefährden.⁸⁷³

Diese Hintergründe teilte Versé am 2. September 1940 den übrigen Vorstandsmitgliedern sowie dem Althistoriker Prof. Dr. Friedrich Taeger mit, der für die Universität die Organisation von Vorträgen bei den in der Marburger Umgebung stationierten Truppen übernommen hatte.⁸⁷⁴ Versé bezog sich dabei auf die Bereitschaft in früheren Jahren, dem Gauschulungsleiter bei der Vermittlung von Vorträgen zu helfen und betonte, dass ein Beitritt die Selbständigkeit des Bundes nicht beeinträchtigen würde. Da aber die Vorträge des Universitätsbundes zu der Zeit ausgesetzt waren, schlug Versé in Abstimmung mit dem Rektor vor, zwar die prinzipielle Zustimmung für einen Beitritt zu erklären, sich aber genauere Absprachen in Einzelfragen vorzubehalten.⁸⁷⁵

Der Schriftführer und der Rektor sprachen sich also für eine Beteiligung des Universitätsbundes an der Arbeitsgemeinschaft aus, jedoch betonten alle Vorstandsmitglieder in ihren Antwortschreiben, der Bund dürfe seine Selbständigkeit nicht durch zu feste Zusagen beeinträchtigen und hoben die Notwendigkeit genauerer Absprachen hervor.⁸⁷⁶ In diesem Sinne beantwortete Versé die Anfrage der NS-Gemeinschaft am 12. September 1940:

„In Anbetracht der Schwierigkeiten, die infolge des Krieges noch bestehen, hat der Vorstand beschlossen, die allgemeine Vortragstätigkeit in den einzelnen Bundesgruppen nicht vor Kriegsende wieder voll aufzunehmen. Infolgedessen wäre es jetzt jedenfalls untunlich, nähere Abreden hinsichtlich einer Beteiligung des Bundes an dem Arbeitsring zu treffen, da sich diese natürlich nach den seiner Zeit gegebenen Verhältnissen richten müssen. Der Universitätsbund ist aber grundsätzlich bereit, sich an der Lösung der Aufgaben des Arbeitsrings ebenso zu beteiligen, wie er sich ja früher der Gaupropagandastelle Kassel zur Vermittlung von Vorträgen seitens der Dozenten zur Verfügung gestellt hat. Doch müssen all diese Fragen noch durch nähere Vereinbarungen geregelt werden, am besten durch

⁸⁷² EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁷³ Rundschreiben von Weinrich über die Aufgaben der Gauarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung im Gau Kurhessen der NSDAP vom 17. Mai 1940. EBD., ohne Blattzählung. Zum Hintergrund dieser Entwicklung, die reichsweit bereits 1937 und 1939 begonnen hatte, siehe BUCHHOLZ, Die nationalsozialistische Gemeinschaft, S. 237. Zu den Aufgaben des Volksbildungswerks im Zweiten Weltkrieg siehe für den militärischen Bereich EBD., S. 308-311, sowie für den zivilen Sektor EBD., S. 321-330.

⁸⁷⁴ Siehe das Schreiben von Rektor Mayer vom 18. Dezember 1939, in dem er alle Dozenten aufforderte, sich für Vorträge zur Verfügung zu stellen und sich diesbezüglich an Taeger zu wenden. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 38, ohne Blattzählung.

⁸⁷⁵ Diktat von Versé am 2. September 1940, versandt an Lautenschläger, Duden, Pfeiffer, Schellmann und Taeger, in: DEPOT LAHNBERGE, Blattsammlung ohne Titel, ohne Blattzählung.

⁸⁷⁶ Die Antworten von Schellmann, Lautenschläger, Duden und Pfeiffer in EBD., ohne Blattzählung.

gelegentliche mündliche Aussprache, wenn Sie einmal nach Marburg kommen werden.“⁸⁷⁷

In welchem Maße die Dienste des Universitätsbundes in der Folgezeit in Anspruch genommen wurden, kann nicht vollständig geklärt werden. Die Kontakte scheinen aber die gesamte Kriegszeit über bestanden zu haben, denn noch im Sommer 1944 wandte sich Dr. Lückger mit einer Anfrage an Versé, in der er mitteilte, er habe Marburger Professoren mehrfach eingesetzt.⁸⁷⁸

Neben der Verbindung der Vorträge mit der Volksbildungsstätte und ihren Nachfolgeeinrichtungen war der Vorstand zudem Ansprechpartner bei der Koordination von wehrpolitischen Vorträgen. So wandte sich der Major a.D. Osius von der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften zunächst mit der Frage an den Universitätsbund, ob dieser, oder die Universität, bereit sei, Redner für Vorträge über „*wehrpolitische[...] Fragen*“ zu vermitteln.⁸⁷⁹ Versé teilte Osius wenig später mit, der Universitätsbund könne nach Rücksprache mit dem Rektor nicht Träger dieser Art von Veranstaltungen sein, da bereits eine andere universitätsinterne Regelung getroffen worden sei. Deshalb solle sich Osius mit seiner Anfrage an den Rektor wenden,⁸⁸⁰ was Osius dann Anfang Januar 1940 auch tat.⁸⁸¹

Bei den Anfragen der NS-Organisationen in Bezug auf das Vortragswesen war der Vorstand bemüht, seine Bereitschaft zur Mitarbeit an den geplanten Vorträgen deutlich zu machen. Damit zeigte sich ein ähnliches Verhaltensmuster wie bei der Förderung der Universität und bei der Unterstützung der NS-Projekte. Trotzdem achtete der Universitätsbund darauf, dass er durch dieses Entgegenkommen seine Eigenständigkeit nicht riskierte, wie das Vorgehen in der Frage eines eventuellen Beitritts zum deutschen Volksbildungswerk belegt. Inwieweit der Vorstand diese Abgrenzung auch in anderen Tätigkeitsfeldern vornahm, wird im Folgenden zu analysieren sein.

⁸⁷⁷ Abschrift des Schreibens von Versé an Dr. Lückger, DAF, NS-Gemeinschaft KdF, Abteilung Deutsches Volksbildungswerk Kassel vom 12. September 1940. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁷⁸ Bei der Anfrage von Dr. Lückger gibt es zumindest Hinweise darauf, dass Marburger Dozenten für die Dienste des Volksbildungswerkes zur Verfügung gestanden haben: „*Soweit mir die Herren Professoren und Dozenten der Universität Marburg bekannt waren (u.a. die Herren Hamann, Mommsen, Täger, Martin, Kretschmer) habe ich sie in der Zeit meiner Betreuung der Deutschen Volksbildungswerkes in Kurhessen mehrfach eingesetzt.*“ Nun sei aber der Bedarf angestiegen und er brauche insbesondere Redner, die über Nietzsche und Herder sprechen könnten. Gauvolksbildungswalter Dr. Lückger an Versé am 30. Juni 1944. EBD., ohne Blattzählung. Am 17. Juli empfahl Versé Prof. Zimmerl als Redner für Nietzsche, während er mitteilte, dass für Herder niemand zur Verfügung stehe. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁷⁹ Osius an Versé am 13. Dezember 1939, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 38, ohne Blattzählung.

⁸⁸⁰ Versé an Osius am 18. Dezember 1939, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁸¹ Siehe hierzu NAGEL, Die Philipps-Universität im Nationalsozialismus, Dok. Nr. 224.

5. Der Kampf um den Erhalt der Selbständigkeit

Die Eigenständigkeit des Universitätsbundes wurde aus zwei Richtungen bedroht. Zum einen versuchten NS-Organisationen, den Universitätsbund in ihre Vereinigungen einzugliedern, und zum anderen war die selbständige Herausgabe der Mitteilungen durch eine Auseinandersetzung mit einem konkurrierenden Organ der Studentenschaft und durch Vorgaben der Reichskulturkammer in Frage gestellt. Dabei ist zu untersuchen, wie der Vorstand jeweils auf diese Herausforderungen reagierte und ob er wie oben dargelegt seine Eigenständigkeit bewahrte.

5.1. Die Eingliederungsbemühungen von NS-Organisationen im Jahre 1934

Der Universitätsbund geriet im Laufe des Jahres 1934 einige Male ins Blickfeld verschiedener NS-Organisationen, die versuchten, den Bund in ihre Vereinigungen einzugliedern. Den Anfang machte am 9. März 1934 die „Landschaft Kurhessen des Reichsbundes Volkstum und Heimat e.V.“ mit Sitz in Kassel mit folgendem Brief:

„Der Reichsbund Volkstum und Heimat e.V. ist vom Stellvertreter des Führers als einzige Organisation damit beauftragt worden, die bisher verstreuten volkskulturellen Vereine und Verbände in sich zu einer grossen Organisation zu vereinigen. Dadurch ist der volkskulturellen Arbeit eine einheitliche völkische Linie und grosse Stosskraft gesichert. Durch den Reichsbund werden auch wieder die ihm angehörenden Einzelverbände in ihrer Wirkungskraft und in ihrem Ansehen gehoben. Ein organischer Aufbau und eine ausgleichende vermittelnde Verteilung der Kräfte wird durch ihn gesichert. Da sich Ihr Verein bereit erklärt hat, dem Reichsbund beizutreten, so bitte ich, um die Übermittlung folgender Auskünfte [...]“⁸⁸²

Dieses Schreiben beunruhigte den Schriftführer vor allem wegen der erwähnten angeblichen Bereitschaft, dem Reichsbund beizutreten. Versé fragte deshalb bei Pfeiffer in dieser Angelegenheit nach: *„Mir ist nichts bekannt, dass wir uns bereiterklärt haben, dem Reichsbund beizutreten. Oder hat die dortige Bundesgruppe [Kassel, Anm. d. Verf.] etwa eine derartige Erklärung abgegeben?“⁸⁸³* Außerdem bat er Pfeiffer und den Kurator, seinen Entwurf eines Antwortschreibens an den Reichsbund zu begutachten. Pfeiffer antwortete am 14. März, dass er mit dem Entwurf einverstanden sei. Des weiteren teilte er mit, keine Kenntnis über eine Beitrittserklärung der Kasseler Bundesgruppe zu haben.⁸⁸⁴

Der Inhalt des Antwortschreibens, welches Versé am 17. März an den Reichsbund schickte, ist sehr aufschlussreich hinsichtlich der Einstellung des Vorstandes bezüglich

⁸⁸² Schreiben des Reichsbundes an den Universitätsbund Marburg vom 9. März 1934, in: DEPOT LAHNBERGE, Blattsammlung ohne Titel, ohne Blatzzählung.

⁸⁸³ Versé an Pfeiffer am 10. März 1934, in: EBD., ohne Blatzzählung.

⁸⁸⁴ EBD., ohne Blatzzählung.

der Eigenständigkeit des Vereins, da es für weitere Stellungnahmen auf entsprechende Anfragen richtungsweisend war. Versé betonte, dass der Universitätsbund „*kein volkskultureller Verein*“ sei, sondern eine Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität Marburg mit dem Ziel, der Universität Geldmittel zur Verfügung zu stellen und in Vorträgen über die Forschungsergebnisse der Universität zu berichten: „*Ein Beitritt des Bundes, der seinem ursprünglichem Zwecke nach als eine Gesellschaft der Förderer und Freunde der Philipps-Universität zu bezeichnen ist, scheint mir demnach nicht in Frage zu kommen.*“⁸⁸⁵ Da weder in den Akten des Universitätsbundes noch in denen des Kurators noch einmal auf die Anfrage des Reichsbundes Bezug genommen wurde, scheint der Brief so verfasst gewesen zu sein, dass die Beitrittsablehnung akzeptiert wurde.

Versé argumentierte also vor allem mit den satzungsgemäßen Aufgaben und Zielen des Universitätsbundes, denen er bei einer Eingliederung nicht mehr nachkommen könne. Zudem vertrat er die Auffassung, dass der Universitätsbund nicht zu den „*volkskulturellen Vereinen*“ gehöre und er deshalb nicht in die geplante Organisation passe. Mit einer vergleichbaren Argumentation lehnte Versé auch die folgende, etwa zur gleichen Zeit an den Universitätsbund gerichtete Aufforderung der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ ab:

„Die beste Möglichkeit den Geist der Kameradschaft mit dem schaffenden Deutschen Menschen durch die Tat zu beweisen, bietet sich für alle Firmen, Verbände, Vereine dadurch, dass sie die Mitgliedschaft der N.S. Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ erwerben. [...] Es ist also Ehrenpflicht eines jeden Unternehmens, in der Volksfront der Freizeitgestaltung zu sein und als Bannerträger einer neuen Zeit mitzumarschieren.“⁸⁸⁶

Versé bezog sich in einem Entwurf eines Antwortschreibens ebenfalls auf die Satzung des Universitätsbundes und erklärte, die finanzielle Unterstützung der Universität sei gefährdet, wenn der Universitätsbund noch andere Aufgaben übernehmen würde, „*so förderungswert diese an sich auch sein mögen.*“⁸⁸⁷

Vielleicht auf Grund dieser Sympathiebekundung, vielleicht aber auch aus Hartnäckigkeit oder aus Prinzip, startete die NS-Gemeinschaft Ende August einen erneuten Versuch, den Universitätsbund als korporatives Mitglied zu gewinnen.⁸⁸⁸ Dieser lehnte erneut ab, wobei dem Verfassen des Antwortbriefes ein längerer Abstimmungsprozess

⁸⁸⁵ Versé an den Reichsbund am 17. März 1934, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁸⁶ N.S.B.O. Deutsche Arbeitsfront N.S. Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ Marburg-Lahn an Universitätsbund e.V. z.Hd. des Herrn Rektors der Universität im März 1934. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁸⁷ Entwurf der Antwort an die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ vom 13. April 1934, verfasst von Versé und dem Rektor zur Kenntnisnahme vorgelegt. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁸⁸ Schreiben der NS-Kulturgemeinde in der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ an den Universitätsbund vom 31. August 1934. EBD., ohne Blattzählung.

innerhalb des Universitätsbundes unter Beteiligung des Kurators vorausgegangen zu sein scheint.⁸⁸⁹ Die Ablehnung wurde mit den gleichen Argumenten, mit denen bereits der Eintritt in den Reichsbund verweigert worden war, begründet. Ihnen fügte Versé am Schluss noch Erläuterungen zum Vortragswesen hinzu:

*„Natürlich sind diese Vorträge auch allen anderen Volksgenossen die sich dafür interessieren, ohne weiteres zugänglich. Das ganze Vortragswesen ist also nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zur Erreichung des Endzwecks, nämlich der Universität Marburg zu helfen. Da der Bund also seinem ursprünglichen Zweck nach im wesentlichen als eine Gesellschaft der Förderer und Freunde der Philipps-Universität anzusehen ist, so dürfte ein Beitritt zur N.S.Kulturgemeinde, mit deren Zielen er im übrigen durchaus sympathisiert, denen er aber satzungsgemäss nur mittelbar durch Unterstützung einer bestimmten Kulturträgergruppe dienen kann, nicht in Frage kommen.“*⁸⁹⁰

Folgerichtig konnte Versé im Dezember 1934 eine Anfrage aus Breslau, die sich mit der Anpassung der Satzung des Breslauer Universitätsbundes an die neuen Verhältnisse befasste,⁸⁹¹ wie folgt beantworten:

*„Ihrem Wunsche entsprechend übersende ich Ihnen beifolgend die Satzung des Universitätsbundes Marburg und erlaube mir zu bemerken, dass sie sich sehr bewährt hat. Auf dieser Basis ist der Universitätsbund als gemeinnütziges Unternehmen anerkannt worden und hat infolgedessen auch seine Selbständigkeit bewahrt.“*⁸⁹²

Die Anpassung des Bundes an die neuen Verhältnisse durfte demnach die eigene Selbständigkeit nicht gefährden. Zudem war der Bund nicht bereit, Veränderungen an der Satzung, wie sie in Breslau geplant waren und wo vermutlich die Einführung des „Führerprinzips“ beabsichtigt war, vorzunehmen. Interessant ist in diesem Zusammenhang sicher der Hinweis von Versé, die Gemeinnützigkeit, die dem Universitätsbund bescheinigt worden sei,⁸⁹³ habe dessen Selbständigkeit ermöglicht. Denn in den übrigen Stellungnahmen des Bundes zu den Eingliederungsversuchen der NS-Organisationen ist dieses Argument nicht zu finden, weswegen auch die tatsächliche Bedeutung der Gemeinnützigkeit für die Eigenständigkeit des Bundes nicht ermittelt werden konnte.

⁸⁸⁹ EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁹⁰ Versé an die NS-Kulturgemeinde in der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ am 16. Oktober 1934. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁹¹ „Der Universitätsbund Breslau beabsichtigt, eine Neubearbeitung seiner Statuten vorzunehmen im Sinne der neuen Zeit. Er verbindet damit zugleich die andere Absicht, sich durch Gutes, das anderwärts geschaffen worden ist, anregen zu lassen, wenn es besser ist als das, was bisher bei uns selber galt.“ Deshalb bat er um eine aktuelle Version der Satzung des Marburger Universitätsbundes. Brief des Universitätsbundes Breslau an den Universitätsbund Marburg vom 5. Dezember 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 32, ohne Blattzählung.

⁸⁹² Antwort von Versé an den Universitätsbund Breslau vom 17. Dezember 1934. EBD., ohne Blattzählung.

⁸⁹³ Vermutlich ist damit immer noch die Bestätigung von 1927 gemeint, da andere Hinweise nicht gefunden werden konnten. Brief von Annemarie Becker an Pfeiffer am 13. Dezember 1927, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 75, ohne Blattzählung.

Die Übereinkunft im Vorstand, die Selbständigkeit des Bundes zu bewahren, zeigte sich auch bei den Schwierigkeiten bezüglich der Herausgabe der „Mitteilungen“.

5.2. Die Auseinandersetzungen um die Herausgabe der „Mitteilungen“

Die Eigenständigkeit der Mitteilungen wurde in der NS-Zeit von zwei Institutionen in Frage gestellt. Auf der einen Seite hatte die „Westdeutsche Akademische Rundschau“ (WAR) die Absicht, die Mitteilungen in ihr Unternehmen zu überführen, wobei dieses Vorhaben besondere Brisanz durch den großen Einsatz der Rektoren der Marburger Universität für die WAR erhielt. Auf der anderen Seite wurde die Unabhängigkeit des Universitätsbundes bei der Herausgabe der Mitteilungen durch die Bestimmungen der Reichskulturkammer gefährdet. Der Universitätsbund widersetzte sich beiden Bestrebungen mit unterschiedlichen Mitteln, die nicht nur die Bedeutung der Mitteilungen für die Arbeit des Universitätsbundes herausheben, sondern auch Aufschlüsse über sein Selbstverständnis geben.

5.2.1. Die Konfrontation mit der WAR

Die WAR wurde im Februar 1931 vom Kreistag der westdeutschen Studentenschaften gegründet⁸⁹⁴ und wurde als Nachfolgeorgan der „Marburger Hochschulzeitung“⁸⁹⁵ erstmals am 6. Mai 1931 mit dem offiziellen Titel: „*Westdeutsche Akademische Rundschau für die Hochschulen: Marburg a.L. Frankfurt a.M. Köln Bonn Aachen Düsseldorf Münster. Amtliches Organ des Kreises V der Deutschen Studentenschaft*“⁸⁹⁶ herausgegeben. Während des Semesters erschien die WAR zunächst zweimal, ehe es ab November 1931 jeden Monat zwei Ausgaben gab. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte lagen in der Veröffentlichung von Hochschulnachrichten der genannten Universitäten und in Beiträgen zur deutschen Geschichte beziehungsweise zur aktuellen deutschen Situation. Bei der Erstellung der Beiträge arbeitete die WAR eng mit den Hochschulbehörden und den Dozenten zusammen. Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten innerhalb

⁸⁹⁴ Dies geht aus einem Schreiben der WAR an Rektor Thiel vom 21. September 1932 hervor. HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 963, Bl. 15-17. In dem Schreiben forderte die WAR nicht nur, als amtliches Mitteilungsorgan der Marburger Universität anerkannt zu werden, sondern auch finanzielle Unterstützung von Seiten der Universität zu bekommen. Die finanziellen Beihilfen wurden zunächst am 30. Januar 1933 und dann nach erneuter Forderung am 14. Juli 1933 vom Senat abgelehnt. EBD., Bl. 29 und Bl. 36. Auf die Forderung nach Anerkennung als amtliches Organ der Universität ging der Senat insoweit ein, dass er keine Bedenken dagegen erhob, dass die WAR im Kopf ihres Blattes den Zusatz „*mit amtlichen Nachrichten*“ einführte. Protokoll der Senatssitzung am 30. Januar 1933, in: EBD., Bl. 29. Siehe auch die Darstellung bei ZINN, *Zwischen Republik und Diktatur*, S. 272f.

⁸⁹⁵ EBD.

⁸⁹⁶ WAR vom 6. Mai 1931, S. 1.

der Studentenschaften wurde die WAR auf die Ideologie des Nationalsozialismus ausgerichtet.⁸⁹⁷

Die erste Kontaktaufnahme zwischen der WAR und dem Universitätsbund fand 1933 im Vorfeld der Hauptversammlung statt. Dabei hatte der Vertreter der WAR, Schmohl, an Haeuser geschrieben und als Ziel der WAR angegeben, „*sie zu dem akademischen Organ Westdeutschlands auszubauen.*“⁸⁹⁸ Um diese Vorgabe erreichen zu können, bat Schmohl den Universitätsbund um seine Mitarbeit:

„*Aus diesen Gesichtspunkten würden wir es lebhaft begrüßen, wenn unser Marburger Universitätsbund sich als erster entschliessen könnte, sein Mitteilungsorgan in zweckentsprechender Form in unsere „WAR“ überzuleiten.*“⁸⁹⁹

Der Universitätsbund sollte nach dem Willen der WAR auf seine Mitteilungen verzichten und sie in die WAR überführen. Damit sollte der Bund auf ein eigenes Mitteilungsorgan verzichten und seinen Mitgliedern stattdessen die WAR zukommen lassen. Inwieweit der Vorstand ein Mitspracherecht bei der inhaltlichen Ausgestaltung der erweiterten WAR gehabt hätte, wird aus dem Schreiben von Schmohl nicht deutlich. In den folgenden Jahren kamen die Verantwortlichen der WAR immer wieder auf diesen Vorschlag zurück und im Folgenden ist zu klären, wie der Universitätsbund jeweils reagierte.

Im Jahre 1933 teilte Haeuser zunächst dem Verwaltungsrat den Vorschlag mit und behielt sich eine Entscheidung über die Angelegenheit vor.⁹⁰⁰ Da weitere Reaktionen aus dem Universitätsbund bis zur nächsten Hauptversammlung 1934 nicht überliefert sind, ist anzunehmen, dass Haeuser in dieser Angelegenheit die Entwicklung bei der WAR abwarten wollte. Dieses Vorgehen erwies sich als richtig, da die folgenden Geschehnisse eine Entscheidung hinfällig machten. Denn das Bestehen der WAR war durch Entscheidungen innerhalb der Deutschen Studentenschaft gefährdet. Ausgelöst wurden diese Schwierigkeiten dadurch, dass die Deutsche Studentenzeitung Ende 1933 als amt-

⁸⁹⁷ Zur „Machtübernahme“ innerhalb der Deutschen Studentenschaft siehe FAUST, Anselm: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Bd. 2, Düsseldorf 1973, S. 7-50. Zur „Machtübernahme“ in Marburg siehe MATHEIS, Lothar: Der NS-Studentenbund in Marburg bis zum Frühjahr 1933, Marburg 1985, S. 85-88.

⁸⁹⁸ „*Dieses Organ wird erst recht nach seinem weiteren Ausbau in der Lage sein, für Westdeutschland, das ein besonderes kultur-, grenz-, staats- und wirtschaftspolitisches Zentrum bildet, und dem damit besondere Aufgaben gesetzt sind, von ausschlaggebender Bedeutung zu sein.*“ Abschrift des Schreibens von Schmohl an Haeuser am 17. Juni 1933, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 35, ohne Blattzählung.

⁸⁹⁹ EBD. Schmohl betonte in dem Schreiben auch, dass eine Verschmelzung der beiden Mitteilungsorgane zu beiderseitigem Vorteil geschehen würde, da beispielsweise der Universitätsbund einen größeren Leserkreis erreichen und damit seine Ziele noch besser umsetzen könne.

⁹⁰⁰ „*Haeuser trägt kurz das Gesuch der Westdeutschen Akademischen Rundschau vor, die die Vereinigung ihrer Zeitschrift mit den „Mitteilungen des Universitätsbundes“ erbittet. Haeuser hält sich einen Entschluss hierüber vor.*“ Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 17. Juni 1933, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 9, ohne Blattzählung.

liches Organ der Studentenschaft installiert worden war, während gleichzeitig alle Kontakte zur WAR abgebrochen wurden.⁹⁰¹ Da ihr damit vor allem die finanzielle Grundlage entzogen worden war, war die Zukunft der WAR in Frage gestellt. Doch die beiden Rektoren der Marburger Universität des Jahres 1933, Merk und sein Nachfolger Baur, setzten sich in der Folgezeit stark für den Erhalt der WAR ein. Nachdem der Marburger Rektor bereits im November 1933 mehrere Hochschulen mit der Bitte um Unterstützung für die WAR angeschrieben und dabei auch die Sorge um die finanziellen Folgen ausgedrückt hatte,⁹⁰² wandte er sich mit demselben Anliegen im Januar 1934 an Rektor Kriek von der Universität Frankfurt. Dabei drückte er zwar sein Verständnis für die Einrichtung eines Zentralorgans der Studentenschaft aus, sah aber darin keinen Grund, die WAR aufzugeben.⁹⁰³ Da Rektor Baur nicht auf einen Kompromissvorschlag der Deutschen Studentenzeitung im April 1934 eingegangen war, wonach die WAR in eine „Marburger Akademische Rundschau“ umgewandelt und gleichzeitig die Deutsche Studentenzeitung zum amtlichen Organ der Universität Marburg erklärt werden sollte,⁹⁰⁴ gestaltete sich die Situation der WAR zur Zeit der Hauptversammlung des Universitätsbundes im Juni 1934 weiterhin ungewiss.

Vor diesem Hintergrund wandte sich die WAR im Vorfeld der Hauptversammlung an Rektor Baur, um ihn über die mit dem Universitätsbund geführten Gespräche des Vorjahres zu informieren und sich seiner Unterstützung für die von der WAR beabsichtigten Zusammenführung der beiden Zeitschriften zu versichern.⁹⁰⁵ Der Universitätsbund beschloss jedoch nur eine eventuelle finanzielle Unterstützung und lehnte eine Zusammenlegung der Mitteilungsorgane ab:

„Antrag der WAR: Dem bereits im vorigen Jahr gestellten Antrag der WAR soll in soweit näher getreten werden, als der Universitätsbund bereit ist, einen gewissen

⁹⁰¹ So schrieb die Marburger Studentenschaft am 6. Dezember 1933 an Rektor Baur: „Wir gestatten uns davon Kenntnis zu geben, dass mit sofortiger Wirkung die Deutsche Studenten-Zeitung das alleinige amtliche Hochschulorgan der Deutschen Studentenschaft ist. Zwischen der Deutschen Studentenschaft und der Westdeutschen Akademischen Rundschau bestehen laut Anordnung der Reichsleitung keinerlei Beziehungen mehr. Wir bitten Sie deshalb höflichst, die Deutsche Studentenzeitung zum amtlichen Hochschulorgan der Philipps-Universität Marburg erklären zu wollen.“ HStAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 963, Bl. 54.

⁹⁰² Der Rektor der Universität Marburg an die übrigen Rektoren im Kreis der WAR am 14. November 1933. EBD., Bl. 44-46. Von den Reaktionen der Universitäten sind nur wenige überliefert, von den lediglich vier Antworten erklärte eine, die WAR nicht mehr anzuerkennen. Die anderen drei sprachen sich für deren Erhalt aus, oder sie drückten ihr Bedauern über eine eventuelle Einstellung aus. EBD., Bl. 47-50.

⁹⁰³ „Sie ist aber meines Erachtens kein Grund ein im Kampf gross gewordenen bodenständiges Organ zu unterdrücken.“ Rektor Baur an Rektor Kriek der Universität Frankfurt am 12. Januar 1934. EBD., Bl. 55. Dieser Versuch blieb aber erfolglos, denn in der Antwort erklärte die Universität Frankfurt, den Kontakt mit der WAR abgebrochen zu haben. EBD., Bl. 56.

⁹⁰⁴ Deutsche Studentenzeitung an Rektor Baur am 13. April 1934, EBD., Bl. 62.

⁹⁰⁵ Die WAR zeigte sich optimistisch, den Plan verwirklichen zu können, da sich Haeuser „damals sofort wohlwollend gegenüber diesem Vorschlage“ geäußert habe. WAR an Rektor Baur am 12. Juni 1934, in: HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 35, ohne Blattzählung.

Raum für von ihm an die WAR zu leitenden Nachrichten durch eine jährlich Ablösung zu bezahlen. Voraussetzung aber dafür ist, dass auch die entsprechenden Gesellschaften an den anderen Hochschulen der WAR eine ähnliche Unterstützung zuteil werden lassen. Ganz allgemein ist eine Unterstützung überhaupt nur dann ins Auge zu fassen, wenn die finanzielle Lage des Blattes dieses erfordert. [...] Der Vorschlag des Hauptschriftführers, die Chronik der Universität aus den „Mitteilungen“ des Bundes zu streichen und für die dadurch gesparten Gelder den Bundesmitgliedern die WAR zu liefern, wird aus verschiedenen Gründen abgelehnt: 1. weil die so gesparten Gelder zu gering sind, um den Bezugspreis zu zahlen, 2. weil das Fortbestehen der WAR nicht gesichert ist, 3. weil ausdrücklich in dem Werbeschreiben des Bundes angekündigt worden sei, dass über das ganze Universitätsleben zusammenfassend in den „Mitteilungen“ berichtet werden sollte. Die oberste Grenze der etwa zu bewilligenden Summe soll Rm. 500.- betragen. Die Mittel sollen als Verwaltungsausgabe gebucht werden.“⁹⁰⁶

Weitere Hintergründe dieser Ablehnung wurden im Oktober 1934 deutlich, als die Frage einer finanziellen Hilfeleistung für die WAR im Raum stand.

Zur Lösung der Finanzprobleme hatte Rektor Baur eine Beteiligung des Universitätsbundes an der Herausgabe der WAR vorgeschlagen, welche aber von den anderen Vorstandsmitgliedern einhellig abgelehnt wurde. Als Gründe wurden unter anderem das bewährte Konzept der „Mitteilungen“ und Schwierigkeiten mit der Satzung, die eine Beteiligung hervorrufen würde, genannt:

„Unsere „Mitteilungen“, die viermal im Jahr erscheinen, haben sich bewährt, reichen zur Unterrichtung unserer Mitglieder aus und bringen wirklich Interessantes und Neues. Die Beteiligung an einer Zeitung dürfte für den Bund zu Schwierigkeiten führen, weil es keineswegs seine satzungsmässige Aufgabe ist, Zeitungen allgemeinen Charakters herauszubringen, einerlei, ob die einzelne Zeitung, die in Frage kommt, auf einen grösseren Kreis beschränkt ist oder nicht. Unsere Mitglieder würden zum grossen Teil nicht verstehen, wenn der Bund sich an einer derartigen Zeitung beteiligte. Ein Versenden an die Mitglieder könnte zur Folge haben, dass die Frage nach dem Grund der Zusendung auftritt, und dass durch die Antwort der Austritt von Mitgliedern erheblich gefördert wird, der Sie schon jetzt mit grosser Sorge erfüllt. Ich bin fest überzeugt, und Schellmann teilt diese Ansicht, dass die meisten Mitglieder die Zeitung ungelesen fortwerfen und sie sogar als Ballast empfinden werden. Wie oft ärgert man sich über Zusendungen, die man nicht gewünscht hat, und deren Unterbleiben man jedenfalls lieber als die Zusendung sieht. Ein solches Zusenden kann also nur die Verstimmung unter unseren Mitgliedern fördern. Dabei spielt für uns die Frage der Politik absolut keine Rolle, und wir bedauern ausserordentlich, dem Herrn Rektor nicht gefällig sein zu können, was wir an und für sich selbstverständlich gern tun würden.“⁹⁰⁷

Durch diese Äußerungen wird erneut deutlich, dass die Anpassung an die NS-Politik nur insoweit im Vorstand konsensfähig war, wie die Interessen des Universitätsbundes gefördert und nicht gefährdet wurden. Nachdem auch Haeuser seine Zustimmung zu der

⁹⁰⁶ Protokoll der Vorstandssitzung am 16. Juni 1934, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung.

Ablehnung gegeben hatte,⁹⁰⁸ sprach Versé mit dem Rektor. Da die WAR 1936 jedoch erneut mit dem gleichen Anliegen auf den Universitätsbund zukam, war die Ablehnung desselben wohl nicht deutlich genug ausgefallen.

Im Jahre 1935 war die WAR wieder zum amtlichen Organ der westdeutschen Hochschulen bestimmt worden und war dadurch auch finanziell abgesichert.⁹⁰⁹ Und so versuchte das nun für die WAR zuständige Amt Presse und Propaganda der Deutschen Studentenschaft im Januar 1936 erneut, den Universitätsbund zur Verschmelzung der „Mitteilungen“ mit der WAR zu bewegen. Der Ausgestaltung der WAR sollte sich dabei der Universitätsbund durch Verzicht auf seine „Mitteilungen“ anschließen, zumal Haeuser bereits früher hierzu seine grundsätzliche Zustimmung gegeben hätte. Zur Klärung der Einzelheiten schlug die Studentenschaft eine Besprechung bis spätestens Mitte Januar vor.⁹¹⁰ Zeitgleich versuchte die Studentenschaft wie 1934, sich der Unterstützung des Rektors zu versichern.⁹¹¹

Der Universitätsbund war jedoch weiter nicht gewillt, auf das Angebot einzugehen.⁹¹² Zur internen Abstimmung fasste Versé in einer kleinen Denkschrift die Gründe für die Eigenständigkeit der Mitteilungen zusammen,⁹¹³ wobei die dort aufgeführten Argumente nicht nur die wichtige Funktion der Mitteilungen für den Universitätsbund verdeutlichen, sondern auch Rückschlüsse auf das Selbstverständnis des Bundes zulassen: Erstens seien die Mitteilungen neben der Berichterstattung über das Universitätsleben durch die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen auch eine „Gegenleistung“ der Dozenten, die vom Universitätsbund unterstützt würden. Zweitens werbe der Bund mit den Mitteilungen und daher müsse die Parole „*Nur Marburg*“ lauten, nicht „*Auch Mar-*

⁹⁰⁷ So berichtete Pfeiffer Versé am 1. Oktober 1934 über eine Unterredung mit Schellmann, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 35, ohne Blattzählung.

⁹⁰⁸ „*In Sachen Akademische Rundschau schreibt mir Herr Geheimrat Haeuser unter dem 12. ds. Mts. wie folgt: „Ich teile Ihre ablehnende Stellungnahme gegenüber dem Wunsche des Herrn Rektors auf Beteiligung an der Herausgabe der „Akademischen Rundschau“. Ich halte zwar diese Zeitschrift an sich für wertvoll und würde es auch sehr gern sehen, wenn sie für Marburg erhalten bliebe. Mit Ihnen glaube ich aber nicht, dass der Universitätsbund es verantworten kann, einen grösseren Betrag - und ein solcher käme unbedingt in Frage - für die Zeitung aufzuwenden. Diese Aufwendung liesse sich auch nicht dadurch rechtfertigen, dass unsere Mitglieder je ein Exemplar derselben erhielten.“ Erfreulicherweise ist also auch er für Ablehnung. Wir haben nunmehr einen festen Grund, der Ihnen dem Herrn Rektor gegenüber willkommen sein wird.*“ So Pfeiffer an Versé am 13. Oktober 1934. EBD., ohne Blattzählung.

⁹⁰⁹ Schreiben der Deutschen Studentenschaft, Amt Presse und Propaganda, an Haeuser vom 9. Januar 1936, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁹¹⁰ Abschriften des Briefes bekamen neben dem Rektor noch der Führer der Dozentenschaft, die WAR und der Kreisführer West der Deutschen Studentenschaft. EBD. Eine Abschrift findet sich auch bei den Akten des Rektors. HSTAM Bestand 305 a Acc. 1975/79 Nr. 963, Bl. 110f.

⁹¹¹ So schrieb die Studentenschaft am 9. Januar an den Rektor der Universität Marburg: „*In der Anlage erhalten Sie abschriftlich ein Schreiben, das an den Herrn Vorsitzenden des Universitätsbundes gesandt wurde. Wir bitten um Unterstützung in dieser Angelegenheit.*“ EBD., Bl. 109.

⁹¹² „*Ein Verzicht auf unsere „Mitteilungen“ dürfte indessen aus den früher erörterten Gründen nicht in Frage kommen.*“ Haeuser an Versé am 20. Januar 1936, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 35, ohne Blattzählung.

burg“. Drittens sei der Bund durch die Satzung zur Herausgabe eines Mitteilungsheftes verpflichtet und müsse daher die alleinige Verantwortlichkeit für dessen Inhalt innehaben. Zuletzt machte Versé deutlich, dass durch die Mitteilungen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder gestärkt würde. Ein Verzicht auf die Mitteilungen würde demnach den Zusammenhalt lockern und damit den Bestand des Bundes gefährden.⁹¹⁴ Die Schlussfolgerung der Denkschrift fasst die logische Konsequenz dieser Argumentation zusammen:

„Vom Standpunkt des Universitätsbundes aus muss daher auf Grund sorgfältiger Überlegung das Eingehen jeglicher Verbindung mit der WAR abgelehnt werden. Unter keinen Umständen darf Marburg bei seinem augenblicklich besonders erschwerten Daseinskampf in irgend einer Weise seine Stellung schwächen. Selbst wenn andere besser fundierte und reicher ausgestattete Universitätsgesellschaften oder Hochschulbünde dem Wunsche der studentischen Presseorganisation Folge leisten würden, wovon bisher aber noch nichts verlautet, so müsste es Marburg sich mehrmals überlegen, ob es ihnen auf diesem Wege folgen soll.“⁹¹⁵

Die Mitteilungen waren also eine sehr wichtige Stütze des Bundes und Zeichen seiner Selbständigkeit nach außen. Eine Aufgabe dieses Mittels hätte nicht nur seine Eigenständigkeit, sondern nach Ansicht des Vorstandes die Existenz des Bundes generell gefährdet. Folglich war das Handeln des Universitätsbundes ganz darauf ausgelegt, die Selbständigkeit zu erhalten.

Hiervon musste Rektor Baur aber erst noch überzeugt werden, was mit Hilfe der Denkschrift Versés gelang.⁹¹⁶ Nachdem die Einigkeit im Vorstand hergestellt war, schrieb der Universitätsbund am 2. Februar 1936 an die WAR und lehnte deren Antrag mit den bereits in der Denkschrift erwähnten Gründen ab:

„Aus allen diesen Gründen ist die Herausgabe eigener, in jeder Hinsicht unabhängiger Mitteilungen für den Universitätsbund unentbehrlich. Sie sind für ihn ein Propagandamittel von erprobtem Wert und eine der Voraussetzungen für seinen Bestand und sein Wirken zum Besten der Philipps-Universität.“⁹¹⁷

⁹¹³ „Zur Frage der Beibehaltung des selbständigen Bundesorgans“, EBD., ohne Blattzählung.

⁹¹⁴ Neben den genannten Gründen argumentierte Versé noch mit dem Wirkungsbereich des Bundes, der über Deutschland hinausgehe und dem Opfer des Bundes, der verarmten Mitgliedern die Mitteilungen übersende, ohne dass diese Beiträge zahlen könnten. Im Sinne der Erhaltung des Interesses für Marburg nehme der Bund dieses Opfer gerne auf sich. EBD.

⁹¹⁵ EBD.

⁹¹⁶ Dies geht aus einem Schreiben von Versé an Haeuser vom 31. Januar 1936 hervor. EBD., ohne Blattzählung. Außerdem erwähnte Versé in dem Brief eine Bemerkung von Pfeiffer, der hinter der Forderung der WAR „viel weitergehendere Majorisierungspläne“ vermutete. Diese Spekulationen konnten aber nicht weiter verifiziert werden. Sie belegen aber die Sorge von Pfeiffer um die Eigenständigkeit des Bundes und seine Folgerung, dass dieser deshalb in keiner Frage irgendwelche verbindlichen Zusagen machen dürfte, die später Nachteile für den Universitätsbund hervorrufen könnten.

⁹¹⁷ EBD., ohne Blattzählung. In dem Schreiben wies der Universitätsbund auch die angebliche Zustimmung von Haeuser zu den Plänen der WAR zurück. Dies wäre ein „Irrtum“ oder ein „Mißverständnis“. EBD.

Von den Argumenten des Universitätsbundes ließ sich die Deutsche Studentenschaft jedoch nicht überzeugen und bestand auf der geforderten Besprechung.⁹¹⁸ Obwohl der Ton des Briefes besonders Versé empörte,⁹¹⁹ war der Vorstand bereit, der Forderung der Studentenschaft nachzukommen. Während der Sitzung, die am 26. März 1936 stattfand,⁹²⁰ einigten sich die Beteiligten darauf, ab und zu gegenseitig Werbung für das andere Blatt zu machen und in den Mitteilungen auch geeignete Artikel aus der WAR abzudrucken.⁹²¹

Damit war die Eigenständigkeit der Mitteilungen in dieser Hinsicht gesichert und der Universitätsbund hatte deutlich gemacht, wie wichtig ihm diese Eigenständigkeit war. Diese Grundhaltung wurde auch bei den Anforderungen, die durch die Regelungen der Reichskulturkammer an den Bund gestellt wurden, sichtbar.

5.2.2. Die Eingliederungsversuche seitens der Reichskulturkammer

Die Mitteilungen des Universitätsbundes gerieten erstmals in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1934 in den Blick der Reichskulturkammer, denn zu diesem Zeitpunkt wandte sich der „Reichsverband der deutschen Zeitschriften-Verleger e.V., Fachverband der Reichspressekammer“⁹²² an den Universitätsbund.⁹²³ Nach Darstellung des Reichsverbandes wäre der Universitätsbund aufgrund seiner verlegerischen Tätigkeiten bezüglich der „Mitteilungen“ zur Eingliederung in die Reichspressekammer über den Reichsverband verpflichtet.⁹²⁴ Da diese Eingliederung, die bis zum 15. Dezember 1933 hätte vollzogen sein müssen,⁹²⁵ noch nicht erfolgt war, wurde der Universitätsbund aufgefordert, über einen Fragebogen mitzuteilen, warum er sich nicht eingegliedert hatte

⁹¹⁸ Das Amt Presse und Propaganda der Deutschen Studentenschaft an den Universitätsbund am 16. März 1936. EBD., ohne Blattzählung.

⁹¹⁹ Brief von Versé an Haeuser am 17. März 1936. EBD., ohne Blattzählung.

⁹²⁰ Neben Haeuser und Versé nahmen für die WAR der Hauptamtsleiter für Presse und Propaganda in der Reichsführung der Deutschen Studentenschaft, Hoffmann, der Kreisleiter West Todenhöfer und Hauptschriftleiter Schmohl teil. „Protokoll über eine in Sachen der „WAR“ abgehaltene Besprechung am Donnerstag d. 26. März von 11-13^{3/4} Uhr im Hause von Herrn Geheimrat Haeuser [...]“. EBD., ohne Blattzählung.

⁹²¹ Haeuser hatte zuvor erneut deutlich gemacht, „dass es für den Bund sehr abträglich sein würde, ein politisches Blatt anstelle der wissenschaftlichen und rein referierenden „Mitteilungen“ einzuführen, und dass weiterhin eine finanzielle Unterstützung wegen der Knappheit der Bundesmittel nicht in Frage kommen könne.“ EBD.

⁹²² Zum Reichsverband der deutschen Zeitschriften-Verleger siehe HINKEL, Hans (Hrsg.): Handbuch der Reichskulturkammer, Berlin 1937, S. 214-217. Dessen Aufgaben, die nicht einzeln aufgeführt waren, entsprachen denjenigen des Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger. EBD., S. 212.

⁹²³ DEPOT LAHNBERGE, Blattsammlung ohne Titel, ohne Blattzählung. Das Schreiben ist undatiert. Da aber die überlieferten Reaktionen des Universitätsbundes auf die Zeit zwischen dem 7. und dem 11. Dezember 1934 datiert sind, ist es sehr wahrscheinlich, dass der Brief Ende November oder Anfang Dezember beim Universitätsbund eingegangen war.

⁹²⁴ Die Rechtsgrundlage für diese Aufforderung bildeten die §§ 4 und 15 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933, in: RGBl. 1933 I, S. 797.

und durch welchen anderen Verband er bereits Mitglied der Reichskulturkammer wäre.⁹²⁶

Nachdem Versé Rücksprache mit Pfeiffer und dem Verlagsbuchhändler Braun aus Marburg gehalten hatte,⁹²⁷ antwortete er dem Reichsverband am 11. Dezember 1934. Dabei bezeichnete er die Mitteilungen als „*ganz interne Angelegenheit*“ des Universitätsbundes und legte dar, dass die Mitteilungen keine Zeitschrift im gewöhnlichen Sinne seien. Versé führte in diesem Zusammenhang beispielsweise aus, dass die Mitteilungen kostenlos an die Mitglieder verteilt und nicht im Handel vertrieben würden. Außerdem betonte er wiederum, der Bund sei ein „*anerkannt gemeinnütziges Unternehmen*.“⁹²⁸

Daraus folgte er:

*„Aus der oben mitgeteilten Sachlage kann ich eine Verpflichtung zur Mitgliedschaft bei dem Reichsverband der deutschen Zeitschriftenverleger nicht ableiten, zumal auch die dortseits angegebenen gesetzlichen Vorschriften für diesen Fall keine Bestimmung enthalten. Ihrer gefl. weiteren Aeussierung entgegengehend zeichne ich mit Heil Hitler! Versé“*⁹²⁹

Die eindeutige Stellungnahme des Schriftführers belegt den Willen des Universitätsbundes, auf keinen Fall eine Einmischung in die Angelegenheiten des Bundes in Form einer dann drohenden Überwachung oder Zensur der Mitteilungen zuzulassen. Obwohl die Bestimmungen der Ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 auch den Universitätsbund hätten betreffen müssen, da es unerheblich war, dass die Mitteilungen aus einer gemeinnützigen Absicht heraus veröffentlicht wurden,⁹³⁰ reagierte der Reichsverband zunächst nicht auf die Stellungnahme des Universitätsbundes. Jedoch wurde der Universitätsbund im Juni 1936 in verschärfter Form wieder mit der Thematik konfrontiert.

Zunächst bezog sich der Reichsverband der deutschen Zeitschriften-Verleger e.V. auf den Briefwechsel Ende 1934, aufgrund dessen der Verband festgestellt hätte, dass sich der Universitätsbund in die Reichspressekammer eingliedern müsse, da er „*zeitschrif-*

⁹²⁵ Zweite Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 9. November 1933, in: EBD., S. 969.

⁹²⁶ Reichsverband der deutschen Zeitschriften-Verleger e.V., Fachverband der Reichspressekammer, an Universitätsbund Marburg, undatiertes Schreiben, in: DEPOT LAHNBERGE, Blattsammlung ohne Titel, ohne Blattzählung.

⁹²⁷ Pfeiffer hatte Versé diesen Rat in einem Schreiben vom 8. Dezember 1934 gegeben. EBD., ohne Blattzählung.

⁹²⁸ Versé an Reichsverband der deutschen Zeitschriften-Verleger e.V. am 11. Dezember 1934. EBD., ohne Blattzählung. Siehe dazu auch die Argumentation des Schriftführers bei den Eingliederungsversuchen verschiedener NS-Organisationen in Kapitel VI.5.1.

⁹²⁹ DEPOT LAHNBERGE, Blattsammlung ohne Titel, ohne Blattzählung.

⁹³⁰ §§ 4-6 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933, in: RGBL. 1933 I, S. 797.

tenverlegerisch tätig“ sei.⁹³¹ Der zweite Teil des Schreibens verdeutlichte, dass der Verband durch eine neue Regelung, die am 30. April 1936 in Kraft getreten war, wieder auf den Universitätsbund aufmerksam wurde.⁹³² Der darauf folgende Satz bedrohte die Mitteilungen in ihrer Eigenständigkeit deutlich: *„Wir müssen daher darauf dringen, dass Ihre Zeitschrift umgehend einem Berufsverleger übertragen wird, da sonst auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen die Zeitschrift nicht weiter erscheinen dürfte.“*⁹³³ Um die Existenz der Mitteilungen zu bewahren, nahm Versé Kontakt zu dem Marburger Verleger Dr. Carl Hitzeroth auf, in dessen Druckerei die Zeitschrift bereits angefertigt wurde. Hitzeroth sollte Versés Plan zufolge zukünftig auch als Verleger der Mitteilungen fungieren,⁹³⁴ und nachdem sowohl Hitzeroth⁹³⁵ als auch Haeuser⁹³⁶ ihr Einverständnis gegeben hatten, konnte Versé dem Reichsverband am 3. Juli 1936 mitteilen, dass der Universitätsbund das Verlegen der Mitteilungen Dr. Hitzeroth übertragen habe.⁹³⁷ Die Vereinbarung mit Hitzeroth wurde am 22. Oktober 1936 durch einen Vertrag besiegelt, aus dem eindeutig hervorgeht, dass der Universitätsbund weiterhin die vollständige Kontrolle über den Inhalt der Mitteilungen hatte.

*„Verlagsabkommen- Zwischen dem Universitätsbund Marburg e.V. und dem Verleger der Oberhessischen Zeitung und der Zeitschrift Hessenland Herrn Dr. C. Hitzeroth, Marburg, Inhaber der Universitätsbuchdruckerei Joh. Aug. Koch, Marburg, wird hiermit vereinbart, dass die Mitteilungen des Universitätsbundes Marburg von Herrn Dr. Hitzeroth ab 1. Juli 1936 verlegt und gedruckt werden. Mit der Vergütung für den Druck sollen auch alle Ansprüche für die verlegerische Tätigkeit abgegolten sein. Schriftleiter (Schriftwalter) ist der jeweilige Schriftführer des Universitätsbundes, der die Mitteilungen nach den bisherigen Grundsätzen und in dem bisherigen Rahmen gemäss den Vorstandsbeschlüssen verantwortlich weiter zu leiten hat. Dieser Vertrag gilt bis auf Widerruf unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist. 22. Oktober 1936 [Unterschriften von Haeuser und Hitzeroth]“*⁹³⁸

Dem Universitätsbund war es also auf diese Weise gelungen, den formalen Anforderungen der Reichspressekammer Folge zu leisten, ohne ein Mitspracherecht bei der inhalt-

⁹³¹ Reichsverband der deutschen Zeitschriften-Verleger e.V. an den Universitätsbund am 25. Juni 1936, DEPOT LAHNBERGE, Blattsammlung ohne Titel, ohne Blattzählung.

⁹³² *„Wir müssen Sie jedoch als Verleger ablehnen, da lt. Anordnung des Herrn Präsidenten der Reichspressekammer vom 30.4.1936 zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitschriftenverlagswesens Artikel III/1, Ziffer b Vereine bzw. Vereinigungen die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der Reichspressekammer über unseren Reichsverband nicht erfüllen.“* EBD.

⁹³³ Eine Antwort wurde bis zum 5. Juli 1936 erbeten. EBD.

⁹³⁴ Versé bezeichnete dies in einem Brief an Haeuser, in dem er dessen Einverständnis einholen wollte, als die einfachste Lösung. Abschrift des Briefes von Versé an Haeuser am 29. Juni 1936. EBD., ohne Blattzählung.

⁹³⁵ Aus einer Notiz von Versé über das Gespräch mit Hitzeroth am 30. Juni 1936 geht weiter hervor, dass die neue Regelung eventuell noch vertraglich fixiert werden müsse und dass sie für den Universitätsbund nicht mit Unkosten verbunden wäre. EBD., ohne Blattzählung.

⁹³⁶ Abschrift eines Schreibens von Haeuser an Versé vom 2. Juli 1936. EBD., ohne Blattzählung.

⁹³⁷ EBD., ohne Blattzählung.

⁹³⁸ EBD., ohne Blattzählung.

lichen Ausgestaltung der Mitteilungen zulassen zu müssen. Damit war eine optimale Lösung für den Universitätsbund gefunden worden, der allerdings der Reichsverband noch zustimmen musste, weswegen die Thematik in der Vorstandssitzung am 21. November 1936 erneut diskutiert wurde. Dabei schlug Versé als Ausweg, falls die Übereinkunft mit Hitzeroth nicht genehmigt werden sollte, vor, dass die Mitteilungen dann nur noch dreimal im Jahr erscheinen sollten, weil sie dann nicht mehr als Zeitschrift gelten würden.⁹³⁹

Zwar wurde diese Regelung vom Reichsverband zunächst akzeptiert, doch 1938 trat eine erneute Verschärfung der Bedingungen ein. Als am 15. April 1938 ein Artikel in der Berliner Börsenzeitung berichtete, dass rückwirkend ab dem 1. April Organisationen und Vereinigungen bei der Lieferung von Zeitschriften nicht mehr mitwirken dürften,⁹⁴⁰ handelte der Universitätsbund entsprechend dem oben genannten Vorschlag von Versé. Dieser teilte Hitzeroth am 23. April 1938 mit:

*„Eben habe ich mit Magnifizenz telefonisch gesprochen, der sich auch mit dem Vorschlag, die „Mitteilungen“ ab 1938 nur noch dreimal erscheinen zu lassen, einverstanden erklärt hat, da uns keine andere Wahl übrig bleibt. Ich bitte also, dementsprechend nach Berlin zu berichten.“*⁹⁴¹

Durch diesen Beschluss war die Eigenständigkeit der Mitteilungen letztendlich gesichert. Für den Universitätsbund war es leichter, auf eine Ausgabe pro Jahr zu verzichten als die Verantwortung für deren Inhalte zu verlieren. Dieses Handeln des Vorstandes war konsequent, denn über die Jahre hinweg war bei den Argumentationen des Universitätsbundes deutlich geworden, dass er die Eigenständigkeit der Mitteilungen bewahren und damit eine Einflussnahme auf die inneren Angelegenheiten des Bundes verhindern wollte. Die Folgen des Zweiten Weltkriegs sorgten dann, wie bereits geschildert, dafür, dass die Mitteilungen ab 1942 nicht mehr erscheinen konnten. Während der Universitätsbund bis dahin eine mögliche Einflussnahme externer Organisationen oder Personen durch geschicktes Argumentieren und überlegtes Handeln verhindern konnte, war er gegen die Auswirkungen des Krieges machtlos.

⁹³⁹ Ein Beschluss in dieser Richtung wurde aber noch nicht gefasst. Auszug aus dem Protokoll der Vorstandssitzung am 21. November 1936. EBD., ohne Blattzählung.

⁹⁴⁰ Der Artikel befindet sich EBD., ohne Blattzählung.

⁹⁴¹ A. Becker im Auftrag von Versé an Hitzeroth nach fernmündlichem Diktat. EBD., ohne Blattzählung. Vgl. hierzu auch das Protokoll der Vorstandssitzung am 17. Mai 1938: „Änderung der Erscheinungsweise der „Mitteilungen“: Versé teilt mit, dass lt. Angabe der Reichspressekammer alle Rechte der Herausgabe einer Zeitschrift unabdinglich der Verlagsfirma übertragen werden müssen. Um diesen Schwierigkeiten auszuweichen, sollen die „Mitteilungen“ nunmehr nur dreimal jährlich erscheinen, da sie dann nicht als Zeitschrift gewertet werden. Der Umfang der Seiten soll möglichst der gleiche wie in früheren Jahren sein. Von einer offiziellen Bekanntgabe in den „Mitteilungen“ soll abgesehen werden.“ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 3, ohne Blattzählung. In den Mitteilungen wurde lediglich ein allgemeiner Hinweis gegeben, dass diese „[v]on diesem Jahr an [...] aus pressetechnischen Gründen in drei Heften zusammengefaßt werden.“ MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Heft 3, 1938, S. 53.

Zum Abschluss der Analyse der Tätigkeiten des Universitätsbundes während des Nationalsozialismus sollen die Ausmaße der Anpassung und der Abgrenzung verglichen und bilanziert werden, um auf dieser Grundlage die weitere Geschichte des Bundes untersuchen zu können.

6. Bilanz

Der Marburger Universitätsbund passte sich auf verschiedenen Gebieten an die Vorstellungen des Nationalsozialismus an, ohne jedoch seine Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit aufzugeben. So änderte er beispielsweise seine Satzung nicht und trat auch nicht in nationalsozialistische Organisationen oder Körperschaften ein. Diese Politik ist insbesondere bei der Herausgabe der Mitteilungen deutlich geworden. Demgegenüber stand die Anpassung, die personelle Entscheidungen und Maßnahmen, öffentliche Bekenntnisse und finanzielle Aspekte umfasste. Als exponiertes Beispiel ist dabei die Finanzierung der SA-Sportschule zu nennen, für die der Universitätsbund bereitwillig Mittel zur Verfügung stellte, dann von der weiteren Entwicklung überrascht wurde und letztendlich froh war, die Angelegenheit ohne finanzielle Verluste beenden zu können. Die Reaktion des Schatzmeisters, sich künftig nicht an kurzzeitigen Projekten beteiligen zu wollen, zeigt die Risiken einer weitgehenden Anpassung auf.

Zudem nutzte der Universitätsbund seine Hauptversammlungen für politische Bekenntnisse, die sich vor allem in den Jahren 1933/34 in der Auswahl des Festredners manifestierte. Dabei hat die Darstellung der Vorgeschichte der Marburger Rede des Vizekanzlers von Papen belegt, dass Marburg zufällig für den Vortrag der kritischen Botschaften der Mitarbeiter von Papens ausgewählt wurde und die Marburger Universität keine aktive Rolle in diesen Widerstandshandlungen hatte. Der Universitätsbund ermöglichte lediglich durch die Verpflichtung des Vizekanzlers als Redner den kritischen Vortrag.

Die persönlichen Überzeugungen und Handlungsmotive der Vorstandsmitglieder sind auch vor dem Hintergrund der Aktivitäten für den Universitätsbund unklar geblieben, denn auch ohne Mitgliedschaft in der NSDAP, aber mit der in anderen nationalsozialistischen Verbänden, unterstützte der Bund einige prestigeträchtige Projekte nationalsozialistischer Organisationen.

Dabei bleiben die persönlichen Überzeugungen der Vorstandsmitglieder unklar, da sie einerseits in den dargestellten Bereichen im Sinne des Universitätsbundes gehandelt haben und andererseits aus ihren Mitgliedschaften in der NSDAP und anderen nationalsozialistischen Verbänden keine eindeutigen Schlüsse gezogen werden können. Die beschriebenen Anpassungen, seien sie nun aus Opportunismus, einem möglichen

Zwang zur Anpassung oder doch aus Überzeugung geschehen, lassen jedoch darauf schließen, dass eine gewisse bis starke Sympathie mit dem Nationalsozialismus und dessen Zielen vorhanden war. Diese Anpassungen gingen jedoch nicht so weit, die Eigenständigkeit und die Aufgaben, die dem Universitätsbund durch die Satzung gestellt waren, zu gefährden beziehungsweise gar aufzugeben.⁹⁴² Damit zeigte der Universitätsbund in Teilbereichen eine oppositionelle Haltung, die durchaus mit dem Begriff der „Resistenz“ zu erfassen ist: „Resistenz im Sinne dieser Begriffsbildung bedeutet ganz allgemein: Wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruches, gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her.“⁹⁴³ Mit dieser Einschätzung sollen jedoch die in einzelnen Bereichen sehr weitgehenden Anpassungen des Universitätsbundes nicht relativiert oder verharmlost werden, sondern lediglich die Schwierigkeit verdeutlicht werden, das komplexe Verhalten des Universitätsbundes mit Begrifflichkeiten zu erfassen, ohne dass die Bewertung einseitig ausfällt. Denn innerhalb der nationalsozialistischen Diktatur waren verschiedene Handlungsspielräume gegeben, die differenziert betrachtet werden müssen.⁹⁴⁴

Im Folgenden ist nun interessant, wie der Universitätsbund selbst seine Aktivitäten und Einstellungen aus der NS-Zeit nach 1945 darstellte und ob sich daraus noch Rückschlüsse auf seine Haltung in der Vergangenheit ergeben.

⁹⁴² Ein ähnliches Urteil fällt Schäfer über die Würzburger Gesellschaft: „Die Gesellschaft wurde weder argwöhnisch beobachtet noch ‚gleichgeschaltet‘. Sie wurde auch kein Teil des Systems, noch weniger eine Organisation oder Gliederung der Partei, aber das Umfeld des Vereins hatte sich verändert. Er paßte sich dem an und setzte unter den gegebenen Erwartungen seine Arbeit fort. Einige ‚Leute von Früher‘ waren nicht mehr dabei, andere gaben sich als Anhänger Hitlers zu erkennen und führten entsprechend das Wort. Das galt sowohl für die Universität selbst als auch für die Gesellschaft.“ SCHÄFER, Freunde und Förderer der Universität Würzburg, S. 118.

⁹⁴³ BROSZAT, Martin: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Broszat, Martin/Fröhlich, Elke/Grossmann, Anton (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt Teil C, München/Wien 1981, S. 691-709, hier S. 697.

⁹⁴⁴ Zu einem ähnlich differenzierenden Urteil kommt auch Rüdiger vom Bruch in seiner Einleitung zum zweiten Band über die Geschichte der Universität Berlin im Dritten Reich: „Je tiefer die Autoren in die einzelnen Fachgebiete eindringen, umso weniger vermochten sie ein einheitliches Bild zu zeichnen. Bestimmte Grundmuster kehren wieder, zugleich aber entsteht ein ungemein buntes und facettenreiches Bild, das die reichen Schattierungen jener Jahre spiegelt, im Wissenschaftsbetrieb und in den Verhaltensweisen der Professoren.“ BRUCH, Rüdiger vom: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rebecca Schaarschmidt: Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Band II: Fachbereiche und Fakultäten, Stuttgart 2005, S. 9-16, hier S. 10.

VII. Der Universitätsbund nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1957)

„Wie jede Institution in dem besiegten Deutschland hat auch die Universität Marburg nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges die Last des verlorenen Krieges zu spüren bekommen. Waren vor der Währungsreform zwar die für die Durchführung eines geordneten Forschungs- und Lehrbetriebes erforderlichen Mittel vorhanden, so gab es jedoch nichts zu kaufen. Nach der Währungsreform fehlt es auf einmal an den allernotwendigsten Geldern. Der gesamte Etat der Universität mußte drastischen Kürzungen unterworfen werden, die die wissenschaftliche und unterrichtliche Betätigung der Universität auf das empfindlichste behindern. In dieser Lage bleibt der Universität Marburg nichts anderes übrig, als dasselbe zu tun, was sie bereits nach der Katastrophe des ersten Weltkrieges getan hat. Sie wendet sich abermals an ihre Freunde und bittet sie dringend, ihr helfen zu wollen. Dieses Mal bedarf es jedoch nicht erst eines Zusammenschlusses der Freunde der Philippsuniversität. Denn der 1920 gegründete Universitätsbund besteht nach wie vor und ist von der Militärregierung genehmigt worden. [...] Wie in früheren Jahren wird die Universität Marburg auch jetzt wieder alles tun, um mit den Mitgliedern und Förderern des Universitätsbundes in Fühlung zu kommen. Zwar sollen die „Mitteilungen“ vorerst nur einmal jährlich erscheinen. Und das so beliebte „Universitätsbundsfest“ wird zunächst wohl noch nicht gefeiert werden können. Aber die Universität bietet allen alten und etwa neu gegründeten Ortsgruppen wieder wissenschaftliche Vorträge an, die von Dozenten gehalten werden sollen.“⁹⁴⁵

Dieser Auszug einer Werbeschrift, die sehr wahrscheinlich auf Anfang des Jahres 1949 datiert ist, gibt bereits einige Hinweise auf die Aufgaben und Probleme, vor die der Universitätsbund nach 1945 gestellt war. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Mai 1945 wurde Hessen Teil der amerikanischen Besatzungszone. Somit fielen auch die Universitäten und damit auch der Marburger Universitätsbund als Förderverein der Marburger Universität in den Zuständigkeitsbereich der Amerikaner. Eine ihrer ersten Amtshandlungen auf dem Gebiet der Hochschulpolitik war die Schließung der Marburger Hochschule. Damit einher ging das Verbot des Universitätsbundes, dessen Vermögenswerte zudem eingefroren wurden. Während die Universität im Laufe des Jahres 1945 schrittweise wieder geöffnet wurde, ließen die Amerikaner den Universitätsbund offiziell erst wieder 1948 zu.⁹⁴⁶

⁹⁴⁵ Auszug aus der undatierten Werbeschrift „Der Marburger Universitätsbund“, unterzeichnet von Rektor Albrecht und von Duden als Vorsitzendem des Universitätsbundes, in: HStAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, zwischen Bl. 12 und 13 eingelegt.

⁹⁴⁶ Zur Situation der Universität Marburg in den Jahren 1945/46 siehe: KRÜGER-BULCKE, Ingrid: Universität im Zwielficht. Der Zustand der Universität Marburg und ihre Erneuerungsbemühungen unter amerikanischem Einfluß 1945/46, in: Aumüller, Gerhard/Lauer, Hans/Remschmidt, Helmut (Hrsg.): Kontinuität und Neuanfang in der Hochschulmedizin nach 1945. Symposium zur Hochschulmedizin am 5. und 6. Juli 1996 in der Philipps-Universität Marburg, Marburg 1997, S. 13-36. Zum Stand der Forschung zur deutschen Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte nach 1945 siehe WOELK, Wolfgang/SPARING, Frank: Forschungsergebnisse und –desiderate der deutschen Universitätsgeschichtsschreibung: Impulse einer Tagung, in: Bayer, Karen/Sparing, Frank/Woelk, Wolfgang (Hrsg.): Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004, S. 7-32, hier S. 9-14.

Auf die Genehmigung und die damit verbundene Erlaubnis, seine Arbeit wieder aufzunehmen, arbeitete der Universitätsbund bereits seit 1946 hin. Dieser Entwicklungsprozess wird zunächst ausführlich analysiert, da die Wiedenzulassung die Voraussetzung für alle weiteren Aktivitäten war, zu denen die Überarbeitung der Satzung, die Suche nach neuen Vorstands- und Verwaltungsratsmitgliedern sowie der Wiederaufbau der Strukturen des Universitätsbundes gehörte. In den letztgenannten Bereich fallen neben der Wiederaufnahme der Unterstützungsleistungen für die Marburger Universität die Neuredaktion der Mitteilungen, die Neugründung von Ortsgruppen und das Vortragswesen. Im Anschluss daran wird auch die politische Haltung des Universitätsbundes darlegt und erläutert, wobei in diesem Zusammenhang auch, sofern möglich, Aussagen über den Umgang des Bundes mit der NS-Zeit getroffen werden sollen. Dieser Untersuchungsansatz ermöglicht, auch von dieser Seite aus einen Blick auf die Aufarbeitung der Vergangenheit innerhalb der Universität Marburg zu werfen.

1. Die Bemühungen um die Wiedenzulassung des Bundes 1946-1948

Der Anstoß für die Beantragung der Wiedenzulassung durch die amerikanischen Besatzungsbehörden kam nicht vom Vorstand des Bundes, sondern war die Reaktion auf eine Konkurrenzorganisation, die Vorträge in Hessen veranstaltete und gegenüber der der Universitätsbund nicht ins Hintertreffen geraten wollte. Über die „Kurhessische Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft“ informierte Schatzmeister Pfeiffer Rektor Ebbinghaus in einem Schreiben im Februar 1946:

„Heute Vormittag war Herr Landesrat Dr. Schellmann bei mir, der seit Gründung des Universitätsbundes dessen Vorstand angehört hat, und teilte mir den Inhalt einer Sitzung der „Kurhessischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft“ mit, die kürzlich in Kassel seitens der an der Gesellschaft maßgebend beteiligten Herren stattgefunden hat, und in der die Frage aufgeworfen worden ist, ob in aller Kürze wieder mit der Aufnahme von Vorträgen begonnen werden könne. Herr Dr. Schellmann hat bei dieser Gelegenheit daran erinnert, dass auch der Universitätsbund wieder an die Abhaltung von Vorträgen dachte und denken müsste, um das geschaffene Band zwischen Universität und Land nicht zu verlieren. Ich halte diesen Standpunkt von Herrn Dr. Schellmann für richtig und wir sind infolgedessen dafür, dass alles geschehen muss, um dem Bund die Möglichkeit zu verschaffen, an die Lösung dieser sehr wichtigen Frage heranzugehen. Dazu scheint in allererster Linie die Zulassung des Bundes seitens der Amerikanischen Militär-Regierung zu gehören. Ich würde mich an den Vorsitzenden des Bundes, Herr Professor Dr. Duden wenden, wenn er leicht zu erreichen wäre, da mir absolut fern liegt, ihn irgendwie auszuschalten. Ich fürchte nur, dass eine Korrespondenz mit ihm über diese ganze Frage zu viel Zeit beansprucht und sehr viel Zeit uns m.E. nicht mehr zur Verfügung steht, denn die genannte Gesellschaft will sehr bald mit der Durchführung ihres Plans beginnen und der Bund darf diesem ge-

genüber nicht zurückstehen, wenn er nicht in Nachteile geraten oder gar Vorwürfe hören will.“⁹⁴⁷

Pfeiffer schlug vor, bei den Amerikanern vorzufühlen und abzuklären, ob es Vorbehalte gegen eine Genehmigung des Universitätsbundes gebe, um diese dann gegebenenfalls ohne Probleme offiziell beantragen zu können:

„Jedenfalls hat der Bund nie etwas mit der Partei zu tun gehabt und sich völlig neutral gemäss seinen Satzungen verhalten. Ich glaube deshalb, dass nichts einer Genehmigung seitens der Militärregierung im Wege steht. Es wäre jedoch richtig, diese Vorfrage zunächst zu klären, um dann die Genehmigung ohne Schwierigkeiten und Rückfragen durchzusetzen. Wie Sie vielleicht wissen, ist das Vermögen des Bundes beschlagnahmt und dessen Safe unter dem Verschluss der Amerikaner. Aufgrund der Genehmigung müssten dann auch Vermögen und Safe wieder zu der uneingeschränkten Verfügung des Bundes stehen.“⁹⁴⁸

Eine Woche später wandte sich auch Schriftführer Versé, der von Pfeiffer informiert worden war, an den Rektor und schlug ebenfalls vor, die Genehmigung des Bundes zu beantragen:

„Das Wichtigste wäre jetzt, von der Amerikanischen Militärregierung zu erreichen, dass sie dem Bund genehmigt, wieder in Kassel bzw. in der Amerikanischen Zone Vorträge zu halten. [...] Ich lege Ihnen ein Exemplar der Satzung bei und bitte, über mich verfügen zu wollen, um bei einer mündlichen Rücksprache und einer Vorstellung bei der Amerikanischen Regierung sachliche Auskunft geben zu können.“⁹⁴⁹

Ebbinghaus stimmte den Positionen von Versé und Pfeiffer zu und beauftragte Versé, die nötigen Schritte einzuleiten:

„Vielen Dank für ihre beiden Schreiben in Angelegenheiten des Universitätsbundes. Ich glaube auch, wir sollten in der Sache nicht mehr zögern. [...] Daher schlage ich vor, dass die nötigen Schritte zunächst zur Genehmigung des Universitätsbundes durch die Amerikanische Militärregierung getan werden. Ich bin zu jeder Unterstützung bereit, kann nur nicht meinerseits die Initiative ergreifen.“⁹⁵⁰

Bereits gut zwei Wochen später, am 7. März, fand ein Gespräch zwischen Versé und dem amerikanischen Universitätsoffizier Dr. Edward Y. Hartshorne statt. Nach diesem Treffen 1946 überreichte Versé Hartshorne am 10. April 1946 eine Ausarbeitung über die Geschichte und die Aufgaben des Marburger Universitätsbundes. Diese Selbstdarstellung, in der die Bedeutung des Bundes für die Universität Marburg betont und folgerichtig die Wiederezulassung beantragt wurde, verdeutlicht die dabei angewendete Strategie des Vorstandes:

⁹⁴⁷ Pfeiffer an Rektor Ebbinghaus am 14. Februar 1946, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 632, Bl. 206.

⁹⁴⁸ EBD. Zur genaueren Analyse dieser und der folgenden Positionen siehe Kapitel VII.6.

⁹⁴⁹ Versé an Rektor Ebbinghaus am 21. Februar 1946, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 632, Bl. 207.

⁹⁵⁰ Rektor Ebbinghaus an Versé am 23. Februar 1946, in: EBD., Bl. 205.

Zunächst werden in Kurzform die Ziele aus der Satzung wiedergegeben, wobei entsprechend den dortigen Angaben die zur Zeit der Gründung des Universitätsbundes im Jahre 1920 drohende Schließung der Universität Marburg hervorgehoben wird. Als größte Erfolge werden erst der Jubiläumsbau und dann der noch nicht verwirklichte Schlossplan ausführlich gewürdigt, womit sich deutliche Kontinuitätslinien in der Selbstdarstellung und im Selbstverständnis des Universitätsbundes zeigen, da diese Schilderungen der Argumentations- und Werbestruktur der Vorkriegsjahre entsprechen. Im weiteren Verlauf werden jedoch einige Verzerrungen hinsichtlich der NS-Vergangenheit des Universitätsbundes deutlich. Die Analyse dieser Passagen wird in einem gesonderten Kapitel durchgeführt,⁹⁵¹ wobei an dieser Stelle zunächst nur zu betonen ist, dass die Tätigkeiten des Universitätsbundes während der NS-Zeit verharmlost werden und vor allem die Einschränkung der Bewegungsfreiheit des Bundes nach 1933 beklagt wird.⁹⁵²

Mit dieser Darstellung gelang es dem Vorstand offensichtlich, die Militärbehörden von der unbelasteten Geschichte des Bundes zu überzeugen, denn nach gut sechs Wochen antwortete Hartshorne auf das Schreiben des Vorstandes: „*The re-establishment of the Marburg Universitäts-Bund would be welcomed by this office in accordance with your proposals contained in your letter of 9.4.46.*“⁹⁵³ Anscheinend war keine grundlegende Überprüfung der Arbeit des Universitätsbundes in der NS-Zeit für notwendig erachtet worden, denn diese hätte zumindest einige Fragen über die Haltung des Bundes zwischen 1933 und 1945 aufgeworfen.

Auf der Grundlage dieses Schreibens beantragte der Vorstand am 26. September 1946 die Freigabe der beschlagnahmten Vermögenswerte, da sie Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Tätigkeiten seien.⁹⁵⁴ Ende des Jahres 1946 teilte die Reichsbanknebenstelle der Commerzbank Marburg unter Bezug auf den Bescheid der Militärregierung mit, dass

„[t]his Office has no objection to the unblocking of the fund of the Universitätsbund e.V., Marburg, since that organization has been approved by the Education & Religious Affairs Division, Office of Military Government for Greater Hesse.“⁹⁵⁵

⁹⁵¹ Siehe hierzu Kapitel VII.6.

⁹⁵² Bericht über das Wesen und die Ziele des Universitätsbundes vom 9. April 1946 als Teil des Antrags zur Wiederzulassung des Marburger Universitätsbundes, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 26, ohne Blattzählung.

⁹⁵³ Hartshorne an Versé am 21. Mai 1946, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁹⁵⁴ Versé an Hartshorne am 26. September 1946, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁹⁵⁵ Reichsbanknebenstelle an Commerzbank Marburg am 28. Dezember 1946, in: EBD., ohne Blattzählung.

Damit waren alle Hürden, die vor der Wiedenzulassung des Universitätsbundes gestanden hatten, überwunden. Eine offizielle und schriftliche Genehmigung war damit aber noch nicht von Seiten der Besatzungsbehörden ausgestellt worden, was diese jedoch eventuell als nicht erforderlich ansahen. Das Fehlen einer offiziellen Zulassung bemerkte der Universitätsbund allerdings erst zu Anfang des Jahres 1948. Aus welchen Gründen dieser Schwebezustand so lange andauerte, konnte nicht geklärt werden. Er könnte mit dem Tod des Schriftführers Versé im Jahr 1947 zusammenhängen, der die Gespräche mit dem amerikanischen Universitätsoffizier geführt und damit den besten Einblick in die rechtliche Lage hatte. Der neue Schriftführer, Prof. Dr. Emil Balla,⁹⁵⁶ stellte jedenfalls wenige Wochen nach seinem Amtsantritt fest, dass die offizielle Genehmigung durch die Militärregierung noch nicht erfolgt war.⁹⁵⁷ Nach einem Gespräch mit dem Nachfolger von Dr. Hartshorne, Prof. Dr. Becker, stellte Balla am 6. April 1948 den Antrag auf Wiedenzulassung und fügte als Anlagen die erwähnte Korrespondenz sowie die Spruchkammerbescheide der Vorstandsmitglieder Duden, Balla und Rektor Frick bei.⁹⁵⁸ Den vorhergehenden Entscheidungen entsprechend wurde der Universitätsbund daraufhin zugelassen und die Behörden schickten eine Kopie des Schreibens von Balla an den Universitätsbund, auf der die Genehmigung mit den Worten „*no obstacle*“ erteilt wurde.⁹⁵⁹ Leider ist das Schreiben der Militärbehörden undatiert, so dass kein konkretes Datum der Wiedenzulassung genannt werden kann. Sie muss aber vor dem 13. Mai 1948 erfolgt sein, denn an diesem Tag informierte Balla den Rektor über die erteilte Genehmigung:

„Anbei sende ich Ihnen eine Abschrift eines Antrags an die Militärregierung um Wiedenzulassung des Universitätsbundes Marburg. Der Antrag ist von dem Universitäts-Offizier Professor Becker genehmigt. Eine Abschrift seines Genehmungsvermerkes steht unter meinem Antrag an die Militärregierung. Mit der Genehmigung des Universitätsbundes Marburg sind auch sämtliche Ortsgruppen des

⁹⁵⁶ Siehe hierzu Kapitel IV.2. und das nachfolgende Kapitel VII.2. über die personellen Änderungen in den Gremien des Universitätsbundes nach 1945.

⁹⁵⁷ Balla an Duden am 19. März 1948 und am 3. April 1948, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung. In der Chronik der Philipps-Universität, die allerdings erst 1954 erschien, wird die Entwicklung wie folgt geschildert: „*Nach der Besetzung Marburgs durch die Amerikaner ruhte jede Tätigkeit des Universitätsbundes. [...] Auch nach der Wiedereröffnung der Universität ruhte zunächst jede Tätigkeit des Universitätsbundes. Am 31.8. 1947 verstarb der langjährige und verdienstvolle Schriftführer des Universitätsbundes, Prof. Dr. Versé. Sein Nachfolger wurde Professor D. Balla. Ihm wurde die Aufgabe gestellt, den Universitätsbund sobald wie möglich wieder zu aktivieren.*“ CHRONIK der Philipps-Universität Marburg 1941-1947, Marburg 1954, S. 254.

⁹⁵⁸ Antrag auf Wiedenzulassung des Universitätsbundes als Schreiben von Schriftführer Balla an Universitätsoffizier Becker vom 6. April 1948, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 26, ohne Blattzählung.

⁹⁵⁹ EBD., ohne Blattzählung.

*Universitätsbundes genehmigt, die ja keine selbstständigen Organisationen neben dem Universitätsbund sind.*⁹⁶⁰

Insgesamt gesehen scheint die Aufhebung des Verbots des Universitätsbundes nur eine Formsache gewesen zu sein. Zwar musste der Universitätsbund einige Unterlagen und eine Selbstdarstellung vorlegen, aber eine konkrete Überprüfung des Bundes hat nicht stattgefunden.⁹⁶¹ Dies könnte an der Bedeutung des Universitätsbundes für die Marburger Hochschule oder aber im Interesse der Amerikaner gelegen haben, möglichst schnell zum normalen Leben zurückzukehren und die Selbstverwaltung der Deutschen und ihrer Vereine und Institutionen nicht zu sehr zu behindern.⁹⁶² Letztendlich war die Wiedenzulassung des Bundes unproblematisch und so konnte der Wiederaufbau seiner Strukturen beginnen. Um dies auf einer gesicherten rechtlichen Grundlage tun zu können, musste die Satzung den neuen gesetzlichen Bestimmungen angepasst werden. Dies geschah zwar erst im Vorfeld der ersten Hauptversammlung, die im Jahre 1951 stattfand, aber wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Satzung für die Arbeit des Universitätsbundes werden ihre Veränderungen bereits an dieser Stelle dargelegt und interpretiert, bevor im Folgenden die personellen Entwicklungen erläutert werden.

⁹⁶⁰ Balla an Rektor Frick am 13. Mai 1948, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 632, ohne Blattzählung am Ende der Akte. Das Schreiben ging darüber hinaus auch an Ortsgruppen des Bundes in Fulda, Kassel, Frankenberg, Biedenkopf, Wolfhagen, Ziegenhain, Wildungen und Hanau sowie den ehemaligen Kurator Hülsen, den Vorsitzenden Duden und Schatzmeister Pinkerneil. DEPOT LAHNBERGE, Vortragstätigkeit ab 1948/49, ohne Blattzählung. In der Chronik der Universität wurde der Tag der Wiedenzulassung auf das Datum der Antragsstellung gelegt: „Am 6.4. 1948 wurde der Universitätsbund wieder von der Militärregierung genehmigt.“ CHRONIK der Philipps-Universität Marburg September 1947–März 1950, Marburg 1959, S. 225.

⁹⁶¹ In Würzburg scheint es ähnlich abgelaufen zu sein, denn der dortige Förderverein wurde bereits 1945/46 wieder zugelassen und konnte über sein Vermögen verfügen. SCHÄFER, Freunde und Förderer der Universität Würzburg, S. 144-149. Herrmann berichtet hingegen, dass viele Hochschulfördervereine große Probleme bei der Wiedenzulassung bekommen hätten. Als Beispiele führt er die Vereinigungen in Mainz und Erlangen an. HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 115f. Die KWG konnte im Februar 1948 erst nach langwierigen Überlegungen und Diskussionen seitens der Alliierten als Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. neu gegründet werden. Diesen Prozess und die Anfangszeit der neuen Gesellschaft beschreibt Manfred HEINEMANN: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945-1949), in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 407-470. Auch die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft wurde neu gegründet, allerdings erst ein Jahr nach der Max-Planck-Gesellschaft. Zu den Hintergründen und Entwicklungen der Notgemeinschaft, die sich ab 1951 wieder Deutsche Forschungsgemeinschaft nannte, in der Nachkriegszeit siehe ZIEROLD, Forschungsförderung, S. 275-306.

⁹⁶² Zu den diesbezüglichen Planungen der USA und deren Verwirklichungen siehe HENKE, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 27), S. 99ff., S. 204ff., S. 979-986. Vgl. auch HENKE, Josef/OLDENHAGE, Klaus: Office of Military Government for Germany (US), in: Weisz, Christoph (Hrsg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, München 1994. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 35), S. 1-142, insbesondere S. 7-10, S. 25, S. 36f.

2. Die veränderten rechtlichen und personellen Rahmenbedingungen

Nach dem Zweiten Weltkrieg galt zunächst die Satzung von 1921, die seitdem nur geringfügig geändert worden war, weiter. Der Vorstand beschloss dann jedoch im Jahre 1950 einige wichtige Umgestaltungen, die nun erläutert werden sollen.

Während die Satzung allgemein gestrafft wurde, indem einzelne Paragraphen zusammengeführt wurden, so dass am Ende statt 38 nur noch 26 Paragraphen übrig blieben,⁹⁶³ finden sich die wichtigsten Veränderungen bei den Vorgaben hinsichtlich der Zusammensetzung der Gremien und der Verwendung der Beiträge und Spenden. Der neue Schatzmeister Pinkerneil⁹⁶⁴ begründete die Notwendigkeit der Umgestaltung der Gremien wie folgt: *„Um eine Handlungsfähigkeit zu erreichen, ist die Bestellung eines engeren Vorstandes nach § 26 BGB., der aus dem Vorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter, dem Schriftführer und dem Schatzmeister besteht, nötig.“*⁹⁶⁵ Leider sind in den Korrespondenzen und Aufzeichnungen keine weiteren Hinweise auf die Umgestaltung der Satzung enthalten, so dass hier nur das Resultat der Beratungen umrissen und mit der ursprünglichen Fassung verglichen werden kann.

Dem Vorschlag des Schatzmeisters entsprechend wurde zunächst der Vorstand auf die vier Ämter (Vorsitzender, Stellvertreter, Schriftführer, Schatzmeister) verkleinert, es gab jetzt also keine Beisitzer mehr. Zudem fielen die Bestimmungen bezüglich der Zugehörigkeit zur Universität Marburg weg. Voraussetzung für die Vorstandstätigkeit war lediglich die Mitgliedschaft im Universitätsbund und die Wahl in den Verwaltungsrat.⁹⁶⁶ In den Verwaltungsrat wiederum wurden weiterhin 30 Personen gewählt, allerdings wurden dabei einige funktionsgebundene Mitgliedschaften, wie die Vorsitzenden der größten Bundesgruppen, die bisher dem Verwaltungsrat angehört hatten, und die Bestimmungen bezüglich der Zugehörigkeit zur Universität Marburg, gestrichen.⁹⁶⁷ Weiterhin vertreten waren der Rektor, ein Abgeordneter des ASTA, der Oberbürgermeister der Stadt Marburg sowie Angehörige der Fakultäten.⁹⁶⁸ Die Hauptversammlung hatte also zukünftig mehr Mitbestimmungsrechte bei der Zusammensetzung des Ver-

⁹⁶³ Siehe hierzu die neue Satzung in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 55-57.

⁹⁶⁴ Siehe hierzu Kapitel IV.2. und das nachfolgende Kapitel VII.2. über die personellen Änderungen in den Gremien des Universitätsbundes nach 1945.

⁹⁶⁵ Pinkerneil an Balla am 25. November 1950, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung. Zu Inhalt und Auslegung des § 26 BGB siehe PALANDT, Otto (Hrsg.): Bürgerliches Gesetzbuch mit Nebengesetzen, 8., neubearbeitete Auflage München und Berlin 1950. (Beck'sche Kurz-Kommentare, Bd. 7), S. 23.

⁹⁶⁶ § 14 der neuen Satzung, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 55-57. Zu den früheren Bestimmungen siehe die §§ 17-19 der Satzung von 1921 in: SAMMELMAPPE, S. 4.

⁹⁶⁷ §§ 23-25 der Satzung von 1921, in: EBD., S. 6f.

⁹⁶⁸ § 17 der neuen Satzung, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 55-57.

waltungsrates, da von diesem Zeitpunkt an mehr Mitglieder für den Verwaltungsrat frei wählbar waren. Ansonsten behielt sie ihre alten Funktionen bei.⁹⁶⁹

Die Hauptziele dieser zwar wenigen, aber bedeutsamen Veränderungen waren zum einen die bessere Handlungsfähigkeit im Vorstand, die sich Pinkerneil erhofft hatte. Dazu ist jedoch anzumerken, dass der alte Vorstand mit seinen sieben Mitgliedern sehr effektiv und schnell gearbeitet hatte und eine Reduzierung aus deren Sicht sicherlich nicht notwendig gewesen wäre. Vielleicht war es sogar in der einen oder anderen Situation vorteilhaft, dass die Beschlüsse auf einer breiteren Basis und nach einem intensiveren Meinungsaustausch gefasst wurden. Zum anderen erhoffte sich der Vorstand bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrates eine größere Gestaltungsmöglichkeit, da es nun zum Beispiel möglich war, mehr Vertreter aus der Wirtschaft an den Universitätsbund zu binden. Diese Neuregelung verringerte jedoch den Einfluss der Bundesgruppen, der gegen Ende der 1920er Jahre noch gestärkt worden war. Allerdings blieben die Auswirkungen dieser Bestimmungen gering, da der Universitätsbund in den 1950er Jahren kaum noch Bundesgruppen hatte.⁹⁷⁰

Darüber hinaus fielen einige Bestimmungen aus der alten Satzung bezüglich der Verwendung von Beiträgen und Spenden weg. War der Vorstand bis zu diesem Zeitpunkt gezwungen, Teile der Einnahmen dem Kapitalvermögen hinzuzufügen und somit eine Sicherheit für die Zukunft anzulegen, so wurde diese Einschränkung ersatzlos gestrichen.⁹⁷¹ Somit konnten nun alle Einnahmen nach Abzug der Unkosten als Förderbeiträge verwendet werden. Damit vergrößerte sich natürlich der finanzielle Handlungsspielraum des Vorstandes, sofern entsprechende Einnahmen erzielt wurden, allerdings ging diese Änderung auch zu Lasten der finanziellen Sicherheit des Bundes.

Um die Gemeinnützigkeit für den Universitätsbund zu erhalten, wurde 1954/55 eine weitere Änderung der Satzung notwendig. Um den Bestimmungen der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24. Dezember 1953⁹⁷² zu genügen, nahm der Universitätsbund einige Ergänzungen in die Satzung auf. So betonten die neuen Bestimmungen die ausschließlich gemeinnützige Zielsetzung des Bundes, die entsprechende Verwendung von Gewinnen und das Verbot von übermäßiger Vergütung für Personen, die für den Bund tätig waren. Zudem wurde in einen Passus aufgenommen, dass das Vermögen des Uni-

⁹⁶⁹ §§ 21f. der neuen Satzung, in: EBD.

⁹⁷⁰ Siehe hierzu Kapitel IV.3. und das noch folgende Kapitel VII.3.2.

⁹⁷¹ Zur alten Regelung siehe § 33 der Satzung von 1921, in: SAMMELMAPPE, S. 9.

⁹⁷² Die Verordnung ist abgedruckt in: BGBL., Jahrgang 1953, Teil I, S. 1592-1596.

versitätsbundes bei einer eventuellen Auflösung des Vereins an die Universität Marburg fiele.⁹⁷³

Der im Jahre 1951 durch die Satzung geänderte Vorstand hatte bereits 1947/48 wichtige Neubesetzungen vornehmen müssen. So war das Amt des Schriftführers nach dem Tode von Versé 1947 zunächst vakant. Für diese Übergangszeit stellte Duden der Sekretärin des Universitätsbundes, Frau Patzer, eine Vollmacht aus, dringende Angelegenheiten im Sinne des Vorstandes zu erledigen, „bis eine endgültige Neuregelung getroffen werden kann.“⁹⁷⁴ Diese konnte dann Anfang des folgenden Jahres gefunden werden, als Prof. Dr. Emil Balla, Professor der Theologie, das Amt als Schriftführer antrat. Rektor Frick hatte Balla im Dezember 1947 dem Vorsitzenden Duden als neuen Schriftführer vorgeschlagen und die Umstände der vorangegangenen Suche erläutert, die sich schwierig gestaltete, da viele Kandidaten aus politischen Gründen nicht in Frage kamen:

„Es ist mir eine Freude, Ihnen hierdurch mitteilen zu können, dass wir nach langen Vorverhandlungen nun endlich so weit sind, einen Nachfolger für Herrn Versé im Amte des Schriftführers vorschlagen zu können. Es ist der Ihnen gewiss bekannte Professor Dr. Emil Balla aus der Theologischen Fakultät. Ich darf es mir ersparen, Ihnen die umständlichen und zum Teil recht mühseligen Besprechungen, die vorausgegangen sind, zu schildern. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, dass die Auswahl von solchen Kräften, die nach jeder Seite hin befähigt wären, unter den heutigen Verhältnissen ein solches Amt zu bekleiden, ausserordentlich klein ist. Herr Balla erfüllt nach unserer Überzeugung alle wesentlichen Gesichtspunkte in einem solchen Masse wie kein anderes Mitglied unseres Lehrkörpers. Nun haben in einer Besprechung, die ich gestern im Rektorat veranstalten konnte, die Herren Geheimrat von Hülsen, Bankdirektor Dr. Pfeiffer, der eigens von Wildungen herübergekommen war, Herr Professor Balla und ich uns grundsätzlich geeinigt. Wir hatten auch gleich die Rechtslage besprochen und halten folgenden Weg für geboten. Da ein normales Gremium mit normalem Verfahren augenblicklich nicht verfügbar ist, sind wir dafür, dass der Vorsitzende des Bundes auf Grund unseres Vorschlages den Herrn Professor Balla zum Schriftführer des Bundes ernennen sollte mit dem Vorbehalt nachträglicher Genehmigung durch den in absehbarer Zeit erstmalig wieder zusammentretenden Verwaltungsrat, nachdem dieser aus neuen Wahlen auf der ersten Mitgliederversammlung hervorgegangen sein wird.“⁹⁷⁵

Letztlich stimmte Duden der Ernennung und dem von Frick vorgeschlagenen Verfahren Anfang Januar 1948 zu und ernannte Balla zum neuen kommissarischen Schriftführer.

⁹⁷³ Die genauen Formulierungen und ihre Platzierung in den einzelnen Paragraphen sind dem Protokoll der Vorstandssitzung vom 8. Dezember 1954 zu entnehmen, in der die erforderlichen Anpassungen beschlossen wurden. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 20, ohne Blatzzählung. Im Folgejahr legte der Vorstand der Hauptversammlung die Änderungen vor, die diese einstimmig billigte. Protokoll der Hauptversammlung vom 17. Juni 1955, in: EBD., ohne Blatzzählung.

⁹⁷⁴ Duden an Frau Patzer am 3. September 1947, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blatzzählung.

⁹⁷⁵ Rektor Frick an Duden am 20. Dezember 1947, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 632, Bl. 224a und 224b.

rer.⁹⁷⁶ Diese Übergangsregelung galt auch für den neuen Schatzmeister Dr. Friedrich August Pinkerneil, der das Amt vom am 11. März 1948 gestorbenen Dr. Pfeiffer übernahm.⁹⁷⁷ Zum Zeitpunkt seiner Ernennung war Pinkerneil

*„[...] in Frankfurt/M. in der Bizonenverwaltung und in Essen in der Bergwerksverwaltung, soweit sie nicht Kohle oder Eisen umfasst, tätig. Er ist bei den Amerikanern und Engländern hoch angesehen und weiss mit am besten im deutschen Wirtschaftsleben Bescheid. Vom Befreiungsgesetz ist er nicht betroffen.“*⁹⁷⁸

Zwei andere Vorstandsmitglieder waren jedoch vom „Befreiungsgesetz“⁹⁷⁹ betroffen beziehungsweise mussten sich vor einem amerikanischen Militärgericht verantworten, so dass nicht klar war, ob sie im Vorstand verbleiben konnten. So stand Prof. Carl Ludwig Lautenschläger⁹⁸⁰ im IG-Farben-Prozess unter Anklage, wurde aber letztendlich freigesprochen.⁹⁸¹ Auch das Gründungs- und langjährige Vorstandsmitglied Schellmann, welches sich in einem Spruchkammerverfahren gegen Vorwürfe zu seiner Amts-

⁹⁷⁶ Duden an Rektor Frick am 5. Januar 1948, in: EBD., Bl. 224c. Siehe auch Duden an Frau Patzer am 6. Januar 1948, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung. Balla wurde im Rahmen der Hauptversammlung im Jahre 1951 durch den Verwaltungsrat im Amt des Schriftführers bestätigt. Siehe hierzu Kapitel IV.2.

⁹⁷⁷ Duden an Pinkerneil am 12. April 1948, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung.

⁹⁷⁸ Balla an Duden am 3. April 1948, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁹⁷⁹ Gemeint ist das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946, in: GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT für Groß-Hessen Nr. 7-8 vom 15. März 1946, S. 57-71.

⁹⁸⁰ Lautenschläger gehörte dem Vorstand der IG-Farben seit 1931 als stellvertretendes und ab 1938 als ordentliches Vorstandsmitglied an. Gleichzeitig leitete er ab 1938 das Höchster Werk der IG-Farben und 1941 ernannte ihn die Philipps-Universität Marburg zum Ehrensensator. Zum Lebenslauf von Lautenschläger siehe HEINE, Verstand, S. 161ff. Zur Ernennung zum Ehrensensator siehe HSTAM Bestand 305a, Acc. 1976/19, Nr. 2173, Bl. 1-6.

⁹⁸¹ „Er wurde schließlich mangels Beweisen frei gesprochen. Im Spruchkammerverfahren wurde er schließlich sogar unter die ‚Entlasteten‘ eingereiht. Dies war mit Sicherheit ein Fehlurteil. Lautenschläger hätte zumindest als ‚Mitläufer‘ gelten müssen, denn er war ein Opportunist ersten Ranges, der sein Werk und dessen Mitarbeiter der Gauleitung und Gestapo ausgeliefert hatte – ein Beispiel von rückgratlosem Konformismus.“ LINDNER, Stephan H.: Hoechst. Ein I.G. Farben Werk im Dritten Reich, München 2005, S. 356. Zur Person von Lautenschläger urteilen zudem Ulrich Schneider und Harry Stein: „[...] und im Aufsichtsrat der Behringwerke AG saß eben jener Lautenschläger, der nach eigenen Angaben seit Mitte 1943 (mit ziemlicher Sicherheit jedoch bereits seit 1942) von den Menschenversuchen im KZ Buchenwald wußte und der nach dem Krieg an „Gedächtnisschwund“ litt.“ SCHNEIDER, Ulrich/STEIN, Harry: IG-Farben AG, Abt. Behringwerke Marburg – KZ Buchenwald. Menschenversuche. Ein dokumentarischer Bericht, Kassel 1986, S. 54. Zum IG-Farben-Prozess siehe BORKIN, Joseph: Die unheilige Allianz der IG-Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Frankfurt a.M./New York 1990, insbesondere S. 126-140. Die Universität Marburg rechtfertigte in einer eidesstattlichen Erklärung die Ernennung von Lautenschläger zum Ehrensensator aus dem Jahre 1941 mit dessen Verdiensten für die wissenschaftliche Forschung, die Lautenschläger stets zum Nutzen der Menschheit betrieben habe: „Die Universität fühlt sich verpflichtet, gerade im jetzigen Augenblick auf diese Tatsachen hinzuweisen.“ Erklärung der Universität Marburg, unterzeichnet von Prorektor Prof. Dr. Matz, vom 7. April 1948 zur Vorlage als Beweismaterial beim Militärgerichtshof (Fall VI) im Justizpalast Nürnberg, in: HSTAM Bestand 305a, Acc. 1976/19, Nr. 2173. ohne Blattzählung. Der Verteidiger von Lautenschläger baute auf dieser Erklärung sein Plädoyer auf. Das Plädoyer ist in Auszügen abgedruckt in: WALENDY, Udo (Hrsg.): Auschwitz im IG-Farben Prozeß – Holocaust-Dokumente? Vlotho 1981, S. 352ff. Zu den Urteilsprüchen siehe: Das URTEIL im IG-Farben-Prozess. Der vollständige Wortlaut mit Dokumentenanhang, Offenbach 1948. Zu den jeweiligen Freisprüchen von Lautenschläger siehe EBD., S. 16, S. 97f., S. 110-113 und S. 136-139.

führung als Landesrat verteidigen musste, wurde als entlastet eingestuft.⁹⁸² Schellmann bestand daher in der Folgezeit darauf, als Mitglied des Vorstandes weiter geführt zu werden, was ihm Balla Anfang des Jahres 1949 auch bestätigte: *„Selbstverständlich sind Sie nach wie vor Mitglied des Vorstandes. Daran besteht natürlich nicht der geringste Zweifel.“*⁹⁸³ Balla betonte in dem Schreiben aber auch den provisorischen Charakter des Vorstandes:

*„Alles ist noch im Werden. Es ist nicht einmal klar, wer der Vorsitzende des Universitätsbundes ist, da Herr Professor Duden ausscheiden möchte. Sowohl der Schatzmeister des Universitätsbundes Dr. Pinkerneil wie ich selbst in meiner Eigenschaft als Schriftführer sind noch nicht vom Verwaltungsrat bestätigt worden. Alles das muss nachgeholt werden und wird nachgeholt werden, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet. Ich werde Sie als Mitglied des Vorstandes über alle Entscheidungen, die getroffen werden, auf dem Laufenden halten.“*⁹⁸⁴

In dieser Besetzung nahm der Vorstand mit dem Vorsitzenden Duden, dem Schriftführer Balla, dem Schatzmeister Pinkerneil, dem jeweiligem Rektor sowie dem weiterhin amtierenden Vorstandsmitglied Schellmann den Wiederaufbau des Universitätsbundes in Angriff, bei dem der neu zusammengesetzte Vorstand auf Vorarbeiten des verstorbenen Schatzmeisters Pfeiffer zurückgreifen konnte.⁹⁸⁵

Duden hatte, wie oben angedeutet, aus gesundheitlichen Gründen den Wunsch geäußert, aus dem Amt des Vorsitzenden auszusteigen. Damit musste innerhalb kürzester Zeit erneut ein wichtiges Amt im Vorstand neu besetzt werden und daher bat Balla ihn, bis zur Klärung der Nachfolge im Amt zu bleiben, *„um den Bund vor größeren Schwierigkeiten zu bewahren.“*⁹⁸⁶ Die Nachfolgeregelung dauerte jedoch noch einige Zeit, denn der ehemalige Kurator von Hülßen, dem das Amt zunächst angeboten wurde, lehnte ab.⁹⁸⁷

⁹⁸² *„Der Betroffene hat auf Grund der Beweisaufnahme nach Art. 13. d. Ges. v. 5.3.46 aktiven Widerstand nach dem Maß seiner Kräfte geleistet. Er hat aber auch Nachteile erlitten. Man hat ihm den Vorsitz im Jugendherbergsverband entzogen, ferner hat man ihm das Referat für Kunst und Wissenschaft von seiten der Partei abgenommen und einem anderen Herrn übergeben. Dazu hat er auch seelischen Schaden erlitten. [...] Die Kammer ist der Ansicht, dass die Bedingungen des Art. 13 auf Grund der Beweisaufnahme restlos erfüllt sind und reihte ihn deshalb in die Gruppe der Entlasteten ein.“* Bescheid der Spruchkammer Kassel-Stadt AZ K IV 989/46 Kassel, den 14. Februar 1947 [amtlich beglaubigt] im Verfahren gegen Landesrat Otto Schellmann, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung, als Anlage zu einem Brief von Schellmann an Balla vom 21. Mai 1948.

⁹⁸³ Balla an Schellmann am 6. Januar 1949, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁹⁸⁴ EBD.

⁹⁸⁵ Zum Wiederaufbau und den Vorarbeiten von Pfeiffer siehe Kapitel VII.3.

⁹⁸⁶ Balla an Duden am 6. Januar 1949, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung.

⁹⁸⁷ EBD. Eine Begründung wird in diesem Brief nicht genannt, erst im Oktober 1950, als die Frage des Vorsitzes immer noch nicht geklärt war, schreibt Balla an Pinkerneil, dass von Hülßen den Vorsitz strikt abgelehnt habe, da nur jemand mit Kontakten zur Wirtschaft geeignet wäre. Brief des Schriftführers an den Schatzmeister vom 12. Oktober 1950, in: EBD., ohne Blattzählung.

Nach dieser Absage schlug Schatzmeister Pinkerneil den damaligen Oberbürgermeister von Düsseldorf und ehemaligen Marburger Studenten Dr. Robert Lehr als Nachfolger Dudens vor.⁹⁸⁸ Warum Lehr vorgeschlagen wurde, geht aus dem Brief nicht hervor, jedoch stellte Duden die Vorzüge von Lehr im Mai 1950 wie folgt dar: „*Herr Dr. Lehr [...] genießt die uneingeschränkste Hochschätzung und Anerkennung seiner vielfachen öffentlichen Tätigkeit auch in den Kreisen, die zuweilen in einzelnen politischen Fragen von ihm abweichen.*“⁹⁸⁹ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass in keinem Schreiben oder keiner Stellungnahme darüber diskutiert wurde, die Tradition der Besetzung des Postens des Vorsitzenden mit einem Vertreter der Hoechster Farbwerke fortzusetzen. Eine mögliche Erklärung über die Hintergründe liefert Stephan Lindner in seiner Studie über das Hoechster Werk in der NS-Zeit, die auch die unmittelbare Nachkriegszeit umfasst. Demnach war die Zukunft des Werkes und die Besetzung des Vorstandes Anfang der 1950er Jahre noch unklar, so dass womöglich kein geeigneter Kandidat zur Verfügung stand.⁹⁹⁰

Pinkerneil scheute allerdings zunächst vor einem Gesprächskontakt mit dem ausgewählten Lehr zurück, da dieser einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt war und Pinkerneil keine Absage riskieren wollte.⁹⁹¹ Aus diesen Gründen wurden in den folgenden Monaten nach den vorliegenden Quellen keine weiteren Schritte in der Frage des Vorsitzenden unternommen. Da jedoch über eine Eignung von anderen Personen für diesen Posten nicht diskutiert wurde, wartete der Vorstand offensichtlich nur auf eine passende Gelegenheit, um mit Dr. Lehr die Angelegenheit zu besprechen.⁹⁹²

Erst nach Ablauf eines Jahres nahm im März 1950 Duden selbst Kontakt mit Lehr auf und bat ihn im Namen des Vorstandes, den Vorsitz des Universitätsbundes zu übernehmen.⁹⁹³ In seinem Brief an Lehr lobt Duden die Arbeit von Balla und die Fortschritte, die der Universitätsbund in seiner Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt gemacht hatte. Offensichtlich wollte er mit der Hervorhebung der positiven Entwicklungen Lehr bei seiner Entscheidung beeinflussen. Nach diesem Brief sprach Pinkerneil mit Lehr, der, wie vom Universitätsbund befürchtet, wegen seiner Arbeitsbelastung Bedenken hatte, das Amt zu übernehmen, jedoch, da er sich der Universität Marburg verbunden fühlte,

⁹⁸⁸ Hierüber berichtete Balla dem Vorsitzenden Duden in dem Brief vom 6. Januar 1949, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁹⁸⁹ Duden an Balla am 15. Mai 1950, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁹⁹⁰ Zur Entwicklung des Hoechster Werkes von 1945 bis 1951/52 siehe LINDNER, Hoechst, S. 349-362.

⁹⁹¹ Pinkerneil an Balla am 4. April 1949, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁹⁹² Es wurden keine Belege gefunden, die dieser Annahme widersprechen.

⁹⁹³ Duden an Lehr am 7. März 1950, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung. Warum Duden schließlich die Initiative übernahm, lässt sich aus dem Quellen nicht beantworten.

um ein weiteres Gespräch gebeten hatte.⁹⁹⁴ Ob dieses Treffen stattgefunden hat, konnte nicht mehr geklärt werden.

Als Lehr im Oktober 1950 zum Bundesinnenminister ernannt wurde, ging der Universitätsbund davon aus, dass sich seine Hoffnungen zerschlagen hatten. Damit lag der Universitätsbund, der inzwischen bei Pinkerneil angefragt hatte, ob dieser einen führenden Vertreter der Wirtschaft kennen würde, der das Amt übernehmen könnte,⁹⁹⁵ jedoch falsch. Denn Lehr drückte im November 1950 bei einem Treffen mit dem Prorektor der Universität seine Bereitschaft aus, Vorsitzender des Universitätsbundes zu werden, da er im Zuge seiner Ernennung zum Minister viele seiner übrigen Ämter abgegeben habe.⁹⁹⁶ Balla informierte Pinkerneil über die Entwicklung,⁹⁹⁷ der dann Lehr bat, Vorsitzender des Bundes zu werden. Dabei erklärte er, er und der Schriftführer würden die „Kleinarbeit“ von Lehr fernhalten.⁹⁹⁸ Am 27. November 1950 bestätigte Lehr Pinkerneil, dass er bereit sei, neuer Vorsitzender des Universitätsbundes zu werden.⁹⁹⁹ Lehr wurde während der Hauptversammlung im Juni 1951 zum neuen Vorsitzenden gewählt und als Anerkennung für seine Verdienste als Vorsitzender wurde Duden zum Ehrenvorsitzenden des Universitätsbundes ernannt.¹⁰⁰⁰

Der Ablauf der Suche nach einem neuen Vorsitzenden zeigt ein ungeschicktes Vorgehen des Bundes, denn er führte die Verhandlungen mit dem Wunschkandidaten Lehr völlig unzureichend. So deuten mehrere Indizien darauf hin, dass nach der Kontaktaufnahme von Duden mit Lehr kein weiteres Gespräch, wie von Lehr gewünscht, stattge-

Duden könnte ungeduldig geworden sein und intern auf einer Klärung der Angelegenheit bestanden haben, denn seit seiner Rücktrittsankündigung war bereits mehr als ein Jahr verstrichen.

⁹⁹⁴ Pinkerneil an Balla am 19. April 1950, in: EBD., ohne Blattzählung.

⁹⁹⁵ Balla an Pinkerneil am 12. Oktober 1950, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung. Eine Antwort des Schatzmeisters auf diese Frage existiert in den Akten nicht.

⁹⁹⁶ „Gelegentlich einer Besprechung [...] brachte Herr Dr. Lehr auch die ihm offenbar von Herrn Dr. Pinkerneil nahegelegte Frage der Übernahme des Vorsitzes im Marburger Universitätsbund zur Sprache. Er habe bisher wegen seiner vielfältigen Inanspruchnahme Bedenken gehabt, ggf. den Vorsitz im Universitätsbund zu übernehmen. Jetzt habe er aber nach Übernahme des Postens des Bundesinnenministers einen Teil seiner früheren Posten niedergelegt, vor allem auch auf das Mandat im Nordrhein-westfälischen Landtag verzichtet. [...] Er fühle sich ausserdem mit den deutschen Hochschulen und ganz besonders mit der Marburger Universität, deren Ehrenszenator er ist, aufs stärkste verbunden. Herr Dr. Lehr beauftragte mich, Herrn Dr. Pinkerneil zu veranlassen, sobald wie möglich noch einmal über diese Angelegenheit mit ihm zu sprechen. Ich habe den Eindruck, dass bei ihm jetzt starke Geneigtheit besteht, den Vorsitz zu übernehmen. Bei seinen sehr intensiven Verbindungen mit der Ruhrindustrie dürfte sich eine solche Lösung wohl auch empfehlen.“ Aktennotiz des Prorektors Prof. Dr. Gerhard Albrecht vom 11. November 1950, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 45.

⁹⁹⁷ „Die Gewinnung von Dr. Lehr als Vorsitzenden des Universitätsbundes ist auf das höchste erwünscht. Ich habe das mir übersandte Schreiben sofort an Dr. Pinkerneil weitergereicht, damit er die weiteren Schritte unternimmt.“ Schriftführer Balla an Rektor Benninghoff am 15. November 1950, in: EBD., Bl. 47.

⁹⁹⁸ Pinkerneil an Lehr am 18. November 1950, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung.

⁹⁹⁹ EBD., ohne Blattzählung.

¹⁰⁰⁰ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 3 (1951), S. 4f.

funden hat. Dann wäre nämlich der Vorstand im Oktober nicht davon ausgegangen, dass die Ernennung von Lehr zum Minister der Übernahme des Amtes des Vorsitzenden entgegenstehen würde, denn die Absichten Lehrs wären dem Vorstand bekannt gewesen und es hätte nach Duden und Pinkerneil nicht noch der Prorektor beteiligt werden müssen. Auch die späte Erörterung der Arbeitsteilung und –belastung belegt, dass bis zum November 1950 keine konkreten Gespräche mit Lehr stattgefunden hatten, denn diese Fragen wären ansonsten sicher schon geklärt gewesen. Über die Gründe, die letztendlich zu dieser langen Verzögerung führten, können aufgrund der wenigen überlieferten Quellen nur Vermutungen angestellt werden. Offensichtlich hatte der Vorstand lange Zeit große Bedenken, dass Lehr absagen und er dann nach dem Verzicht des ehemaligen Kurators keine Ersatzkandidaten haben würde. Letztlich konnte zwar Lehr für das Amt gewonnen werden und der Vorstand hatte somit sein Ziel erreicht, ein gutes Management hatte er aber nicht bewiesen.

Wesentlich konsequenter handelte der Vorstand im Jahre 1956, als nach zwei Todesfällen die entsprechenden Ämter neu besetzt werden mussten. Zunächst verstarb der langjährige Schriftführer Balla am 11. Juli 1956, ehe dann auch der Vorsitzende Dr. Lehr am 13. Oktober 1956 aus dem Leben schied. Damit war also die Hälfte der Ämter im Vorstand vakant, und um weiter handlungsfähig zu bleiben, musste eine schnelle Lösung gefunden werden. Dabei war das Amt des Schriftführers von größerer Wichtigkeit, denn durch den Amtsinhaber wurde ein großer Teil der Korrespondenz und der alltäglichen Arbeit zwischen den Gremiensitzungen erledigt. Bei der Neubesetzung hielt sich der Bund an die Tradition, das Amt des Schriftführers an ein Mitglied der Universität Marburg zu vergeben, während für die Position des Vorsitzenden ein auswärtiger Kandidat gesucht wurde.

Um einen geeigneten Schriftführer aus den Reihen der Marburger Professoren zu ermitteln, bat Rektor Villinger kurz nach Ballas Tod die Dekane um Mithilfe, wobei er auch das Anforderungsprofil an den neuen Schriftführer beschrieb:

*„Ich wiederhole deshalb meine in der Senatssitzung am 16.7.1956 an die Herrn Dekane gerichtete Bitte, sich in den Reihen ihrer Fakultäten nach einem geeigneten Herrn umzusehen und ihn mir zu präsentieren. Es kommt außerordentlich viel darauf an, daß diese Persönlichkeit über gute Beziehungen zu den ehemaligen Angehörigen der Philipps-Universität verfügt und vor allem diplomatisches Geschick besitzt. Mit diesem diplomatischen Geschick muß sich eine gewisse Autorität verbinden.“*¹⁰⁰¹

¹⁰⁰¹ Rektor Villinger an den Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät am 18. Juli 1956, in: ZWISCHENARCHIV DER PHILIPPS-UNIVERSITÄT MARBURG Nr. 470, ohne Blattzählung. Die Fakultät teilte am 31. Juli 1956 mit, dass sie keinen „Nachfolger [...] in Vorschlag [...] bringen“ könne. EBD., ohne Blattzählung.

Es dauerte jedoch bis zum November 1956, ehe der verbliebene Vorstand aus Schatzmeister Pinkerneil und dem neuen Rektor Wagner einen Nachfolger für Balla gefunden hatte: Prof. Dr. Ludwig Erich Schmitt, Ordinarius für Germanische und Deutsche Philologie, hatte sich bereit erklärt, das Amt zu übernehmen.¹⁰⁰² Nachdem er die Aufgabe erst kommissarisch ausgeführt hatte, wurde er während der Hauptversammlung im Jahre 1957 in den Vorstand und in den Verwaltungsrat gewählt.¹⁰⁰³

War Balla sehr überraschend verstorben, so waren die verbliebenen Vorstandsmitglieder auf die Suche eines neuen Vorsitzenden besser vorbereitet. Denn Lehr war vor seinem Tode des öfteren erkrankt und konnte auch mehrmals nicht an Sitzungen des Bundes teilnehmen. Deswegen hatte es bereits Überlegungen gegeben, wer als Nachfolger in Frage käme, falls Lehr seinen Posten aus gesundheitlichen Gründen niederlegen sollte. Und so beschloss der Vorstand im Sommer 1956, dass Schatzmeister Pinkerneil Herrn Dr. Erlenbach von den Farbwerken Höchst fragen solle, ob dieser gegebenenfalls die Position übernehmen würde.¹⁰⁰⁴ Dr. Erlenbach schlug das Angebot offenbar aus, denn im November einigten sich Pinkerneil und Rektor Wagner mit Prof. Dr. Karl Winnacker von den Farbwerken Höchst auf einen anderen Kandidaten für das Amt des Vorsitzenden. Nachdem dieser sein Einverständnis erklärt hatte,¹⁰⁰⁵ konnte er während des „Universitätsstages“ 1957 zum neuen Vorsitzenden gewählt werden.¹⁰⁰⁶ Damit setzte sich die Tradition der engen Zusammenarbeit zwischen dem Universitätsbund und den Farbwerken Höchst fort, denen schon die ersten beiden Vorsitzenden, Haeuser und Duden, angehört hatten. Warum der Vorstand bereits im Sommer 1956 die Grundsatzentscheidung traf, als Nachfolger für Dr. Lehr wieder einen Mann aus der Wirtschaft zu suchen, ist unklar. Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass der Universitätsbund auf diesem Wege seine Kontakte zur Industrie und damit zu finanziellen Möglichkeiten verbessern wollte. Ob die gewünschte engere Bindung an die Industrie finanziell auch tatsächlich notwendig war, lässt sich erst nach der folgenden Untersuchung der Entwicklung des Universitätsbundes seit 1945/48 beantworten, wobei die Analyse die Mitgliederzahlen und die Bundesgruppen, das Vortragswesen und die Finanzen umfasst.

¹⁰⁰² Aktennotiz des Rektors vom 12. November 1956 über ein Gespräch mit Schatzmeister Pinkerneil, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 1914, ohne Blattzählung.

¹⁰⁰³ Protokoll der Verwaltungsratssitzung und der Hauptversammlung vom 31. Mai 1957, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 23, ohne Blattzählung.

¹⁰⁰⁴ Protokolle von Besprechungen zwischen Schriftführer und Schatzmeister einerseits und Schriftführer und Rektor andererseits vom 16. Juni 1956, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 22, ohne Blattzählung.

¹⁰⁰⁵ Aktennotiz des Rektors vom 12. November 1956 über ein Gespräch mit Schatzmeister Pinkerneil, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 1914, ohne Blattzählung.

¹⁰⁰⁶ Protokoll der Verwaltungsratssitzung und der Hauptversammlung vom 31. Mai 1957, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 23, ohne Blattzählung.

3. Die Entwicklung des Universitätsbundes 1948-1957

3.1. Die Mitgliederwerbung

Wie das Überblickskapitel verdeutlicht hat, stieg die Mitgliederzahl und die Zahl der Bundesgruppen nach der Wiedezulassung nur sehr langsam an. Im Folgenden werden nun die Hintergründe dieser Entwicklung beleuchtet und die Maßnahmen des Vorstandes zur Mobilisierung und Gewinnung neuer Mitglieder und Bundesgruppen geschildert. Dabei sind allerdings vor allem für die ersten Jahre nur wenige Quellen überliefert und auch von einer Zusammenfassung der Geschichte des Universitätsbundes, die Schriftführer Balla während der ersten Hauptversammlung im Juni 1951 vortrug, sind keine Aufzeichnungen erhalten geblieben.¹⁰⁰⁷

Bereits im Vorfeld der offiziellen Wiedezulassung, nämlich im Wintersemester 1947/48, berieten Schatzmeister Pfeiffer und Frau Patzer darüber, wie sie mit den alten Mitgliedern, die über ganz Deutschland verstreut und deren Adressen nicht mehr gültig waren, in Kontakt treten könnten. Es gab keine aktualisierten Listen, nach denen sie vorgehen konnten, so dass der Universitätsbund zu diesem Zeitpunkt keine konkrete Mitgliederzahl benennen konnte. Frau Patzer schlug deshalb vor, die Mitgliederzahlen der einzelnen Bundesgruppen festzustellen.¹⁰⁰⁸

Zu diesen hatte Pfeiffer teilweise bereits Kontakt aufgenommen, um die Grundlagen für die weiterführenden Tätigkeiten des Bundes, wie beispielsweise das Vortragswesen, zu schaffen. Dabei hatte er, wie er berichtete, vielversprechende Rückmeldungen erhalten:

*„Meine Verhandlungen mit den Bundesgruppen sind jetzt soweit gediehen, dass ich mit 20 Orten die Fühlung aufgenommen habe und fast überall auf Entgegenkommen gestossen bin. Noch nicht geklärt ist eine Bundesgruppe in Fritzlar und Homberg.“*¹⁰⁰⁹

Leider konnte Pfeiffer seine Tätigkeiten nicht fortsetzen, da er am 11. März 1948 verstarb und bis sich die neuen Amtsträger Balla und Pinkerneil eingearbeitet hatten, dauerte es einige Zeit. Gegen Ende des Jahres 1948, also fast ein Jahr nach dem Amtsantritt von Balla und gut ein halbes Jahr nach der offiziellen Wiedezulassung des Bundes, begann der Vorstand dann, konkrete Schritte zum Neubeginn im Vortragswesen¹⁰¹⁰ und

¹⁰⁰⁷ In den Berichten der Oberhessischen Presse und in den Mitteilungen wird lediglich die geringe Mitgliederzahl und die sich dringend daraus ergebende Notwendigkeit der Mitgliederwerbung hervorgehoben. OP vom 11. Juni 1951, S. 6; MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 3 (1951), S. 8.

¹⁰⁰⁸ Frau Patzer an Pfeiffer am 17. Februar 1948, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung.

¹⁰⁰⁹ Pfeiffer an Frau Patzer am 1. März 1948, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹⁰¹⁰ Siehe hierzu Kapitel VII.3.3.

zur Vorbereitung einer Denkschrift über die Bedürftigkeit der Marburger Universität, die zur Spenden- und Mitgliederwerbung eingesetzt werden sollte, einzuleiten.

Hinsichtlich der Denkschrift bat Schriftführer Balla den Rektor, die Dekane und die Institutsleiter, die Notlage ihrer jeweiligen Einrichtungen möglichst konkret zu beschreiben.¹⁰¹¹ Da auf diese Aufforderung hin nur wenige Berichte eingegangen waren, anhand derer keine Grundlage für eine werbende Denkschrift gegeben war, wurde ein Erinnerungsschreiben zu Jahresbeginn 1949 erforderlich. Um der Angelegenheit mehr Nachdruck zu verleihen, wurde zudem Rektor Albrecht um Mithilfe gebeten.¹⁰¹² Nach dem Erfolg dieses Vorgehens gelang es dem Vorstand, eine Denkschrift mit einem stark werbenden Charakter zu entwerfen, die darüber hinaus interessante Aufschlüsse über die Einstellung und Position der Universität und des Universitätsbundes zur „Aufarbeitung der Vergangenheit“ bietet.¹⁰¹³

Nach einem kurzen Rückblick auf die NS-Zeit geht die Denkschrift auf die Gegenwart über und schildert die Kriegsschäden, die zerstörten Institute und die wirtschaftlichen Folgen des Krieges:

„Waren vor der Währungsreform zwar die für die Durchführung eines geordneten Forschungs- und Lehrbetriebes erforderlichen Mittel vorhanden, so gab es jedoch nichts zu kaufen. Nach der Währungsreform fehlt es auf einmal an den allernotwendigsten Geldern. Der gesamte Etat der Universität mußte drastischen Kürzungen unterworfen werden, die die wissenschaftliche und unterrichtliche Betätigung der Universität auf das empfindlichste behindern.“¹⁰¹⁴

Auf dieser Grundlage fordern die Unterzeichner alle Freunde der Wissenschaft, vor allem aber die mit Bezug zur Philipps-Universität, auf, Mitglied im Universitätsbund Marburg zu werden und damit die Marburger Universität nach Kräften zu unterstützen. Als Gegenleistungen werden die Neuauflage der Mitteilungen, die Vorträge in den Bundesgruppen und, für die weitere Zukunft, die Hauptversammlungen angekündigt.¹⁰¹⁵ Mit dieser Denkschrift setzte der Versuch ein, massiv unter den Akademikern in Hessen für den Universitätsbund zu werben. Darunter befanden sich sehr viele, die bisher keinen Bezug zur Marburger Universität hatten. Etliche Ärzte-, Anwalts-, Zahnärzte- und Apothekerkammern wurden mit der Bitte angeschrieben, dem Universitätsbund ihre jeweiligen Mitgliederlisten zur Verfügung zu stellen. Die Kammern entsprachen der Bitte, so dass dem Universitätsbund eine große Anzahl von potentiellen Mitgliedern

¹⁰¹¹ Schriftführer Balla an Rektor, Dekane, Verwaltungsdirektor und Direktor der Uni-Bibliothek am 23. November 1948, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 5.

¹⁰¹² Schriftführer Balla an Rektor Albrecht am 7. Januar 1949, in: EBD., Bl. 12.

¹⁰¹³ Siehe hierzu Kapitel VII.6.

¹⁰¹⁴ „Der Marburger Universitätsbund“, unterzeichnet von Rektor Albrecht und von Duden als Vorsitzendem des Universitätsbundes, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, zwischen Bl. 12 und 13 eingelegt.

bekannt war. Auch wenn aus den Akten nicht ersichtlich wird, ob tatsächlich alle Personen angeschrieben wurden,¹⁰¹⁶ war der Aufwand aber sicherlich groß, wie aus einem Brief von Balla an Pinkerneil hervorgeht:

*„Es sind bereits zahlreiche Werbeblätter (fast 5000) verschickt worden. Leider gehen auch nicht im entferntesten soviel Beitrittserklärungen ein, wie man erwarten sollte. Wir haben bisher insgesamt rd. 400 Beitrittserklärungen erhalten, von denen rd. 75 neue Anmeldungen sind.“*¹⁰¹⁷

Auch etwa drei Monate später hatte sich kein grundlegender Erfolg eingestellt, wie Balla dem Gründungsmitglied des Bundes, Dr. Ludwig Scheffer, der sich in der Schweiz für den Universitätsbund engagierte,¹⁰¹⁸ mitteilte:

*„Wir haben in den letzten Monaten grosse Mühe darauf verwandt, den Universitätsbund wieder zu aktivieren. Tausende von Werbeschreiben sind, vor allem in Kurhessen, versandt worden. Der Erfolg entspricht leider nicht unseren Erwartungen. Die Rückmeldungen der ehemaligen Mitglieder und die Anmeldungen neuer Mitglieder gehen nur spärlich ein, da die Kreise, an die wir uns wenden, gerade durch die Währungsreform so verarmt sind, dass sie selbst den geringen Jahresbeitrag von DM 3.- nicht zahlen können. Grössere Spenden gehen nur ganz vereinzelt ein. Insgesamt haben wir bis jetzt etwa 500 alte und neue Mitglieder.“*¹⁰¹⁹

Auch unter den Marburger Dozenten war die Bereitschaft nicht sehr groß, dem Universitätsbund beizutreten, wie ein Schreiben des Rektors an die Mitglieder des Lehrkörpers verdeutlicht. Er bat daher im Namen des Universitätsbundes eindringlich um den Beitritt in denselben.¹⁰²⁰ Die zögerliche Haltung der Dozenten resultierte offenbar nicht aus finanziellen Erwägungen, sondern war, laut Rektor, zum Großteil in der Vergesslichkeit der Professoren begründet.¹⁰²¹ Ob dies jedoch wirklich der einzige Grund war, lässt sich aus den Quellen heraus nicht beantworten. Eventuell waren die alltäglichen Sorgen zu groß oder die Nachwirkungen der nationalsozialistischen Diktatur sorgten für zurückhaltende Bindungen an Vereine. Vielleicht zögerten aber auch viele Dozenten aus grundsätzlichen Erwägungen vor einem Beitritt und den damit verbundenen Auflagen.

¹⁰¹⁵ EBD.

¹⁰¹⁶ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 28, ohne Blattzählung.

¹⁰¹⁷ Demnach waren 325 Personen bereits vor 1945 Mitglied des Bundes und waren zum damaligen Zeitpunkt wieder eingetreten. Balla an Pinkerneil am 31. März 1949, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung. Balla beklagt in dem Schreiben auch den sehr geringen finanziellen Ertrag der Werbeaktionen.

¹⁰¹⁸ Scheffer schlug die Bildung einer Orts- oder Landesgruppe in der Schweiz vor, die alle ehemaligen Marburger Studenten umfassen sollte. Nach anfänglicher Skepsis stimmte der Universitätsbund den Bemühungen zu. Schriftführer Balla wollte auch zu einem Vortrag in die Schweiz kommen. Letztlich scheiterte das Vorhaben jedoch am mangelnden Interesse der Ehemaligen. Siehe hierzu den Briefwechsel zwischen Balla, Duden und Scheffer von Januar 1949 bis Februar 1950 in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung.

¹⁰¹⁹ Balla an Scheffer am 1. Juli 1949, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹⁰²⁰ Rektor Albrecht an alle Mitglieder des Lehrkörpers am 11. April 1949, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 15.

¹⁰²¹ EBD.

Denn das Gefühl, dem Universitätsbund verpflichtet zu sein, war deutlich kleiner geworden.¹⁰²²

Insgesamt verlief die Mitgliederwerbung also sehr schleppend und trotz großen Aufwandes stellten sich nur wenige Erfolge ein. Der Rückgang der Mitgliederzahlen auf weniger als ein Viertel im Vergleich zu 1939 bedeutete neben den finanziellen Auswirkungen auch eine deutliche Schwächung der Werbemöglichkeiten, denn die Mitglieder der Bundesgruppen dienten auch als Multiplikatoren für die Gewinnung neuer Mitglieder, indem sie über persönliche Kontakte für den Universitätsbund warben. Ohne eine gesunde Mitgliederbasis wurde die Arbeit vor Ort jedoch sehr erschwert. Als Ziel für 1950 wurde daher ausgegeben, die Mitgliederzahl „*mindestens zu verdoppeln*.“¹⁰²³

Über die weitere Entwicklung der Mitgliederzahl gab Schriftführer Balla in einer Dozentenversammlung im November 1950 einen kurzen Überblick. Demnach hatte der Universitätsbund zu diesem Zeitpunkt etwa 550 Mitglieder,¹⁰²⁴ womit die Mitgliederzahl also im Jahresverlauf nur um etwa 100 gestiegen war, und dies trotz einer umfangreichen Werbung unter den Alten Herren der Korporationen ab Mai 1950.¹⁰²⁵ Damit war der Universitätsbund weit davon entfernt, sein Ziel der Verdoppelung der Mitgliederzahlen bis zum Jahresende zu erreichen, zumal die Zahl bis dahin sogar noch leicht zurückging.¹⁰²⁶

Die Bedeutung der Mitgliedergewinnung war allen Beteiligten des Universitätsbundes bewusst und wurde deshalb auf der ersten Hauptversammlung von mehreren Seiten betont.¹⁰²⁷ Diese Appelle schienen dann etliche bewogen zu haben, dem Universitätsbund beizutreten, denn bis zum Redaktionsschluss des vierten Heftes der Mitteilungen im Mai 1952 war die Mitgliederzahl auf 963 angestiegen,¹⁰²⁸ und bereits im dritten Heft

¹⁰²² Dies zeigte sich auch bei der Organisation der Vortragsveranstaltungen. Siehe hierzu Kapitel VII.3.3.

¹⁰²³ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 1 (1950), S. 3.

¹⁰²⁴ „Skizze der Ansprache, die ich in meiner Eigenschaft als Schriftführer des Universitätsbundes bei der Dozentenversammlung am Freitag, den 24. Nov. 1950 gehalten habe“, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 79.

¹⁰²⁵ Hierüber informierte Balla Duden in einem Brief vom 11. Mai 1950, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung. Die mangelnde Resonanz seitens der Alten Herren könnte darin begründet sein, dass die Universität Marburg wie auch andere westdeutsche Universitäten die Korporationen bis zu dem Zeitpunkt nicht wieder zugelassen hatten. Dieser Hintergrund geht aus Gesprächen und Briefwechseln von Balla mit Dr. Scheffer und Duden hervor. Während sich Scheffer vehement für die Korporationen einsetzte, beklagte Duden die mangelnde Einsichtigkeit bei den Alten Herren, die nicht verstehen könnten, welche negativen Folgen das Wiederaufleben des Korporationswesens für die Universitäten hätte. EBD., ohne Blattzählung. Siehe hierzu auch Kapitel VII.6.

¹⁰²⁶ Zum 1. Januar 1951 hatte der Universitätsbund insgesamt 537 Mitglieder. MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 2 (1951), S. 3.

¹⁰²⁷ Siehe den Bericht über die Hauptversammlung in der OP vom 11. Juni 1951, S. 6. In der Zusammenfassung der Ereignisse der Hauptversammlung in den Mitteilungen des Universitätsbundes werden diese Appelle aber nicht erwähnt. MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 3 (1951), S. 3-8.

¹⁰²⁸ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 4 (1952), S. 5.

aus dem Herbst 1951 konnte ein deutlicher Zuwachs auf über 680 Mitglieder verzeichnet werden.¹⁰²⁹ Damit konnte die Mitgliederzahl binnen eines Jahres fast verdoppelt werden, was sich der Schriftführer in seinem Bericht in den Mitteilungen folgendermaßen erklärte:

*„Dieser erfreuliche Anstieg ist einmal der erfolgreichen Werbung einzelner Mitglieder zu verdanken. Ganz besonderer Dank gebührt dem Ältestenrat der Studentenschaft der Philipps-Universität, der dem Universitätsbund am Ende des Wintersemesters 1951/52 28 ordentliche und 87 studentische Mitglieder zugeführt hat. Zum anderen ist der erfreuliche Anstieg [...] der Gründung der Kasseler Ortsgruppe zu verdanken, durch die der Universitätsbund einen Zuwachs von 104 neuen Mitgliedern erhalten hat.“*¹⁰³⁰

Damit habe sich, so Balla weiter, gezeigt, dass die persönliche Werbung sowie die Verbreitung des Bundes über Ortsgruppen deutlicher erfolgsversprechender sei als die aufwändige und teure Werbung mittels Werbeschreiben und Aufrufen, zum Beispiel in Tageszeitungen.¹⁰³¹ Als weiterer Grund könnte, ähnlich wie 1920/21, die Gewissheit, dass der Universitätsbund handlungsfähig war und auf gesicherter rechtlicher Grundlage seinen Aufgaben nachgehen konnte, viele Personen bewogen haben, letztendlich dem Bund beizutreten. Diese Zweifel könnte die Hauptversammlung durch die Wahlen des Vorstandes und Verwaltungsrates ausgeräumt und damit vermehrt Beitritte zur Folge gehabt haben. Auch die im Einzelfall verbesserten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven könnten die Entscheidung für eine Mitgliedschaft beeinflusst haben. Bis 1957 gelang es dem Bund, seine Mitgliederzahl im Vergleich zum Beginn der 1950er Jahre zu verdreifachen, jedoch war er damit weit von seinen früheren Größenordnungen entfernt.¹⁰³²

3.2. Die Neugründung von Ortsgruppen

Offensichtlich war es weiterhin schwierig, die große Zahl der Adressaten, an die sich der Universitätsbund richtete, für die Aufgaben und Ziele des Bundes zu mobilisieren.¹⁰³³ Dies zeigte sich auch bei den vielfältigen Versuchen, neue Ortsgruppen zu

¹⁰²⁹ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 3 (1951), S. 8.

¹⁰³⁰ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 4 (1952), S. 5.

¹⁰³¹ EBD., S. 5f.

¹⁰³² Damit zeigte sich beim Marburger Universitätsbund eine ähnliche Entwicklung wie bei anderen Universitätsfördervereinen, denn fast alle hatten laut Herrmann bis in die Mitte der 1950er Jahre deutlich niedrigere Mitgliederzahlen als vor dem Zweiten Weltkrieg. HERRMANN, Freunde und Förderer, S. 117 und S. 129.

¹⁰³³ Hierzu gehörten auch die Dozenten der Universität, die der Universitätsbund jährlich anschrieb mit der Bitte, dem Universitätsbund beizutreten. Der Ertrag war jedoch fast immer sehr gering. So traten nach einem Aufruf vom 11. März 1955 von 88 angeschriebenen Dozenten nur 14 und von 125 Assistenten nur 6 bei. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 28, ohne Blattzählung. Auch ein Jahr später zeigte sich ein ähnliches Bild, so dass Schriftführer Balla die Dekane um Mithilfe bat. Dabei hob er die Bedeutung einer geschlossenen Mitgliedschaft aller Dozenten im Universitätsbund hervor: „Wir können auf Dauer

gründen. Dieser Weg war von Balla als erfolgsversprechend bezeichnet worden, nachdem in Kassel die frühere Bundesgruppe wiederbelebt werden konnte. Allerdings hatte es auch dort lange gedauert, bis die Gründungsversammlung durchgeführt werden konnte: So waren schon 1949 Überlegungen angestellt worden, wer die Leitung der Ortsgruppe übernehmen könnte.¹⁰³⁴ Wie jedoch schon bei anderen Personal- und Organisationsangelegenheiten zogen sich die Absprachen in die Länge und so erfolgte die Gründungsversammlung erst am 13. März 1952. Durch die gründliche Vorbereitung war es aber gelungen, einen erlesenen Kreis von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für den Universitätsbund zu gewinnen.¹⁰³⁵

Insgesamt fehlte jedoch die Verankerung des Bundes in der Umgebung in Form der Bundes- oder Ortsgruppen und im November 1950 existierte lediglich eine Bundesgruppe in Treysa.¹⁰³⁶ Des Weiteren waren die Volkshochschulen in Biedenkopf, Laasphe und Frankenberg korporative Mitglieder des Universitätsbundes. Interessant ist dabei, dass im ersten Heft der Mitteilungen nach dem Krieg, das 1950 erschien, noch andere Ortsgruppen genannt wurden, in denen bereits Vortragsveranstaltungen stattgefunden hätten. Hierzu zählten Allendorf, Bad Sooden-Allendorf, Biedenkopf, Frankenberg und Laasphe.¹⁰³⁷ Drei dieser fünf Städte wurden nun nicht mehr als Ortsgruppen bezeichnet, die anderen zwei nicht mehr erwähnt, stattdessen war lediglich Treysa hinzugekommen. Auch in dieser Richtung war also zunächst kein Fortschritt zu erkennen.

Kurz nach der erwähnten Gründung der Kasseler Ortsgruppe im März 1952 konnte der Vorstand mit der Bildung einer Ortsgruppe in Siegen einen weiteren Erfolg verbuchen.¹⁰³⁸ Diese blieb jedoch für einige Zeit die letzte Neugründung, denn geplante Vereinigungen in Fulda und Marburg scheiterten. Dennoch wurde am Ziel weiterer Orts-

nicht immer wieder andere zum Beitritt auffordern, wenn wir als Mitglieder des Lehrkörpers der alma mater Philippina nicht selber alle Mitglieder des Marburger Universitätsbundes sind.“ Schriftführer Balla an die Dekane, hier den Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, am 11. Mai 1956, in: ZWISCHENARCHIV DER PHILIPPS-UNIVERSITÄT MARBURG Nr. 470, ohne Blatzzählung.

¹⁰³⁴ „Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass die Ortsgruppe Kassel unter allen Umständen wieder auf die Beine gestellt werden muss. Und wenn der neue Direktor der Landesbibliothek Dr. von Both die Leitung der Ortsgruppe übernehmen wollte, wäre das grossartig. Bitte sprechen Sie doch mit ihm in diesem Sinne.“ So Balla in einem Brief an Schellmann vom 3. Mai 1949, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blatzzählung.

¹⁰³⁵ Zu Einzelheiten der Gründungsversammlung und zu den führenden Personen der Ortsgruppe siehe den ausführlichen Bericht in den MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 4 (1952), S. 6f.

¹⁰³⁶ Zu den Gründungsvorbereitungen siehe die Akte über die Bundesgruppe Treysa im DEPOT LAHNBERGE, ohne Blatzzählung.

¹⁰³⁷ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 1 (1950), S. 3.

¹⁰³⁸ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 5 (1952), S. 6. Zu den Vorbereitungen der Gründung siehe die Akte über die Bundesgruppe Siegen im DEPOT LAHNBERGE, ohne Blatzzählung.

gruppen festgehalten,¹⁰³⁹ und schließlich gelang es, im Januar 1954 in Frankenberg die nächste Ortsgruppe zu bilden.¹⁰⁴⁰ Durch diesen Erfolg ermuntert, berichtete der Vorstand, dass neue Ortsgruppen in Essen, Hagen, Hersfeld und Melsungen in Vorbereitung seien.¹⁰⁴¹ Zudem rief der Vorstand seine Mitglieder mit Verweis auf die zahlreichen Ortsgruppen vor dem Zweiten Weltkrieg zu mehr Engagement und Mithilfe bei der Gründung neuer Ortsgruppen auf. Als Alternative bei fehlender Infrastruktur oder Erfolgsaussicht schlug er vor, dass dortige Volkshochschulen oder Volksbildungswerke dem Universitätsbund als korporative Mitglieder beitreten sollten, um in Zusammenarbeit Vorträge des Universitätsbundes organisieren und abhalten zu können.¹⁰⁴²

Im Untersuchungszeitraum bis 1957 verlief also die Verankerung des Bundes durch Ortsgruppen innerhalb Hessens sehr schlecht. In vielen Städten und Gemeinden fehlte die Bereitschaft, sich wie vor dem Krieg für die Universität Marburg zu engagieren. Dies zeigte sich auch an den Orten, an denen Ortsgruppen bestanden, außer in Kassel, wo eine sehr große Mitgliederzahl gebunden werden konnte und auch regelmäßig Vorträge des Universitätsbundes stattfanden.¹⁰⁴³ In Siegen, Treysa und Frankenberg verlief die Entwicklung deutlicher schlechter, so dass der Vorstand des Universitätsbundes den Ortsgruppen Treysa und Frankenberg die Empfehlung gab, sich aufzulösen und stattdessen die Volkshochschule als korporatives Mitglied für den Universitätsbund zu gewinnen.¹⁰⁴⁴ Lediglich in Siegen schien sich nach Ansicht des Vorstandes, der auf weitere Universitätsbundsvorträge hoffte, die Situation zu verbessern.¹⁰⁴⁵

Symptomatisch für die Schwierigkeiten des Universitätsbundes und das stellenweise zögernde und unkoordinierte Vorgehen des Vorstandes, das sich bereits bei der Suche eines Nachfolgers für den Vorsitzenden Duden gezeigt hatte, war auch der Versuch, im Ruhrgebiet eine oder zwei Ortsgruppen zu gründen. Dabei handelt es sich um die bereits oben erwähnten Gründungen in Essen und Hagen, die vorbereitet wurden. Die Initiative zu diesen Bemühungen ging von Schatzmeister Pinkerneil aus, der Schriftführer Balla im Juli 1952 informierte, dass seine Sondierungsgespräche sehr erfolgsversprechend verlaufen seien, wobei er jedoch nicht erwähnte, mit wem er gesprochen hatte. In den Unterredungen sei ihm empfohlen worden, neben einer Ortsgruppe in Essen, die auch Mülheim und Oberhausen umfassen sollte, eine zweite in Dortmund zu gründen, in die

¹⁰³⁹ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 7 (1954), S. 7.

¹⁰⁴⁰ EBD., S. 10.

¹⁰⁴¹ EBD., S. 10f.

¹⁰⁴² Als Beispiele wurden Arolsen und Korbach aufgeführt, früher waren bereits andere Volkshochschulen genannt worden. EBD., S. 11.

¹⁰⁴³ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 9 (1955), S. 8.

¹⁰⁴⁴ EBD., S. 9.

¹⁰⁴⁵ EBD.

dann Hagen und Bochum einbezogen werden sollten. Die Leitung der Essener Ortsgruppe sollte laut Schatzmeister ein nicht näher vorgestellter Prof. Karl Ziegler übernehmen.¹⁰⁴⁶ Trotz dieser schon sehr konkreten Vorstellungen verzögerte sich die Umsetzung dieses Plans um einige Monate.¹⁰⁴⁷

Pinkerneil kam dann im Zuge der Vorbereitung der Hauptversammlung des Jahres 1953 wieder auf das Thema zurück und teilte seine Pläne Rektor Walcher mit:

*„Es liegt uns daran, diesmal aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet Gäste heranzuziehen, wenn möglich, schon vorher dort eine Ortsgruppe zu begründen oder die Gründung bald der Jahresversammlung des Universitätsbundes folgen zu lassen. Ich hatte vorgeschlagen, zunächst eine Gruppe in Essen entstehen zu lassen und Duisburg, Mülheim, Oberhausen, vielleicht auch noch Bochum, Gelsenkirchen für die Gruppe abzugrenzen, um dann später Sondergruppen zu gründen. Ich habe Herrn Prof. Balla weiter die Anregung gegeben, mit der Gründung den Leiter des Kohlenforschungsinstituts, Prof. Dr. Ziegler, zu beauftragen. Prof. Ziegler ist alter Marburger und sonst auch meiner Ansicht nach für die Übernahme der Vorstandsgeschäfte geeignet. Er verfügt dazu auch, was nicht unwichtig ist, über die genügenden Bürokräfte.“*¹⁰⁴⁸

Walcher war von dieser Idee sehr angetan und stimmte auch in der Personalfrage dem Schatzmeister zu.¹⁰⁴⁹ Der nächste Schritt wurde dann in einer Besprechung zwischen dem Rektor, dem Schatzmeister und Schriftführer Balla am 23. April 1953 beschlossen: *„Mit Prof. Ziegler, der Anfang Mai nach Marburg kommt, soll über die Gründung einer Landesgruppe Ruhrgebiet des Marburger Universitätsbundes mit dem Sitz in Essen verhandelt werden.“*¹⁰⁵⁰ Allerdings scheint dieses Gespräch nicht stattgefunden zu haben, vielmehr ist aus dem Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 4. Juli 1953 ein Rückschritt bezüglich des Verhandlungsstandes zu erkennen: *„Dagegen ist angeregt worden, eine Ortsgruppe für das gesamte Ruhrgebiet in Essen zu gründen. Der Anregung wird im Herbst nachgegangen werden.“*¹⁰⁵¹ Dem Protokoll ist nicht zu entnehmen, wer die Anregung zur Gründung der Ortsgruppe gab. Es ist zudem auch nicht vermerkt, ob Schatzmeister Pinkerneil in diesem Zusammenhang auf die vorangegangenen Bemühungen und Besprechungen hingewiesen hat.

¹⁰⁴⁶ Pinkerneil an Balla am 7. Juli 1952, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 84, ohne Blattzählung. Prof. Ziegler wurde vier Jahre später in den Verwaltungsrat des Universitätsbundes gewählt und war zu diesem Zeitpunkt Direktor des Max-Planck-Instituts für Kohleforschung in Mülheim/Ruhr. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 22, ohne Blattzählung.

¹⁰⁴⁷ Die diesbezüglichen Hintergründe sind aus den Quellen nicht ersichtlich.

¹⁰⁴⁸ Pinkerneil an Rektor Walcher am 16. März 1953, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79, Nr. 1913, ohne Blattzählung.

¹⁰⁴⁹ *„Professor Ziegler ist mir sehr gut bekannt, und ich glaube, daß wir in ihm einerseits einen Förderer unserer Universität sehen dürfen und andererseits denjenigen Mann hätten, der mit der nötigen Energie und den richtigen Beziehungen aus der Sache etwas machen könnte.“* Antwort des Rektors an Pinkerneil vom 23. März 1953, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹⁰⁵⁰ Aktennotiz von Balla vom 24. April 1953 über die Besprechung mit dem Rektor und dem Schatzmeister am 23. April 1953, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 18, ohne Blattzählung.

¹⁰⁵¹ Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 4. Juli 1953, in: EBD., ohne Blattzählung.

Entgegen der Beschlusslage des Verwaltungsrates kümmerte sich der Vorstand im Herbst des Jahres 1953 nicht um die geplante Ortsgruppe. Ein Grund für diese weitere Verzögerung ist den Quellen nicht zu entnehmen, jedenfalls wurde die Angelegenheit nicht mit Nachdruck verfolgt, wie ein kurzer Briefwechsel aus dem Frühling 1954 zeigt. Ein Mitglied des Universitätsbundes, Doz. Dr. Th. Schultheis aus Gladbeck, hatte in den Mitteilungen des Universitätsbundes von der geplanten Gründung der Essener Ortsgruppe gelesen. Da er sich dieser anschließen wollte, fragte er den Schriftführer nach der Kontaktadresse. Daraufhin antwortete Schriftführer Balla am 12. April 1954 wie folgt:

*„Es ist geplant, dass ich mit dem Herrn Rektor nach Ostern nach Essen fahre, um dort die Gründung einer „Essener Ortsgruppe des Marburger Universitätsbundes“ in die Wege zu leiten. Sie werden Nachricht erhalten, wenn es zu der Gründung dieser Ortsgruppe kommt.“*¹⁰⁵²

Die beabsichtigte Fahrt nach Essen hat dann aber nicht stattgefunden, denn Balla erinnerte den Rektor erst am 31. Mai daran, dass „[...] noch im Sommersemester 1954 in Hagen und Essen wegen der Gründung einer Ortsgruppe des Universitätsbundes verhandelt werden muss.“¹⁰⁵³ Damit waren erneut fast zwei Monate vergangen, ohne dass der Vorstand, entgegen der Ankündigung des Schriftführers in seinem Antwortbrief an Schultheis, tätig geworden wäre. Bereits wenige Tage später antwortete der Rektor dann auf das Schreiben und teilte mit, dass er mit Prof. Ziegler gesprochen habe und dieser sich bereit erklärt habe, die Gründung der Ortsgruppe in die Hand zu nehmen.¹⁰⁵⁴ Zur Unterstützung der erforderlichen Werbetätigkeiten sandte der Rektor Ziegler wiederum eine Woche später eine Liste mit den aktuellen Mitgliedern des Universitätsbundes in Essen und Umgebung sowie eine weitere mit den früheren Mitgliedern des Universitätsbundes, die sich auf die Zeit vor 1945 bezog.¹⁰⁵⁵

Damit waren die notwendigen Vorbereitungen für die Gründung einer Ortsgruppe getroffen und die intensive Werbung um potentielle Mitglieder konnte beginnen. Ob der Verwaltungsrat über diese Fortschritte in Kenntnis gesetzt wurde, kann nicht beantwortet werden, da aus dem Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 25. Juni 1954 lediglich hervorgeht, dass „[d]ie Gründung einer Ortsgruppe in Essen [...] in die Wege ge-

¹⁰⁵² Schriftführer Balla an Herrn Doz. Dr. Schultheis in Gladbeck am 12. April 1954, in: DEPOT LAHNBERGE, Ortsgruppe Essen, ohne Blattzählung.

¹⁰⁵³ Schriftführer Balla an Rektor Walcher am 31. Mai 1954, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79, Nr. 1913, ohne Blattzählung.

¹⁰⁵⁴ Rektor Walcher an Balla am 4. Juni 1954, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹⁰⁵⁵ Rektor Walcher an Prof. Ziegler am 10. Juni 1954, in: EBD., ohne Blattzählung.

leitet worden [ist].“¹⁰⁵⁶ Damit war eigentlich nur der interne Status quo aus dem Jahre 1952 erneut festgestellt worden.

In den folgenden anderthalb Jahren gab es keine großen Erfolge bei den Bemühungen von Prof. Ziegler, denn Schatzmeister Pinkerneil erklärte in einer Vorstandssitzung am 10. Dezember 1955, „[...] dass er es für dringend erforderlich halte, dass der Universitätsbund im Ruhrgebiet Fuss fasst. Er will die erforderlichen Schritte über Professor Ziegler und die Wirtschaftsvereinigung Bergbau tun.“¹⁰⁵⁷ Nachdem sich Pinkerneil bereits über drei Jahre zuvor darum kümmern wollte, dies dann aber offensichtlich dem Rektor und/oder dem Schriftführer überlassen hatte, nahm er das Heft wieder in die Hand und teilte Balla wenige Monate später mit:

*„Ich habe im Ruhrgebiet einen Verbindungsmann aufgetan, mit dem ich in der nächsten Woche sprechen kann. Es handelt sich um den Oberregierungsrat a.D. Dr. Bock, einem begeisterten Marburger Studenten, der bei der Burschenschaft Alemannia aktiv war. Bock stellt sich in sehr grosszügiger Weise für unsere Arbeiten zur Verfügung, und ich möchte anregen, dass wir in absehbarer Zeit gemeinsam zu seiner Dienststelle bei der Wirtschaftsvereinigung Bergbau in Godesberg fahren. Dr. Bock ist in der Lage, das notwendige Adressenmaterial zu beschaffen, und wenn es sich als richtig herausstellt, auch die Verbindung zu Herrn Professor Dr. Ziegler aufzunehmen.“*¹⁰⁵⁸

Über die weitere Entwicklung liegen keine Überlieferungen vor, aber die Gespräche zwischen Dr. Bock und Prof. Ziegler fanden statt und hatten zum Ergebnis, dass sich beide bereit erklärten, sich in den Verwaltungsrat des Universitätsbundes wählen zu lassen, was in der Hauptversammlung am 15. Juni 1956 dann auch in die Tat umgesetzt wurde.¹⁰⁵⁹

Damit bestand jedoch immer noch keine Ortsgruppe im Ruhrgebiet und die erhoffte Gründung wurde auch bis zum Ende des Untersuchungszeitraums nicht realisiert. Über eventuelle weitere Aktivitäten nach der Hauptversammlung des Jahres 1956 sind keine Angaben überliefert. Insgesamt schaffte es der Universitätsbund also trotz mehrjähriger Bemühungen und hochrangiger Kontakte zur Industrie in Nordrhein-Westfalen nicht, wie vor dem Zweiten Weltkrieg eine Bundesgruppe in einer Stadt oder mehreren Orten des Ruhrgebiets ins Leben zu rufen. Dies lag nicht zuletzt am zögerlichen und unkoordinierten Vorgehen des Vorstandes, der seine Absichten nicht konsequent verfolgte,

¹⁰⁵⁶ Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 25. Juni 1954, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 19, ohne Blattzählung.

¹⁰⁵⁷ Protokoll der Vorstandssitzung vom 10. Dezember 1955, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 6, ohne Blattzählung.

¹⁰⁵⁸ Pinkerneil an Balla am 7. März 1956, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 22, ohne Blattzählung.

¹⁰⁵⁹ Protokoll der Hauptversammlung vom 15. Juni 1956, in: EBD., ohne Blattzählung.

sondern stattdessen die Zuständigkeit für die Kontaktaufnahme mit Prof. Ziegler ständig zwischen Rektor, Schriftführer und Schatzmeister wechselte.

Wesentlich mehr Erfolg hatte der Universitätsbund bei dem Versuch, die örtlichen Volkshochschulen oder andere Vereine, die Vorträge ausrichteten, als korporative Mitglieder zu gewinnen. So bestanden bis Anfang 1955 Abkommen mit elf Orten und *„[a]n den meisten dieser Orte sind bereits in diesem Winter Universitätsbundsvorträge gehalten worden. Weitere Vorträge sollen noch gehalten werden.“*¹⁰⁶⁰ Der Trend ging also eindeutig weg von den Ortsgruppen der traditionellen Form hin zu Kooperationen mit Vereinen und Institutionen, deren Infrastruktur der Universitätsbund für seine Vorträge nutzen konnte.

Die Bindung an die Universität scheint im Gegensatz zur Zeit vor 1945 nicht mehr so stark gewesen zu sein, als dass man daraus ein kontinuierliches Engagement hätte ableiten können. Zudem könnte für viele ein Engagement in anderen Gebieten des Wiederaufbaus Priorität gehabt haben. Die Form der korporativen Mitgliedschaft war daher für den Universitätsbund ein Ausweg aus dem Dilemma und offensichtlich auch für viele Volkshochschulen und Vereine attraktiv, wie die gestiegene Anzahl von Vorträgen gezeigt hat. Die konkrete Entwicklung des Vortragswesens wird im Folgenden genauer untersucht, um weitere Gründe für den Aufschwung bei den Vortragszahlen aufzuzeigen.

3.3. Die Entwicklung des Vortragswesens

Der Vorstand investierte viel Energie in die Neu-Organisation der Universitätsbundsvorträge.¹⁰⁶¹ So wurden zunächst die Dozenten jährlich aufgefordert, sich wie in den Vorkriegsjahren für Vortragsveranstaltungen des Universitätsbundes zur Verfügung zu stellen.¹⁰⁶² Die Bereitschaft der Dozenten, dann auch Vorträge zu halten, war nicht sehr groß und/oder nicht sehr konstant, worüber sich Schriftführer Balla im Jahre 1954 bei Rektor Walcher beklagte:

„Am 20. April habe ich an insgesamt 182 Mitglieder des Lehrkörpers der Philipps-Universität die Bitte gerichtet, doch Themen für Universitätsbundsvorträge anmelden zu wollen. Von diesen 182 Mitgliedern des Lehrkörpers haben nur 13 meiner Bitte entsprochen und Themen eingesandt. [...] Das Interesse für den

¹⁰⁶⁰ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 9 (1955), S. 9.

¹⁰⁶¹ Zu den konkreten Zahlen siehe Kapitel IV.6.

¹⁰⁶² Als Beispiel siehe den Brief von Rektor Benninghoff an den Lehrkörper der Universität vom 10. Juli 1952, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 106.

Marburger Universitätsbund scheint mir, wie aus den angegebenen Zahlen hervorgeht, nicht sehr hoch zu sein, worüber ich selbstverständlich traurig bin.“¹⁰⁶³

Da der Vorstand nicht nur mit der Zahl, sondern auch mit der Organisation und Ausgestaltung der Vorträge nicht zufrieden war, beschloss er Mitte der 1950er Jahre diesbezüglich weitreichende Änderungen. Die wichtigste und „revolutionärste“ Neuerung war die Ankündigung, dass die Dozenten zukünftig eine Aufwandsentschädigung vom Universitätsbund für ihre Vorträge erhalten sollten,

„von der sie Literatur für ihren Vortrag anschaffen, Schreibkosten begleichen und sich gewisse Bequemlichkeiten auf der Reise leisten können, deren Bezahlung den Ortsgruppen oder Volkshochschulen nicht zugemutet werden kann.“¹⁰⁶⁴

Den entsprechenden Beschluss fasste schließlich der Verwaltungsrat auf Bitte des Vorstandes und setzte die Entschädigung pro Vortrag auf 50 DM fest.¹⁰⁶⁵ Diese Entscheidung war deswegen revolutionär, weil die Vorträge bis zu diesem Zeitpunkt als die Gegenleistung der Dozenten für die Unterstützung der Universität durch den Universitätsbund angesehen worden waren, worauf vor allem in der Zeit vor 1945 immer deutlich hingewiesen worden war. Aus diesem Grund war vor allem die Höhe der Entschädigung im Vorstand heftig umstritten. Es sind zwar keine Belege über die Diskussion vor der Verwaltungsratssitzung überliefert, aber im folgenden Jahr bezog Schriftführer Balla im Zuge der Etatplanungen nochmals Position:

„DM 5000 für Unkosten des Büros des Universitätsbundes. Diese Summe muss leider so hoch veranschlagt werden, da der Vorstand im vergangenen Jahr gegen meine Stimme beschlossen hat, dass jedem Dozenten, der einen Universitätsbundsvortrag hält, für jeden Vortrag DM 50 Aufwandsentschädigung gezahlt werden soll. Ich selber habe für DM 25 plädiert und bin auch heute noch der Meinung, dass dieser Betrag genügen würde.“¹⁰⁶⁶

Dass die Unkosten des Bundes anstiegen, lag auch an der Mehrzahl der Vorträge, die nach der Bekanntgabe der Einführung der Aufwandsentschädigung gehalten wurden. Denn nach 40 Vorträgen im Zeitraum 1954/55 wurden im folgenden Jahr 68 Vorträge veranstaltet, so dass der Vorstand insgesamt 3400 DM an die Redner auszahlen musste.¹⁰⁶⁷ Ob dieser deutliche Anstieg aber alleine auf die Aufwandsentschädigung zurückzuführen war, kann nicht sicher beantwortet werden, denn wiederum ein Jahr später war

¹⁰⁶³ Zudem hatte Balla berichtet, dass von 91 Dozenten, die er zum Beitritt in den Universitätsbund aufgefordert hatte, nur acht dieser Bitte entsprochen hatten. Balla an Rektor Walcher am 28. Mai 1954, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 1913, ohne Blattzählung.

¹⁰⁶⁴ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 9 (1955), S. 11.

¹⁰⁶⁵ Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 17. Juni 1955, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 20, ohne Blattzählung.

¹⁰⁶⁶ Balla an Rektor Villinger am 23. April 1956, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 1914, ohne Blattzählung.

¹⁰⁶⁷ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 11 (1956), S. 4; Mitteilungen Universitätsbund Marburg 1957 Heft 1, S. 28.

die Zahl der Vorträge auf 45 gesunken.¹⁰⁶⁸ Demnach hatte die Entschädigung, die explizit nicht als Honorar bezeichnet wurde,¹⁰⁶⁹ offensichtlich nur einen kurzzeitigen Effekt, denn Schriftführer Balla musste im Sommer 1956 erneut den Rektor um Hilfe bitten. Balla berichtete ihm, dass auf seine Bitte hin bisher nur 21 der 200 Mitglieder des Lehrkörpers bereit wären, Vorträge zu halten, wobei es sich um den gleichen Personenkreis mit gleichen Themen wie im abgelaufenen Jahr handele. Auch ein Aufruf an die Dekane habe keine Verbesserung ergeben. Deshalb bat Balla den Rektor, an die Senatoren zu appellieren, ihren Einfluss geltend zu machen, denn Balla sah die Zukunft des Bundes bedroht:

*„Die Aussenwirkung des Universitätsbundes steht und fällt mit einer Fülle von Angeboten wirklich interessanter Universitätsbundsvorträge. Werden diese Vorträge nicht angeboten, dann darf man sich nicht wundern, wenn im Lande das Interesse am Universitätsbund langsam aber sicher erlischt.“*¹⁰⁷⁰

Dieses Zitat belegt eindrucksvoll die Bedeutung der Vorträge für den Universitätsbund. Balla sah in den Vorträgen immer noch das zentrale Element, um über die Grenzen der Universität hinweg für den Universitätsbund und damit auch die Universität Marburg zu werben. Den Dozenten jedoch schien diese Wichtigkeit nicht bewusst gewesen zu sein oder sie hatten insgesamt kein besonderes Interesse am Universitätsbund. Anders ist ihre geringe Bereitschaft, sich für Vorträge zur Verfügung zu stellen, jedenfalls kaum zu erklären.

Zum einen hing der Rückgang der Vortragszahlen also mit dem unattraktivem Programm, das die Dozenten präsentierten, zusammen. Denn während bereits die geringe Anzahl der Dozenten, die überhaupt bereit war, sich im Sinne des Universitätsbundes zu engagieren, ein Problem darstellte, war es weiter nicht hilfreich, dass diese zudem oft die gleichen oder ähnlichen Vorträge wie im Vorjahr anboten. Zum anderen ist die Reduzierung der Vortragsveranstaltungen aber auch in Zusammenhang mit folgenden Entscheidungen des Vorstandes zu sehen, die ihren Ursprung darin hatten, dass der Vorstand die finanzielle Belastung durch die Vorträge nicht zu groß werden lassen wollte. Balla hatte in den Mitteilungen im Zusammenhang mit der Ankündigung der Aufwandsentschädigung ebenfalls erwähnt, dass er in seiner Funktion als Schriftführer zukünftig jedes Jahr einmal die Ortsgruppen und Volkshochschulen anlässlich eines Vor-

¹⁰⁶⁸ MITTEILUNGEN Universitätsbund Marburg 1957 Heft 2/3, S. 96.

¹⁰⁶⁹ Diese Unterscheidung nahm Balla in seiner Bitte an die Dozenten vor, sich wieder für Universitätsbundsvorträge zur Verfügung zu stellen. Er betonte, dass kein Honorar, aber eine Aufwandsentschädigung gezahlt würde. Balla an den Lehrkörper der Universität Marburg am 14. Mai 1956, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 22, ohne Blattzählung.

¹⁰⁷⁰ Balla an Rektor Villinger am 4. Juli 1956, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 1914, ohne Blattzählung. Der Rektor entsprach der Bitte des Schriftführers und forderte die Senatoren auf, für den Universitätsbund zu werben. Antwort des Rektors vom 14. Juli 1956, in: EBD., ohne Blattzählung.

trages besuchen werde, um mit den örtlichen Vertretern über die Organisation derselben zu sprechen. Zudem wollte er mit seinem Erscheinen die Verbindung zwischen Universitätsbund und den Ortsgruppen beziehungsweise den örtlichen Einrichtungen fördern und bei der Gelegenheit die Werbung neuer Mitglieder unterstützen.¹⁰⁷¹ Zudem bat der Vorstand die Marburger Redner, nach ihren Vorträgen einen Erfahrungsbericht an den Universitätsbund zu senden.¹⁰⁷² In diesen Darstellungen wurde die Bedeutung der Vorträge für das Verhältnis der Universität mit der Umgebung deutlich. So bilanzierte beispielsweise der Psychologe Prof. Dr. Hans Düker einen Vortragsabend in Melsungen folgendermaßen:

*„Die Stimmung nach der Veranstaltung war gut. [...] Man stellte fest, diese Veranstaltung habe einmal wieder gezeigt, wie wichtig es sei, dass die Universität ihre Professoren auch in den kleineren Städten sprechen liesse. Dadurch spüre man auch in den kleineren Orten, dass die Landesuniversität nicht nur für Studenten da sei.“*¹⁰⁷³

In den wenigen übrigen Berichten der Dozenten wurden auch die Veranstaltungen in Korbach, Kassel und Eschwege positiv bewertet, während die Organisation in Hanau als so unbefriedigend empfunden wurde, dass Prof. Dr. Wilhelm Walcher, Direktor des Physikalischen Instituts, dem Universitätsbund empfahl, *„die Beziehungen zu Hanau abzubrechen.“*¹⁰⁷⁴ Als Gründe führte er die fehlende persönliche Betreuung durch die örtlichen Veranstalter und die mangelnde Werbung für den Vortrag an:

*„[...] hatte ich in Hanau den Eindruck, daß die dortige Volkshochschule nur möglichst viel bieten will und die Marburger Universitätsbund-Vorträge als eine Art Lockspeise in ihr Programm hineinsetzt, ohne etwas für die Vorträge zu tun.“*¹⁰⁷⁵

Ähnlich äußerte sich der Historiker Prof. Dr. Georg von Rauch, der urteilte, dass *„Hanau dagegen [...] mit Vorträgen derartig überschüttet [schien], daß auffällig wenig Zuhörer anwesend waren, zumal die Volkshochschule gleichzeitig Sprachkurse laufen ließ.“*¹⁰⁷⁶

Auf der Basis dieser Berichte und Ballas Besuchen in den Ortsgruppen diskutierte der Vorstand bereits Ende 1955 die zukünftige Organisation der Vorträge. Es hatte sich

¹⁰⁷¹ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 9 (1955), S. 11.

¹⁰⁷² Schriftführer Balla an diejenigen Dozenten, die seit Sommer 1955 Vorträge für den Universitätsbund gehalten hatten, am 19. November 1955, in: DEPOT LAHNBERGE, Vortragstätigkeit ab 1948/49, ohne Blattzählung. Von den Dozenten gingen nur wenige Berichte ein. Balla hatte Vorträge in Kassel, Hanau, Schlüchtern, Witzenhausen und Wolfhagen besucht. EBD., ohne Blattzählung.

¹⁰⁷³ Antwort von Prof. Düker vom 5. Dezember 1955 auf das Rundschreiben von Schriftführer Balla vom 19. November 1955, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹⁰⁷⁴ Antwort von Prof. Walcher vom 28. November 1955 auf das Rundschreiben von Schriftführer Balla vom 19. November 1955, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹⁰⁷⁵ EBD.

¹⁰⁷⁶ Antwort von Prof. von Rauch vom 2. Dezember 1955 auf das Rundschreiben von Schriftführer Balla vom 19. November 1955, in: EBD., ohne Blattzählung.

demnach neben der zunehmenden finanziellen Belastung¹⁰⁷⁷ gezeigt, dass die Vorträge nicht so organisiert wurden, wie es sich der Universitätsbund wünschte. An einigen Orten würden nach Ansicht von Balla zu viele Vorträge gewünscht und für diese dann unzureichend Werbung gemacht.¹⁰⁷⁸ Deshalb beschloss der Vorstand, dass an den Volkshochschulen jährlich nur vier bis maximal sechs Vorträge veranstaltet werden sollten und diese auch entsprechend als Vorträge des Universitätsbundes anzukündigen seien. Dadurch sollten die Marburger Universitätsbundsvorträge als etwas Besonderes erscheinen.¹⁰⁷⁹ Bis zur folgenden Verwaltungsratssitzung wurden die Anweisungen nochmals verschärft und betrafen dann sowohl die Ortsgruppen als auch die korporativen Mitglieder. Der Verwaltungsrat begründete die Begrenzung der Vorträge pro Ort wie folgt: *„Das ist erforderlich, um eine Übersättigung des Publikums zu vermeiden und das Unkostenkonto des Universitätsbundes [...] nicht zu hoch werden zu lassen.“*¹⁰⁸⁰ Zudem mussten die Veranstaltungen explizit als *„Marburger Universitätsbundsvorträge“* angekündigt und über Pressemitteilungen und Aushänge ausreichend beworben werden, damit den Dozenten die Zumutung erspart bliebe, vor nur wenigen Interessierten sprechen zu müssen.¹⁰⁸¹

Die gesunkene Zahl der Vortragsveranstaltungen im Jahr nach diesen Beschlüssen kann also unmittelbar mit der Kurskorrektur des Universitätsbundes erklärt werden. Ob die Richtlinien neben der Begrenzung der Kosten auch die Rahmenbedingungen der Vorträge, also zum Beispiel höhere Besucherzahlen und damit auch eine höhere Zufriedenheit bei den Dozenten, verbessert haben, ist nicht abschließend zu klären. Da jedoch weder der Vorstand noch der Verwaltungsrat weitere Vorgaben beschloss, ist anzunehmen, dass sich die bestehenden Richtlinien bewährt haben.

Da die Überlieferung bezüglich des Vortragswesens insgesamt sehr lückenhaft ist, fällt es schwer, ein angemessenes Urteil über den Erfolg des Vorstandes im Bereich des Vortragswesens zu treffen. Zunächst ist festzuhalten, dass an verschiedenen Orten in Hessen zahlreiche Vorträge stattfanden. Da die meisten aber durch korporative Mitglieder und nicht durch Ortsgruppen veranstaltet wurden, war das Interesse an einer gründ-

¹⁰⁷⁷ So hatte Schriftführer Balla in einer persönlichen, undatierten Aufstellung vor der Vorstandssitzung am 10. Dezember 1955 festgestellt: *„[...] Volkshochschulen zahlen DM 100 jährlich – Wir geben jedem Redner eine Aufwandsentschädigung von DM 50.- Das macht z.B. für Hanau in diesem Winter DM 650.- !!! [...]“* Balla überschrieb diesen Abschnitt seiner Zusammenfassung mit der Zeile *„Es muß etwas i. Sachen der Vorträge beschlossen werden“*. EBD., ohne Blattzählung.

¹⁰⁷⁸ Protokoll der Vorstandssitzung vom 10. Dezember 1955, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 6, ohne Blattzählung.

¹⁰⁷⁹ EBD.

¹⁰⁸⁰ Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 15. Juni 1956, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 22, ohne Blattzählung.

¹⁰⁸¹ EBD.

lichen Vorbereitung und Werbung offenbar nicht sehr groß. Zudem entstand oft der Eindruck, die Vorträge würden nicht durch den Universitätsbund, sondern durch das jeweilige korporative Mitglied abgehalten. Dieser Entwicklung versuchte der Vorstand durch seine Richtlinien entgegenzuwirken, schließlich wollte er über die Vorträge Werbung für den Universitätsbund und die Universität machen sowie die Verbindung zu den Mitgliedern erhalten. Neben diesen äußeren Schwierigkeiten hatte der Universitätsbund aber auch innerhalb der Universität Probleme, die Dozenten für sich zu mobilisieren. Wie schon bei der Frage der Mitgliedschaft zeigte ein großer Teil des Lehrkörpers wenig Bereitschaft, die Ziele des Universitätsbundes zu unterstützen. Zwar hatte der Vorstand in der Zwischenkriegszeit oftmals über ähnliche Phänomene geklagt, doch damals konnte er sich auf eine breitere Basis unter den Dozenten stützen. Somit ist festzuhalten, dass es zwar gelungen war, die Infrastruktur der Vorträge wiederherzustellen und regelmäßige Veranstaltungen zu organisieren, dass aber der durchschlagende Erfolg bis 1957 ausblieb.

3.4. Die finanzielle Entwicklung

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen, Bundesgruppen und Vortragsveranstaltungen hatte jeweils auch Auswirkungen auf die finanziellen Möglichkeiten des Universitätsbundes. Wie diese im Detail aussahen, wird im Folgenden analysiert.

Dabei muss einleitend die Schwierigkeit betont werden, aus den vorhandenen Quellen und Bilanzaufstellungen ein konkretes Bild der Finanzsituation zu entwerfen. Denn die entsprechenden Aufstellungen wurden unregelmäßig angefertigt und die Vermögenswerte der Aktien nicht detailliert aufgelistet. Hinzu kam die lange Zeit ungeklärte Frage der Umwandlung alter Aktien, vor allem die der IG-Farben AG.¹⁰⁸²

Zum Zeitpunkt der Wiederezulassung im Frühjahr 1948 hatte der Universitätsbund keinen genauen Überblick über sein Gesamtvermögen, da seit 1944 keine detaillierte Aufstellung der Finanzen gemacht worden war.¹⁰⁸³ Laut einer Mitteilung von Frau Patzer an Schatzmeister Pfeiffer vom 8. Februar 1948 verfügte der Universitätsbund an diesem Tag über Barvermögen in Höhe von etwa 14.800 RM.¹⁰⁸⁴ Über die finanzielle Ent-

¹⁰⁸² Die Umwandlung der IG-Farben-Aktien, die durch die Vermögensaufteilung erforderlich geworden war, begann erst 1953. Im Oktober wurde der Universitätsbund informiert, dass der Umtausch der Aktien am 1. Oktober 1953 angefangen habe. HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 46, ohne Blattzählung. Trotzdem soll versucht werden, einen Überblick über die Finanzen des Bundes zu geben. Zur Klärung der Frage, welche Leistungsfähigkeit der Universitätsbund tatsächlich besaß, dienen dann die sich anschließenden Kapitel zur Förderung der Universität.

¹⁰⁸³ Frau Patzer an Pfeiffer am 17. Februar 1948, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung.

¹⁰⁸⁴ EBD., ohne Blattzählung.

wicklung in den folgenden anderthalb Jahre liegen keine Überlieferungen vor. Im August 1949 kündigte Duden, um die finanzielle Basis zu verbessern, an, er werde sich bei großen Firmen, wie beispielsweise Höchst oder Bayer, bemühen, dass diese ihre einmaligen Beiträge an den Universitätsbund dauerhaft in ihre Etats einstellen mögen.¹⁰⁸⁵ Denn seit Kriegsende hatte aus der Industrie erst eine Firma an den Universitätsbund gespendet, wie Balla gegenüber Duden hervorhob.¹⁰⁸⁶ Da keine Veröffentlichung über einen Erfolg der Bemühungen von Duden erhalten ist, bleibt zu vermuten, dass es keine positive Resonanz gegeben hatte.

Eine wichtige Grundlage für die weitere Tätigkeit des Bundes wurde im Februar 1950 gelegt, als dem Universitätsbund die Gemeinnützigkeit bescheinigt und er folgerichtig von der Körperschaftssteuer befreit wurde.¹⁰⁸⁷ Einen ersten genaueren Eindruck der Finanzlage vermittelte dann der Bericht des Schatzmeisters auf der Hauptversammlung im Jahre 1951:

„Die Barmittel des Bundes seien zur Zeit gering. Da über den Wert des in Aktien bestehenden Vermögens des Bundes noch nichts Bestimmtes gesagt werden kann, liesse sich im Augenblick nicht angeben, wie gross das Vermögen des Bundes sei. - Dr. Pinkerneil gab ferner bekannt, dass dem Bunde durch die von Bundesinnenminister Dr. Lehr eingeleitete Sammlung bisher DM 6000 zugeflossen seien. Rund weitere DM 9000 würden erwartet. - Der Verwaltungsrat hat dem Vorstand die Verfügung über insgesamt DM 15000.- bewilligt. Von diesen sollen dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schriftführer DM 2000.- für „kleinere Ausgaben der Dozenten der Universität“ zur Verfügung gestellt werden. DM 13000.- sollen nach Eingang der erwarteten ganzen Summe vom Vorstand zur Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten der Dozenten und Studenten der Universität sowie zur Drucklegung einer Werbeschrift für die 425-Jahrfeier der Universität verwendet werden.“¹⁰⁸⁸

Demzufolge war das Vermögen des Bundes weiter unklar und die Liquidität des Bundes nicht gesichert, aber der Vorstand verfolgte trotzdem das Ziel, die Bewilligungen für die Universität im Vergleich zu den Vorjahren zu verdoppeln.¹⁰⁸⁹ Um dies erreichen zu können, mussten allerdings einerseits die Werbeaktionen erfolgreich sein und anderer-

¹⁰⁸⁵ Duden an Balla am 10. August 1949, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 57, ohne Blattzählung.

¹⁰⁸⁶ Bei dem Unternehmen handelte es sich um die Firma Kalle des gleichnamigen ehemaligen Vorstandsmitgliedes. Balla an Duden am 16. August 1949, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹⁰⁸⁷ Nach einer Überprüfung durch das Finanzamt teilte der hessische Kultusminister, den der Universitätsbund gebeten hatte, den gemeinnützigen Charakter des Universitätsbundes zu bestätigen, mit, dass der Universitätsbund auch zukünftig von der Körperschaftssteuer befreit sei. Verwaltungsdirektor der Universität Marburg an Schriftführer Balla am 17. Februar 1950: Abschrift des Schreibens des Ministers für Erziehung und Volksbildung in Wiesbaden an den Rektor der Universität Marburg vom 10. Februar 1950, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 24.

¹⁰⁸⁸ Protokoll der Hauptversammlung vom 9. Juni 1951, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 24, ohne Blattzählung. Siehe auch die Berichte in der OP vom 11. Juni 1951, S. 6, und in den MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 3 (1951), S. 8.

¹⁰⁸⁹ In den Jahren zuvor hatte der Universitätsbund deutlich weniger Finanzmittel für die Bewilligungen zur Verfügung gestellt. Siehe hierzu Kapitel IV.5. und das nachfolgende Kapitel VII.4.1.

seits auch Wertpapiere freigegeben werden, wie dem Bericht der Oberhessischen Presse zu entnehmen ist: „*In Erwartung erfolgreicher Werbung und der Freigabe von Wertpapieren hoffe man, in diesem Jahre 15 000 Mk. bereitstellen zu können.*“¹⁰⁹⁰ Damit war es im Vorstand kein Tabu mehr, zur finanziellen Förderung der Universität Aktien zu verkaufen. Da in Folge der Satzungsänderungen nun kein Vermögen mehr angelegt werden musste, stellte der Verkauf von Wertpapieren eine weitere grundlegende Abweichung in finanziellen Fragen gegenüber der Zeit vor 1945 dar.

Die Vermögenslage des Universitätsbundes blieb auch in den folgenden Jahren weiter unklar. Schatzmeister Pinkerneil teilte 1952 und 1953 mit, dass der Universitätsbund Wertpapiere und Anleihen im Wert der alten Währung von über 500.000 RM besitze.¹⁰⁹¹ Sein Kassenbericht von 1953 ermöglicht jedoch einen Einblick in die finanzielle Situation des Bundes. Demnach konnte ein Defizit von 3.000 DM in der Bilanz des Universitätsbundes durch die Zahlung der Förderbeiträge (jeweils 1.000 DM) der Farbwerke Höchst und der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen Waldeck sowie einer Spende der Farbwerke Höchst in Höhe von 3.000 DM im Vorfeld der Hauptversammlung 1953 ausgeglichen werden.¹⁰⁹² Diese Entwicklung belegt die unsichere Finanzlage des Bundes und seine Abhängigkeit von Spenden und Förderbeiträgen, was durch die relativ niedrige Gesamtmitgliederzahl beeinflusst war. Eine deutliche Entlastung der finanziellen Situation trat erst 1954 durch eine Erbschaft ein, die der Universitätsbund nach dem Tode der Ehefrau seines ersten Vorsitzenden, Frau Luisa Haeuser, annahm. In einem gemeinsamen Testament hatten die Eheleute Haeuser dem Universitätsbund 30.000 RM, die später durch die Testamentsvollstrecker in 30.000 DM umgewandelt wurden, vermacht.¹⁰⁹³ Die Erbschaft wurde als laufende Einnahme verbucht, so dass Pinkerneil 1954 eine Gesamteinnahme von über 62.000 DM verkünden konnte.¹⁰⁹⁴

Bis 1957 entwickelte sich die finanzielle Situation des Bundes sehr positiv, wie bereits im Überblickskapitel dargelegt wurde. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie der Vorstand mit dem Vermögen des Bundes umging, denn die Verpflichtung, jährlich einen bestimmten Anteil der Einnahmen dem Vermögen zuzuführen, war,

¹⁰⁹⁰ OP vom 11. Juni 1951, S. 6.

¹⁰⁹¹ Bericht des Schatzmeisters des Marburger Universitätsbundes in: MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 5 (1952), S. 7.

¹⁰⁹² EBD.

¹⁰⁹³ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 51, ohne Blattzählung. Schatzmeister Pinkerneil dankte den Testamentsvollstreckern für diese Tat und die damit verbundene „verständnisvolle Haltung“ für die Anliegen des Universitätsbundes. Bericht des Schatzmeisters im Verwaltungsrat und in der Hauptversammlung am 25. Juni 1954, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 19, ohne Blattzählung.

¹⁰⁹⁴ Weitere Einnahmequellen waren Beiträge, Spenden, Zinsen, Dividenden und der „Verkauf solcher Wertpapiere, deren Aufbewahrung nicht mehr angezeigt erschien.“ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 9 (1955), S. 4.

wie erwähnt, aus der Satzung gestrichen worden. Aufschlüsse darüber geben Äußerungen des Schatzmeisters Pinkerneil während der Hauptversammlung des Jahres 1954:

*„Das Vermögen des Universitätsbundes soll auch in Zukunft nicht angetastet werden. Wenn im Zuge von Umstellungen Beträge frei werden [...], so handelt es sich hier ebenfalls um Vermögen, über dessen Verwendung die Hauptversammlung zu beschließen hat.“*¹⁰⁹⁵

Obwohl der Vorstand damit ein deutliches Zeichen setzte, nachdem er in der Vergangenheit, wie erwähnt, auch auf Vermögen zurückgegriffen hatte, hielt er sich diese Option dennoch offen und erwog im Ernstfall die Nutzung von Vermögenswerten. Bereits Ende des Jahres 1955 griff der Vorstand auf diese Möglichkeit zurück, denn dem Universitätsbund standen nach einer Aufstellung des Schriftführers für 1956 nur rund 14.000 DM zur Verfügung. Da der Bund aber aus den Barmitteln des abgelaufenen Jahres ungefähr 26.000 DM in Wertpapiere investiert hatte, beschloss der Vorstand den Verkauf von Wertpapieren in der selben Größenordnung, um so auch 1956 wieder 40.000 DM für Bewilligungen zur Verfügung stellen zu können.¹⁰⁹⁶

Damit scheint sich eine situationsbedingte Handlungsweise in bezug auf die Verwendung des Vermögens eingespielt zu haben. Priorität hatte die Außendarstellung in Form der jährlichen Bewilligungen. Erst in einem zweiten Schritt versuchte der Vorstand, dem Vermögen des Bundes weitere Summen zuzuführen. Ergaben sich daraus aber finanzielle Engpässe, so war der Vorstand dazu bereit, diese Summe wieder herauszulösen und damit Forschungsprojekte zu finanzieren.

Vor diesem unsicheren finanziellen Hintergrund bemühte sich der Universitätsbund nach der Wiederezulassung, die Universität Marburg im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen. Dabei lassen sich mit den jährlichen Bewilligungen, zwei Sofortprogrammen, die im Jahr 1950 aufgelegt wurden, und den Anstrengungen aus Anlass des 425jährigen Jubiläums der Universität im Jahr 1952 drei Bereiche ausmachen.

4. Die Förderung der Universität Marburg

4.1. Die Bewilligungspolitik

Offiziell setzte der Universitätsbund seine Bewilligungen erst nach der Wiederezulassung fort. Aber bereits im Jahre 1947 gelangten zwei Gesuche an den Vorstand des Bundes, die höchst unterschiedlich behandelt wurden. So beantragte am 1. April 1947 der damalige Rektor und damit stellvertretende Vorsitzende des Universitätsbundes, Prof. Dr. Matz, 300 RM zur Unterstützung einer Reise seines Assistenten nach Mün-

¹⁰⁹⁵ EBD.

chen. Dieser sollte dort Photos für eine Veröffentlichung von Matz über frühgriechische Kunst auswählen. Im Auftrag des Universitätsbundes teilte ihm Schriftführer Versé am 11. April den positiven Bescheid des Bundes mit.¹⁰⁹⁷

Im August des gleichen Jahres erbat Prof. Hamann für das Forschungsinstitut für Kunstgeschichte¹⁰⁹⁸ den vom Universitätsbund bis 1944 regelmäßig gezahlten „Jahresbeitrag“¹⁰⁹⁹ in Höhe von 2.000 RM.¹¹⁰⁰ Nach dem Eingang des Antrags informierte Schriftführer Versé die übrigen Vorstandsmitglieder Duden, Pfeiffer und Rektor Matz über den Antrag und vertrat dabei folgenden Standpunkt:

*„Beifolgend übersende ich einen Antrag des Herrn Prof. Hamann und bemerke dazu, dass der Bund seit 1945 keine Beiträge zu der Forschungsgemeinschaft für Kunstgeschichte geleistet hat, da er erstens keinerlei Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen erhält und zweitens das Wertpapier-Vermögen in der russischen Zone nicht verfügbar ist. Da der Bund augenblicklich noch nicht existent ist und erst wieder aufgebaut werden muss, so halte ich eine Bewilligung des Antrages schon im Hinblick auf die weiteren Konsequenzen nicht für angängig. – Ich bitte um Ihre Stellungnahme.“*¹¹⁰¹

Laut Versé existierte der Universitätsbund zum damaligen Zeitpunkt noch nicht, also ging auch Versé davon aus, dass die offizielle Genehmigung durch die Besatzungsmacht noch nicht ergangen war. Zudem wollte er offensichtlich einen Präzedenzfall zu diesem frühen Zeitpunkt vermeiden, da er sonst mit weiteren Anträgen von Marburger Dozenten hätte rechnen müssen.

Dann stellt sich aber die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Bewilligung an Rektor Matz, auch wenn diese mit 300 RM relativ gering ausfiel. Es liegt der Verdacht nahe, dass Matz die Bewilligung nur deshalb bekam, weil er als Rektor einen genauen Einblick in die Lage des Bundes hatte und die Angelegenheit vor der Universitätsöffentlichkeit geheim gehalten werden konnte. Vielleicht wollte der Bund dem Rektor auch einen Gefallen erweisen, um das gute Verhältnis zur Universität nicht zu gefährden. Insgesamt widersprach das Vorgehen des eigentlich noch nicht existenten Bundes aber den Satzungsbestimmungen, denn der Verwaltungsrat hätte der Bewilligung zustimmen

¹⁰⁹⁶ Protokoll der Vorstandssitzung vom 10. Dezember 1955 in: HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 6, ohne Blattzählung.

¹⁰⁹⁷ Der Antrag von Matz und die Antwort des Schriftführers sind zu finden in: HStAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 98, ohne Blattzählung.

¹⁰⁹⁸ Zur Geschichte des Forschungsinstituts siehe KUNST, Geschichte des Kunstgeschichtlichen Seminars, S. 31-34.

¹⁰⁹⁹ So formulierte Hamann in seinem Antrag an den Universitätsbund vom 11. August 1947, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹⁰⁰ EBD.

¹¹⁰¹ Versé an Duden, Pfeiffer und Matz am 21. August 1947, in: EBD., ohne Blattzählung. Als Antwort liegt nur ein Schreiben von Matz vom 28. August vor, der mitteilte: „Ich teile den Standpunkt Ihres Schreibens und kann unter den augenblicklichen Umständen eine Bewilligung des Antrages nicht empfehlen.“ EBD., ohne Blattzählung. Letztlich wurde der Antrag von Hamann abgelehnt. Ebd.

müssen. Die Unterstützung von Matz taucht auch wohl deshalb nicht in den offiziellen Verlautbarungen zu den Bewilligungen des Bundes auf.

Nach der Wiedenzulassung durch die Amerikaner 1948 setzte der Universitätsbund seine Bewilligungen fort. Trotz der diversen Anlaufschwierigkeiten beim Wiederaufbau konnte der Vorstand im Sommer 1949 6.000 DM für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen. Da die Gremien des Bundes noch nicht besetzt und damit auch noch nicht arbeitsfähig waren, schlug Balla dem Rektor vor, dass die Dekane dem Vorstand bei der Mittelvergabe beratend zur Seite stehen sollten. Der Senat der Universität sollte dieses Vorgehen absegnen,¹¹⁰² was dieser dann auch tat.¹¹⁰³ Im Juli versandte der Vorstand daraufhin ein Rundschreiben an die Dozenten der Universität mit der Ankündigung, der Universitätsbund stelle für wissenschaftliche Arbeiten 6000 DM je zur Hälfte für die Geistes- und die Naturwissenschaften bereit. Zudem drückte er sein Bedauern aus, dass keine größere Summe zur Verfügung stehe, „*da große Geldgeber bisher völlig fehlen.*“¹¹⁰⁴ Am 29. Juli fand dann die Sitzung statt, in der über die Verteilung der Mittel entschieden wurde und deren Ergebnissen der nicht anwesende Vorsitzende Duden am 10. August zustimmte.¹¹⁰⁵ Insgesamt konnten für zehn Projekte (Reise- und Druckkostenzuschüsse sowie Ankauf von Materialien) Gelder bewilligt, allerdings mussten auch acht Anträge abgelehnt werden.¹¹⁰⁶ Damit hatte es der Universitätsbund jedoch trotzdem geschafft, einer seiner wichtigsten Aufgaben und Zielsetzungen nachzukommen und die wissenschaftliche Arbeit an der Universität Marburg zu fördern.

Auch ein Jahr später konnte der Vorstand trotz der finanziellen Engpässe erneut Gelder zur Förderung der wissenschaftlichen Arbeit zur Verfügung zu stellen. Insgesamt wurden knapp 4.500 DM für Druckkostenzuschüsse und Bücheranschaffungen bewilligt und vier Gesuche lediglich deswegen abgelehnt, weil die Notgemeinschaft in diesen Fällen zuständig sei.¹¹⁰⁷

Um die diversen Anträge der Dozenten bearbeiten zu können, machte der Vorstand den Antragsstellern teilweise präzise Vorgaben. Diese betrafen insbesondere die Reisebeihilfen, die nur in Ausnahmefällen gezahlt wurden. Deshalb war in jedem Fall eine über-

¹¹⁰² Balla an Rektor Albrecht am 17. Juni 1949, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 16.

¹¹⁰³ „Der Senat der Universität hat in der Sitzung am 26.6.1949 Ihrem Vorschlage zugestimmt. Die Herren Dekane haben sich bereit erklärt, bei der Verteilung der Mittel mitzuwirken.“ Rektor Albrecht an Balla am 27. Juni 1949, in: EBD., Bl. 18.

¹¹⁰⁴ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 57, ohne Blatzzählung.

¹¹⁰⁵ Duden an Balla am 10. August 1949, in: EBD., ohne Blatzzählung.

¹¹⁰⁶ Siehe die Auflistung der bewilligten und der abgelehnten Gesuche in: EBD., ohne Blatzzählung.

¹¹⁰⁷ EBD.

zeugende Argumentation für die Notwendigkeit der Reise die Voraussetzung für die Unterstützung seitens des Bundes.¹¹⁰⁸

Insgesamt stellte, wie bereits im Überblickskapitel geschildert, der Universitätsbund bis 1955 rund 145.000 DM zur Förderung der wissenschaftlichen Arbeit zur Verfügung. Hinzu kamen zweckgebundene Spenden in Höhe von circa 60.000 DM, die mit der Bedingung an den Universitätsbund gegeben wurden, sie für bestimmte Arbeiten oder Einrichtungen vor allem in den Naturwissenschaften zu verwenden. Hier diente der Universitätsbund also nur als Vermittler, allerdings wären diese Gelder ohne seine Existenz vermutlich gar nicht zur Verfügung gestellt worden. Die meisten und insgesamt die höchsten Spenden kamen von den Farbwerken Höchst, weitere stammten von anderen Unternehmen, wie zum Beispiel den Bayer-Werken oder der Wirtschaftsvereinigung Bergbau aus Godesberg, sowie von Privatpersonen.¹¹⁰⁹ Damit flossen also durch die Tätigkeiten des Bundes seit 1949 über 200.000 DM in die Universität Marburg, eine aufgrund der geschilderten Anlaufschwierigkeiten als hoch zu bewertende Summe.

Für alle Bewilligungen gilt, dass sich die Richtlinien für die Vergabe von Bewilligungen im Vergleich zur Vorkriegszeit kaum veränderten. Die Gremien des Bundes achteten nicht nur auf eine angemessene Verteilung innerhalb der Universität, sondern prüften auch genauestens, ob der Bund für jedes Projekt zuständig war oder ob andere Einrichtungen, wie der Staat oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft, primäre Ansprechpartner waren. So gelang es dem Bund, effektiv für die Universität zu arbeiten und eine beträchtliche Summe zur Förderung der Universität bereitzustellen oder durch zweckgebundene Spenden einzuwerben. Besonderes Augenmerk richtete der Vorstand zudem auf zwei Sofortprogramme im Jahre 1950.

4.2. Die Soforthilfeprogramme des Universitätsbundes zur Förderung der Universität im Jahre 1950 („Aktion Pinkerneil“)

Im Jahre 1950 versuchte der Universitätsbund, zusätzlich zu seinen Bewilligungen externe Gelder zu sammeln und diese für die Dozenten der Universität zur Verfügung zu stellen. Die im Universitätsbund intern nach ihrem Initiator und Verfechter als „*Aktion Pinkerneil*“ bezeichnete Anstrengung mündete in zwei Soforthilfeprogramme, die den

¹¹⁰⁸ Dies war besonders schwierig, wenn die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) zuvor den Antrag des Marburger Dozenten abgelehnt hatte. Trotzdem war ein Antrag bei der DFG erforderlich, um einen Antrag an den Universitätsbund stellen zu können. Zu Einzelheiten der Vorschriften siehe das „*Statut über die Bewilligung von Reisebeihilfen durch den Marburger Universitätsbund*“ aus dem Jahr 1952, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 84, ohne Blattzählung.

¹¹⁰⁹ Bewilligungen aus zweckbestimmten Sonderspenden ab 17. Juni 1955, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 6, ohne Blattzählung.

wissenschaftlichen Nachwuchs der Universität Marburg und wichtige Forschungsarbeiten von Marburger Dozenten unterstützen sollten.

Die Idee, über die Beiträge und Spenden der Förderer und Mitglieder hinaus finanzielle Mittel für die Universität einzuwerben, wurde von Schatzmeister Pinkerneil in einem Schreiben an Schriftführer Balla vom 21. Dezember 1949 an den Universitätsbund herangetragen:

„Ich hätte Sie gerne unterrichtet über den Fortgang der Verhandlungen über die Finanzierung wissenschaftlicher Einrichtungen und Arbeiten durch die Industrie. [...] Unter Führung von Herrn Merton (Metallgesellschaft, Frankfurt) ist ein Stifterverband gegründet worden, der die Aufgabe hat, zusätzliche Mittel für Universitäten, Hochschulen und Institute aufzubringen. Wir haben letzthin beschlossen, für jeden unserer Arbeiter im Jahre 1950 Dm 0,20 abzuführen. Das wird ungefähr einen Betrag von DM 800.000.—ergeben. Über diese Mittel kann leider sofort noch nicht verfügt werden, da sie erst „gesammelt“ werden müssen. Ich hätte nun gern einen Überblick darüber, was Sie zusätzlich für den Bereich der Universität Marburg für notwendig halten und würde dann dem Schatzmeister des Stifterverbandes, Direktor Dr. Gummert von der Ruhrgas-AG, Essen, diese Aufstellung mit der Bitte um Berücksichtigung überreichen. Nach Rücksprache mit einigen Industriellen halte ich es durchaus für möglich, dass wir zusätzlich für den Universitätsbund noch Mittel bekommen. Ich werde das diesbezügliche Anschreiben mit den Adressen Ihnen in Kürze übermitteln und Sie und Seine Magnifizenz bitten, die Schreiben auszufertigen.“¹¹¹⁰

Pinkerneil versprach sich von Seiten der Industrie demnach sowohl Mittel für die Universität als auch für den Universitätsbund und bat Balla um eine Auflistung der Bedürfnisse der Marburger Universität. Dieser wiederum legte das Schreiben von Pinkerneil dem Senat der Universität vor, der „[...] eigentlich gegen meinen [Ballas, Anm. d. Verf] Wunsch, den Beschluss [fasste], dass bei dieser Gelegenheit einmal eine generelle Bedarfsanmeldung der Geldforderungen der gesamten Universität vorgenommen würde.“¹¹¹¹ Aus diesem Grund schrieb Schriftführer Balla am 19. Januar an alle Einrichtungen der Universität:

„Der Marburger Universitätsbund gedenkt in Kreisen der westdeutschen Industrie eine großzügige Werbung einzuleiten, um zusätzliche Mittel für die Durchführung von Forschung und Lehre an der Universität Marburg zu erlangen. Dazu ist eine Bedarfsanmeldung erforderlich. [...] Und zwar ist sowohl der Bedarf der einzelnen Dozenten an Geldern für die Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten, für Druckkostenzuschüsse und dringend notwendige wissenschaftliche Reisen, wie der Bedarf der von ihnen geleiteten Seminare, Institute, Kliniken usw. an Geldern für Bücher, Apparate usw. anzumelden.“¹¹¹²

¹¹¹⁰ Pinkerneil an Balla am 21. Dezember 1949, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 79, ohne Blattzählung.

¹¹¹¹ Balla an Pinkerneil am 17. Februar 1950, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹¹² HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 25; HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 79, ohne Blattzählung.

Die Antworten der verschiedenen Einrichtungen warfen einige Probleme auf, was zum einen an der Gesamthöhe der Forderungen und zum anderen an der Art der Bedarfsanmeldungen lag.¹¹¹³ Der Schriftführer und der Schatzmeister erörterten die Sachlage¹¹¹⁴ und informierten die Einrichtungen der Universität in einem weiteren Rundschreiben über die Ergebnisse der Erhebung und die Schlussfolgerungen des Vorstandes. Pinkerneil war aus drei Gründen der Ansicht, mit diesen Forderungen nicht an die Wirtschaft herantreten zu können:

*„1) Eine Reihe der angemeldeten Forderungen müssen als utopisch bezeichnet werden. 2) Die Aufstellung enthält viel zu hohe Forderungen naturwissenschaftlicher Institute. Diese Institute haben nach der Meinung von Dr. Pinkerneil Möglichkeiten, sich die von ihnen zusätzlich benötigten Mittel bei solchen Industriel-
len zu beschaffen, die an ihrer wissenschaftlichen Arbeit unmittelbar interessiert sind. 3) Ein grosser Teil der angemeldeten Forderungen muss staatlichen Stellen unterbreitet werden. Die Industrie denkt nicht daran, dem Staat diejenigen Lasten abzunehmen, die er pflichtgemäss zu tragen hat.“¹¹¹⁵*

Um jedoch das geplante Projekt nicht ganz aufgeben zu müssen, wurde das Vorhaben vom Vorstand in zwei Sofortprogramme umgewandelt, für die neue Anträge gestellt werden konnten. Damit sollten einerseits der akademische Nachwuchs (Sofortprogramm 1) und andererseits Forschungsarbeiten Marburger Wissenschaftler gefördert werden, die von „*besonderer Dringlichkeit*“ waren und ohne private Förderung nicht fortgesetzt werden konnten (Sofortprogramm 2).¹¹¹⁶ Diese beiden Programme stellte der Universitätsbund auch in seinen Mitteilungen vor, verwies dabei aber auf die unsichere Finanzierung: *„Die für die beiden Soforthilfeprogramme erforderlichen Gelder hofft der Universitätsbund aus den Beiträgen seiner Mitglieder und durch eine zusätzliche Werbung in den Kreisen der westdeutschen Industrie zu erlangen.“¹¹¹⁷* Die daraufhin neu eingegangenen Anträge wurden vom Vorstand nach Fakultäten und nach Dringlichkeitsstufen geordnet. Der Gesamtbedarf aller Anträge aus Sofortprogramm 1 sowie der als dringlich eingestuften Anträge aus dem Sofortprogramm 2 belief sich auf knapp 145.000 DM.¹¹¹⁸ Mit diesen Forderungen wandte sich der Universitätsbund in Person des Schatzmeisters an den Stifterverband, der die Anträge als bescheiden beurteilte.¹¹¹⁹

¹¹¹³ Insgesamt beliefen sich die Forderungen auf über 1,6 Millionen DM. EBD., ohne Blattzählung.

¹¹¹⁴ Siehe den Aktenvermerk von Balla über das Gespräch mit Pinkerneil am 24. Februar 1950, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹¹⁵ Universitätsbund Marburg an sämtliche Fakultäten der Universität Marburg am 3. März 1950, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, Bl. 26f.; HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 79, ohne Blattzählung.

¹¹¹⁶ EBD.

¹¹¹⁷ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 1 (1950), S. 4f.

¹¹¹⁸ Die Anträge und Auflistungen finden sich in HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 80 und 81 für Sofortprogramm 1 sowie HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 82 und 83 für Sofortprogramm 2.

¹¹¹⁹ Pinkerneil an Balla am 5. Juni 1950, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 79, ohne Blattzählung.

Allerdings verzögerte sich die Mittelvergabe durch den Stifterverband, so dass der Universitätsbund auch innerhalb der Universität in Bedrängnis kam, weil die Dozenten auf ihre beantragten Mittel hofften:

*„Hoffentlich erhalten wir bald eine Summe für das Sofortprogramm 2. Ich werde dauernd gedrängt und habe bereits eine dringend notwendige Zahlung von 400 DM aus unseren Mitteln bewilligen müssen.“*¹¹²⁰

Wenige Tage später beschloss dann der Stifterverband, seine gesammelten Gelder nicht selbst auszuzahlen, sondern sie der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zu überlassen. Denn der Stifterverband hatte erkannt, dass er die bei ihm eingegangenen Anträge nicht auf ihre Berechtigung und ihre Relevanz überprüfen konnte.¹¹²¹ Damit zerschlugen sich zunächst nicht nur die Hoffnungen des Universitätsbundes auf Mittel für die Soforthilfeprogramme, auch der erhoffte Betrag für den Universitätsbund kam nicht zustande. An diese Zuwendung zu Gunsten der Universität Marburg hatte Pinkerneil noch Anfang Juni fest geglaubt.¹¹²²

Pinkerneil und Balla versuchten in den folgenden Monaten, im direkten Dialog mit der Notgemeinschaft eine günstige Regelung für die Marburger Anträge zu finden. Insbesondere der Schriftführer drängte dabei auf ein Treffen, denn *„[i]ch werde dauernd von den Marburger Antragssteller [sic!] gefragt, ob sie nicht auf irgendeine Bewilligung von Geldern rechnen können.“*¹¹²³ Nachdem das Gespräch mehrmals verschoben worden war, fand es am 11. November 1950 statt. Über die Ergebnisse berichtete Balla in einer Dozentenversammlung am 24. November und skizzierte zunächst die bereits geschilderte Entwicklung, ehe er die aktuelle Situation erläuterte. Demnach werde es keinen Festbetrag für Marburg geben, alle Antragssteller müssten sich direkt an die Notgemeinschaft wenden und unter Einhaltung der Richtlinien Anträge an diese stellen. Der Universitätsbund solle aber der Notgemeinschaft Einblick in die bisherigen Anträge der Sofortprogramme geben, damit diese vorab günstig beurteilt werden könnten. Da jedoch

¹¹²⁰ Balla an Pinkerneil am 9. Juni 1950, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹²¹ So beschrieb Balla die Entscheidung des Stifterverbandes in einer Dozentenversammlung gegen Ende November 1950. „Skizze der Ansprache, die ich in meiner Eigenschaft als Schriftführer des Universitätsbundes bei der Dozentenversammlung am Freitag, den 24. Nov. 1950 gehalten habe“, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹²² „Um dem dringenden Bedarf der Seminare und Institute entsprechen zu können, wird Herr Dr. Gummert mit Herrn Dr. Merton eine Pauschale für Marburg aushandeln, die zunächst bis zu weiteren Bewilligungen helfen kann. Wie hoch der Betrag ist, konnte mir noch nicht gesagt werden. Ich berichte, sobald die Besprechung zwischen den Herren Dr. Merton und Dr. Gummert stattgefunden hat.“ Pinkerneil an Balla am 5. Juni 1950, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹²³ Balla an Pinkerneil am 18. September 1950, in: DEPOT LAHNBERGE, Anträge für NE-Metallforschungen aus ERP Mitteln, ohne Blattzählung.

aufgrund ihrer Statuten nicht alle Anträge an die Notgemeinschaft gestellt werden konnten, sollte der Universitätsbund diese nach Maßgabe seiner Mittel befriedigen.¹¹²⁴

Die sogenannte „*Aktion Pinkerneil*“ kann zusammenfassend nur als Niederlage für den Universitätsbund betrachtet werden, auch wenn die Entscheidungen zur Mittelvergabe an anderen Stellen fiel. Die Erwartungen aber, die der Bund bei einzelnen Dozenten geweckt und die er sich selbst gemacht hatte,¹¹²⁵ wurden in keiner Weise erfüllt. Damit trug der Vorstand nicht zur Steigerung des Ansehens des Universitätsbundes bei und verpasste eine wichtige Möglichkeit, mehr Mitglieder an der Universität zu gewinnen. In den Mitteilungen versuchte der Vorstand zwar, Schadensbegrenzung zu betreiben, indem er darauf hinwies, dass einige Anträge durch die Notgemeinschaft bewilligt worden seien. Gleichzeitig musste der Universitätsbund aber auch zugeben, dass deren Mittel ebenfalls begrenzt waren.¹¹²⁶

Wesentlich erfolgreicher war der Universitätsbund dagegen bei seinen Bemühungen, die Ausstattung der Universität anlässlich des Universitätsjubiläums im Jahre 1952 zu verbessern.

4.3. Das Universitätsjubiläum 1952

Die Feierlichkeiten zum 425jährigen Jubiläum der Philipps-Universität Marburg boten eine gute Gelegenheit, die Leistungsfähigkeit des Universitätsbundes herauszustellen. Der Vorstand verfolgte dabei aber kein einzelnes Großprojekt wie im Vorfeld des letzten großen Jubiläums von 1927, sondern plante, die Infrastruktur der Universität insgesamt nachhaltig zu verbessern.¹¹²⁷ Deshalb beschloss der Vorstand in einer Sitzung vom 9. Februar 1952, dass die zur Verfügung stehenden 30.000 DM auf verschiedene Projekte verteilt werden sollten. Hierzu zählten unter anderem die Renovierung der Aula, eine Beleuchtung für den Kreuzgang und Unterstützungsleistungen für das Universi-

¹¹²⁴ „Skizze der Ansprache, die ich in meiner Eigenschaft als Schriftführer des Universitätsbundes bei der Dozentenversammlung am Freitag, den 24. Nov. 1950 gehalten habe“, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 79, ohne Blattzählung.

¹¹²⁵ In seinen Mitteilungen wies der Universitätsbund vor allem auf die von ihm erhofften Gelder des Stifterverbandes der deutschen Industrie hin: „*Leider stellte sich bald heraus, daß die Hoffnung des Universitätsbundes, vom Stifterverband Mittel für seine Zwecke zu erhalten, trügerisch war.*“ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 2 (1951), S. 5.

¹¹²⁶ EBD., S. 5f.

¹¹²⁷ Bereits am 16. Januar hatte Schriftführer Balla Rektor Benninghoff über die geplante Bewilligung des Universitätsbundes unterrichtet: „*Es sollen von dem Geld Anschaffungen gemacht werden, die eine bleibende Erinnerung an die 425-Jahrfeier der Alma Mater Philippina sind. Darf ich Ew. Magnifizenz bitten, dem Senat von der Absicht des Universitätsbundes Kenntnis zu geben und die Fakultäten zu ersuchen, dem Universitätsbund bis zum 1. März 1952 Wünsche zu unterbreiten, für deren Befriedigung schlechterdings keine Mittel des Staates, der deutschen Forschungsgemeinschaft oder einer anderen Institution verfügbar sind. Die genaue Höhe der Kosten für die gewünschten Anschaffungen ist anzugeben.*“ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 85, ohne Blattzählung.

tätmuseum, das Forschungsinstitut für Kunstgeschichte sowie einzelne Fakultäten. Zudem sollte, falls keine andere Finanzierung möglich wäre, der Druck der Festschrift mitfinanziert werden. Für diese Vorhaben sollten Kostenvoranschläge und Anregungen der Direktoren beziehungsweise der Fakultäten eingeholt werden.¹¹²⁸

In der Folgezeit stellte sich heraus, dass die geplante Spende von 30.000 DM an die Universität nicht durch Mittel des Universitätsbundes gedeckt war. Demnach mussten Überlegungen angestellt werden, wie die Summe aufzubringen war. Dabei zeigten sich erneut die gewandelten Praktiken in Finanzierungsangelegenheiten, denn der Vorstand war bereit, wie noch zu zeigen sein wird, Wertpapiere zu veräußern, um die geplante Summe auch zur Verfügung stellen zu können. Zudem gingen bis Anfang März Anträge aus der Universität in Höhe von 137.500 DM beim Universitätsbund ein, womit die Gesamtsumme der potentiellen Ausgaben die Möglichkeiten des Bundes bei weitem überstieg. Demzufolge musste eine Rangfolge der Prioritäten festgelegt werden und während dieses Diskussionsprozesses kamen Fragen nach der Entscheidungskompetenz auf, die die Machtverhältnisse innerhalb des Vorstandes verdeutlichen.

Nachdem die Anträge der verschiedenen Einrichtungen beim Universitätsbund eingetroffen waren, erörterten zunächst Rektor Benninghoff und der Schriftführer die Gesuche, bevor Balla den Schatzmeister ausführlich über die Anträge und seine Besprechung mit dem Rektor informierte. Dabei kam er auch auf den weiteren Entscheidungsprozess und die Rolle des Vorsitzenden zu sprechen:

*„Auf welche Weise sollen wir die Zustimmung von Herrn Lehr einholen? Soll ich ihm die Mappen schicken oder genügt ein Bericht, zu dem er seine Zustimmung zu geben hätte? Ich lege grössten Wert darauf, dass die endgültigen Bewilligungen von dem gesamten Vorstand ausgesprochen werden.“*¹¹²⁹

Balla überlegte demnach, ob der Vorsitzende ausführlich über die zur Entscheidung stehenden Anträge informiert werden sollte oder ob eine Zusammenfassung ausreichen würde, der Lehr dann zustimmen müsste, ohne die genauen Hintergründe zu kennen.¹¹³⁰

Interessant ist die Antwort von Pinkerneil auf dieses Schreiben des Schriftführers und seine Auffassung bezüglich der Mitsprache von Dr. Lehr:

„Darf ich bitten, zur Kenntnis nehmen zu wollen, dass ich mit der vom Herrn Rektor und Ihnen getroffenen Vorentscheidung in jedem Punkte mich einverstan-

¹¹²⁸ Protokoll der Vorstandssitzung vom 9. Februar 1952, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 4, ohne Blattzählung.

¹¹²⁹ Balla an Pinkerneil am 25. März 1952, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 85, ohne Blattzählung.

¹¹³⁰ Dabei hatte der Schriftführer aber die wichtige Kontrollfunktion des Verwaltungsrates, der abschließend über die Bewilligungen zu entscheiden hatte, vergessen. Daran dachte er erst, als er den Brief mit den Anlagen in Form der Anträge bereits abgeschickt hatte. Er teilte diese Änderung im Bewilligungsablauf dem Schatzmeister dann in einem gesonderten Brief mit, der dieser dann auch zustimmte. Balla an Pinkerneil am 25. März 1952, in: EBD., ohne Blattzählung.

den erkläre. Es würde genügen, unter Hinweis auf das von uns Dreien erzielte Einvernehmen Herrn Minister Dr. Lehr einen kurzen Bericht zu übersenden. Zum Studium der Unterlagen wird er nicht kommen.“¹¹³¹

Pinkerneil sah Lehr also in einer Nebenrolle und billigte ihm lediglich die Funktion des „Abnickens“ zu. Und dies selbst in einer Frage der Verwendung von 30.000 DM, einer Summe, die dem Vorstand zum damaligen Zeitpunkt nicht zur Verfügung stand. Hier zeigt sich offensichtlich, was Pinkerneil mit der Bemerkung gemeint hatte, dass die alltägliche Arbeit vom Schriftführer und Schatzmeister erledigt würde. Zudem hatte Lehr nicht dieselbe Machtposition inne wie Haeuser, bei dem ein solches Vorgehen sicher nicht möglich gewesen wäre.

Balla stimmte der Ansicht des Schatzmeisters zu und Lehr wurde über das weitere Vorgehen nur sporadisch und sehr allgemein informiert. Einen detaillierten Bericht kündigte ihm Balla erst zur Vorbereitung auf die Vorstandssitzung im Rahmen des Jubiläums an.¹¹³² Die weiteren Entscheidungen bezüglich des Jubiläums wurden von den übrigen drei Vorstandsmitgliedern getroffen, deren Entscheidungen Lehr zustimmte, ohne dass er Gesprächsbedarf anmeldete.¹¹³³ Hierzu zählte auch die Frage, wie die 30.000 DM bereitgestellt werden konnten.¹¹³⁴

Pinkerneil plante dabei mit größeren Erlösen aus Spendensammlungen unter Prominenten und den Mitgliedern des Bundes und hatte dabei die Hoffnung, mehr Mittel zu bekommen als für das Jubiläum notwendig waren:

*„Mir schwebt eine Aktion vor, die uns auch Mittel zusätzlich zur Verfügung stellen soll. Im Mai müssten wir sämtliche Mitglieder des Universitätsbundes zu der 425-Jahrfeier einladen und bei dieser Gelegenheit auch um eine Sonderspende bitten. Zwischendurch würde der Vorstand gut tun, an einzelne Prominente heranzutreten. Das will ich gern vorbereiten. [...] Wegen der Aufbringung der DM 30.000.- habe ich mir folgendes Bild gemacht: Sonderspenden DM 10.000.-, Spenden der Mitglieder DM 2.000.-, Vorgriff auf Dividenden DM 8.000.-, aus den zur Verfügung stehenden Mitteln rund DM 10.000.-.“*¹¹³⁵

Rund einen Monat später hatte sich zwar keine Veränderung bei der Finanzsituation ergeben, aber Pinkerneil war weiterhin sicher, durch die von ihm geplante Werbung unter „Prominenten“ bis zu 12.000 DM erzielen zu können.¹¹³⁶ Zur Vorfinanzierung

¹¹³¹ Pinkerneil an Balla am 27. März 1952, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹³² Balla an Oberregierungsrat Scholl, einen engen Mitarbeiter des Innenministers, am 22. April 1952, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹³³ Dr. von Meibom, der Nachfolger von Oberregierungsrat Scholl, an Balla am 19. Juni 1952, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹³⁴ So fragte Balla den Schatzmeister am 22. März 1952, wie es um die Bereitstellung der genannten Summe stehe. EBD., ohne Blattzählung.

¹¹³⁵ Pinkerneil an Balla am 24. Februar 1952, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹³⁶ „Dr. Pinkerneil berichtete über die von ihm geplante Werbung. Er erklärte, dass er fest davon überzeugt sei, mittels seiner Werbung DM 10.- 12.000.- für die Jubiläumsspende erhalten zu können.“ Akten-

einiger Anschaffungen, die im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten präsentiert werden sollten, gab Pinkerneil dem Universitätsbund aus seinem Privatvermögen ein zinsloses Darlehn über 10.000 DM.¹¹³⁷ Diese für die bisherige Geschichte des Universitätsbundes sehr ungewöhnliche Maßnahme belegt die Finanznot des Universitätsbundes, der gut zwei Monate vor dem Jubiläum keine sichere Finanzierung der angekündigten Jubiläumsspende aufweisen konnte. Da die bisherigen Erfahrungen aber gezeigt hatten, dass der von Pinkerneil erhoffte Erlös sehr optimistisch geschätzt war, dachte der Vorstand als Alternative an den Verkauf von Wertpapieren.¹¹³⁸ Diese Absicht wurde in einer weiteren Sitzung der drei Vorstandsmitglieder am 27. Mai bekräftigt:

*„Prof. D. Balla legte den Status des Universitätsbundes vor. Es wurde daran festgehalten, dass unter allen Umständen DM 30.000.- als Jubiläumsgabe des Universitätsbundes vergeben werden sollen. Sollte die Summe nicht durch Sammlung aufgebracht werden können, werden einige Aktien verkauft.“*¹¹³⁹

Einen Monat später ermächtigte der Verwaltungsrat daraufhin den Vorstand, *„die Finanzierung der Bewilligungen durchzuführen und gegebenenfalls Restbeträge dem Vermögen zu entnehmen.“*¹¹⁴⁰ Eine konkreter Betrag oder eine Höchstgrenze für den Verkauf von Vermögenswerten wurden in der Sitzung nicht festgelegt. Da sich der Vorstand aber noch weitere Einnahmen aus der Werbeaktion und aus Zinsen und Dividenden erhoffte, verzichtete er in der Verwaltungsratssitzung auf eine konkrete Summe, die aus dem Vermögen herangezogen werden sollte.¹¹⁴¹ Aus einer Aufstellung des Schriftführers ergibt sich jedoch ein Höchstbetrag von knapp 7.000 DM, der eventuell aus dem Verkauf von Wertpapieren erzielt werden müsste. In dieser Summe ist aber das Darlehn des Schatzmeisters nicht enthalten. Dieses Defizit in der Finanzierung der Jubiläumsgaben resultierte daraus, dass durch die Werbung unter hessischen Industriellen statt der erhofften 12.000 DM nur etwas mehr als 4.000 DM an den Universitätsbund geflossen waren.¹¹⁴²

notiz von Balla über eine Besprechung mit dem Rektor und dem Schatzmeister am 21. April 1952, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹³⁷ EBD. Über die geplanten Rückzahlungsmodalitäten geben Unterlagen des Schatzmeisters für seine Berichte in den Gremiensitzungen der Hauptversammlung Auskunft: *„N.B. Von diesem zur Verteilung verfügbaren Bargeld des Universitätsbundes sind DM. 10000,- ein Darlehn von Dr. Pinkerneil, das im Laufe des nächsten Monats mittels der Dividenden und Zinsen der Universitätsbundwertpapiere abgetragen werden muss.“* HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 84, ohne Blattzählung. Bis zur Hauptversammlung des Jahres 1952 hatte der Universitätsbund das Darlehn noch nicht zurückgezahlt. Ob Pinkerneil tatsächlich sein Geld erhalten hat, geht aus den Akten des Universitätsbundes nicht hervor.

¹¹³⁸ Dies kündigte der Schriftführer dem Vorsitzenden in einem Brief an. Balla an Oberregierungsrat Scholl am 22. April 1952, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 85, ohne Blattzählung.

¹¹³⁹ Protokoll der Besprechung vom 27. Mai 1952 in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹⁴⁰ Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 28. Juni 1952, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 84, ohne Blattzählung.

¹¹⁴¹ EBD.

¹¹⁴² Materialien für die Gremiensitzungen am 28. Juni 1952, in: EBD., ohne Blattzählung.

Trotz dieser nicht gesicherten Finanzierung und einem wahrscheinlichen Rückgriff auf Erlöse aus dem Verkauf von Wertpapieren gelang es dem Bund, eine beträchtliche Anzahl von Bewilligungen und Spenden aus Anlass des Universitätsjubiläums zu verkünden. Während der Bund vor allem die Fakultäten und Institute mit Büchern oder Apparaten, dabei teilweise mit Hilfe hessischer Firmen, unterstützte, übernahm das hessische Kultusministerium die Kosten für die Renovierung der Aula, die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck zahlte die Erneuerung der Orgel in der Aula und das Ministerium des Vorsitzenden Lehr unterstützte die Universität ebenfalls.¹¹⁴³ Der Universitätsbund stellte insgesamt mehr als 27.000 DM zur Verfügung, womit das Universitätsjubiläum aus Sicht des Bundes nach außen hin ein Erfolg war, da er seine Ankündigungen umgesetzt hatte. Unter Betrachtung der Vorgeschichte allerdings zeigte sich wieder einmal der begrenzte Handlungsspielraum des Bundes, da er mit seinen Aufrufen um Unterstützung keinen durchschlagenden Erfolg hatte. Die Spendenbereitschaft für wissenschaftliche Projekte und Anlässe war nicht mehr so ausgeprägt wie noch zu Weimarer Zeiten. Dies lag nicht in der Verantwortung der Vorstandsmitglieder, aber ihr teilweise unbegrenzt erscheinender Optimismus, vor allem der von Schatzmeister Pinkerneil, wirkt erstaunlich.

Die veränderte Bedeutung des Universitätsbundes, die sich unter anderem an den Schwierigkeiten bei der Einwerbung von Spenden und an den nur langsam steigenden Mitgliederzahlen ablesen lässt, wurde in den 1950er Jahren auch innerhalb der Universität sichtbar. Dies betrifft die Rolle und Funktion des Universitätsbundes bei den Festakten der Universität, die in zeitlicher Abstimmung mit der Hauptversammlung am selben Wochenende stattfanden. Zudem belegt die Gründung eines Universitätsbeirates im Jahre 1953 die modifizierten Aufgaben des Universitätsbundes, zumindest was die diesbezügliche Sichtweise der Universität betrifft.

5. Die veränderte Rolle des Universitätsbundes innerhalb der Universität

Als öffentliches Forum für den Universitätsbund dienten wie schon in den Vorkriegsjahren die jährlichen Hauptversammlungen. Dabei knüpften die Universität und der Universitätsbund an den Beschluss des Jahres 1939 an, im Zusammenhang mit der Hauptversammlung auch die Universitätsgründung zu feiern. Als Termin für die erste Hauptversammlung und das Begleitprogramm war bereits frühzeitig der 9. und 10. Juni 1951 festgelegt worden. Am 9. sollten die Sitzungen der Gremien stattfinden, während

¹¹⁴³ Damit war ein Großteil des ursprünglichen Bedarfs von 137.500 DM abgedeckt worden. Zu den Einzelheiten siehe die Berichte über die Jubiläumsfeierlichkeiten in den MITTEILUNGEN des Marburger Uni-

für den 10. ein Festakt in der Aula geplant war. Das gesamte Festwochenende trug ab 1951 den Namen „Marburger Universitätstag“:

„Um die Aufmerksamkeit weitester Kreise von neuem auf die Existenz und die Bestrebungen des Marburger Universitätsbundes zu lenken, ist beschlossen worden, im Sommersemester dieses Jahres wieder zum ersten Male nach Beendigung des Krieges einen Marburger Universitätstag abzuhalten [...]. Am Sonntag, den 10. Juni, soll dann von 11-13 Uhr in der Aula der altherwürdigen Philipps-Universität die Hauptveranstaltung des ersten Marburger Universitätstages abgehalten werden, die aus einer Jahresfeier der Universitätsgründung bestehen wird, bei der auch der Marburger Universitätsbund in die Erscheinung tritt.“¹¹⁴⁴

Auch in den folgenden Jahren waren die jährlichen „Universitätstage“ ein Element in der Öffentlichkeitsarbeit des Universitätsbundes und bedeutsam für die Aufrechterhaltung der Verbindung zu seinen Mitgliedern. Neben Vorträgen, Besichtigungen und gemütlichem Beisammensein fanden an diesen Tagen auch die jährlichen Sitzungen des Verwaltungsrates und die Hauptversammlung statt. Auch wurden die Festakte von der Universität genutzt, Ehrendoktorwürden oder Ehrensensatorwürden zu überreichen. Darüber hinaus war die Rolle des Universitätsbundes während der „Universitätstage“ jedoch darauf beschränkt, während einer Feierstunde oder eines Festaktes die Bewilligungen des Bundes zu verkünden.¹¹⁴⁵

Diese auf die finanziellen Aspekte reduzierte Rolle des Universitätsbundes wurde zudem bei der Bildung eines Universitätsbeirates deutlich, welche 1953, also im Jahr nach dem erfolgreichen Universitätsjubiläum, seitens der Universitätsleitung im Mittelpunkt des „Marburger Universitätstages“ stand. Der Universitätsbeirat wurde in Folge eines Beschlusses des Senats aus dem Jahre 1951 gegründet. Seine Ziele formulierte der Rektor in einem Schreiben an den Universitätsbund im Vorfeld des „Universitätstages“:

„Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Der Senat der Philipps-Universität hat in seiner Sitzung am 26.11.1951 folgenden Beschluss gefasst: Es ist das Bestreben der Universität, durch Heranziehung ausgewählter Vertreter öffentlicher Körperschaften und Verbände sowie sonstiger geeigneter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eine engere Verbindung zwischen Universität und Öffentlichkeit herzustellen und auf diese Weise der Öffentlichkeit Einblick in ihre Arbeit zu geben und zugleich Anregungen zu empfangen. Die Universität erhofft aus dieser Verbindung eine Bereicherung ihrer Wirksamkeit und eine Steigerung der Anteilnahme der Öffentlichkeit an ihren Aufgaben und an ihrem Schicksal. Dies der Universität vorschwebende Ziel soll durch die Bildung eines Universitätsbeirates verwirklicht werden.“¹¹⁴⁶

universitätsbundes Neue Folge Blatt 5 (1952), S. 1-8.

¹¹⁴⁴ MITTEILUNGEN des Marburger Universitätsbundes Neue Folge Blatt 2 (1951), S. 6f.

¹¹⁴⁵ Siehe die Berichte in der OP vom 6. Juli 1953, S. 3, vom 28. Juni 1954, S. 3, vom 20. Juni 1955, S. 6, vom 18. Juni 1956, S. 6 und vom 3. Juni 1957, S. 8.

¹¹⁴⁶ Rektor Benninghoff an den Universitätsbund am 16. Juni 1953, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 18, ohne Blattzählung.

Diese Absichten müssen verwundern, wenn man die Geschichte des Marburger Universitätsbundes betrachtet. Denn der Bund verfolgte seit seiner Gründung genau diese Ziele. Zudem war der Verwaltungsrat stets ein Gremium gewesen, in dem Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft vertreten waren. Demzufolge musste der Universitätsbeirat dem Universitätsbund wie eine Konkurrenzorganisation erscheinen. Dies wird auch durch die Änderung der Satzung der Universität im Mai 1953 deutlich, die aufgrund der Bildung des Beirates notwendig geworden war:

*„§ 119: Die Pflege und Vertiefung der allgemeinen Beziehungen der Universität zum öffentlichen Leben insbesondere des Landes und des engeren Heimatgebietes wird neben dem Universitätsbund von dem Universitätsbeirat wahrgenommen. § 120: (1) Der Universitätsbeirat hat die Aufgabe, Vertreter des öffentlichen insbesondere des religiösen und kulturellen Lebens, der Wirtschaft, Arbeit sowie der kommunalen und sonstigen Selbstverwaltung zu fruchtbarem Gedankenaustausch und gegenseitiger Förderung mit der Universität zusammenzuführen. (2) Über seine Zusammensetzung und seine Tätigkeit erlässt der Senat ein besonderes Statut.“*¹¹⁴⁷

Diese Konkurrenz zum Universitätsbund zeigte sich dann weiter bei der feierlichen Verkündung der Konstituierung des Beirates durch den Rektor, bei der dieser altbekannte Ziele des Universitätsbundes wiederholte:

*„Eine echte Partnerschaft zwischen Regierung und Volksvertretung einerseits und dem Beirat andererseits könne die Gefahr der Abkapselung der Wissenschaft vom Leben vermindern und eine Forschung in Freiheit (und auch für politische Freiheit) fördern.“*¹¹⁴⁸

Demzufolge wäre zu erwarten gewesen, dass der Universitätsbund gegen die Bitte der Universität, seinen Vorsitzenden in den Beirat zu entsenden, protestieren und gegen die Gründung des Beirates argumentieren würde. Dies war aber nicht der Fall, sondern der Universitätsbund beteiligte sich am Beirat und Schatzmeister Pinkerneil wurde sogar in den engeren Vorstand gewählt.¹¹⁴⁹ Pinkerneil hielt in der konstituierenden Sitzung des Beirates einen Vortrag, der Rückschlüsse auf das Verhältnis zwischen Universitätsbund und Beirat gibt. Darin heißt es unter anderem:

„Der Vorwurf der Fremdheit, des Fremd-geworden-seins, kam gegen die Professoren aus den Kreisen der Altakademiker. [...] Die Gründung der Freunde und Förderer, die kurz nach dem ersten Weltkrieg einsetzte, bahnte in dieser Hinsicht eine Wendung an, die sich sehr verheißungsvoll anließ. [...] Im Laufe der Jahre

¹¹⁴⁷ So Rektor Walcher in seinem Schreiben an den hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung vom 5. Mai 1953, in dem er um die Genehmigung zur Konstituierung des Beirates und der Satzungsänderung bat. HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 1907, ohne Blattzählung. Die Genehmigung des Ministers erfolgte am 16. Juni 1953. EBD. In der Satzung der Universität Marburg aus dem Jahr 1930 ist der Universitätsbund noch nicht erwähnt, so dass unklar bleibt, wann der Universitätsbund in die Satzung der Universität aufgenommen worden ist. In den überlieferten Akten des Universitätsbundes ist kein Hinweis darauf zu finden.

¹¹⁴⁸ Ansprache von Rektor Walcher, zitiert nach den Angaben der OP vom 6. Juli 1953, S. 3.

¹¹⁴⁹ EBD.

hat sich durch manche Fördererverbände eine Gemeinschaft zwischen Altakademikern und Universität gebildet, die versprechend erscheint und die sich vor allen Dingen durch eine enger werdende Fühlungnahme zwischen Lehrkörper und den Akademikern der Praxis ausgewirkt hat. Es war ein bedeutsamer Schritt, daß die meisten Freunde- und Fördererverbände beschlossen, den Kreis der Mitglieder nicht auf Akademiker zu beschränken, und dadurch sind sie einen Weg gegangen, der für den heutigen Tag bedeutungsvoll ist. Heute tut die Philipps-Universität einen weiteren Schritt auf dem Wege der Verbindung von Universität und Gemeinschaft mit der Einsetzung des Beirats. Ein Schritt von zweifellos großer Bedeutung. Noch vor vier Jahrzehnten wäre der Plan der Errichtung eines solchen Beirats als unakademisch und einer Universität nicht adäquat erschienen. Heute bedeutet er das Sichtbarmachen einer Entwicklung. Die Zusammenarbeit zwischen Universität und Universitätsbund soll durch die Einsetzung des Universitätsbeirats in keiner Weise beeinträchtigt werden. Sie werden verstehen, daß ich Wert auf diese Feststellung lege. Der Universitätsbund bleibt eine selbständige Institution, die nach ihren Richtlinien für die Universität arbeitet.“¹¹⁵⁰

Pinkerneil sah demnach im Beirat eine Weiterentwicklung der Idee des Universitätsbundes. Bezeichnend ist jedoch, dass er die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen Universität und Universitätsbund ausdrücklich betonen musste. Dies zeigt, dass er dem Eindruck entgegentreten wollte, der Universitätsbund sei durch die Gründung des Beirates überflüssig geworden. Vielleicht versuchte der Universitätsbund auf diesem Wege auch, Schadensbegrenzung zu betreiben.

Der Universitätsbund unterstützte also die Idee des Universitätsbeirates und förderte später die Herausgabe der Mitteilungen des Universitätsbeirates mit 200 DM aus seinem Dispositionsfonds.¹¹⁵¹ Im Zusammenhang mit dieser Beteiligung kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Schriftführer Balla und Rektor Walcher, der entgegen der ursprünglichen Abmachung über eine Beteiligung des Universitätsbundes an den Druckkosten von 150 DM nun 200 DM forderte. Balla protestierte gegen diese Forderung mit deutlichen Worten:

„Gestatten Ew. Magnifizenz mir bitte die Bemerkung, dass ich über dieses Ersuchen konsterniert bin. Ich hatte mit Herrn Michel verabredet, dass der Universitätsbund DM. 150.- zahlen würde. Und ich halte nach wie vor allein diesen Betrag für angemessen. Denn ich bin der Meinung, dass die Universität das Mitteilungsblatt Nr. 1 ja doch hätte drucken und dann die vollen Druckkosten hätte zahlen müssen. So rechne ich die Papierkosten für 1500 Exemplare zu DM. 50.- und beteilige mich an den Druckkosten mit DM. 100.-. Ich nehme an, dass sich Euer Magnifizenz meiner Logik nicht werden entziehen können und mit meinem Vorschlag einverstanden sind.“¹¹⁵²

¹¹⁵⁰ Vortrag von Pinkerneil, zitiert nach 2. Korrekturfassung der Mitteilungen des Beirats der Philippsuniversität zu Marburg Nr. 1 Juli 1953 vom 16. September 1953, S. 12-17, hier S. 13f. Diese Version befindet sich in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79, Nr. 1908, ohne Blattzählung. Die endgültige Druckfassung konnte nicht gefunden werden.

¹¹⁵¹ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 59, ohne Blattzählung.

¹¹⁵² Balla an Rektor Walcher am 23. November 1953, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79, Nr. 1908, ohne Blattzählung.

Nach persönlicher Rücksprache notierte der Rektor handschriftlich auf dem Brief von Balla, dass sie sich auf 200 DM geeinigt hätten. Auch wenn der Differenzbetrag letztlich sehr gering ist, zeigt dieser Vorgang doch die schwache Position des Universitätsbundes, der sich sogar an den Druckkosten für das Mitteilungsblatt einer Konkurrenzorganisation beteiligen musste und dabei noch nicht einmal die ursprüngliche Planung durchsetzen konnte.

Insgesamt unternahm der Universitätsbund keine Versuche, den Beirat zu verhindern und stattdessen auf einen Ausbau des Universitätsbundes zu drängen. Dieser hatte sich immerhin seit 30 Jahren bewährt und pflegte über seine Vortragsveranstaltungen einen engen Kontakt zur hessischen Provinz. Die Bedeutung des Bundes für die Universität war augenscheinlich gesunken und die Universitätsleitung suchte neue Wege, die Universität in der Öffentlichkeit darzustellen. Aufgrund der Verhaltensweisen der Vorstandsmitglieder vor dem Zweiten Weltkrieg ist zu vermuten, dass eine ähnliche Initiative damals auf heftigen Widerstand seitens des Universitätsbundes getroffen wäre. Insgesamt war die Rolle des Universitätsbundes bei den „Universitätstagen“ also deutlich geringer als bei den Festakten vor dem Krieg. Der „Universitätstag“ war eine Veranstaltung, in der sich vor allem die Universität präsentierte. Der Universitätsbund gehörte weiterhin dazu, hatte aber keine herausragende Position mehr inne. Die geringere Bedeutung des Universitätsbundes lässt sich auch an den Presseberichten ablesen, die kaum über die Gremiensitzungen des Bundes informierten. Der interessanteste und wichtigste Aspekt war die Förderung der Universität durch den Bund, denn die Summen wurden aufgeführt, während Mitgliederzahlen oder andere Fakten über den Bund nicht erwähnt wurden. Der Universitätsbund war also zu einem reinen Förderverein geworden. Andere Leit motive und Aktivitäten des Bundes wurden nicht mehr präsentiert.

Vor dem Zweiten Weltkrieg nutzte der Universitätsbund die Hauptversammlungen auch zu politischen Stellungnahmen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Ansprachen des Vorsitzenden Haeuser, die Verknüpfung der Veranstaltung mit der Sonnenwendfeier und die Anpassungsbemühungen während der nationalsozialistischen Diktatur. Zum Abschluss dieser Arbeit soll daher untersucht werden, welche politischen Einstellungen der Universitätsbund nach 1945 vertrat, in welchen Formen sich diese äußerten und wie er, um den Anschluss an die Zeit vor 1945 zu knüpfen, mit seiner Vergangenheit im Nationalsozialismus umging.

6. Die Haltung des Vorstandes zur Vergangenheit des Universitätsbundes im Nationalsozialismus und zur politischen Lage nach 1945

Um sich der Frage nach der Einstellung des Vorstandes zur politischen Situation in Deutschland nach 1945 und zur Vergangenheit des Universitätsbundes während des nationalsozialistischen Regimes zu nähern, gibt es verschiedene Wege und Indikatoren, die Antworten oder zumindest Antwortmöglichkeiten versprechen. Hierzu gehören einmal Äußerungen der Vorstandsmitglieder im internen Briefwechsel und dann die Schriften, in denen sich der Vorstand explizit zur NS-Zeit des Bundes äußerte. Dann lassen sich aus der Suche und der Wahl des Nachfolgers für den Vorsitzenden Duden, aus dem Umgang mit den Korporationen und aus der Besetzung des Verwaltungsrates Rückschlüsse auf die politischen Standpunkte des Universitätsbundes nach 1945 und zur Aufarbeitung der Vergangenheit ziehen.¹¹⁵³

Erste Hinweise zur Haltung des Bundes zu seiner NS-Vergangenheit finden sich im Schriftwechsel innerhalb des Vorstandes, der den Bemühungen um die Wiederezulassung voranging. Darin zeigte sich eine unkritische und positive Sicht der Vergangenheit. Am deutlichsten wird dies in dem bereits zitierten Schreiben des Schatzmeisters Pfeiffer an den Rektor im Februar 1946:

*„Die Verhältnisse des Bundes liegen so, dass sowohl Herr Duden als auch ich nie der Partei oder einer ihrer Organisationen angehört haben. Das Gleiche nehme ich von Herrn Versé an. Herr Landesrat Dr. Schellmann war Zwangs-PG. und ist bis auf weiteres von seinem Amt suspendiert. Das übliche Verfahren für seine Wiedereinstellung läuft. Ob Herr Professor Dr. Lautenschläger PG. gewesen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls hat der Bund nie etwas mit der Partei zu tun gehabt und sich völlig neutral gemäss seinen Satzungen verhalten. Ich glaube deshalb, dass nichts einer Genehmigung seitens der Militärregierung im Wege steht.“*¹¹⁵⁴

Zwar stimmen die Angaben über die Parteizugehörigkeiten, aber die Feststellung, dass sich der Universitätsbund stets neutral verhalten habe, ist nur formal korrekt. Denn durch die Unterstützung etlicher nationalsozialistischer Projekte hat der Universitätsbund nicht immer „neutral“ gehandelt und hatte in diesen Fragen teilweise intensive Kontakte zur Partei oder zu deren Unterorganisationen. Ansonsten ist die Darstellung aus Sicht des Schatzmeisters einleuchtend, gibt aber die Dimension seines politischen Handelns sehr vereinfacht wieder. Denn der Vorstand des Universitätsbundes hatte wiederholt gezeigt, dass er auch ohne Partei-Mitgliedschaften im Sinne des NS-Regimes

¹¹⁵³ Die Reden des Vorsitzenden Lehr während der Hauptversammlungen und „Universitätsstage“ sind bis auf diejenige aus dem Jahr 1951, die im Zusammenhang mit der Frage der Korporationen analysiert wird, nur in Form von kurzen Berichten in der Oberhessischen Presse überliefert und können daher nicht entsprechend ausgewertet werden.

¹¹⁵⁴ Pfeiffer an Rektor Ebbinghaus am 14. Februar 1946, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 632, Bl. 206.

handeln konnte. Dabei bewegte er sich allerdings, wie auch Pfeiffer anführt, stets im Rahmen seiner Satzung.

Der Standpunkt von Pfeiffer war im Vorstand unumstritten, wie auch die erste offizielle Veröffentlichung des Bundes nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zeigt. Diese entstand, wie bereits erwähnt, im Rahmen der Bemühungen um die Wiedenzulassung des Universitätsbundes und Schriftführer Versé überreichte sie dem amerikanischen Universitätsoffizier Dr. Hartshorne als Darstellung der Geschichte und der Aufgaben des Marburger Universitätsbundes. Nach der Schilderung der satzungsgemäßen Ziele des Bundes werden im weiteren Verlauf der Darstellung jedoch einige Verzerrungen deutlich:

„Anfang 1933 hatte der Bund etwa 5000 Mitglieder, die in der Folgezeit auf etwa 2000 zurückgingen, da die Bewegungsfreiheit des Bundes mehr und mehr eingeschränkt wurde, namentlich auch infolge der erzwungenen Reduzierung und schliesslichen Sistierung des Erscheinens der Bundesdruckschriften.“¹¹⁵⁵

Hierzu ist zu bemerken, dass der Universitätsbund nie, auch nur annähernd nicht, 5000 Mitglieder hatte, zudem war der Höhepunkt bereits 1930 erreicht und die Zahl der Mitglieder bis Anfang 1933 bereits deutlich gesunken. Zudem konnten die Bundesdruckschriften, also die Mitteilungen, bis Ende der 1930er Jahre recht problemlos erscheinen (die erwähnte Reduzierung wurde erst 1938 notwendig), bevor erst die Papierknappheit während des Krieges die Einstellung der Mitteilungen erzwang. Außerdem hat die Analyse der Politik des Bundes während der NS-Zeit gezeigt, dass es dem Vorstand sehr wohl gelungen war, die Bewegungsfreiheit des Bundes zu erhalten, auch wenn er bei den Mitteilungen Einschränkungen in Kauf nehmen musste. Die Ausführungen in der Denkschrift sind wohl dadurch zu erklären, dass der Vorstand in diesem Schreiben an die amerikanischen Besatzungsbehörden die Bedeutung des Bundes für die Universität Marburg und seine Einschränkungen während der NS-Zeit hervorheben wollte, um eine schnelle Wiedenzulassung zu erreichen.

Weiter werden die Gremien des Bundes beschrieben und die Personen des engeren Vorstandes benannt, die allesamt als unbelastet gelten würden und daraus *„ergibt sich ohne weiteres die politische Stellung, die der Bund während des Naziregimes eingenommen hat, dessen Ansprüche er als gemeinnütziger Verein erfolgreich abwehren konnte.“¹¹⁵⁶*

Interessant für die Einordnung der Eigenständigkeit des Bundes während der NS-Zeit ist die Betonung der Bedeutung der Gemeinnützigkeit, die der Universitätsbund bereits

¹¹⁵⁵ Bericht über das Wesen und die Ziele des Universitätsbundes vom 9. April 1946 als Teil des Antrags zur Wiedenzulassung des Marburger Universitätsbundes, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 26, ohne Blattzählung.

¹¹⁵⁶ EBD.

zwischen 1933 und 1945 als Argument für den Erhalt seiner Selbständigkeit angeführt hatte.

Eine ähnliche Stoßrichtung besaß eine Denkschrift zu Beginn des Jahres 1949, mit der der Vorstand eine massive Mitgliederwerbung einleitete. Zunächst wird, wie schon im Schreiben an die Militärregierung 1946, die eigene Erfolgsgeschichte in der Weimarer Zeit mit dem Höhepunkt der Finanzierung des Jubiläumsbaus gerühmt. Als Gründungsmotiv wird wie üblich die Rettung der bedrohten Marburger Universität angeführt. Hinsichtlich der Zeit des Nationalsozialismus wird diesmal nicht konkret auf die Arbeit des Universitätsbundes Bezug genommen, sondern stattdessen der gesamten Universität mehr oder weniger ein umfassendes Lob ausgesprochen:

*„Wie sich heute mit absoluter Sicherheit sagen läßt, hat die Universität Marburg als Ganzes die 12 Jahre des nationalsozialistischen Regimes ohne inneren Schaden überstanden. Die allergrößte Mehrzahl ihrer Mitglieder hat es als ihre heilige Pflicht angesehen, die ihr anvertrauten Wissenschaftsgebiete von jeder parteipolitischen Beeinflussung frei zu halten. Sie hat damit das Vertrauensbewußtsein bewiesen, das man von Männern der Wissenschaft fordern muß, und den Widerstand geleistet, der solchen zukommt.“*¹¹⁵⁷

Wie aus zahlreichen Studien zur Philipps-Universität im Nationalsozialismus mittlerweile bekannt ist, ist diese Aussage völlig unzutreffend. Auch der Universitätsbund war, wie aufgezeigt, nicht von jeder parteipolitischen Beeinflussung befreit. Allerdings muss auch gesagt werden, dass diese Verklärung beziehungsweise Verdrängung der eigenen NS-Vergangenheit damals typisch für die deutsche Gesellschaft war, wie zahlreiche Studien zur Vergangenheitsaufarbeitung zeigen.¹¹⁵⁸

Auch hinsichtlich der Wiedereinstellung von alten Vorstands- und Verwaltungsratsmitgliedern zeigte der Universitätsbund wenig Bereitschaft, sich mit seiner NS-Vergangenheit auseinander zu setzen. Dies betraf insbesondere die Herren Schellmann und Lautenschläger, die letztlich von der Spruchkammer beziehungsweise im IG-Farben-Prozess entlastet beziehungsweise freigesprochen wurden.¹¹⁵⁹ Innerhalb des

¹¹⁵⁷ „Der Marburger Universitätsbund“, unterzeichnet von Rektor Albrecht und von Duden als Vorsitzendem des Universitätsbundes, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 633, zwischen Bl. 12 und 13 eingelegt.

¹¹⁵⁸ Zur Einführung in diese Problematik siehe FREI, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999; REICHEL, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit an deutschen Hochschulen siehe WEISBROD, Bernd: Dem wandelbaren Geist. Akademisches Ideal und wissenschaftliche Transformation in der Nachkriegszeit, in: Ders. (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002 (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, Bd. 20), S. 11-35. Vgl. dazu, veranschaulicht am Beispiel der Berliner Universität, auch die Ausführungen von BRUCH, Rüdiger vom: Die Berliner Universität 1933-1945 in der Erinnerungskultur nach 1945, in: Jahr, Christoph (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rebecca Schaarschmidt: Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Band I: Strukturen und Personen, Stuttgart 2005, S. 227-234.

¹¹⁵⁹ Siehe hierzu auch Kapitel VII.2.

alten Vorstandes hatte man aber bereits vor diesen Urteilen kaum Bedenken gegenüber den beiden Herren, wie Bemerkungen aus den Jahren 1946/47 zeigen. So urteilte Schriftführer Versé im Februar 1946: *„Herr Landesrat Dr. Schellmann war der Vorsitzende der Ortsgruppe, ist aber jetzt aus seinem Amte suspendiert. Eine Wiedereinstellung erscheint mir aber durchaus möglich.“*¹¹⁶⁰ Auch die Situation von Lautenschläger wurde sehr wohlwollend bewertet, wie eine Aussage des Vorsitzenden Duden wenige Monate vor Erhebung der Anklage zeigt: *„Herr Professor Lautenschläger ist z.Zt. seit Wochen als Zeuge in Nürnberg festgehalten.“*¹¹⁶¹ Dieser kritiklose Umgang mit der Vergangenheit einiger Vorstandsmitglieder überdauerte die nächsten Jahre und setzte sich im Vorfeld der ersten Hauptversammlung fort.

Zu diesem Zeitpunkt ging es vor allem darum, geeignete Mitglieder für den neuen Verwaltungsrat zu finden. Dabei stellte sich auch die Frage, wie man mit den bisherigen Mitgliedern, insbesondere mit den Vertretern der IG-Farben, umgehen sollte. Thematisiert wurde diese Frage in einer Aufstellung von Schriftführer Balla, in der er sich Gedanken über die organisatorischen Fragen bezüglich der Wahlen zu den Gremien machte.¹¹⁶² Darin bemerkte er zu den alten und eventuell neuen Mitgliedern des Vorstandes und Verwaltungsrates folgendes:

*„Ausserdem waren früher im Vorstand die Herren Prof. Taeger, Landesrat i.R. Schellmann, Kassel, und Prof. Lautenschläger von der IG Hoechst. - Prof. Taeger könnte bleiben. Wie steht es mit Herrn Schellmann und Lautenschläger? [...] Aber ausserdem bestand der Verwaltungsrat aus 10 weiteren Mitgliedern, die zum Teil tot oder völlig unmöglich sind.“*¹¹⁶³

Balla stellte also zumindest die Mitgliedschaft von Schellmann und Lautenschläger im Vorstand und damit auch im Verwaltungsrat in Frage, zu den „Unmöglichen“ gehörten sie für ihn aber nicht. Zwar konkretisiert Balla seine Auffassung nicht, aber es liegt nahe, dass sich Balla mit dieser Äußerung auf die NS-Vergangenheit bezog, denn einen anderen Grund für diese Klassifizierung ergibt sich aus der Geschichte des Universitätsbundes und der allgemeinen Nachkriegsgeschichte nicht. Eine ausführliche Diskussion über die Besetzung des Verwaltungsrates scheint es aber nicht gegeben zu haben,

¹¹⁶⁰ Versé an Rektor Ebbinghaus am 21. Februar 1946, in: HSTAM Bestand 305a Acc. 1975/79 Nr. 632, Bl. 207. Dieser Bewertung schloss sich nach dem Spruchkammerbescheid auch Schatzmeister Pfeiffer an: *„Schellmann ist „Entlasteter“, also politisch einwandfrei.“* Pfeiffer an Rektor Matz am 12. September 1947, in: EBD., Bl. 223.

¹¹⁶¹ Duden an Versé am 7. Februar 1947, in: EBD., Bl. 218.

¹¹⁶² In dem Papier vom April 1951 schien Balla noch davon auszugehen, dass die alten Satzungsbestimmungen weiterhin gelten würden, denn er konstatiert beispielsweise: *„Vorsitzende von Bundesgruppen über 70 Mitglieder haben wir überhaupt nicht.“* Undatierte Aufstellung von Schriftführer Balla über die Fragen und Probleme bezüglich des Universitätstages, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 17, ohne Blattzählung.

¹¹⁶³ EBD.

denn am 11. Mai berichtete Pinkerneil dem designierten Vorsitzenden Lehr und Schriftführer Balla von einem Gespräch mit dem noch amtierenden Vorsitzenden Duden:

*„Herr Duden schlug als Vertreter der IG-Farben-Industrie im Verwaltungsrat die Herren Prof. Dr. Lautenschläger, Elberfeld, und Dr. Erlenbach (Leiter der Farbwerke Höchst) vor. Im Hinblick darauf, daß die IG Farben gelegentlich des Marburger Universitätstages Ihnen einen größeren Betrag zur Verfügung stellen wird, um ihre Anteilnahme zu beweisen, würde es Herr Duden begrüßen, wenn beide Herren in den Verwaltungsrat aufgenommen werden könnten. Das ist durchaus möglich. Ein anderer Herr aus der Wirtschaft könnte gestrichen werden, wenn das notwendig ist.“*¹¹⁶⁴

Damit setzte sich die schon vor 1945 praktizierte enge Zusammenarbeit mit den IG-Farben nahtlos fort. Zwar muss man bedenken, dass Duden früher ebenfalls für die IG-Farben tätig war, aber die kritiklose Zustimmung der übrigen Vorstandsmitglieder ist erstaunlich. Zwar war Lautenschläger wie erwähnt im IG-Farben-Prozess freigesprochen worden, doch die in diesem Prozess verhandelten Anklagepunkte¹¹⁶⁵ hätten mindestens zu einer Diskussion über das Verhältnis des Bundes zu den IG-Farben und ihren Nachfolgefirmaen führen müssen. Offensichtlich fürchteten die Vorstandsmitglieder keine negativen Folgen durch die enge Zusammenarbeit, oder die finanziellen Erwägungen überwogen eventuelle moralische Bedenken.¹¹⁶⁶ Die beiden Herren wurden jedenfalls zur Wahl vorgeschlagen und einstimmig von der Hauptversammlung in den Verwaltungsrat gewählt, womit es auch dort offensichtlich keinen Widerspruch gegen die Fortsetzung der Zusammenarbeit gegeben hat. Die IG-Farben leisteten dann auch ihren angekündigten Beitrag und spendeten für den „Universitätstag“ 3.000 DM.¹¹⁶⁷

Eine aufgeschlossener Einstellung zeigten die Vorstandsmitglieder bei ihrer Haltung zur politischen Situation nach 1945. Dies zeigte sich vor allem bei der Suche nach einem neuen Vorsitzenden. Denn ihre Vorstellungen, einen demokratischen Politiker zum Nachfolger von Duden zu gewinnen, stießen nicht bei allen, die sich für den Universitätsbund engagierten, auf Zustimmung. So äußerte Dr. Scheffer massive Kritik am Plan, Dr. Lehr zum neuen Vorsitzenden zu machen:

„Als ich [Balla, Anm. d. Verf.] ihm den Namen von Herrn Lehr nannte, sprang er auf und sagte: Mit ihm würden wir unser Wunder erleben. Als ich ihn fragte, weshalb denn das geschehen würde, lehnte er jede nähere Auskunft ab. Er selber versicherte mir dass es seiner Meinung nach nur einen Kandidaten gäbe, der in Frage käme. Das sei Rechtsanwalt Dr. Karl Haensel, Freiburg i.Br., Herr Haensel

¹¹⁶⁴ EBD., ohne Blattzählung.

¹¹⁶⁵ Zum IG-Farben-Prozess siehe BORKIN, Die unheilige Allianz, S. 126-140.

¹¹⁶⁶ Weiterhin könnten die Vorstandsmitglieder die Geschehnisse um die IG-Farben auch erfolgreich verdrängt haben. Ob das allgemeine öffentliche Desinteresse, das die Nachfolgeprozesse des ersten Nürnberger Prozesses begleitete, für eine Unkenntnis der Ereignisse gesorgt hat, erscheint zumindest beim damaligen Vorsitzenden und ehemaligen IG-Farben-Angehörigen Duden fraglich. Zum öffentlichen Interesse an den Nürnberger Prozessen siehe REICHEL, Vergangenheitsbewältigung, S. 42-70.

¹¹⁶⁷ HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 17, ohne Blattzählung.

*sei ehemaliger Teutone, Schwiegersohn von Wilhelm Herrmann und ein Mann von grossem Ruf.*¹¹⁶⁸

Die Verantwortlichen ließen sich aber nicht beeindrucken und blieben bei ihrer Wahl. Der von Scheffer genannte Kandidat wurde als völlig ungeeignet bezeichnet.¹¹⁶⁹ Damit lässt die Wahl von Dr. Lehr aufgrund seiner Vergangenheit als Düsseldorfer Oberbürgermeister in der Weimarer Zeit und seines Ministerpostens in der jungen Demokratie nach 1949 eine klare Richtungsentscheidung erkennen, denn sie zeigt die Akzeptanz der Bundesrepublik als demokratische Staatsform.

Seine „Antrittsrede“ hielt der neugewählte Vorsitzende Lehr während des ersten „Universitätstages“ nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1951. In dieser Ansprache, die er *„vom Blickpunkt des Bundesministers des Innern“*¹¹⁷⁰ hielt, befasste er sich zunächst mit der sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik im „Kalten Krieg“ und leitete dann zur Frage über, wie die akademische Jugend für die Werte der Demokratie gewonnen werden könne. In diesem Zusammenhang ging Lehr auch auf die zukünftige Rolle der Korporationen ein:

*„Wenn irgendeine deutsche Universität eine alte und reiche Tradition des Verbindungswesens besitzt, so Marburg. Dieser Tradition wollen wir Treue bewahren, ohne uns von entbehrlich gewordenen Formen binden zu lassen. [...] Unser Grundgesetz gewährleistet die freie Meinungsäußerung. Das Recht findet lediglich seine Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und dem Recht der persönlichen Ehre. Der akademische Bürger untersteht aber auch dem Recht der Anstaltsgewalt, also dem Hausrecht der Hochschule, und ihrer Disziplin auch außerhalb des Anstaltsbereichs. Auch dieses Recht und diese Disziplin hat die verfassungsmäßigen Garantien zu beachten. Korporationen müssen in ihren Satzungen und ihrem Wesen und Verhalten den hohen Zielen der Universitäten und Hochschulen Rechnung tragen. Tun sie das, so soll man sie nach ihrer Fassung leben lassen. [...] Ich füge nur noch die Mahnung hinzu, dass jede korporative Gemeinschaft in sich die Verantwortung fühlen sollte für die Gemeinschaft und für die Idee des demokratischen Staates und seine Freiheit.“*¹¹⁷¹

Lehr hob die Vorzüge der Demokratie hervor und rief die Universitäten, aber auch die Verbindungen dazu auf, die demokratischen Ideale zu verinnerlichen und zu fördern. Der Vorsitzende des Bundes versuchte also seine Autorität als Bundesinnenminister für

¹¹⁶⁸ Aktenvermerk vom 9. Mai 1950 von Schriftführer Balla über ein Gespräch mit Dr. Scheffer, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung.

¹¹⁶⁹ „Dr. Haensel, Freiburg, von dem Dr. Scheffer sprach, ist der Verfasser von *„Der Kampf ums Matterhorn“*, von dem Roman *„Münchhausen“* und anderen Werken, und ein angesehener Rechtsanwalt. Ich wüßte aber nicht, was ihn zum Vorsitz des Universitätsbundes prädestinieren würde. Herr Dr. Lehr [...] genießt die uneingeschränkste Hochschätzung und Anerkennung seiner vielfachen öffentlichen Tätigkeit auch in den Kreisen, die zuweilen in einzelnen politischen Fragen von ihm abweichen.“ Schreiben von Duden an Balla am 15. Mai 1950, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹⁷⁰ Auszug aus der Rede des Bundesinnenministers Dr. Lehr anlässlich des Marburger Universitätstages am 10. Juni 1951, in: SDTA DÜSSELDORF, Nachlass Dr. Robert Lehr, 4-27-00-26.

¹¹⁷¹ EBD.

eine demokratische Umgangsform in der universitären Gemeinschaft einzusetzen. Lehr knüpfte damit an die politischen Reden seines Vor-Vorgängers Haeuser an, wobei er aber andere Inhalte und Überzeugungen vermittelte.

Bereits im Jahr zuvor hatte die Frage der Zukunft der Korporationen¹¹⁷² und der damit zusammenhängende Umgang mit den „Alten Herren“ den Universitätsbund beschäftigt. Dabei zeigte der Bund ein ambivalentes Bild, denn die „Alten Herren“ waren, wie aufgezeigt, stets ein wichtiger Ansprechpartner und eine wichtige Zielgruppe des Universitätsbundes gewesen. Denn einerseits distanzierte sich der Universitätsbund deutlich von einer Restituierung der Korporationen im alten Stil, wie folgende Aussage von Balla aus einem Brief an Dr. Scheffer belegt:

*„Ihre Meinung, dass ich an der Frage des Korporationsstudententums besonders interessiert bin, trifft nicht zu. Ich vertrete nur dieselbe Anschauung, die auf der Tübinger Rektorenkonferenz die einmütige Zustimmung aller westdeutschen Rektoren gefunden hat. Und die geht dahin, dass wir eine Wiederbelebung des früheren Verbindungsstudententums unter keinen Umständen wünschen. Das ist keine „Diffamierung der Alten Herren der Korporationen“, sondern nur die Überzeugung, dass die früheren Formen nach all dem was Deutschland erlebt hat, heute nicht mehr zeitgemäss sind. Die westdeutschen Studenten dürfen dadurch, dass sie sich wieder zu Korporationen im alten Sinn zusammenschliessen, nicht die Kluft zwischen dem Osten und Westen noch mehr vergrössern.“*¹¹⁷³

Die Diskussion mit Dr. Scheffer über dieses Thema hielt an¹¹⁷⁴ und Duden stimmte der eindeutigen Haltung des Schriftführers zu:

*„Die Ausführungen von Herrn Dr. Ing. Scheffer [...] zeigen, wie einseitig leider viele Alte Herren die Verbindungsfrage betrachten und es an jedem Urteil fehlen lassen, daß zur Zeit die Wiedererrichtungen der alten Verbindungen und ihr Auftreten im alten Stil eine schwere Schädigung jeder einheitlichen Universität sein würden.“*¹¹⁷⁵

Andererseits aber versuchte der Universitätsbund trotzdem, die „Alten Herren“ für sich zu gewinnen und führte zeitgleich zu dieser internen Diskussion eine umfangreiche Werbung unter den „Alten Herren“ durch.¹¹⁷⁶ Demnach waren diese als potentielle Mit-

¹¹⁷² Zum Verbot der Verbindungen durch die Besatzungsmächte, zur Einstellung der Universitäten zu den Korporationen nach 1945 und zu deren Neugründungen in den 1950er Jahren siehe ELM, Ludwig: Das Vergangene ist nicht vergangen (1945-1969), in: Elm, Ludwig/Heither, Dietrich/Schäfer, Gerhard (Hrsg.): Füxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute, Köln 1992, S. 180-219.

¹¹⁷³ So Balla in einem Antwortbrief an Dr. Scheffer vom 14. Februar 1950, in: HSTAM Bestand 312 Universitätsbund Nr. 30, ohne Blattzählung.

¹¹⁷⁴ „1) Herr Dr. Scheffer deutete mir an, dass wir seiner Meinung nach mit dem Universitätsbund ganz anders vorankommen würden, wenn wir uns auf die „Alten Herren“ stützen wollten. Eine Bedingung dafür sei allerdings, dass die Universität ihre Haltung gegenüber den Verbindungen ändere und ihre völlige Restituierung im alten Stile zulasse. Ich versuchte ihm auseinanderzusetzen, weshalb das nicht ginge.“ Aktenvermerk vom 9. Mai 1950 von Schriftführer Balla über ein Gespräch mit Dr. Scheffer, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹⁷⁵ Schreiben von Duden an Balla am 15. Mai 1950, in: EBD., ohne Blattzählung.

¹¹⁷⁶ Über diese Werbung informierte Balla Duden am 11. Mai 1950. EBD., ohne Blattzählung.

glieder und aus finanziellen Gesichtspunkten weiterhin sehr wichtig für den Universitätsbund. Der Vorstand war aber auf der anderen Seite nicht bereit, für den Erfolg der Werbung politische Zugeständnisse zu machen, sondern akzeptierte lieber die von Scheffer angekündigte und dann auch tatsächlich erfolgte geringe Resonanz der „Alten Herren“.¹¹⁷⁷

Insgesamt zeigte der Universitätsbund nach 1945 ein sehr ambivalentes Bild bezüglich seiner Vergangenheit und seiner Einstellung zur Demokratie. Trotz der beschönigenden Darstellung seines Verhaltens im Nationalsozialismus beschloss er, einen Minister der Bundesregierung zum Vorsitzenden zu wählen. Zudem lehnte er zwar eine Wiederbelebung der Verbindungen in der bisherigen Form ab, sah jedoch in den „Alten Herren“ eine wichtige Zielgruppe und bemühte sich auch intensiv um deren Mitgliedschaft im Universitätsbund. Eine umfassende Bewertung fällt, da sich keine eindeutige Position des Universitätsbundes ausmachen lässt, schwer. Diese Einstellungen dürften denen der übrigen gesellschaftlichen Gruppierungen in der frühen Bundesrepublik aber durchaus entsprochen haben.

¹¹⁷⁷ Siehe hierzu Kapitel VII.3.1.

VIII. Das Wirken des Marburger Universitätsbundes im Kontext der privaten Wissenschaftsförderung und der Marburger Universitätsgeschichte 1920-1957: Zusammenfassung und Ausblick

Der Marburger Universitätsbund existiert nun seit über 80 Jahren, wobei die ersten knapp 40 Jahre, die Gründungsphase miteingerechnet, in dieser Arbeit untersucht worden sind. Dabei haben verschiedene politische Systeme und wirtschaftliche Rahmenbedingungen das Handeln des Universitätsbundes beeinflusst.

Der Marburger Universitätsbund ist als Teil der Entwicklung der privaten Wissenschaftsförderung zu sehen. Die Ablösung des staatlichen Monopols der Finanzierung von Forschung und Lehre ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts durch das zunehmende Eindringen privater Gelder hat in der Folgezeit für immer neue Kooperations- und Organisationsformen gesorgt, die sich bis in die Gegenwart erhalten haben und einen wichtigen Platz im deutschen System der Wissenschaftsfinanzierung eingenommen haben. Diese Entwicklung begann zunächst unter starker staatlicher Aufsicht und nur mit staatlicher Genehmigung, setzte sich dann mit der Gründung von Forschungsinstituten und Fördergesellschaften fort, bevor sie ihren vorläufigen Höhepunkt in der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Jahre 1910 fand. Trotz der teilweise nur zögerlich erfolgten Spenden für die KWG waren die finanziellen Potentiale, die im Bereich der privaten Wissenschaftsförderung möglich waren, deutlich geworden und daran konnten die Gründer der späteren Hochschulfördervereine anknüpfen. Zudem griffen die Initiatoren der Hochschulfördervereine nach dem Ersten Weltkrieg die Argumentationslinie, die im Kaiserreich begonnen hatte und vor allem auf die nationale Bedeutung der Wissenschaft abzielte, auf, welche später durch die kriegsbedingte Notsituation an den deutschen Hochschulen und Universitäten unterstützt wurde.

Denn in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg war Deutschland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich stark geschwächt. Die Sorgen, dass die Deutschen auch in der Wissenschaft den Anschluss an die internationale Konkurrenz verlieren würden, wurden dadurch nur noch verstärkt. Auf der Suche nach einer Unterstützung für die deutsche Wissenschaft und einer Art Ausgleich für die fehlenden staatlichen Mittel gründete sich im Jahre 1920 die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und der dazugehörige Stifterverband. Die Initiatoren der Notgemeinschaft, wie zum Beispiel deren späterer Vorsitzender Friedrich Schmidt-Ott, waren zum Teil bereits an der Gründung der KWG entscheidend beteiligt. Welche Bedeutung diese Organisationen im Laufe der Jahre eingenommen hat, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sie als Deutsche Forschungsgemeinschaft und als Max-Planck-Gesellschaft bis heute Bestand haben.

Diese deutschlandweiten und auch fächerübergreifenden Gründungen waren jedoch nicht die einzigen, die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden. Es bildeten sich neben fachspezifischen Organisationen auch regionale Vereine, die vor Ort die Hochschulen und die Wissenschaft unterstützen sollten. Die Initiativen für diese Hochschulfördervereine kamen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, wie der Politik, der Wirtschaft oder der Wissenschaft. Ausgehend von der ersten Gründung in Bonn, für die Kaiser Wilhelm II. sogar das Protektorat übernahm, womit eine weitere Verbindungslinie zur Vorkriegszeit und damit zum Engagement des Kaisers im Rahmen der späteren KWG als Höhepunkt der privaten Wissenschaftsförderung vor dem Ersten Weltkrieg sichtbar wird, bildeten sich an viele Hochschulorten ähnliche Fördervereine.

In diesem Kontext verortet sich der Ende 1920 gegründete Marburger Universitätsbund. Die ersten Ansätze zu dessen Entstehung gab es bereits im Wintersemester 1917/18, als der damalige Rektor Heitmüller die Bildung eines Fördervereins anregte. Zunächst durch inneruniversitäre Bedenken, später durch die politischen Folgen des „Zusammenbruchs“ des Kaiserreichs verzögerte sich die Gründung bis zum 5. Dezember 1920. Seine Hauptziele waren die finanzielle Förderung der Universität Marburg sowie die ideelle Verbindung vor allem mit den Ehemaligen der Universität und der interessierten Bevölkerung. Gemäß den damaligen Vorstellungen und Überzeugungen, die in der Diskussion um die zukünftige Rolle der Wissenschaft von verschiedenen Seiten geäußert wurden, sollten die Hochschulen und Universitäten einen engeren Kontakt zur außeruniversitären Öffentlichkeit aufbauen und damit dem Vorurteil der abgeschotteten Forschungseinrichtungen entgegenwirken. In Marburg kam aber mit dem Erhalt der Universität Marburg noch ein weiteres wichtiges Ziel hinzu. Die Gerüchte um die Schließung der Philippina müssen so stark gewesen sein, dass es den Gründungsvätern des Universitätsbundes bedeutsam und sinnvoll erschien, dieses Ziel mit oberster Priorität in die Satzung aufzunehmen. Damit gerieten die eigentlichen Motive, die Prof. Heitmüller als Initiator der Planungen im Wintersemester 1917/18 bewegt hatten, ein wenig in den Hintergrund, was dazu führte, dass der Erhalt der Universität in den bisherigen Veröffentlichungen über die Geschichte des Universitätsbundes stets als entscheidend für die Gründung hervorgehoben wurde. Die ausführliche Untersuchung des Gründungsprozesses hat jedoch deutlich gemacht, dass die ursprünglichen Motive anders und vielschichtiger gelagert waren.

Auch die Rolle und die Einflüsse der beteiligten Personen müssen im Hinblick auf die bisherigen Darstellungen korrigiert werden. So wurde der langjährige erste Vorsitzende des Universitätsbundes, Geheimrat Haeuser, stets auch als Initiator des Bundes bezeich-

net. Dies geschah sogar im Arbeitssausschuss des Bundes, in dem der spätere erste Schriftführer, Prof. Leonhard, Haeuser mit Bezug auf dessen Anregungen bat, den Vorsitz zu übernehmen. Dem entgegen steht jedoch eine Äußerung von Haeuser, in der er bedauert, dass er wegen seiner hohen Arbeitsbelastung bisher nicht dazu gekommen sei, selbst das Projekt eines Fördervereins für die Universität Marburg anzuregen. Nach den vorliegenden Quellen ging die Initiative zur Gründung des Universitätsbundes eindeutig von Prof. Heitmüller aus, während Haeuser und andere wichtige Personen, wie der spätere Schatzmeister Pfeiffer, frühzeitig hinstießen und die Bemühungen Heitmüllers auch durch finanzielle Hilfen unterstützten.

Ihrem und dem Engagement der späteren Schriftführer ist es zuzuschreiben, dass der Universitätsbund die wechselhafte Entwicklung der Weimarer Zeit trotz der Auswirkungen der Inflation ohne langwierige Folgen überstand. Der Universitätsbund nahm nach der Gründung einen raschen Aufschwung, die Mitgliederzahlen und damit auch die finanziellen Einnahmen stiegen sehr schnell an. Somit war es dem Vorstand auch möglich, erste Beihilfen für die Universität zur Verfügung zu stellen. An der Höhe der Bewilligungen lässt sich sehr anschaulich die Entwicklung der Inflation ablesen, die zunächst verheerende Folgen für das Vermögen des Bundes hatte. Praktisch das ganze Vermögen wurde durch die Inflation vernichtet. In finanzieller Hinsicht war also ein völliger Neubeginn notwendig.

Aus verschiedenen Gründen kann dann die zweite Hälfte der 1920er Jahre als die Blütezeit des Universitätsbundes bezeichnet werden. So stieg die Zahl der Mitglieder in Dimensionen, die im weiteren Untersuchungszeitraum nicht annähernd erreicht wurden, weshalb der Universitätsbund in dieser Zeit sehr hohe Summen für die Unterstützung der Marburger Dozenten und ihrer Forschungsprojekte zur Verfügung stellen konnte. Dabei achteten die zuständigen Gremien im gesamten Untersuchungszeitraum genauestens darauf, dass die Mittel zielgerichtet eingesetzt und nur diejenigen Anträge bewilligt wurden, für die nicht andere Einrichtungen oder Organisationen, wie der Staat oder die Notgemeinschaft, zuständig waren. Zudem gelang dem Universitätsbund im Rahmen des Universitätsjubiläums 1927 mit der Finanzierung des Jubiläumsbaus ein bis heute sichtbarer Prestigeerfolg. Ohne das Engagement des Universitätsbundes und seine Spendenaufrufe hätte das Projekt sicher nicht verwirklicht werden können.

Parallel zu diesem finanziellen Neuaufbau begann der Vorstand damit, die ideellen Zielsetzungen des Bundes zu verwirklichen. Hierzu organisierte er wissenschaftliche Vorträge von Marburger Dozenten in diversen hessischen Städten und gab regelmäßig die Mitteilungen des Universitätsbundes heraus. Auch in diesen Bereichen machte der Uni-

versitätsbund große Fortschritte. So entwickelte sich das Vortragswesen sehr gut und auch die Mitteilungen trugen ihren Teil dazu bei, die Marburger Forschungsergebnisse einem breiteren Personenkreis zu vermitteln. Zwar können konkrete Ergebnisse in diesem Bereich kaum erfasst werden, aber die konstant hohe Anzahl von Vorträgen, die ansonsten sehr schwankend war, deutet darauf hin, dass die Wirkungsmöglichkeiten für den Bund in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre sehr günstig waren.

Allerdings sind diese Jahre auch durch einen Konflikt zwischen der Universität und dem Universitätsbund überschattet worden. Der Streit mit der Universität um die Ehrung verdienter Persönlichkeiten zeigte, wie empfindlich Haeuser und Pfeiffer auf die Entscheidung reagierten, die Ehrenbürgerwürde in eine Ehrenszenatorwürde umzuwandeln, was sie als Herabsetzung ihrer Verdienste interpretierten. Trotz der ehrenamtlichen Ausübung der Vorstandsämter legten die beiden großen Wert darauf, in der Öffentlichkeit auch entsprechend gewürdigt zu werden. Gleichzeitig sahen sie die Unterstützung des Universitätsbundes für die Universität durch die Entscheidung nicht ausreichend anerkannt. Die Universität musste dadurch feststellen, dass nicht nur öffentliche Danksagungen als Gegenleistung für die Arbeit des Universitätsbundes ausreichten, sondern auch symbolische Akte erforderlich waren, um dem Universitätsbund die gewünschte Wertschätzung entgegen zu bringen. Auch führte die mangelnde Bereitschaft vieler Dozenten, sich für Vortragsveranstaltungen des Universitätsbundes zur Verfügung zu stellen, oftmals zu Interventionen des Schriftführers beim Rektor und der Bitte, noch einmal explizit auf die Bedeutung der Vorträge für den Universitätsbund und damit auch für die Universität hinzuweisen. Diese Vorfälle mündeten jedoch, wie auch die Gründung des Universitätsbeirates in den 1950er Jahren, der teilweise die Aufgaben des Universitätsbundes übernahm, was weiter unten noch umfassend bewertet wird, nicht in einen Streit oder Konflikt, so dass insgesamt von einem sehr guten Verhältnis zwischen Universitätsbund und Universität gesprochen werden kann.

Auch innerhalb des Vorstandes haben nur wenige heftige Kontroversen stattgefunden. Dennoch muss das Résumé von Ingeborg Schnack, dem Universitätsbund seien innere Krisen erspart geblieben,¹¹⁷⁸ zumindest relativiert werden. Spannungsfrei ist die Arbeit im Vorstand jedenfalls nicht verlaufen. Die Verhaltensweisen der Vorstandsmitglieder in diesen Auseinandersetzungen lassen einige Rückschlüsse auf deren Amtsverständnis und deren politische Einstellung zu. Die meisten Auseinandersetzungen entzündeten sich an der Amtsführung und dem Amtsverständnis des Vorsitzenden Haeuser, dem es offenbar gelang, seine Position bei den Farbwerken Höchst und später bei den IG-

Farben als Druckmittel im Vorstand des Universitätsbundes einzusetzen. Dies zeigte sich insbesondere im Entscheidungsprozess über die hohe Bewilligung für den Historiker Stengel, was vor allem bei Schatzmeister Pfeiffer für Unmut sorgte. Aber auch der Streit, in dessen Verlauf Schriftführer Troeltsch mit Rücktritt drohte, entbrannte aufgrund des Amtsverständnisses von Haeuser, der nicht zulassen wollte, dass Entscheidungen ohne seine Zustimmung getroffen wurden. Damit beanspruchte er zwar korrekterweise die konsequente Einhaltung der Satzung, aber in anderen Zusammenhängen hielt er es für angebracht, die übrigen Gremien nicht wie vorgeschrieben zu informieren. Dies geschah in der Vorbereitungsphase des Schlossplans sowie beim Streit mit der Bundesgruppe Hamburg um die Veröffentlichung der Rede des Juristen Manigk in den Mitteilungen des Universitätsbundes.

Dieser Konflikt verdeutlicht zudem exemplarisch die Einstellung des Vorstandes zur Weimarer Republik. Bereits in den Jahren vor der Manigk-Rede und deren Folgen hatte der Universitätsbund Bekenntnisse zur Weimarer Republik vermissen lassen und stattdessen immer wieder die Teilnahme an den Sonnenwendfeiern der Studentenschaft als Programmpunkt in den Ablauf der jährlichen Hauptversammlung aufgenommen. Um die Jahreswende 1931 äußerte sich die Ablehnung der Weimarer Staatsform intern dann am prägnantesten. Anstatt die heftigen und persönlichen Vorwürfe gegen Manigk und den Vorstand des Universitätsbundes entschieden zurückzuweisen und auf einer Entschuldigung und einer Rücknahme der Beschuldigungen zu bestehen, antwortete der Vorstand sehr zurückhaltend und versuchte, eine Eskalation des Konflikts zu vermeiden. Da auch der Rücktritt des Vorstandes der Bundesgruppe nicht gefordert wurde, blieben letztlich die „bekennenden Nationalsozialisten“ im Amt und der Vorstand des Universitätsbundes wirkte sehr erleichtert über die friedliche Beilegung des Konflikts. Zudem informierte der Vorstand den Verwaltungsrat und die Hauptversammlung nicht über diese Vorfälle. Damit zeigen die gesamten Vorgänge nach der Rede von Manigk, dass der Vorstand nicht nur der Demokratie und der Weimarer Republik ein Bekenntnis verweigert, sondern auch intern gegen die Satzung verstoßen hatte. Insgesamt zeigte der Vorstand des Universitätsbundes in der Weimarer Zeit eine ablehnende Haltung gegenüber der demokratischen Staatsform, was sich gerade auch an den diversen Ansprachen des Vorsitzenden Haeuser während der Hauptversammlungen erkennen lässt. Deshalb war es nicht überraschend, wie der Vorstand auf die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten reagierte.

¹¹⁷⁸ SCHNACK, Chronik, S. 106.

Denn der Vorstand arrangierte sich rasch mit den neuen Verhältnissen und positionierte sich innerhalb der neuen Verhältnisse. Hierzu nutzte er in den Jahren 1933/34 verschiedene Gelegenheiten, um der Öffentlichkeit seine Aufgeschlossenheit mit den nun vorherrschenden Ideologien und Ideen zu vermitteln. In diesen Bereich gehört zunächst die Hauptversammlung des Jahres 1933 mit dem Festredner von der Goltz, der für den Universitätsbund die Funktion erfüllte, die Unterstützung für den wiedererstarkten Wehrwillen Deutschlands zu dokumentieren. Zudem hatte die Sonderausgabe der Mitteilungen aus dem Sommer 1933 eine große Bedeutung für die Politik des Universitätsbundes. Mittels der Schrift und der darin enthaltenen Aufsätze stellte er Marburg und die Universität als überzeugte Anhänger des Nationalsozialismus dar und unterstrich dies durch Begleitschreiben seines Schriftführers Versé an wichtige Politiker und Parteigrößen.

Aber der Universitätsbund zeigte nicht nur in diesen Bereichen seine Offenheit dem neuen Regime gegenüber, sondern unterstützte auch finanziell die Ideen und Konzeptionen nationalsozialistischer Organisationen. So stellte er Gelder für die Ausstattung eines Kameradschaftsheims und den Bau einer Schlafbaracke für die SA-Sportschule zur Verfügung. Die beiden Bewilligungen wurden ausdrücklich vor dem Hintergrund getätigt, die Offenheit des Universitätsbundes für die neuen Ideen und Konzepte zu demonstrieren.

Auch in den folgenden Jahren suchte der Vorstand immer wieder die Nähe zu NS-Vertretern innerhalb und außerhalb der Universität. Er versuchte zum Beispiel, über die Dozentenschaft neue Mitglieder zu gewinnen und die Themen für die Vortragsveranstaltungen zu beeinflussen. Zudem war der Bund bereit, Dozenten für Vorträge zum Zwecke nationalsozialistischer Schulungen zu gewinnen. Und auch bei der Gestaltung der Hauptversammlungen und den Besetzungen der Gremien kam es zu engen Kooperationen mit NSDAP-Organen.

Andererseits konnte eine Verbindung der Vorstandsmitglieder zu NS-Organisationen nur zum Teil, und zwar zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit teilweise ungeklärten Motiven bei Haeuser, Schellmann, Lautenschläger sowie bei Versé nachgewiesen werden. Zudem war der Vorstand strikt darum bemüht, bei allen Anpassungsbestrebungen die Eigenständigkeit des Vereins nicht zu gefährden. Dies ist ihm insgesamt auch gelungen, auch wenn die Herausgabe der Mitteilungen erschwert und ab 1938 ihre Anzahl pro Kalenderjahr reduziert werden musste. Da sich kein Hinweis auf die Einführung des Führerprinzips fand, ist auch die innere Struktur des Universitätsbundes nicht angetastet worden.

Insgesamt fällt es nicht leicht, die Politik des Universitätsbundes in der NS-Zeit mit eindeutigen Begriffen zu bewerten. Sie war weder durch klaren Widerstand noch durch totale Anpassung und Unterwerfung gekennzeichnet. Sie spielte sich vielmehr in der dazwischenliegenden Grauzone ab, für deren Verhaltensweisen genaue Abwägungen vorgenommen werden müssen. Die differenzierende Darstellung der einzelnen Beschlüsse hat verdeutlicht, unter welchen Bedingungen ein Verein lavieren musste, wenn er einerseits nicht ein Verbot oder die Auflösung riskieren, andererseits aber auch nicht die Eigenständigkeit aufs Spiel setzen wollte. Dieses Wechselspiel zwischen Überzeugungen, Opportunismus und Resistenz tritt beim Marburger Universitätsbund eindeutig hervor.

Mit der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ab 1929/30 und später auch der politischen Situation durch die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur wurde der positive Trend bei den Mitgliederzahlen gestoppt und die Außenwirkung des Universitätsbundes erschwert. Neben einem fast durchgehenden Mitgliederrückgang ist auch eine abnehmende Anzahl von Vorträgen zu beobachten. Der Universitätsbund versuchte durch verschiedene Maßnahmen, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Diese konnten den Prozess jedoch nicht stoppen, sondern lediglich verlangsamen. So sorgte die Befreiung vieler Mitglieder von der Zahlungsverpflichtung des jährlichen Beitrags zwar zunächst dafür, dass diese Mitglieder dem Universitätsbund erhalten blieben, den auf lange Sicht gesehenen starken Rückgang konnte sie trotzdem nicht verhindern. Durch diese Entwicklung schränkten sich auch die Handlungsspielräume des Bundes in finanziellen Angelegenheiten ein, so dass der Vorstand weniger Mittel für die jährlichen Bewilligungen bereitstellen konnte. Diese Wechselwirkung zwischen der Mitgliederentwicklung und der finanziellen Förderung der Universität ist signifikant für die ersten zwanzig Jahre des Universitätsbundes. Denn letztlich gab der Universitätsbund nur einen prozentualen Anteil seiner Einnahmen an die Universität weiter und legte den anderen Teil zur Vermögensbildung an. Erst in den 50er Jahren mit neuen Verantwortlichen änderte sich diese Praxis und der Vorstand war bereit, auch auf Vermögenswerte zurückzugreifen.

Zudem wurde die Außenwirkung des Universitätsbundes ab 1933 durch die politischen Verhältnisse stark erschwert. Die Bundesgruppen, die in den meisten Fällen die Vorträge der Dozenten veranstalteten, berichteten teils von großer Konkurrenz durch die Ortsgruppen des Kampfbundes für deutsche Kultur. Dennoch gelang es, die Vorträge bis in den Zweiten Weltkrieg hinein an vielen Orten aufrechtzuerhalten. Erst die Umstände des Krieges erzwangen eine weitgehende Einstellung der Vorträge.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Universitätsbund zunächst von den amerikanischen Besatzungsbehörden verboten. Der Antrag des Bundes auf Wiederzulassung wurde dann bereits 1946 positiv beschieden, offiziell wurde der Universitätsbund im Frühjahr 1948 wieder zugelassen, wobei keine umfangreiche Überprüfung der Aktivitäten des Universitätsbundes während der NS-Zeit erfolgt war. Die amerikanischen Besatzungsbehörden sahen dafür offenbar keine Notwendigkeit, zudem waren sie an einer raschen Demokratisierung von unten und der Übernahme der Verwaltung durch die Deutschen interessiert.

Trotz dieses organisatorisch gesehen problemlosen Übergangs muss der Neuanfang des Universitätsbundes vor dem Hintergrund der NS-Vergangenheit betrachtet werden. Denn eine kritische Auseinandersetzung mit dem Verhalten in den zwölf Jahren der NS-Diktatur ist nicht erfolgt. Stattdessen versuchte der Universitätsbund, sich als Opfer der Umstände im Nationalsozialismus darzustellen. In personellen Fragen setzte der Universitätsbund auf Kontinuität, so dass auch Vorstandsmitglieder wie Lautenschläger und Schellmann, die sich im Nürnberger IG-Farben-Prozess beziehungsweise vor einer Spruchkammer verantworten mussten, wieder aktiv mitarbeiten konnten. Dem stand die Wahl des damaligen Bundesinnenministers Lehr zum Vorsitzenden des Bundes im Jahre 1951 gegenüber, wodurch der Universitätsbund nach außen hin dokumentierte, dass er sich zur demokratischen Bundesrepublik bekannte.

Der Neubeginn verlief ansonsten sehr mühsam. Die Mitgliederzahlen verharrten gegenüber dem Vorkriegsniveau auf einem sehr niedrigen Stand und dementsprechend fielen auch die Einnahmen des Bundes und die daraus resultierenden Bewilligungen für die Universität aus. Symptomatisch für die Situation des Universitätsbundes war der langwierige Versuch der Re-Etablierung der ehemaligen Bundesgruppen. Erst durch die enge Anlehnung an bestehende Vereine oder Volkshochschulen durch korporative Mitgliedschaften gelang eine erneute Verankerung des Marburger Universitätsbundes in der hessischen Provinz. Über die Grenzen Hessens hinaus war es für den Bund noch schwieriger, Fuß zu fassen. Die gescheiterte Bundesgruppe in Siegen und der langjährige Versuch, im Ruhrgebiet eine Bundesgruppe zu gründen, belegen dies.

Dennoch hat der Universitätsbund auch für die 1950er Jahre einige Erfolge vorzuweisen. Hierzu gehört neben dem Wiederaufbau des Vortragswesens und der Neuauflage der Mitteilungen vor allem die Verbesserung der Infrastruktur der Universität, die durch das Universitätsjubiläum 1952 erreicht wurde. Zudem hatte der Bund durch die zahlreichen Wertpapiere eine gesicherte finanzielle Basis, die sich aber erst nach der Um-

wandlung der Depots und der sich darin befindlichen ehemaligen IG-Farben-Aktien für den Universitätsbund auswirkte.

Letztendlich war es dem Universitätsbund gelungen, seine organisatorische Infrastruktur wiederaufzubauen, wenn auch mit großer zeitlicher Verzögerung und unter hohem Aufwand sowie zahlenmäßig auf deutlich niedrigerem Niveau als vor dem Zweiten Weltkrieg. Wie sehr der Universitätsbund um seine Stellung auch innerhalb der Universität kämpfen musste, zeigte sich bei der Bildung des Universitätsbeirates, der zum Teil die gleichen Aufgaben wie der Universitätsbund übernehmen sollte. Von Seiten des Bundes unterstützte man das Projekt, bemühte sich aber gleichzeitig darum, dem Eindruck entgegenzutreten, der Universitätsbund sei nun überflüssig geworden. Dies war er selbstverständlich nicht, da der Universitätsbeirat keine finanziellen Zwecke erfüllen sollte, aber auf dem ideellen Sektor musste der Universitätsbund Aufgabenbereiche an den Beirat abgeben und dadurch auch eingestehen, dass er einige seiner Ziele nicht zur vollsten Zufriedenheit der Universität erreicht hatte.

Letztendlich konnte sich der Universitätsbund jedoch auch gegen die Konkurrenz des Universitätsbeirates behaupten und mit seinen Möglichkeiten auch über den Untersuchungszeitraum dieser Studie hinaus für die Universität Marburg und die Vermittlung der Forschungsergebnisse werben sowie die Ausstattung der Universität weiter verbessern. So beschloss der Universitätsbund im Jahre 1958 nicht nur die Anschaffung eines Busses für Exkursionen der Universität, sondern auch die Errichtung eines neuen Studentenwohnheims, des heutigen Christian-Wolff-Hauses, welches 1962 eingeweiht werden konnte.¹¹⁷⁹ Bereits ein Jahr später kündigte der Vorstand die Erbauung eines Skiheims in den Alpen an, das nach der Grundsteinlegung 1966 ein Jahr darauf eröffnet wurde und bis heute als Sport- und Studienheim für die Universität zur Verfügung steht.¹¹⁸⁰ Neben diesen großen Projekten förderte der Universitätsbund auch weiterhin die wissenschaftlichen Projekte und die Drucklegung der Dissertationen. Begünstigt durch den Mitgliederanstieg auf etwa 2000 im Jahre 1965 konnten im selben Jahr zum Beispiel über 93.000 DM an zweckgebundenen Geldern und rund 66.000 DM zur Unterstützung der Marburger Forschungen und Veröffentlichungen verteilt werden.¹¹⁸¹

Die Geschichte des Universitätsbundes und der Universität Marburg ist durch viele Betrachtungsweisen miteinander verknüpft. Dies gilt zunächst für die organisatorische Struktur des Universitätsbundes, in dessen Vorstand immer zwei Universitätsprofessoren als stellvertretender Vorsitzender und als Schriftführer vertreten waren. Aber auch

¹¹⁷⁹ SCHNACK, Chronik, S. 49-52.

¹¹⁸⁰ EBD., S. 57-59.

im Verwaltungsrat hatten die Fachbereiche und weitere Angehörige der Universität ein Mitspracherecht. Auf diese Weise wirkte die Universität einerseits in den Universitätsbund hinein, der wiederum andererseits die Entwicklung der Hochschule maßgeblich beeinflusste. Viele Aspekte der Marburger Universitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts sind deshalb ohne den Universitätsbund nicht vollständig zu erfassen. Dies zeigt sich nicht nur bei den Jubiläen, sondern in der gesamten Infrastruktur der Universität Marburg. Von Gebäuden über Forschungsapparaturen bis hin zu Büchern und Kunstgegenständen hat der Universitätsbund in fast alle Bereichen der Philipps-Universität hineingewirkt. Aber auch viele Ereignisse in den verschiedenen politischen Epochen lassen sich oftmals nur mit der Beteiligung des Universitätsbundes umfassend erläutern. Hierzu gehören unter anderem neben der Rede des Vizekanzlers von Papen die Entwicklung des Schlossplans zu Beginn der 1930er Jahre, die Haltung der Universität und ihrer Angehörigen zum nationalsozialistischen Regime, der Neubeginn der Universität unter amerikanischer Besatzung und die Entwicklung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik. Damit ist deutlich geworden, dass die geschichtliche Entwicklung von Universitätsbund und Universität Marburg nicht isoliert voneinander betrachtet werden kann.

Insgesamt hat sich der Marburger Universitätsbund bis heute bewährt und wäre ein geeignetes Instrument, etwaige Aktivitäten im Bereich der Ehemaligen oder Alumni auszuweiten, denn diese Personen waren, wie dargelegt, im Untersuchungszeitraum eine zentrale Zielgruppe der Werbeaktivitäten des Universitätsbundes. Teilweise haben die Universität Marburg und der Universitätsbund auch schon damit begonnen, denn im Marburger UniJournal, dem heutigen Nachfolgeorgan der Mitteilungen, ist die Rubrik des Universitätsbundes neuerdings mit Unibund/Alumni überschrieben. Auch im Vergleich mit anderen Hochschulfördervereinen und ähnlichen Vereinigungen der privaten Wissenschaftsförderung lässt sich feststellen, dass sich die wechselvolle Geschichte des Marburger Universitätsbundes nicht von der allgemeinen Entwicklung der anderen Organisationen unterscheidet. Der Marburger Universitätsbund stellte, von regionalen Besonderheiten abgesehen, keinen Sonderweg in der Geschichte der privaten Wissenschaftsförderung dar. Deshalb könnten auch an anderen Hochschulen die bestehenden Fördervereine eine Basis für den Ausbau der Alumni-Aktivitäten bilden. Zwar müssten die bisherigen Konzepte und Methoden überarbeitet und den neuen Zielsetzungen angepasst werden, aber die Erfahrungen der seit über 80 Jahre bestehenden Vereinigungen sollten dabei nicht ungenutzt bleiben.

¹¹⁸¹ EBD., S. 55.

IX. Bibliographie

1. Quellen

1.1. Unveröffentlichte Quellen:

Archiv der Histocom GmbH, Frankfurt a.M.:

Haeuser-Stiftung 1914-1945, Nr. 11/0 [neu: Stiftung/Spende Nr. 22].

Personenakten Histocom C/1/3/e und C/1/3/g.

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch):

R 53 Stellvertreter des Reichskanzlers (Vizekanzlei von Papen).

R 1501 Reichsministerium des Innern.

R 4901 Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Bundesarchiv Berlin (BArch ehemals BDC):

NSDAP-Kartei.

Parteikorrespondenz (PK).

Depot des Universitätsbundes, Marburg: (zitiert als Depot Lahnberge)

Akten über verschiedene Bundesgruppen 1948-1957.

Angestellten- Verträge 1925-1959.

Anträge für NE-Metallforschungen aus ERP Mitteln 1950.

Aufstellungen zum Bilanzbuch 1939-1944.

Blattsammlung ohne Titel.

Bücherabschluß II. Mappe 1927-1937.

Einnahmen und Ausgaben 1920-1924.

Vortragstätigkeit ab 1948/49.

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA PK):

I. HA Rep. 76 Va Kultusministerium.

I. HA Rep. 76 Vc Kultusministerium.

I. HA Geh. Zivilkabinett, jüngere Periode Rep. 89.

VI. HA Familienarchive und Nachlässe, NI Friedrich Schmidt-Ott (D).

Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStA Marburg):

Bestand 165 Nr. 3949 [1934].

Bestand 305a Rektor und Senat:

Acc. 1950/9.

Acc. 1975/79.

Acc. 1976/19.

Bestand 310 Kurator:

Acc. 1974/61.

Acc. 1975/42.

Acc. 1983/15.

Bestand 312 Universitätsbund.

Bestand der Higher Education Branch beim OMGHE

Institut für Leibesübungen der Philipps-Universität Marburg:

V I 3: Vorträge Univ. Bund ab Okt. 1930

Stadtarchiv Düsseldorf (SdtA Düsseldorf):

Bestand 4.27 Nachlass Dr. Robert Lehr

Universität Marburg:

Der Präsident der Philipps-Universität Marburg, 493/51 (40/0) Akte Adolf Haeuser-Stiftung für Naturwissenschaften - Testament und Genehmigung der Stiftung. [AZ neu: 05.45.04.01].

Zwischenarchiv der Philipps-Universität Marburg:

Nr. 156.

Nr. 470.

1.2. Veröffentlichte Quellen:

BUNDESGESETZBLATT, Jahrgang 1953, Teil I.

CHRONIK der Preussischen Universität Marburg, später: Chronik der Philipps-Universität Marburg, Marburg 1920-1957.

DUISBERG, Carl: Abhandlungen, Vorträge und Reden, Berlin 1933.

GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT für Groß-Hessen Nr. 7-8 vom 15. März 1946.

HINKEL, Hans (Hrsg.): Handbuch der Reichskulturkammer, Berlin 1937.

HOCHSCHULNACHRICHTEN, XXVII. Jahrgang, Nr. 12, Heft 324 (1916/17).

MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Marburg, Marburg 1921-1941.

MITTEILUNGEN des Universitätsbundes Marburg Neue Folge, Marburg 1950-1956.

MITTEILUNGEN Universitätsbund Marburg, Marburg 1957.

NAGEL, Anne Christine (Hrsg.): Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte, Stuttgart 2000. (Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 1)

OBERHESSISCHE PRESSE, Jahrgänge 1951-1957.

OBERHESSISCHE ZEITUNG, Jahrgänge 1920-1939.

PALANDT, Otto (Hrsg.): Bürgerliches Gesetzbuch mit Nebengesetzen, 8., neubearbeitete Auflage München und Berlin 1950. (Beck'sche Kurz-Kommentare, Bd. 7)

REDE VON VIZEKANZLER FRANZ VON PAPEN am 17. Juni 1934 in Marburg, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg. 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, Nürnberg 1949, Band XL, S. 543-558.

REICHSGESETZBLATT 1933-1943.

REICHSTAGS-HANDBUCH V. Wahlperiode 1930, Berlin 1930.

SAMMELMAPPE UNIVERSITÄTSBUND MARBURG, in: Universitätsbibliothek Marburg.

SCHREIBER, Georg: Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches, Leipzig 1923.

STATUTEN der Königlichen Universität zu Marburg 1885, Marburg 1886.

Das URTEIL im IG-Farben-Prozess. Der vollständige Wortlaut mit Dokumentenanhang, Offenbach 1948.

WALENDY, Udo (Hrsg.): Auschwitz im IG-Farben Prozeß – Holocaust-Dokumente? Vlotho 1981.

WESTDEUTSCHE AKADEMISCHE RUNDSCHAU, Jahrgänge 1931-1936.

WILDHAGEN, Eduard/SCHMITT-OTT, Friedrich: Die Not der deutschen Wissenschaft, in: Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik, 15. Jahrgang, Heft 1, Oktober 1920, S. 1-36.

2. Biographische Werke

BERTHOLD, Luise: Erlebtes und Er kämpftes. Ein Rückblick, Marburg 1969.

LÖWITH, Karl: Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Ein Bericht. Mit einem Vorwort von Reinhart Koselleck und einer Nachbemerkung von Ada Löwith, Stuttgart 1986.

PAPEN, Franz von: Der Wahrheit eine Gasse, München 1952.

RÖPKE, Wilhelm: Marburger Dozenten- und Professorenjahre 1922-1933, in: Alma mater philippina WS 1965/66, S. 18-23.

SCHMIDT-OTT, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes 1860-1950, Wiesbaden 1952.

TSCHIRSCHKY, Fritz Günther von: Erinnerungen eines Hochverrätters, Stuttgart 1972.

3. Literatur

- ABENDROTH, Wolfgang: Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität, in: Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966, S. 189-208.
- ADAM, Uwe Dietrich: Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1977. (Contubernium, Bd. 23)
- ALBRECHT, Helmuth/HERMANN, Armin: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933-1945), in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 356-406.
- ALY, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a.M. 2005.
- ALTPETER, Gisela: Die Gesellschaft zur Beförderung der gesamten Naturwissenschaften zu Marburg. Ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung, Diss. Marburg 1992.
- ANDERHUB, Andreas: Das Antoniterkreuz in Eisen. Zur Geschichte der Universität Gießen während des Ersten Weltkrieges, Gießen 1979.
- AUMÜLLER, Gerhard u.a. (Hrsg.): Die Marburger Medizinische Fakultät im „Dritten Reich“, München 2001. (Academia Marburgensis, Bd. 8)
- BECKER, Heinrich/DAHMS, Hans-Joachim/WEGELER, Cornelia (Hrsg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus, 2. erw. Ausgabe, München 1998.
- BEHRINGER, Wolfgang: Bauern-Franz und Rassen-Günther. Die politische Geschichte des Agrarhistorikers Günther Franz (1902-1992), in: Schulze, Winfried/Oexle, Otto Gerhard (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1999, S. 114-141.
- BENZ, Wolfgang: Geschichte des Dritten Reiches, München 2000.
- BÖHM, Helmut: Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933-1936), Berlin 1995. (Ludovico Maximiliana: Forschungen, Bd. 15)
- BOLLMUS, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970.
- BORKIN, Joseph: Die unheilige Allianz der IG-Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Frankfurt a.M./New York 1990.

- BORTFELDT, J./HAUSER, W./RECHENBERG, H. (Hrsg.): Forschen – Messen – Prüfen. 100 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt/Bundesanstalt 1887-1987, Weinheim 1987.
- BRACHER, Karl Dietrich: Die Gleichschaltung der deutschen Universität, in: Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966, S. 126-142.
- BRAEUER, Walter: Walter Troeltsch, in: Schnack, Ingeborg (Hrsg.): Marburger Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Marburg 1977 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 35), S. 553-568.
- BRAUBACH, Max: Fünfzig Jahre Gesellschaft der Freunde und Förderer der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, in: Bonner Universitätsblätter 1967, S. III-XIII.
- BRECHTKEN, Magnus: Die nationalsozialistische Herrschaft 1933-1939, Darmstadt 2004.
- BROCKE, Bernhard vom (Hrsg.): Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das „System Althoff“ in historischer Perspektive, Hildesheim 1991.
- DERS.: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 17-162.
- DERS.: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918-1933), in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 197-355.
- DERS.: Preußische Hochschulpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Kaiserreich und Weimarer Republik, in: Buchholz, Werner (Hrsg.): Die Universität Greifswald und die deutsche Hochschullandschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2004 (Pallas Athene – Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 10), S. 27-56.
- DERS.: Universitäts- und Wissenschaftsfinanzierung im 19./20. Jahrhundert. Zugleich ein Kommentar zu Teil II, in: Schwinges, Rainer Christoph (Hrsg.): Finanzierung von Universität und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart, Basel 2005 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 6), S. 343-462.
- BROSZAT, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, 4. Aufl., München 1993.

- DERS.: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Broszat, Martin/Fröhlich, Elke/Grossmann, Anton (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt Teil C, München/Wien 1981, S. 691-709.
- BRUCH, Rüdiger vom: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rebecca Schaarschmidt: Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Band II: Fachbereiche und Fakultäten, Stuttgart 2005, S. 9-16.
- DERS.: Die Berliner Universität 1933-1945 in der Erinnerungskultur nach 1945, in: Jahr, Christoph (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rebecca Schaarschmidt: Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Band I: Strukturen und Personen, Stuttgart 2005, S. 227-234.
- DERS.: Ausseruniversitäre Wissenschafts- und Forschungsfinanzierung, 17.-20. Jahrhundert. Zugleich ein Kommentar zu Teil III, in: Schwinges, Rainer Christoph (Hrsg.): Finanzierung von Universität und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart, Basel 2005 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 6), S. 549-563.
- BUCHHEIM, Hans: SS und Polizei im NS-Staat, Duisdorf bei Bonn 1964.
- BUCHHOLZ, Wolfhard: Die nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Freizeitgestaltung und Arbeiterschaft im Dritten Reich, Diss. München 1976.
- BÜCHEL, Karl Heinz: 80 Jahre Gesellschaft der Freunde und Förderer der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn (GEFFRUB). Ein Blick durch ihre Geschichte, Bonn 1997.
- BURCHARDT, Lothar: Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Vorgeschichte, Gründung und Aufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Göttingen 1975. (Studien zur Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 1)
- CAHAN, David: Meister der Messung. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt im Kaiserreich, Weinheim u.a. 1992.
- CATALOGUS PROFESSORUM ACADEMIAE MARBURGENSIS. Die akademischen Lehrer der Philipps-Universität Marburg, Bd. 2: Von 1911 bis 1971, bearb. von Inge Auerbach, Marburg 1979. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 15,2)
- DIMROTH, Karl: Die Adolf-Hauser-Stiftung für Naturwissenschaften der Philipps-Universität, in: Alma mater philippina SoSe 1989, S. 23-25.
- DYCK, Joachim: Tübingen ist kein Campus. Warum sich deutsche Unis mit dem „fund raising“ schwer tun, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 268 vom 18. November 2004, S. 15.

- DERS.: Auf zur Witwenverführung. Fundraising an deutschen Universitäten – schwache Motivation, zu wenig Erfahrung, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 114 vom 20. Mai 2005, S. 15.
- EBEL, Wilhelm: Kleine Geschichte des Göttinger Universitätsbundes, in: Georgia Augusta 9, Mai 1968, S. 3-20.
- ELLWEIN, Thomas: Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 2. verbesserte und ergänzte Auflage, Frankfurt a.M. 1992.
- ELM, Ludwig: Das Vergangene ist nicht vergangen (1945-1969), in: Elm, Ludwig/Heither, Dietrich/Schäfer, Gerhard (Hrsg.): Füxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute, Köln 1992, S. 180-219.
- FALLOIS, Immo von: Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röhm-Krise 1934, Diss. Göttingen 1993, Berlin 1994. (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 75)
- FAUST, Anselm: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Bd. 2, Düsseldorf 1973.
- FEITEN, Willi: Der Nationalsozialistische Lehrerbund. Entwicklung und Organisation. Ein Beitrag zum Aufbau und zur Organisationsstruktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, Weinheim/Basel 1981. (Studien und Dokumentation zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 19)
- FELDMAN, Gerald D.: Der Historiker und die deutsche Inflation, in: Ders.: Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932, Göttingen 1984 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 60), S. 55-66.
- DERS.: Industrie und Wissenschaft in Deutschland 1918-1933. in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 657-672.
- FINKER, Kurt: Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands (VvVD) 1922-1933/34, in: Fricke, Dieter u.a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden, Band 4, Leipzig/Köln 1986, S. 314-321.
- FLACHOWSKY, Sören/NÖTZOLDT, Peter: Von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zur Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die „Gemeinschaftsarbeiten“ 1924-1933, in: Schalenberg, Marc/Walther, Peter Th. (Hrsg.): „... immer im Forschen bleiben.“ Rüdiger vom Bruch zum 60. Geburtstag, Stuttgart 2004, S. 157-177.

- FORSCHBACH, Edmund: Edgar J. Jung. Ein konservativer Revolutionär. 30. Juni 1934, Pfullingen 1984.
- FÖRST, Walter: Robert Lehr als Oberbürgermeister. Ein Kapitel deutscher Kommunalpolitik, Düsseldorf/Wien 1962.
- FREI, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999.
- GÄBLER, Ulrich: Universität als Unternehmen?, in: Sieg, Ulrich/Korsch, Dietrich (Hrsg.): Die Idee der Universität heute, München 2005 (Academia Marburgensis, Bd. 11), S. 151-158.
- GIMMEL, Jürgen: Die politische Organisation kulturellen Ressentiments. Der „Kampfbund für deutsche Kultur“ und das bildungsbürgerliche Unbehagen an der Moderne. Diss. Siegen 1999, Münster 2001. (Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 10)
- GIERSCH, Reinhard: Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK) (1928) 1929-1934, in: Fricke, Dieter u.a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden, Band 3, Leipzig/Köln 1985, S. 169-171.
- GRIEWANK, Karl: Staat und Wissenschaft im Deutschen Reich. Zur Geschichte und Organisation der Wissenschaftspflege in Deutschland, Freiburg i. Br. 1927. (Schriften zur deutschen Politik, Heft 17 u. 18)
- GRÜTTNER, Michael: Studenten im Dritten Reich, Paderborn u.a. 1995.
- DERS.: Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004. (Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, Bd. 6)
- DERS.: Wissenschaft, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 135-153.
- HAHN, Hans Henning (Hrsg.): Historische Stereotypen. Methodische Überlegungen und empirische Befunde, Oldenburg 1995. (Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft, Heft 2)
- HAMMERSCHMIDT, Peter: Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat. Die NSV und die konfessionellen Verbände Caritas und Innere Mission im Gefüge der Wohlfahrtspflege des Nationalsozialismus, Diss. Marburg 1997, Opladen 1999.
- HAMMERSTEIN, Notker: Die deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945, München 1999.

- HEDINGER, Hans-Walter: Bismarck-Denkmäler und Bismarck-Verehrung, in: Mai, Ekkehard/Waetzoldt, Stephan (Hrsg.): Kunstverwaltung, Bau- und Denkmalpolitik im Kaiserreich, Berlin 1981 (Kunst, Kultur und Politik im Kaiserreich Bd. 1), S. 277-314.
- HEIBER, Helmut: Universität unterm Hakenkreuz. Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München u.a. 1991.
- DERS.: Universität unterm Hakenkreuz. Teil II: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, 2 Bde., München 1992-1994.
- HEINE, Jens Ulrich: Verstand & Schicksal. Die Männer der IG Farbenindustrie AG (1925-1945) in 161 Kurzbiographien, Weinheim u.a. 1990.
- HEINEMANN, Manfred: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945-1949), in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 407-470.
- HEINEMANN, Ulrich: Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 59)
- HENKE, Josef/OLDENHAGE, Klaus: Office of Military Government for Germany (US), in: Weisz, Christoph (Hrsg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, München 1994. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 35), S. 1-142.
- HENKE, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 27)
- HERBST, Ludolf: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Entfesselung der Gewalt, Rassismus und Krieg, Frankfurt a.M. 1996.
- HERMANN, Armin/KLAIBER, Erich: 50 Jahre Vereinigung von Freunden der Universität Stuttgart 1923-1973, Stuttgart 1973.
- HERMANN, Armin/SCHAAF, Michael: 75 Jahre Vereinigung von Freunden der Universität Stuttgart 1923-1998, Stuttgart 1998.
- HERRMANN, Dieter P.: Freunde und Förderer. Ein Beitrag zur Geschichte der privaten Hochschul- und Wissenschaftsförderung in Deutschland, Diss. Bonn 1989, Bonn 1990.
- DERS.: Wirtschaft, Staat und Wissenschaft. Der Ausbau der privaten Hochschul- und Wissenschaftsförderung im Kaiserreich, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 77 (1990), S. 350-368.

- HIRSCHFELD, Gerhard: Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945, Stuttgart 1984. (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 25)
- HÖFFKES, Karl: Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches. Ein biographisches Nachschlagewerk, Tübingen 1986. (Veröffentlichungen des Institutes für Deutsche Nachkriegsgeschichte, Bd. 12)
- HÖHNE, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967.
- HOFFMANN, Waldemar: Geburtstagskind Universitätsbund: Sechzig Jahre im Dienst der FAU, in: Uni Kurier 3, 1977, Nr. 15, S. 6-18.
- HOLTFRERICH, Carl Ludwig: Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin/New York 1980.
- HÖPFNER, Hans-Paul: Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999. (Academica Bonnensia, Bd. 12)
- HORN, Valentin: Aus Vergangenheit und Gegenwart der Giessener Hochschulgesellschaft, Gießen 1987. (Berichte und Arbeiten aus der Universitätsbibliothek Gießen, Nr. 41)
- HUSSONG, Ulrich: Der Bismarckturm in Marburg, Marburg 1993. (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur, Bd. 47)
- 50 JAHRE MARBURGER UNIVERSITÄTSBUND, in: Alma mater philippina WS 1971/72, S. 57-60.
- JAMES, Harold: Die deutsche Bank und die „Arisierung“, München 2001.
- JANSEN, Christian: Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935, Diss. Heidelberg 1989, Göttingen 1992. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 99)
- JASPER, Gotthard: Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934, Frankfurt a.M. 1986.
- JESSEN-KLINGENBERG, Manfred: Universität und Land. Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft von 1918 bis 1968, Kiel 1971. (Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, Neue Folge Nr. 54)
- JOHN, Eckard u.a. (Hrsg.): Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus, Freiburg 1991.

- JOHNSON, Jeffrey A.: Vom Plan einer Chemischen Reichsanstalt zum ersten Kaiser-Wilhelm-Institut: Emil Fischer, in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 486-515.
- KAHLENBERG, Harald: Leben und Werk des Rechtshistorikers Walther Merk. Ein Beispiel für das Verhältnis von Rechtsgeschichte und Nationalsozialismus, Diss. München 1994, Frankfurt a.M. 1995. (Rechtshistorische Reihe, Bd. 134)
- KAIENBURG, Hermann: Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003.
- KAISER, Jochen-Christoph: Das Universitätsjubiläum von 1927, in: Die Philipps-Universität Marburg zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, hrsg. vom Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V., Kassel 2006. (Hessische Forschungen zur geschichtlichen Landes- und Volkskunde, Bd. 45), S. 293-311.
- KAUFMANN, Richard: Der Marburger Universitätsbund 1921-1971. Geschichte und Aufgabe eines Förderervereins und seiner Universität, Sonderheft der Alma mater philippina, Gladenbach 1971.
- KLEIN, Thomas: Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867-1945, Darmstadt und Marburg 1988. (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Bd. 70)
- DERS.: Marburg-Stadt und Marburg-Land in der amtlichen Berichterstattung 1933-1936, in: Malettke, Klaus (Hrsg.): Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Politik und Herrschaft, Göttingen 1984, S. 110-142.
- KNIGGE-TESCHE, Renate: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat, Frankfurt a.M. 1999, S. 5-9.
- KOCKA, Jürgen/FREY, Manuel (Hrsg.): Bürgerkultur und Mäzenatentum im 19. Jahrhundert, Berlin 1998. (Bürgerlichkeit, Wertewandel, Mäzenatentum, Band II)
- KÖHLER, Kai/DEDNER, Burghard/STRICKHAUSEN, Waltraud (Hrsg.): Germanistik und Kunstwissenschaften im „Dritten Reich“. Marburger Entwicklungen 1920-1950, München 2005. (Academia Marburgensis, Bd. 10)
- KOGON, Eugen: Der NS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, mit neuem Vorwort des Autors versehene Ausgabe, Reinbek bei Hamburg 1974.
- KOLB, Eberhard: Die Weimarer Republik, 6., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2002. (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16)
- KOSHAR, Rudy: Social Life, Local Politics, and Nazism. Marburg 1880-1935, Chapel Hill/London 1986.

- KRAUSE, Eckart/HUBER, Ludwig/FISCHER, Holger (Hrsg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933-1945, 3 Bde., Hamburg 1991. (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 3)
- KRAUSE, Katharina: Ein Kunstinstitut für Marburg. Konzeptionen und ihr architektonischer Ausdruck, in: Alma mater philippina WS 1998/99, S. 12-18.
- KRÜGER-BULCKE, Ingrid: Universität im Zwielficht. Der Zustand der Universität Marburg und ihre Erneuerungsbemühungen unter amerikanischem Einfluß 1945/46, in: Aumüller, Gerhard/Lauer, Hans/Remschmidt, Helmut (Hrsg.): Kontinuität und Neuanfang in der Hochschulmedizin nach 1945. Symposium zur Hochschulmedizin am 5. und 6. Juli 1996 in der Philipps-Universität Marburg, Marburg 1997, S. 13-36.
- KÜHN, Oskar: „Revolution und Aufbau des Staates“. Zur Erinnerung an Alfred Manigks Rede zur Verfassungsfeier der Universität Marburg am 27. Juli 1930, in: Alma mater philippina SoSe 1990, S. 7f.
- KUNST, Hans-Joachim u.a.: Die Geschichte des Kunstgeschichtlichen Seminars 1933-1945, in: Köhler, Kai/Dedner, Burghard/Strickhausen, Waltraud (Hrsg.): Germanistik und Kunstwissenschaften im „Dritten Reich“. Marburger Entwicklungen 1920-1950, München 2005 (Academia Marburgensis, Bd. 10), S. 27-82.
- Aus dem LEBEN des Marburger Universitätsbundes. Das Archiv, in: Alma mater philippina SoSe 1965, S. 31.
- LEMBERG, Margret: Die Universitätsbibliothek Marburg und ihre Bücher von 1933 bis 1946 (Verboten und nicht verbrannt I), Marburg 2001. (Schriftenreihe der Universitätsbibliothek Marburg, Bd. 110)
- LIERMANN, Hans: Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen 1910-1920, Neustadt an der Aisch 1977.
- LINDNER, Stephan H.: Hoechst. Ein I.G. Farben Werk im Dritten Reich, München 2005.
- LIPPMANN, Andreas: Marburger Theologie im Nationalsozialismus, Diss. Marburg 1999, München 2003. (Academia Marburgensis, Bd. 9)
- LISCHKE, Ralph-Jürgen: Friedrich Althoff und sein Beitrag zur Entwicklung des Berliner Wissenschaftssystems an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, Berlin 1990. (Berliner Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik, Nr. 11)
- LITT, Theodor: Hochschule und öffentliches Leben in der Weimarer Republik, in: Grimme, Adolf/Zilius, Wilhelm (Hrsg.): Kulturverwaltung der zwanziger Jahre. Alte Dokumente und neue Beiträge, Stuttgart 1961, S. 49-59.
- LOHSE, Eduard: 75 Jahre Universitätsbund Göttingen e.V. - Ansprache in der Aula der Universität am 11. November 1993, in: Georgia Augusta 60, Mai 1994, S. 13-17.

LONGERICH, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

LOSEMANN, Volker: Reformprojekte nationalsozialistischer Hochschulpolitik, in: Strobel, Karl (Hrsg.): Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen, Vierow bei Greifswald 1994, S. 97-115.

DERS.: Darstellungsformen der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Zum Ertrag des Jubiläumsjahres 1977 in Tübingen, Mainz und Marburg, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 29 (1979), S. 162-208.

DERS.: Der Marburger Schloßplan 1927-1945. Zeitgeschichtliche Wandlungen eines Forschungsprojekts, in: Academia Marburgensis. Beiträge zur Geschichte der Philipps-Universität Marburg, Bd. 1, Marburg 1977, S. 353-405.

DERS.: Zur Konzeption der NS-Dozentenlager, in: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 2: Hochschule und Erwachsenenbildung, Stuttgart 1980 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Bd. 4,2), S. 87-109.

LUNDGREEN, Peter: Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich, in: Ders.: Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1985, S. 9-30.

MAAS, Tanja: Öffentliche Werbung für die Universität: Die Pressestelle und Öffentlichkeitsarbeit der Marburger Universität anfangs der 1930er Jahre, Mag.-Arbeit Marburg 1997.

MAI, Gunther: Der Marburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/20, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 26 (1976), S. 149-199.

MALTEN, Ludolf: Zehn Jahre Universitätsbund Breslau (1921-1931), Breslau 1931.

MARBURGER UNIVERSITÄTSBUND, o. O. 1961.

MARSCH, Ulrich: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Gründung und frühe Geschichte 1920-1925, Frankfurt a.M. 1994. (Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Bd. 10)

MATHEIS, Lothar: Der NS-Studentenbund in Marburg bis zum Frühjahr 1933, Dipl.-Arbeit Marburg 1985.

MERTENS, Lothar: Die Forschungsförderung der DFG im Dritten Reich 1933-1937, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 2 (1999), S. 58-74.

DERS.: Forschungsförderung im Dritten Reich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), S. 119-126.

- DERS.: „Nur politisch Würdige“. Die DFG-Forschungsförderung im Dritten Reich 1933-1937, Berlin 2004.
- MESSERSCHMIDT, Rolf: Stadterweiterung und Universitätsentwicklung in Marburg 1866-1933, Mag.-Arbeit Marburg 1986.
- MOMMSEN, Hans: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918-1933, Berlin 1989. (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 8)
- DERS.: Die deutsche Elite und der Mythos des nationalen Aufbruchs von 1933, in: Merkur 38 (1984), S. 97-102.
- MÜHL-BENNIGHAUS, Sigrun: Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zur Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze, Düsseldorf 1996. (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 98)
- MÜHLHAUSEN, Walter: Hessen 1945-1950. Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit, Diss. Kassel 1984, Frankfurt a.M. 1985.
- NAGEL, Anne Christine: Zwischen Führertum und Selbstverwaltung. Theodor Mayer als Rektor der Marburger Universität 1939-1942, in: Speitkamp, Winfried (Hrsg.): Staat, Gesellschaft, Wissenschaft. Beiträge zur modernen hessischen Geschichte, Marburg 1994 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 55), S. 343-364.
- PALETSCHEK, Sylvia: Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Stuttgart 2001. (Contubernium, Bd. 53)
- PETZINA, Dieter: Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 16)
- PETZOLD, Joachim: Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis, München/Berlin 1995.
- PFETSCH, Frank R.: Datenhandbuch zur Wissenschaftsentwicklung. Die staatliche Finanzierung der Wissenschaft in Deutschland 1850-1975, Köln 1982. (Datenhandbücher für die historische Sozialforschung, Bd. 1)
- DIE PHILIPPS-UNIVERSITÄT Marburg zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, hrsg. vom Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V., Kassel 2006. (Hessische Forschungen zur geschichtlichen Landes- und Volkskunde, Bd. 45)
- POHL, Hans: Die Förderung schulischer Ausbildung und wissenschaftlicher Forschung durch die deutsche Wirtschaft von 1918 bis 1945, in: Ders. (Hrsg.): Wirtschaft, Schule und Universität. Die Förderung von schulischer Ausbildung und wissen-

- schaftlicher Forschung durch deutsche Unternehmen seit dem 19. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge des 7. wissenschaftlichen Symposiums der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. am 19.11.1982 in Leverkusen, Wiesbaden 1983 (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 29), S. 42-77.
- REICHEL, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001.
- REICHERT, Bernhard: Handbuch des Vereins- und Verbandsrechts, 9., vollständig überarbeitete Auflage, München 2003.
- REIMANN, Bruno W.: Hochschule zwischen Kaiserreich und Diktatur, in: Knigge-Tesche, Renate (Hrsg.): Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat, Frankfurt a.M. 1999, S. 11-25.
- REULING, Ulrich: Mittelalterforschung und Landesgeschichte auf neuen Wegen. Der Historiker Edmund E. Stengel als Wissenschaftler und Wissenschaftsorganisator in den zwanziger Jahren, in: Die Philipps-Universität Marburg zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, hrsg. vom Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V., Kassel 2006. (Hessische Forschungen zur geschichtlichen Landes- und Volkskunde, Bd. 45), S. 143-164.
- RIMMELE, Dietmar: Die Universitätsreform in Preußen 1918-1924. Ein Beitrag zur Geschichte der Bildungspolitik der Weimarer Zeit, Hamburg 1978. (Geistes- und Sozialwissenschaftliche Dissertationen, Bd. 47)
- RITTER, Gerhard A.: Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick, München 1992.
- ROBERG, Francesco: Einblicke ins „dunkle“ Mittelalter. 75 Jahre Marburger Lichtbildarchiv älterer Originalurkunden, in: Marburger UniJournal 14 (Januar 2003), S. 24-28.
- SCHÄFER, Dieter: Freunde und Förderer der Universität Würzburg. 80 Jahre Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften bei der Universität Würzburg, Stuttgart 2001.
- SCHLICKER, Wolfgang: Konzeptionen und Aktionen bürgerlicher deutscher Wissenschaftspolitik. Zum gesellschaftlichen Stellenwert der Forschung nach 1918 und zur Gründung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 27 (1979), S. 423-438.
- SCHMID, Josef: Verbände. Interessenvermittlung und Interessenorganisationen. Lehr- und Arbeitsbuch, München, Wien 1998.
- SCHMITZ, Rudolf: Die Naturwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg 1527-1977, unter Mitarbeit von Armin Geus u.a., Marburg 1978.

- SCHNACK, Ingeborg: Chronik des Marburger Universitätsbundes 1920-1995, Gladenbach 1996.
- DIES.: Die Vorläufer der „Alma Mater Philippina“. Ein Rückblick bei Erscheinen ihres 50. Heftes, in: Alma mater philippina SoSe 1987, S. 18-20.
- SCHNEIDER, Ulrich/STEIN, Harry: IG-Farben AG, Abt. Behringwerke Marburg – KZ Buchenwald. Menschenversuche. Ein dokumentarischer Bericht, Kassel 1986.
- SCHNEIDER, Ulrich: Widerstand und Verfolgung an der Marburger Universität 1933-1934, in: Kramer, Dieter/Vanja, Christine (Hrsg.): Universität und demokratische Bewegung. Ein Lesebuch zur 450-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg, Marburg 1977 (Schriftenreihe der Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 5), S. 219-256.
- SCHROEDER-GUDEHUS, Brigitte: Internationale Wissenschaftsbeziehungen und auswärtige Kulturpolitik 1919-1933. Vom Boykott und Gegen-Boykott zu ihrer Wiederaufnahme, in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 858-885.
- SCHWINGES, Rainer Christoph: Finanzierung von Universität und Wissenschaft. Eine Einführung, in: Ders. (Hrsg.): Finanzierung von Universität und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart, Basel 2005 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 6), S. 1-12.
- SEIER, Hellmut: Radikalisierung und Reform als Probleme der Universität Marburg 1918-1933, in: Academia Marburgensis. Beiträge zur Geschichte der Philipps-Universität Marburg, Bd. 1, Marburg 1977, S. 303-352.
- DERS.: Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsministeriums 1934-1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12 (1964), S. 105-146.
- DERS.: Die Hochschullehrerschaft im Dritten Reich, in: Schwabe, Klaus (Hrsg.): Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815-1945, Boppard 1988 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 17), S. 247-295.
- DERS.: Marburg in der Weimarer Republik 1918-1933, in: Dettmering, Erhart/Grenz, Rudolf (Hrsg.): Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen. Unveränderter Nachdruck mit ergänzendem Anhang, Marburg 1982, S. 559-592.
- DERS.: Niveaukritik und partielle Opposition. Zur Lage an den deutschen Hochschulen 1939/40, in: Archiv für Kulturgeschichte 58 (1976), S. 227-246.
- DERS.: Wahl und Amt des Rektors der Universität Marburg 1918-1935, in: Aus Geschichte und ihren Hilfswissenschaften. Festschrift für Walter Heinemeyer zum 65.

- Geburtstag, Marburg 1979 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 40), S. 757-779.
- DERS.: Zum Verhältnis von Universität und Stadt in Marburg 1785-1945, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 38 (1988), S. 171-201.
- SIEG, Ulrich: Die Marburger Universitätsgeschichte. Probleme und Perspektiven ihrer Erforschung, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 38 (1988), S. 203-226.
- DERS.: Psychologie als „Wirklichkeitswissenschaft“: Erich Jaenschs Auseinandersetzung mit der Marburger Schule, in: Speitkamp, Winfried (Hrsg.): Staat, Gesellschaft, Wissenschaft. Beiträge zur modernen hessischen Geschichte, Marburg 1994 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 55), S. 313-342.
- SONTHEIMER, Kurt: Die Haltung der deutschen Universitäten zur Weimarer Republik, in: Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966, S. 24-42.
- STAETS, Andreas: Die „Dozentenschaft der Universität Marburg“ in der Phase nationalsozialistischer Machtdurchsetzung an der Philipps-Universität, Mag.-Arbeit Marburg 1999.
- STEINWEIS, Alan E.: Art, Ideology, & Economics in Nazi Germany. The Reich Chambers of Music, Theater, And Visual Arts, Chapel Hill/London 1993.
- DERS.: Weimar Culture and the Rise of National Socialism: The Kampfbund für deutsche Kultur, in: Central European History 24 (1991), S. 402-423.
- STIFTUNGSVERWALTUNG der Hombergk-Schenklengfeld-Seipp'schen Stiftung (Hrsg.): Hombergk-Schenklengfeld-Seipp'sche Stiftung 1780-1980. Festschrift zu ihrem zweihundertjährigen Bestehen am 26. Juni 1980, Marburg 1980.
- THAMER, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Sonderausgabe, durchgesehene und auf den neuen Stand gebrachte Ausgabe Berlin 1994.
- UNIVERSITÄTEN und Fachhochschulen suchen nach Wegen aus der immer dramatischeren Finanznot. Berichte zur Jahrestagung der Hochschulrektorenkonferenz, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 100 vom 2. Mai 2005, S. 10.
- VIERHAUS, Rudolf: Adolf von Harnack, in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 473-485.
- VORLÄNDER, Herwart: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard am Rhein 1988. (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 35)

- WEIN, Franziska: Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919-1930, Essen 1992. (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 33)
- WEINDLING, Paul Julian: Epidemics and Genocide in Eastern Europe 1890-1945, Oxford 2000.
- WEISBROD, Bernd: Dem wandelbaren Geist. Akademisches Ideal und wissenschaftliche Transformation in der Nachkriegszeit, in: Ders. (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002 (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, Bd. 20), S. 11-35.
- WENCK, Karl: Die Universität Marburg in den Jahren 1866-1916. Nachwort über die Jahre 1916-1920, in: Nach Feierabend. Wöchentliche Unterhaltungs-Beilage der Oberhessischen Zeitung Nr. 5 vom 19. Januar 1921.
- WENDHORST, Alfred: Geschichte der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1743-1993, München 1993.
- WETTMANN, Andrea: Heimatfront Universität. Preußische Hochschulpolitik und die Universität Marburg im Ersten Weltkrieg, Diss. Marburg 1997, Köln 2000.
- WILKING, Stefan: Der Deutsche Sprachatlas im Nationalsozialismus. Studien zur Dialektologie und Sprachwissenschaft zwischen 1933 und 1945, Diss. Heidelberg 1998.
- WILLERTZ, John R.: Marburg unter dem Nationalsozialismus (1933-1945), in: Dettmering, Erhart/Grenz, Rudolf (Hrsg.): Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen. Unveränderter Nachdruck mit ergänzendem Anhang, Marburg 1982, S. 593-653.
- DERS.: National Socialism in a German City and County. Marburg 1933-1945, Ann Arbor 1970.
- WINKLER, Heinrich August: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000. (Der lange Weg nach Westen, Bd. 1)
- DERS.: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000. (Der lange Weg nach Westen, Bd. 2)
- WINNACKER, Karl: 60 Jahre Marburger Universitätsbund, in: Alma mater philippina SoSe 1981, S. 1.
- WITT, Peter Christian: Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/19 bis 1934/35, in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft:

Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 579-656.

WITTWER, Wolfgang: Hochschulpolitik und Hochschulreform in Preußen 1918-1933, in: Boockmann, Hartmut/Jürgensen, Kurt/Stoltenberg, Gerhard (Hrsg.): Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl-Dietrich Erdmann, Neumünster 1980, S. 313-325.

WOELK, Wolfgang/SPARING, Frank: Forschungsergebnisse und –desiderate der deutschen Universitätsgeschichtsschreibung: Impulse einer Tagung, in: Bayer, Karen/Sparing, Frank/Woelk, Wolfgang (Hrsg.): Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004, S. 7-32.

ZIEROLD, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte - Arbeitsweise - Kommentar, Wiesbaden 1968.

ZINN, Holger: Zwischen Republik und Diktatur. Die Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg in den Jahren 1925-1945, Diss. Marburg, Köln 2002.